# 1925

## Inhaltsverzeichnis


07.01.1925: Debattenbeitrag im Reichstag ..... 4

01.02.1925: Rede auf der Akademischen Tagung der DVP in Halle ..... 6

07.02.1925: Reichstagsrede ..... 10

13.02.1925: Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags ..... 22

16.02.1925: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags ..... 26

17.02.1925: Rede im Haushaltsauschuß des Reichstags ..... 31

18.02.1925: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags ..... 32

20.02.1925:

a) Reichstagsrede..... 34

b) Reichstagsrede..... 38

07.03.1925: Rede vor der Presse in Berlin..... 56

08.03.1925: Rede auf der Tagung des Reichsbeamtenausschusses der DVP in Berlin ..... 69

11.03.1925: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichtags..... 71

31.03.1925: Rede auf einer Bismarckfeier der DVP in Chemnitz ..... 95

03.04.1925: Rede auf einem Fahnenfest der Ortsgruppe Wedding der DVP.....112

16.04.1925: Rede im Überseeklub in Hamburg.....113

18.04.1925: Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags .....132

04.05.1925: Zeugenaussage vor dem Reichstagsuntersuchungsausschuß Ruhrentschädigungen.....134

18.05.1925: Reichstagsrede .....159

21.05.1925:

a) Rede bei der Einweihung des Hauses des Deutschtums in Stuttgart .....202

b) Rede beim Festbankett im Deutschen Ausland-Institut in Stutgart .....205

23.05.1925: Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin .....210

24.05.1925: Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin .....215

27.05.1925:

a) Reichstagsrede .....220

b) Persönliche Erklärung im Reichstag .....222

05.06.1925: Redebeitrag im Ministerrat beim Reichspräsidenten .....225

01.07.1925: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom .....229

22.07.1925: Reichstagsrede .....233

06.08.1925: Regierungserklärung .....248

10.08.1925: Redebeitrag im Reichstag .....260

12.08.1925: Reichstagsrede .....262

29.08.1925: Rede beim Bund der Auslandsdeutschen in Berlin .....269

17.09.1925: Rede in der norwegischen Gesandtschaft in Berlin .....280

24.09.1925: Redebeitrag im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten .....283

25.09.1925: Rede zur Eröffnung der kinophotographischen Ausstellung in Berlin .288

04.10.1925: Rede vor der Presse in Locarno .....290

16.10.1925: Rede anläßlich der Vertragsparaphierung in Locarno .....292

19.10.1925: Redebeitrag im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten .....294

23.10.1925: Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Karlsruhe .....301

30.10.1925: Rede bei einem Festessen des Verbandes
für den Fernen Osten in Berlin .....328

31.10.1925:

a) Rede vor der Dresdener Presse .....331

b) Rede auf dem Herrenessen der Ressource der Dresdener Kaufmannschaft .....345

02.11.1925: Rede anläßlich des Jubiläums der Königsberger Allgemeinen Zeitung.....349

03.11.1925: Rundfunkrede .....352

15.11.1925: Rede auf einer DVP-Versammlung in Duisburg .....362

16.11.1925:

a) Redebeiträge im ersten Ministerrat beim Reichspräsidenten .....363

b) Redebeiträge im zweiten Ministerrat beim Reichspräsidenten .....369

20.11.1925: Reichstagsrede .....371

21.11.1925: Reichstagsrede .....376

22.11.1925: Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin .....378

24.11.1925: Reichstagsrede .....430

01.12.1925: Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung in London .....463

10.12.1925: Rede auf dem Parteitag der Berliner DVP .....466

13. 12.1925: Rede vor dem Verein der Berliner Presse .....472

14.12.1925: Rede in Berlin vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin .....476

31.12.1925: Rede vor der Berliner Pressekonferenz.....521

## Debattenbeitrag im Reichstag vom 7. Januar 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 19. – Teildrucke (mit Abweichungen) in ZEIT, Nr. 8 vom 8. Januar 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 6 vom 8. Januar 1925.

*Widerspricht Westarp, daß eine nur noch geschäftsführende Reichsregierung keine Beschlüsse mehr fassen könne. Der Auswärtige Ausschuß soll über die laufenden Verhandlungen informiert werden.*

Dr. **Stresemann** (DV), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Auffassung des Herrn Grafen Westarp[2], daß eine in Demission befindliche Regierung[3] unter keinen Umständen in der Lage sein soll, entscheidende Beschlüsse zu fassen, die einer neu zu bildenden Regierung präjudizieren, kann ich im Prinzip nicht zustimmen. Ich glaube, Herr Graf Westarp wird keine Veranlassung haben, in dem einen Falle, den er erwähnt hat, in bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen[4], vor eine solche Situation gestellt zu werden. Aber er wird mir auch zugeben, wenn ich ihn an ein Ereignis der letzten Tage erinnere, daß auch die in Demission befindliche Regierung unbedingt die Pflicht hatte, die Note der Alliierten sofort zu beantworten[5] und nicht damit zu warten, bis die neue Regierung gebildet würde, auch wenn sie dadurch ge-

---

[1] Stresemann äußerte sich im Rahmen der Debatte über die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 16–20).

[2] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Der betreffende Debattenbeitrag Westarps ebd., S. 17–18.

[3] Die Regierung Marx war nach ihrem Rücktritt am 15. Dezember 1924 nur noch geschäftsführend im Amt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1226–1227 u. Anm. 7). Zu den Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 602–603.

[4] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Wegen des bevorstehenden Ablaufs dieser Frist waren inzwischen mit zahlreichen Staaten Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen (und mit einzelnen zum Abschluß geführt) worden. – Westarp hatte sich insbesondere auf die Verhandlungen mit Frankreich bezogen und in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) für die DNVP erklärt, „daß es unter diesen Umständen ganz ausgeschlossen sein muß, in den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich ein Provisorium über den 10. Januar hinaus festzulegen".

[5] Stresemann bezieht sich offenbar auf den Notenwechsel, in dem am 5. Januar 1925 die alliierten Regierungen durch eine Kollektivnote die Nichträumung der nördlichen Rheinlandbesatzungszone unter Hinweis auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage ankündigten und die Reichsregierung in einer Antwortnote vom 6. Januar 1925 gegen diese Nichträumung Verwahrung einlegte (Text der Noten u.a. in SCHULTHESS 66 [1925], S. 399–401; vgl. dazu die Besprechung einiger Minister u.a. mit Seeckt vom 5. Januar 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1269–1270).

wissermaßen einer neuen Regierung präjudiziert hat.

Dem Wunsche des Herrn Kollegen Müller (Franken)[6] kann ich mich meinerseits nur anschließen. Auch der Reichsrat hat, wie Herr Kollege Müller (Franken) anführte, den Wunsch gehabt, über den Stand der außenpolitischen Dinge informiert zu werden, und das ist in einer Sitzung vom 3. Januar geschehen[7]. Wenn der Auswärtige Ausschuß sich morgen konstituiert – und ich glaube, daß das möglich sein wird –, dann würde ich gern bereit sein, in einer Sitzung, die übermorgen stattfinden könnte, Rede und Antwort zu stehen. Jedenfalls würde ich bitten, die Sitzung nicht vor übermorgen anzusetzen, weil heute abend der Herr Staatssekretär Trendelenburg[8] aus Paris zurückkehrt und es für die Beantwortung etwaiger handelspolitischer Anfragen unbedingt notwendig ist, seinen Bericht vorher entgegenzunehmen. Ich glaube, daß auch die Regierung, die gegenwärtig die Geschäfte führt, das allergrößte Gewicht darauf legt, sich in bezug auf die Entscheidungen, die bevorstehen, mit den Mitgliedern des Reichstagsausschusses auszusprechen. Der Auswärtige Ausschuß, der ja die Möglichkeit gibt, daß das geschieht, ohne daß irgendwelche Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen, scheint mir dafür der geeignete Ort zu sein.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)[9]

---

[6] Hermann Müller[-Franken] (1876–1931), Reichskanzler 1920 und 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1931 (für die SPD; deren Parteivorsitzender 1919, 1920–1928, 1930–1931; Fraktionsvorsitzender 1920–1928, 1930–1931). – Müller hatte in seinem Redebeitrag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 16–17) gefordert, daß die in Demission befindliche Reichsregierung zumindest den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags über die schwebenden Handelsvertragverhandlungen informieren solle, wie sie es auch gegenüber dem Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats getan habe.

[7] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats und nicht auf dessen Plenum; vgl. die kurze Notiz über diese Sitzung vom 3. Januar 1925 in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 5 (Abendausgabe) vom 3. Januar 1925.

[8] Ernst Trendelenburg (1882–1945), Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium 1923–1932. – Trendelenburg war Leiter der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich; zur Diskussion über den Stand dieser Verhandlungen und zur Beschlußfassung des Kabinetts, einen französischen Provisoriumsvorschlag abzulehnen, der einen vertragslosen Zustand ab dem 10. Januar verhindern sollte, vgl. die Ministerbesprechung vom 6. Januar 1925 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1271–1276.

[9] Zum Abschluß der Debatte wurde durch Ablehnung von Erweiterungsanträgen für die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung die von Reichstagspräsident Löbe angeregte Tagesordnung angenommen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 20; die damit angenommene Tagesordnung: S. 16).

## Rede auf der Akademischen Tagung der DVP in Halle vom 1. Februar 1925[1]

Nach ZEIT, Nr. 33 (Abendausgabe) vom 2. Februar 1925. – Teildruck (mit wenigen Kürzungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 28 (Abendausgabe) vom 2. Februar 1925. – Teildruck in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,1 (1925), S. 325–327. – Teildruck (teilweise in Paraphrase) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 55 (Abendausgabe) vom 2. Februar 1925.

*Von der Haltung der akademischen Jugend zum öffentlichen Leben und zum Staat hängt die Zukunft Deutschlands ab. Wer geistig führen kann, hat die Pflicht zu öffentlicher Betätigung.*

„Akademiker und Politik" ist ein niemals ausgeschöpftes Thema, zu dem die neue Generation erneut Stellung nehmen muß. Wie sich die akademische Jugend zur Politik stellt, ist gewiß zunächst ihre eigene Angelegenheit, aber in ihren Folgerungen in eminentem Sinne eine **Angelegenheit des Staates.** Wir sind durch den Weltkrieg in Zustände hineingeworfen worden, wo alles flüssig und unsicher geworden ist, Grenzen, Besitz, Ueberlieferung, ethische und religiöse Maßstäbe – eine Umwertung aller Werte hat eingesetzt und ist noch nicht abgeschlossen. Hineingestellt in dieses **typische Zeitalter der Unsicherheit,** in dieses Jahrhundert des Druckes, des Kampfes in jeder Form, der äußeren und inneren Ruhelosigkeit, hat unsere Jugend Aufgaben zugewiesen erhalten, wie kaum in einem revolutionären Zeitalter. Die Jugend der Zeit nach der Reichsgründung verfügte über feste Schemata. Mochte sie ihre Heldenverehrung in Bismarck[2], Moltke[3] und Roon[4], mochte sie sie in Marx[5], Lassale[6]

---

[1] Die Vorlage führt unter der Überschrift „Eindrucksvolle Worte zur akademischen Jugend. [...] Abschluß der Akademischen Tagung" im Rahmen eines umfangreichen Artikels über die Tagung aus: „Am Nachmittag sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Frage ‚Akademiker und Politik' und führte folgendes aus:" – Die ZEIT, Nr. 27 vom 27. Januar 1925, hatte in einem Artikel, in dem auch schon die Rede Stresemanns angekündigt wurde, zur geplanten Tagung u.a. Folgendes erläutert: „Vom 29. Januar bis einschl. 1. Februar 1925 veranstaltet der Reichsstudenten-Ausschuß der Deutschen Volkspartei, in dem 25 Hochschulgruppen zusammengefaßt sind, [...], eine ‚Akademische Tagung' in Halle. Hervorragende Persönlichkeiten aus Hochschule, Politik und Wirtschaft haben nicht nur ihr Erscheinen zugesagt, sondern werden auch das Wort ergreifen." – Möglicherweise ist die Rede Stresemanns in der Vorlage gekürzt wiedergegeben.

[2] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[3] Helmuth von Moltke (1800–1891), preußischer General (seit 1871 Generalfeldmarschall); Chef des Großen Generalstabs 1858–1888.

[4] Albrecht [seit 1871 Graf] von Roon (1803–1879), preußischer Kriegsminister 1859–1873; Ministerpräsident 1873.

oder Engels[7] sehen, sie hatte das ruhige Gleichgewicht der Seele, das von keiner Vorahnung künftiger Stürme berührt wurde. Sie war reich an organisatorischer Kraft, aber arm an wahrhaft großen Problemen. Sie hatte die ausschlaggebende Führerstellung in Deutschland und war deshalb mitverantwortlich vor der Geschichte. Diese Selbstsicherheit, die sie von der Politik fernhielt, weil sie darauf vertraute, daß der Staat auch ohne starke Ingerenz seiner geistigen Schichten unter allen Umständen den richtigen Weg finden würde, brach zusammen. Wie ein Menetekel mutet es an, daß diejenige geistige Gentry, über die Deutschland verfügte und die ihm unzweifelhaft das beste Staatsbürgertum stellte, die sich von Politik aber im wesentlichen fernhielt, durch den Zusammenbruch nach dem Weltkriege so unbarmherzig nicht nur aus jeder Führerstellung herausgeworfen wurde, sondern bis zur Proletarisierung untersank.

Unter ganz anderen Bedingungen tritt heute die akademische Jugend in das Leben ein. Unter schwerster Not und Selbstverläugnung ist ihr das Studium allein möglich.

Von ihrer Stellung zum öffentlichen Leben hängt unendlich viel für unsere Zukunftsentwicklung ab. Das Ethos der neu sich aufbauenden akademischen Schichten darf uns nicht verloren gehen, wenn wir überhaupt zu gesunden Verhältnissen kommen sollen. Anders aber als früher muß diese Jugend dabei den öffentlichen Dingen gegenüberstehen. Im Wirbel der Entwicklung hat man Volk und Masse selbst zu entscheidenden Faktoren für die Willensbildung in der Politik gemacht. Das gilt aber nur theoretisch.

**Die Führerpersönlichkeit formt den Willen der Masse.**

Daraus erwächst gerade denen, die die Möglichkeit haben, geistig führend zu sein, die **Pflicht zur Betätigung im politischen Leben.** Der Redner auf der Kanzel, der Richter und Rechtsberater des Volkes, der Lehrer und Erzieher, der Mann der Technik, stehen an der Stelle, an der weitestgehende Beeinflussung möglich ist. Weshalb blieb der Sozialismus mit seinen gewaltigen Hilfskräften nur verhältnismäßig kurze Zeit an der Führung des neuen Deutschland? Weshalb ist in ihm die innere geistige Krise? Weil es ihm nicht gelang, mit seinen Ideen in die akademische Jugend hineinzukommen, weil damit die Bewegung erstarrte und sich nur auf bestimm-

---

[5] Karl Marx (1818–1883), deutscher Philosoph und Gesellschaftstheoretiker.

[6] So in der Vorlage. Gemeint ist Ferdinand Lassalle (1825–1864), Gründer und erster Präsident (1863–1864) des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

[7] Friedrich Engels (1820–1895), deutscher Unternehmer und Gesellschaftstheoretiker.

te soziale Schichten erstreckte, und das in einer Zeit, in der unzweifelhaft die akademische Welt sich mit Inbrunst in die Politik gestürzt hatte und für neue Ideen durchaus empfänglich war. Die Betätigung im politischen Denken, die nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit parteipolitischer Verbissenheit, ist im deutschen Studententum gewiß vorhanden, aber ein Blick auf die gegenwärtigen politischen Strömungen der Studentenschaft läßt sehr bezweifeln, ob diese Betätigung in die Tiefe geht. Die deutsche Studentenschaft rühmt sich, **ein Hort des nationalen Denkens** zu sein, aber die Art, in der sie diese Gesinnung zum Ausdruck bringt, erscheint oft **hohl und veräußerlicht** und nicht aufgebaut auf geschichtlichem Denken. Der Stolz und die Anerkennung dessen, was war, ist selbstverständlich für jeden, der in trüber Gegenwart vergangener großer Zeiten gedenkt. Aber das Festhalten der Tradition darf nicht zur Erstarrung der Meinungen führen, darf nicht daran vorübergehen, daß wir die Krisis der Gegenwart nicht überwinden mit träumender Resignation, sondern nur mit werktätiger Mitarbeit in der Gegenwart. Vergessen wird auch vielfach bei der Heldenverehrung der Vergangenheit die unendliche Schwierigkeit den zusammengebrochenen Staat über verlorenen Weltkrieg und Revolution hinaus ohne Macht zur inneren Konsolidierung zu führen. Die politische Betätigung der deutschen Akademiker muß als Ausgangspunkt die **Staatsbejahung** haben. Wir können uns den Luxus des Kampfes um die Staatsform nicht gönnen. Reich und Staat sind von außen und innen bedroht. Nicht im Bekämpfen des Staats, weil seine äußere Form nicht gefällt, liegt der Ausfluß nationaler Gesinnung, sondern in der Selbstüberwindung, die gerade da mitarbeitet, wo von ihr innerlich die größten Opfer verlangt werden.

Vielfach paart sich mit einer Verkennung der lebendigen Volkskräfte in unserem Innern ein gewisses unsoziales Denken, das den Autodidakten in Politik und Verwaltung überhaupt nicht gelten lassen will, und sich darüber nicht klar ist, daß die Zurückstoßung vieler Volkskräfte, die in der Lage gewesen wären, ein in mancher Beziehung erstarrtes Beamtentum mit neuen Anregungen zu erfüllen, einer der Hauptfehler des alten Systems war. Man träumt von Macht, wo die Realität unsere Machtlosigkeit zeigt, man vergißt, daß die ideelle Kraft der Nation, der edelste Ersatz der materiellen Macht, nur lebendig wirken kann, wenn im gegebenen Moment **die Herstellung einer Volkseinheit** zu ermöglichen ist, man tritt an die Begriffe der Parteien zu stark vom Standpunkt der Dogmen heran und sieht nicht, daß die Scheidung der Anschauungen längst nicht mehr bei den Grenzen der Parteien liegt, sondern daß in ihnen allen ein **Ringen** um neue **Staatsanschauungen** vor sich geht. Ver-

kennen wir nicht, daß wir noch vollkommen in einem revolutionären Zeitalter leben, daß **der Kampf um die Neugestaltung des sozialen Denkens,** der wirtschaftlichen Begriffe, des gesellschaftlichen Aufbaus, **nicht ausgekämpft** ist. In der Massenpsychose unserer Zeit tritt die Führung des geistigen Deutschland ebenso wenig klar hervor, wie die Führung der akademischen Jugend selbst innerhalb der Tendenzen, die die Jugend bewegen. Man hat manchmal auch die Empfindung, als wenn nach dem Aufbrausen der ersten Nachkriegsjahre ein gewisses Gefühl der Saturiertheit sich in der akademischen Jugend wieder geltend macht. Möge nie der Fachmann völlig siegen über den Menschen, der nach allgemeiner Bildung strebt. Möge man bei dem Rätselraten über den gewaltigen Einfluß jüdischer Kreise auf die Gestaltung des geistigen Denkens unseres Volkes sich auch darüber klar sein, daß dieser Einfluß sich vielfach ergibt aus der Ueberlegenheit, die das Verbundensein jüdischer Kreise mit den geistigen Strömungen der Gegenwart ihnen vor denjenigen gibt, für die das Leben mit Fachwissen und Erfüllung der Berufspflicht abgeschlossen ist.

Die Zusammenfassung studentischer Kreise der deutschen Volkspartei soll nicht bedeuten: Einzwängen in politische Dogmen; das würde dem Begriff einer liberalen Partei an sich widersprechen. **Leben ist Entwicklung,** auch das Leben der Parteien, die man oft opportunistisch schilt, wenn sie nicht auf demselben Standpunkt verharren, unbeschadet darum, daß politische Entwicklung sie andere Bahnen weist. Seien Sie Träger einer Entwicklung und Bewegung auch innerhalb der Partei, die keine Zukunftsberechtigung hätte, wenn sie Angst besäße vor der Jugend und ihren Idealen. Die Zukunft des deutschen Volkes liegt dunkel vor uns. Sie wird entscheidend bestimmt sein durch die zuverlässige Einstellung derjenigen Kreise zum Staat und zur Politik, die dazu berufen sind, Träger dieser Zukunft zu werden. (Lebhafter Beifall.)

## Reichstagsrede vom 7. Februar 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 429–432. – Druck (mit kleineren Abweichungen) auch in ZEIT, Nr. 44 (Morgenausgabe) vom 8. Februar 1925; Teildruck (mit Abweichungen) in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 397–398.

*Widerspricht falschen Darstellungen über Ursprung, Verhandlungsort und Bedeutung der Sprache des deutsch-siamesischen Wirtschaftsabkommens. Der Verzicht Siams auf die Sanktionsbestimmung des Versailler Vertrags hat grundsätzliche Bedeutung. Die Siam zugestandene Gleichberechtigung ist eine Selbstverständlichkeit. Deutschland muß unter den Restriktionen des Versailler Vertrags das Beste für seine wirtschaftliche Stellung herausholen.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich habe bei Beginn der Verhandlungen über das Deutsch-Siamesische vorläufige Wirtschaftsabkommen[2] nicht anwesend sein können, da ich an einer wichtigen Kabinettsbesprechung teilnehmen mußte[3]. Es ist mir mitgeteilt worden, und ich habe aus dem mir zur Verfügung gestellten Stenogramm der Ausführungen des Herrn Abge-

---

[1] In der am frühen Mittag begonnenen Reichstagssitzung, an der Stresemann nicht teilnahm (vgl. unten mit Anm. 3), erfolgte die zweite Beratung des deutsch-siamesischen vorläufigen Wirtschaftsabkommens. Nach der Berichterstattung durch den DVP-Abgeordneten Dauch zur Debatte des Auswärtigen Ausschusses über das Abkommen (vgl. zu dessen Sitzung auch TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 37 [Morgenausgabe] vom 7. Februar 1925) erhob sich scharfe Kritik am Zustandekommen und Inhalt des Abkommens, so daß seine Annahme gefährdet schien (Protokoll der Berichterstattung und der anschließenden Reden: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 410–413). – Nach der Forderung zum Herbeirufen Stresemanns und der Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Reichstags wurde noch am gleichen Mittag eine neue Sitzung eröffnet, auf deren Tagesordnung erneut die zweite Beratung des deutsch-siamesischen vorläufigen Wirtschaftsabkommens stand; im Rahmen dieser Beratung nahm Stresemann Stellung. – Nach einem Bericht der ZEIT, Nr. 42 (Morgenausgabe) vom 7. Februar 1925, hatte der Auswärtige Ausschuß des Reichstags am Vortag dem Reichstag die Annahme des deutsch-siamesischen Wirtschaftsabkommens empfohlen; der Ausschuß hatte jedoch auch eine Resolution angenommen, mit der er die Reichsregierung aufforderte, bei weiteren Wirtschaftsverhandlungen mit den Signataren des Versailler Vertrags auf die Unantastbarkeit des deutschen Privatbesitzes zu drängen; insbesondere sollte auch in weiteren Verhandlungen mit Siam darauf hingewirkt werden, daß Überschüsse aus Liquidationen deutscher Vermögen inklusive der Zinsen den Siamdeutschen zur Verfügung gestellt würden. Text der Beschlüsse des Ausschusses auch VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 398, Drucks. 500.

[2] Text des deutsch-siamesischen vorläufigen Wirtschaftsabkommens (in englischer und deutscher Sprache nebst Protokoll und Zusatzabkommen) vom 28. Februar 1924, wie es dem Reichstag zugeleitet wurde, ebd., Bd. 383, Drucks. 328 (mit eigener Seitenzählung).

[3] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die um 11 Uhr begonnene Kabinettssitzung, deren Protokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 59–65, wiedergegeben ist.

ordneten v. Freytagh-Loringhoven[4] ersehen, daß der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven eine sehr starke sachliche und politische Kritik an dem Vertrag geübt hat. Gestatten Sie mir, zunächst auf das, was der Herr Abgeordnete sachlich gegen das Zustandekommen des Vertrags und gegen seinen Inhalt angeführt hat, einzugehen.

Der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven hat zum Ausdruck gebracht, die Geschichte des Vertrages sei so gelaufen, daß die deutsche Reichsregierung Siam geradezu umworben habe, doch mit Deutschland zu einem Vertragsabkommen zu gelangen. Nein, so sind die Dinge nicht gelaufen. Schon ehe die deutsche Regierung mit Siam über den Abschluß eines Abkommens auch nur in Fühlung getreten ist, hat zunächst die Regierung unter einem starken Druck der Interessenten gestanden, die, lange bevor die Reichsregierung zu Verhandlungen schritt, den dringenden Wunsch ausgesprochen haben, daß Deutschland die Initiative ergreifen möge, um solche Verhandlungen mit Siam einzuleiten[5]. Wir haben diese Verhandlungen eingeleitet, als Siam wegen der Bezahlung des beschlagnahmten siamesischen Eigentums[6] an uns herantrat. Wir haben damals ausgesprochen, daß zugleich mit dieser Frage auch die Frage der Neuregelung der Handelsbeziehungen[7] behandelt werden müßte.

Der Herr Abgeordnete hat geglaubt, es als ein ganz besonderes Entgegenkommen der deutschen Reichsregierung ansehen zu sollen, daß sie sich, wie er sagt, habe vorschreiben lassen, mit dem Prinzen Charoon[8], dem Gesandten Siams in Paris, die Verhandlungen zu führen. Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen ist im Auswärtigen Ausschuß[9] die Frage angeregt worden, und zwar mit Recht angeregt

---

[4] Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933, als „Gast des Reichstags“ 1933–1942). – Sein Redebeitrag in der vorangegangenen Debatte: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 410–412. Er hatte angekündigt, daß ein Teil der DNVP-Fraktion dem Wirtschaftsabkommen nicht zustimmen werde.

[5] Über die Ausführungen des Berichterstatters Dauch (vgl. oben mit Anm. 1) hinaus konnten keine Einzelheiten zum Zustandekommen des Vertrags ermittelt werden. Zu früheren Problemen der Reichsregierung, die Zustimmung des Reichstags zu erlangen, vgl. jedoch das Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Konsulat in Genf vom 9. September 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 161–163).

[6] Gemeint ist nach der in der vorangegangenen Anm. genannten Weisung dasjenige siamesische Eigentum in Deutschland, das infolge des Kriegseintritts Siams auf der gegnerischen Seite im Sommer 1917 von der Reichsregierung beschlagnahmt worden war.

[7] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Vor Ablauf dieser Frist waren inzwischen mit zahlreichen Staaten Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen (und mit einzelnen zum Abschluß geführt) worden.

[8] Prinz (Phra Ong Chow) Charoon, Gesandter Siams in Paris seit 1912.

[9] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine Sitzung des Ausschusses am 4. Februar 1925, über den die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 59 (Abendausgabe) vom 4. Februar 1925, einen kurzen Bericht

worden, ob es nicht angesichts der Vertragsverhandlungen, die gegenwärtig schweben, ein berechtigter Wunsch der deutschen Reichsregierung wäre, den fremden Staaten mitzuteilen, daß bei dieser Lage die Verhandlungen sämtlich in der deutschen Reichshauptstadt geführt werden möchten. Hier wird nun umgekehrt der Vorwurf erhoben, daß wir uns hätten vorschreiben lassen, die Verhandlungen in Berlin zu führen; – denn sie sind tatsächlich mit einer einzigen Ausnahme bei einer Verhandlung in Genf in der Reichshauptstadt geführt worden.

(Hört! Hört!)

Ich halte persönlich die Frage, ob man Verhandlungen in der eigenen Hauptstadt oder in der Hauptstadt eines anderen Landes führt, nicht für eine Frage des Prestiges.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Frage muß einfach unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, an welchem Ort unter den gegebenen Umständen die besten Vorteile für die deutsche Verhandlungsführung zu erreichen sind.

(Erneute Zustimmung.)

Wenn deshalb die deutsche Regierung ihrerseits den Wunsch hatte – und zwar war das im ersten Stadium der Verhandlungen –, die Verhandlungen in Bangkok zu führen, dann aber in einem späteren Stadium vereinbart wurde, daß die Verhandlungen durch den beglaubigten Vertreter der siamesischen Regierung in Paris geführt werden sollten, der sich zu diesem Zweck nach der deutschen Reichshauptstadt begab und in Berlin mit uns die Verhandlungen führte,

(hört! hört!)

so glaube ich nicht, daß aus dieser Tatsache irgendwelche Vorwürfe wegen einer Schwäche der Regierung hergeleitet werden können.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und links.)

Weiter ist die Sprache des Vertrags beanstandet worden. Der Vertrag ist in englischer Sprache ausgefertigt worden; der englische Text gilt[10]. Wir hätten gewiß auch so prozedieren können, daß als Unterlage der siamesische und der deutsche Text genommen worden wäre. Wenn wir in einem Vertragstext auf die deutsche Sprache

druckt; der Artikel benennt zwar die Hauptmaterie der Sitzung, die Handelsvertragsverhandlungen, erwähnt jedoch nicht die von Stresemann im Folgenden erwähnte Frage.

[10] Zum Text vgl. oben mit Anm. 2.

zugunsten der Sprache des Vertragsgegners verzichten sollten, dann hätten Sie, sofern wir in freier Vereinbarung derartige Verträge schließen und sie uns nicht aufgezwungen werden, ein Recht, dagegen Kritik zu erheben. Aber ich glaube, der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven wird mir das eine zugeben, daß, wenn es sich darum handelt, eine feste Vertragsgrundlage zu schaffen, gerade bei Sprachen, die nicht allgemein in der Welt bekannt sind, wie es wohl für die siamesische Sprache zutreffen dürfte,

(heitere Zustimmung)

als Grundlage die englische Sprache namentlich für etwaige Vertragsauslegungen aus Zweckmäßigkeitsgründen sogar vorgezogen werden könnte.

(Zustimmung.)

Uns muß es darauf ankommen, daß bei Auslegung des Vertrages keine Schwierigkeiten entstehen. Im übrigen bemerke ich, daß hier nicht irgendein Zwang oder Druck der siamesischen Regierung vorgelegen hat, die etwa ihrerseits den besonderen Wunsch gehabt hätte, den Vertrag nur in englischer Sprache abfassen zu lassen, sondern daß wir uns bei den Verhandlungen darauf geeinigt haben, eben diesen einen Vertragstext als Grundlage zu benutzen, und zwar den in englischer Sprache.

Weiter ist davon gesprochen worden, daß die Zulassung der deutschen Einwanderung in der Form, wie sie im Vertrage zutage trete[11], doch zeige, daß man von oben herab mit uns verhandele. Ich gebe zu, daß diese Kritik in der Form berechtigt ist; ich finde nicht, daß diese Form glücklich gewählt sei. Aber ich glaube, Herr Abgeordneter Freytagh-Loringhoven, es handelt sich doch für uns darum, einmal zu erklären, wie die Dinge sachlich liegen. Da handelt es sich doch um folgendes: In Siam war ein Gesetz beschlossen worden, daß zunächst jeden deutschen Kaufmann auf drei Jahre von dem Betreten siamesischen Bodens ausschloß[12]. Als die drei Jahre nach Friedensschluß abgelaufen waren, ist dies Gesetz durch ein neues ersetzt worden, das das Betreten Siams erst von dem Augenblick an deutschen Kaufleuten möglich machen sollte, wo dieser Vertrag ratifiziert wäre. Nun ist dieser Vertrag am 28. Februar vorigen Jahres geschlossen; seitdem ist also beinahe ein Jahr vergangen. Da wir manchmal hier mit einer parlamentarischen Lage zu rechnen haben, die

[11] Gemeint ist die im Zusatzabkommen formulierte Bereitschaft der siamesischen Regierung, auch schon vor der Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens deutsche Reichsangehörige „vorläufig zuzulassen“.

[12] Das betreffende siamesische Gesetz konnte ebensowenig ermittelt werden wie das nachfolgend erwähnte.

– ich möchte mich einmal so ausdrücken – eine gewisse Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten als möglich erscheinen läßt,

(Heiterkeit; hört! hört! bei den Kommunisten)

so, glaube ich, würde es durchaus im Interesse des deutschen Handels sein, wenn wir Vorteile, die wir ihm zuwenden wollen, nicht vom Datum der Ratifizierung abhängig machen, sondern dafür sorgen, daß unbeschadet einer Hinauszögerung der Ratifizierung diese Vorteile sofort in Kraft treten. Darum handelt es sich hierbei. Denn diese Bestimmung sagt, daß sofort für die deutschen Kaufleute der Handel freistände, unbeschadet des Termins der Ratifizierung. Diejenigen, die am Handel mit Siam beteiligt gewesen sind, sind uns dankbar gewesen, daß wir das sachlich erreicht haben, wenn ich auch zugebe, daß die Form, in der es geschehen ist, nicht gerade wünschenswert war.

Am meisten habe ich mich über die Kritik gewundert, die der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven daran geknüpft hat, daß Siam in diesem Vertrag auf den bekannten Artikel 18 des Versailler Vertrags verzichtet habe[13]. Ich möchte doch einmal feststellen, wie dieser Artikel lautet:

> Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß es keine Bestimmung des Versailler Vertrags gibt, die der Befriedung der Weltwirtschaft mehr im Wege steht als das, was hier die alliierten und anderen Nationen sich herausnehmen, uns gegenüber, auch gegenüber dem Nachkriegseigentum zu tun. Wenn diese Bestimmung in der Welt bestehen bleibt, dann wird der deutsche Kaufmann sich nicht mehr in der Welt mit der Ruhe, mit der langsichtigen und langfristigen Beteiligung seiner Geschäfte irgendwie festsetzen können, wie er es tun könnte, wenn wir diesen Artikel aus dem Versailler Vertrag herausbekämen.

---

[13] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Gemeint ist nicht der Art. 18 des Versailler Vertrags, sondern Art. 18 der Anl. 2 zu Teil VIII des Vertrages (ebd., S. 117).

Wir sind doch alle darin einig, daß der Versailler Vertrag in seinen schädlichen Bestimmungen revidiert werden soll, und wenn wir durch unsere Handelspolitik die Möglichkeit haben, solche Artikel aus dem Versailler Vertrag herauszubekommen, dann sollen wir es doch tun. Wir haben es in allen Fällen getan, in denen wir Handelsverträge abgeschlossen haben und haben es überall versucht durchzusetzen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Versucht!)

Man kann nicht sagen, es handle sich nur um ein für unsren Handel kleines Land. Nein! Es kommt nicht darauf an, ob das Land für unseren Handel klein oder bedeutsam ist, sondern es kommt auf das Prinzip an,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

es kommt darauf an, daß wir überall, wo wir über Verträge verhandeln, die Forderung stellen, daß dieser Artikel aus dem Versailler Vertrag in Fortfall kommt. Sie riefen mir vorhin zu: „Versucht!“ Ich kann zu meiner Genugtuung sagen: es haben verzichtet auf ihre Rechte aus Artikel 18 England, Belgien, Italien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Portugal, Japan, Peru und Kanada[14].

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Sie sehen daraus, daß es gar nicht bei dem Versuch geblieben ist, sondern daß wir mit einigen der größten Länder der Welt es durchgesetzt haben, daß dieses Damoklesschwert, das über unserer Wirtschaft hängt, einmal verschwindet, und daß wir in diesen Ländern wieder freier arbeiten können. Es haben einige Länder nicht verzichtet. Es hat Frankreich nicht verzichtet,

(Zurufe: Natürlich!)

Rumänien hat nicht verzichtet, und ich brauche nur diejenigen, die die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern kennen, einmal zu fragen, in welchem Maße die Wiederherstellung guter und vernünftiger Handelsbeziehungen dadurch beeinträchtigt wird, daß es noch Länder gibt, die auf diesen Artikel nicht verzichten wollen. Da aber bei den Verhandlungen mit anderen Nationen der Nichtverzicht eines Landes als ein Präzedenzfall wirkt, auf den sich andere beziehen können, so wäre es ganz falsch gewesen, wenn die Regierung bei diesen Verhandlungen mit Siam nicht

[14] Unterzeichnet (aber noch nicht ratifiziert) war inzwischen lediglich der Vertrag mit Großbritannien (Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 2. Dezember 1924: REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 777–795); mit den übrigen genannten Ländern, auch mit den nachfolgend erwähnten Frankreich und Rumänien, waren die betreffenden Verhandlungen noch nicht in einen Handels- und Wirtschaftsvertrag gemündet.

entscheidendes Gewicht darauf gelegt hätte, daß dieser Artikel verschwindet. Man kann deshalb hier über eine solche Etappe in der Beseitigung unerträglicher Bedingungen des Versailler Vertrags doch nicht mit dem Satz hinweggehen, daß man sagt: „Siam ist so gütig gewesen, keine Sanktionen uns gegenüber erheben zu wollen."

Ich glaube, daß in diesem Zusammenhange, wie ich mir gestattet habe, die Dinge vorzutragen, man sich wohl darüber klar sein wird, daß es sich hier wirklich um eine große grundsätzliche Auseinandersetzung handelt, die für Siam ebenso gilt wie für andere Länder der Welt, mit denen wir Verträge schließen.

Nun hat sich der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven weiter besonders dagegen gewandt, daß wir die siamesische Gerichtsbarkeit anerkannt haben und daß nach dem Vertrage die Meistbegünstigung und Gleichberechtigung nicht nur für die Waren, sondern auch für die Menschen gilt. Ich möchte auch hier einige grundsätzliche Erörterungen an diese Frage anknüpfen. Ich glaube, daß Deutschland ganz besonders in seiner heutigen Lage, aber auch ohne sie alles Interesse daran hat, zu vermeiden, als eine Macht angesehen zu werden, die zwar selber Gleichberechtigung in der Welt für sich verlangt, aber sie dann anderen gegenüber verweigert und sich dabei darauf beruft, daß sie auf einer höheren Kultur stehe als dieses Land. Sie sehen, wie diese Frage in das Selbstbewußtsein anderer Völker eingreift, und die Verhandlungen, die die Türkei bei ihren letzten Friedensverhandlungen geführt hat, sind speziell davon ausgegangen, daß sie die sogenannten Kapitulationen nicht mehr dulden wollte[15]. Es ist durchaus verständlich, daß ein Volk, das Selbstachtung hat, auch damit anfängt, zu verlangen, daß seine Gesetze für alle gelten, die in diesem Lande sind, auch wenn es sich um Europäer handelt. Den alten Grundsatz des Übergewichts der Europäer über andere Nationen hat niemand mehr ad absurdum geführt als diejenigen Nationen, die die Angehörigen anderer Nationen als gleichberechtigt in die Kämpfe des Weltkrieges hineingeführt haben[16].

---

[15] Die Türkei hatte nach der Ablehnung des Vertrags von Sèvres von 1920, den die Alliierten dem Osmanischen Reich oktroyieren wollten, und nach der erfolgreichen Abwehr im Krieg gegen Griechenland 1919–1922 neue Verhandlungen mit den Siegermächten des Weltkriegs aufgenommen; dabei hatte sie insbesondere auf die Abschaffung der Kapitulationen, einseitiger Handelsverträge mit den europäischen Staaten aus früheren Jahrhunderten, gedrängt und dies schließlich in dem am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichneten Friedensvertrag in Art. 28 durchgesetzt. Der Vertrag trat allerdings (mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden) erst am 6. August 1924 in Kraft (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 332). – Text des Vertrags u.a. in COLLIARD 526–534.

[16] Stresemann bezieht sich vermutlich in erster Linie auf die Einbeziehung der britischen Dominions in den Weltkrieg sowie die Verwendung der Kolonialtruppen durch Briten und Franzosen während des Weltkriegs, im weiteren aber auch auf die Einbeziehung von außereuropäischen Staaten wie z.B. Siam.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Infolgedessen wäre es ganz unpolitisch von uns, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollten, daß wir ein höheres Volk sind, das die Institutionen eines anderen vertragsmäßigen Volkes nicht anerkennt. Wenn ich weiter darauf hinweise, daß ein anderes Land, das nicht in unserer unglücklichen Lage ist, sondern sich das politisch stärkste Land der Welt nennen kann, die Vereinigten Staaten von Amerika, Siam dasselbe konzediert haben[17], so glaube ich nicht, daß man der deutschen Regierung Vorwürfe daraus machen kann, daß sie dasselbe Prinzip anerkannt hat, das die Vereinigten Staaten von Amerika Siam gegenüber gelten lassen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist dann weiter zum Ausdruck gebracht worden, daß wir in diesem Vertrage sehr differenziert vorgingen, indem wir Siam für seine bei uns beschlagnahmten Werte eine große Entschädigung zusagten, während andererseits unser Eigentum restlos liquidiert ist. Soweit die Dinge so liegen, sind sie zunächst einmal einfach die Folge des verlorenen Krieges, des Vertrages von Versailles[18]. Aber der Herr Abgeordnete hat eine andere Kritik geübt und hat diese Frage der Entschädigung von etwa 4 Millionen Goldmark, um die es sich handelt, mit einer innenpolitisch sehr umkämpften Frage in Zusammenhang gebracht, nämlich mit der Aufwertungsfrage[19]. Er hat davon gesprochen, daß wir hier 100prozentig aufwerten, obwohl es sich doch bei diesen Ansprüchen der siamesischen Regierung im wesentlichen um Staatspapiere handelte, die hier gelegen haben, die wir beschlagnahmt haben, und für die ein Deutscher, wenn er Ansprüche geltend machte, nur diejenige Quote bekäme, die sich aus den Beschlüssen des Hohen Hauses und der Reichsregierung in der Frage

[17] Gemeint ist vermutlich der Vertrag zwischen den USA und Siam vom 16. Dezember 1920, dessen Präambel „the principle of equity“ formulierte und dessen einzelne Bestimmungen grundsätzlich auf Gleichberechtigung beruhten (Text in SOCIÉTÉ DES NATIONS, RECUEIL DES TRAITÉS 6 [1921], S. 290–305.

[18] Der Versailler Vertrag ermächtigte die Siegerstaaten vielfältig, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren; zumindest für einen Teil der Entschädigungen war das Deutsche Reich zuständig (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159).

[19] Mit der Frage der Aufwertung ist die sowohl juristisch als auch politisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also auch die Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Inflation und schließlich Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10).

der Aufwertung ergäbe[20]. Ich bedaure diese Differenzierung außerordentlich. Aber, Herr v. Freytagh-Loringhoven, auch diese Differenzierung ist eine Folge des Versailler Vertrages, in dessen Ausführungsbestimmungen ausdrücklich gesagt ist, daß wir alle diejenigen Werte, die wir beschlagnahmt haben, zum Goldwert nach dem Tage der Beschlagnahme zu entschädigen haben[21]. Es handelt sich auch gar nicht um ein freiwilliges Anerkenntnis, sondern Sie wissen aus dem Vertrag[22], daß gegen uns eine Klage anhängig war, die auf 4,8 Millionen Mark lautete. Es ist in diesem Vertrag bei der Unsicherheit der Entscheidung der Gerichte dieser Vergleich geschlossen worden, wonach Siam sich verpflichtet, seine Klage zurückzuziehen, und wir uns verpflichten, unsererseits die genannte Summe, die nach der siamesischen Währung genannt ist und den Betrag von, ich glaube, 4 Millionen Goldmark ausmacht, an Siam zu bezahlen.

Es ist in diesem Zusammenhang davon gesprochen worden, daß man hier doch auch in Vergleich ziehen muß einmal die Entschädigung, die der siamesische Staat erhielte, und zweitens die Geringfügigkeit der Entschädigung, die Auslandsdeutschen bisher gegeben worden ist. Für das, was sie verloren haben, haben sie unzweifelhaft nicht nur einen moralischen Anspruch an das Deutsche Reich, sondern einen von der Entente allerdings sehr einseitig festgesetzten Rechtsanspruch, der uns verpflichtet, das von der Entente liquidierte Vermögen unsererseits wieder zu ersetzen[23].

Da diese Frage in den Zusammenhang dieser Debatte gebracht worden ist, darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß meines Wissens gerade gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den Auslandsdeutschen stattfinden[24], und daß sehr wohl die Absicht besteht, auch über das, was bisher geschehen ist, hinausgehend die dort verlorenen Vermögen mehr, als es bisher möglich war, auf Grund der heutigen Finanzlage zu entschädigen.

Im übrigen aber handelt es sich hier für uns nicht um ein Prinzip, abzuwägen, was

---

[20] Zum Stand der Beratungen im Kabinett vgl. die Diskussion in der Kabinettssitzung vom 26. Januar 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 22–24 mit den dortigen Anm.).

[21] Vermutlich bezieht sich Stresemann auch hier auf Art. 297 des Versailler Vertrags (vgl. oben mit Anm. 18) und dessen Ausführungsbestimmungen.

[22] Stresemann meint hier und den bei den nachfolgenden Zahlenangaben den deutsch-siamesischen Vertrag (vgl. oben mit Anm. 2), in dessen Zusatzabkommen, Art. 2, von einer Summe von 2 Millionen Tikal die Rede ist.

[23] Vgl. oben mit Anm. 18.

[24] Dazu konnte nichts weiter ermittelt werden. Vgl. jedoch – zur Entschädigung für Deutsche, die von Liquidationen in Polen betroffen waren – die Äußerung des Reichsfinanzministers in der unmittelbar vorangegangenen Kabinettssitzung (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 62 mit Anm. 9).

den Deutschen gegenüber möglich ist und was dem Ausland gegenüber möglich ist, sondern wir stehen unter dem Zwange derjenigen großen Friedensabmachungen, die jede Regierung, Herr v. Freytagh-Loringhoven, heute als Grundlage hinnehmen muß mit allen ihren Bindungen, allen ihren Begrenzungen und allen ihren Ungerechtigkeiten.

(Hört! Hört!)

Ich empfinde es nur manchmal als eine Ungerechtigkeit, daß man für das, was das Schicksal über uns verhängt hat, diejenigen indirekt verantwortlich macht, die ihrerseits nichts anderes tun können, als die Konsequenzen aus der Tatsachenlage zu ziehen.

(Hört! Hört! und sehr richtig! in der Mitte und links.)

Weil das so ist, bedaure ich, daß der Herr Abgeordnete am Schlusse seiner Ausführungen gesagt hat, daß der Vertrag das Ansehen und die Würde des Deutschen Reiches schädige. Meine Herren, ich habe den Ausführungen des Herrn Abgeordneten nicht persönlich beiwohnen können, ich kann mich infolgedessen nur an den Wortlaut halten. Es gibt zwei Auslegungen dieses Satzes.

(Heiterkeit links.)

Er kann subjektiv gemeint sein. Ich glaube, Herr v. Freytagh-Loringhoven wird sich zu diesen Dingen, wenn es darauf ankommt, ruhig äußern. Sie mögen ihm manche Vorwürfe machen, er ist sicherlich in vielem mein schärfster außenpolitischer Gegner. Aber daß er mit der Sprache hinterm Berge hält, habe ich aus seinen Ausführungen bisher wenigstens noch nicht gesehen. Ich sage, die Worte könnten bedeuten, daß hier die Regierung und das Auswärtige Amt, das diese Verhandlungen geführt hat, leichtfertig umgegangen seien,

(Abgeordneter Dr. Freiherr v. Freytagh-Loringhoven: Nein, das habe ich nicht sagen wollen!)

– bitte sehr –, leichtfertig umgegangen seien mit dem Ansehen und der Würde des Deutschen Reiches. Das kann der Herr Abgeordnete deshalb nicht gemeint haben, weil er in demselben Augenblick hinzufügte, daß ein Teil seiner Freunde für den Vertrag stimmen werde;

(große Heiterkeit und Zurufe links)

und es ist völlig ausgeschlossen – es ist nur eine logische Konsequenz des Wort-

lauts dieser Ausführungen, daß man das feststellt –, wenn ein Teil seiner politischen Freunde für den Vertrag stimmen werde, daß dann diejenigen, die den Vertrag geschlossen hätten, leichtfertig mit dem Ansehen und der Würde des Reiches umgegangen sein können.

(Zurufe links.)

Infolgedessen können diese Darlegungen nur den Sinn gehabt haben, den der Herr Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven durch einen Zuruf eben bestätigt hat, daß sie den ersteren Sinn nicht haben sollten, daß er an sich in dem Abschluß solcher Verträge und in dem Zustand, der dadurch gegeben ist, daß solche Verträge geschlossen werden müssen, eine Schädigung des Ansehens und der Würde des Reiches sehe. Meine Herren, ich kann das zwar für den Inhalt des Vertrags, wie er hier vorliegt, nicht anerkennen; aber ich möchte einmal einige allgemeine Ausführungen machen, die sich an das anschließen, was ich vorhin über die Situation, in der wir stehen, ausgeführt habe.

Meine Herren! Es ist gar kein Zweifel, Ansehen und Würde des Deutschen Reiches leiden in der Gegenwart sehr; denn man kann eigentlich nicht zweifelhaft darüber sein, daß wir überhaupt nicht mehr ein souveräner Staat sind.

(Sehr richtig!)

Wir sind in unendlich vielen Dingen gar nicht in der Lage, so frei und unabhängig zu handeln wie ein Staat, auf dem die Bestimmungen nicht lasten, die auf uns lasten.

(Sehr richtig!)

Es gibt aus dieser Situation unendlich vieles, gegen das sich das Gefühl des Einzelnen bäumt und bäumen muß, unbeschadet welcher Partei er angehört. Ich empfinde es nur als ungerecht, daß, wenn diese Konsequenzen aus der Situation gezogen werden müssen, in der wir stehen – und sie sind in anderen als Wirtschaftsfragen, wo wir noch eine gewisse Großmacht sind, sie sind in dem, was uns militärisch und politisch aufgezwungen ist, noch viel schwerer zu tragen als hier –, ich sage, ich empfinde es nur als ungerecht, daß man denn nicht auch anerkennt, daß das eben die Zwangslage ist, in der wir uns befinden,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß man dadurch, daß man Empfindlichkeiten erweckt, auch Leute veranlaßt, lediglich in träumender Resignation in bezug auf das, was einst uns an Größe beschieden gewesen ist, die Lösung der Schäden dieser Zeit zu sehen. Wir kommen

aber nicht weiter, wenn wir nur vergleichen, was wir gewesen sind und was wir sind,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

sondern wir kommen nur weiter, wenn wir auf Grund dessen, was uns geblieben ist, aufbauen auf dem, was uns zur Verfügung steht, um zu besseren Verhältnissen zu gelangen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Eins der wichtigsten Mittel zum Wiederaufbau ist die deutsche weltwirtschaftliche Politik, die Wiederanknüpfung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Und wenn Sie unter diesen Gesichtspunkten den an sich gewiß mit manchen Schwächen behafteten Vertrag betrachten, werden Sie ihn auch würdigen und ihm die Zustimmung erteilen können.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei. – Zurufe links.)[25]

[25] Das Abkommen mit Siam wird schließlich, unter anderem mit den Stimmen der DNVP, in dritter Lesung am 9. Februar 1925 vom Reichstag angenommen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 473). – Vgl. dazu auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 68 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1925.

## Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags vom 13. Februar 1925[1]

Nach ZEIT, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 13. Februar 1925. – Teildruck in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 49 (Morgenausgabe) vom 14. Februar 1925. – Teildruck (mit kleineren Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 75 (Abendausgabe) vom 13. Februar 1925.

*Die personelle Stärke des auswärtigen Dienstes kann nicht nur unter fiskalischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Erläutert die Personalabbaumaßnahmen im auswärtigen Dienst und deren negative Folgen. In den nächsten Jahren sind personeller Wiederausbau und Gehaltserhöhungen unverzichtbar.*

Unsere Finanznot hat uns im vorigen Jahre zu einem durchgreifenden **Behördenabbau** gezwungen[2]. Das war zweifellos für die innere Verwaltung richtig. Wir müssen uns im Innern sparsam einrichten, und so fiskalisch denken wie möglich. Aber diese fiskalische Sparpolitik muß zum Nachteil der deutschen Wirtschaft ausschlagen, wenn sie in so schematischer Weise, wie es leider geschehen ist, auch auf den **auswärtigen Dienst** ausgedehnt wird. Wie groß unser auswärtiger Dienst sein soll, in welchem Lande wir Auslandsvertretungen unterhalten müssen und wieviel – diese Fragen kann man doch nicht nach fiskalischen Gesichtspunkten beurteilen, sondern lediglich danach, was diese Außenvertretungen unserer politischen Interessen, unserer Wirtschaft und unserem Außenhandel für praktischen Nutzen bringen. Durch **Vereinfachung des inneren Aufbaues** des Auswärtigen Amtes wollen wir deshalb auch einen wesentlichen Abbau des Auswärtigen Amtes herbeiführen. Wir haben das Auswärtige Amt seit Oktober 1923 von 740 auf 666 Beamte, also um 74 Beamte, von 1003 auf 723 Angestellte, also um 270 Angestellte **verringert.** Der gesamte bisherige **Abbau im Auswärtigen Amt** beträgt also annähernd 350 Personen. Wir schlagen Ihnen im vorliegenden Etat einen weiteren Abbau von annähernd hundert Personen vor, so daß alsdann der Abbau im Auswärtigen Amt (Zentrale) etwa

---

[1] Die Vorlage leitet ihren Bericht über die Rede unter der Überschrift „Dr. Stresemann über den Etat des Auswärtigen Amtes. Für den Ausbau des diplomatischen Dienstes“ ein: „Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam heute der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung. Reichsaußenminister Dr. Stresemann leitete die Beratung mit folgenden Ausführungen ein:“.

[2] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen. Zu den zahlenmäßigen Ergebnissen des Personalabbaus im Reich bis zum 1. April 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 475, Anm. 10.

26 Prozent vom Oktoberstande 1923 beträgt.

Wie augenblicklich die Geschäftslage im Auswärtigen Amt ist, ist kein einziger Beamter und kein einziger Angestellter vorhanden, der **nicht voll beschäftigt** ist. Neben den laufenden Arbeiten ist jede Abteilung mit mehreren Sonderverhandlungen belastet. Glauben Sie nicht etwa, daß wir dabei einen großen Personalverbrauch treiben. Ein Beispiel: für die wichtigen **polnisch-deutschen Verhandlungen** sind ein höherer Beamter[3], zwei Sekretäre und eine Schreibdame verfügbar. **Sparsamer kann man nicht wirtschaften.** Sie sehen, daß wir im Auswärtigen Amt die Sparsamkeit üben, wenn sie am Platze ist.

Beim **Abbau unseres Auswärtigen Dienstes,** eines so wichtigen und empfindlichen Apparates, an den man doch nur mit der allergrößten Vorsicht die Hand legen sollte, sind wir in der Sorge um unsere Finanzen bereits **zu weit gegangen** und leider auch **zu schematisch** vorgegangen. Das wird heute kaum noch jemand zu bestreiten wagen. Auch der Sparkommissar[4] ist meiner Ansicht.

Mir liegt ein Schreiben des Staatsministers **Saemisch** vom 24. November 1924 vor[5], in dem heißt es wörtlich:

> „Ich habe bereits im April dieses Jahres das Auswärtige Amt davon In Kenntnis gesetzt, daß auch nach meiner Auffassung **ein weiterer Abbau,** sei es durch Aufhebung oder durch Zusammenlegung oder Rangniederung von Missionen **nicht mehr verantwortet** werden könne. Ferner davon, daß meinerseits keine Bedenken dagegen bestehen, einige der abgebauten Missionen möglichst bald wiederherzustellen."

Wir haben unseren auswärtigen Dienst seit Oktober 1923 von 627 auf 527 Beamte und 1033 auf 532 Hilfskräfte insgesamt um 601 Personen oder 37 Prozent **abgebaut.**

Aber diese Ziffern geben Ihnen ja noch kein klares Bild, wie erschreckend weit der Abbau unseres auswärtigen Dienstes geht. Wir hatten **vor dem Kriege** 34 General-

---

[3] Vermutlich ist damit gemeint Paul Roth (1885–1967), Legationssekretär in der Abt. IVa (Osteuropa, Skandinavien) des Auswärtigen Amtes 1923–1925, der nach Ausweis der einschlägigen Stücke in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12 im Spätwinter und Frühjahr 1925 als Referent die Weisungen nach Warschau konzipierte. – Die nachfolgend genannten Sekretäre und die „Schreibdame" konnten nicht ermittelt werden.

[4] Friedrich Saemisch (1869–1945), Reichssparkommissar 1922–1934; ehem. preußischer Staatsminister.

[5] Dieses Schreiben Saemischs konnte ebensowenig ermittelt werden wie das nachfolgend angesprochene vom April 1924.

konsulate und 99 Konsulate. Jetzt 20[6] Generalkonsulate und 34 Konsulate. In China hatten wir **vor dem Kriege** 16 Konsulate, jetzt 7 Konsulate; in **Brasilien** vor dem Kriege acht Konsulate, jetzt zwei Konsulate. In den **Vereinigten Staaten** vor dem Kriege 12 Konsulate, jetzt 4 Konsulate.

England unterhält in Deutschland 13 Berufskonsulate, wir in England **zwei;** die Vereinigten Staaten in Deutschland vierzehn Berufskonsulate, wir in den Vereinigten Staaten **vier.** Diese Ziffern stellen uns vor die Frage, ob wir den **schematischen und fiskalischen Abbau des Auswärtigen Dienstes** noch weiter treiben dürfen, umso mehr als nach Annahme des Dawes-Planes[7] sich eine Reihe **neuer Aufgaben** an den auswärtigen Dienst herandrängen. Die politischen Beziehungen zu vielen Staaten fingen sich jetzt erst an zu entwickeln. Die politischen und rechtlichen Beziehungen zu diesen Staaten müssen durch langwierige Grundlagen vertraglich geregelt werden. Unser **gesamtes Handelsvertragssystem** ist, nachdem wir am 10. Januar die handelspolitische Handelsfreiheit [!] zurückerlangt haben[8], ganz neu aufzubauen. Ich verstehe es noch allenfalls, wenn wir aus fiskalischen Gesichtspunkten heraus unseren **auswärtigen Dienst** so stark abgebaut haben, solange die Kaufkraft unserer Papiermark im Auslande so gesunken war[9]. Aber jetzt ist ja jeder unserer Beamten im Ausland nicht teurer, ja sogar **billiger als im Inlande.** Das alles sind **Tatsachen,** die eine so klare und deutliche Sprache sprechen und die uns mahnen, nicht aus fiskalischer Aengstlichkeit einen **Ausbau unseres auswärtigen Dienstes** länger hinzuhalten. Die **Gesamtausgaben des ganzen auswärtigen Dienstes,** einschließlich des Auswärtigen Amtes betragen zur Zeit 43 Millionen Mark, davon sind 13 Millionen Mark **durch eigene Einnahmen gedeckt. Keine** Verwaltung hat einen so **niedrigen Ausgabeetat** wie das Auswärtige Amt, und doch ist es der lebenswichtigste Teil unserer Staatsmaschine. Also nicht Abbau, sondern Ausbau unseres aus-

---

[6] Abweichend in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 49 (Morgenausgabe) vom 14. Februar 1925: „29“.

[7] Gemeint sind die am 16. August 1925 paraphierten Beschlüsse der Londoner Konferenz zur Durchführung des Dawes-Plans (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen; nach der Annahme entsprechender deutscher Gesetze im Reichstag am 29. August 1924 und durch die Unterschrift am 30. August 1924 in London traten die Beschlüsse in Kraft.

[8] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Vor Ablauf dieser Frist waren inzwischen mit zahlreichen Staaten Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen (und mit einzelnen zum Abschluß geführt) worden.

[9] Gemeint ist die Inflation und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

wärtigen Dienstes muß die Richtung sein, in der wir in den nächsten Jahren marschieren.

Der Außenminister weist darauf hin, daß **der zu weitgehende Abbau nachteilige Folgen** gehabt habe[10], die, wenn sie nicht bald wieder behoben werden, verhängnisvoll wirken müssen. Die Beamtenschaft des auswärtigen Dienstes, die höhere und die mittlere, steht vor dem **Zusammenbruch.** Dadurch, daß die Auslandsbehörden so stark abgebaut worden sind, ist die gesamte **Laufbahn erstarrt,** zum völligen Stillstand gekommen. Im auswärtigen Dienst gibt es zurzeit 102 höhere Beamte im Alter von 36 bis 54 Jahren, die aus Gehaltsstufe 10 bezahlt werden, also dasselbe Gehalt erhalten, wie der Attaché oder der Assessor im Innendienst.

Nicht besser steht es um die **mittlere Laufbahn** im auswärtigen Dienst. Wir haben 102 Ministerialamtmänner und nur 77 etatsmäßige Stellen. Noch schlimmer steht es um unsere Kanzleibeamten. Es **fehlt jeder Nachwuchs** für den Kanzleidienst. Schon heute reichen die vorhandenen Kanzleisekretäre ihrer Zahl nach nicht aus. Die Folge ist, daß viele Arbeiten den Stenotypistinnen überlassen werden müssen, die in anderen Ministerien Beamte erledigen. Wir haben unseren Beamten im Ausland unter dem Druck der finanziellen Not die **Gehälter rigoros um 10 bis 15 v.H. gekürzt.** Die Folge davon ist, daß unsere mittlere Beamtenschicht überall in Not und Verschuldung geraten ist, und daß unsere höheren Beamten die letzten Jahre hindurch nicht die **gesellschaftlichen Beziehungen** pflegen konnten, ohne die nun einmal der Diplomat keine Politik machen kann. Der Botschafter **Wiedfeld[11],** einer unserer sparsamsten Missionschefs, hat mir noch vor kurzem berichtet, daß es nunmehr nicht länger hinauszuschieben sei, daß unsere **Auslandsbeamten** wieder **regeren persönlichen Verkehr** pflegen, und mit den Auslandsvertretern anderer Länder gesellschaftlich auf gleichem Fuß auftreten. Er hat deshalb eine Erhöhung der Gehälter der Beamten beantragt.[12]

[10] Dieser Halbsatz so – als Paraphrase – in der Vorlage.

[11] So in der Vorlage. Gemeint ist Otto Wiedfeldt (1871–1926), deutscher Botschafter in Washington 1922 – 31. Januar 1925.

[12] Der Artikel in der Vorlage schließt folgendermaßen: „Als Berichterstatter des Ausschusses erörterte alsdann Abg. Dr. Hoetzsch (Dnat.) den Haushalt des Auswärtigen Amtes, er betonte, daß das Auswärtige Amt kein kaufmännisches Geschäft sei, man dürfe also keinesfalls von dem Gedanken ausgehen, daß die Ausgaben durch die Einnahmen wieder ausbilanziert werden müßten."

## Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 16. Februar 1925[1]

Nach ZEIT, Nr. 58 (Morgenausgabe) vom 17. Februar 1925. – Teildrucke (mit Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 79 (Abendausgabe) vom 16. Februar 1924; SCHULTHESS 66 (1925), S. 31.

*Erläutert angesichts der von rumänischer Seite angekündigten Repressalien die zwischen Deutschland und Rumänien strittigen Fragen und die in der Vergangenheit geführten Verhandlungen, insbesondere über die Forderungen zu den Banca-Generala-Noten. Rumänien hat keine Rechtsgrundlage für seine Forderungen. Wenn es Repressalien ergreift, hat Deutschland freie Hand für seine Reaktion.*

In den Wirtschaftskreisen, die an den Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien interessiert sind, hat eine lebhafte Beunruhigung Platz gegriffen. Wegen der **Repressalien,** mit denen zuerst die rumänische offiziellen [!] Presse, und am 11. Februar auch der rumänische Finanzminister[2] in einer Sitzung des rumänischen Parlaments gedroht hat. Diese Beunruhigung hat nicht nur die deutschen Interessen ergriffen, sondern wie wir aus rumänischen Kreisen hören[3], in gleicher Weise auch die **rumänischen** Handelskreise, die an den Handelsbeziehungen interessiert sind. Ich halte es für richtig, dem Ausschuß mit einigen Sätzen über die Streitfragen, die zwischen Rumänien und uns schweben, zu berichten. Es handelt sich dabei um **drei verschiedene Fragenkomplexe.**

Erstens handelt es sich dabei um die rumänischen Ansprüche aus Artikel 238 des Vertrages von Versailles auf Rücklieferung von **Vieh, Eisenbahnwaggons** usw[4].

---

[1] Die Vorlage, ein Artikel unter der Überschrift „Stresemanns Antwort an Bratianu. Aus dem Auswärtigen Ausschuß“, leitet ein: „Im Haushaltsausschuß [!] des Reichstags führte Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf Aeußerungen, die [...] der rumänische Finanzminister Vintila Bratianu in der Kammer in Bukarest gemacht hat, folgendes aus:“ – Inwieweit die folgende Wiedergabe der Rede Stresemanns vollständig ist, ließ sich nicht ermitteln.

[2] Vintilă I. C. Brătianu (1867–1930), rumänischer Finanzminister 1922 – 27. März 1926 und 22. Juni 1927 – 3. November 1928; Ministerpräsident 24. November 1927 – 9. November 1928. – Zu seiner Rede in der rumänischen Kammer vom 11. Februar 1925 vgl. die Zusammenfassung in ZEIT, Nr. 57 (Abendausgabe) vom 16. Februar 1925.

[3] Ein Nachweis für diese Aussage Stresemanns konnte nicht ermittelt werden.

[4] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Art. 238 des Versailler Vertrags forderte von Deutschland in Ausführung seiner Reparationsverpflichtungen „die Rücklieferung in bar des [im Weltkrieg] weggeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Bargeldes wie auch die Rücklieferung der weggeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Tiere, Gegenstände aller Art und Wertpapiere“ (ebd., S. 108).

Darüber schweben seit längerer Zeit Verhandlungen mit Rumänien[5], die Rücklieferung in natura zu ersetzen durch Bezahlung einer entsprechenden Barsumme. Die Verhandlungen haben sich deshalb länger hingezögert, weil die Ansprüche Rumäniens nach unserer Auffassung **übertrieben** waren. Jedoch haben die beiderseitigen Auffassungen sich in den letzten Wochen mehr und mehr genähert, so daß eine Verständigung über ein Restitutionsabkommen keine Schwierigkeiten mehr machen wird; zumal nach dem Sachverständigen-Gutachten[6] die Restitutionen aus den Annuitäten zu bestreiten sind, was in dem kürzlichen Pariser Finanzministerabkommen[7] auch ausdrücklich bestätigt worden ist.

Der zweite Fragenkomplex betrifft den rumänischen Anspruch aus Artikel 259 des Vertrages von Versailles[8] auf Rückerstattung aller Vermögenswerte, die Deutschland aus dem Bukarester Frieden[9] erhalten hat. Auch diese Frage befindet sich zurzeit nicht in einem akuten Streitstadium[10]. Rumänien hat uns bisher diese Forderungen im einzelnen noch nicht spezialisiert, so daß wir zu diesen Ansprüchen noch nicht Stellung nehmen konnten. Es war verabredet[11], daß über die Liquidierung des Bukarester Friedens demnächst gemeinsame Verhandlungen zwischen Rumänien auf der einen Seite und Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf der anderen Seite in Wien stattfinden sollten. Wir sind zur Aufnahme dieser Verhandlungen nach wie vor bereit.

Der dritte Fragenkomplex betrifft die **Notendeckung** der Banca Generala-Noten[12], die während der Besetzung von Rumänien ausgegeben worden sind; und dies ist

---

[5] Zu den Verhandlungen mit Rumänien über dessen einzelne Reparationsansprüche gegenüber Deutschland im Spätjahr 1924 vgl. die Aufzeichnung des Legationssekretärs Grundherr vom 28. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 459–466) sowie den Bericht des Gesandten Freytag an das Auswärtige Amt vom 9. Dezember 1924 (ebd., S. 543–544).

[6] Gemeint ist das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“), das mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen in Kraft getreten war.

[7] Zur Konferenz der alliierten Finanzminister vom 7. bis 14. Januar und zum dort geschlossenen Abkommen vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 413–414; den telegraphischen Bericht des Botschafters Hoesch an das Auswärtige Amt vom 15. Januar 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 60–61.

[8] Art. 259 des Versailler Vertrags verpflichtete Deutschland u.a., auf alle Vorteile aus dem Vertrag von Bukarest (vgl. die folgende Anm.) zu verzichten und die Erträge aus diesen Vorteilen an Rumänien zurückzuerstatten (VERTRAG VON VERSAILLES S. 135).

[9] Text des Bukarester Friedensvertrags zwischen den Mittelmächten und Rumänien vom 7. Mai 1918 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 223, S. 241–267.

[10] Vgl. oben mit Anm. 5.

[11] Vgl. die oben Anm. 5 genannte Aufzeichnung Grundherrs (dort insb. S. 461–462).

[12] Die deutschen Besatzungsbehörden hatten im Weltkrieg im besetzten Rumänien Geldnoten der Banca Generala als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegeben; Rumänien stützte seine Forderungen darauf, daß Deutschland mit diesen Geldnoten in Rumänien Waren angekauft und nach Deutschland geschafft habe (zu Einzelheiten vgl. die oben Anm. 5 genannte Aufzeichnung Grundherrs, insb. S. 459).

**der eigentliche Streitpunkt,** aus dem der rumänische Finanzminister glaubt, die Berechtigung zu Repressalien gegen Deutschland herleiten zu können. Wie liegen nur die Verhältnisse tatsächlich? Im Vertrage von Versailles ist Deutschland **keinerlei Verpflichtung** auferlegt worden, diese **Noten** einzulösen, weder in Papier noch in Gold. Wir haben dementsprechend auch immer abgelehnt, eine Sonderverpflichtung Deutschlands in diesem Punkte neben seiner allgemeinen Reparationspflicht anzuerkennen. Diese Frage hat allerdings den Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien in den Jahren 1921 und 1922 gebildet[13], wobei wir uns ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung Deutschlands bereit erklärt haben, einen bestimmten Betrag der zur Deckung der Banca Generala-Noten hinterlegten Mark- und Kronenbeiträge an Rumänien auszuhändigen, wenn Rumänien auf die Liquidierung des deutschen Eigentums verzichtet. Dieses **deutsche Angebot** hatte damals einen Goldwert von annähernd 50 Millionen Goldmark. Rumänien hat dieses Angebot damals aber **abgelehnt** und Erstattung des vollen Nominalbetrages der Banca-Generala-Noten in Gold verlangt. Das mußten wir natürlich ablehnen, erstens einmal, weil der Anspruch an sich unbegründet war, zweitens aber auch wegen der Rückwirkung, die ein solches Anerkenntnis auf ähnliche Forderungen anderer Länder gehabt hätte[14]. Eine Einigung wurde also damals nicht erzielt. Auch ein späterer nochmaliger Versuch zu einer Verständigung[15] war ergebnislos, und die Ruhrbesetzung[16] und der Zusammenbruch der Mark[17] haben weiterhin eine Wiederaufnahme solcher Verhandlungen verhindert.

Wodurch ist der Konflikt nun gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt akut geworden? Rumänien hatte zuerst den Standpunkt vertreten, daß sein Anspruch auf Einlösung

---

[13] Zu den deutsch-rumänischen Verhandlungen von 1921 und 1922 vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 518–519 u. 549–551 mit den dortigen Anm.

[14] Stresemann meint hier vermutlich in erster Linie Belgien, das seit dem Kriegsende darauf drängte, über die infolge der Reichsmarkwährung während der deutschen Besatzungszeit in Belgien verbliebenen Marknoten mit der Reichsregierung ein Abkommen zu erzielen; vgl. dazu zuletzt das Privatdienstschreiben Bülows an Rieth vom 14. Januar 1925 (ebd., A 12, S. 55–56).

[15] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf Verhandlungen vom Juni 1923 (auch wenn dann die nachfolgende Begründung für deren Nichtweiterverfolgung chronologisch nicht recht passen würde); vgl. dazu ebd., A 8, S. 62–66.

[16] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

[17] Gemeint ist die Inflation und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

der Banca Generala-Noten sich auf Artikel 259 des Vertrages von Versailles (Liquidierung des Bukarester Friedens) stützt. Diese Auffassung ist von der Reparations-Kommission aber schon vor längerer Zeit als unbegründet abgelehnt worden[18]. Daraufhin hat die rumänische Regierung sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Ansprüche im Rahmen der gesamten Reparationszahlungen bevorzugt zu befrieden seien. Diese Auffassung hat nun bei der kürzlichen **Pariser Konferenz der alliierten Finanzminister**[19] nicht den Erfolg gehabt, den Rumänien erwartet hatte, nämlich eine wesentliche Erhöhung des rumänischen Anteils an der Annuität mit Rücksicht auf diese Forderung. Rumänien hat sich angesichts dieser Tatsachen seine Rechte vorbehalten, freilich ohne daß dieser einseitige Vorbehalt von den übrigen Alliierten anerkannt worden wäre. Nachdem Rumänien eine bevorzugte Behandlung seiner Forderung von den Alliierten nicht erreicht hatte, hat es sich nun plötzlich auf den Standpunkt gestellt, daß seine Ansprüche auf Einlösung der Banca Generala-Noten außerhalb des Vertrages von Versailles zu regeln seien und die Forderung erhoben, daß wir Rumänien neben den Annuitäten des Sachverständigen-Gutachtens gesondert zu entschädigen haben, eine Forderung, die mit dem **klaren Wortlaut** des Artikels XI des **Sachverständigen-Gutachtens**[20] **im Widerspruch** steht, der ausdrücklich und eindeutig bestimmt, daß alle Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der durch den Krieg verursachten Kosten aus den Annuitäten zu decken sind. Der rumänische Finanzminister hat in seiner Kammerrede vom 11. Februar dieses Jahres selbst übrigens zugegeben, der Dawes-Plan enthalte einen Satz, aus welchem die Schlußfolgerung gezogen werden könne, daß Deutschland von allen Nebenverpflichtungen außer den eigentlichen Reparationen befreit worden sei.

Wir haben die mit dem Vertrag von Versailles, mit dem Sachverständigen-Gutachten und mit der eigenen bisherigen Rechtsauffassung der rumänischen Regierung im Widerspruch stehende Forderung natürlich **ablehnen** müssen. Wenn Rumänien sich nicht abhalten läßt, daraus die Konsequenz von Repressalien gegen uns zu ziehen, so muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß auf den bekannten § 18[21] solche Repressalien sich natürlich nicht stützen können. Einmal steht damit im Wi-

[18] Vgl. die oben Anm. 5 genannte Aufzeichnung, insb. S. 460; der (dort nicht genannte) genaue Zeitpunkt der Entscheidung der Reparationskommission konnte nicht ermittelt werden.

[19] Vgl. oben mit Anm. 7.

[20] Zum Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) bzw. zum Londoner Abkommen vgl. oben mit Anm. 6.

[21] Gemeint ist § 18 der Anl. II zu Teil VIII des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 117).

derspruch, daß Rumänien selbst seine Forderung außerhalb des Vertrages von Versailles stellt und außerdem sind die in dem Londoner Schlußprotokoll[22] festgelegten, ganz klaren und sicheren Kautelen für die Anwendung des § 18 hier nicht erfüllt. Rumänien kann daher **nur allgemeine völkerrechtliche Repressalien** ergreifen[23], denen gegenüber natürlich auch wir **freie Hand** haben. Ich würde nur bedauern, wenn diese Gegensätzlichkeit der Auffassung in rein sachlichen Fragen dazu führen würde, die Beziehungen zwischen zwei Ländern, die bisher keinerlei politische Gegensätze aufwiesen, in einer so schweren Weise zu beeinträchtigen, wie derartige **Maßnahmen der rumänischen Regierung sie unzweifelhaft im Gefolge** haben würden.

[22] Am 16. August 1924 hatten sich die Teilnehmerstaaten der Londoner Konferenz durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigt, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

[23] Am 15. Februar 1925 berichtete die Presse über eine am 13. oder 14. Februar 1925 getroffene Entscheidung der rumänischen Regierung, die bereits grundsätzlich beschlossenen Repressalien in Kraft zu setzen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 78 vom 15. Februar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21704 [Morgenausgabe] vom 15. Februar 1925, S. 8).

## Rede im Haushaltsauschuß des Reichstags vom 17. Februar 1925[1]

Nach WIENER ZEITUNG, Nr. 39 vom 18. Februar 1925, S. 5. – Leicht abweichend auch in REICHSPOST, Nr. 48 vom 18. Februar 1925, S. 1.

*Rumänien hat keine Rechtsgrundlage für seine Forderungen bezüglich der Banca-Generala-Noten. Ergreift es Repressalien, hat Deutschland freie Hand.*

Der eigentliche Streitpunkt betrifft die Deckung der Banca-Generala-Noten, die während der Besetzung Rumäniens ausgegeben wurden[2]. Im Versailler Vertrage[3] wurde Deutschland keinerlei Verpflichtung auferlegt, diese Noten einzulösen. Wir lehnten es dementsprechend auch immer ab, eine Sonderverpflichtung Deutschlands in diesem Punkte neben seiner allgemeinen Reparationspflicht anzuerkennen. Nachdem Rumänien eine bevorzugte Behandlung seiner Forderung von den Alliierten nicht erreicht hatte, erhob es die Forderung[4], daß wir Rumänien neben den Annuitäten des Sachverständigengutachtens[5] gesondert zu entschädigen haben, eine Forderung, die mit dem klaren Wortlaut des Gutachtens im Widerspruch steht. Rumänien kann daher nur allgemeine völkerrechtliche Repressalien ergreifen, denen gegenüber natürlich auch wir freie Hand haben.

---

[1] Die Vorlage, die sich auf einen Agenturbericht aus Berlin bezieht, eröffnet den unter der Überschrift „Die rumänisch-deutschen Beziehungen“ eingestellten Artikel folgendermaßen: „Bei der Verhandlung des Etats im Haushaltsausschusse des Reichstages führte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Erwiderung auf die Äußerungen, die der rumänische Finanzminister Bratianu in der Bukarester Kammer machte, aus:“ – Im Folgenden handelt es sich höchstwahrscheinlich um eine Zusammenfassung oder eine gekürzte Wiedergabe der Ausführungen Stresemanns. – Allerdings könnte die Ähnlichkeit mit Passagen der Rede Stresemanns im Auswärtigen Ausschuß vom 16. Februar 1925 (vgl. diese Edition) auch darauf hindeuten, daß es sich gar nicht um zwei verschiedene Reden handelt, sondern durch Fehler bei der Übermittlung bzw. der Berichterstattung aus tatsächlich lediglich einer Rede (vom 16. Februar) zwei Reden (vom 16. und 17. Februar 1925) wurden.

[2] Die deutschen Besatzungsbehörden hatten im Weltkrieg im besetzten Rumänien Geldnoten der Banca Generala als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegeben; Rumänien stützte seine Forderungen darauf, daß Deutschland mit den Geldnoten in Rumänien Waren angekauft und nach Deutschland geschafft habe (zu Einzelheiten vgl. die Aufzeichnung des Legationssekretärs Grundherr vom 28. November 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 459–466); neuerdings drohte Rumänien mit Repressalien, die auch laut Presseberichten vom 15. Februar 1925 von der rumänischen Regierung inzwischen angeordnet worden waren (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 78 vom 15. Februar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21704 [Morgenausgabe] vom 15. Februar 1925, S. 8).

[3] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 7. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 189–190).

[5] Gemeint ist das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“), das mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen in Kraft getreten war.

## Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 18. Februar 1925[1]

Nach REICHSPOST, Nr. 49 vom 19. Februar 1925, S. 1.

*Nach seinen Informationen befinden sich die rumänischen Repressalien noch in Vorbereitung. Eine Antwort auf einen deutschen Vergleichsvorschlag steht aus.*

Nach dem Bericht der diplomatischen Stellen[2] und nach den amtlichen Auffassungen befindet sich der größte Teil der **rechtswidrigen rumänischen Maßnahmen**[3] vorläufig im Stadium der Vorbereitung. Es ist gänzlich falsch, wenn von rumänischer Seite behauptet wird, die endgültige Durchführung aller Repressalien würde von dem Inhalt einer deutschen Antwortnote abhängig gemacht[4], denn abgesehen davon, daß **überhaupt kein Notenwechsel**[5] vorliegt, sondern nur mündliche Verhandlungen der

---

[1] Aus der Vorlage, einem als „Drahtbericht unseres Korrespondenten" unter der Überschrift „Der deutsch-rumänische Konflikt. Neue Erklärungen Stresemanns" veröffentlichten Artikel, kann nicht eindeutig erschlossen werden, ob es sich hier tatsächlich um den exakten Wortlaut der Rede Stresemanns handelt. Allerdings geht aus der einleitenden Passage („Heute vormittag sprach Außenminister Dr. Stresemann im auswärtigen Ausschuß des Reichstages über den Konflikt mit Rumänien, wobei er u.a. erklärte:") hervor, daß offenbar nur ein Auszug wiedergegeben wird.

[2] Einschlägige Berichte konnten nicht ermittelt werden.

[3] Rumänien hatte in den Vortagen für den Fall, daß seine Forderungen zur Begleichung der aus rumänischer Sicht bestehenden deutschen Verpflichtungen, darunter insbesondere zur Einlösung der von den deutschen Besatzungsbehörden im Weltkrieg in Rumänien als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegebenen Geldnoten der Banca Generala, mit Repressalien gedroht (vgl. die zusammenfassende Darstellung in SCHULTHESS 66 [1925], S. 358–359); laut Presseberichten vom 15. Februar 1925 waren diese Repressalien von der rumänischen Regierung inzwischen angeordnet worden (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 78 vom 15. Februar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21704 [Morgenausgabe] vom 15. Februar 1925, S. 8). Tatsächlich berichtete die „Vossische Zeitung" aber bereits in ihrer Morgenausgabe vom 19. Februar, also wohl mit dem Kenntnisstand vom 18. Februar 1925, daß die Anwendung der Repressalien noch ausstehe, und zählte als geplante Repressalien auf: „1. Liquidierung des noch nicht liquidierten deutschen Vorkriegseigentums in Rumänien; 2. Einführung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren; 3. Einführung von Maximalzöllen für deutsche Waren (die Maximalzölle sind dreimal so hoch wie die gewöhnlichen Zölle); 4. Liquidierung des seit der Notifikation des Versailler Vertrages neu erworbenen deutschen Privateigentums." (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 84 [Morgenausgabe] vom 19. Februar 1925). Am Tag zuvor hatte sie berichtet, daß die Ausweisungen von Deutschen in den vorangegangenen Tagen „noch nicht als unmittelbare Folge des deutsch-rumänischen Konflikts anzusehen" sei, sondern seit Jahren immer wieder vorkomme (ebd., Nr. 82 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1925; vgl. auch NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21707 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1925, S. 3–4).

[4] In dem wohl am 17. Februar 1925 veröffentlichten Pressekommuniqué des rumänischen Außenministeriums findet sich, zumindest in der Wiedergabe in deutschsprachigen Zeitungen, die hier von Stresemann angesprochene rumänische Forderung nicht (vgl. beispielsweise VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 83 [Abendausgabe] vom 18. Februar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21707 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1925, S. 4).

[5] Vgl. jedoch zu einer am 28. Januar 1925 Rumänien übergebenen Note: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 77, Anm. 4; zusammenfassende Wiedergaben der Note auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 51 (Abendausgabe) vom 30. Januar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21690 (Abendausgabe) vom 31. Januar 1925, S. 2. – Möglicherweise ist die Aussage Stresemanns in der

beiderseitigen Vertreter stattfanden, **steht die rumänische Antwort** auf den entgegenkommenden deutschen Vergleichsvorschlag (50 Millionen Goldmark)[6] noch **aus.**[7]

Vorlage auch falsch oder verkürzt wiedergegeben: In einem (paraphrasierenden) Bericht der NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21708 (Morgenausgabe) vom 19. Februar 1925, S. 4, über Stresemanns Erklärungen heißt es statt dessen, er habe erklärt, „der deutsche Standpunkt sei im übrigen in der vor vierzehn Tagen veröffentlichten deutschen Note der rumänischen Regierung zum Ausdruck gebracht worden. In dieser habe die deutsche Regierung Rumänien in einem Vergleichsvorschlage 50 Million Goldmark angeboten – ein Angebot, auf das Rumänien bisher nicht geantwortet habe."

[6] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf die in der vorangegangenen Anm. genannte deutsche Note vom 28. Januar 1925, deren Wortlaut jedoch nicht ermittelt werden konnte.

[7] Die Vorlage schließt: „Die an das Referat des Ministers sich anschließende Aussprache ergab, daß der Ausschuß einmütig den Standpunkt der Reichsregierung billigt."

## Reichstagsrede vom 20. Februar 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 808–809. – Druck (unter Weglassung des Einleitungssatzes) auch in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 196–199 [2. Aufl. S. 348–349]. – Teildrucke in URSACHEN UND FOLGEN VIII, S. 235–236; ZEIT, Nr. 65 (Abendausgabe) vom 20. Februar 1925; SCHULTHESS 66 (1925), S. 35; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,1 (1925), S. 108; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21709 (Abendausgabe) vom 20. Februar 1925, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 41 vom 20. Februar 1925, S. 8; ARBEITER-ZEITUNG, Nr. 51 vom 21. Februar 1925, S. 3.

*Angesichts des Verbots zum Zusammenschluß zwischen Deutschland und Österreich in den Verträgen von Versailles und St.-Germain kann der deutsch-österreichische Zusatzvertrag nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wären beide Völker frei, würden die Grenzen niedergerissen. Verhandlungen über die Abschaffung der beidseitigen Visumpflicht stehen bevor.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu den Ausführungen, die der Herr Berichterstatter[2] soeben über den vorliegenden Vertrag[3] gemacht hat, wenige Worte hinzuzufügen. Der Herr Berichterstatter hat zum Ausdruck gebracht, daß nach Auffassung des Ausschusses in diesem Vertrage Deutschland mehr der gebende als der empfangende Teil sei, daß der Ausschuß aber trotzdem in seiner Mehrheit der Auffassung gewesen sei, dem Vertrage zuzustimmen, weil er den Vertrag nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern auch unter politischen Gesichtspunkten gewürdigt habe.

Dieselben Gesichtspunkte sind für die Reichsregierung maßgebend gewesen. Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß gerade in dem Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich alle die Bindungen, alle die Einengungen uns

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der zweiten und dritten Beratung des Zusatzvertrags vom 12. Juli 1924 zu dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen.

[2] Paul Lejeune-Jung (1882–1944), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DNVP 1924–1930, für die Volkskonservative Vereinigung 1930). – In der vorangegangen Berichterstattung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 807–808) hatte er als Ergebnis der Beratungen des handelspolitischen Ausschusses moniert, daß nach dessen Einschätzung „Deutschland in diesem Zusatzabkommen bei weitem der gebende Teil sei“; dennoch habe der Ausschuß „mit ganz überwiegender Mehrheit beschlossen, dem Plenum die Annahme des Zusatzabkommens zu empfehlen“. – Zu den Beratungen im Auswärtigen und im Handelspolitischen Ausschuß vgl. auch die Aufzeichnung Köpkes vom 18./19. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 249–251).

[3] Text des dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegenden Zusatzvertrags vom 12. Juli 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 398, Anl. 534 [mit eigener Seitenzählung].

der Freiheit berauben, wünschenswerte Verhältnisse zwischen beiden Staaten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu schaffen, Bindungen, die gegeben sind einmal durch den Vertrag von Versailles[4], andererseits durch den Vertrag von St. Germain[5] und weiter auch durch völkerrechtliche Abmachungen, die die österreichische Regierung im Oktober 1922 in Genf mit dem Völkerbund getroffen hat[6].

Alle diese Einengungen und Bindungen dürfen uns aber nicht von dem einen Ziel abbringen: alles zu tun, um die Beziehungen zwischen Deutsch-Österreich und dem Deutschen Reich so eng und innig wie nur irgend möglich zu gestalten.

(Bravo!)

Wenn deshalb auch der vorliegende Vertrag den Charakter eines Provisoriums trägt, wenn wir auch in bezug auf den Vertrag vor der Situation stehen, daß wir infolge des noch nicht vorliegenden neuen Zolltarifs nicht die feste Basis haben, die es ermöglichte, irgendein Definitivum zu treffen, und deshalb die Frage erörtert worden ist, ob es unter diesen Umständen überhaupt wünschenswert sei, in Verhandlungen mit Österreich einzutreten, so haben wir das bejaht, um möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem deutschen Nachbarvolk einen solchen Vertrag schließt[7].

(Bravo!)

Ich glaube, wir sollten auch bei dem, was hier vom Geben und Nehmen gesprochen wird, nicht prozentual abwägen, wo der größere oder geringere Vorteil liegt.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn es nach dem Willen beider Völker ginge, so würden doch überhaupt die Grenzmauern niedergerissen, die zwischen Österreich und Deutschland bestehen.

(Lebhafter Beifall.)

---

[4] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Stresemann bezieht sich auf Art. 80 des Vertrags (ebd., S. 51), der die Grenzen Österreichs (vorbehaltlich einer entgegengesetzten Entscheidung des Völkerbundsrates) für unabänderlich erklärte und damit dessen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich verbot.

[5] Der Frieden von St.-Germain zwischen den Siegermächten und Österreich vom 10. September 1919 erklärte in seinem Art. 88 (CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 226, S. 36) die Unabhängigkeit Österreichs (vorbehaltlich einer entgegengesetzten Entscheidung des Völkerbundsrates) für unabänderlich und verbot somit dessen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich.

[6] Österreich war im Oktober 1922 durch eine Völkerbundsanleihe vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet worden. Im Gegenzug hatte es sich in den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 verpflichten müssen, seine Souveränität zu wahren. Text der Protokolle u.a. in AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV, S. 428–437.

[7] Zur entsprechenden Diskussion und Entscheidung des Kabinetts vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 856–857 mit Anm. 4.

Dann würden wir ein Land und ein Wirtschaftsgebiet sein. Der Gedanke, daß enge und innige freundschaftliche Beziehungen zwischen den Deutschen und Deutsch-Österreichern bestehen, ist doch der erste Gesichtspunkt, der überhaupt bei der Würdigung aller dieser Verhandlungen in Frage kommt. Der ist wichtiger als alle Gesichtspunkte einzelner Zollpositionen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte von diesem Gesichtspunkt aus hier auch auf eine Erklärung hinweisen, die kürzlich die deutsche Reichsregierung abgegeben hat und die sich auf den gegenseitigen Verkehr zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche bezieht[8]. Es ist vielfach von seiten der Deutschen und Deutsch-Österreicher geklagt worden, daß im Grenzverkehr Schwierigkeiten gemacht würden, die nicht verständlich seien. Man hat diese Schwierigkeiten vom Standpunkt der inneren Ressorts damit begründet, daß man gegen verdächtige Elemente Vorsorge treffen müsse, gegen politisch verdächtige und auch auf anderen Gebieten verdächtige Elemente. Ich bin der Meinung: diese Elemente verstehen es, sich über alle Paßvorschriften hinwegzusetzen;

(lebhafte Zustimmung)

aber die ehrlichen Menschen, die hinübergehen wollen, um alte Beziehungen zwischen Volk und Volk wiederaufzunehmen, verstehen es nicht, wie sich zwei befreundete Völker gegeneinander abschließen, so wie es geschehen ist. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß wir Anfang nächster Woche mit der hiesigen österreichischen Gesandtschaft in Verhandlungen eintreten werden mit der Absicht, die wechselseitige Aufhebung des gesamten Sichtvermerkverkehrs zwischen Deutschland und Österreich in die Wege zu leiten.

(Bravo!)

Wir werden diese Maßnahmen auch unter dem Gesichtspunkt betrachten, innerhalb der politischen Bindungen, die uns auferlegt sind, alles zu tun, um wenigstens auf diesen Gebieten die Einheit der Empfindung zwischen beiden Völkern auch in unserer Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen.

---

[8] Gemeint sind der Visumzwang und die damit verbundenen Gebühren für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr. – Möglicherweise bezieht sich Stresemann mit der „Erklärung“ auf ein deutsches amtliches Kommuniqué, das im Ergebnis von Gesprächen zweier österreichischer Parlamentarier mit der Reichsregierung in Berlin und entsprechenden Wünschen von österreichischer Seite bekundete: „Es besteht die Aussicht, daß diesen Wünschen in kurzer Zeit Rechnung getragen werden kann.“ (vgl. die Wiedergabe des Kommuniqués in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21638 [Morgenausgabe] vom 24. Januar 1925, S. 4; fast wortgleich auch in REICHSPOST, Nr. 24 vom 24. Januar 1925, S. 4).

(Lebhafter Beifall.)[9]

[9] Nach weiteren Debattenbeiträgen wurde der Zusatzvertrag in der gleichen Reichstagssitzung mit Mehrheit verabschiedet (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 812).

## Reichstagsrede vom 20. Februar 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 841–846 u. 851. – Teildrucke in ZEIT, Nr. 66 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 61 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 88 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21710 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1925, S. 4.

*Erinnert an den Entstehungszusammenhang der Micum-Verträge: Bei der Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft im Herbst 1923 ging es nicht um ein Geschenk an die Bergherren, sondern um die Erhaltung der Reichseinheit. Die entsprechende Zusage der Regierung an die Industrie erging auch auf dringende Bitte der Gewerkschaften und mit Zustimmung der damaligen SPD-Minister. Die Leistungen des Reichs im Frühjahr 1924 erfolgten, um die damals absehbare Verständigung über die Reparationsfrage nicht zu verbauen.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dietrich (Baden)[2] hat einige Fragen an die Reichsregierung gestellt. Auf diese zu erwidern, wird der Herr Staatssekretär Fischer[3] noch Gelegenheit haben. Gestatten Sie mir, auf denjenigen Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hertz[4] einzugehen, der sich auf die Entstehung der Verpflichtungen des Reichs gegenüber den Ruhrindustriellen bezog. Wenn ich darüber spreche, darf ich Sie vielleicht bitten, sich noch einmal die Situation zu vergegenwärtigen, die in den

---

[1] Der Reichstag debattierte über drei Anträge (von seiten der KPD-, der SPD- und der DDP-Fraktion), die im Wortlaut variierten, im Kern aber auf dasselbe zielten: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Reichstags, der über die vom Reich an die Ruhrindustrie während der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien und insbesondere infolge der Micum-Verträge getätigten Zahlungen und Entschädigungen Aufschluß erzielen und ggf. Rückzahlungen ermöglichen sollte (die Texte der Anträge: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 398, Drucks. 578 [KPD]; Bd. 399, Drucks. 583 [SPD]; Drucks. 589 [DDP]); seitens des Reichsfinanzministeriums lag dem Reichstag inzwischen auch eine auf den 16. Februar 1925 datierte umfangreiche Denkschrift vor, die ebenfalls Grundlage der Debatte war (ebd., Drucks. 568 [mit eigener Seitenzählung]). – Zur abschließenden Beratung des Kabinetts über diese Denkschrift in der Kabinettssitzung vom 13. Februar 1925 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 81–82 (mit den dortigen Anm.).

[2] Hermann Dietrich (1879–1954), Reichsernährungsminister 28. Juni 1928 – 1930; Reichswirtschaftsminister 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DDP 1919–1930, für die Staatspartei 1930–1933). – Dietrich hatte unmittelbar vor Stresemann gesprochen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 835–841).

[3] David Fischer (1873–1934), Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 1921–1926. – Fischer sprach nicht am gleichen Tag im Reichstag.

[4] Paul Hertz (1888–1961), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1930). – Seine Rede im vorangegangen Verlauf der Debatte: ebd., S. 814–823.

ersten Tagen des Oktober[5] entstand, als das erste Schreiben des Herrn Stinnes[6] an mich als Reichskanzler gerichtet wurde. Am 25. September wurde die Aufgabe des passiven Widerstandes beschlossen[7]. Sie war eine harte Notwendigkeit, woran heute wohl niemand mehr zweifelt. Die Hoffnung, die wir auf Grund von Erklärungen des Herrn französischen Botschafters[8], gegeben im Namen des Herrn Poincaré[9], hegen durften, daß sofort nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Möglichkeit bestehen würde, in Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und dem Deutschen Reich über eine Regelung der Reparationsverpflichtungen einzutreten, hat sich nicht erfüllt, da der Herr französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt stellte, daß der passive Widerstand in Wirklichkeit nicht abgebrochen sei[10], und beispielsweise allein aus der einen Tatsache, daß wir an die Beamten der Pfalz noch für drei Monate Gehälter gezahlt hatten, die Annahme herleitete, daß bis zur Ablösung dieser Frage für ihn ein Abbruch des passiven Widerstandes nicht vorhanden sei.

Es entstand deshalb für uns die Frage, wie es möglich sei, bei dieser – wie doch erkennbar war – absichtlich dilatorischen Behandlung der Frage der Reparationen für diejenigen Gebiete zu sorgen, die schließlich, getreu den Anordnungen der Reichs- und der preußischen Behörden, die Arbeit in ihren Werken niedergelegt hatten. Es handelte sich um die Frage, ob man den bestehenden Zustand aufrechterhalten, die Arbeit nicht in Gang bringen und damit finanziell das gewaltige Risiko einer Erwerbslosenfürsorge für Millionen auf sich nehmen sollte oder ob man einen Weg finden könne, die Wirtschaft wieder in Ganz zu bringen und damit zu späteren Verhandlungen überzuleiten. In diese Zeit – Sie werden sehen, daß ein kurzer Zwischenraum

---

[5] Gemeint ist der Oktober 1923.

[6] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstags 1920–1924 (für die DVP). – Gemeint ist ein Schreiben Stinnes' vom 7. Oktober 1923 (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 222–223), in dem er anfragte, ob die Kohlenindustrie zur Herstellung eines Modus vivendi direkt ein Abkommen mit den Besatzungsmächten abschließen könne, und insbesondere, ob die Reichsregierung für die der Industrie durch ein solches Abkommen entstehenden Kosten aufkommen werde.

[7] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[8] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf ein Gespräch mit Margerie vom 18. September 1923 (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 392–393). Tatsächlich hatte Margerie in diesem Gespräch allerdings bekundet, er könne sich nach seinen Instruktionen nicht auf Verhandlungen einlassen, ehe der passive Widerstand beendet sei, allerdings auch keine Zusicherung für solche Verhandlungen nach dem Abbruch des Widerstand gegeben.

[9] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[10] Vgl. etwa den telegraphischen Bericht des Botschafters Hoesch über ein Gespräch mit Poincaré vom 10. Oktober 1923 (ebd., S. 471–473).

vorhanden ist; ich glaube, der erste Brief des Herrn Stinnes ist vom 7. Oktober datiert, also kaum 14 Tage nach Aufgabe des passiven Widerstandes – fällt die Anregung der Ruhrindustriellen an die deutsche Reichsregierung, ob sie damit einverstanden sei, daß sie mit den Vertretern der französischen Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelten. Sie werden sich entsinnen, daß damals alle unsere Bestrebungen, von Reich zu Reich zu verhandeln, an der französischen Auffassung scheiterten. Erst im Januar ist es uns gelungen, diese These zu überwinden. Während der letzten Periode des Jahres 1923 war es jedenfalls unmöglich. Die Herren der Ruhrindustrie haben uns erklärt, daß sie die Verantwortung der Verhandlungen nur übernähmen, wenn die Reichsregierung hinter ihnen stünde. Gleichzeitig haben sie die Frage aufgeworden, was die Reichsregierung dazu sagen würde, wenn von französischer Seite Forderungen auf Nachbezahlung der Kohlensteuer, auf kostenfreie Lieferung von Kohlen und anderen Dingen gestellt würden. Die Stellung der Reichsregierung – darin hat der Herr Abgeordnete Hertz völlig recht – hat verschiedene Phasen durchlaufen. Der Herr Abgeordnete Hertz hat auf den Widerspruch zwischen der ersten Antwort an Herrn Stinnes[11] und dem Beschluß, der auf Grund der Kabinettsitzung vom 20. Oktober erfolgt ist[12], hingewiesen. Aber ich glaube, Herr Abgeordneter Hertz, Sie werden diesen Widerspruch vielleicht dann verständlich finden, wenn Sie sich einmal vor Augen führen, daß in diese ganzen Fragen, auch in die Frage dessen, was die Reichsregierung veröffentlichen konnte, der ganze Komplex der außenpolitischen Lage mit hineinspielte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In jener Zeit – am 8. Oktober – waren wir noch der Meinung, daß es möglich sein könnte, zu irgendeiner Vereinbarung zu kommen, die uns diese unerhörten Lasten nicht auferlegte, die wir ja damals als Reichsregierung in diesem Ausmaß überhaupt nicht für möglich gehalten haben.

Ich habe hier in meinen Akten noch ein von mir verfaßtes Schreiben vom 16. Oktober[13], wo ich den Versuch machte, damals durch Anerbietung der deutschen

[11] Vom 12. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 560–562). – Stresemann hatte darin bekundet, daß die Reichsregierung angesichts der finanziellen Lage keine Garantien für die von Stinnes am 7. Oktober geforderten Erstattungen übernehmen könne; gleichzeitig zeigte er jedoch die Aufhebung der Kohlensteuer an.

[12] Zur Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 vgl. ebd., S. 662–673.

[13] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf den in einer Aufzeichnung genannten und dort auf den 15. Oktober 1923 datierten Entwurf einer entsprechenden Note an die Botschafterkonferenz (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 164–165), die am 24. Oktober 1923 übergeben wurde (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 59–60.

Reichsregierung zur Regelung der Reparationsfrage zu kommen, ein Versuch, den ich im Einverständnis und speziell auf Anregung des Herrn preußischen Ministerpräsidenten Braun[14], dem ich für diese Anregung nur dankbar bin, gemacht habe. Solange diese ganzen Versuche nicht fehlgeschlagen waren, konnten wir der Öffentlichkeit gegenüber gar nicht mit einer nach außen abgegebenen Erklärung, daß wir alle diese Lasten prinzipiell zu übernehmen bereit wären, irgendwie heraustreten. Wir hätten dadurch unsere außenpolitische Situation unendlich beschädigt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Infolgedessen ist damals der Streit entstanden, wer die Schuld daran trage, daß jene Briefe vom 8. und 9. Oktober[15] veröffentlicht worden sind.

Meine Herren! Ich darf auf diese Frage einmal kurz eingehen wegen einer Art, die mir symptomatisch dafür zu sein scheint, wie manchmal große politische Fragen auf ein verhältnismäßig sehr kleines parteipolitisches Niveau gesenkt werden. In vielen Ausführungen über die damalige Zeit habe ich jetzt immer von den Briefen gelesen, die Herr Stresemann an „seinen Parteifreund Stinnes“ geschrieben hätte, als wenn hier irgendeine Vereinbarung zwischen Leuten vorgelegen habe, die sich deshalb nahegestanden hätten und bei denen dem einen deshalb Konzessionen gemacht worden wären, weil er der gleichen Partei angehöre.

(Zurufe links.)

– Es ist wiederholt davon gesprochen worden, daß sich die Reichsregierung in einer vollkommenen Abhängigkeit oder mindestens unter einem Druck der Schwerindustrie befunden hätte, dem sie ihrerseits Gegendruck entgegenzusetzen nicht in der Lage gewesen wäre.

Meine Herren! Damals sind in der „Vossischen Zeitung“ und im „Vorwärts“ diese Veröffentlichungen gegen unseren Willen erschienen[16]. Denn wir hatten außenpolitisch kein Interesse daran, daß diese Dinge, wie wir gemeinschaftlich den Franzosen gegenübertreten, irgendwie in der Öffentlichkeit bekannt werden.

---

[14] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD). – Seine von Stresemann erwähnte Anregung konnte nicht ermittelt werden.

[15] Gemeint ist wohl der Briefwechsel Stinnes – Stresemann vom 7. und 12. Oktober 1923 (vgl. oben mit Anm. 6 u. 11). – Zur Veröffentlichung der Briefe, die von der Presseabteilung der Reichsregierung durch eine Agenturmeldung ermöglicht wurde, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 509, Anm. 2.

[16] Vgl. die Veröffentlichung der beiden Briefe in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 487 vom 14. Oktober 1923. Zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 509, Anm. 2.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man für diese Dinge eine Publizität verlangt, so macht man die Außenpolitik in entscheidenden Momenten überhaupt unmöglich. Die Ruhrindustrie war doch damals, da die Reichsregierung zu Verhandlungen nicht zugelassen war, gewissermaßen unser Vertreter, und zwischen ihr und uns mußte naturgemäß die Taktik unter uns abgesprochen werden, wie wir das Beste bei den Dingen durchsetzen. Als diese Veröffentlichungen damals erschienen sind – ich glaube, Herr Kollege Sollmann[17], Sie werden sich dieser Episode noch sehr wohl erinnern –, haben wir die allerschärfsten Auseinandersetzungen gerade mit den Zeitungen gehabt, die Herrn Stinnes und seinen Freunden nahestehen[18], weil man versuchte, uns den Vorwurf zu machen, daß die Reichsregierung, um die Ruhrindustrie zu diskreditieren, etwa die Hand zur Veröffentlichung dieser Schriftstücke geboten haben könnte. In einer offiziellen Verlautbarung der Reichskanzlei wurde damals diese Behauptung als eine schamlose Verleumdung des betreffenden Telegraphenbureaus zurückgewiesen[19]. In dieser Art des Gegenüberstehens haben sich die ersten Verhandlungen vollzogen, die jetzt so hingestellt werden, wie man es in der „Baseler Nationalzeitung“ von heute, die der „Vorwärts“ veröffentlicht[20], sieht: „Herr Stresemann sorgt für die Seinen“.

Der Herr Kollege Hertz hat gesagt, über alle diese Dinge seien die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts nicht in den Einzelheiten unterrichtet worden. Er hat erklärt: solange das Wiederaufbauministerium in den Händen eines bürgerlichen Ministers[21] gewesen wäre, habe man wohl diese Unterrichtung vorgenommen, nicht aber in der Zeit, in der Herr Schmidt[22] Minister gewesen sei. Ich habe als Reichskanzler angefragt, wie viele Exemplare in der Reichskanzlei festgestellt worden sind und an wen sie gegangen sind. Es geht daraus hervor, daß der erste Brief von Stinnes, was ja

---

[17] Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[18] Vermutlich ist in erster Linie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gemeint, die Stinnes nahestand; Einzelheiten zu dieser Auseinandersetzung konnten nicht ermittelt werden.

[19] Die Verlautbarung der Reichsregierung, die sich vermutlich auf Wolffs Telegraphisches Büro bezog, konnte nicht ermittelt werden.

[20] Weder der Artikel in der Baseler „National-Zeitung“ noch dessen Wiederabdruck im „Vorwärts“ vom 20. Februar 1925 konnten ermittelt werden.

[21] Es ist unklar, auf welchen Zeitraum Stresemann (bzw. Hertz in seiner Rede: vgl. oben mit Anm. 4) sich hier bezieht; in seiner Kanzlerzeit war das Ministerium ausschließlich mit Robert Schmidt (vgl. die folgende Anm.) besetzt.

[22] Robert Schmidt (1864–1943), Reichsernährungsminister 1919–1920; Reichswirtschaftsminister 1919–1920 und 1921–1922; Reichsminister für Wiederaufbau 13. August – 3. November 1923; Vizekanzler 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1893–1898, 1903–1930 (für die SPD).

ganz selbstverständlich ist, sofort an sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts gegangen ist[23].

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

– Der Herr Kollegen Sollmann bestätigt mir das. –

(Abgeordneter Dr. Hertz: Damals ist eine andere Veröffentlichung in der Presse erschienen, Herr Stresemann!)

– Herr Abgeordneter Dr. Hertz, ich bin mir nicht bewußt, daß die Veröffentlichung etwas anderes enthielt als der Brief, der in Ihren Ausführungen eine Rolle spielte. – Wie denkt man sich denn die Sache? Es ist doch ganz selbstverständlich, daß in einer Frage von so großer prinzipieller außenpolitischer, wirtschaftlicher und innenpolitischer Bedeutung der Reichskanzler nicht als Privatmann einen Briefwechsel anfängt, der das ganze Reich mit derartigen Dingen belastet, ohne daß er sich klar darüber ist, daß er die Zustimmung des Reichskabinetts zu einem solchen Schritt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

So ist damals das ganze Kabinett selbstverständlich über die ersten Anregungen des Herrn Stinnes unterrichtet gewesen, über die Anregungen, die er ja doch auch nicht als Privatperson, sondern als Vertreter einer Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins[24] gegeben hat, wobei ich bemerke, daß er an die Reichsregierung die Frage gestellt hat, ob sie damit einverstanden sei, daß diese Sechserkommission die Verhandlungen führe und daß erst nach erklärtem Einverständnis der Reichsregierung diese Sechserkommission in ihrem Amt bestätigt worden ist.

(Hört! Hört! rechts und in der Mitte.)

Die Reichsregierung hat dabei ihrerseits erklärt[25], sie nehme als selbstverständlich an, daß allen Firmen der Beitritt zu dieser Organisation freistände, daß niemand ausgeschlossen werden dürfe.

(Hört! Hört! rechts und in der Mitte.)

So lagen die Dinge am 6. oder 8. Oktober. Auf Grund des damals erteilten Beschei-

---

[23] Weder die Anfrage Stresemanns noch die Antwort konnten ermittelt werden. Aus AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 560, Anm. 1, geht allerdings hervor, daß Stresemanns Antwort an alle Reichsministerien ging; insofern erscheint es plausibel, daß auch das auslösende Schreiben Stinnes' allen Ministerien zugänglich gemacht wurde.

[24] Zur Zusammensetzung dieser von den Ruhrindustriellen gewählten Sechserkommission vgl. ebd., I, S. 474, Anm. 1.

[25] Erstmals konnte eine solche ausdrücklich formulierte Bedingung ermittelt werden im Schreiben Stresemanns an Stinnes vom 21. Oktober 1923 (ebd., II, S. 682–683).

des, auf Grund der ersten Verhandlungen mit den französischen Machthabern gingen die Herren nun nach Düsseldorf, wo die Verhandlungen geführt wurden[26]. Sie kamen dann zurück mit dem Ergebnis ihrer Verhandlungen, aus dem sich ergab, daß die Anforderungen Frankreichs in bezug auf die deutsche Produktion im besetzten Gebiete viel weiter gingen, als wir jemals befürchtet hatten. Daraufhin ist das Kabinett am 20. Oktober zu einer Sitzung zusammengetreten[27], die ich als die entscheidende ansehe.

Meine Damen und Herren! Ich darf hier auch einmal folgendes sagen. Ich verstehe gar nicht den Kampf, der sich innerpolitisch über die Frage entsponnen hat, wer nun die Verantwortung für diese Dinge trüge. Denn daß in der damaligen Zeit, was auch der Herr Kollege Dietrich (Baden) angeführt hat[28], das Ingangsetzen der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet nicht nur eine soziale und wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage ersten Ranges für das Bestehen der Einheit des Deutschen Reichs war, kann überhaupt niemand irgendwie bezweifeln.

(Zustimmung rechts und in der Mitte. – Abgeordneter Sollmann: Das bestreiten auch wir nicht!)

Darüber hat aber auch im Reichskabinett in keiner Weise eine Differenz bestanden, auch nicht darüber, daß das Reich, um diese Ingangsetzung zu ermöglichen, seinerseits Garantien übernehmen müsse.

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Hertz, dessen Ausführungen doch den Eindruck erwecken könnten, als sei es mir darauf angekommen, diese Verhandlungen durch Ressorts führen zu lassen, die nicht in den Händen seiner Parteifreunde waren, möchte ich bemerken, daß ich absichtlich, wie ich das wiederholt getan habe und wie ich es für sehr wünschenswert bei allen Kabinetten halte, vor dieser großen Entscheidung nicht nur das Kabinett einberufen, sondern auch den preußischen Herrn Ministerpräsidenten gebeten habe, bei der Bedeutung, die diese Entscheidung auch für Preußen hätte, an dieser Sitzung des Reichskabinetts teilzunehmen,

(hört! hört! rechts)

[26] Zu den Verhandlungen der Sechserkommission mit der MICUM („Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“) am 20. Oktober 1923 in Düsseldorf vgl. das Schreiben Stinnes’ an Stresemann vom 20. Oktober 1923 (ebd., S. 659–662).

[27] Vgl. oben mit Anm. 12.

[28] Vgl. oben mit Anm. 2.

und daß der preußische Ministerpräsident dieser Einladung gefolgt ist[29].

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

An den Verhandlungen haben sich nach dem sehr ausführlichen Protokoll – es umfaßt 14 Schreibmaschinenseiten – teilgenommen: der Reichskanzler Stresemann, der Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers Schmidt, der Reichsminister des Innern Sollmann, der Reichsfinanzminister Dr. Luther[30], der Reichswirtschaftsminister Dr. Koeth[31], der Reichsjustizminister Dr. Radbruch[32], der Reichswehrminister Dr. Geßler[33], der Reichspostminister Dr. Höfle[34],

(Zurufe links)

– lassen Sie mich doch aussprechen –, der Reichsverkehrsminister Oeser[35], der Reichsminister für die besetzten Gebiete Fuchs[36] und der preußische Herr Ministerpräsident.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

In dieser Situation habe ich einen Bericht über die Gesamtsituation und insbesondere auch über den Zusammenhang zwischen der außerpolitischen Lage und der Situation ergeben, vor der wir angesichts der Anforderungen der Ruhrindustrie standen.

Ich mache gar kein Hehl daraus und will auch an dieser Stelle sagen, was ich damals ausgeführt habe, daß auch abgesehen von der finanziellen Lage eine weitgehende Garantie der deutschen Reichsregierung, die uns zu finanziellen Lasten, und

---

[29] Die Teilnahme Brauns an der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (vgl. oben mit Anm. 12) ergibt sich aus der Anwesenheitsliste; eine Einladung konnte nicht ermittelt werden.

[30] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[31] Joseph Koeth (1870–1936), Reichsminister für wirtschaftliche Demobilmachung 1920, Reichswirtschaftsminister 6. Oktober – 30. November 1923; parteilos.

[32] Gustav Radbruch (1878–1949), Reichsjustizminister 1921–1922 und 13. August – 3. November 1923; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die SPD).

[33] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP).

[34] Anton Höfle (1882 – 20. April 1925), Postminister 30. August 1923 – 15. Januar 1925; zusätzlich mit der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920–1925 (für das Zentrum).

[35] Rudolf Oeser (1858 – 3. Juni 1926), Reichsinnenminister 1922 – 12. August 1923; Reichsverkehrsminister 13. August 1923 – 11. Oktober 1924; Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn 1924–1926; Mitglied der DDP.

[36] Johannes Fuchs (1874–1956), Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. August – 30. November 1923 (bis zur Errichtung des betr. Ministeriums vom 24. August mit dieser Aufgabe „betraut“); Oberpräsident der Rheinprovinz 1922–1933 (1923–1924 durch die Besatzungsbehörden ausgewiesen); Mitglied des Zentrums.

zwar zu damals gegenwärtig finanziellen Lasten etwa in Anspruch nahm, ganz unmöglich wäre angesichts der Erklärungen, die ich durch den deutschen Botschafter in Paris[37] der französischen Regierung habe abgeben lassen. Sie ist auch nicht erfolgt, konnte auch nicht erfolgen, weil wir dazu finanziell nicht in der Lage waren. Wohl aber habe ich gleichzeitig in meinen Ausführungen folgendes nach dem Protokoll, das hier vorliegt[38], gesagt:

> In dieser Situation ist gestern von der Industrie ein Vorschlag gemacht worden, der wenigstens für die nächste Zeit eine gewisse Lösung ermöglichen kann. Der Vorschlag des Herrn Stinnes im Auftrage der Sechserkommission besagt, daß die Bergherren im besetzten Gebiete versuchen werden, durch Sonderverhandlungen mit den Einbruchsmächten die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Dann sollen Reparationskohlen in einem Umfang von 16 bis 18 Prozent der Förderung, und zwar zunächst auf Kosten der Privatindustrie, geliefert werden. Die Mittel dazu will die Industrie durch ausländische Kredite beschaffen. Das Reich anerkennt die Verpflichtung der Ersatzleistung.
>
> (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist gar nicht bestritten!)
>
> Die Ersatzleistung tritt ein, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind.
>
> (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! – Zurufe und Unruhe links.)

–Sie (nach links) sagen: das ist gar nicht bestritten! In der Öffentlichkeit ist aber doch fortwährend von einem „Geschenk“ an die Bergherren, an die Ruhrindustrie die Rede gewesen.

(Lebhafte Zustimmung rechts. – Erneute Zurufe links.)

Hier handelt es sich darum, – –

> (Zuruf von Sozialdemokraten: Kommen Sie doch zur Sache! – Große Unruhe rechts. – Glocke des Präsidenten[39]. – Erneuter Zuruf bei den Sozial-

---

[37] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932. – Vgl. den telegraphischen Erlaß Stresemanns an Hoesch vom 14. Oktober 1923, der Poincaré u.a. erklären sollte, daß Verhandlungen von Regierung zu Regierung notwendig seien (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 485–489).

[38] Gemeint ist das in Anm. 12 erwähnte Protokoll der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (dort der Wortlaut: S. 666).

[39] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

demokraten: Sie verschieben ja die ganze Sachlage! – Gegenrufe rechts.)

– Ich muß es mir ganz entschieden verbitten, daß Sie mir einen derartigen Vorwurf machen. Ich glaube, dieser Satz ist die Grundlage der gesamten Diskussion für den Ausschuß und für die Regierung.

(Sehr richtig! rechts. – Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wenn hier davon die Rede ist: es sind 16 bis 18 Prozent Kohlen umsonst zu liefern, die Privatindustrie übernimmt zunächst die Bezahlung und besorgt sich ausländische Kredite, das Reich übernimmt die Verpflichtung zur Ersatzleistung –

(Abgeordneter Dr. Hertz: Die Garantie, Herr Stresemann! – Erregte Gegenrufe rechts.)

– Verzeihen Sie, Herr Hertz, Sie haben ja dem Kabinett nicht angehört, und ich darf mich wohl auf die Niederschrift über die Sitzung selbst berufen. In dieser Niederschrift, die für uns maßgebend ist, wenn Sie prüfen, was wir rechtlich tun, steht der Satz:

Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Ersatzleistung.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Ersatzleistung

– geht es weiter –

tritt ein, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung sind.

(Hört! Hört! rechts. – Zurufe links.)

Damals – das möchte ich doch noch hinzufügen – haben wir nicht nur unter dem Druck der Bergherren gestanden; die Bergherren waren gar nicht in der Lage, in ihrer damaligen Situation einen so großen Druck auszuüben. Damals standen uns aber nicht nur die Arbeitgeber gegenüber, sondern ebenso die großen Organisationen der Bergarbeiter,

(hört! hört! rechts)

und zwar der alte Bergarbeiterverband, der Ihnen (zu den Sozialdemokraten) doch nahesteht und, soviel ich weiß, als sozialistisch angesprochen werden kann. Ich habe hier auch das Originalschreiben des Herrn Husemann[40], der damals in seinem

[40] Friedrich Ernst (Fritz) Husemann (1873–1935), Erster Vorsitzender des „Alten Verbandes“ (der Bergarbeiter) bzw. (nach dessen Umbenennung) des „Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands“ 1919–1933; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD). – Das nachfolgend angesprochene Begleitschreiben Husemanns gedruckt in SPETHMANN III, S. 202–203; vgl.

Begleitschreiben gebeten hat, aus außenpolitischen Gründen nicht zu veröffentlichen, was die Herren uns damals schrieben. Die Entschließung selbst, die an die Reichsregierung ging und am 20. Oktober vor unserer Sitzung überreicht wurde, hatte folgenden Wortlaut:

> Vorstand und Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nahmen Stellung zu den Fragen, die das Ruhrgebiet betreffen und zu denen das Reichskabinett nach uns gewordenen Mitteilungen heute Beschluß fassen wird. Ein Beschluß, die Sachleistungen für die Reparationen nicht zu bezahlen, hat nach einmütiger Auffassung der Konferenz die endgültige Abschnürung des Rhein- und Ruhrgebiets
>
> (hört! hört! rechts; Zurufe links)
>
> und die wahrscheinliche Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates unter völliger französischer Oberherrschaft zur Folge.
>
> (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! – Zuruf von den Sozialdemokraten: Den wollte doch Stinnes! – Erregte Gegenrufe rechts: Verleumdung! Wie kann man einen Toten verleumden! – Anhaltende große Unruhe.)

– Das schreibt nicht Herr Stinnes, sondern Ihr sozialdemokratischer Kollege Husemann.

(Erneute Zurufe links.)

Herr Husemann fährt fort: –

(Wiederholte Unterbrechungen.)

– Herr Präsident, ich muß doch bitten, mir die Möglichkeit zu schaffen, daß ich weitersprechen kann.

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Löbe:** Herr Abgeordneter Steinkopf[41], ich bitte um Ruhe.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Die Entschließung fährt fort:

> Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr, welches jahrelang unerhörte Opfer gebracht hat, wird es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten erschöpfte, um diese Abtrennung mit ihren

---

auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 661, Anm. 4; die angeführte Entschließung des Bergarbeiterverbandes u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 252.

[41] Willy Steinkopf (1885–1953), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die SPD).

Folgen zu verhüten.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

In einem Begleitschreiben –

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Was soll das beweisen?)

– Was das beweisen soll? Es soll beweisen, daß damals die gesamte Arbeiterschaft von uns mehr verlangt hat, als wir gegeben haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts. – Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

– Meine Herren, das ist rein logisch! Denn die Entschließung hat verlangt, daß wir die Sachleistungen bezahlen, was wir damals gar nicht tun konnten und nicht getan haben. Was wir beschlossen haben, ist, die Verpflichtung zu übernehmen, sie abzudecken, wenn die Finanzen saniert wären. Was von uns hier verlangt worden ist, war die sofortige Zahlung. Es war also durchaus berechtigt von mir, zu sagen, daß hier von uns mehr verlangt worden ist, als wir getan haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist weiter in einem Begleitschreiben des Herrn Husemann vollkommen sachlich ausgeführt worden, daß die im Ruhrgebiet zu zahlende Arbeitslosenunterstützung sonst mehr verschlingen würde, als die Bezahlung der Sachleistung ausmachen würde.

(Lebhafte Zurufe rechts: Hört! Hört!)

Das ist ein finanzieller Gesichtspunkt; aber ich will nicht sagen, daß dieser finanzielle Gesichtspunkt der maßgebende gewesen wäre. Wenn mit einer Aufrechterhaltung der Zustände an Rhein und Ruhr politisch etwas zu erreichen gewesen wäre, hätte ich mir durchaus denken können, daß man die Arbeitslosenunterstützung weiterzahlte und die Werke stilliegen ließe. Nachdem man sich aber entschlossen hatte, den passiven Widerstand aufzugeben, wäre eine solche Stellungnahme der Regierung töricht gewesen. Sie mußte damals alles tun, um die Dinge wieder in Gang zu bringen. Dabei handelte es sich einmal um das Abwägen der Erwerbslosenunterstützungen auf der einen Seite, die doch sofort zu bezahlen waren, und dieser zu übernehmenden Verpflichtung nach der Sanierung der Reichsfinanzen auf der anderen Seite. Wie man damals die Dinge angesehen hat – heute, wo wir darüber hinaus sind, kann man ja solche Dokumente bekanntgeben – ersehen Sie daraus, daß derselbe Berg-

arbeiterverband in einem Begleitschreiben, das nicht zur Veröffentlichung – auch gegenüber dem Kabinett nicht – bestimmt war, damals an mich schrieb:

> Wir glauben deshalb, daß eine andere Entscheidung als die von uns vorgeschlagene zu unbeschreiblichem Chaos im Ruhrgebiet, zum Bürgerkrieg in Deutschland führen müßte und zu neuem Krieg gen Frankreich führen könnte, in dem Deutschland wiederum endgültig unterliegen müßte.

(Hört! Hört! rechts.)

Sie sehen daraus, daß wir allerdings unter einem sehr starken Druck gestanden haben, unter einem Druck von den verschiedensten Seiten und unter dem Druck einer ungeheuren moralischen Verantwortung, daß wir damals den Weg gegangen sind, der Industrie zu sagen, sie solle nun zunächst selber für Kredite sorgen, für Auslandskredite, die sie sich auch besorgt hat, und zwar unter außerordentlich harten Bedingungen,

(Zustimmung rechts)

wovon noch niemand heute gesprochen hat, und die sie ja auch abdecken mußte, daß sie uns aus dem Obligo herausließ in der Zeit der finanziellen Zerrüttung[42] und die Aufgabe allein übernahm und daß sie damals – wie mit vollem Recht namentlich von der Linken betont worden ist – gar nicht wissen konnte, ob sie diese Mittel einmal wiederbekäme. Das ist doch schließlich auch ein Beweis nationalen Denkens der Industrie, den man auch einmal anerkennen muß.

(Lebhafte Zustimmung rechts. – Zurufe links: Das war doch alles garantiert!)

– Ich verstehe nicht, wie Sie sich in demselben Moment so völlig widersprechen können! Auf der einen Seite betonen Sie, es seien nur Mondwechsel gewesen, niemals habe die Industrie daran denken können, im Jahre 1925 schon bezahlt zu werden; auf der anderen Seite rufen Sie mir zu, es sei doch alles garantiert gewesen, und die Industrie habe gar kein Risiko zu tragen gehabt. Entweder das eine oder das andere!

(Zustimmung rechts.)

Zu diesen Vorschlägen, die Herr Stinnes gemacht hat, und zu dieser Erklärung,

[42] Gemeint ist die Hyperinflation im Sommer und Herbst des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

die ich als Reichskanzler im Kabinett abgegeben habe[43], haben sämtliche Minister ihre Zustimmung gegeben, und ich habe am Schluß der Sitzung feststellen können, daß Einmütigkeit des Kabinetts bestehe.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Gesprochen haben von den Herren Sozialisten nur Sollmann und Bauer[44]. Der Reichsminister des Innern hat sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt. Er hat in einer anderen Frage, als der Reichsfinanzminister die Leistungen für das besetzte Gebiet herabsetzen wollte, in voller Übereinstimmung mit mir erklärt, daß er das politisch nicht verantworten könne, daß das die Aufkündigung des Rheinlandes von Berlin aus wäre, wie er damals gesagt hat. Der preußische Herr Ministerpräsident hat damals erklärt, daß er den Vorschlägen der Bergherren zustimme

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß er lediglich bitte, aus Gründen der Mentalität den Namen Stinnes nicht so sehr in den Vordergrund zu bringen.

(Andauernde stürmische Rufe links und rechts: Hört! Hört!)

Daran habe ich nichts ändern können, daß der Sechserausschuß Herrn Stinnes zum Verhandlungsführer ernannt hatte. Meine Herren, daraufhin, nachdem ich in derselben Sitzung beauftragt worden bin, mich noch an demselben Tag mit Herrn Stinnes in Verbindung zu setzen, sind die Verhandlungen von Herrn Stinnes weiter fortgesetzt worden. Ich habe damals bereits den Wunsch ausgesprochen, daß bei der Bedeutung dieser Frage für das Deutsche Reich diese selbe Frage noch in einer zweiten Sitzung erörtert werden solle. Diese zweite Sitzung hat nun am 1. November[45] stattgefunden. Am 3. November sind, wenn ich nicht irre, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts aus dem Kabinett ausgeschieden[46]. In dieser Sitzung am 1.

---

[43] Gemeint ist: in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (vgl. oben mit Anm. 12).

[44] So – offenbar irrtümlich – in der Vorlage. Stresemann meint vermutlich den nachfolgend von ihm paraphrasierten preußischen Ministerpräsidenten Braun; allerdings äußerte sich von den sozialdemokratischen Teilnehmern der betr. Sitzung am 20. Oktober 1923 neben Sollmann und Braun ausweislich des Protokolls auch Schmidt als Reichsminister für die besetzten Gebiete.

[45] Zur Kabinettssitzung vom 1. November 1923 vgl. deren Protokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 933–940.

[46] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Großen Koalition in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei und daß die Reichsexekution gegen Sachsen nicht weiter durch die Reichswehr, sondern nur durch die Zivilgewalt betrieben werde (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501). Da die übrigen Minister der Reichskabinetts die Forderungen der SPD ablehnten (vgl. AKTEN DER REICHS-

November hat es sich darum gehandelt, das, was hier zwischen dem Sechserausschuß und der Reichsregierung in den Grundzügen ausgemacht worden war, nun in den Einzelheiten technisch durchzuführen. In dieser Sitzung – wohl in der vorletzten, an der die Sozialdemokraten teilgenommen haben – hat allerdings Herr Schmidt erklärt, er könne zu diesen Einzelheiten nicht Stellung nehmen, da er bei den Vorbereitungen nicht zugezogen worden sei.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Protokoll fährt fort, daß der Herr Reichsminister des Innern Sollmann bittet, die Stellungnahme der Sozialdemokraten als Stimmenthaltung anzusehen.

Mein Herren, wenn in bezug auf diese technischen Einzelheiten – und das darf ich wohl sagen, ohne jemand zu nahe zu treten – in bezug auf die gesamte politische Situation die Herren sich damals der Stimme enthielten, so hat das doch an der grundsätzlichen Zustimmung zu demjenigen Beschluß, der die Grundlage ist für alles, was sich darauf ergeben hat, nichts geändert.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe hier nur über diesen Teil der Dinge zu sprechen. Über die anderen Fragen hat ja der Herr Reichskanzler gesprochen[47]. Aber gestatten Sie mir nun, wenn ich jetzt in der Entwicklung der Dinge etwas weitergehe, noch eine weitere Ergänzung, die, wenn ich recht unterrichtet bin – ich wurde eine kurze Zeit abgerufen[48] –, heute in der Debatte noch nicht erörtert worden ist. Es wird angegriffen, daß nun im weiteren Verlauf der Dinge, auch als eben erst die Finanzen sich zu sanieren begannen, bereits Auszahlungen zur Finanzierung – ich möchte bemerken – zur teilweisen Finanzierung der Micum-Verträge[49] erfolgt seien. Ist Ihnen, meine Damen und Herren, bei diesen Dingen nicht auch der Gedanke gekommen, daß das doch nicht nur eine innerwirtschaftliche Maßnahme war, sondern auf das allerengste mit der nun einsetzenden Weiterentwicklung der außenpolitischen Verhältnisse zusammenhing?

---

KANZLEI, Stresemann II, S. 944–947), erklärten die SPD-Minister Schmidt, Radbruch und Sollmann am 2. November 1923 ihren Austritt aus dem Kabinett (ebd., S. 954).

[47] Der Debattenbeitrag Luthers: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 824–827.

[48] Zu welchem Zeitpunkt Stresemann die Reichstagssitzung verließ und wann er wieder zurückkehrte, konnte nicht ermittelt werden.

[49] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war wiederholt und zuletzt am 30. Juni 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755).

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe am 1. November, wie ich eben sehe, darauf hingewiesen, daß uns aus England und den Vereinigten Staaten Nachrichten zugegangen wären, die uns hoffen ließen, daß man in absehbarer Zeit zu einer Verständigung über die Reparationsfragen kommen könnte[50]. Gewiß, es hat lange gedauert, ehe das geschah. Nun waren zwei Mächte, die miteinander rangen. Es waren genügend Mächte in Frankreich, die nicht nach London gehen[51], die nicht mit uns verhandeln wollten und die den Konflikt in dieser Zeit zwischen Frankreich und Deutschland außerordentlich gern gesehen hätten. Wir unsererseits standen auf dem Standpunkt, diesen Konflikt unter allen Umständen zu vermeiden. Ich habe nun damals, nachdem die Dinge ja auch weit über den 15. April[52] hinausgingen, nachdem die Bergherren sagten: wir können nicht mehr, die ausländischen Kredite laufen zum Teil ab, neue bekommen wir nicht, und nachdem wir immer vor der Zwangslage standen: sollen wir die Micum-Verträge kündigen, – ich habe damals den Standpunkt vertreten: es ist unmöglich, die sich anbahnende Gesundung der außenpolitischen Situation dadurch zu gefährden, daß wir jetzt kurz vor Torschluß den Konfliktsweg wegen Nichteinlösung der Micum-Verträge auf uns nehmen, daß wir in Frankreich den Leuten die Möglichkeit geben, zu sagen: der passive Widerstand hat wieder begonnen, und uns damit die ganzen außenpolitischen Aussichten zu verderben. Deshalb war damals die Regierung, wesentlich bestimmt aus diesen außenpolitischen Gründen, zu der Überzeugung gekommen, daß sie ihrerseits eintreten müßte, auch mit Reichsgeld, um diese Situation zu vermeiden, denn nur dadurch, daß die Micum-Verträge fortgeführt worden sind – –

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Zur Sache!)

– Meine Herren, ich glaube, von Anfang an bis zu Ende zur Sache gesprochen zu haben.

---

[50] Vgl. das oben Anm. 45 genannte Protokoll der Kabinettssitzung vom 1. November 1923.

[51] Gemeint ist die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen vom 16. Juli – 16. August 1924; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[52] Gemeint ist der 15. April 1924, als die Micum-Verträge im Hinblick auf die gerade vorgelegten Sachverständigen-Gutachten für längstens zwei Monate verlängert wurden (vgl. ebd., I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3).

(Beifall rechts.)

Ich glaube, daß es Ihnen nicht gefällt, daß ich zur Sache spreche. Ich glaube, Sie stellen die ganzen Dinge lediglich unter innenpolitischen Gesichtspunkten dar.

(Lebhafter Beifall rechts. – Lärm links.)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir in einem einzigen Wort, in einem einzigen Satz nachweisen, daß ich etwas anderes in dieser kurzen Erklärung als Tatsachen vorgetragen habe.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber über diese Tatsachen zu sprechen, wird wohl einem Vertreter der Regierung erlaubt sein. Gerade aus Ihrer außenpolitischen Einstellung heraus wären Sie (zu den Sozialdemokraten) mit uns, wenn Sie mit uns noch zusammengewesen wären, sicherlich auf denselben Standpunkt getreten.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

– Frau Golke[53], Sie nicht, Sie stehen ja auf einem anderen Standpunkt.

(Abgeordnete Golke: Sehr richtig! Aber Herr Sollmann!)

Diejenigen, die der Meinung waren, daß auf der Grundlage der weltwirtschaftlichen Verständigung wir Ruhe und Ordnung bekommen könnten, wären ganz sicher dafür eingetreten, die Micum-Verträge nicht daran scheitern zu lassen, daß das Reich sich auf den Standpunkt gestellt hätte, nichts herauszurücken.

(Zustimmung rechts.)

So sind die Dinge damals gewesen. Wer unter diesem Gesichtspunkt die Dinge objektiv würdigt, wird auch zu einer objektiveren Einstellung der Gesamtlage kommen.

(Lebhafter Beifall rechts. – Zischen links.)

[…][54]

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Herr Abgeordnete Schmidt (Berlin)[55] an mich die Frage gerichtet hat, ob es richtig sei, daß seinerzeit der Herr Abgeordnete Hugo

---

[53] Elfriede Golke, gen. Ruth Fischer (1895–1961), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die KPD 1924–1926, für die Linken Kommunisten 1926–1928).

[54] Nach der Fortführung der Debatte durch Hertz (SPD), Schneller (KPD) und Schmidt (SPD) (deren Debattenbeiträge: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 846–851) läßt sich Stresemann vor der Abstimmung über die vorliegenden Anträge noch einmal vom Präsidenten das Wort erteilen.

[55] Mit dem Abgeordneten Schmidt (Berlin) ist der ehemalige Reichsminister Robert Schmidt gemeint (vgl. oben mit Anm. 22).

Stinnes mir den Wunsch übermittelt hätte, daß der Herr Minister Schmidt an den Vorverhandlungen, die am Tage vor dem 1. November oder vor dem 31. Oktober als Chefbesprechung stattfanden[56], nicht teilnehme. An mich ist Herr Stinnes mit einem solchen Wunsch nicht herangetreten, und ich glaube, Sie auch versichern zu können: ich würde, wenn Herr Stinnes mir einen solchen Wunsch unterbreitet hätte, ihn ganz entschieden zurückgewiesen haben. Ich habe mich soeben bei Herrn Staatssekretär Kempner[57] erkundigt, der in der Reichskanzlei tätig war, ob ihm bekannt sei, daß an ein Mitglied der Reichskanzlei ein solcher Wunsch gerichtet [worden] sei. Herr Staatssekretär Kempner hat mir mitgeteilt, daß auch ihm davon nichts bekannt sei.

(Hört! Hört! rechts. – Zuruf von den Sozialdemokraten: Und warum ist Herr Minister Schmidt nicht zu der Chefbesprechung zugezogen worden?)[58]

[56] Offenbar bezieht sich dies auf eine Ministerbesprechung vom 31. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 918), die unmittelbar im Anschluß an eine Besprechung einzelner Kabinettsmitglieder mit Stinnes stattfand (ebd., S. 914–918). An beiden Besprechungen nahm Schmidt nicht teil.

[57] Franz Kempner (1879–1945), Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei 16. Januar 1925 – 17. Mai 1926.

[58] Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdiskussion über die formale Seite und mögliche Änderungen der vorliegenden Anträge (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 851–855) wird der zwischenzeitlich leicht modifizierte Antrag der DDP auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (vgl. oben Anm. 1) vom Reichstag mehrheitlich angenommen (ebd., S. 855).

## Rede vor der Presse in Berlin vom 7. März 1925[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 64–73. – Teildruck in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 342–346.

*Die bisherige Geheimhaltung der Sicherheitsinitiative sollte lediglich die Erfolgsaussichten vergrößern. Die Regierung mußte dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen, um Schlimmeres zu verhindern. Die künftige Garantie wird zweiseitig sein, also auch das Rheinland vor Frankreich schützen. Die Garantie der deutschen Ostgrenze kommt nicht in Frage. Die Bedingungen für den deutschen Völkerbundsbeitritt sind unverändert.*

Die Erörterungen der ausländischen und inländischen Presse über die Frage des Sicherheitspaktes[2] haben eine solche Ausdehnung genommen[3], daß es auch dem Auswärtigen Amt wünschenswert erscheint, seine bisherige Haltung in dieser Frage, die darauf begründet war, diese ganzen Dinge außerhalb der Öffentlichkeit zu behandeln, aufzugeben. Ich möchte mir deshalb gestatten, Ihnen über das, was vorgegangen ist, eine ausführliche Darlegung zu geben.

Ich darf vielleicht zunächst zu Ihrer Information die Gründe darlegen, die die deutsche Regierung veranlaßt haben, die ausländischen Regierungen zu ersuchen, die mit Deutschland geführten Gespräche vertraulich zu behandeln. Das ist nicht, wie

---

[1] Nähere Umstände über diese Rede sind der Vorlage nicht zu entnehmen; allenfalls kann aus Schuberts Aufzeichnung über ein Gespräch mit D'Abernon vom 2. März 1925 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 327–328) geschlossen werden, daß sich Stresemann dazu durch Äußerungen Herriots vor dem französischen Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten (vgl. unten mit Anm. 5) genötigt sah. – Es kann davon ausgegangen werden, daß die Rede in Berlin stattfand.

[2] Das Auswärtige Amt war zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein" garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[3] Infolge der Äußerungen Chamberlains und Herriots (vgl. unten Anm. 4 u. 5) waren in den vorangegangen Tagen zahlreiche in- und ausländische Presseveröffentlichungen mit einer Mischung aus Spekulation und Information über die deutsche Initiative erschienen; vgl. zuletzt etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 111 (Abendausgabe) vom 6. März 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21273 (Abendausgabe) vom 6. März 1925, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 53 vom 6. März 1925, S. 4; LE TEMPS, Nr. 23218 vom 7. März 1925; THE TIMES, Nr. 43904 vom 7. März 1925, S. 12. – Mit einer offiziösen WTB-Agenturmeldung, wohl vom 4. März 1925, hatte das Auswärtige Amt inzwischen versucht, die Diskussion einzudämmen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 108 [Morgenausgabe] vom 5. März 1925).

aus der Rede des Ministers Chamberlain[4] entnommen werden könnte, nur in London geschehen, sondern ebenso in allen anderen Hauptstädten. Die politischen Gründe dafür liegen, glaube ich, auf der Hand. Der ganze Plan hat in den verschiedensten Ländern einen außerordentlichen Widerstand hervorgerufen. Er war noch am ehesten zu einem Erfolge zu bringen, wenn die Regierungen sich stark machten, ein Abkommen in irgendeiner Form zu schließen und danach sich vor dieses Abkommen zu stellen und den Kampf gegen die Opposition in ihren Ländern aufzunehmen. Es bestand die Gefahr, namentlich in Frankreich, daß, sobald diese Vorschläge bekannt wurden, sie vielleicht schon, bevor ein Einverständnis der Regierungen vorlag, durch die Opposition zunichte gemacht würden.

Ich glaube, daß unsere Befürchtungen sich als berechtigt erwiesen haben. Nachdem **Herriot**[5] im Kammerausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten sich nicht mehr an die vereinbarte Geheimhaltung gehalten hat, sind alle Mächte wachgerufen, die sich gegen den Sicherheitspakt wenden. Die **polnische** Öffentlichkeit ist außerordentlich erregt. Der polnische Außenminister[6] hat in Paris Station gemacht, um dort die Interessen seines Landes zu vertreten. Es wird nun der Kampf in dieser Angelegenheit öffentlich geführt werden, während der Gang der Diskussion wie bisher besser geheim geschähe. Es wäre auch besser, daß mindestens die Regierungen sich auf irgendeine allgemeine Plattform einigten und unter dieser Situation die Durchführung der Idee selbst, die wir für richtig hielten, vornähmen als durch einen in der Öffentlichkeit geführten Kampf. Ich erinnere daran, was sich für die Haltung der Regierung beim Dawes-Abkommen[7] als notwendig erwies. Wenn wir damals nicht den Mut

---

[4] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Chamberlain hatte am 5. März 1925 im Unterhaus auf Fragen der Opposition hin die Existenz deutscher Vorschläge zur Sicherheitsfrage bestätigt (Text der Rede [mit Unterbrechungen durch Zwischenfragen] in HANSARD V 181, Sp. 700–716; paraphrasierende Zusammenfassungen: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 110 [Morgenausgabe] vom 6. März 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 236–239).

[5] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Am 27. Februar 1925 hatte Herriot dem Auswärtigen Ausschuß des Senats über die deutschen Vorschläge zur Sicherheitsfrage berichtet (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 327 mit Anm. 3 u. S. 331–334).

[6] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister außerdem 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926. – Skrzyński hielt sich gerade zu Gesprächen mit der französischen Regierung in Paris auf; vgl. dazu etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 111 (Abendausgabe) vom 6. März 1925.

[7] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen vereinbart; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

gehabt hätten, das Gutachten der Sachverständigen anzunehmen und es als eine geeignete Grundlage für die Reparationsfrage zu erklären, sondern wenn wir es erst dem Reichsverband der deutschen Industrie, dem Landbund usw. zur Begutachtung übersandt hätten, so wäre es nach meiner Auffassung nicht zur Regelung der Reparationsfrage gekommen. Aus dem Grunde wünschten wir auch diese Frage zunächst mit den Regierungen zu bereinigen und haben von den Regierungen gewünscht, daß sie ebenso vorgehen sollten wie die deutsche Regierung. Irgendeinen besonderen Grund für die Geheimhaltung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit haben wir nicht gehabt.

Ich darf Ihnen dann Mitteilung über die Vorgeschichte der Gespräche, die wir geführt haben, machen. Diese Vorgeschichte reicht bis in den Dezember vorigen Jahres hinein. Sie sehen daraus, daß sie mit irgendeiner innenpolitischen Regierungskombination nichts zu tun hat. Die ersten entscheidenden Gespräche fanden in der Zeit nach dem Kabinett Marx[8] und vor der Inaugurierung der Regierung Luther[9] statt. Die politische Situation war damals die folgende: Die Nichträumung der Kölner Zone war Tatsache und wurde begründet mit Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnung[10]. Ich weiß nicht, ob alle die Regierungen, die diesen Grund aussprachen, diese These auch nur ihrer eigenen Öffentlichkeit gegenüber vollkommen aufrechterhalten. Ich möchte auf die Rede des Ministers **Chamberlain** aufmerksam machen, auf einen Passus, der mir außerordentlich bedeutsam erscheint. Chamberlain wies darauf hin, daß der Bericht der Kontrollkommission 164[11] Seiten enthalte und Wichtiges und Unwichtiges umfasse, so daß es zweifelhaft wäre, ob die Veröffentlichung des Berichts geeignet sei, das Ziel zu erreichen, das man sich damit gesetzt habe. Wenn man der Öffentlichkeit klarmachen sollte, daß das Verbleiben in der Kölner

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Sein Kabinett hatte am 15. Dezember 1924 demissioniert und bis zur Bildung der Regierung Luther nur noch geschäftsführend amtiert.

[9] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[10] Im Dezember 1924 war bekannt geworden, daß die Alliierten die nördliche der drei Besatzungszonen („Kölner Zone“) nicht vertragsgemäß am 10. Januar 1925 räumen würden mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2). Am 5. Januar 1925 hatten die Alliierten diese Weigerung zur Räumung der Reichsregierung auch amtlich mitgeteilt (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[11] In der oben Anm. 4 genannten Rede (Sp. 705) spricht Chamberlain allerdings von „162 pages“.

Zone wegen Verfehlungen Deutschlands erfolge, so scheint dem englischen Minister bedenklich zu sein, ob die Weltöffentlichkeit das bejahen würde. In der Tat haben in die erste Phase dieser ganzen Entwicklung andere, ich möchte sagen größere Gesichtspunkte hineingespielt.

Es scheint mir zweifellos zu sein, daß es das Ziel der Politik Herriots gewesen ist, erstens durch das Dawes-Abkommen die Lösung der Reparationsfrage zu erledigen und zweitens durch Verhandlungen zur Lösung der Sicherheitsfrage zu kommen. Macdonald[12] stürzte, das neue Kabinett[13] zeigte sich weniger geneigt, in denselben Gedankengängen zu bleiben, und die Ratifizierung des **Genfer Protokolls**[14] wurde unsicher. Nach dieser Richtung sind gewisse Beschlüsse des Völkerbundes von großer Bedeutung. Das sind alles Beschlüsse, die sich auf vage Artikel des Versailler Vertrages[15] stützen, in bezug auf die Abtrennung einer entmilitarisierten Zone[16]. Die größte Gefahr lag darin, denn dahinter standen die alten vertrauten Gestalten, die Ideen einer Neutralisierung des Rheinlandes mit allem, was das innen- und außenpolitisch für dieses bedeuten könnte. Daß diese Frage aufgeworfen würde in einem Augenblick, wo andere große außenpolitische Entscheidungen in England vorlagen, namentlich bei einer Regierung, die weit mehr ententistisch war und mehr eingestellt war auf das Zusammengehen mit Frankreich als die vorige, lag auf der Hand.

Infolgedessen mußten wir uns fragen, ob die Frage der französischen Sicherheit, dieser ganze französische Alpdruck vor dem künftigen deutschen Angriff, diese gan-

---

[12] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[13] Das Kabinett unter dem konservativen Premierminister Baldwin kam am 6. November 1924 ins Amt.

[14] Am 2. Oktober 1924 hatten zehn Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf das „Protokoll zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen“ unterzeichnet, das als Ausführung der Völkerbundssatzung gedacht war und u.a. künftig ein obligatorisches Schiedsverfahren bei Konflikten zwischen Staaten vorsah sowie jedem Mitgliedsstaat die obligatorische Verpflichtung auferlegen sollte, einem angegriffenen Völkerbundsmitglied automatisch zu Hilfe zu kommen (Text u.a. in SCHULTHESS 65 [1924], S. 464–470). Am 15. November 1924 hatte die neue britische Regierung unter Baldwin den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, die weitere Beratung des Protokolls vorläufig zu verschieben (vgl. ebd., S. 470–471). Zwischenzeitlich war von britischer Seite eine weitere Verschiebung in den September 1925 vorgesehen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 85 [Abendausgabe] vom 19. Februar 1925).

[15] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[16] Das Genfer Protokoll (vgl. Anm. 14) sah in Art. 9 vor, daß „die auf Grund gewisser Verträge und Konventionen schon bestehenden entmilitarisierten Zonen [...] Gegenstand einer vorübergehenden oder dauernden Kontrolle sein [könnten], welche der Rat auf das Verlangen und auf die Kosten eines oder mehrerer Nachbarstaaten organisiert.“ – Über dieses Genfer Protokoll hinaus hatte der Völkerbundsrat am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

zen Änderungen in bezug auf die Kontrolle der Rheinlande, die damit begründet werden, daß das Rheinland das Aufmarschgebiet für einen künftigen deutschen Angriff sein würde, aus der Welt geschafft werden könnte. Sie sind die Gründe für die Fortsetzung der Kontrolle des Rheinlandes, die darum nicht weniger demütigend gewesen wäre, daß sie künftig von dem Völkerbund ausgeführt würde.

In dieser Situation sind die ersten Gespräche über eine deutsche Anregung für einen Sicherheitspakt entstanden, der bereits zweimal in der deutschen auswärtigen Politik der Mittelpunkt unserer Bestrebungen gewesen ist. Ich brauche nur in Ihre Erinnerung zurückzurufen, daß die eine Anregung vom Kabinett **Cuno**[17] ausging auf dem Wege über die Vereinigten Staaten und höhnisch von Herrn Poincaré[18] zurückgewiesen wurde. Ich glaube, es ist damals ein großer Fehler in ihrer Konstruktion gemacht worden, die ein Plebiszit in die Frage hineinbrachte. Es ist leicht, zu erklären, eine Regierung, die Krieg führen will, hat auch die Möglichkeit, ihr Volk zu einem Plebiszit zu veranlassen. Der damalige Minister v. Rosenberg[19] hat sich zu einer anderen Formulierung bereit erklärt, aber die Dinge sind an der Ablehnung Frankreichs gescheitert. Ich habe in meiner Rede in Stuttgart[20] den Gedanken aufgeworfen, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig ihren Besitzstand garantieren sollen. Das ist auch Gegenstand einer Unterhaltung zwischen dem französischen Botschafter[21] und mir gewesen, in der Herr de Margerie mir die Ansichten des Herrn Poincaré zum Ausdruck brachte, daß man zuerst die Reparationsfrage lösen müsse; alsdann könne man darüber sprechen. Die Lösung der Reparationsfrage ist erreicht. Was nicht erreicht wurde, ist erstens der Abzug der Besatzung aus der nördlichen Zone, zweitens die Lösung der Entwaffnungsfrage als solche. Diese wurde nicht erreicht, weil dieser Alpdruck auf Frankreich liegt. In dieser Situation wurden die ersten

---

[17] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Gemeint ist die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten" unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes" garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560).

[18] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[19] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos; zuvor und danach im Auswärtigen Amt bzw. auf diplomatischen Posten. – Rosenberg griff die in Anm. 17 erwähnte Idee Cunos eines Sicherheitspakts in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London auf (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

[20] Gemeint ist Stresemanns Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (in dieser Edition).

[21] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Stresemann bezieht sich vermutlich auf ein Gespräch mit Margiere vom 3. September 1923 (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 101–105).

Gespräche über die Anregung von deutscher Seite angefangen.

Wir erörterten zunächst in privaten Diskussionen mit dem englischen Botschafter[22], ob nicht die Möglichkeit wäre, zwei Länder von einer Schwierigkeit herunterzubringen, die ihnen als Schwierigkeit erschien, um den deutschen Wünschen in der Besatzungsfrage entgegenzukommen. Die Schwierigkeit für England war, daß es von dem Genfer Protokoll abkommen wollte und eine andere Befriedigung der französischen Wünsche gern sah. Anders war die Einstellung der öffentlichen Meinung in Frankreich. Wir haben uns dazu entschlossen, daß das erste Gespräch in London stattfand[23]. Jetzt stellen es die Franzosen auf Grund eines ersten Berichts über die Rede Chamberlains so dar[24], als wenn Deutschland versucht hätte, zusammen mit England ein unfaires Spiel zu spielen.

Nachdem jetzt der Wortlaut der Rede Chamberlains vorliegt, den wir uns haben schicken lassen, hat er gesagt: „Ich habe von unserem Botschafter in Berlin von diesen Vorschlägen gehört, und ich war mir bewußt, daß ich sie nicht gut annehmen könne unter der Bedingung der Geheimhaltung gegen die Alliierten. Ich darf hinzufügen, daß im ersten Augenblick diese Tatsache mich etwas suspekt gemacht hat gegenüber dem Geist, in dem dieser Vorschlag gedacht war, aber der deutsche Botschafter[25] erklärte mir unverzüglich, daß er die Mitteilung von seiner Regierung erhalten hätte, daß diese die Absicht hätte, die gleichen Vorschläge in Paris, Brüssel und Rom zu machen, und das ist auch geschehen. Infolgedessen **bewillkommne** ich diese neue Intention von seiten der deutschen Regierung.“ Chamberlain hat also **nicht** gesagt: „Ich habe es abgewiesen, hinter dem Rücken der Alliierten das zu machen“, sondern er hat von seinem Eindruck gesprochen. Er hat dem deutschen Botschafter gesagt, daß er diesen Vorschlag nicht annehmen könne, wenn er ihm allein gemacht würde[26]; er hat weiter gesagt, daß der deutsche Botschafter sofort, als er ihn danach fragte, erklärt habe: „Wir haben die Absicht, eine ähnliche Demarche in

---

[22] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D’Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu den „privaten Diskussionen“ vgl. u.a. die „streng geheimen“ bzw. „ganz geheimen“ Aufzeichnungen Schuberts über Gespräche mit D’Abernon vom 29. Dezember 1924 und vom 14. und 20. Januar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 643; A 12, S. 50–54 u. 84–89).

[23] Zur Abfolge vgl. oben Anm. 2.

[24] Ein entsprechender Bericht aus Paris konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise ist auch ein Zeitungsartikel gemeint.

[25] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930.

[26] Ein entsprechender Bericht Sthamers konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber zum Gespräch zwischen Chamberlain und Sthamer am 30. Januar 1925 den Erlaß Chamberlains an D’Abernon vom gleichen Tag in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 293–296.

den anderen Hauptstädten zu unternehmen. Die Aufregung der französischen Presse darüber, daß wir versucht hätten, mit England allein vorzugehen, ist unrichtig. Das wäre auch gar nicht möglich gewesen, denn unser Hauptkontrahent in dieser Frage ist Frankreich, nicht England."

Es ist hier die Rede von „proposals", deutschen Vorschlägen; wir haben vor kurzem offiziöse Darlegungen gegeben[27], in denen wir uns dagegen verwahrten, daß wir „Vorschläge" gemacht hätten. Man kann das einen Streit um Worte nennen. Wir haben eine kurze Aufzeichnung dem Botschafter über das hinterlassen, was unserer Meinung nach die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung ausdrücken sollte, in Verhandlungen über einen internationalen Sicherheitspakt einzutreten[28]. Wir haben darin erwähnt, daß es verschiedene Wege gäbe, um zum Ziele zu kommen, und wir haben gesagt, wie das auch der Reichskanzler in einer Rede erklärt hat[29], daß wir bereit seien, positiv daran mitzuarbeiten. Man kann sagen, daß das keine Vorschläge sind, wohl aber der Ausdruck der Bereitwilligkeit, mitzutun. Daß die Mitteilungen auch schriftlich niedergelegt sind, ergibt sich aus der Notwendigkeit, daß keine Mißverständnisse entstehen, wie sie manchmal zwischen Diplomaten möglich sind. Jedenfalls ist diese Niederschrift das gewesen, was man die deutschen Vorschläge genannt hat.

Ich darf auf die Bedeutung hinweisen, die diese Aktion der deutschen Regierung hat. Ich verstehe nicht ganz, weshalb in einem Teil der Linkspresse, besonders in der sozialdemokratischen Presse, so stark das Erstaunen darüber betont wird, daß eine Regierung in der heutigen Zusammensetzung einen solchen Vorschlag gemacht habe. Gerade dasjenige Kabinett, das doch in seiner Zusammensetzung vielleicht dem heutigen am ähnlichsten gewesen ist und von den Deutschnationalen stark unterstützt wurde, das Kabinett Cuno, von dem man wiederholt sagte, daß es den Intentionen des Herrn Helfferich[30] folgte, hat zuerst einen solchen Vorschlag gemacht. Und wenn ich mich recht erinnere, so ist weder gegen den Vorschlag von Cuno noch gegen den, den ich als Reichskanzler gemacht habe[31], eine wesentliche Opposition

---

[27] Gemeint ist offenbar die oben Anm. 3 genannte Agenturmeldung.

[28] Welcher „Botschafter" gemeint ist, ist nicht zweifelsfrei erkennbar. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das D'Abernon am 20. Januar 1925 überlassene Schriftstück (vgl. dazu die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 20. Januar 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 84–89).

[29] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Rede Luthers vor der ausländischen Presse vom 30. Januar 1925 (SCHULTHESS 66 [1925], S. 20–24).

[30] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP).

[31] Vgl. oben mit Anm. 17 und 20.

in der deutschen Öffentlichkeit entstanden. Gewiß, was uns bei einer Anerkennung dieses Vorschlags zugemutet wird, bedeutet den freiwilligen Verzicht auf **Elsaß-Lothringen,** aber ich glaube, es gibt niemand, der irgendwie daran zweifeln könnte, daß das deutsche Volk – ich glaube, weder jetzt noch in Zukunft – einer Regierung **nicht** folgen würde, die irgendeinen Angriffskrieg gegen Frankreich unternähme, mit dem Ziel, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern.

Das ist aber nicht eine einzige[32] Sicherung für die Gegenseite; wenn ich die Dinge richtig übersehe – ich glaube, auch jeder Fernstehende sieht sie so –, dann ist doch gegenwärtig und für unabsehbare Zeit Frankreich nicht durch Deutschland bedroht, aber das **Rheinland** ist fortwährend durch den französischen Imperialismus bedroht, der nicht duldet, daß man sich aus dem Rheinland zurückzieht. Ein solcher Sicherheitspakt würde bedeuten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gemeinschaftlich gegen denjenigen wenden würden als einen Friedensbrecher, der die Grenzen nicht achtet, die der Versailler Vertrag im Westen gezogen hat. Der Inbegriff der europäischen Politik nach dieser Seite ist die Frage, wohin die Rheinlande gehören; sie wäre dahin entschieden, daß die Rheinlande deutscher Besitz sind.

Selbstverständlich würde der Abschluß eines solchen Vertrages, an dem die Hauptmächte Europas, vielleicht der Welt, wenn die Vereinigten Staaten hinzutreten, beteiligt wären und der erklären würde, daß hiermit die Sicherheit Europas festgesetzt würde, die logische Folge haben, daß eine gewisse Sicherheit nicht mehr durch ein zehnjähriges Verbleiben im Rheinlande verstärkt zu werden brauchte. Damit würde eine Verkürzung der Besetzung der Rheinlande gegeben sein[33].

Ich habe in einem solchen Pakt im Westen nicht die große politische Schwierigkeit gesehen, weder bei uns noch auch bei der französischen Regierung oder Herrn Herriot, selbstverständlich auch nicht bei England, Italien und Belgien, die ein gemeinschaftliches Interesse daran haben, daß diese Dinge bereinigt werden. Es ist aber die Frage einer Anerkennung der Grenzen im **Osten** aufgeworfen worden. Wir haben sie nicht besonders in diesen Besprechungen, die zu verschiedenen Zeiten stattgefunden haben, behandelt, wobei der Unterschied immer der ist: wenn jemand in Paris etwas darüber sagt, so steht es innerhalb 24 Stunden in der Presse, und innerhalb

[32] So in der Vorlage; gemeint ist vermutlich „einseitige".

[33] Laut Art. 428–429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222) sollte das linksrheinische Rheinland mit rechtsrheinischen Brückenköpfen als Garantie für die Ausführung des Vertrags für Deutschland in drei Zonen besetzt werden, die – von Norden nach Süden – nach fünf, zehn und 15 Jahren und damit endgültig 1935 geräumt werden sollten, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt" würden.

48 Stunden wird in den anderen Hauptstädten darüber berichtet. Wir haben uns vielmehr auf den Standpunkt gestellt: Wir sind bereit, mit allen Ländern Schiedsverträge abzuschließen, um damit auszudrücken, daß wir Differenzen mit ihnen auf friedlichem Wege zu lösen versuchen wollen. Das betrifft auch die Länder, an denen Frankreich ein besonderes Interesse hat. Was wir nicht können, das ist, eine offizielle Garantie der Grenzen im Osten zu übernehmen, denn wir müssen uns die Möglichkeit vorbehalten, diese Dinge auf friedlichem Wege zu lösen. Wir können uns dafür auf die Satzungen berufen, die sich der Völkerbund gegeben hat, denn da ist im Artikel 19[34] ausgedrückt, daß unanwendbar gewordene Verträge geändert werden können. Es gibt weite Kreise der europäischen öffentlichen Meinung, die darüber nachdenken, ob diese Dinge im Osten sich nicht schon als „unanwendbar" gezeigt haben.

Wir haben irgendwelche Erklärungen, daß wir **jetzt** diese Grenzen geändert wissen wollen, nicht gegeben, wohl aber ist die Besorgnis in Polen aufgetaucht, daß dieser Vertrag eine Einseitigkeit bedeuten könnte, weil er sich auf den Westen beschränkt. Es ist andererseits in der englischen Presse und zwischen den Zeilen auch in der Rede des Herrn Chamberlain der Gedanke aufgetaucht, daß es dem Frieden Europas dienen würde, wenn Polen freiwillig in eine Diskussion darüber eintreten wollte. Ich habe in den „Times" einen Artikel gelesen[35], der sich sehr scharf in dieser Richtung aussprach. Aber in Polen ist man beunruhigt und sucht auf Frankreich einzuwirken, Polen in die Abmachung hineinzuziehen, und rechtsstehende Kreise in Frankreich haben sofort auch die Frage der Tschechoslowakei aufgeworfen sowie die Frage, ob man nicht auch Deutschland verbieten solle, sich wirtschaftlich mit **Österreich** zu vereinigen, was selbstverständlich außer Debatte steht.

So sind die Dinge gelaufen. Sie werden daraus ersehen, daß es ebenso verfehlt ist, wenn die polnische Presse davon spricht, daß der deutsche Vorschlag die vierte Teilung Polens bezwecke, wie wenn die „Rote Fahne" davon spricht[36], daß die deutsche Regierung die Grenze im Osten als gegeben ansehe und jeden Versuch aufgebe, etwas daran zu ändern. Wie die Dinge sich entwickeln werden, ist sehr schwer zu übersehen. Aus der Rede des Herrn Chamberlain geht hervor, daß in England diese deutsche Intervention, dieses Sichhineinschieben in die internationalen Verhandlun-

[34] Die Satzung des Völkerbunds findet sich u.a. im Versailler Vertrag in den Art. 1–26 (der Art. 19: ebd., S. 16).

[35] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Leitartikel in THE TIMES, Nr. 43901 vom 4. März 1925, S. 15, der sich – wenn auch nicht in der von Stresemann genannten Schärfe – in diese Richtung aussprach.

[36] Der betreffende Artikel in der „Roten Fahne", der Zeitung der KPD, konnte nicht ermittelt werden.

gen außerordentlich freundlich aufgenommen ist. Ich glaube, daß das auch von **Italien** und **Belgien** geschehen wird. In Frankreich ist die Aufnahme an offiziellen Stellen auch nicht unfreundlich gewesen, ich kann mir nicht denken, daß die „Chicago Tribune“[37] recht darin berichtet ist, daß Herriot in dem Gespräch mit Briand[38], Nollet[39] und Boncour[40] sich entschlossen habe, die deutschen Vorschläge abzuweisen. Ich glaube nicht, daß dies ein Gremium wäre, das darüber zu entscheiden hätte. Wir haben mit dem französischen und englischen Ministerpräsidenten[41] zu verhandeln und werden dann weiter sehen und werden danach auch unsere Politik einrichten. Daß wir in diesen Fragen, die mit der Räumung der Kölner Zone zusammenhängen, nicht so wenig aktiv gewesen sind, wie die Parteien und namentlich die Sozialdemokraten es feststellen, scheint mir festzustehen, obwohl ich bedaure, daß diese ganzen Verhandlungen nicht zwischen den Regierungen allein weitergeführt sind, weil mir daran liegt, daß sie zu einem guten Endergebnis kommen; denn ich bin der Überzeugung, daß das Zustandekommen eines solchen Vertrages einen sehr großen Fortschritt für Deutschland bedeuten würde.

Ich habe deshalb auch persönlich, in einer Zeit, wo es keine aktionsfähige Regierung in Deutschland gab[42], die Verantwortung für die ersten Schritte unserer Botschafter übernommen. Damit steht im Zusammenhang die Frage der Stellung Deutschlands zum **Völkerbund.**

Man kann die Frage aufwerfen, und sie ist aufgeworfen worden, ob ein solcher Sicherheitspakt nicht eine Art zweiter Völkerbund wäre, ob das nicht ein Beschluß wäre a) zwischen Mächten, die dem Völkerbund angehören, b) zwischen Mächten, die ihm nicht angehören, und er sich nicht ähnliche Ziele setze, die sich der Völkerbund in seiner Gesamtheit gesetzt hat. Man sähe es an verschiedenen Stellen gern, daß Deutschland seine bisherige Stellung in der Völkerbundsfrage aufgebe. Ich lese im

---

[37] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[38] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[39] Charles Nollet (1865–1941), als französischer General Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission 1921–1924; Kriegsminister 15. Juni 1924 – 10. April 1925.

[40] Gemeint ist wohl Joseph Paul-Boncour (1873–1972), französischer sozialistischer Politiker; Delegierter beim Völkerbund 1924–1926 u. 1932–1936; Ministerpräsident 1932–1933.

[41] Neben Herriot bezieht sich dies auf Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[42] Gemeint ist die Zeit nach der Demission des Kabinetts Marx am 15. Dezember 1924 und vor dem Amtsantritt des Kabinetts Luther am 15. Januar 1925 (vgl. oben mit Anm. 8 u. 9).

Sozialdemokratischen Parlamentsdienst[43], der immer interessant, aber nicht immer zutreffend berichtet, daß ich in einer Unterhaltung mit Sir Eric **Drummond**[44] die bisherige Haltung Deutschlands aufgegeben hätte. Nun hat mir zwar heute der „Vorwärts“[45] bescheinigt, seit die Deutschnationalen in der Regierung wären, würde meine auswärtige Politik immer vernünftiger. Das hat mich sehr gefreut.

Vielleicht kann man mir nun zustimmen, daß, wenn ein Außenminister zu wählen hätte zwischen einer deutschnationalen Opposition und einer deutschnationalen Mitarbeit, es nicht das Schlechteste wäre, gegen die Opposition die Mitarbeit einzutauschen, aber es würde ein sehr schlechtes Kompliment für einen Außenminister sein, daß, falls er selbst meinte seine Haltung aufgeben zu können, er dies ohne Gegenseitigkeit anbieten würde. In Wirklichkeit möchte ich bemerken, daß ich sehr lange und ausgedehnte Unterhaltungen mit Sir Eric Drummond hatte, der sich bemüht hat, meine Bedenken zu zerstreuen, und daß ich ebenso wie auch der Staatssekretär v. Schubert[46] ihm erklärt habe, der Völkerbund müsse den Weg finden, um uns von Verbindlichkeiten zu befreien, die wir bei dem heutigen Stand der Dinge nicht übernehmen können[47]. Sir Eric Drummond hat mir erklärt: „Wir können nicht verschiedene Arten von Mitgliedern haben.“ Ich sagte ihm darauf: „Leider gibt es in der Welt verschiedene Arten von Nationen, solche, die abgerüstet sind, und solche, die noch nicht begonnen haben, ihre Abrüstung vorzunehmen. Wenn diese Diskrepanz beseitigt ist, wenn andere Völker ihre Entwaffnung so weit wie Deutschland durchgeführt haben, dann könnte man nicht einer militärischen Exekutive ablehnend gegenüber-

---

[43] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch die Wiedergabe eines Artikels des „Vorwärts“ in der WIENER REICHSPOST, Nr. 66 vom 8. März 1925, S. 1.

[44] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933. – Drummond reiste in diesen Tagen durch Berlin und führte am 2. und 5. März 1925 Gespräche mit Stresemann und Schubert (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 324–326; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1925).

[45] Im VORWÄRTS, Nr. 112 (Morgenausgabe) vom 7. März 1925, war ein Korrespondentenbericht aus Genf, wonach Stresemann die deutschen Einwände gegen einen bedingungslosen Völkerbundsbeitritt in seinen Besprechungen mit Drummond preisgegeben habe, überschrieben mit „Wird Stresemann immer vernünftiger?“ und anschließend u.a. kommentiert: „Seitdem Stresemann sein Ziel der Zuziehung der Deutschnationalen erreicht hat, betreibt er gerade die Politik, die er nicht zu befolgen wagte, so lange die Deutschnationalen draußen standen.“

[46] Carl von Schubert (1882–1947). Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930. – Zu seinem Gespräch mit Drummond vgl. oben Anm. 44.

[47] Stresemann bezieht sich auf einen möglichen deutschen Völkerbundsbeitritt, für den Deutschland von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Satzung befreit werden wollte; Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

stehen. So aber wäre Deutschland in einer Gefahr, die wir bei dem Stande unserer Abrüstung[48] nicht übernehmen können." Abgesehen davon, daß jeder von Ihnen weiß, daß wir tatsächlich abgerüstet sind, in dem Sinne, daß wir keinen Krieg führen können, würde es bei dem Stande der heutigen Entwaffnungsfrage und der Debatte über Deutschlands Entwaffnung das Törichteste sein, wenn der Außenminister jetzt diese Bedenken zurückziehen und damit zugleich erklären wollte, daß er die deutsche Entwaffnung nicht als vollzogen ansieht. Ich habe darauf hingewiesen, daß die **Schweiz** befreit ist[49]. Man hat mir entgegengehalten, die Schweiz habe anerkannt, daß sie sich an einem wirtschaftlichen Boykott beteiligen würde. Ich sagte darauf: „Auch das können wir nicht; wenn wir gegen ein großes Nachbarland uns an einem wirtschaftlichen Boykott beteiligten, könnte eine Kriegserklärung an Deutschland die Folge sein, denn es wäre ein Kriegsgrund, ein anderes Land auszuschließen von dem Verkehr mit einem Sechzig-Millionen-Volk." Die ganze Frage des Völkerbundes und der deutschen Bedenken befindet sich seit langem im Völkerbundsrat. Wir werden sehen, ob der Völkerbund einen Weg findet, um unsere Bedenken zu zerstreuen. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß von keiner Seite im Auswärtigen Amt unsere Bedenken zurückgenommen sind.

Nun noch einige Worte über die Behandlung dieser Frage in der Presse. Ich würde nicht empfehlen, irgendwie in den Vordergrund zu stellen das, was für uns sehr wesentlich ist: die Wahl, die wir haben, zwischen einem internationalen Sicherheitspakt und der Neutralisierung des Rheinlandes. Das ist das Wesentlichste, daß die Gefahr besteht, daß man Frankreich zuliebe irgendwelche neuen Kontrollmaßregeln trifft, von denen man nicht weiß, wie sie auf unsere Bevölkerung wirken werden. Ich würde dieses Moment herauslassen, weil es sonst so aussähe, als ob Deutschland von zwei Übeln das kleinere wähle. Ich würde auch meinen, daß man die Auseinandersetzungen über eine etwaige Bedrohung Polens der polnischen und der englischen Presse überläßt. Wenn die „Times"[50] davon sprechen, daß die Grenze nicht haltbar sei, so können wir das zitieren, aber ich würde nicht wünschen, das von Deutschland aus zu unterstreichen, sondern im Gegenteil zu betonen, daß lediglich

[48] Der Versailler Vertrag legte Deutschland umfangreiche Abrüstungsbestimmungen auf; die entsprechenden Vorschriften finden sich in den Art. 159–213 (ebd., S. 82–100).

[49] Am 13. Februar 1920 hatte der Völkerbundsrat für den Fall des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund die Anerkennung von deren ewiger Neutralität (und damit den Dispens von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Völkerbundssatzung) erklärt (vgl. SCHULTHESS 61,2 [1920], S. 394) und so den im gleichen Jahr erfolgenden Beitritt ermöglicht.

[50] Vgl. oben mit Anm. 35.

durch **friedliche** Entwicklung Deutschland etwaige Differenzen mit seinem Nachbar zu begleichen suchen würde und daß es bei der weitgehenden Erregung in Deutschland über unsere Verhältnisse von der Regierung schon sehr weit gegangen ist, wenn sie es der Öffentlichkeit gegenüber übernimmt, auch in dieser Richtung Schiedsverträge abzuschließen.

Ich sehe immer wieder in Kreisen, die informiert sind und informiert sein können, eine gewisse Überschätzung unserer militärischen Kraft. Ich habe einmal als Reichskanzler[51] den Chef der Heeresleitung[52] über unsere Lage im Osten befragt. Es ist mir damals – das ist ja kein Geheimnis – von ihm dezidiert gesagt worden, wir könnten selbst bei einem Defensivkrieg gegen Polen unsere Grenzen nicht halten. An einen Offensivkrieg sei bei unseren Mitteln **überhaupt** nicht zu denken. Die Menschen, die davon träumen, daß wir Kanonen herstellen könnten, vergessen, daß wir keine Explosivstoffe und keine Munition haben und daß die Überlegenheit der Menschen nichts bedeutet gegenüber der Überlegenheit der Technik auf der anderen Seite. Keine deutsche Regierung kann es wagen, das Volk in einen solchen hoffnungslosen Krieg hineinzujagen. Die Frage ist, wie weit die Öffentlichkeit nicht erkennt, daß die größte Gefahr für die Befriedung Europas in den Verhältnissen im Osten liegt und wie weit daraus sich friedliche Änderungen ergeben.

Das ist das Wesentlichste dessen, was vorgegangen ist. Ich glaube, daß wir mit ganz wenigen Ausnahmen uns wohl in diesen Gedankengängen zusammenfinden können, diesen Fragenkomplex so vorsichtig wie möglich zu behandeln, und namentlich die Auseinandersetzung, die zwischen Chamberlain und Herriot stattfindet, und auch die Auseinandersetzung über die These: Wir können aus der Kölner Zone heraus, sobald Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat – nach englischen Meinungen etwa in zwei Monaten –, und über die andere These: Wir bleiben drin, bis die Sicherheitsfrage gelöst ist. Ich halte es für das beste, sich darin nicht entscheidend einzumischen, sondern sich referierend zu verhalten. Wenn Sie im Laufe dieser Entwicklung, die vielleicht in den nächsten vierzehn Tagen schon entscheidend werden kann, den Wunsch haben, unterrichtet zu werden, so bin ich gern bereit, einem solchen Wunsch nachzukommen.

---

[51] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[52] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP). – Zur nachfolgend erwähnten Befragung und zu Seeckts Antwort konnte nichts ermittelt werden.

## Rede auf der Tagung des Reichsbeamtenausschusses der DVP in Berlin vom 8. März 1925[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 46 vom 9. März 1925.– Druck auch in ZEIT, Nr. 93 (Abendausgabe) vom 9. März 1925.

*Die DVP repräsentiert alle Schichten des Volkes. Die Finanzpolitik im Hinblick auf die Beamten war notwendig zum Schutz der Währung; jetzt muß aber ein Ausgleich gefunden werden.*

Wir sind eine Partei, die alle Schichten des deutschen Volkes umfassen will, in der auch die Wirtschaft hervorragend vertreten ist, ohne daß sie ausschlaggebender Faktor ist. Der Wiederaufbau Deutschlands hänge nicht allein von der Wirtschaft ab, sondern von einer Stärkung der ideellen und sittlichen Grundlage, die im deutschen Volke geweckt werden solle, so sehr es psychologisch verständlich ist, daß die Wirtschaftsfragen mit im Vordergrunde des Interesses stehen, nachdem der Friedensvertrag von Versailles[2] uns die wirtschaftlichen Sehnen zerschnitten hat. In bezug auf die Finanzpolitik des Reiches in den letzten Jahren, die das besondere Interesse der Beamtenschaft erregt hat, weist Dr. Stresemann auf die großen Schwierigkeiten hin, die für das Reich, namentlich in der Zeit der Inflation[3] entstanden waren und die dazu führten, daß nach der Stabilisierung unserer Währung[4] beim Finanzministerium der

---

[1] Im Rahmen ihrer ausführlichen Berichterstattung über die Tagung am 7. und 8. März 1925 und die dort gehaltenen Vorträge gibt die Vorlage diese Rede Stresemanns am zweiten Tagungstag (vermutlich gekürzt) wieder. Sie vermischt dabei Paraphrase und direkte Rede. Da diese Mischung hier kaum auflösbar ist, ohne sie praktisch unleserlich zu machen, werden die betreffenden Passagen wiedergegeben, ohne die indirekte Rede als solche zu kennzeichnen, weil sie jeweils zweifelsfrei erkennbar ist. – Der betreffende Absatz wird in der Vorlage folgendermaßen eröffnet: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann, von der Versammlung mit lautem Beifall begrüßt, wendet sich gegen den aus der Beamtenschaft erhobenen Vorwurf, daß die Deutsche Volkspartei lediglich die ‚Partei der Wirtschaft' sei, namentlich dagegen, daß die Deutsche Volkspartei darüber hinaus als Partei der Schwerindustrie bezeichnet wird."

[2] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[3] Gemeint sind die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[4] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

fiskalische Gesichtspunkt vielleicht im Uebermaß betont worden sei aus der berechtigten Befürchtung einer Gefahr für die deutsche Währung. In bezug auf die Besoldungsfragen[5] betonte Dr. Stresemann, daß hier ein allmählicher Ausgleich gefunden werden müsse, daß insbesondere hinsichtlich des Besoldungssperrgesetzes[6] die Auseinandersetzungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden den notwendigen Ausgleich bringen müssen, da die hier bestehenden Gegensätze zwischen Reich und Gemeinden tief in die Interessen der Beamtenschaft eingreifen. Dr. Stresemann betonte die Notwendigkeit, daß auch Beamtenvertreter in der Partei zu ihrem Recht kommen. Wir müssen in unserer Parteiorganisation dafür Sorge tragen, daß der junge Nachwuchs die Möglichkeit hat, wenn er politisch etwas leistet, mitzuarbeiten. Das ganze Problem des deutschen Wiederaufstiegs ist nur zu lösen, wenn wir tief eindringen in alle Schichten unseres Volkes.

[5] Einzelheiten zur Kürzung der Beamtengehälter und -pensionen ergeben sich aus der Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sowie aus der Verordnung zur Änderung des Besoldungsgesetzes vom 12. Dezember 1923 (ebd., S. 1181–1184). – Zur Diskussion und zu Anträgen verschiedener Parteien im Reichstag zur Neuregelung der Beamtenversorgung vom Januar 1925 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 22–23 u. Anm. 7.

[6] Zur Auseinandersetzung über das Besoldungssperrgesetz vgl. ebd., S. 22 mit Anm. 5.

## Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichtags vom 11. März 1925[1]

Nach PA AA, NL. STRESEMANN, Bd. 277, S. 121–150. Handschriftlich revidiertes maschinenschriftliches Konzept. – Teildruck (mit Abweichungen) in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 74–81[2].

*Die deutsche Sicherheitsinitiative sollte die Neutralisierung des Rheinlands und britische Konzessionen an Frankreich verhindern. Resümiert die längere Vorgeschichte. Die Initiative nimmt Rücksicht auf das französische Sicherheitsbedürfnis. Der Kriegsverzicht bezüglich Elsaß-Lothringens wird mehr als ausgeglichen durch die Sicherung des Rheinlands für Deutschland. Die Frage der deutsch-polnischen Grenze. Chamberlains Reaktion auf die deutschen Vorschläge ist wichtig. Die deutschen Bedingungen für den Völkerbundsbeitritt gelten weiterhin, insb. zu Art. 16 der Satzung.*

Meine Damen und Herren!

Die aussenpolitische[3] Situation wird durch die Erörterungen über die Frage eines **Sicherheitspaktes** zwischen den alliierten Mächten und uns beherrscht. Sie werden sich entsinnen, dass diese Frage in der vorletzten Sitzung des Ausschusses[4] auch hier lebhaft erörtert worden ist. Diese Erörterungen, die Sorge vor einem Fehlen einer deutschen Initiative in dieser Frage ging aus der Gesamtsituation hervor, in der wir uns in der Zeit befanden, als die ersten Erörterungen über einen solchen Sicherheitspakt und über eine deutsche Initiative stattfanden. Das war im Dezember vorigen Jahres. Ich darf vielleicht diese Situation kurz umreissen.

Sie war einmal gekennzeichnet durch offizielle Ankündigungen darüber, dass eine Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar dieses Jahres[5] nicht erfolgen würde[6]. Die

---

[1] Ein unmittelbarer Anlaß für Stresemanns Rede im Ausschuß konnte nicht ermittelt werden. Mittelbar dürfte die öffentliche Diskussion über die deutsche Sicherheitsinitiative den Anlaß abgegeben haben, die Stresemann auch schon zu seiner Rede vor der Presse vom 7. März 1925 (s. diese Edition) und zu Erklärungen vor der DVP-Fraktion am 10. März 1925 (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 73; dazu die handschriftliche Disposition als Faksimile: ebd., nach S. 80) bewegt hatte.

[2] Die editorische Vorbemerkung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 73, suggeriert, daß es sich bei dem dort abgedruckten Text um eine von WTB amtlich verbreitete Aufzeichnung Stresemanns handele, die u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 122 (Morgenausgabe) vom 13. März 1925, abgedruckt ist. Der Textvergleich ergibt jedoch, daß es sich tatsächlich um die gekürzte und leicht abweichende Wiedergabe von Stresemanns Redekonzept handelt.

[3] Korrigiert von unbekannter Hand aus „auswärtige".

[4] Welche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[5] Laut Art. 428–429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222) sollte das linksrheinische Rheinland mit rechtsrheinischen Brückenköpfen als Garantie für die Ausführung des Ver-

Begründung, die dafür gegeben wurde, war dieselbe, wie die Begründung, die wir bis heute noch hören, nämlich nicht das Vorliegen amtlichen Materials, aus dem sich Verfehlungen Deutschlands ergeben, sondern lediglich, dass ein solchen Material und eine solche Beweisführung nicht möglich sei, dass aber kein Zweifel darüber sei, dass ein noch zu veröffentlichender Bericht diese Verfehlungen Deutschlands ergeben würde. Ich glaube bis heute nicht, dass die Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone allein mit dieser Frage zusammenhängt, namentlich wenn ich daran denke, dass Chamberlain[7] in seiner letzten Rede über den Bericht der Militärkontrollkommission eine Aeusserung getan hat, die doch wohl heisst, dass die Erwartungen, die man an diesen Bericht geknüpft hat, in bezug auf seine Wirkungen auf die Weltöffentlichkeit anscheinend selbst nicht mehr gehegt werden. Chamberlain sagte in seiner letzten Rede, über den Bericht folgendes:

> Der Bericht umfasst 164 Seiten. Er enthält Wichtiges und Unwichtiges, Wesentliches und Unwesentliches. Ich weiss nicht, ob die vollständige[8] Veröffentlichung dieses Berichts uns dem Ziel näher bringen wird, das wir mit der Veröffentlichung erstreben, da das Ziel, das die Alliierten mit der Veröffentlichung erstrebten, das war, die Welt von den Verfehlungen Deutschlands zu überzeugen, und weiter das war, durch diese Ueberzeugung die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone als berechtigt erscheinen zu lassen.

Es ist doch sehr bedeutsam, dass heute der englische Aussenminister erklärt, es sei ihm zweifelhaft, ob die Veröffentlichung die Alliierten diesem Ziele näher bringen würde.

Etwas anderes hat wohl sehr viel mehr bei der Frage der Nichträumung mitge-

---

trags für Deutschland in drei Zonen besetzt werden, die – von Norden nach Süden – nach fünf, zehn und 15 Jahren und damit endgültig 1935 geräumt werden sollten, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ würden.

[6] Im Dezember 1924 war bekannt geworden, daß die Alliierten die nördliche der drei Besatzungszonen („Kölner Zone“) nicht vertragsgemäß am 10. Januar 1925 räumen würden mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2). – Am 5. Januar 1925 wurde der Reichsregierung die Nichträumung durch eine alliierte Kollektivnote amtlich mitgeteilt und angekündigt, daß der Reichsregierung die Details der deutschen Verfehlungen später zugehen würden (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[7] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Die nachfolgend angeführte Rede hielt Chamberlain am 5. März 1925 im Unterhaus (Text [mit Unterbrechungen durch Zwischenfragen] in HANSARD V 181, Sp. 700–716; paraphrasierende Zusammenfassungen: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 110 [Morgenausgabe] vom 6. März 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 236–239).

[8] Korrigiert von unbekannter Hand aus „folgende“.

spielt; das ist die Frage des Schicksals des Genfer Protokolls[9], jener in Genf am 2. Oktober getroffenen Abmachungen, die wohl für Herriot[10] einen Teil seines aussenpolitischen Programms darstellen. Ich nehme an, dass es das Programm des französischen Ministerpräsidenten gewesen ist, durch den Dawes-Plan[11] eine Bereinigung der Reparationsfrage, durch das Genfer Protokoll eine Bereinigung der Sicherheitsfrage zu erreichen und damit gegenüber manchen Angriffen, mancher Kritik der Opposition in bezug auf seine Aussenpolitik auf diesen zweiten Erfolg hinzuweisen. Mit dem Regierungswechsel in England[12] trat zutage, dass kaum auf eine starke innere Einstellung der neuen englischen Regierung zur Annahme des Genfer Protokolls zu rechnen war. Damit trat nun die Frage, was Frankreich, wenn das Genfer Protokoll fiele, seinerseits in bezug auf seine Sicherheit nach Hause brächte, erneut in die Debatte.

Für uns war gerade diese Situation in bezug auf das Rheinland ganz ausserordentlich schwer, denn wir mussten damit rechnen, dass nach der weitgehenden von uns gar nicht akzeptierten, gar nicht akzeptierbaren Auslegung des Vertrages[13] in bezug auf die Rechte der Kontrolle entmilitarisierter Zonen durch den Völkerbund unter Umständen das Rheinland indeterminiert unter Kontrolle gestellt worden wäre, deren Charakter sich durch das klar erkenntlich macht, was man die „éléments

---

[9] Am 2. Oktober 1924 hatten zehn Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf das „Protokoll zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen“ unterzeichnet, das als Ausführung der Völkerbundssatzung gedacht war und u.a. künftig ein obligatorisches Schiedsverfahren bei Konflikten zwischen Staaten vorsah sowie jedem Mitgliedsstaat die obligatorische Verpflichtung auferlegen sollte, einem angegriffenen Völkerbundsmitglied automatisch zu Hilfe zu kommen (Text u.a. in SCHULTHESS 65 [1924], S. 464–470). Am 15. November 1924 hatte die neue britische Regierung unter Baldwin den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, die weitere Beratung des Protokolls vorläufig zu verschieben (vgl. ebd., S. 470–471). Zwischenzeitlich war von britischer Seite eine weitere Verschiebung in den September 1925 vorgesehen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 85 [Abendausgabe] vom 19. Februar 1925), was allgemein als britische Absage hinsichtlich der Annahme des Protokolls interpretiert wurde.

[10] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[11] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen beschlossen; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[12] Gemeint ist der Wechsel von der Labour-Regierung unter Premierminister MacDonald zur konservativen Regierung unter Premierminister Baldwin, die am 6. November 1924 ins Amt kam.

[13] Gemeint ist der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919; Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Das nachfolgend angesprochene Recht des Völkerbundes, Untersuchungen der deutschen Abrüstung anzuordnen, ist in Art. 213 geregelt.

stables“ in diesem Protokoll genannt hat[14], was aber durch Ausführungen, die uns zur Kenntnis gekommen sind, einen Charakter tragen könnte, der schliesslich in das ausmündete, was man in früherer Zeit Neutralisierung des Rheinlands genannt hat, wenn auch in abgeschwächter Form.

Es entsteht für uns die Frage, was wir demgegenüber bei der ganzen Lage des Investigationsprotokolls, all dieser Einstellung gegenüber dem besetzten Gebiet und dem Rheinland von uns aus etwa tun könnten, um diejenigen Folgerungen abzuwehren, die sich daraus für uns, sei es in einer Verlängerung der Nichträumung, sei es in dem ganzen zukünftigen Schicksal der Rheinlande ergeben könnten. Ich bemerke dabei, dass die Besorgnis, dass englisch-französische Vorschläge nach dieser Seite zustimmen könnten, bei uns auch dadurch genährt wurden, dass unzweifelhaft der gegenwärtige englische Aussenminister uns mindestens sehr kühl gegenübersteht, und dass er andererseits wohl zu den Anhängern der Idee gerechnet werden darf, der ein Sicherheitspakt zwischen den Alliierten vorschwebte, der unzweifelhaft eine Spitze gegen Deutschland hatte[15], dass wir weiter damit rechnen konnten, dass bei den Schwierigkeiten des englischen Weltreiches im Orient[16] vielleicht auch eine Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich in dieser Frage einfach als Kompensation für französische Nachgiebigkeit in der Orientfrage angesehen würde, so dass auch die Differenzen zwischen den beiden Ententemächten auf unserem Rücken ausgetragen werden könnten.[17]

Das waren die Gesichtspunkte, die uns die Frage erörtern ließen, ob es nicht notwendig sei, eine deutsche Initiative einzuschalten, um unsern Standpunkt gegenüber dieser ganzen Entwicklung zum Ausdruck zu bringen und nicht einfach die Entwick-

---

[14] Das Genfer Protokoll (vgl. oben Anm. 9) sah in Art. 9 vor, daß „die auf Grund gewisser Verträge und Konventionen schon bestehenden entmilitarisierten Zonen [...] Gegenstand einer vorübergehenden oder dauernden Kontrolle sein [könnten], welche der Rat auf das Verlangen und auf die Kosten eines oder mehrerer Nachbarstaaten organisiert.“ – Über dieses Genfer Protokoll hinaus hatte der Völkerbundsrat am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

[15] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französischen Sicherheitspaktes, ggf. unter Einschluß Belgiens, vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[16] In erster Linie ist hier die „Mossulfrage“ gemeint, die Frage nach der Grenzziehung zwischen der Türkei und dem britischen Mandat Irak, über die sich Großbritannien und die Türkei stritten. Die Frage war inzwischen dem Völkerbund zur Entscheidung übertragen worden.

[17] Der Text wird hier durch eine halbe Leerseite unterbrochen. Dies läßt vermuten, daß er in mehreren Etappen verfaßt wurde oder verschiedene Versionen zusammengefügt wurden.

lung abzuwarten. Wir haben uns überlegt, ob nicht eine Wiederaufnahme der früheren Sicherheitsvorschläge Deutschlands möglich sei und wir nicht den Gedanken dieser starken Einflussnahme auf das Rheinland und seine Verwaltung durch den Gedanken eines internationalen Vertrages ersetzen könnten, der Frankreich diejenige Sicherheit gäbe, von der es immer behauptet, daß sie für Frankreich notwendig sei.

Sie wissen, daß wir zweimal einen solchen Versuch gemacht haben, der allerdings beide Male gescheitert ist. Er ist zuerst im Dezember 1922 von der Regierung Cuno[18] gemacht worden, also wenige Wochen vor dem Ruhreinbruch[19] als ein Versuch, die Verschärfung der Gegensätze dadurch hintanzuhalten. Dieser damalige Vorschlag, der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika an Frankreich gemacht wurde, hatte einen vollkommenen Mißerfolg. Sein Gedankengang war folgender:

Die am Rhein interessierten Mächte verpflichten sich für ein Menschenalter feierlich zu treuen Händen der Vereinigten Staaten, ohne Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen.

Daß dieser Sicherheitsvorschlag abgelehnt wurde, war vielleicht deshalb abzusehen, weil hier zwei Worte den Charakter des Vorschlags doch eminent einengten. Das waren die Worte: ohne Volksabstimmung. Man konnte dagegen einwenden, daß eine Verpflichtung, keinen Krieg zu führen, sehr beeinträchtigt würde, wenn sie von einem Plebiszit der Völker abhängig gemacht würde und schliesslich gesagt wurde, dass die Mächte es in der Hand hätten, die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, um sie auch im entgegengesetzten Sinne zu instruieren.

Das ist damals auch von französischer Seite vorgebracht worden[20], aber ich be-

[18] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Gemeint ist die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560).

[19] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

[20] Vgl. die telegraphische Weisung Poincarés an Jusserand, den französischen Botschafter in Washington, vom 20. Dezember 1922 (DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922 II, S. 604–605).

merke, dass Herr v. Rosenberg[21], der damalige Aussenminister, diesen Vorschlag des Plebiszits sofort in einem Interview zurückgenommen und erklärt hat, Deutschland sei bereit, auch auf anderer Basis ohne diese Volksabstimmung, die man gerade deshalb hineingebracht hätte, weil man immer gesagt habe, die Völker sollten entscheiden, ob sie noch ein mal Krieg führen wollten, den Vorschlag zu machen. Er ist aber vollkommen abgelehnt worden, und zwar weil Poincaré[22] entschlossen war, in die Ruhr zu marschieren und sich weder durch diesen Vorschlag noch durch Vorschläge auf der Pariser und Londoner Konferenz[23] davon abhalten lassen wollte.

Das war das Schicksal des ersten derartigen Vorschlages. Ich habe meinerseits am 2. September als Reichskanzler in Stuttgart[24] diesen Gedanken aufgenommen und habe damals folgendes ausgeführt:

> Französische Stimmen sprechen davon, daß die Lösung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur auf materieller, sondern auch auf politischer Basis erfolgen muß, durch Gewährung von Sicherheiten, die Frankreich gegenüber einem wieder kräftig werdenden Deutschland ...[25] so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten.

Auf diese Darlegungen hat Herr Poincaré damals in zweifacher Beziehung geantwortet. Einmal durch eine öffentlicher Rede[26], in der er erklärt hat, die Frage dieser Sicherheiten sei für Frankreich eine sekundäre Frage, die primäre Frage sei die Lösung der Reparationsfrage. Er könne über solche Vorschläge erst debattieren, wenn die Reparationsfrage gelöst sei. Er hat aber zweitens durch seinen Botschafter in

---

[21] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos; zuvor und danach im Auswärtigen Amt bzw. auf diplomatischen Posten. – Das nachfolgend erwähnte Interview Rosenbergs konnte nicht ermittelt werden.

[22] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[23] Vermutlich verdreht Stresemann hier die Abfolge und bezieht sich auf die Londoner Besprechung der Ministerpräsidenten der Siegermächte vom 9. bis 11. Dezember 1922 (vgl. SCHULTHESS 63 [1922], S. 199) und die Reparationskonferenz in Paris vom 2. bis 4. Januar 1923 (vgl. ebd., 64 [1923], S. 399–402).

[24] Gemeint ist die Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (s. diese Edition).

[25] Hier von unbekannter Hand eingefügt: „(Bitte einfügen!)“. Gemeint ist offenbar, daß der betreffende Passus aus der Rede Stresemanns vom 2. September 1923 komplettiert werden sollte.

[26] Stresemann bezieht sich wohl auf eine Rede, die Poincaré am 9. September 1923 zur Einweihung eines Kriegerdenkmals in Damvillers hielt (Auszüge in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 39,2 [1923], S. 63–64; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 428 [Abendausgabe] vom 10. September 1923; Zusammenfassung in SCHULTHESS 64 [1923], S. 316–317).

Berlin, Herrn de Margerie[27], in einer Unterhaltung mit mir geantwortet. Dabei ist ein Gesichtspunkt hervorgetreten, der auch jetzt im Mittelpunkt der ganzen Debatte steht. Der französische Botschafter hat mir die Frage vorgelegt: Wie denken Sie es mit dem Osten zu halten? Wenn Sie einen derartigen Vorschlag machen, der sich lediglich auf den Westen bezieht, so ist das für uns gewissermassen eine Preisgabe unseres Verhältnisses zu Polen; es besteht die Befürchtung, oder es kann die Befürchtung bei uns bestehen, daß das Deutschland, das im Westen vollkommene Ruhe hat, sich dann später mit gesammelter Kraft auf den Osten stürzt, und unsere Beziehungen zu Polen stehen dem entgegen.

Unausgesprochen ist das wohl damals auch der Grund gewesen, diese Dinge nicht weiter zu verfolgen. In der Folgezeit haben wir keine Möglichkeit gehabt, mit diesem Gedanken weiter zu kommen.

Nach diesen Erfahrungen mussten wir natürlich ausserordentlich vorsichtig bei einem von uns zu unternehmenden Schritte sein. Ich darf hier gleich einmal die Gründe angeben, die uns veranlasst haben, bei dem von Deutschland unternommenen Schritte[28] bei den fremden Mächten darauf zu dringen, dass eine Geheimhaltung dieses Schrittes erfolgt. Sie ist uns ohne weiteres zugesagt worden. Sie ist erst durchbrochen worden, als der Herr französische Ministerpräsident im französischen Auswärtigen Ausschusse sehr bedrängt wurde und einige Andeutungen machte[29]. Auf die Beschwerde, die wir bei ihm erhoben[30], hat er uns die charakteristische Antwort gegeben[31]: Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses seien vertraulich, und er habe infolgedessen nicht damit rechnen können, daß darüber etwas in die Öffentlichkeit käme; aber zu seinem Erstaunen habe er ausführliche Auszüge am nächsten Tage in der französischen Presse gefunden. Eine Erklärung, für die wir

---

[27] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Stresemann bezieht sich nachfolgend vermutlich auf ein Gespräch mit Margerie vom 3. September 1923 (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 101–105); allerdings fehlt die angesprochene Frage nach dem Osten in der betr. Aufzeichnung Stresemanns.

[28] Stresemann bezieht sich auf die Initiative des Auswärtigen Amtes, das zunächst im Januar in London, dann im Februar in Paris in der Sicherheitsfrage sondiert und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[29] Am 27. Februar 1925 hatte Herriot dem Auswärtigen Ausschuß des Senats über die deutschen Vorschläge zur Sicherheitsfrage berichtet (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 327 mit Anm. 3 u. S. 331–334).

[30] Gemeint sind wohl telegraphische Erlasse Schuberts und Stresemann an Hoesch vom 1. März 1925 (vgl. ebd., S. 331, Anm. 1 u. 2).

[31] Vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs über ein Gespräch mit Herriot vom 2. März 1925 (ebd., S. 331–334).

zwar Verständnis aufbrachten, bei der aber jedenfalls die unerfreuliche Tatsache blieb und auch durch das Dementi des Herrn Herriot, daß die Berichte der Zeitungen nicht mit dem Stenogramm seiner Ausführungen übereinstimmten, nicht mehr aufzuhalten war. Darauf wurde der Vorschlag von Chamberlain in seiner Unterhausrede[32] in seinen Grundzügen erörtert.

Die Gründe, die uns zur Forderung der Geheimhaltung veranlassten, waren die, daß wir fürchteten, eine etwa zu erlangende Zustimmung des französischen Kabinetts, an der uns lag, weil wir mit unserem Schritt einen Erfolg haben wollten, würde bei vorzeitiger Bekanntgabe durch die französische Öffentlichkeit, durch die französische Opposition, vielleicht auch durch das Sichregen der französischen Bundesgenossen oder Freunde im Osten stark beeinträchtigt werden. Daß diese Befürchtungen berechtigt waren, hat sich gezeigt, obwohl erfreulicherweise vorher der Ministerrat getagt hatte[33]. Sobald diese Dinge bekannt wurden, hat ein Sturm ohnegleichen eingesetzt, und es wird jetzt der grösste Druck ausgeübt sowohl auf den französischen Ministerpräsidenten wie auch wahrscheinlich in Genf[34] auf den englischen Aussenminister, in diese Verhandlungen Dinge hineinzutragen, die unserer Meinung nach nicht damit in Zusammenhang stehen, die in der Form, in der sie von uns verlangt werden, nicht geleistet werden können.

Ich darf auf den Charakter des deutschen Schrittes jetzt eingehen. Man hat davon gesprochen, daß man deutsche Vorschläge überreicht hätte. Auch Herr Chamberlain hat immer von „proposals“ gesprochen. Was vorgeschlagen ist, ist folgendes: Wir haben durch unsere Botschafter und Gesandten in London[35], Paris[36], Rom[37] und Brüssel[38] Unterhaltungen über die Frage eines Sicherheitspaktes geführt; und da mehr als einmal auch aus solchen Unterhaltungen sich die grössten Mißverständnisse der Auffassungen ergeben haben, haben wir den Hauptinhalt dessen, was unsere Herren nach ihren Instruktionen vortragen sollten, in der Form eines Memorandums

---

[32] Vgl. oben mit Anm. 7.

[33] Auf welchen französischen Ministerrat Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[34] In Genf fand vom 9. bis 14. März 1925 in Anwesenheit Chamberlains die 23. Tagung des Völkerbundsrats statt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449–450).

[35] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930.

[36] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932.

[37] Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), Botschafter in Rom 1921–1930; Reichsaußenminister 1932–1938.

[38] Friedrich von Keller (1873–1960), Gesandter in Brüssel 2. Februar 1924 – 8. Mai 1928.

in den Händen der Regierung gelassen[39].

In diesem Memorandum haben wir erklärt, wie auch der Herr Reichskanzler[40] bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochen hat, dass wir zu positiver Mitarbeit auf dem Gebiete der Sicherheitsfrage bereit seien, dass die Erörterungen über die Sicherheitsfrage, die ja nach der Richtung eines Dreimächtebündnisses gegen Deutschland gingen[41], auch uns veranlasst hätten, dieser Frage näher zu treten, dass wir bereit wären, daran mitzuarbeiten und dass uns verschiedene Möglichkeiten für diese Lösung gegeben schienen. Wir könnten uns eine Möglichkeit der Lösung denken, die auf einen Krieg verzichte und ihn vermiede. Das wäre etwa der Cunopakt ohne das Plebiszit[42], der einfach sagte: Auf ein Menschenalter verpflichten sich die am Rhein interessierten Staaten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Wir haben seither[43] erklärt, wir könnten uns eine Lösung auch auf der Basis denken – das war der Sinn meiner Septemberrede[44] – daß die am Rhein interessierten Staaten in eine Garantierung ihres Besitzstandes eintreten und gemeinschaftlich gegen denjenigen vorgingen, der diesen Besitzstand in Frage stellte. Wir haben weiter erklärt, daß, was unsere allgemeine Stellung zu anderen Staaten anbeträfe, wir bereit seien, mit allen Staaten Schiedsverträge zu schliessen.

Die Ostfrage, die jetzt in der öffentlichen Diskussion so überragend ist, ist in unserem Memorandum mit keinem Worte erwähnt, und zwar meiner Meinung nach von rechtswegen. Es handelte sich ja gar nicht um diese Dinge, sondern es handelte sich bei diesen Beratungen darum, die angeblich bedrohte französische Sicherheit zu garantieren, da Frankreich ja bis zur Stunde, wenigstens seine öffentliche Meinung – ich habe aber festgestellt, daß das bis in verantwortliche Kreise geht – unter dem Albdruck lebt, daß Deutschland so stark werden könne, um für Frankreich ein gefähr-

---

[39] Weisungen nach Rom und Brüssel, dort das deutsche Memorandum (vgl. oben mit Anm. 28) zu übergeben, konnten nicht ermittelt werden.

[40] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu den nachfolgend angesprochenen Äußerungen Luthers vgl. etwa dessen Rede vor der ausländischen Presse vom 30. Januar 1925 (SCHULTHESS 66 [1925], S. 20–24).

[41] Vgl. oben mit Anm. 15.

[42] Vgl. dazu oben mit Anm. 18.

[43] Tatsächlich finden sich die nachfolgend genannten Vorschläge (Garantiepakt und Schiedsverträge) – entgegen dem, was Stresemanns Formulierung nahelegt – bereits im Memorandum an Großbritannien vom Januar bzw. Frankreich vom Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 28); möglicherweise bezieht sich Stresemann mit dem „seither“ allerdings auch auf den Zeitpunkt des Cuno-Vorschlags, also auf die Zeit nach Dezember 1922.

[44] Vgl. oben mit Anm. 24.

licher Gegner zu sein, daß Frankreich seine Rheinlandpolitik treiben müsse, um gegenüber diesem Aufmarschgebiet für einen deutschen Angriff diejenigen Sicherheiten in der Hand zu behalten, die es gegenwärtig durch die Besetzung dort habe.

Ich weiss sehr wohl, dass in dieser Erklärung der deutschen Regierung, auf solcher Basis an einem Sicherheitspakt mitzuwirken, gewiss für viele eine schwere innerliche Belastung enthalten ist. Aber ich möchte doch bemerken, dass schliesslich die Dinge, praktisch gesehen, auf der Basis derjenigen Verhältnisse, die heute bestehen, und von denen ich nicht weiß, wie sie sich in irgendeiner absehbaren Zeit überhaupt ändern sollten, zweierlei gegeneinander abgewogen werden muss; nämlich der deutsche Verzicht, durch einen Angriffskrieg Elsass-Lothringen wiederzuerobern, der meiner Meinung nach praktisch keine Bedeutung hat bei der militärischen Situation in Europa, aber auf der andern Seite – und das tritt eigentlich in der Erörterung in der Öffentlichkeit viel zu sehr zurück – die Sicherheit des heutigen Besitzstandes des Deutschen Reichs, die Sicherheit des Verbleibens der Rheinland bei Deutschland gegenüber der Politik von Foch[45] bei den Friedensverhandlungen, gegenüber der Politik, wie sie etwa Herr Castelnau[46] vertritt, gegenüber einer Politik, die sicherlich noch nicht in Frankreich ausgeträumt ist.

Wenn ich mich rein theoretisch frage – denn die erste Frage ist doch ganz theoretisch –, ob innerhalb eines Menschenalters die Möglichkeit besteht, daß Deutschland durch einen Angriffskrieg Elsass-Lothringen wiedererobern könnte, falls es diesen Wunsch hätte, wenn ich auf der andern Seite frage, ob uns innerhalb eines Menschenalters die Sicherheit gegeben ist, daß die Rheinlande von Annexionen frei bleiben, dann muß ich sagen: die erstere Möglichkeit sehe ich nicht, die zweite Möglichkeit muss ich fürchten; denn niemand weiss, wohin die Entwicklung in Frankreich einmal geht und gehen kann. Da ich die ganze Situation, in der wir überhaupt in der Geschichte stehen, soweit Deutschland Objekt und Subjekt dieser Geschichte ist, im Kampf um den Rhein sehe, glaube ich, daß es die Hauptaufgabe jeder deutschen Regierung ist, alles zu tun, um eine Sicherheit deutscherseits dafür zu haben, daß

[45] Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Marschall; Oberbefehlshaber der alliierten Truppen an der französischen Ostfront 1918; Präsident des alliierten Militärkomitees 1919–1929. – Zu den von Foch bei den Pariser Friedensverhandlungen vertretenen Plänen für das Rheinland vgl. etwa seine Note vom 10. Januar 1919 (deutsche Übersetzung in QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 93–97).

[46] Édouard, vicomte de Curières de Castelnau (1851–1944), französischer General des Ersten Weltkriegs; Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer; 1924 Gründer und bis zu seinem Tod Präsident der gegen die Laisierungspolitik des „Cartel des gauches“ (insbesondere in Elsaß und Lothringen) gerichteten „Fédération nationale catholique“.

wir dauernd damit rechnen können, daß die Rheinlande bei Deutschland verbleiben, daß sie uns nicht durch irgendwelche Gewalt genommen werden, und zweitens, daß wir durch die Ausräumung dieses Kampfes um die Sicherheit, durch die Ausräumung dieses Albdruckes, daß wir andere bedrohten, gleichzeitig die Grundlage dafür schaffen, die Verhältnisse im Rheinland in der Zukunft selbst anders gestalten zu können.

Man kann die Frage aufwerfen: Habt Ihr bei diesen Unterhaltungen etwas über Abkürzung der Besetzung usw. gesagt? Ich beantworte diese Frage mit Nein. Ich bin auch der Überzeugung, daß die Bedeutung des deutschen Schrittes herabgewürdigt werden würde, wenn sie mit diesen Dingen verbunden sein würde, weil man sagen würde: Man sieht die Absicht, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen. Mißtrauen gegen uns und unsere Angebote ist ja immer vorhanden gewesen, seitdem es ein neues Deutschland gibt.

Aber es ist für mich das eine klar, daß ein Pakt, wenn er zustande käme, der vor der Welt erklärt, daß der Friede gesichert sei, daß die Rheingrenze gesichert sei, soweit sie durch Menschenwerk überhaupt gesichert sein kann, auch logisch seine Folgerungen für die künftige Behandlung des Rheinlandes durch die Alliierten haben muss. Ich kann nicht gleichzeitig davon sprechen, dass man gegen einen deutschen Angriff gesichert sei – und das würde doch Herr Herriot im Parlament als Erfolg eines solchen Friedenspaktes hinstellen –, und gleichzeitig hunderttausend Mann im Rheinland noch auf ein Jahrzehnt belassen, um diese Sicherheit zu verstärken.

Ich sage das hier, wo ich hoffe, dass diese Ausführungen vertraulich bleiben; denn ich glaube, nichts würde die Dinge mehr stören, als wenn man sie miteinander verbände. Ich will auch begründen, daß wir sie nicht formell miteinander verbunden haben, daß aber meiner Meinung nach die logische Verbindung miteinander besteht und dass sie einer der Hauptgesichtspunkte für unser Vorgehen gewesen ist.

Nun hat sich aber hier auch sofort, wenigstens in der Öffentlichkeit, nicht so sehr bei den offiziellen Verhandlungen, die Ostfrage erhoben. Ich darf daran erinnern, daß ich in der vorletzten Sitzung[47], als man sich einem sehr starken Optimismus inbezug auf den Sicherheitspakt hier hingab, gesagt habe: Vergessen Sie nicht, dass die Schwierigkeiten beginnen werden, weil man versuchen wird, uns nach dem Osten hin genau in derselben Weise festzulegen, wie wir es nach meiner Auffassung wohl für den Westen ertragen können, wie es für den Osten nicht möglich ist.

Inbezug auf die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Staaten ist zu sa-

[47] Vgl. oben mit Anm. 4.

gen, dass uns von den offiziellen Stellen Wünsche, Anregungen oder Stellungen von Bedingungen, ohne die man in Bezug auf den Osten nicht zustande käme, nicht vorgebracht worden sind. Man hat, glaube ich, heute in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit Verständnis dafür, daß die Grenzziehung im Osten – ich will mich einmal sehr euphemistisch ausdrücken – das schwächste Werk des Versailler Vertrags sei, für das man auch seitens der Alliierten sich nicht für alle Ewigkeit zu irgendeinem Schutz und Trutz verbinden könne. Man ist sogar in der englischen Presse sehr viel weiter gegangen, und ich weiss nicht, ob diese Sekundantendienste uns in dieser Situation sehr nützlich gewesen sind. Daß der „Manchester Guardian" schrieb[48], England werde die Ostgrenze niemals garantieren, war sehr gut, soweit man daraus sah, daß Deutschland nicht allein sich dagegen wehrte. Aber die „Times" geht weiter[49]. Herr Kollege Hoetzsch[50] hat heute in einem Aufsatz über die Auswärtige Politik den Wortlaut[51] zitiert. Der Timesartikel konnte in Warschau gar nicht anders verstanden werden, als eine Aufforderung dazu, freiwillig auf den Korridor[52] zu verzichten, freiwillig sich mit Deutschland über die beiden Fragen in Verbindung zu setzen, von denen man in England annimmt, dass sie geregelt werden müssen. Das ist die Korridorfrage und die oberschlesische Frage[53]. Die „Times" hat Polen zugeredet, es sei besser, sich mit einem mächtigen Nachbar freundschaftlich durch eine grosse Geste zu verständigen, als mit ihm in Feindschaft zu leben.

Das hat zu der Anschauung geführt, die mir auch in diplomatischen Anfragen von einzelnen Persönlichkeiten zum Ausdruck gebracht worden ist[54], als wenn zwischen England und Deutschland ein Spezialabkommen bestände, dass bereits diese Ostfragen in sich schlösse. Das ist nicht der Fall, und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß England in diesen Fragen gar nichts selbständig tun kann. Aber die Situation war die, dass wir uns auf die Erklärung beschränkt haben, wir seien bereit, mit

---

[48] Der betreffende Artikel im „Manchester Guardian" konnte nicht ermittelt werden.

[49] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Artikel in THE TIMES, Nr. 43901 vom 4. März 1925, S. 15.

[50] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Der betreffende Aufsatz konnte nicht ermittelt werden.

[51] „den Wortlaut" von unbekannter Hand eingefügt.

[52] Mit „Korridor" ist der Streifen polnischen Gebietes gemeint, der durch die Grenzziehung Polens bzw. durch die Abtretung zuvor deutschen Gebiets an Polen durch den Versailler Vertrag entstand und der Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich trennte.

[53] Der Oberste Rat der Siegermächte hatte 1921 nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates verfügt, daß Oberschlesien geteilt werde, womit der östliche Teil an Polen ging (vgl. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 65–66; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 318–322).

[54] Entsprechende Anfragen bzw. Personen konnten nicht ermittelt werden.

allen Mächten Schiedsverträge zu schliessen[55]. Die Antwort, die wir erhielten, war die des Polnischen Ersten Ministers[56] in Warschau, die dahin ging, ohne dass diese Fragen anders als durch diesen einen Satz in unserem Memorandum niedergelegt waren: Polen lehnt es ab, mit irgendeinem Staat einen Schiedsvertrag zu schliessen, der irgendwie über seine territorialen Grenzen etwas ausmacht. Soweit also diese Frage der territorialen Grenzen in Betracht gekommen wäre, zu der wir uns unsererseits noch nicht bereit erklärt hatten, ist sie durch die gegenwärtige polnische Regierung zurückgewiesen worden.

So lagen die Dinge bei den Verhandlungen mit den Regierungen günstig; denn der Schritt wurde sehr günstig aufgenommen. Auch Herr Herriot persönlich hat gar kein Hehl daraus gemacht, dass er ihn sehr freundlich ansehe[57]. Er hat erklärt, die Sicherheitsfrage stehe für ihn überhaupt im Mittelpunkt aller seiner Erwägungen und ich habe die Empfindung, dass er sich persönlich für die Dinge sehr eingesetzt hat. Wie sie nachher im Ministerrat gelaufen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls waren bis zum Bekanntwerden der Dinge in der Öffentlichkeit keine grossen Schwierigkeiten vorhanden, lediglich die eine praktische, dass bei den Unterhaltungen darauf hingewiesen wurde, es könne ein Fünfmächtepakt, der doch gewissermassen ein grosser Friedenssicherungspakt sei, nicht gut neben dem Völkerbunde bestehen, weil dadurch das Prestige des Völkerbundes ausserordentlich leiden würde. Wenn diese Frage positiv gelöst würde, müsse dabei auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gelöst werden. Darauf komme ich nachher zurück.

Inzwischen ist der französische Ministerpräsident und ist auch der englische Aussenminister veranlasst worden, sich zu diesen ganzen Fragen im Zusammenhang zu äussern[58]. Ich darf aus den Ausführungen des Herrn Herriot auf das eine hinweisen, dass er genau so, wie er es uns offiziell gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, auch der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck brachte, dass an dem guten Willen Deutschlands in dieser Frage nicht gezweifelt werden könne, dass er gerade jener Presse entgegentrat, die in dem Ganzen wieder irgendein deutsches Manöver sah und sich soweit verstieg, davon zu sprechen, das sei die vierte Teilung Polens, es sei

---

[55] Nämlich in dem oben Anm. 28 erwähnten Memorandum.

[56] Władisław Grabski (1874–1938), polnischer Ministerpräsident 1920 u. 20. Dezember 1923 – 13. November 1925. – Mit der „Antwort" ist vermutlich seine Erklärung im polnischen Parlament vom 7. März 1925 gemeint (vgl. deren Zusammenfassung in SCHULTHESS 66 [1925], S. 346; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 350, Anm. 4). – Zur polnischen Haltung zu einem Schiedsvertrag vgl. auch die Aufzeichnung Dirksens vom 7. März 1925 (ebd., S. 349–350).

[57] Vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 17. Februar 1925 (ebd., S. 236–239).

[58] Vgl. oben mit Anm. 7 u. 29.

eine Politik der Feigheit, die die französische Regierung triebe und, wie ein anderes Blatt, der „Avenir“[59] die Freundlichkeit hatte, zu sagen, es sei doch am besten, wenn die französische Regierung derartig vor Deutschland kapituliere, dass sie Herrn v. Seeckt[60] auch zum Befehlshaber der französischen Truppen ernenne, damit Lord d’Abernon[61] der Aufgabe enthoben würde, seinerseits dafür zu sorgen, dass genügend Kanonen in Deutschland hergestellt würden und sich Deutschland der Kontrolle entziehe. Zu einer solchen Siedehitze ist man drüben gelangt. Die Erklärungen des polnischen ersten Ministers sind im übrigen sehr viel kühler als die polnische Presse.

Aber das Interessanteste, weil auch Ausführlichste und weil sicherlich im Namen des englischen Kabinetts abgegebene ist die Erklärung des Herrn Chamberlain. Ich messe ihr deshalb eine besondere Bedeutung bei, weil – und diese Auffassung wird von vielen Seiten geteilt – Herr Chamberlain als Person, soweit man jemanden überhaupt charakterisieren kann, weit mehr pro-french ist als irgendwie von einer Freundlichkeit uns gegenüber erfüllt.

Man hat davon gesprochen, dass drei Gruppen im englischen Kabinett gewesen seien: eine, die überhaupt dafür ist, sich mit dem Kontinent nicht zu befassen und die grosse Weltpolitik ohne Rücksicht auf englische Verpflichtungen mit Europa zu führen, eine zweite, die die Entente wiederaufleben lassen wollte und als deren Führer gerade Herr Chamberlain genannt war, die ein aggressives und offensives Bündnis gegen Deutschland schliessen wollte, und eine dritte, die unter bewusster Betonung der Zugehörigkeit Englands zum europäischen Kontinent es ablehnt, ein solches Bündnis gegen Deutschland zu schliessen, sich dagegen bereit erklärt, für ein Bündnis mit Deutschland einzutreten.

Diese Richtung hat den Sieg davon getragen, und Herr Chamberlain vertritt die Gedanken, die hier zum Ausdruck kommen, mit einer Wärme, die einen eigentlich daran zweifeln lassen kann, ob er wirklich der enragierte Gegner dieses Abkommens gewesen ist, wie ihn die Zeitungsmeldungen hinstellen.

Ich darf aus seinen Ausführungen zunächst anführen, dass er vollkommen klarstellt, dass die Räumung der nördlichen Zone nicht mit dem Sicherheitspakt in Verbindung steht und dass sie lediglich von der Bereinigung derjenigen Dinge abhängig

---

[59] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[60] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[61] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D’Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926.

ist, die nach dem militärischen Bericht für Deutschland[62] zu tun übrig sind. Er sagt hierüber:

> Das Ziel der Regierung seiner Majestät ist, von der Deutschen Regierung sobald wie irgend möglich die Erfüllung der Verpflichtungen zu erlangen, die vertragsmässig zu recht von ihr verlangt werden können, damit die in Aussicht genommene Verkürzung der Besatzungszeit so bald wie irgend möglich erfolgen könne. Um räumen zu können,

– das stellt er als das Ziel hin –

> geht unsere Politik darauf hinaus, diese wesentlichen und nötigen Entwaffnungsmassmahmen zur Durchführung zu bringen, auf denen die Alliierten bestehen müssen, ehe sie die im Vertrag in Aussicht genommene Verkürzung der Besetzungsfrist verwirklichen können.

Er fügt dann hinzu:

> Die Sicherheitsfrage ist von ungeheurer, von überragender Bedeutung, aber die Besetzung der Kölner Zone stützt sich auf den Vertrag, sie lässt sich nur durch die Bestimmungen des Vertrags rechtfertigen und kann nach der Ansicht der Regierung Seiner Majestät nur fortgesetzt werden in Verfolg der klaren Zwecke und Bestimmungen des Vertrags.

Damit lehnt Chamberlain die französische These ab, dass die Räumung der nördlichen Zone mit einem positiven Ergebnis in der Sicherheitsfrage in Verbindung gebracht werden könne. Er sagt, diese Frage sei von ungeheurer, überragender Bedeutung, aber sie habe mit der Räumung der Kölner Zone nichts zu tun. Hier verlange England von uns, dass wir den Vertrag erfüllen, sei aber seinerseits der Meinung, dass es ebenfalls den Vertrag zu erfüllen habe.

Ich darf dabei bemerken, dass in Privatunterhaltungen[63] von englischer Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, dass, wenn Deutschland bereit sei, die sogenannten Verfehlungen in der Militärkontrolle in Ordnung zu bringen, dies innerhalb eines Zeitraums von acht Wochen nach englischer Auffassung erfolgen könne und dass man aus dieser Überlegung auch wiederholt in Besprechungen mit uns zum Ausdruck gebracht hat, dass man der Meinung sei, dass an dem Termin, an

---

[62] Gemeint ist der Untersuchungsbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission (Druck in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE S. 129–159); über ihn beriet derzeit die alliierte Botschafterkonferenz und darüber, welche Auflagen Deutschland noch zur Erfüllung seiner Abrüstungsverpflichtungen aufgetragen würden.

[63] Diese „Privatunterhaltungen“ konnten nicht ermittelt werden.

dem spätestens die Ruhr geräumt werden muss[64], auch die Räumung der nördlichen Zone, auch mit Militärbericht, mit Verhandlungen in Deutschland und mit Beseitigung der beanstandeten Dinge erfolgen könne. Niedergelegt ohne diese Zeitbestimmung ist das in dem hier wiederholten Gedanken, wir wollen räumen, wir wollen sobald als möglich räumen; um räumen zu können, stellen wir diese Forderung an die deutsche Regierung, und wenn sie diese Punkte erledigt, sind diese Dinge beseitigt; mit der Sicherheitsfrage habe das nichts zu tun.

Herr Chamberlain hat sich weiter über die Vorgeschichte unserer Anregung ausgelassen. Ich lege doch Wert darauf, das, was er gesagt hat, hier wörtlich zu zitieren, weil leider eine recht schlechte Übersetzung in die deutschen Zeitungen und auch in die Weltpresse gekommen ist und weil die französische Presse diese schlechte Übersetzung benutzt hat, um zu sagen, Herr Chamberlain hätte sich mit grosser Emphase dagegen gewandt, dass die deutsche Regierung ihm zugemutet hätte, diese ganze Sache geheim mit England hinter dem Rücken Frankreichs und der anderen Alliierten zu machen. Wie man einen Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Deutschland hinter dem Rücken Frankreichs macht, ist mir zwar an sich schon etwas unverständlich, aber die ganze Anregung hat diesen Weg gar nicht genommen, und Herr Chamberlain hat das auch gar nicht gesagt. Er hat lediglich folgendes gesagt, weil ihm Herr Sthamer erklärte, die deutsche Regierung lege Wert darauf, dass diese Anregung vorläufig geheim bleibe[65]:

Ich kann hinzufügen ...[66]

messe ich ihnen eine grosse Bedeutung bei.

Ich bemerke dabei, dass wir bezüglich unserer Demarche in Paris insofern in einer sehr schwierigen Situation waren, als Herr v. Hoesch ungefähr vier Wochen krank gewesen ist und wir immer warteten, dass er selbst in der Lage wäre, die erste Unterredung mit Herriot zu haben. Da das nicht ging, haben wir nachher Herrn v. Forstner[67] zu Herrn Herriot schicken müssen und haben erst in der zweiten Unterredung[68]

---

[64] Am Rande der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 11) hatte Herriot am 16. August 1924 zugesagt, das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres militärisch räumen zu lassen.

[65] Vgl. die Weisung Chamberlains an D'Abernon vom 30. Januar 1925 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 293–296).

[66] Hier folgt in der Vorlage von unbekannter Hand „Bitte einfügen!". – Auf dem entsprechenden Blatt ist ein größerer Zwischenraum freigelassen. Offenbar sollte für Stresemanns Rede im Ausschuß das betreffende Zitat Chamberlains eingefügt werden.

[67] So in der Vorlage. Gemeint ist Dirk Forster (1884–1973), deutscher Gesandtschaftsrat in Paris 1921 – April 1925.

[68] Am 17. Februar 1925 (vgl. oben Anm. 57).

Herrn v. Hoesch zur Verfügung gestellt.

Herr Chamberlain teilt weiter mit, dass er Einzelheiten unserer Anregung auch jetzt noch geheimhalten müsse. Er äussert sich aber dann über die Bedeutung der deutschen Anregung. Ich halte gerade nach dem, was ich vorhin über seine Gesamteinstellung gesagt habe, diese Ausführungen für äusserst wichtig. Er wird von den Liberalen unterbrochen, von demselben Abgeordneten Fisher[69], der ihn auch sehr hart angelassen hat und zwar mit Recht wegen seiner Zustimmung zu der weiteren Präsidentschaft des Herrn Roult[70] im Saargebiet, worüber sich übrigen[s][71] Italien ebenfalls beschwert hat[72]. Auf eine Unterbrechung des Herrn Fisher, ob er nicht etwas Näheres über die deutschen Vorschläge sagen wolle, erklärte er folgendes:

> Ich möchte lieber nicht dazu schreiten, ein Werturteil über Vorschläge abzugeben, die der ernstesten Erwägung bedürfen, die vielleicht große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt in sich schließen und einen Ausgangspunkt für eine wahre Gesundung der europäischen Lage bilden können. Es ist noch zu früh, zu sagen, ob sie das wirklich sind oder nicht. Aber es ist für mich[73]
>
> nicht fehlen wird.

Ich darf weiter hinzufügen, daß an einer anderen Stelle Chamberlain darauf hinweist, daß England nicht lediglich aus allgemeinen moralischen Erwägungen für den deutschen Schritt einträte und ihn unterstütze, sondern weil es ihn auch als in seinem Interesse liegend fände. Er führt darüber folgendes aus:

> Es liegt nicht nur im allgemeinen Interesse der ganzen Welt[74]
>
> gleichgültig gegenüberstehen.

---

[69] Herbert Fisher (1865–1940), Mitglied im britischen Unterhaus 1916–1926 (für die Liberale Partei). – Zu seiner Frage an Chamberlain im Unterhaus am 5. März 1925 vgl. HANSARD V 181, Sp. 690–700; zusammenfassend: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 110 [Morgenausgabe] vom 6. März 1925.

[70] So in der Vorlage. Gemeint ist Victor Rault (1858–1930), französischer Politiker; Präsident der Regierungskommission des Saargebiets 1920–1926. – Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut") durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (in Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Zum Zustandekommen der Verlängerung von Raults Präsidentschaft vgl. die Aufzeichnung Köpkes vom 23. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 268–269).

[71] In der Vorlage (offenbar als Tippfehler): „übrigend".

[72] Die betreffende italienische Beschwerde konnte nicht ermittelt werden.

[73] Hier folgt in der Vorlage eine größere Lücke im Text. Offenbar sollte das Zitat Chamberlains in der Vorlage für Stresemanns Rede im Ausschuß vervollständigt werden.

[74] Hier folgt in der Vorlage von unbekannter Hand „Bitte einfügen!". Auf dem entsprechenden Blatt ist ein größerer Zwischenraum freigelassen. Offenbar sollte für Stresemanns Rede im Ausschuß das betreffende Zitat Chamberlains eingefügt werden.

Hier sind also die allerstärksten Zustimmungen zum Ausdruck gekommen, nicht nur im Interesse der allgemeinen Einstellungen, sondern auch im Interesse von Englands Sicherheit selbst.

In Frankreich ist die offizielle Zustimmung erfolgt. Die italienische Auffassung kann ich dahin kennzeichnen[75]: wir sind an dem Westpakt nicht näher interessiert, werden ihn aber gern mitmachen, lehnen im übrigen unsererseits eine Garantierung der Ostgrenzen unbedingt ab. Belgien[76]: etwas unsicher, weil es ja für Belgien immer schwierig ist, wenn die französische und die englische These nicht vollkommen übereinstimmen, jedenfalls zunächst nicht so, dass man von einer pointierten Stellungnahme sprechen kann.

Die polnische Auffassung habe ich bereits gekennzeichnet. Es ist in der Presse vorgestern durch die Telegraphen-Union[77], wie ich bemerken möchte, die Anregung gekommen, sofort die polnischen Vertragsverhandlungen[78] zu unterbrechen. Davon kann gar keine Rede sein. So wenig wie wir für alles verantwortlich sind, was in unserer Presse steht, so wenig kann man eine aussenpolitische Massnahme von dieser Bedeutung darauf gründen, daß einmal 48 Stunden lang die polnische Presse tobt und erklärt, Polen solle mobilisieren. Als man mich kürzlich gedrängt hat, was ich zu tun gedächte, weil die „B.Z." die Mitteilung brachte, alle Deutschen seien aus Rumänien ausgewiesen und bis zum Abend müsse irgendetwas von deutscher Seite geschehen, was uns Satisfaktion verschaffe, habe ich darauf hingewiesen[79], man solle abwarten, erstens, ob die Dinge richtig seien und zweitens, ob sie sich nicht beruhigen würden. Sie sehen, daß sich inzwischen die deutsch-rumänischen Verhältnisse beruhigt haben[80]. Ich bedauere, dass ein so weitverbreitetes Telegraphen-Büro an

---

[75] Vgl. den telegraphischen Bericht Neuraths an das Auswärtige Amt vom 10. März 1925 (AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 379).

[76] Entsprechende Quellen konnten nicht ermittelt werden.

[77] Die Telegraphen-Union war eine Nachrichtenagentur im Konzern Alfred Hugenbergs. Die nachfolgend angesprochene Anregung konnte nicht ermittelt werden.

[78] Gemeint sind offenbar die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, die am 3. März 1925 in Berlin aufgenommen worden waren (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 206 [Morgenausgabe] vom 4. März 1925).

[79] Im Februar 1925 hatte Rumänien für den Fall, daß seine Forderungen zur Begleichung der aus rumänischer Sicht bestehenden deutschen Verpflichtungen, darunter insbesondere zur Einlösung der von den deutschen Besatzungsbehörden im Weltkrieg in Rumänien als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegebenen Geldnoten der Banca Generala, mit Repressalien gedroht (vgl. die zusammenfassende Darstellung in SCHULTHESS 66 [1925], S. 358–359). Zu den Stellungnahmen Stresemanns zu der deutsch-rumänischen Auseinandersetzung vgl. in dieser Edition seine Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 16. Februar, im Haushaltsausschuß vom 17. Februar und erneut im Auswärtigen Ausschuß vom 18. Februar 1925.

[80] Zum Stand der deutsch-rumänischen Auseinandersetzung vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft in Bukarest vom 27. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN

tausend Zeitungen eine Notiz schickt, daß es eine Pflicht für uns wäre, in diesem Moment die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen abzubrechen, weil diese politischen Differenzen entstanden seien, von denen man noch nicht weiß, welchen Ausgang sie nehmen.

Bei dieser Gelegenheit ist die Frage aufgetaucht, wie denn ein solcher Pakt sich in die ganze Konstruktion des Völkerbundes einfügen solle, dem ja die andern Mächte angehören. Der Genfer Pakt[81] ist anscheinend dazu bestimmt, nicht zustande zu kommen, obwohl eine Anzahl von Staaten ihn bereits unterzeichnet haben, woraus man sieht, daß diese Successivgründungen auch ihre Schwierigkeiten in sich tragen. Andererseits kann ein Sicherheitspakt neben dem Völkerbund schwer von den Nationen beschlossen werden, die selbst Träger des Völkerbundsgedankens sind.

Nun ist unsere Situation gegenüber dem Völkerbund folgende: Wir haben eine Note an den Völkerbund gerichtet[82], worin wir ihm Kenntnis von unseren Schreiben an die Völkerbundsratsmächte[83] wegen unseres Eintritts in den Völkerbund und wegen der Voraussetzungen, die wir dabei geklärt sehen möchten, geben. Wir haben ihm weiter die Antworten der Völkerbundsratsmächte übersandt[84] und haben ihm, indem wir den Stand unserer Entwaffnung darlegten, gesagt: Es besteht zwischen uns die Diskrepanz, daß man auf seiten der Völkerbundsratsmächte der Meinung ist, uns zwar im Völkerbundsrat als gleichberechtigte Macht mit einem ständigen Sitz hineinzunehmen, uns aber Forderungen bezüglich einer Teilnahme an militärischer Exekutive aufzuerlegen, der wir bei dem Stand unserer Entwaffnung nicht entsprechen können.

Soviel ich weiss, steht diese deutsche Note als Punkt 1 auf der Tagesordnung der

---

POLITIK A 12, S. 311) und die darauf eingegangene Antwort aus Bukarest (ebd., Anm. 5). In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 118 (Morgenausgabe) vom 11. März 1925, wurde gemeldet, daß Rumänien jetzt das von deutscher Seite vorgeschlagene Schiedsgericht beschicken wolle, allerdings ohne von vornherein den Schiedsspruch zu akzeptieren.

[81] Gemeint ist offenbar der Pakt, der aus dem Genfer Protokoll (vgl. oben mit Anm. 9) hervorgehen sollte.

[82] Der Text der Note der Reichsregierung vom 12. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbunds u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 607 (Morgenausgabe) vom 23. Dezember 1924.

[83] Gemeint ist ein deutsches Memorandum, das Stresemann am 25. September 1924 den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates übersandte mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[84] Zu den eingegangenen Antworten vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425 mit den zugehörigen Anm.).

Völkerbundsratstagung, die jetzt in Genf stattfindet[85]. Vielleicht hat der Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond[86] in Berlin mit der Aufgabe gegolten, unsere Stellung zu sondieren. Über die Unterhaltungen, die Herr Drummond mit Herrn Staatssekretär v. Schubert[87] und mir gehabt hat, sind völlig irrige Mitteilungen in die Öffentlichkeit gekommen. Es ist ein Telegramm des Sozialistischen Parlamentsdienstes aus Genf veröffentlicht worden[88], des Inhalts, daß ich in der Unterhaltung mir Sir Eric unsere Vorbehalte bezüglich des Artikels 16[89] vollkommen zurückgezogen hätte. Man hätte sich meiner Meinung nach sagen müssen, daß, selbst wenn die deutsche Regierung im Rahmen einer neuen politischen Situation, wie sie durch den Sicherheitspakt geschaffen werden könnte, die Dinge vielleicht anders ansehe, es doch taktisch völlig unmöglich wäre, daß der Aussenminister wenige Tage, bevor eine von ihm unterzeichnete Note seiner Regierung im Völkerbund zur Beratung kommt, gewissermassen diese Note in den Papierkorb wirft und sagt: Ihr braucht sie nicht ernst zu nehmen, wir meinen das auch nicht so. Es ist leider im Gegenteil so, daß Sir Eric in einem Brief, den er an den hiesigen englischen Botschafter gerichtet hat und den dieser die Güte hatte, Herrn v. Schubert und mir zu geben[90], sich bitter darüber beklagt hat, dass der deutsche Aussenminister auf der Note der deutschen Regierung weiter bestände und ihm nicht einmal in der Frage des wirtschaftlichen Boykotts entgegengekommen wäre und davon spricht, Deutschland scheine der Meinung zu sein, der Völkerbund könne ohne Deutschland nicht leben und stelle deshalb Forderungen, die nicht erfüllbar wären.

Ich habe mit dem Generalsekretär des Völkerbundes vor allem über die Frage ge-

---

[85] Die Tagung des Völkerbundsrates fand vom 9. bis 14. März 1925 in Genf statt; vgl. dazu SCHULTHESS 66 (1925), S. 449–450.

[86] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933. – Drummond hatte Anfang März Berlin besucht und führte am 2. und 5. März 1925 Gespräche mit Stresemann und Schubert (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 324–326; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1925).

[87] Carl von Schubert (1882–1947). Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930.

[88] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch die Wiedergabe eines Artikels des „Vorwärts“ in der WIENER REICHSPOST, Nr. 66 vom 8. März 1925, S. 1.

[89] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15); Deutschland hatte u.a. in dem oben in Anm. 83 genannten Memorandum als eine der Bedingung für seinen Beitritt die Befreiung von den Verpflichtungen aus Art. 16 genannt.

[90] Vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 9. März 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 359, Anm. 5.

sprochen, die immer von der andern Seite angeschnitten wird, wir könnten keine Vorzugsstellung haben, man kenne nur gleichberechtigte Mitglieder. Ich habe ihm darauf erwidert: Das ist theoretisch sehr schön, stimmt aber praktisch nicht. In Wirklichkeit habt Ihr zweierlei Nationen in Europa, solche, die abgerüstet sind, die okkupiert sind und die unter Militärkontrolle stehen, und solche, die noch gar nicht daran gedacht haben, abzurüsten. Solange diese Ungleichheit besteht, könnt Ihr bezüglich Teilnahme an kriegerischen Dingen nicht eine Gleichheit zwischen den Nationen konstruieren. Wenn wirklich der Völkerbund sein Ziel, die Abrüstung auch bei anderen Nationen durchzuführen, einmal in die Tat umsetzen sollte, wäre eine ganz andere Situation geschaffen.

Man hat mich dann – nicht von Seiten des Sir Eric, sondern von anderer Seite – gefragt, ob das Ganze nicht Theorie wäre[91]. Ich möchte einmal in diesem Kreise ein Beispiel erwähnen, so schwierig es ist, von solchen Dingen zu sprechen. Es steht doch nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit von wenigen Jahren einmal kriegerische Differenzen zwischen Rußland und Polen vor sich gehen. Wir haben schon einmal gesehen – viele Leute erinnern sich dessen gar nicht mehr – daß Rußland Polen angriff[92], daß die Russen in Soldau waren, daß sie in Praga, der Vorstadt von Warschau, waren und wir, wenn ich nicht irre, russische Überläufer auf deutsches Gebiet hatten und uns plötzlich mitten in einer Kriegshandlung befanden. Kommen solche Dinge vor und der Völkerbund greift ein – ich will von Psychologie gar nicht sprechen –, so halte ich die Situation, daß Deutschland an einer Exekutive gegen Russland teilnehme, für vollkommen unmöglich, einmal psychologisch, zweitens materiell. Wenn man mit uns sogar darüber hadert un[d][93] streitet, ob wir Gasmasken als Verteidigungsmittel für Soldaten anfertigen können, die in den Krieg gehen sollen, wie kann man dann verlangen, daß diese technisch modern gar nicht bewaffnete Armee bei einer militärischen Exekutive irgendeiner anderen gleichgestellt wird!

Nun darf ich darauf hinweisen, daß man anscheinend nach einer Formel sucht, um diesen Bedenken, die man nicht wegdisputieren kann, gerecht zu werden, und anscheinend versucht, entweder im Genfer Protokoll, wo es heisst: Es soll auf die

---

[91] Offenbar bezieht sich Stresemann auf sein Gespräch mit D'Abernon vom 9. März 1925 (ebd., S. 358–360).

[92] Dies und das Folgende bezieht sich auf den polnisch-sowjetischen Krieg und dort auf Ereignisse des Jahres 1920. Zur deutschen Haltung in diesem Krieg vgl. die einschlägigen Quellen ebd., A 3; insbesondere zur Erklärung der deutschen Neutralität: S. 491.

[93] In der Vorlage, offenbar als Tippfehler: „uns".

geographische Lage der Länder Rücksicht genommen werden, die sich an einer solchen Exekutive beteiligen, nun hinzufügt: auch auf den Stand und Grad ihrer militärischen Entwaffnung, daß man sich andererseits mit dem Gedanken beschäftigt, zu sagen: ultra posse nemo obligatur: niemand kann zu Dingen gezwungen werden, die auszuführen er nicht imstande ist, und daß man das speziell auf Deutschland abstellen will. In der Beziehung sehen wir Anregungen entgegen.

Wenn man uns eine Umschreibung gibt, die uns in Wirklichkeit von dem Artikel 16 freimacht, ist es mir gleichgültig, ob man den Wortlaut wählt: der Artikel findet auf uns keine Anwendung, oder ob man in Wirklichkeit uns die Garantie gibt, daß er keine Anwendung findet. Aber praktisch muss uns die Sicherheit gegeben werden.

Die Formel, die ich nannte, deckt aber das zweite nicht, was ich für das Schlimmste halte, was uns passieren könnte. Das wäre der Durchmarsch: Ein Durchmarsch – wenn Sie den ebengenannten Fall annehmen – zu Hilfe der beiden kriegführenden Mächte durch Deutschland wäre heute gleichbedeutend mit der Aufreissung aller Leidenschaften in Deutschland und mit Verhältnissen, für die ich die Verantwortung nicht übernehme.

Wir haben auf den Präzedenzfall mit der Schweiz[94] hingewiesen und haben gefragt: Warum macht Ihr bei der Schweiz die Ausnahme, daß sie keinen Durchmarsch leiden darf, daß sie kein Teilnehmer der Exekutive ist? Darauf erwiderte man uns: Die Schweiz ist ein kleines Land; ob das draussen ist oder nicht, ist nicht so bedeutsam; Deutschland ist aber eine Großmacht; wenn Deutschland draussen bleibt, ist das ein Riss innerhalb der gemeinschaftlichen grossen, zunächst moralisch gedachten Abwehraktion. Ich habe darauf erwidert: Was die militärische Situation betrifft, ist die Schweiz eher eine Grossmacht als wir; die Schweiz ist ganz anders in der Lage, sich technisch zu bewaffnen, als wir. Wir können das also, wenn Ihr militärisch denkt – und es handelt um einen militärischen Pakt – uns gegenüber nicht geltend machen. Man hat mir darauf erwidert: Die Schweiz hat sich bereit erklärt, ihre Grenzen zu verteidigen. Ich muss gestehen, es ist doch selbstverständlich, dass, wenn im Verlaufe irgendeiner Konflagration jemand unsere Grenzen überschreitet, wir dann in unserm eigenen Interesse die Grenzen mit allen Kräften, die wir haben, verteidigen. Das ist ein Zugeständnis, das, weil es selbstverständlich ist, durchaus von uns gegeben

[94] Am 13. Februar 1920 hatte der Völkerbundsrat für den Fall des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund die Anerkennung von deren ewiger Neutralität (und damit den Dispens von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Völkerbundssatzung) erklärt (vgl. SCHULTHESS 61,2 [1920], S. 394) und so den im gleichen Jahr erfolgenden Beitritt ermöglicht.

werden könnte.

Schliesslich weist man darauf hin, die Schweiz habe wenigstens zugestanden, sich am wirtschaftlichen Boykott zu beteiligen. Auch diese Frage – ich muss sie unter den Gesichtspunkt unserer sehr unglücklichen geographischen Lage ansehen – kann für uns die Gefahr in sich bergen, dass eine Teilnahme Deutschlands auch nur am Boykott gegenüber einem andern Lande zur Kriegserklärung dieses Landes an Deutschland führt. Denn wenn ich einem Lande gegenüber erkläre, ich liefere dir nichts und lasse deine Waren nicht in mein Land hinein, so ist das unzweifelhaft ein berechtigter Kriegsgrund, und gegenwärtig sind wir nicht in der Lage, unsere Grenzen auch nur gegen einen mittleren Staat zu verteidigen. Die polnische, die tschechoslowakische und andere Armeen sind weiter stärker als die unsrige.

So haben wir uns auf den Standpunkt gestellt: Es ist Eure Aufgabe im Völkerbund eine Form zu finden, um der ganz speziellen Lage Deutschlands angesichts des Standes seiner Entwaffnung gerecht zu werden, wenn Ihr die Mitwirkung Deutschlands im Völkerbunde wünscht. Ich nehme an, dass sich vielleicht in derselben Stunde, in der wir hier sind, der Völkerbundsrat mit dieser Frage beschäftigt, und dass man jetzt anscheinend einsieht, dass man uns die militärische Exekutive nicht auferlegen kann und sich mindestens in Einzelunterhaltungen – ich weiß ja nicht, wie weit sie sich nachher offiziell wiederholen – auf die Rückzugslinie des wirtschaftlichen Boykotts zurückzieht, den wir wenigstens anerkennen sollen. Das zeigt, daß unser Standpunkt selbst als sachlich durchaus berechtigt anerkannt worden ist und daß man auf der Gegenseite das Prestige zu wahren sucht, nicht irgendeine Vorzugsbehandlung Deutschlands eintreten zu lassen. Im übrigen sind diejenigen, die so stark von einer Vorzugsbehandlung Deutschlands sprechen – man hat sogar das Wort ausgesprochen, unsere Politik sei eine Politik der Erpressung gegenüber dem Völkerbunde, weil wir uns unentbehrlich fühlten – doch gerade die, die im wesentlichen die ganze Politik, die zum Sicherheitspakt geführt hat, ihrerseits kaputt machen wollen.

So stehen gegenwärtig die Dinge. Man hat in der Öffentlichkeit den Vorwurf erhoben, daß, mindestens nachdem Herr Herriot eine Andeutung gemacht hat und Herr Chamberlain darüber gesprochen hatte, wir auch die deutsche Öffentlichkeit früher hätten informieren sollen. Ich gebe zu, dass das einige Distanz [!] früher hätte geschehen können. Hier hat wirklich der Tod des Herrn Reichspräsidenten[95] die Lücke

[95] Friedrich Ebert (1871 – 28. Februar 1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

gerissen, die einmal in der parlamentarischen Verhandlung eingetreten ist. Ich stand auf dem Standpunkt, daß möglichst erst mit Reichsrat und Parlament gesprochen werden soll. Ich habe das selbst umstoßen müssen und habe auch vor der Presse über die Dinge soweit gesprochen, als man es der Presse gegenüber tun kann[96].

Wir haben ja wahrscheinlich Gelegenheit, diese ganze Frage auch im Plenum beim Etat des Auswärtigen Amtes zu erörtern. Ich würde es nur für richtig halten, wenn da eine Vereinbarung über den Zeitpunkt so erfolgte, daß man einigermassen übersehen kann, was jetzt in Genf geschieht.

Ob die ganzen Dinge positiv enden, weiss ich nicht. Es sind jetzt alle Widerstände losgelassen, die überhaupt dagegen losgelassen sein konnten. Aber selbst wenn gegenwärtig die Initiative der deutschen Regierung nicht zu einem praktischen Erfolg führen sollte, würde ich sie innerhalb der gesamten politischen Entwicklung nicht für falsch halten. Wir mussten uns in diese Diskussion unsererseits einschieben, wir mussten auch von uns dazu Stellung nehmen und durften nicht einfach warten, was die andern beschliessen. Fällt es jetzt daran, daß man Unerfüllbares von uns fordert, Garantierung der Ostgrenze oder andere Dinge, oder daran, daß man lieber Rheinlandpolitik mit Bedrückung des Rheinlandes treiben will als einen internationalen Sicherheitspakt, so wird, glaube ich, die Wirkung in der Weltöffentlichkeit die sein, daß man dann sehen wird, wo die wirklichen Zerstörer des Friedens von Europa sitzen.

[96] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Presse vom 7. März 1925.

## Rede auf einer Bismarckfeier der DVP in Chemnitz vom 31. März 1925[1]

Nach STRESEMANN, Politische Gedanken zum Bismarck-Gedenktage S. 3–19. – Druck auch in DEUTSCHE STIMMEN 37 (1925), S. 125–135. – Teildruck (teilweise in Paraphrase) in ZEIT, Nr. 132 (Morgenausgabe) vom 1. April 1925.

*Bismarck ist mit der Fähigkeit, seine Politik geänderten Umständen anzupassen, vorbildhaft. Verweist auf den Fortschritt in Deutschland gegenüber der Lage im Herbst 1923. Begründet die deutsche Sicherheitsinitiative vom Januar mit den damaligen außenpolitischen Bedrohungen Deutschlands. Der weitere Weg Deutschlands wird schwierig, aber er führt in eine bessere Zukunft.*

Als ich vor einem Jahre an derselben Stelle hier über Bismarck[2] sprach[3], da habe ich versucht, Ihnen ein Bild der Persönlichkeit des Altreichskanzlers zu geben, und manchem von Ihnen, die damals in diesem Saale[4] weilten, ist vielleicht der eine oder andere Strich dieses Bildes noch in der Erinnerung. Meine heutige Aufgabe kann deshalb nicht die der Wiederholung, kann nur die der Ergänzung sein. Lassen Sie mich versuchen, das, was ich damals darlegte, heute, soweit es mir möglich ist, zu vervollständigen, und gestatten Sie mir gleichzeitig, im Anschluß an das, was ich Ihnen an einem Bismarck-Abend zu sagen habe, auch an einem Deutschen Abend, den Sie gleichzeitig veranstalten[5], einiges über die Probleme der Gegenwart hinzuzufügen.

Wir lenken, gerade in dieser Gegenwart, gern den Blick in die Vergangenheit. Schließlich ist sie der einzige sichere Besitz unseres Geistes. Aber wir tun auch gut, es nicht nur deshalb zu tun, um uns der Erinnerung zu freuen an bessere, glückliche Zeiten, sondern auch, um aus ihr zu lernen. Von der Höhe in die Tiefe stürzt man nie ohne eigene Schuld. Als einst Bismarck ging, da hat ein deutscher Dichter, der so oft das Beste der Empfindungen deutschen Herzens zum Ausdruck brachte, durch des-

---

[1] Die Vorlage leitet ein: „Im Rahmen einer Bismarckfeier der Deutschen Volkspartei in Chemnitz am 31. März 1925 hat Reichsminister Dr. Stresemann folgende Rede gehalten, nachdem er bereits im Jahre 1924 an gleicher Stelle über Bismarck als Realpolitiker gesprochen hatte."

[2] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[3] Zur Rede Stresemanns auf einem Bismarck-Abend der DVP in Chemnitz vom 1. April 1924 (anläßlich der Wiederkehr von Bismarcks Geburtstag am 1. April 1815) vgl. diese Edition.

[4] Um welchen Saal es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden.

[5] Laut ZEIT, Nr. 132 (Morgenausgabe) vom 1. April 1925, beging die Chemnitzer Ortsgruppe der DVP diesen Abend als „Deutschen Abend".

sen Gedichte immer ein Zittern um die deutsche Zukunft ging, da hat Ernst von Wildenbruch[6] die Worte niedergeschrieben:

„Was wir durch Dich geworden,
Wir wissen's und die Welt.
Was ohne Dich wir bleiben,
Gott sei's anheimgestellt."

Die Abkehr von Bismarck, sein Scheiden vom Amte der auswärtigen Politik, von der er mit berechtigtem Stolze sagen konnte, daß er dreißig Jahre der Erfahrungen und des Verdienstes nicht auf irgendeinen Nachfolger vererben konnte, war der Anfang deutscher weltpolitischer Isolierung, der zu unserem Untergang führte. Und wenn wir noch verstehen wollen, verstehen können, daß Alter und Jugend sich nicht vertrugen und zwei Epochen miteinander rangen, wenn man zugestehen will, daß in den Fragen der Sozialpolitik der junge Kaiser[7] der Vorwärtsschauende und der alte Reichskanzler mehr der Rückwärtsschauende war; daß man des Rates des alten Staatsmannes sich in den kommenden Jahren großer außenpolitischer Umstellungen nicht bediente, ist mit das größte Verhängnis, das uns traf. Man kann manchmal die „Erinnerungen"[8] gar nicht lesen, die da sprechen von diesen Jahren äußeren Glanzes und inneren Zerbrechens, nicht über jenen Besuch bei Bismarck[9], wo der alte gestürzte Kanzler vergeblich immer wieder versucht, das Gespräch auf die Außenpolitik zu lenken, und wo nur Hofklatsch und Hoftratsch erzählt wird, damit Bismarck nur nicht zu Worte kommt und über das sprechen kann, was europäische Konstellation ist, und wo er dem Übermut eines jungen Herrschers, der glaubt, daß ihm nichts geschehen könne, mitten im Gespräch das bittere Wort entgegenhält: „Ja, so lange Sie diese Armee haben und diese Armee zu Ihnen hält, können Sie sich manches erlauben. Wenn es aber einmal nicht so sein sollte ...", da brach der Satz des Altreichskanzlers ab, und es war, als wenn auch ihm so wie dem Dichter, der von ihm sprach,

---

[6] Ernst von Wildenbruch (1845–1909), deutscher Schriftsteller und Diplomat. – Wildenbruchs nachfolgendes Gedicht „Dem Fürsten Bismarck. Zum 1. April 1890" im Nachgang zu Bismarcks Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt ist u.a. veröffentlicht in Ernst von Wildenbruch: Ausgewählte Werke. Bd. 1. Berlin 1919, S. 37.

[7] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918. – Divergierende Fragen in der Sozialpolitik und insb. die Fragen von Arbeiterschutz und Verlängerung des Sozialistengesetzes trugen 1890 entscheidend zu Bismarcks Entlassung bei.

[8] Gemeint sind Bismarcks Memoiren. Als kritische Edition: [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932.

[9] Zum Besuch Wilhelms II. in Friedrichsruh am 15. Dezember 1897 vgl. ebd., Bd. 9: Gespräche. Teil 3: Von der Entlassung bis zum Tode Bismarcks. Hrsg. u. bearb. v. Willy Andreas. Berlin 1926, S. 488–489.

eine bange Ahnung aufging um deutsche Zukunft. Das geradezu furchtbar Prophetische des Satzes zeigt sich wieder, wo er davon spricht, daß er nach so und so vielen Jahren als Geist einmal durch die deutschen Lande gehen möchte, um zu sehen, was aus seinem Deutschland geworden sei[10]; wenn man bedenkt, daß das Jahr, das er bezeichnete, nach der Anzahl der Jahre nach seinem Tode, von denen er sprach, das Jahr 1918 gewesen ist. Seine Staatskunst ist ein Vorbild gewesen für alle Zeit, die Lösung von dieser Staatskunst unser Verhängnis, aus ihr zu lernen unser großer Vorzug.

Bismarck der Realpolitiker, das war der Sinn meiner Darlegungen vor einem Jahre. Ich will nicht wiederholen, was ich damals sagte, aber drei Dinge kurz in Ihre Erinnerung zurückrufen: Den Bismarck in Nikolsburg[11], der kein Land haben will von Sachsen, der keinen glorreichen Einzug sehen will in Wien, der die Verständigung mit den deutschen Stämmen will, gegen die man gekämpft hat, weil er in der Gegenwart bereits die Zukunft erkannte; den Staatsmann, der da mit den Militärs kämpft, die den Sieg ausnutzen und den rauschenden Einzug in Wien haben wollen, unter den voranwehenden preußischen Fahnen. Rausch und Glanz ist nicht Inbegriff vernünftiger Außenpolitik. Inbegriff vernünftiger Außenpolitik ist, vorausschauend zu sehen, was man mit den Mitteln, die einem zur Verfügung stehen, für Gegenwart und Zukunft erreichen kann. Verzicht auf Lärm und Rausch ist oft viel nationaler als Hurraschreien, das sich als patriotische Tat hinstellt. Das ist der Mann, der sich dagegen wehrt, sich vom Augenblick des Sieges zu einer falschen Politik der Zukunft führen zu lassen, der mit seinem König[12] ringt, der sich nicht scheut zu erzählen, daß ein Weinkrampf ihn befiel nach der Auseinandersetzung mit seinem königlichen Herrn, der in diesem Ringen mit seinem König und Herrn erklärte, daß der der beste Monarchist ist, der der Monarchie nicht schmeichelt, sondern den Mut hat ihr entgegenzutreten, wenn er sie auf falschem Wege erkennt. Vergeblich sucht das geistige Auge einen Augenblick in den späteren Zeiten, wo in ähnlicher Weise ein Staatsmann mit dem Enkel des alten Königs gerungen hätte. Wir sehen den Bismarck, der am 18.

[10] Die betreffende Aussage Bismarcks konnte nicht ermittelt werden.

[11] Zu Bismarcks eigener Darstellung über die Auseinandersetzungen in Nikolsburg 1866 mit Wilhelm I. und den preußischen Militärs über die Frage zusätzlichen Territorialerwerbs vgl. [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932, S. 276–280.

[12] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888 u. Deutscher Kaiser 1871–1888.

Januar den Kampf führt um die Grundlagen des Deutschen Reiches[13], den Mann und genialen Kompromißpolitiker, dem es nicht darauf ankommt, Preußens Macht im Stimmverhältnis des Bundesrates zu vergrößern, der die Frage, ob der preußische König den Titel Deutscher Kaiser oder Kaiser von Deutschland führen solle, als vollkommen nebensächlich ansieht und dem es nur darum zu tun ist, das Ganze zu einen und auf einen vernünftigen Ausgleich der Interessen des Reiches hinzuwirken. Wir sehen den Mann auf der Höhe seiner Erfolge in der Zeit, in der die Wilhelmstraße[14] die Geschichte der Welt maßgebend beeinflußt, wie er von schlaflosen Nächten erzählt, wo ihn der Alpdruck quälte, daß sich eine Koalition gegen Deutschland bilden könnte, die seinem Vaterland gefährlich werden könnte[15]. Wir sehen den Mann, der mit Österreich und Italien sich verbündet[16], der den Rückversicherungsvertrag mit Rußland hat[17], hinter dem die stärkste Armee der Welt steht und der nicht deshalb übermütig wird, sondern nur Sorge hat, daß andere Koalitionen stärker werden könnten als die seine. Wir fragen uns wohl, ob derselbe Mann, der auf der Höhe seiner Macht stand, die nie wieder in der Welt so vereinigt war wie damals, hätte zu denjenigen gehören können, die nur von Revanche reden. Nein, er war ein ganz kühler, abwägender Mann, der die Kräfte ansah, die gegeneinander standen, der daraus seine Folgerungen zog und der im übrigen als Christ den Frieden so liebte, daß die Welt es ihm dankt, daß sie ein halbes Jahrhundert den Frieden genossen hat, dieselbe Welt, die ihn so oft nur als Eroberer, nur als den Mann in den Kürassierstiefeln sehen will, während er gleichzeitig der Mann ist der feinsten Rücksichtnahme, wenn die Politik es erforderte. Ich finde, wir sehen Bismarck als Staatsmann und als Menschen oft falsch durch unsere Schulerziehung. Er wurde uns gezeigt wie ein Halbgott, der immer von Erfolg zu Erfolg schritt, und in Wirklichkeit ist er ein Mensch gewesen, der ein Leben voller Kämpfe geführt hat, nicht nur in den Jahren 1870/71[18], sondern auch nachher nach außen und innen: Kampf gegen politische und Hofintri-

[13] Zu Bismarcks eigener Darstellung über die Auseinandersetzung mit Wilhelm I. über den Kaisertitel im Vorfeld der Proklamation vom 18. Januar 1871 vgl. ebd., S. 324–329.

[14] Die Berliner Wilhelmstraße als Sitz zentraler preußischer und Reichsbehörden und insbesondere des Reichskanzleramts steht hier als Ausdruck für die preußische und deutsche Politik.

[15] Zum vom russischen Botschafter Schuvalov Bismarck nachgesagten und von ihm aufgegriffenen „cauchemar des coalitions“, der Furcht vor einer antideutschen Allianz der übrigen Großmächte, vgl. etwa ebd., S. 394 u. 400.

[16] Text des deutsch-österreichisch-italienischen Dreibundvertrags (durch den italienischen Beitritt zum deutsch-österreichischen Zweibund von 1879) vom 20. Mai 1882 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 160, S. 237–247.

[17] Text des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags vom 18. Juni 1887 ebd., Bd. 169, S. 317–325.

[18] Gemeint ist die Zeit des deutsch-französischen Krieges.

guen, Kampf mit seinem königlichen Herrn, dem er in Ergebenheit diente, dem er aber auch in derselben Ergebenheit opponierte, Kampf mit dem Parlament, Kampf im engsten Kreis der Familie, wie wir aus erschütternden Dokumenten über die große Tragik des Lebens seines Sohnes Herbert[19] wissen. Immer aufgerieben, entsprechend dem Worte Goethes[20]: „Alles geben die Götter, die Unendlichen, ihren Lieblingen ganz. Alle Freuden, die unendlichen, alle Schmerzen, die unendlichen, ganz." Mich dünkt, wenn wir der Jugend, die heranwächst, zeigten wie dieser Mann sich hat durchsetzen müssen, wir zeigten ihnen ein besseres Bild seines wirklichen Lebens, als wenn wir nur die großen Konturen zeigen. In ihm lebte der Dämon der Leidenschaft, er hat selbst davon gesprochen, daß er unter seinen seelischen Bewegungen gelitten hat[21]. Er liebte und er haßte, wie nur ein Mensch hassen kann, und er hat davon gesprochen, daß er ganze Nächte gehaßt hätte gegen seine Feinde[22]. Er war im Lieben und im Hassen ein voller Mensch, Faust und Mephistopheles[23] in einer Person. So wie Goethe seinen Faust nicht geschrieben hat als Inbegriff dessen, daß der Mann, dessen Namen der Titel trägt, etwa seine Seele widerspiegele, sondern, daß in jedem Menschen der Kampf der beiden Gewalten, des Hellen und des Finsteren, sich abspiegelt. Es gibt eine wunderbare Studie von Professor Marcks[24] über Goethe und Bismarck. Nie ist mir bei allem, was diese Menschen trennt, mehr zur Empfindung gekommen als in dem, was über ihr Gegenspiel, über ihr Inneres in diesem Aufsatz gesagt worden ist. Ich finde gerade das Menschliche an ihm groß.

Wir sehen Bismarck als den Deutschen, der die Natur liebt, so wie Sie ihn hier

---

[19] Herbert Fürst von Bismarck (1849–1904), Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 1886–1890. – Was Stresemann konkret mit den „erschütternden Dokumenten" und der „großen Tragik" meint, kann nicht eindeutig beantwortet werden; möglicherweise bezieht er sich auf das von seinem Vater erzwungene Ende einer Liebesaffäre Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts oder auf den freiwilligen Abgang als Staatssekretär – und damit Verzicht auf eine eigene Karriere – nach der Entlassung des Vaters 1890.

[20] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgende Gedicht Goethes aus einem Brief vom 17. Juli 1777 an Gräfin Auguste zu Stolberg (hier mit kleinen Abweichungen zitiert) ist gedruckt in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 1. 16. Aufl. München 1996, S. 142.

[21] Der genaue Bezug konnte hier nicht ermittelt werden.

[22] Das entsprechende Zitat wird u.a. in der Form „Er habe ‚die ganze Nacht gehaßt'" von Bismarcks Arzt Ernst Schweninger überliefert (E. Schweninger: Blätter aus meiner Erinnerung. In: Erinnerungen an Bismarck. Aufzeichnungen von Mitarbeitern und Freunden des Fürsten [...]. [Hrsg. v.] Erich Marcks u. Karl Alexander v. Müller. 6. Aufl. Berlin/Leipzig 1924, S. 176–222; das betr. Zitat: S. 216).

[23] Faust und Mephisto(pheles) sind die Hauptfiguren in Goethes 1808 veröffentlichter Tragödie „Faust" (Text u.a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 10–145).

[24] Es gibt mehrere Aufsätze bzw. veröffentlichte Vorträge von Erich Marcks zu diesem Thema; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf Erich Marcks: Goethe und Bismarck. Festvortrag, gehalten in der 26. Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft in Weimar am 3. Juni 1911. Weimar 1911.

dargestellt haben, wie ein Wotan[25], der durch die deutschen Wälder geht, demütig gegen Gott, mit berechtigtem Stolz gegen seine Mitmenschen, monarchistisch bis auf die Knochen, aber wenn es sein muß, auch Seiner Majestät getreuester Opponent. Im Jahre 1884 sah sich Bismarck zu einer Eingabe an seinen König veranlaßt, die den uns seltsam anmutenden Inhalt hat[26]: „Majestät müssen durchaus darauf halten, daß Allerhöchst Ihre Minister mehr Sekt trinken. Ohne eine halbe Flasche Crément[27] im Leib dürfte mir keiner dieser Herren ins Conseil kommen. Dann wird unsere Politik bald eine respektablere Farbe annehmen.“ Das kann nur ein Mann schreiben wie er. Einmal der Gedanke, die Leute sollen ihm folgen, sollen nicht dahindösen und nicht dahindusseln, sondern sollen sich einmal selbst emporschwingen zu Gedanken der Phantasie über Zukunftsmöglichkeiten. Das alles in die rein deutsche und nicht schlechteste Auffassung gekleidet, daß der Herrgott den Wein nicht hat wachsen lassen, damit der Mensch ihn verachte, was weder Luther[28] noch Goethe noch Bismarck getan haben – und es sind nicht die schlechtesten Menschen gewesen, die diesem Wahrspruch gefolgt sind. Aber von Bismarck, dem Menschen ist unendlich viel gesprochen worden; er steht vor Ihren Augen wie vor jedem, der sich mit deutscher Geschichte beschäftigt hat.

Auch über den Abschnitt seines Kampfes als Politiker lassen Sie mich etwas sagen, vielleicht deshalb, weil es nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart eine gewisse Bedeutung hat. Gegen nichts hat Bismarck als Staatsmann mehr kämpfen müssen als gegen den Vorwurf der Grundsatzlosigkeit. Immer wieder richtete sich die Waffe des Spottes gegen seine Gegner. Im Jahre 1891 sagte er ihnen[29]: „Wenn ich mit Grundsätzen durch das Leben gehen soll, so käme ich mir vor, als wenn ich einen engen Waldweg gehen sollte und müßte eine lange Stange im Munde halten.“ Man machte ihm den Vorwurf, er sei Opportunist, er halte es mit de-

[25] Wotan (oder Odin) ist der Hauptgott der nordischen Mythologie; was Stresemann mit der Darstellung Bismarcks als Wotan meint (möglicherweise eine Bühnendekoration), konnte nicht ermittelt werden.

[26] Tatsächlich schrieb Bismarck das Nachfolgende in einem Brief an Leopold von Gerlach vom 29. April 1854 ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 14: Briefe. Teil 1. 1822–1861. Hrsg. v. Wolfgang Windelband u. Werner Frauendienst. Berlin 1933, S. 354), vermutlich als fiktiven Ratschlag an König Friedrich Wilhelm IV. Daß er die betreffende Passage tatsächlich an den König geschrieben hätte, konnte nicht ermittelt werden.

[27] So in der Vorlage; gemeint ist offensichtlich „Crémant“ (französisch für Schaumwein oder Sekt).

[28] Martin Luther (1483–1546), deutscher Reformator.

[29] Das nachfolgende Zitat ist u.a. überliefert bei Paul Liman: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Neue vermehrte Volksausg. Berlin 1906, S. 253.

nen, die gerade nützlich erschienen. Bismarck sagt[30]: „Was ist denn ein Opportunist? Es ist ein Mann, der die günstigste Gelegenheit benutzt, um das durchzuführen, was er für nützlich und zweckmäßig hält, und das ist eben die Aufgabe der ganzen Diplomatie.“ Man greift ihn an und sagt, seinen politischen Handlungen fehle die Konsequenz. Er erwiderte dem Angreifer, es war der Abgeordnete Eugen Richter[31]: „Konsequenz ist für uns Staatsmänner um so leichter, je weniger politische Gedanken jemand hat. Wenn er nur einen hat, dann ist das Konsequenz. Und wenn er ihn immer wieder vorbringt, dann ist dies eben unbedingt seine Konsequenz.“ Sie können dauernd sehen wie er sich gegen die Auffassung politischer Kinder verwahrt, die da meinen, daß die ganze Welt sich umstürzen lasse, daß aber der Mensch auf seinem Standpunkt bleiben müsse. So sagt er einmal[32]: „Ich habe die Berechtigung, meine Meinung zu ändern, denn ich gehöre zu den Leuten, die darauf Wert legen, mit der Zeit etwas zu lernen, und ich habe mich niemals gescheut, eine Meinung zu ändern, wenn die Umstände mich nötigten.“ Ein anderes Mal sagte er[33]: „Wenn das Wohl des Ganzen es erheischte, habe ich mich nicht besonnen, meine subjektive Meinung zu opfern und meine frühere Meinung zu berichtigen. Ich bin stolz darauf, es getan zu haben. Ich werde keinen Augenblick anstehen, den Weg, den ich für irrtümlich erkenne, zurückzugehen und meinen Irrtum einzugestehen, wenn es im Interesse des Landes erforderlich ist.“ Schließlich sagte er am Schluß einer großen Auseinandersetzung über diese Frage[34]: „Ich kann nicht alle Jahre, alle Tage und in jedem Moment wie ein theoretischer Narr dasselbe tun.“ Sie sehen, in dieser seiner Auffassung eigentlich den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der allgemeinen Auffassung deutscher Politik und wirklicher Staatskunst. Für den Deutschen ist meist die Politik ein Dogma und er wünscht, daß es in festen Formen niedergelegt werde. Dann läßt er es erstarren. Dann kommt er nicht davon los, betrachtet es als Religion,

---

[30] Das nachfolgende Zitat entstammt der Rede Bismarcks im Preußischen Landtag vom 21. April 1887 ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 13: Reden 1886 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 298).

[31] Eugen Richter (1838–1906), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches 1867–1906 (für die Fortschrittspartei bzw. die Freisinnige Volkspartei). – Das nachfolgende Bismarck-Zitat entstammt (leicht abgewandelt) ebenfalls der in der vorangegangenen Anm. erwähnten Rede vom 21. April 1887.

[32] Das nachfolgende Zitat konnte nicht ermittelt werden.

[33] Ein Teil des nachfolgenden Zitats entstammt der Reichstagsrede Bismarcks vom 21. Februar 1879 ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 12: Reden 1878 bis 1885. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1929, S. 22). – Möglicherweise verbindet Stresemann an dieser Stelle zwei oder mehr verschiedene Bismarck-Zitate.

[34] Das nachfolgende Zitat konnte nicht ermittelt werden.

und wenn ein halbes Jahrhundert vergeht, und man sieht, daß alles, was Marx[35] über Association des Kapitals gesagt hat und über die Verelendung und Aussaugung der Bauern, falsch ist, daß die Zahl der Bauern sich vermehrt und der Großgrundbesitzer zurückgeht, so ändert das nichts an der Tatsache. Was im Dogma steht muß geglaubt werden. Wer der Meinung ist, daß die Welt sich geändert hat und der Standpunkt geändert werden muß, der ist ein Opportunist und ein grundsatzloser Politiker. Wer aber in fünfzig Jahren nichts dazu lernt, das ist der klügste Mann, vor dem ein Deutscher den Hut abnimmt. Bismarck hat als bewußter Opportunist im gegeben Moment mit den gegebenen Bundesgenossen versucht, das für das Vaterland Beste und am wenigstens Schädliche zu tun, und deshalb gehört er allen Parteien und nicht einer einzigen. Deshalb hat er alle einmal in seinem Leben zurückgestoßen und ist doch über sie hinausgewachsen, deshalb hat er den Größten und vielfach Großen in der Frankfurter Paulskirche[36], die das Deutsche Reich auf Theorie und Parteidogmen aufbauen wollten, den Weg gewiesen, auf anderen Bahnen, als sie es wollten, Erfüller ihrer Wünsch zu werden, obwohl sie ihn als Gegner ansahen. Wenn etwas groß ist in der Entwicklung deutscher Innenpolitik, so ist es einmal die Stellung Bismarcks nach dem Kriege gegen Österreich gegenüber dem deutschen Parlament, ist es die Stellung dem zur nationalen Partei werdenden deutschen Liberalismus gegenüber. Er kommt als Sieger heim, hat die Armeeorganisation durchgeführt ohne die Genehmigung des Landtags, ein furchtbares Verbrechen. Er hat zwar gesiegt, das Vaterland wird groß, er sieht die deutsche Einheit in der Ferne, aber er hat die Paragraphen nicht berücksichtigt, die in der Verfassung stehen. Deshalb verdammt man ihn. Er könnte hintreten vor das Parlament als ein Diktator und sagen, ich habe Recht gehabt und kümmere mich infolgedessen nicht um die Dinge, aber er erklärt[37]: „Ich mußte es tun, auch ohne Eure Genehmigung. Nun, da Ihr einseht, daß es zum Guten gediehen ist, nun gebt mir nachträglich die Indemnität, nachträgliche Genehmigung für das, was ich verfassungsmäßig getan habe.“ In dieser Rede kommt ein

[35] Karl Marx (1818–1883), deutscher Philosoph und Gesellschaftstheoretiker. – Die nachfolgenden Thesen Marx' sind von Stresemann wohl aus dessen Hauptwerk, dem 1864 bis 1897 in drei Bänden erschienenen „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“, entnommen.

[36] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[37] Bismarck hatte sich und seiner Regierung im September 1866 nach dem Sieg im vorangegangenen Krieg vom preußischen Abgeordnetenhaus Indemnität gewähren lassen für die zurückliegenden Jahre, in denen infolge des Verfassungskonflikts mit der Kammer ohne gültig zustande gekommenen Haushalt regiert worden war. – Die im Folgenden zitierten Bismarck-Worte konnten in dieser Form nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch seine Rede im Preußischen Abgeordnetenhaus vom 1. September 1866 zur Begründung der Indemnitätsvorlage ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 10: Reden 1847 bis 1869. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1928, S. 278–279).

wundervoller Satz der Versöhnung vor, der vielleicht auch manche Leute veranlassen könnte, in der Gegenwart einmal darüber nachzudenken, ob man Außenpolitik lediglich vom Standpunkt des Tages aus beurteilen kann, als er seinen außenpolitischen Gegnern sagte: „Ich nehme es Ihnen nicht übel, daß Sie gegen mich gestimmt haben, denn Sie wußten ja nicht, worauf ich hinauswollte, und ich war nicht in der Lage, es Ihnen zu sagen.“ Damals bildete sich die nationalliberale Partei, die den Mann weiter deckte, der den Verfassungsbruch begangen hat, als Trägerin der Indemnität. Sie sah in diesem Mann den großen Staatsmann. Die Namen Bennigsen[38] und Bassermann[39] klingen seitdem durch alle die geschichtlichen Zeiten hindurch bis zu ihrem Tode. So ist sein Leben kämpfend und strebend dahingegangen.

Zwei Künstler haben ihn dem deutschen Volke am nächsten gebracht: Lenbach[40] und Lederer[41]. Der eine hat ihn uns nicht in höfischem Prunk gezeigt, nicht in militärischem Glanz, sondern als den Wanderer durch den Sachsenwald. Der andere hat ihn gemeißelt in dem Denkmal, das ich als das schönste finde, in dem Bismarckdenkmal in Hamburg, wo in wundervoller Weise eine Aufgabe gelöst ist, einem Menschen, den noch viele lebend gekannt haben, die lebenden Züge zu geben und gleichzeitig das Sagenhafte anzudeuten, das einst nach Jahrhunderten das Haupt dieses Mannes umschweben wird. Es ist Bismarck, wie ihn die lebende Generation kannte, und es ist der ragende Roland in der als sagenhafte Figur erscheinenden Masse. Wir wollen seine Erinnerung in uns aufnehmen in aller Größe und wollen von ihm lernen für eine trübe Gegenwart, damit sie die Grundlage für eine bessere Zukunft werde.

Lassen Sie mich diesen wenigen Worten einen zweiten Gedankenkomplex anfügen. Geht unsere Politik den rechten Weg? Ihr Herr Vorsitzender[42] hat vorhin in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß wohl Zweifel sich regen, daß viele die Wege nicht verstehen, die wir gehen. Als ich vor einem Jahre vor Ihnen sprach, da war diese Rede von mir nicht nur als eine Bismarck-Erinnerungsrede gedacht. Sie

---

[38] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[39] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

[40] Franz Ritter von Lenbach (1836–1904), deutscher Maler. – Lenbach malte zahlreiche Bismarck-Porträts, darunter mehrere, die Bismarck mit Hut und Stock zeigen. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eines dieser Bilder, die – häufig als Druck oder Stich – weite Verbreitung fanden.

[41] Hugo Lederer (1871–1940), deutscher Bildhauer. – Nach seinem Entwurf von 1902 wurde bis 1906 das monumentale Denkmal in Hamburg errichtet, das Bismarck als Roland darstellte.

[42] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

sollte durch den Hinweis auf die Vergangenheit auch auf die Gegenwart wirken. Wir standen damals im Anbeginn jener Politik, die später zu dem sogenannten Dawes-Abkommen führte, zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz[43]. Welche Angriffe hat diese Außenpolitik erfahren, zunächst weil sie eingeleitet wurde durch einen Beschluß des Kabinetts, den Sachverständigenbericht anzunehmen als Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage[44], ohne daß der Reichstag seinerseits zugestimmt hatte. Man sah das als einen Schlag gegen den Geist der Demokratie an, sah es so an bis in die Kreise der Rechten hinein. Ich möchte denen, die so kritisieren, nur einmal sagen: Ihr ruft immer nach Führern, wenn sie Euch aber führen wollen, dann verlangt Ihr, daß sie erst fragen, ob die Mehrheit auch hinter ihnen steht. Im gegebenen Moment wird die Demokratie gegen den eigenen Minister ausgespielt, und doch sind es immer nur Männer, die den Mut haben, die Verantwortung auf sich zu nehmen, ohne daß sie erst Hinz und Kunz fragen. Als wir damals nach London gingen[45], was haben wir da nicht alles gehört. Hochverräter war das Mindeste. Dieser Ausdruck ist ja jetzt auch so abgestumpft, daß man vor dem Gericht in Freiburg nur 160 Mark bezahlt, wenn man den Außenminister Hochverräter nennt[46]. Er ist also sehr billig. Man hat uns vor den Staatsgerichtshof stellen wollen. Bald verlangt es Herr Zeigner[47], bald verlangt es Herr Claß[48] vom Alldeutschen Verband. Aber die Menschen, die da glauben, andere Menschen damit zu schrecken, möchte ich einmal bitten, zurückzudenken an die leidenschaftlichen Kämpfe gegen die Londoner Vereinbarungen und wie viele sind nachher vom Saulus zum Paulus[49] geworden. Wie

[43] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[44] Das Kabinett hatte bereits bei seinen ersten beiden Befassungen mit den Sachverständigen-Gutachten am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 546–548 u. 552–554).

[45] Gemeint ist die Teilnahme an der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 43), zu der die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen wurde.

[46] Welcher der zahlreichen Beleidigungsprozesse, die Stresemann als Außenminister anstrengte, hier gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[47] Gemeint ist vermutlich Erich Zeigner (1886–1949), sächsischer Ministerpräsident (SPD) 21. März – 29. Oktober 1923. – Seine hier angesprochene Forderung konnte nicht ermittelt werden.

[48] Heinrich Claß (1868–1953), Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes 1908–1939. – Seine hier angesprochene Forderung konnte nicht ermittelt werden.

[49] Die Redewendung bezieht sich auf das in der Apostelgeschichte beschriebene „Damaskuserlebnis“, durch das der Christenverfolger Saulus zum christlichen Apostel Paulus geworden sein soll.

viele haben mit ihrer Stimme dazu beigetragen, daß die Vereinbarungen Gesetz wurden[50]. Wohl haben diese Vereinbarungen keine Endlösung deutscher Reparationsverpflichtungen gebracht, aber sie haben die Atempause in dem Kampf um die deutschen Leistungen gebracht; sie haben uns dadurch die Möglichkeit gegeben einer Grundlage für die deutsche Wirtschaft, für die deutsche Finanzpolitik. Es ist besser, Gewißheit zu haben über das, was zu leisten ist, als daß die Ungewißheit über die Höhe des von mir Verlangten meine ganze Initiative lähmt, weil sie mich nicht dazu bringt, überhaupt eine Grundlage zustande zu bringen. Wir haben weder die deutsche Reichsbahn preisgegeben[51], wie es hieß, noch das Reich verraten. Gewiß haben wir eine Einbuße an Souveränität erlitten auf vielen Gebieten. Aber die große Souveränität an Rhein und Ruhr, die damals drohte, die Gebiete von uns zu reißen, die des Deutschen Reiches wertvollste Edelsteine sind, ist zum großen Teil wieder eingeholt worden.

Man nennt mich oft den unverbesserlichen Optimisten. Ich bekenne mich dazu, Optimist zu sein. Wenn ein deutscher Außenminister in dieser Gegenwart nicht Optimist wäre, würde er vielleicht überhaupt daran verzweifeln, die deutsche Außenpolitik führen zu können. Wenn ich abseits von allem Optimismus Sie bitte, zu bedenken wie die Dinge im Oktober 1923 standen, dann frage ich jeden von Ihnen, der diese Zeit wachend mit erlebt hat, ob er nicht sieht, daß Deutschland vorwärtsgekommen ist. Wer damals am Steuer des Reiches stand, als in Sachsen und Thüringen der Kommunismus in die Regierungen einzudringen suchte und von hier aus das Reich zu unterwühlen trachtete[52], während von München aus Herr Hitler[53] den Marsch nach

---

[50] Stresemann bezieht sich auf die Reichstags-Abstimmung vom 29. August 1924, in der die notwendigen deutschen Ausführungsgesetze angenommen wurden, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedurfte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[51] Die Reichsbahn wurde in Erfüllung des Dawes-Plans als Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen in eine Aktiengesellschaft unter internationaler Beteiligung umgewandelt.

[52] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Neben Sachsen war auch in Thüringen die Reichswehr einmarschiert, und zwar am 5. November 1923, um Aufstände zu verhindern, die aus der Regierungsbeteiligung der KPD und deren Aufruf zur Bildung bewaffneter Verbände drohten; unter dem dadurch aufgebauten Druck traten die kommunistischen Minister am 12. November 1923 aus der Regierung

Berlin anbefahl und alle subversiven Kräfte sich zusammenfanden, ohne sich darüber klar zu sein, daß sie das Reich dadurch gefährdeten, eine Zeit, in der mehr als einmal darüber an den Grenzen von unseren Nachbarn nachgedacht wurde, ob man nicht nach Deutschland einmarschieren könnte, um „Ordnung zu schaffen", als die Menschen am Sonnabend ihren Lohn bekamen und am Dienstag nichts mehr in den Händen hatten[54], und wenn Sie sehen, was wir jetzt haben, dann müssen wir doch ehrlich sagen, daß wir ein Stück vorwärtsgekommen sind. Wenn man dann den Finanzminister schilt, der heute Kanzler[55] ist, und andere, daß sie in rigoroser Weise Maßnahmen getroffen haben, die in das Eigenleben und die eigenen Interessen des einzelnen tief einschneiden, so sind diese Klagen gewiß berechtigt. Vielfach ist über das Maß des Erträglichen hinausgegangen worden. Aber wer damals die Verantwortung für die neue Währung[56] hatte und sich sagte, daß das Ende da ist, wenn wir sie nicht auf alle Fälle stützen, der hatte die Pflicht und kann es vor seinem Gewissen verantworten, lieber in den Anforderungen an das Volk zu weit gegangen zu sein, als wenn er dem Volke geschmeichelt und damit neues Elend und ein neues Währungschaos über unser Volk gebracht hätte. Ob ein Weg, den man geht, richtig ist oder nicht, das wird erst aus der Entfernung sichtbar, wenn man die Folgen sieht. Gewiß, es ist gerade gegenwärtig äußerst schwer, mit einem Gefühl des starken Optimismus von unserer Entwicklung zu sprechen. Jener inneren Konsolidierung, jener

---

aus (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 966–968; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 502; SCHULTHESS 64 [1923], S. 211 u. 216).

[53] Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler, ab 1934 mit dem Titel „Führer und Reichskanzler", 1933–1945. – Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[54] Gemeint sind die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[55] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[56] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

Entspannung, die die Londoner Vereinbarungen brachten, folgten die Schwierigkeiten in jenen Dezembertagen des vorigen Jahres, in denen es klar wurde, daß wir vor neuen, schweren Entscheidungen standen.

Es geht im Leben der Völker wie im Leben der Menschen. Es gibt kein Ausruhen vom Kampfe. Es gibt nur einen dauernden Kampf zur Erreichung des Zieles. Damals kam so etwa alles zusammen, was uns um die deutsche Freiheit im Westen hätte bringen können: Nichträumung der nördlichen Zone[57], begründet mit angeblichen deutschen Verfehlungen gegen die uns auferlegten Abrüstungsbestimmungen[58], der Beschluß des Völkerbundes, den man das Investigationsprotokoll[59] nennt, der darauf hinausgeht, auf unbestimmte Zeit im Rheinland über die entmilitarisierte Zone Kontrolleinrichtungen zu schaffen. Es kam hinzu das nach aller Auffassung beinahe perfekte Bündnis zwischen England, Frankreich und Belgien gegen Deutschland[60], der Dreimächtepakt, der die alte Entente neu zusammenschweißen sollte. Es kam hinzu, daß die Ablehnung des Genfer Protokolls[61] durch England unter einem neuen Kabi-

[57] Laut Art. 428–429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222) sollte das linksrheinische Rheinland mit rechtsrheinischen Brückenköpfen als Garantie für die Ausführung des Vertrags für Deutschland in drei Zonen besetzt werden, die – von Norden nach Süden – nach fünf, zehn und 15 Jahren und damit endgültig 1935 geräumt werden sollten, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt" würden.

[58] Im Dezember 1924 war bekannt geworden, daß die Alliierten die nördliche der drei Besatzungszonen („Kölner Zone") nicht vertragsgemäß am 10. Januar 1925 räumen würden mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2). – Am 5. Januar 1925 wurde der Reichsregierung die Nichträumung durch eine alliierte Kollektivnote amtlich mitgeteilt und angekündigt, daß der Reichsregierung die Details der deutschen Verfehlungen später zugehen würden (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[59] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll" beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables" eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

[60] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französischen Sicherheitspaktes, ggf. unter Einschluß Belgiens, vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (ebd., A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[61] Am 2. Oktober 1924 hatten zehn Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf das „Protokoll zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen" unterzeichnet, das als Ausführung der Völkerbundssatzung gedacht war und u.a. künftig ein obligatorisches Schiedsverfahren bei Konflikten zwischen Staaten vorsah sowie jedem Mitgliedsstaat die obligatorische Verpflichtung auferlegen sollte, einem angegriffenen Völkerbundsmitglied automatisch zu Hilfe zu kommen (Text u.a. in SCHULTHESS 65 [1924], S. 464–470). Am 15. November 1924 hatte die neue britische Regierung unter Baldwin den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, die weitere Beratung des Protokolls vorläufig zu verschieben (vgl. ebd., S. 470–471). Zwischenzeitlich war von Außenminister Chamberlain deutlich bekundet worden, daß Großbritannien das Genfer Protokoll nicht ratifizieren werde (vgl. seine entsprechende Erklärung in der Unterhaussitzung vom 24. März 1925: HANSARD V 182, Sp. 307–315).

nett[62], das seine Arbeit stark auf die Erneuerung der alten Entente einstellte und die Gefahr in sich barg, daß man Frankreich für die Nichtannahme der Bestimmungen des Genfer Protokolls weitgehend Handlungsfreiheit im deutschen Rheinland gab. In diese Situation fällt nach etwa vier Wochen die viel angefeindete deutsche Initiative in der deutschen Außenpolitik, das deutsche Sicherheitsangebot[63]. Ich kann mich über seinen Inhalt und seine Tendenz nicht im einzelnen hier auslassen. Gerade in der Außenpolitik ist schweigen noch öfter Gold als reden. Ich habe seit mehr als drei Monaten, seit dem 7. Dezember[64], in keiner öffentlichen Veranstaltung gesprochen, und habe das mit Absicht nicht getan. Wenn ich Ihnen hier zugesagt habe, zu sprechen, hat mich im wesentlichen nur veranlaßt der Charakter des Abends und der Wunsch, mit den Gegenden Deutschlands den Zusammenhang nicht zu verlieren, die mir einstmals politische Heimat gewesen sind[65], in der Zeit, als ich selbst anfing, mich mit Politik zu beschäftigen, und hier wie im Erzgebirge viele treue Menschen gefunden habe, die den schweren Gang mit mir zusammen gingen.

Wenn ich heute von dem spreche, was seit jenen Dezembertagen, seit der deutschen Initiative, anders geworden ist, dann sehe ich eine starke Entspannung einer fast unbeschreiblichen Situation. In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses[66] haben die englischen Staatsmänner zum Ausdruck gebracht, daß England ein für allemal die Idee ablehne, noch einmal ein Militärbündnis gegen Deutschland zu schließen. In derselben Sitzung haben der englische Außenminister[67] und der englische Premierminister[68] zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Standpunkt, die

---

[62] So in der Vorlage. Zu ergänzen ist etwa „erfolgte“ oder ähnlich. – Gemeint ist der Wechsel von der Labour-Regierung unter Premierminister MacDonald zur konservativen Regierung unter Premierminister Baldwin, die am 6. November 1924 ins Amt kam.

[63] Das Auswärtige Amt war zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[64] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Rede auf einer DVP-Wahlkundgebung in Berlin vom 6. Dezember 1924 (s. diese Edition).

[65] Stresemann hatte seine politische Tätigkeit in Sachsen begonnen (u.a. als Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums in Dresden) und war 1907 für den (dem Wahlkreis Chemnitz benachbarten) Wahlkreis Annaberg im Erzgebirge erstmals in den Reichstag gewählt worden.

[66] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Unterhaussitzung vom 24. März 1925 (und nicht die letzte Sitzung vor dieser Rede am 30. März 1925). Vgl. auch die beiden folgenden Anm.

[67] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Seine Unterhausrede vom 24. März 1925: HANSARD V 182, Sp. 307–322.

[68] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923. – Seine Unterhausrede vom 24. März 1925: HANSARD V 182, Sp. 402–408.

Ostgrenzen nicht zu garantieren, sondern mit allen möglichen friedlichen Mitteln dahin zu streben, diese Grenzen zu revidieren, die volle Billigung der englischen Regierung finde. Wenn Sie einen Blick in die ausländische Presse werfen, so werden Sie sehen, wie gerade die rechtsstehende französische Presse den deutschen Vorschlag auf das Allerheftigste anfeindet und alles in Bewegung setzt, um ihn nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Die deutsche Initiative ist heute der Mittelpunkt der europäischen Diskussion aller Kabinette und sicherlich ein Wendepunkt in der Entwicklung. Ich habe heute nach meiner Ankunft in Chemnitz zufälligerweise, von mir unerwartet, von einem Mitarbeiter[69] der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ gehört, wie tief der Eindruck der Erklärungen über diese Wendung der Dinge im englischen Unterhause gewesen ist. In Deutschland umbrauste einen nur die Kritik, die an dem Wesentlichen vorbeiging, irgendein Schlagwort aufgreift, irgendwo beinahe freudig erregt ist, wenn sie von Verzichtpolitik sprechen kann, wenn sie wieder einmal Material hat gegen eine deutsche Regierung, die angeblich kein Gefühl für Ehre und Würde des Deutschen Reiches habe, was nur der Herr Kritiker in seiner eigenen Person als Monopol in sich birgt, ohne sich zu fragen, ob nicht diesen Dingen doch wohl tiefere Zukunftsabsichten zu Grunde liegen, als es derjenige erkennen kann, der nur einen Ausschnitt aus dem Spiel auf dem europäischen Theater sieht, der in einer Minute vor seinen Augen vorüberzieht. Manchmal kommt einem das Wort Bismarcks ins Gedächtnis[70]: „Wenn ich nur wüßte, wie eigentlich die Deutschen in den Geruch der Bescheidenheit gekommen sind. Es gibt doch keinen unter uns, der nicht in der Außenpolitik bis zum Hundeflöhen alles besser wüßte als die Menschen, die sich berufsmäßig damit zu beschäftigen haben.“

Lassen Sie mich fragen, wohin führt uns der Weg? Seien wir uns klar: über Steine, Geröll und Widerstände. Wie vor kurzem, wie vor Jahresfrist, führt er eine enge Straße; links und rechts gähnt der Abgrund. Wir sind mehr als einmal in den letzten Jahren der Reiter über den Bodensee[71] gewesen, und wenn wir auf festem Lande wieder waren, sahen wir erst, daß es beinahe ein Wunder war, daß wir nicht zugrundegegangen sind. Der Weg soll führen zur Konsolidierung Deutschlands und durch

[69] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[70] Das nachfolgende Zitat entstammt (in leichter Abwandlung) einem Schreiben Bismarcks an Albrecht von Roon vom 15. Juli 1862 ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 14: Briefe. Teil 2. 1862–1898. Hrsg. v. Wolfgang Windelband u. Werner Frauendienst. Berlin 1933, S. 601).

[71] „Ritt“ oder „Reiter über den Bodensee“ ist eine Redewendung in Anlehnung an die Ballade „Der Reiter und der Bodensee“ Gustav Schwabs aus dem frühen 19. Jahrhundert. Der Reiter erkennt die Gefahr, über den zugefrorenen Bodensee zu reiten, erst nach der Überquerung und fällt tot um.

Konsolidierung zu seinem Wiederaufbau, und so Gott will, durch diesen Wiederaufbau zu seiner Größe. Der Weg ist schwerer als ihn jemals ein Volk gegangen ist, denn er ist der Weg eines machtlosen Volkes. Die Politik, die sich bestrebt, zu diesem Ziel zu kommen, wird, darüber bin ich mir vollkommen klar, im wesentlichen immer eine unpopuläre Politik sein. Der Außenminister und der Finanzminister[72] sind immer unpopulär, gerade dann, wenn sie das Richtige im Staatsinteresse verlangen. Es ist heute nichts einfacher als populär zu werden, wenn man 100 Prozent Aufwertung[73] verspricht und leichtfertig erklärt, daß man siegreich alle Feinde aus dem Lande schlagen werde, dann umfängt einen brausender Beifall und die Leute freuen sich, daß ihnen jemand glückliches Land gezeigt hat. Nur wie er es fertig bringen will, sie dahin zu führen, fragen sie nicht. Der Weg der Politik, den wir gehen, wird stärkere Anforderungen an die Nerven der Zeitgenossen stellen, aber die Zukunft, des bin ich sicher, wird Menschen und Parteien nicht danach beurteilen, ob sie unerfüllbare Versprechungen gemacht haben, sondern nach den Ergebnissen ihrer positiven Arbeit. Vielleicht wäre eines auch bei uns in Deutschland bei einiger Anstrengung möglich, etwas weniger zersetzende Kritik und etwas mehr Aufbau, vielleicht gerade auch bei denen, die doch aus jener Vergangenheit den Gedanken der Autorität der Regierung und des Staates hoffentlich in der Gegenwart nicht preisgegeben haben. Glauben Sie an die Zukunft von Reich und Volk! Man muß Glauben haben, um große Dinge zu tun, so wie man im Pferdesport sagt, wenn es ein Hindernis zu nehmen gilt: Wirf nur erst das Herz hinüber, dann kommt das Pferd nach[74]. wir müssen uns umgürten mit einem Glauben, der sich sagt, wir haben ein Recht auf eine bessere Zukunft und deshalb werden wir auch einen Weg finden zu einer besseren Zukunft.

Uns umschwebt heute der Geist der Erinnerung einer großen Zeit. Lassen Sie diese Erinnerung in uns nicht auslöschen. In wundervoller Weise hat Doktor Jarres[75]

---

[72] Aktuell amtierte als Finanzminister Otto von Schlieben (1875–1932), Reichsfinanzminister 15. Januar – 26. Oktober 1925; Mitglied der DNVP.

[73] Mit der Frage der Aufwertung ist die sowohl juristisch als auch politisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also auch die Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Inflation und schließlich Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10). – Zum aktuellen Stand der Beratungen im Kabinett über neue Aufwertungsgesetze vgl. die Ministerbesprechung vom 24. März 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 210–211 mit den dortigen Anm.).

[74] In der Fassung „das Herz über die Hürde werfen“ eine Redewendung, deren Ursprung nicht ermittelt werden konnte.

[75] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP. – Jarres

in Berlin gesprochen von dem Unvergänglichen, was für uns das alte Deutschland, die alte Zeit, ihre Taten, ihre großen Männer, ihre Persönlichkeiten waren. Grüßen Sie mit mir heute in einer trüben Gegenwart, in Erinnerung an die große Vergangenheit, die deutsche Zukunft, auf die wir hoffen, damit wir einst mit mehr Berechtigung und mit mehr Stolz als heute die Worte singen können, die wir heute singen als Zukunftshoffnung in der Erinnerung an den Mann, dessen Gedächtnis wir feiern:

„Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland![76]"

war der auch von der DVP unterstützte Kandidat im 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 gewesen, in dem er eine relative, aber nicht die notwendige absolute Mehrheit erzielte. Auf welche Wahlrede in Berlin sich Stresemann bezieht, konnte nicht eindeutig ermittelt werden; vermutlich handelt es sich um den Wahlkampfauftritt von Jarres am 18. März 1925 (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21736 [Morgenausgabe] vom 19. März 1925, S. 2–3; eine kritische Darstellung dieser Rede auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 132 [Morgenausgabe] vom 19. März 1925).

[76] Stresemann zitiert hier die letzten beiden Zeilen der 3. Strophe des Deutschlandliedes von Hoffmann von Fallersleben, das seit 1922 die Nationalhymne der Weimarer Republik war.

**Rede auf einem Fahnenfest der Ortsgruppe Wedding der DVP vom 3. April 1925**[1]

Nach ZEIT, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 4. April 1925.

*Friedrich der Große ist das Sinnbild für harte Arbeit für das Vaterland. Diese harte Arbeit verkörpert die DVP.*

Er[2] soll uns sein ein Sinnbild für die Gegenwart! Das Gewaltige der Zeit dieses Preußenkönigs lag in dessen großer Auffassung, **der erste Diener des Staates** zu sein. Auch Menschen, gleich jenen Großen dieser Zeit, hatten Schwächen, wie alle anderen. Die Größe lag in der Hingabe an seine Idee – und die Idee Friedrichs II. war Staat, Preußen und Vaterland! Nur diese Idee kann auch uns vorwärts führen. **Nicht Hurra-Patriotismus,** nicht Rausch sind das Wertvolle – **harte Arbeite ist es!** Und **diese harte Arbeit** verkörpert die **Deutsche Volkspartei.** In nationaler Gesinnung lassen wir uns von niemand übertreffen und wollen sie beweisen durch tätige Mitarbeit an der Gesundung des Vaterlandes. Diese harte Arbeit verlangen wir auch **von der deutschen Jugend!** Sie muß Achtung haben vor unserem Wirken und Verständnis für die Schwere der Arbeit. Wir aber haben die Aufgabe, die Jugend zu pflegen, damit ein Geschlecht erstehe, das willens ist, sich einzusetzen für die große Idee: **Vaterland!**[3]

---

[1] Die Vorlage, vermutlich eine gekürzte Wiedergabe, leitet unter der Überschrift „Nationale Gesinnung. Im Geiste Bismarcks und Friedrich II." den betreffenden Artikel ein: „Von starker nationaler Weihe erfüllt war das große Fahnenfest der Bezirksgruppe Wedding der Deutschen Volkspartei am Freitag [...]. Den Höhepunkt des Festes, das mit einer eindrucksvollen Bismarck-Feier verbunden war, bildeten Reden des Ministers a.D. v. Raumer und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der es trotz seiner Geschäftsüberbürdung möglich gemacht hatte, noch im Laufe der Nacht auf dem Feste zu erscheinen, wo er mit stürmischen Sympathiebekundungen begrüßt wurde." Nach der Wiedergabe der Rede Raumers heißt es weiter: „Hellste Begeisterung durchflutete den Saal, nachdem Minister v. Raumer geendet hatte, und sie setzte aufs neue ein, als unter den Klängen des Fridericus Rex die Fahnen defilierten und Reichsaußenminister Dr. Stresemann, während die letzten Akkorde des patriotischen Marsches noch durch den Raum schwangen, das Wort ergriff und die große Gestalt Friedrichs II. vor das geistige Auge der Versammlung stellte:"

[2] Gemeint ist Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[3] Die Vorlage schließt: „So kurz diese von Kraft und Mark erfüllte Rede war, so sehr war sie ein voller Guß aus dem Herzen der Zuhörer und in die Seele der Jugend. Man jubelte dem Reichsaußenminister zu, und diese glutvolle Kundgebung bewies die tiefe Wirkung der Worte Stresemanns."

## Rede im Überseeklub in Hamburg vom 16. April 1925[1]

Nach HAMBURGER ÜBERSEE-JAHRBUCH 1925, S. 107–120. – Leicht gekürzter Druck (mit kleinen Abweichungen) auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 284–296. – Teildrucke (mit Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 180 (Morgenausgabe) vom 17. April 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21764 (Morgenausgabe) vom 17. April 1925, S. 4. ZEIT, Nr. 156 (Morgenausgabe) vom 17. April 1925.

*Für Deutschland ist die Weltwirtschaft entscheidend. Dem starken Amerika stehen ein zersplittertes Europa und untereinander abgeschottete Länder gegenüber. Deutschland hat in der Weltwirtschaft als einziges Machtmittel nur noch die Bedeutung seiner Bevölkerung als Konsumenten. Verknüpfungen mit der Weltwirtschaft liegen im nationalen Interesse, denn dann sind andere Staaten am Schicksal Deutschlands interessiert. Ein großes zollfreies Wirtschaftsgebiet in Europa und Konkurrenz sind für Deutschland notwendig. Die Außenpolitik verfolgt die deutschen Lebensinteressen; innerer Streit über die Staatsform hat dabei keinen Platz.*

Vor wenigen Jahren hat in Hamburg [!] eine Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stattgefunden[2]. Auf dieser Tagung hatte ein deutscher Reichsaußenminister[3], ein Mann von hohen geistigen Gaben, über die Beziehungen von Wirtschaft und Politik gesprochen und er hat dabei das Wort geprägt, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei. Ich glaube nicht, daß diese These als richtig angesehen werden kann. Letzten Endes entscheiden in den großen Grundfragen der Beziehungen der Völker zueinander die politischen Gesichtspunkte. Aber wohl ist es richtig, daß es kaum je eine Zeit gegeben hat, in der die Politik mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußt war als die Zeit, in der wir leben. Das gilt für die Vor-

---

[1] Ort und Datum der Rede gehen aus der Vorlage hervor, die sie unter der Überschrift „Politik und Wirtschaft in ihren Weltbeziehungen“ druckt. – Der Überseeklub Hamburg wurde 1922 auf Initiative des Bankiers Max Warburg gegründet, der damit die Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft intensivieren und die Idee des Freihandels fördern wollte. Clubhaus war das „Haus der Patriotischen Gesellschaft“. – Zu Stresemanns eigenen Eindrücken von der Rede vgl. seine Tagebuchaufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 283–284.

[2] Gemeint ist offenbar die Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie von Ende September 1921 (vgl. die folgende Anm.).

[3] Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922. – Die im Folgenden angesprochene Rede Rathenaus in München vom 28. September 1921 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie ist unter dem Titel „Die Wirtschaft ist Schicksal“ veröffentlicht. Vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 (Abendausgabe) vom 28. September 1921, mit einer Wiedergabe des Vortrags, die in dieser Sentenz gipfelt.

kriegszeit, das gilt für den Weltkrieg und das gilt für die Nachkriegszeit. Es hat bei uns in jener Vorkriegszeit einmal ein Aufsatz der Saturday Review[4] eine große Rolle gespielt, eine Zeitschrift, die im Jahre 1897 den kühnen Satz aufstellte, daß, wenn Deutschland von der Welt verschwände, jeder Engländer um so viel reicher wäre, als die Wohlstandsverminderung Deutschlands ihrerseits bedeute, und es war dieser Ausführung ein Satz hinzugefügt, der davon sprach: Völker hätten sehr oft gekämpft um irgendeine Stadt, um irgendein Erbfolgerecht, warum denn nicht um den Welthandel von vielen Milliarden Wert.

Ich glaube, es gibt keinen vor dem Kriege ausgesprochenen Satz, der durch die Tatsachen mehr widerlegt worden ist wie der unsinnige Satz, daß das Unglück eines Volkes das Glück eines anderen Volkes bedeute. Ich glaube nicht, daß es einen Engländer von wirtschaftlichem Tatsachensinn und Verantwortlichkeitsgefühl gibt, der sich heute nach den Erfahrungen des Weltkrieges zu diesem Satz irgendwie bekennen wollte. Aber der zweite Satz ist wohl ein Zeichen dafür, wie stark die großen materiellen Gesichtspunkte oft in das Denken der Völker eingegriffen haben. Kein Zweifel, der Futterplatz für die großen, in ihrer Wirtschaft sich entwickelnden Völker war schon vor dem Weltkrieg ein sehr enger geworden. In der Zeit von den neunziger Jahren an bis zum Jahre 1913 stieg der Welthandel von 71 auf 170 Milliarden Mark im Wert. Es war das die Zeit, in die auch unsere große wirtschaftliche Expansion fiel. Rang man früher um Kolonialgebiete, so jetzt um Absatzgebiete. Die Finanzen der Länder wurden in den Dienst eines großen Wirtschaftsimperialismus gestellt. Vor meinen Augen steht die Erinnerung an den Tag, den ich in Hamburg erlebte, als hier der Bankiertag tagte, es mag um das Jahr 1908 oder 1909 gewesen sein[5]. Auf einem großen Dampfer der Hamburg-Amerika Linie versammelten sich die Führer der deutschen Finanzwelt. Damals begrüßte sie der Generaldirektor der Hapag, Ballin[6], mit einer Rede, in der er darauf hinwies, daß wohl nichts so sehr den Kampf der Völker um wirtschaftliche Entwicklung kennzeichne als die Tatsache, daß das Land,

[4] Der Artikel der „Saturday Review“ vom 11. September 1897 ist in Auszügen wiederabgedruckt in: Quellen zu den deutsch-britischen Beziehungen 1815–1914. Hrsg. v. Reiner Pommerin u. Michael Fröhlich. Darmstadt 1997 (Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im. 19. und 20. Jahrhundert [...], Bd. 5), S. 78–79. In der Diskussion über die englisch-deutsche Auseinandersetzung im Vorfeld des Ersten Weltkriegs und in der Kriegsschulddiskussion nach dem Ersten Weltkrieg wurde er vielfach herangezogen.

[5] Tatsächlich fand der „3. Allgemeine Deutsche Bankierstag“ am 5. und 6. September 1907 in Hamburg statt.

[6] Albert Ballin (1857–1918), Generaldirektor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag) 1899–1918. – Zu seiner nachfolgend erwähnten Rede vgl. THE TIMES, Nr. 38439 vom 16. September 1907, S. 7.

das Jahrhunderte hindurch Sinnbild des free trade and Fairplay gewesen wäre, daß England zu Schiffahrtssubventionen greife, um das Blaue Band[7] des Ozeans nicht in deutsche Hände fallen zu lassen. Dieser Gedanke, daß die Welt für die Produktion der Völker zu eng würde, hat wohl zu den Spannungen mitgewirkt, die sich schließlich in der großen Katastrophe des Weltkrieges ausgedrückt haben. Während dieser Weltkrieg tobte, ehe noch eine Entscheidung gefallen war, sahen wir plötzlich Tendenzen, die darauf hinausliefen, einen etwaigen Sieg zu einer Neuordnung der finanziell-wirtschaftlichen Verhältnisse zu benutzen. Ich meine jene Pariser Wirtschaftskonferenz des Jahres 1916[8], die in einem Beschluß gipfelte, der besagte: die Alliierten beschließen, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sich von jeder Abhängigkeit von den Feindländern in bezug auf Rohstoffe und Fertigware, die sie für ihre wirtschaftliche Entwicklung brauchen, freizumachen.

Das war der Versuch, die Weltwirtschaft in zwei voneinander abhängige[9] Teile zu zerlegen, eine Weltautarkie herbeizuführen, die den Gedanken der Weltwirtschaft negiert und den Gedanken der Kooperation politisch miteinander verbundener Mächte auf das Wirtschaftsleben glaubte übertragen zu können.

Wir sehen eine dritte Periode in dieser engen Verbindung zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik in dem Kampf gegen Deutschland nach seinem Unterliegen. Wenn Sie das Diktat von Versailles[10] vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten, so sehen Sie in ihm den Versuch, vor allem Deutschland wirtschaftlich tödlich zu treffen. Viele Bestandteile dieses Vertrages sind nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen, und was sie für den deutschen Welthandel bedeuten, hat, glaube ich, keine Stadt der Welt mehr empfunden als Hamburg, die Kreise Hamburgs, die am Überseehandel beteiligt sind.

Es war schließlich die Wegnahme alles dessen, was Generationen aufgebaut hat-

---

[7] Das „Blaue Band“ gilt als Auszeichnung für den schnellsten Passagierdampfer in der Nordatlantik-Überquerung. Ab 1897 gewannen nach langer Dominanz britischer Schiffe Dampfer des Norddeutschen Lloyd bzw. der Hapag dieses Blaue Band. 1903 beschloß das Parlament in London auf Drängen des britischen Konkurrenten, der Reederei Cunard, Kredite zur Unterstützung eines Dampferbau-Programms. 1907 gewann die im Rahmen dieses Programms gebaute „Lusitania“ das Blaue Band.

[8] Zu den Ergebnissen der Pariser allierten Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 vgl. THE TIMES, Nr. 41199 vom 21. Juni 1916, S. 9.

[9] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „unabhängige“ (so auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 285).

[10] Gemeint ist der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919; Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

ten an Vermögensbesitz in fremden Ländern[11], es war der Versuch festzustellen, ob ein Land, dem man die Handelsflotte nahm[12], die Energie aufbringen würde, sie noch einmal zu schaffen. Es war innerwirtschaftlich der Versuch, einem Land, das an sich schon auch in der Zeit seiner größten Wirtschaftsblüte nicht fest auf einer gesunden Basis von Rohstoffen fundiert war, diese Basis weiter zu verengen. Die ganzen Bestimmungen über das Saar-Gebiet[13], die Entscheidung über Oberschlesien[14], die Auferlegung der Duldung einer einseitigen Meistbegünstigung[15] sind Schritte auf diesem Wege. Deshalb ist es verständlich, daß auch die ganze Geschichte der Nachkriegszeit die engsten Wechselbeziehungen zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik zeigt, nicht nur durch die Durchführung des Friedensvertrags und der Reparationspolitik – obwohl sie den Mittelpunkt dieses ganzen Denkens bildet –; schließlich sind die internationalen Konferenzen, die wir erlebt haben, doch nichts anderes als der Versuch, zunächst einmal die Bedingungen des Friedensvertrags durchzuführen, dann aber mehr und mehr der Versuch, die infolge der Durchführung des Friedensvertrags aus den Angeln gehobene Weltwirtschaft allmählich durch Vernunft wieder in Ordnung zu bringen. Dabei spielen machtpolitische und weltwirtschaftliche Fragen miteinander. Der Ruhreinbruch[16] kann vom politischen Standpunkt gewertet werden, hat aber schließlich doch den führenden Gedanken der Herbeiführung einer Zwangsehe zwischen Ruhrkohle und lothringischen Erzen. Denken Sie an den Geheimbericht von Dariac[17] über den Pfandwert der Ruhrindustrie. Sie sehen überall diese engen

---

[11] Der Versailler Vertrag ermächtigte die Siegerstaaten vielfältig, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren; zumindest für einen Teil der Entschädigungen war das Deutsche Reich zuständig (vgl. etwa Art. 297: ebd., S. 155–159).

[12] Deutschland hatte in Ausführung des Versailler Vertrags (Anl. III zu den Reparationsbestimmungen: ebd., S. 118–120) einen Großteil seiner Handelsflotte auszuliefern.

[13] Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt (Art. 45–50 und deren Anlagen: ebd., S. 28–40).

[14] Der Oberste Rat der Siegermächte hatte 1921 nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates verfügt, daß Oberschlesien geteilt werde, womit der östliche Teil an Polen ging (vgl. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 65–66; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 318–322).

[15] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143).

[16] Am 11. Januar 1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert.

[17] Gemeint ist ein Bericht von Adrien Dariac (1868–1949), französischer Politiker; zeitweilig Vorsitzender des Finanzausschusses des französischen Abgeordnetenhauses.– Sein Bericht an die Regierung über eine Reise ins deutsche besetzte Gebiet im Mai 1922 und seine Vorschläge für die dort zu verfolgenden französischen Ziele in Richtung eines unabhängigen Rheinlands waren durch Presseveröffentlichungen im „Manchester Guardian“ im Juni und in der „Frankfurter Zeitung“ im Ok-

Zusammenhänge.

Sie sehen sie aber nicht nur in bezug auf Deutschland. Auch außerhalb der Reparationsfrage, außerhalb der engeren uns zunächst berührenden deutschen Interessen, sehen Sie in der Welt das Bestreben, weltwirtschaftliche Ziele mit staatspolitischen Machtmitteln zu erreichen. Der Kampf um das Erdöl ist eine der wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart, aus wirtschaftlichen Gedankengängen geboren. Der russisch-japanische Sachalin-Vertrag[18] zeigt ähnliche Gedankengänge. Der stärkste Ausdruck der Verbindung beider Interessen aber, schon mit der neuen Entwicklung das Gefüge der Weltwirtschaft wieder zusammenzubringen, ist letzten Endes jener Versuch, den man mit Rücksicht auf einen der amerikanischen Mitarbeiter[19] das Dawes-Gutachten[20] nennt, jene wirtschaftliche Verständigung, die in der Londoner Konferenz des vergangenen Jahres ihren Ausdruck fand. Verstehe ich die Initiative der Vereinigten Staaten in bezug auf dieses Gutachten richtig, dann war doch einer der leitenden Gesichtspunkte, der hierzu führte, der Versuch, den friedlichen Gang der weltwirtschaftlichen Entwicklung dadurch zu sichern, daß man diese weltwirtschaftliche Entwicklung freimachte von den ewigen politischen Spannungen um die nicht ausführbare Lösung der Reparationsfrage. Und wenn ich weiter die Bestrebungen der Vereinigten Staaten in der Gegenwart sehe, die darauf hinauslaufen, eine große internationale Abrüstung herbeizuführen[21], so glaube ich sie auch dahin richtig zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten dabei nicht nur von politischen Gesichtspunkten geleitet sind, sondern daß sie der Meinung sind, daß eine Verminderung der unproduktiven Ausgaben der Völker zu einer Besserung der weltwirtschaftli-

---

tober 1922 bekannt geworden (Auszüge der Veröffentlichung der Frankfurter Zeitung in URSACHEN UND FOLGEN V, 294–296).

[18] Stresemann bezieht sich auf die am 21. Januar 1925 in Peking abgeschlossene sowjetisch-japanische Konvention, die u.a. japanischen Konzernen die Ausbeutung der Ölfelder in Nordsachalin ermöglichte; vgl. dazu SCHULTHESS 66 (1925), S. 384–386.

[19] Gemeint ist Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932.

[20] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[21] Am 21. Januar 1925 hatte der amerikanische Senat Präsident Coolidge aufgefordert, eine Abrüstungskonferenz zu initiieren (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 369; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 36 [Morgenausgabe] vom 22. Januar 1925); der Präsident sondierte bei den europäischen Mächten, stieß allerdings in Frankreich auf Ablehnung (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 372).

chen Entwicklung führen muß in einer Zeit, in der der Welthandel noch immer weit zurückgeblieben ist gegenüber dem Stand, den er in der Vorkriegszeit erreicht hatte.

Lassen Sie uns versuchen, die Frage zu beantworten, wie sich Deutschlands Stellung in dieser gegenwärtigen Situation kennzeichnet. Ich glaube, das eine sagen zu können, daß wir heute noch viel enger mit dem Auslande verflochten sind, als es früher der Fall war, daß die Frage der Gestaltung der Weltwirtschaft deshalb auch viel schicksalsentscheidender für uns geworden ist, als sie in der Vorkriegszeit gewesen ist.

Ich brauche nicht mit vielen Sätzen davon zu sprechen, wie entscheidend sich die Umwelt seit dem Weltkriege geändert hat. Der ganze Schwerpunkt der Weltwirtschaft ist nach den Vereinigten Staaten von Amerika verlegt. Sie sind der Weltgläubiger, sie sind der Weltbankier geworden. Ob eine solche Entwicklung letzten Endes immer zum wirtschaftlichen Glück ausschlägt, kann füglich bezweifelt werden. Man kann am Übermaß eines nicht produktiv anzulegenden Kapitals genau so leiden, wie an dem Fehlen der Betriebsmittel für die Instandsetzung der Produktion. Aber was die ganze Situation der Gegenwart so seltsam, ich möchte sagen so pervers, erscheinen läßt, das ist der Umstand, daß der Konzentration der wirtschaftlich-finanziellen Kräfte der Welt in jenem Staat, der einem Erdteil gleicht, gegenübersteht ein Europa, das an Stelle einer Mehrzahl von großen gewaltigen Völkern und Staaten eine Unzahl von neuentstandenen kleinen Staaten zeigt, weit mehr Grenzen als früher, und dabei nicht der Gedanke einer großen wirtschaftlichen Zusammenfassung, sondern der törichte Gedanke einer ökonomischen Abschließung selbst der kleinsten in dem an sich schon leidenden Erdteil; dabei weiter die Perversität einer völlig unwirtschaftlichen Vergeudung der ökonomischen Kraft. Man kann die Grenzen der Länder ändern, aber man kann nicht wirtschaftliche Zusammenhänge zerreißen, die unbeschadet um politische Linienführung bestehen bleiben.

Sie sehen heute Frankreich, der größte Eisenerzbesitzer, und gleichzeitig ein Land mit unzureichenden Kohlenlagern. Sie sehen in Polen reichen Kohlenbesitz und eine völlig unentwickelte Industrie, so daß eine Notwendigkeit des Kohlenexports in einer Zeit besteht, in der das dafür in erster Linie in Betracht kommende Land selbst einen Überschuß an Kohlenproduktion besitzt. Daher die Schwierigkeiten, diese Dinge in Handelsvertragsverhandlungen[22] auf einen gemeinsamen Nenner brin-

[22] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Vor und nach Ablauf dieser Frist waren inzwischen mit

gen zu können.

Die Tendenz der Wirtschaft drängt zum Zusammenschluß. Unproduktive Zwischenglieder werden ausgeschaltet. Von der Urproduktion bis zu den Fertigwaren versucht man die ganzen Dinge in einem ganz großen organischen Prozeß zusammenzuzwingen. In derselben Zeit sehen Sie in diesem durch den Krieg schon verarmten und verblutenden Europa ein früher nicht gekanntes Ausmaß von Zolltarifen, von Paßschwierigkeiten, von Niederlassungshemmungen und allen möglichen Dingen, die an die unseligste Zeit früherer deutscher Kleinstaaterei in einer Weise erinnern, daß man nicht versteht, wie sie sonst mit den Tendenzen der Gegenwart zusammenstimmen.

Wir haben im Etat des Auswärtigen Amtes einen finanziellen Aktivposten, den wir früher nicht gekannt haben, einen hoch finanziellen Aktivposten: Einnahmen aus Paßgebühren[23]. Es ist der Ehrgeiz jedes Ministers, auf Einnahmen aus seinem Ressort hinzuweisen, und trotzdem sage ich Ihnen das eine: es gibt keine unproduktiveren Einnahmen für ein Land als Einnahmen aus Paßgebühren, und ich würde den Augenblick begrüßen, wo dieser Posten in unserem Etat nicht mehr zu bestehen braucht. (Bravo!)

Wir müßten in Europa nach dem Kriegsende die Kräfte zusammengefaßt haben zum gemeinsamen Wiederaufbau. Statt dessen ist zwischen den europäischen Staaten der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt worden, mit dem Erfolg der Zertrümmerung fast aller europäischen Währungen. Seit über fünf Jahren liegt Europa und liegt die Weltwirtschaft in einem Zustand der Dauerkrise. Es ist gar kein Zweifel, daß die internationale Kaufkraft weit hinter dem Vorkriegszustand zurückgeblieben ist, nicht nur bei uns, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß nichts törichter ist, nichts die tatsächliche Weltsituation schiefer kennzeichnet als die Trennung der Völker in Sieger und Besiegte. Ich weiß nicht, ob ein einziges Land der Welt sich im Innern als wirklicher Sieger nach diesem Weltkrieg fühlt, wenn es die ganzen Veränderungen der Verhältnisse betrachtet, die dieser Weltkrieg auch für die Siegerstaaten im Ge-

zahlreichen Staaten Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen (und mit einzelnen zum Abschluß geführt) worden. Insbesondere die Verhandlungen mit Frankreich und Polen gestalteten sich schwierig und wurden wiederholt unterbrochen (vgl. zuletzt zu den deutsch-französischen Verhandlungen: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 617–618 [mit den dortigen Anm.]; zu den deutsch-polnischen Verhandlungen: ebd., S. 521–524 [mit den dortigen Anm.]).

[23] Im Verlauf des Ersten Weltkriegs waren in Deutschland (wie in den meisten anderen Staaten) Paß- und Visumpflicht für die Aus- und Einreise eingeführt worden und nach dem Kriegsende in Kraft geblieben; erste Lockerungen der Visumpflicht erfolgten zum 1. Januar 1925 (vgl. REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 964; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 3 [Abendausgabe] vom 2. Januar 1925).

folge gehabt hat, wenn es die gesunkene Kaufkraft beachtet, den Prozeß des Sinkens der Währungen, der noch lange nicht zu Ende ist, der in den Ländern, die noch mit dem Halten ihrer Währung ringen, ein Ausmaß annehmen kann, dessen sie sich vielleicht noch nicht bewußt sind.

Gegenüber diesem Sinken der Kaufkraft der Völker steht eine Erhöhung der Produktionsfähigkeit der Weltindustrie. Wir haben in Europa neue Industrien entstehen sehen, wo wir sie früher nicht kannten. Täuschen wir uns nicht darüber: es ist mehr als ein deutsches Weltmonopol durch den Krieg zerstört worden. Wir sehen die chemische Industrie in Ländern, wo sie früher nicht bestanden hat, wo sie naturgemäß, nachdem der Krieg zu Ende ist, nach neuer Betätigung sucht, wo sie uns den Absatz versperrt, in Ländern, wo sie aus der Kriegsnot geboren wurde und wo sie über das Heimatland hinaus Absatz sucht in anderen Ländern, in denen wir einst durch Qualität, durch deutsche Wissenschaft, durch all das, was wir deutscher technischer, chemischer, geistiger Bildung danken, alleinherrschend waren. Es wäre aber auch irrig, den Blick davor zu verschließen, daß die Industrialisierung auch in außereuropäischen Rohstoffländern große Fortschritte macht, an die wir früher niemals gedacht haben. Ich habe mir sagen lassen, daß in Buenos Aires eine Industrieausstellung stattgefunden hat[24], in der Zeit, als man in Argentinien sich bemühte, eine eigene Produktion zu schaffen, während man früher glaubte, daß der Bedarf des Landes von Amerika oder Europa gedeckt werden könne. Aus dem übrigen Südamerika, aus China und Indien wird das gleiche gemeldet.

Es ist ja auch schließlich ein Zeichen dieser ganzen Situation, daß die Welthandelstonnage wohl größer ist als vor dem Kriege, daß aber Hunderttausende von Tonnen unbeschäftigt liegen und daß der Schiffbau nicht weiß, wie und ob er noch im bisherigen Umfang existieren soll.

Ich denke wieder an das Wort eines Mannes, der in Ihren Mauern gewirkt hat, der wohl einer der klügsten vorausschauenden Hamburger Kaufleute war, an jenes damals von vielen bespöttelte Wort von Ballin, der sagte: „Wir werden nach dem Weltkrieg eher einen Überfluß als einen Mangel an Tonnage haben“[25], ein Wort, das wohl bedeuten sollte, daß nach einem Weltkrieg von diesem Ausmaß und diesen Schädigungen auch die ganze Kaufkraft in einem Maße zurückgehen würde, daß eben nicht mehr die alten Kulturbedürfnisse vorhanden wären, auf denen schließlich das Aus-

[24] Dazu sowie zu den Nachrichten aus den im Folgenden erwähnten Ländern konnte nichts ermittelt werden.

[25] Das Zitat konnte nicht ermittelt werden.

maß der Produktion und des Exports eines Landes steht.

In dieser Situation steht gerade die deutsche Produktion vor den allerschwersten Aufgaben. Wir haben die wichtigsten Rohstoffe verloren und sollen gleichzeitig aus unserer Wirtschaft die höchsten Überschüsse erzielen. Eisenerz, Baumwolle, Wolle und Erdöl müssen wir draußen kaufen, Rohstoffgebiete besitzen wir nach dem Verlust unserer Kolonien[26] nicht mehr. Mit ernstester Sorge müssen wir alle Vorgänge verfolgen, die darauf hindeuten, daß eine Zusammenfassung unerläßlicher Rohstoffe im Machtbereich weniger Staaten angestrebt wird. Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von ihrer Umwelt ist ungemein gesteigert, und sie wird sich um so stärker auswirken, je mehr sich die deutsche Produktionskraft voll entfalten kann. Dabei gilt auch für die Wirtschaft, was für die Politik gilt: wir verfügen nicht mehr über die machtpolitischen Mittel. Das stolze Wort, das wir früher oft ausgesprochen haben, daß der Kaufmann der Flagge folgen muß, gilt nicht mehr für die heutige Zeit. Wir haben nur noch ein wirtschaftliches Machtinstrument: das ist die Bedeutung unseres eigenen Volkes als Konsument in der Welt.

Hier komme ich zurück auf Gedankengänge, die ich im Anfang versucht habe, darzulegen. Es ist nicht so, daß die anderen reicher geworden sind, weil wir ärmer wurden, sondern es hat sich im Gegenteil das eine gezeigt, daß die Verarmung eines Landes, das ein wichtiges Glied in der Weltwirtschaft war, auch zur Verkümmerung der Weltwirtschaft selbst führt.

Ich habe einmal einen sehr bedeutenden amerikanischen Politiker gesprochen, der mir sagte[27]: Ob Deutschland zugrunde geht oder nicht, ist natürlich nicht gleichbedeutend damit, daß die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zugrunde geht oder nicht, aber mindestens ist die Frage, ob Deutschland und Europa ihre Kaufkraft behalten, für uns die Entscheidung über Stillstand oder Fortschritt. Wenn das für das reichste und mächtigste Land der Erde gilt, gilt es um so mehr für alle anderen. Schließlich bleibt doch aller wirtschaftlicher Reichtum unfruchtbar, wenn er nicht umgesetzt werden kann. Wie ist denn heute das Verhältnis der anderen Staaten zur Gestaltung der Dinge in Europa? Schließlich sieht doch die wirtschaftliche Landkarte Europas so aus, daß vom Rhein bis zum Ural nur noch kaufarme Völker wohnen. Bleibt das so, dann ist gesteigerte Weltproduktion nur Anhäufung toter Kapitalien, ist unfruchtbarer Reichtum. Deshalb hat der deutsche Markt seine Bedeutung in der

[26] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 118 u. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

[27] Es konnte nicht ermittelt werden, wer gemeint ist.

Weltwirtschaft erhalten. So ist heute die deutsche Außenwirtschaftspolitik das, wo wir am meisten Aktivität entfalten können und in der wir eine Machtstellung behalten haben.

Daher auch bei uns das naturgemäße Bestreben, zu einer günstigen Regelung der Außenhandelsbeziehungen zu kommen, nachdem die Fessel der einseitigen Meistbegünstigung mit dem 10. Januar gefallen ist[28]. Lassen Sie mich über diese Frage auch an dieser Stelle sprechen.

Es ist bei uns naturgemäß deshalb das Bestreben, zu einer günstigen Regelung der Außenhandelsbeziehungen zu kommen, und hier fangen nun all die Probleme an, die ich bisher theoretisch behandelt habe, praktisch zu werden. Dabei scheint mir, als wenn doch die Nachkriegszeit bereits zu einer wesentlichen Änderung der Anschauungen der Völker geführt hat. Wenn in jenem Gedanken der Pariser Wirtschaftskonferenz[29] die Parole noch zum Ausdruck kam: „Krieg oder Untergang dem Konkurrenten“, so scheint mir heute das Bestreben doch mehr auf die Zusammenarbeit mit dem Konkurrenten über die Grenzen der Völker hinweg gerichtet zu sein. Der Gedanke der internationalen Kooperation ist auf dem Wege. Sie haben ihn hier, Sie haben ihn in Bremen begonnen. Ich habe damals, als die Hapag und der Norddeutsche Lloyd mit amerikanischen Gesellschaften Verträge schlossen[30], von törichten Leuten – und das ist ja die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes – sofort laut und leise sagen gehört: Es war nicht deutsch, es war nicht würdig, mit der amerikanischen Flagge zusammenzugehen, einen Teil der eigenen Souveränität aufzugeben.

Meine Herren, wer im Elend ist, muß Teile dessen, was er besessen hat, für Zeit aufgeben, um dadurch die Kraft zu gewinnen, die volle Herrschaft über das, was ihm gehörte, einmal wiederzuerwerben. Daß man in jener Zeit nicht schlief, nicht einfach die Dinge an sich herankommen ließ, sondern die Initiative ergriff auf diesem Gebiete, ist nicht nur volkswirtschaftlich, sondern ist auch politisch von der allergrößten

---

[28] Vgl. oben Anm. 22.

[29] Gemeint ist wohl diejenige von 1916 (vgl. oben mit Anm. 8).

[30] Es ist nicht eindeutig zu ermitteln, worauf Stresemann sich bezieht: Bereits im Februar 1902 hatten die HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) und der Norddeutsche Lloyd mit dem amerikanischen Morgan-Trust einen Vertrag über die Aufteilung verschiedener Schiffahrtslinien geschlossen, wodurch die gegenseitige Konkurrenz auf diesen Linien ausgeschlossen wurde (vgl. SCHULTHESS 43 [1902], S. 68–69, 92–93). Vermutlich bezieht er sich aber eher auf die Vereinbarungen von 1920: Im Mai 1920 schloß die Hapag mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien, wobei u.a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920. Einen ähnlichen Vertrag schloß im August 1920 der Norddeutsche Lloyd mit der „United States Mail Steamship Company“.

Bedeutung und das ist, wenn es auch international war, im höchsten Sinne deutsche nationale Politik gewesen. (Sehr richtig! Lebhaftes Bravo.)

Ebenso wie hier liegt es auf anderen Gebieten. Wir sehen ein Zusammenarbeiten auch in anderen Industrien; so in der deutsch-französischen Kaliindustrie[31], in den Plänen eines europäischen Stahlverbandes[32], auch in anderen Ländern; wir sehen Finanz-Kooperationen zwischen Neuyork und London, wir sehen auch Finanz-Kooperationen zwischen Neuyork und Berlin.

Wenn ich an die Zeit denke, als wir in London über den Dawes-Plan verhandelten[33], und an alle die innerpolitischen Kämpfe, die sich daran geschlossen haben, wie falsch hat man auch da manches aufgefaßt! Man sprach davon, daß wir uns international versklavten, wenn wir amerikanische und ausländische Anleihen aufnähmen an der ersten Stelle für das aus dem Weltkrieg hervorgegangene und leider durch seinen eigenen Zusammenbruch zunächst schuldenlos gewordene Deutsche Reich. Ich möchte gerade hieran einmal eine Betrachtung über internationale Abhängigkeit knüpfen:

Wenn es möglich gewesen wäre, uns während des Weltkrieges derartig starke internationale Abhängigkeiten von Milliarden von Goldwert zu schaffen, wäre das von der größten Bedeutung für eine günstige Entscheidung des Weltkrieges auf deutscher Seite gewesen. (Sehr richtig!) Es hat keinen Sinn, allein dazustehen in der Welt, auch wenn man groß und mächtig ist. Das Wort von der splendid isolation ist selten mehr gewesen als der Trost dessen, der keine Bundesgenossen fand. Diese splendid isolation für ein Volk ohne Macht ist aber der hahnebüchenste Unsinn, den es in der Politik überhaupt geben kann. Wenn wir heute sehen, was naturgemäß ist, daß wir nach dem verlorenen größten Weltkrieg und nach dem größten Weltwirtschaftskrieg aller Zeit ohne Anlehnung an fremde Kredithilfe gar nicht bestehen können, dann ist auch hier die Durchführung einer derartigen Anlehnung nicht nur volkswirtschaftlich, sondern politisch von der größten Bedeutung.

---

[31] In Paris wurden Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie geführt, die in Ausführung von Absichtsbekundungen des Vorjahres auf ein Kartell zur Aufteilung der Exportmärkte zielten. Über Einzelheiten und den aktuellen Stand der Verhandlungen konnte wenig ermittelt werden. Allerdings führten sie kurz darauf, nämlich am 7. Mai 1925, zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den beiden nationalen Industrien, das eine „Verständigung [...] für den gesamten Weltmarkt“ herbeiführte (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21785 [Morgenausgabe] vom 8. Mai 1925, S. 4).

[32] Zum Stand entsprechender Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 574–578 (mit den dortigen Anm.).

[33] Gemeint ist die Londoner Konferenz, zu der Deutschland am 5. August 1924 hinzugezogen wurde (vgl. oben mit Anm. 20).

Wir müssen die fremden Völker nicht nur durch die Logik der weltwirtschaftlichen Gedankengänge dazu bringen, daß sie ein Interesse haben, daß Deutschland nicht zugrunde geht, sondern ihr eigenes Interesse muß mit dem Aufstieg oder dem Niedergange Deutschlands unmittelbar verbunden sein, und wenn wir durch eine große Anleihe, die beinahe an eine Milliarde Goldmark geht[34], wenn wir durch große Investierungen fremder Kapitalien in der deutschen Wirtschaft auf lange Dauer andere daran interessieren, daß sie mit uns verbunden sind, mit unserem Aufstieg oder Niedergang, dann dünkt mich das die einzige vernünftige Politik, die ein Land in unserer Lage führen kann. Ich wäre sehr dankbar, wenn man die Begriffe national oder nichtnational doch ihres schlagwortähnlichen Charakters entkleiden und etwas tiefer schürfen würde wie bei all diesen Fragen, ehe man mit Kritik und Verächtlichmachung derer so leicht zur Hand ist, die, wenn sie internationale Abhängigkeiten schaffen mußten, sich bewußt waren, daß sie damit der nationalen Sache dienen wollten. (Bravo!)

Wenn wir heute wieder vor großen Entscheidungen stehen, dann hoffe ich, daß diese Entscheidungen vor sich gehen möchten, ohne daß man dabei dem Dogma oder dem Schlagwort verfällt. Mit den alten Begriffen „Freihandel oder Schutzzoll“ kommt man in der Praxis nicht einen einzigen Schritt weiter. Wir werden bei den Verhandlungen, die wir zu führen haben[35], festhalten an dem Prinzip der Meistbegünstigung, und wir werden uns nicht drängen lassen auf den Grundsatz der sogenannten Reziprozität. Bei der Vielheit des Zolltarifs der einzelnen Waren, unserer Spezialisierung, würden wir dann nur auf den toten Punkt in den Verhandlungen kommen, auf den Frankreich in den Verhandlungen mit uns so oft gekommen ist, weil es sich von dem einfachen Prinzip losgelöst hatte. Darüber hinaus müssen wir uns darüber klar sein, daß ohne eine Exportsteigerung eine Lösung der Reparationsfrage nicht möglich ist.

Ich möchte weiter – nicht offiziös oder offiziell, sondern lediglich für meine Person – sagen: Mir scheint gegenüber der Balkanisierung Europas die Frage einer möglichen Vergrößerung eines zollfreien Wirtschaftsgebietes geradezu entscheidend zu sein für die Entwicklung unserer deutschen Produktion. Es sind schließlich zwei gro-

[34] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[35] Vgl. oben mit Anm. 22.

ße Grundsätze, um die gekämpft wird, nicht jetzt abschließend, aber doch wohl für die Zukunft; der eine heißt: möglichste Abschließung des deutschen Marktes durch hohe Zölle; der andere heißt: möglichste Erweiterung des Wirtschaftsradius durch Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes. Ich glaube nicht, daß der erste Weg auf die Dauer gangbar ist. Wir sind kleiner geworden durch den Krieg, unser Volk ist nicht mehr das 70-Millionen-Volk; unser Land ist nicht mehr das Land der 20 Milliarden Spareinlagen. Mehr als 100 Milliarden sind verlorengegangen in den Kriegsanleihen, Obligationen, Hypotheken und anderen Dingen. Nichts ist törichter in der weltfinanziellen Diskussion als die Phrase, daß Deutschland ja glücklicher sei als alle anderen Länder, weil es schuldenfrei dastände. Ich glaube, wir wären gern mit allen Kriegsschulden belastet, wenn wir die Vermögen noch besäßen, die uns einst zur Verfügung standen. Man kann zerstörte Provinzen wieder aufbauen mit Zement, Kalk und Ziegeln; was wir verloren haben durch die Proletarisierung der geistigen Gentry und des wirtschaftlichen Mittelstandes in Deutschland, kann man vielleicht in einem Jahrhundert nicht wieder aufbauen. Dieser Verlust Deutschlands ist nicht nur hundertmal schlimmer, sondern wird unsere ganze wirtschaftliche und finanzielle Zukunft entscheidend beeinflussen. Wenn die Verzinsung der Kriegsanleihe weggefallen ist[36], dann ist auch der Fundus weggefallen, aus dem Steuern entnommen werden können, und der Fundus, auf dem einst eine große Kaufkraft des inneren Marktes sich aufbaute. Auf dem kleiner gewordenen Markt des verarmten Deutschlands die deutsche Produktion aufbauen zu wollen, ist ein unmöglicher Versuch; mehr als je müssen wir hinüber über die Grenzen des Landes, und wenn wir das wollen, müssen wir in der Handelsvertragspolitik auch nach dem Satz „Do, ut des“ verhandeln und ohne Konzessionen an andere können wir Konzessionen für unseren Handel und unsere Industrie auch nicht erhalten.

Ich darf ein weiteres, auch rein persönliches, sagen: Ohne den Wettbewerb von draußen verkümmert der technische Fortschritt im Innern. Ich habe lange in der Wirtschaft gestanden, wenn auch nicht als praktischer Wirtschaftler[37], aber als Mensch, der ihre Entwicklung beobachtet hat. Ich halte persönlich dafür, daß nichts für die deutsche Wirtschaft verderblicher gewesen ist als die konkurrenzlose Wirtschaft der Kriegszeit und der Nachkriegszeit der ersten Jahre. (Sehr richtig!) Damals, als der

[36] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun (Inlands-)Kriegsanleihen aufgebracht. Die bereits während des Krieges einsetzende Inflation und schließlich die Hyperinflation des Jahres 1923 machten diese Anleihen praktisch wertlos.

[37] Nach seinem Studium arbeitete Stresemann seit 1901 bei verschiedenen Industrieverbänden, u.a. 1902–1918 als Syndikus beim Verband sächsischer Industrieller.

Staat der einzige Auftragsgeber war, als es keine Preiskalkulationen gab, als es nicht um einen Kampf um den letzten Pfennig ging, nicht die eiserne Pflicht und Notwendigkeit hinter dem einzelnen stand, in der Qualität am besten und preismäßig am billigsten zu liefern, als sich alles einrichtete auf das garantierte Kontingent, ist das Beste zugrunde gegangen, was wir in Deutschland gegenüber den anderen Ländern hatten: die Energie des deutschen Kaufmanns, daß er das Letzte daran setzte, um in einem großen Wettkampf Sieger zu bleiben.

Dann kam die Zeit nach dem Krieg, als den Menschen die Waren aus den Händen gerissen wurden, als die Kunden Ketten standen, um von irgendeiner Ware etwas zu erhalten. Es kam die Zeit der unendlich vielen Hunderte von Konventionen und Kartellen, die Zeit des kleinen Umsatzes mit großem Nutzen unter Ausschaltung der Konkurrenz.

So geht es nicht hinein in die Zukunft, die vor uns steht. Wir müssen versuchen, auf der Basis, auf der wir doch früher groß geworden sind, auf der Grundlage des Wettbewerbs, indem uns doch die Machtmittel der Energie, der Durchbildung und der Qualitätsware nicht fehlen, uns die alte Stellung wieder zu erringen. Das kann nicht lediglich durch Schutz des inneren Marktes gegen fremde Konkurrenz geschehen. Wir sind auf die Weltwirtschaft angewiesen; in der Weltwirtschaft draußen muß man auch den frischen Wind, den Sturm internationalen Wettbewerbs, bestehen können, wenn man glaubt, auf die Dauer überhaupt eine Rolle spielen zu können.

Das Wort der römischen Legionen, das „sine missione nascismus'"[38], dieses Wort „Ohne Urlaub werden wir geboren", wird wohl noch lange Zeit hindurch auch über unserer deutschen Wirtschaft stehen. Wir werden daraus die Konsequenzen ziehen müssen nach den verschiedensten Richtungen, wir werden uns darüber klar sein müssen, daß es ja auch der Sinn des Londoner Abkommens[39] war, durch Übernahme von Lasten, die uns aufbringbar erschienen, uns unsere politische Bewegungsfreiheit zu sichern, daß wir aber naturgemäß in diese ganze Nachkriegszeit mit einer viel höheren Belastung des einzelnen hineingehen als andere Völker und daß wir uns deshalb auch nicht vortäuschen dürfen, als wenn die Zeiten noch so wären, wie

[38] So in der Vorlage. Offenbar meint Stresemann hier die bei Seneca gebrauchte Wendung „sine missione nascimur". – Zur Frage, ob es sich dabei um eine zu freie Übersetzung handele, vgl. das Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Staatssekretär Albert, o.D., in: STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 615–616.

[39] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 20), also insbesondere die Festlegung des Dawes-Plans als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen, in Kraft getreten.

sie früher waren.

Wenn ich von der Wirtschaftspolitik aus in eine allgemeine Betrachtung übergehen darf, dann gestatten Sie mir das eine zu sagen, daß die Anzahl, um nicht zu sagen die Unzahl, von Kongressen und Festen, die sich bei uns wieder geltend machen, dem Ausland und uns ein ganz falsches Bild vortäuschen von der Lage, in der wir uns selbst befinden. Es kann noch einmal die Zeit kommen, in der wir eine Nachprüfung deutscher wirtschaftlicher Lasten werden beantragen müssen. Täuschen wir uns nicht über die Grenzen des Könnens! Täuschen wir uns auch nicht über die Grenzen des Entgegenkommens in sozialen Dingen, diese Warnung ist nicht eingegeben von irgendeiner unsozialen Gesinnung, sondern eingegeben von der harten Notwendigkeit, mit der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft auch unser deutsches Volk aufrechtzuerhalten in den schweren Zeiten, vor denen wir stehen. Letzten Endes wird die Entwicklung unserer ganzen weltwirtschaftlichen Lage von der Entwicklung der außenpolitischen Dinge abhängig bleiben. Nichts ist im Innern so heftig umkämpft wie die deutsche Außenpolitik. Nirgend fließen auch die Gegensätze der Parteien[40] als auf diesem Gebiete, obwohl[41] es irgendein Gebiet gibt, auf dem die Parteipolitik zu schweigen hätte, es das Gebiet der deutschen Außenpolitik sein müßte. Wir sind durch Machtpolitik vom Ausland bis auf die heutige Stunde bedroht. Wie wenig wir das durchsetzen können, worauf wir mit vollem Recht glauben, einen unveräußerlichen Anspruch zu haben, das hat der Ablauf des 10. Januar gezeigt[42]. Aber auch gegenüber dem, was wir auf diesem Gebiete ertragen haben und vielleicht noch weiter ertragen müssen, gestatten Sie mir das eine zu sagen: machtpolitische Gesten waren nach meiner Auffassung schon in einer Zeit verfehlt, als wir die Macht besaßen, denn wer sie besitzt, braucht sie nicht äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Eine Geste aber, der die Tat nicht zu folgen vermag, schlägt gegen den, der sie ausführt. Ehre und Würde des deutschen Namens und des Deutschen Reiches haben nichts, aber auch gar nichts zu tun mit starken Worten, sondern werden am besten gewahrt durch sachliche Arbeit und durch Pflichterfüllung. Es gibt meiner

[40] So in der Vorlage. Hier ist wohl ein „stärker“ oder ähnlich zu ergänzen.

[41] So in der Vorlage. Hier ist wohl ein „wenn“ zu ergänzen.

[42] Stresemann bezieht sich darauf, daß die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden war. Dies wurde der Reichsregierung am 5. Januar 1925 durch eine alliierte Kollektivnote amtlich mitgeteilt und angekündigt, daß der Reichsregierung die Details der deutschen Verfehlungen später zugehen würden (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

Meinung nach gar keine Außenpolitik einer Partei oder einer Person; es wird für ganz lange Zeiten nur **eine** Außenpolitik geben, nämlich die, welche die Lebensinteressen Deutschlands wahrt und sich dabei bewußt ist, daß Deutschland ein machtloses Volk geworden ist und demgemäß mit anderen Mitteln als denen der Macht versuchen muß, sich die Stellung wieder zu erobern, die es verloren hat.

Ich sehe unsere Aufgaben in der Sicherung der Grenzen des Reiches, in der Erkämpfung der freien Entwicklung im Innern und in der Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse; wir wollen von den andern, daß man uns in Frieden läßt, daß wir in Ruhe unsere Wirtschaft wieder aufrichten, daß wir emporkommen können, um unsere Pflichten gegen unser deutsches Volk und die übernommenen Pflichten gegen andere durchzuführen.

Ich habe nicht die Absicht, der freundlichen Aufforderung eines Berliner Blattes[43] zu folgen und einen unpolitischen Vortrag in einer überparteilichen Gesellschaft zu einem Eingehen auf aktuelle Fragen zu benutzen. Aber gestatten Sie mir, nicht in erster Linie Ihnen gegenüber, aber dem Ausland gegenüber, das eine festzustellen, daß, wie es nur eine Außenpolitik gibt, die sich bemüht, die Lebensinteressen des deutschen Volkes zu wahren, die auf den Frieden und die friedliche Entwicklung hinstrebt, die Richtlinien einer Außenpolitik auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden können.

Gestatten Sie mir, ein zweites hier auszusprechen: ein innerpolitisches Votum gibt den Empfindungen über die Stellung der Parteianschauungen Ausdruck, aber wenn ich es recht verstehe – ich glaube es doch in vielem richtig sehen zu können – dann gibt es auch weiter kein Abwägen der Anschauungen des Volkes über die Gestaltung der deutschen Staatsform. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nach meiner Überzeugung nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform vollziehen. Es gibt Millionen von Deutschen, die bereit sind, sie zu verteidigen gegen jeden, der sich vermessen würde, uns in innerpolitische Kämpfe über die Frage hineinzuziehen; Millionen von Menschen, die für die heutige Staatsform als die einzige Grundlage einer gesunden Deutschland-Entwicklung eintreten und nur das eine verlangen, daß man ihnen nicht zumutet, ihre grundsätzliche Stellung zu Dingen zu ändern, die für sie eine Lebensanschauung bedeuten. Das ist das, was das deutsche Volk nach innen und außen beansprucht, daß man ihm nicht den Rückblick verwehrt auf eine Zeit, die groß und mächtig war und die zu vergessen

[43] Welche Zeitung und welchen Artikel Stresemann hier meint, konnte nicht ermittelt werden.

noch kein anständiges Volk unternommen hat, daß man sich aber auch darin zusammenfindet, daß die Not der Zeit – und sie wird noch lange auf uns lasten – und die Not der deutschen außenpolitischen Lage niemandem gestatten darf, an den Grundpfeilern zu rühren, auf denen heute das deutsche Reich aufgebaut ist und noch weiter aufgebaut werden muß, wenn die, die nach uns kommen, in ihm ruhig und sicher wohnen wollen. (Bravo! – Händeklatschen.)

Das Ausland braucht weder zu fürchten, noch zu hoffen auf eine innere Zerreißung in Deutschland, die bei uns nach den nächsten Wahlen eintreten soll. Über den Parteien, Verbänden, Organisationen, gibt es schließlich noch in Deutschland verantwortungsbewußte, vernünftige Leute, und ich glaube, die Partei dieser Leute wird im gegebenen Moment sich als die stärkste in Deutschland erweisen.

Was heute in einem Hamburger Blatt[44] wiedergegeben ist als Äußerung von englischer Seite, vom „Manchester Guardian“, bringt in vernünftiger Weise diese Gedanken zum Ausdruck. Wem die Leitung der deutschen Außenpolitik anvertraut ist, dem kann gar kein größerer Schaden geschehen, als wenn draußen in der Welt der Eindruck entstehen könnte, als gäbe es zwei Deutschland, die sich nicht mehr verstehen. Ein Land, in dem zwei Parteigruppen nicht mehr das Einigende zu finden vermögen, ist weder bündnisfähig in volks- noch in weltwirtschaftlicher Beziehung. Wenn man in diesem Sinne einmal das Primat der deutschen Außenpolitik anerkennen wollte, dann könnte man vielleicht über einer friedlichen außenpolitischen Entwicklung auch zu einem größeren Frieden im Inneren gelangen.

Gestatten Sie mir, zum Schluß noch ein Wort zu sagen: Wir haben heute viel von der Wirtschaft gesprochen. Fast könnte es scheinen, als sei sie so der Inbegriff unseres ganzen Denkens und Trachtens und als hätten die Recht, die davon sprechen, daß schließlich die materielle Frage doch für die Entwicklung der Völker das Entscheidende wäre. Gegenüber solchen Anschauungen möchte ich mich verwahren. Wie hoch ich die Bedeutung der großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Fragen einschätze, habe ich zum Ausdruck gebracht, aber mir steht immer vor Augen und stand vor Augen in den glücklicheren vergangenen Zeiten, als wir im Sonnenglanz unserer Weltgeltung uns befanden, die skeptische Frage meines alten Lehrers auf der Leipziger Universität, die Frage von Karl Bücher[45] in seiner „Entstehung

[44] Weder die betreffende Hamburger Zeitung noch der nachfolgend erwähnte Artikel im „Manchester Guardian“ konnten ermittelt werden.

[45] Karl Wilhelm Bücher (1847–1930), deutscher Nationalökonom. Als Professor in Leipzig betreute er die 1900 erstellte Doktorarbeit Stresemanns. – „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ erschien (mit

der Volkswirtschaft“, ob wir nicht – vom alten Deutschland aus gesprochen – mit all dem Zufluß an materiellen Glücksgütern – doch vielleicht genußreicher, aber freudenärmer geworden wären. Wer einmal den an sich in mancher Beziehung abstrusen, aber tief schürfenden Roman von Vischer[46] „Auch einer“ gelesen hat, dem wird gerade jetzt als eine seltsame Prophetie erscheinen, daß damals, längst vor dem Weltkrieg, davon gesprochen worden ist, daß die Deutschen das Glück nicht ertragen können, daß sie nach einem beispiellosen Aufschwung, nach einem siegreichen Kriege, wieder zusammenbrechen würden. Wenn irgend etwas notwendig ist für diesen Gegensatz, dann ist es der Zusammenhang jedes einzelnen und des Kaufmannes im besonderen, mit den großen geistigen Strömungen der Gegenwart. In dem Versammlungsraum der Dresdner Handelskammer steht an den Wänden das wundervolle Wort, das Goethe[47] in „Wilhelm Meister“ ausgesprochen hat, als er davon sprach, er wüßte nicht, wessen Geist weiter ausgebreitet sein müßte als der Geist eines Kaufmannes. Ich meine das nicht nur in bezug auf weltwirtschaftliche Fragen, nicht nur auf das, was Sie großzügig geschaffen haben, ich meine das nicht nur in bezug auf den Weltwandertrieb, der die einzelnen nicht erstaunen läßt, wenn sie hören, daß der andere von einer Weltreise zurückkommt. Ich habe die Empfindung, als wenn wir in den Zeiten des Glücks über dem grandiosen wirtschaftlichen Aufstieg etwas von dem verloren hätten, was früher das Volk näher zusammenführte, den Gedankenzusammenhang mit den großen Strömungen der Literatur, der Kunst, der Philosophie. Eine Frage, die oft in dieser Gegenwart leidenschaftlich erörtert wird, die Frage, woher das Übergewicht des jüdischen Elements in vieler Beziehung käme, ist, glaube ich, am treffendsten nach der Richtung zu erklären, daß gerade unsere jüdischen Mitbürger am ehesten in diesen Dingen darin stehen und darin aufgehen und dadurch eine Überlegenheit haben, die jeder hat, der geistig etwas bedeutet, über einen, der ihm auf diesem Gebiete nicht zu folgen vermag. Lassen Sie im Wirtschaftlichen das Seelische nicht erstarren. Letzten Endes kann das, was wir alle erhoffen,

---

Teil 1. Vorträge und Aufsätze) erstmals Tübingen 1893 und danach in zahlreichen Neuauflagen und Nachdrucken.

[46] Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. Der nachfolgend genannte Roman „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“ erschien in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879.

[47] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgend Angesprochene bezieht sich auf den 1795/96 erschienenen Roman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“; dort läßt Goethe Werner, den Freund Wilhelms, im 1. Buch, 10. Kapitel, dem Titelhelden, der Schauspieler werden möchte, zum Kaufmannsberuf raten mit der Begründung: „ich wüßte nicht, wessen Geist ausgebreiteter wäre, ausgebreiteter sein müßte als der Geist eines echten Handelsmannes“ (Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 7. 10. Aufl. München 1981, S. 37).

unser Wiederaufstieg, nicht allein aus dem Wirtschaftlichen, sondern aus dem Seelischen kommen und – so Gott will – wird er daraus kommen.

Es hat einmal ein Mann im Hamburger Hafen gestanden, der kam aus einer ganz anderen als der Kaufmannswelt, das war der alte Bismarck[48] nach seinem Sturz. Ein Mann, der in seinem ganzen Leben immer gelernt hat, nie sich an ein Dogma geklammert hat, sondern mit helleuchtenden Augen in die Welt sah und dahinter schaute, ob sich ihm etwas Neues böte. Als er, der vom Lande kam, mit beiden Füßen auf der Erde stand, der erdgewachsene Bauer, das Treiben im Hamburger Hafen sah, da sagte er zu dem Mann[49], der neben ihm stand und ihm dieses Bild zeigte: „Sie sehen mich erschüttert und bewegt. Ja, das ist eine neue Welt, das ist eine ganz neue Welt!“ Das war Deutschland auf der Höhe des Ruhmes.

Die heutige Welt zeigt nicht diesen Sonnenglanz, sie ist so grau, so düster, wie nur der Alltag sein kann. Aber, wenn ich an die Energie, auch an die seelischen Energien denke, die dazu geführt haben, daß Sie hier in Hamburg die deutsche Handelsflotte im Verlauf weniger Jahre wieder zu dem gemacht haben, was sie heute ist, daß viele von Ihnen nach Verlust ihres ganzen Vermögens mit frischer Tatkraft den Kampf um die deutsche Weltgeltung in Übersee und anderwärts wieder aufgenommen haben, wenn ich sehe, daß Dutzende von Deutschen wieder herüber gegangen sind nach den ehemaligen deutschen Kolonien, um, wenn auch unter fremder Flagge, deutsche Kolonialarbeit zu leisten, dann sage ich mir: über diesem ganzen Volk steht doch eine Verheißung. Bleibt uns diese Energie, bleibt uns dieses Arbeiten für die Zukunft, dann wird über dieser Zukunft auch das Wort stehen, mit dem Goethe sein tiefsinniges Gedicht Symbolum[50] schließt: Wir heißen euch hoffen!

---

[48] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Mit dem nachfolgend angesprochenen Besuch in Hamburg könnte derjenige vom 3. Juni 1890 bei Bürgermeister Petersen gemeint sein; im Bericht von dessen Tochter über den Besuch ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 9: Gespräche. Teil 3: Von der Entlassung bis zum Tode Bismarcks. Hrsg. u. bearb. v. Willy Andreas. Berlin 1926, S. 36–38) sind die nachfolgend erläuterte Szene und Bismarcks Ausspruch jedoch nicht überliefert.

[49] Wer hier gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[50] Goethes undatiertes Gedicht „Symbolum“, das für eine Weimarer Freimaurerloge geschrieben wurde, ist veröffentlicht u.a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 1. 9. Aufl. Hamburg 1969, S. 340–341.

## Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags vom 18. April 1925[1]

Nach ZEIT, Nr. 159 (Abendausgabe) vom 18. April 1925. – Druck auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 50. – Drucke (mit unwesentlichen Abweichungen) auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 183 (Abendausgabe) vom 18. April 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21766 (Morgenausgabe) vom 19. April 1925, S. 10.

*Nur einer der amtlichen Berichte aus den USA erwähnt die Möglichkeit, daß Hindenburgs Kandidatur zur Verzögerung bei deutschen Kreditverhandlungen in den USA führen könnte.*

Ich habe am gestrigen Nachmittag von einem Mitglied[2] des Ausschusses Mitteilungen über die hier geführten Verhandlungen[3] erhalten und habe daraufhin Veranlassung genommen, gestern an den **Botschafter in Washington[4] zu kabeln** und ihn zu bitten, sich über diese Frage zu äußern. Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß die Antwort bis heute vorgelegen hätte. Unter den heute hier eingegangenen

---

[1] In dem Artikel der Vorlage unter der Überschrift „Stresemann vor dem Hauptausschuß. Präsidentenwahl und Kredite“ (was im Artikel selbst dahingehend präzisiert wird, daß es sich um den Haushaltsausschuß gehandelt habe, der in Anlehnung an die Terminologie des Ersten Weltkriegs oft noch „Hauptausschuß“ genannt wurde) heißt es nach einem kurzen Überblick über die vorangegangenen Verhandlungen zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums: „nunmehr begann die gestern angekündigte politische Debatte über die Gründe des Stockens des Zuflusses von Auslandskrediten, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann zunächst das Wort ergriff. Der Minister führte aus:“ – Laut Berichterstattung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 183 (Abendausgabe) vom 18. April 1925, waren die Beratungen für vertraulich erklärt worden. Bei der Wiedergabe der Stresemann-Rede handele es sich um einen „offiziöse[n] Auszug, der nachher verbreitet wurde“. Es ist also davon auszugehen, daß die hiesige Wiedergabe nicht im Wortlaut der Rede Stresemanns entsprechen muß.

[2] Um wen es sich dabei handelt, konnte nicht sicher ermittelt werden.

[3] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 182 (Morgenausgabe) vom 18. April 1925, berichtete über diese Sitzung des Vortages u.a.: „Im Haushaltsausschuß des Reichstages stellte bei Beratung der Einzelposten des Etats [...] der deutschnationale Parteiführer Hergt die Frage, ob dem Herrn Minister [Wirtschaftsminister Neuhaus] bekannt sei, daß die von ihm früher erwähnte Kündigung von Krediten in Amerika auf deutsche innenpolitische Vorgänge, insbesondere auf die Präsidentenwahl, zurückzuführen sei. Trotz des Widerspruchs verschiedener Ausschußmitglieder gegen die Zulassung dieser keineswegs zur Sache gehörigen Frage erteilte der deutschnationale Abg. Schultz-Bromberg, der gerade den Vorsitz führte, dem Minister zur Beantwortung das Wort. Der Minister antwortete sodann, daß ihm von einem solchen Zusammenhang ‚amtlich nichts bekannt sei‘. Nachdem derart der agitatorische Zweck des Manövers erreicht schien, wollte der Vorsitzende die weitere Erörterung abschneiden. Abg. Meyer-Berlin (Dem.) legte hiergegen entschieden Verwahrung ein. [...] Abg. Meyer beantragte deshalb, die Erörterung morgen fortzusetzen und hierzu das Erscheinen des Reichsaußenministers zu fordern. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag angenommen.“

[4] Adolf Georg Otto („Ago“) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877 – 23. September 1927), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922 – Dezember 1924; Botschafter in Washington Dezember 1924 – 23. September 1927. – Die entsprechende telegraphische Anfrage konnte nicht ermittelt werden.

Telegrammen aus Washington befand sich eine **Antwort** des Botschafters **nicht.** Ich habe aus den letzten Nachrichten ersehen, daß der Herr Botschafter unter Umständen sich nicht in Washington, sondern in New York befindet[5]. Ich kann deshalb seine Antwort nicht vorlegen. Nach den sonst vorliegenden **amtlichen Mitteilungen** ist von **Kündigungen von Auslandskrediten nichts** berichtet worden. Unter den Berichten unserer Missions-Chefs, die sich mit der Präsidentenwahl[6] beschäftigen, die nicht auf Grund einer dringenden Aufforderung des Auswärtigen Amtes erfolgt sind – es ist selbstverständlich die Pflicht der Missionen, sich zu Fragen, wie der Präsidentenwahl von selbst zu äußern – ist nur **eine einzige Antwort,** die sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht, die aus **Washington** kommt[7], und in der sich der Satz befindet, daß infolge der Präsidentenwahl voraussichtlich damit zu rechnen sei, daß über den **Verhandlungen** der **Wirtschaftskredite[8] einige Zeit verfließe,** weil man den Ausfall der **Präsidentenwahl abwarte.** Das ist nach meiner Kenntnis auch bei der amerikanischen Präsidentenwahl der Fall, daß vor der Entscheidung eine gewisse Zeit der Spannung eintritt, in der man abwartet, wie die Dinge sich gestalten werden.[9]

---

[5] Maltzan hatte in einem telegraphischen Bericht vom 12. April 1925 angekündigt, in den folgenden Tagen Veranstaltungen in New York wahrzunehmen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 642–643).

[6] Gemeint ist die Kandidatur Hindenburgs für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 26. April 1925, die Stresemann und die DVP – wenn auch zögernd, weil sie lange an einer Kandidatur Jarres' auch für den zweiten Wahlgang festgehalten hatten – unterstützten. Vgl. dazu die verschiedenen Aufzeichnungen in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 43–56; die Erläuterungen Stresemanns in dem telegraphischen Erlaß an Maltzan vom 9. April 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 626–628; Stresemanns Zeitungsartikel in ZEIT, Nr. 160 (Morgenausgabe) vom 19. April 1925.

[7] Ein Bericht aus Washington mit dem nachfolgenden genannten Wortlaut konnte nicht ermittelt werden. Gemeint ist aber möglicherweise der in Anm. 5 genannte Bericht Maltzans, in dem es heißt: „Hougthon und maßgebende industrielle Amerikaner halten Räumungsfrage, Kreditgewährung und zunehmende wohlwollende Anteilnahme an Entwicklung Deutschlands andernfalls [bei einer Wahl Hindenburgs] für gefährdet." – Daneben ist lediglich noch ein Bericht eines Missionschefs, ein Telegramm Hoeschs aus Paris vom 12. April 1925, veröffentlicht (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 640–641).

[8] Zu konkreten laufenden (und stockenden) Verhandlungen für Wirtschaftskredite vgl. den New Yorker Korrespondentenbericht in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21763 (Abendausgabe) vom 16. April 1925, S. 2; die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 184 vom 19. April 1925, referiert überdies einen Artikel der „Rheinischen Zeitung" vom 18. April 1925, wonach Anleiheverhandlungen der Stadt Köln „mit einem Konsortium amerikanischer Finanzleute" wegen der Kandidatur Hindenburgs ins Stocken geraten und vom Scheitern bedroht seien.

[9] In der Vorlage wird in paraphrasierender Wiedergabe des weiteren Sitzungsverlaufs die bedauernde Äußerung eines DDP-Abgeordneten über eine für selbstverständlich angesehene Kreditzurückhaltung in den USA berichtet, die von zwei DNVP-Abgeordneten in Frage gestellt wird. – Zum weiteren Fortgang der Sitzung, in der von SPD-Seite die Unterstützung Stresemanns für Hindenburg hinterfragt wurde, vgl. auch die Berichte in ZEIT, Nr. 160 (Morgenausgabe) vom 19. April 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 184 vom 19. April 1925. – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Sitzung vgl. seine Tagebucheintragung vom 18. April 1925: STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 49. – Allgemein zu seinen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Kandidatur Hindenburgs die Tagebucheintragungen der vorangegangenen Tage: ebd., S. 48–49.

## Zeugenaussage vor dem Reichstagsuntersuchungsausschuß Ruhrentschädigungen vom 4. Mai 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 417, Anl. 3615, S. 207–211 u. 216–225 (mit eigener Seitenzählung der Anlage). – Teildrucke auch in ZEIT, Nr. 185 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 180 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1925; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 394–396; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 209 Abendausgabe) vom 4. Mai 1925; REICHSPOST, Nr. 123 vom 5. Mai 1925, S. 3.

*Erläutert, warum im Herbst 1923 die Reichsregierung die Verpflichtung gegenüber der Kohleindustrie einging, ihre aus den Micum-Verträgen entstehenden Kosten nach der Währungssanierung zu erstatten, und daß diese Verträge im April 1924 im Hinblick auf den Dawes-Plan verlängert wurden. Das Reich war aus seinen Reparationsverpflichtungen heraus diese Zahlungen ohnehin schuldig. Die SPD-Minister sind bei den damaligen Kabinettsentscheidungen nicht vorsätzlich ausgeschaltet worden; mangels prinzipieller Differenzen gab es dazu auch keinen Anlaß. Die seitens des Reichs eingegangenen Verpflichtungen waren gegenüber dem besetzten Gebiet auch moralisch geboten.*

[...][2]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Vorname: Gustav, Alter: 46 Jahre.

[...][3]

---

[1] Am 20. Februar 1925 hatte der Reichstag auf Antrag verschiedener Fraktionen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, der über die vom Reich an die Ruhrindustrie während der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien und insbesondere infolge der Micum-Verträge getätigten Zahlungen und Entschädigungen Aufschluß erzielen und ggf. Rückzahlungen ermöglichen sollte (die Texte der Anträge: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 398, Drucks. 578 [KPD]; Bd. 399, Drucks. 583 [SPD]; Drucks. 589 [DDP]; beschlossen wurde der leicht modifizierte Antrag der DDP). – Zur Reichstagsrede Stresemanns im Rahmen der Debatte über diese Anträge am 20. Februar 1925 vgl. diese Edition. – Der „Untersuchungsausschuß Ruhrentschädigungen“ konstituierte sich am 7. März und begann am 1. Mai 1925 mit den Zeugenvernehmungen (vgl. ebd., Bd. 417, Anl. 3615, S. 2 [eigene Seitenzählung der Anlage]). – Die Vorlage entstammt dem abschließenden Ergebnis des Untersuchungsausschusses, das dieser 1927 dem Reichstag zuleitete. – Zu Stresemanns eigener Einschätzung seiner Aussage und der gesamten Arbeit des Untersuchungsausschusses vgl. seine Tagebuch-Eintragung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 394.

[2] Der Ausschußvorsitzende leitet die Befragung des Zeugen ein, indem er auf dessen Ladung verweist, ihn informiert, daß die Vereidigung nach Vorlage des stenographischen Protokolls erfolgen werde, und um die Personalien bittet.

[3] Der Ausschußvorsitzende schildert das geplante Vorgehen auf dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse des Ausschusses und bittet Stresemann insbesondere „um Auskunft darüber, was damals in der Zeit Ihrer Kanzlerschaft bei diesen Abschlüssen [zwischen der Reichsregierung und der Ruhrindustrie], die ihren Niederschlag in den bekannten Briefen gefunden haben, die Absicht der

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Bei den damaligen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau, der durch die Sechser-Kommission an die Reichsregierung herantrat[4], sind die Verpflichtungen der Reichsregierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgegangen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß beide Parteien davon ausgegangen sind, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen hätte, die auch unter Umständen von der anderen Seite einklagbar gewesen wäre. Das geht aus den Verhandlungen hervor, an denen ich ja wesentlich mit teilgenommen habe, und in denen die Gegenseite, die Sechser-Kommission, eine Erklärung der Reichsregierung mit der Begründung forderte, sie könne den Ruhrbergbau nur dann wieder in Gang bringen, wenn es ihr gelinge, ausländische Kredite aufzunehmen; ihre eigenen Mittel reichten dazu in keiner Weise, die Aufnahme ausländischer Kredite sei sehr schwierig – soweit ich mich entsinne, wurden dabei meist die Schweiz und Holland genannt –, man brauche ein Instrument, um diese ausländischen Kredite aufzunehmen, und das sei die Verpflichtung der Reichsregierung, nach Ordnung der Reichsfinanzen ihrerseits an die Stelle der die Reparationslasten vorstreckenden Ruhrindustrie zu treten.

Herr Stinnes[5] hat bei diesen Verhandlungen einmal den Ausdruck gebraucht: Ich muß, wenn es einmal hart auf hart kommt, in der Lage sein, die Erklärung der Reichsregierung eventuell lombardieren zu können, um mir – die Person immer für den Ruhrbergbau genannt – Geld schaffen zu können.

Ich darf aber auch – ich habe mir einmal die Akten angesehen – auf die Verhandlungen hinweisen, die zwischen der Sechser-Kommission und der Micum[6] geführt worden sind, daß die Herren diese Auffassung auch gegenüber der Micum selbst vertreten haben. Der grundlegende Satz im Protokoll über die Verhandlungen der

---

Beteiligten, insbesondere die Absicht der Reichsregierung gewesen ist." (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 417, Anl. 3615, S. 207–208 [eigene Seitenzählung der Anlage].)

[4] Gemeint ist in erster Linie ein Schreiben Stinnes' vom 7. Oktober 1923 (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 222–223), in dem er anfragte, ob die Kohleindustrie zur Herstellung eines Modus vivendi direkt ein Abkommen mit den Besatzungsmächten abschließen könne, und insbesondere, ob die Reichsregierung für die der Industrie durch ein solches Abkommen entstehenden Kosten aufkommen werde.

[5] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP). – Der nachfolgend von Stresemann Stinnes zugeschriebene Satz findet sich zwar nicht wörtlich, aber der Sache nach im Protokoll der Besprechung Stresemanns und anderer Minister mit Vertretern der Sechserkommission vom 19. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 631).

[6] Die MICUM („Mission interalliée de contrôle des usines et des mines") führte auf seiten der Besatzungsmächte die Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen nach dem Abbruch des passiven Widerstandes im Herbst 1923.

Reichsregierung vom 20. Oktober jenes Jahres lautet, wenigstens in dem, was ich damals ausgeführt habe und was proto[ko]lliert worden ist[7]: Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Ersatzleistung; die Ersatzleistung tritt ein, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind.

Am 22. Oktober haben Verhandlungen mit der Micum stattgefunden[8]. Dabei hat die Sechser-Kommission naturgemäß von ihrem Standpunkt aus die Verpflichtungen, die sie gegenüber den Besatzungsmächten übernehmen sollte, auf ein Minimum herabzudrücken versucht. Herr Frantzen[9], der französische Delegierte, hat bei diesen Verhandlungen ausgeführt, aus den deutschen Vorschlägen müsse er feststellen, daß die Zechen überhaupt keine Opfer zu bringen beabsichtigten; die Zahlung der Kohlensteuer lehnten sie ab, und für die Reparationskohle rechneten sie, wenn auch nicht auf eine einzige, so doch auf eine spätere Zahlung durch das Reich. Die Herren haben also 48 Stunden nach diesen ersten Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung in den Verhandlungen mit der Micum zum Ausdruck gebracht, daß sie auf eine spätere Zahlung durch das Reich rechneten.

(Abgeordneter Wissell[10]: rechneten!)

– Gewiß, so fasse ich es auch auf: wenn das Reich nicht in der Lage war, diese Zahlungen zu machen, dann mußten sie eben das Risiko übernehmen, diese Auslandskredite aus eigenen Mitteln zu zahlen, zusammenzubrechen oder durch irgendwelche anderen Umstände über die Situation hinwegzukommen.

Am 28. November hat das Reichsministerium für Wiederaufbau an die deutsche Kriegslastenkommission in Paris ein Schreiben gerichtet[11] und hat dort zur Weitergabe an die Reparationskommission ebenfalls mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Kohlenzechen gegenüber die Verpflichtung zum Ersatz der von ihnen übernommenen Leistungen nach Ordnung der Reichsfinanzen unter der Voraussetzung der Gutschrift der Leistungen auf laufende Reparationsrechnung übernommen habe. Auch hier ist also der Reparationskommission gegenüber ganz klar und deutlich zum Aus-

---

[7] Vgl. das Protokoll des Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 ebd., S. 662–773 (das betr. Zitat: S. 666).

[8] Vgl. das Protokoll dieser Besprechung der Sechserkommission mit der Micum in Düsseldorf vom 22. Oktober 1923 ebd., S. 685–690.

[9] Paul Herman Frantzen (1880–1935), französischer Bergwerksingenieur; Präsident der Micum 1923–1924.

[10] Rudolf Wissell (1869–1962), Mitglied im Rat der Volksbeauftragten 1918–1919; Reichswirtschaftsminister 1919; Reichsarbeitsminister 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[11] Abgedruckt ebd., S. 1165–1171.

druck gekommen, daß das Reich die Verpflichtung zum Ersatz dieser Leistungen übernommen habe. Es war also gar kein Zweifel bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau, daß es sich hier nicht um irgendeine Zusage handele, um jemandem etwas zu erleichtern, sondern um eine Zusage, die eine Bindung, eine Verpflichtung in sich schlösse.

Es handelte sich dabei auch um Summen, bei denen es klar war, daß sie auf die Dauer von den Beteiligten aus eigener Kraft nicht getragen werden konnten und daß sich deshalb das Reich bei den damaligen Verhandlungen sagten mußte, daß es zu gegebener Stunde voraussichtlich in Anspruch genommen werden würde. In einer Aufzeichnung des Reichsministeriums für Wiederaufbau vom 18. Januar 1924[12] ist bereits die Gesamtbelastung der Zechen aus den Reparationsverträgen auf mehr als 50 Millionen Mark pro Monat geschätzt worden. Dabei muß ich bemerken, daß bei den ersten Verhandlungen, die wir mit der Sechser-Kommission geführt haben, hier alles unter dem Eindruck gestanden hat, daß die Verpflichtungen des Kohlenbergbaues mit dem 15. April[13] ihr Ende finden würden, weil wir hofften, bis dahin so oder so zu einer anderen Art der vertragsmäßigen Leistung der Reparationen gekommen zu sein. Die Herren des Kohlenbergbaues haben uns aber schon, bevor diese Dinge verlängert werden mußten, da wir ja erst viel später zu einer staatlichen Reparationsleistung durch die Dawes-Abkommen[14] kamen, mitgeteilt, daß sie gar nicht mehr in der Lage wären, ihrerseits diese Leistungen aufrechtzuerhalten. Herr Geheimrat Peter Klöckner[15] hat sich am 17. März 1924 an die Reichsregierung gewandt, ob nicht durch das Reich ihnen Kredite beschafft werden könnten, damit die Ausführung der Micum-Verträge noch auf einige Wochen nach dem 15. April gesichert werden könn-

[12] Vgl. ebd., Marx I/II, I, S. 250–251, Anm. 2–4.

[13] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war am 15. Januar 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (ebd., 65 [1924], S. 398) und sollte am 15. April 1924 ablaufen. Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf diesen Ablauftermin.

[14] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[15] Peter Klöckner (1863–1940), rheinischer Industrieller; Vorstand der Klöckner-Werke AG. – Zu seinem im Folgenden erwähnten Schreiben an Stresemann vom 17. März 1924 vgl. ebd., I, S. 478, Anm. 4.

te. Die Herren haben mitgeteilt, daß ihre Hoffnung auf ausländische Kredite sich nur zum Teil erfüllt hätte und daß sie vollkommen am Ende wären, wenn damals nicht schon direkt eine Mitwirkung des Reichs bei der Tragung der Micum-Lasten einträte.

Am 10. April hat Herr Reichskanzler Marx[16] folgendes Schreiben an die Sechser-Kommission gerichtet: „Das Reich erkennt an, daß auch die Leistungen des Ruhrbergbaues nach dem 15. April 1924 einen Teil der Reparationsverpflichtungen darstellen. Das Reich wird die Zahlungen leisten, wenn und soweit die Anleihemittel zur Verfügung stehen." Das Kabinett Marx hat also am 10. April kurz vor der Verlängerung der Verträge noch einmal ausdrücklich anerkannt, daß es die Zahlung für die Kohlenlieferungen des Bergbaues als Reparationsleistungen ansieht, die von dem Bergbau vorgelegt wurde und die von der Reichsregierung zu erstatten war. Es hat hier die Reichsregierungsleistungen davon abhängig gemacht, daß dem Reich Anleihemittel zur Verfügung ständen. Nun war am 10. April die Situation schon so weit vorgeschritten, daß die Verhandlungen mit den Sachverständigen[17] uns erhoffen ließen, eine Anleihe für das Reich zu bekommen, die uns ein Jahr vor Augen führte, in dem wir von unmittelbaren Leistungen an die Entente frei waren und demgemäß im Innern freier waren zu wirtschaften.

In den Verhandlungen der Micum mit der Sechserkommission vom 9. April 1924 hat der französische Delegierte Frantzen seinerseits die Reparationsleistungen des Ruhrbergbaues bereits auf 200 Millionen Goldmark geschätzt[18]. Herr Vögler hat in dieser Verhandlung erklärt, daß die Summe zu niedrig sei, daß große Posten nicht berücksichtigt wären, z.B. nicht die Rückstände der Kohlensteuerschuld.

In dieser Sitzung – damit komme ich auf die spätere Mitwirkung des Reichs bei

---

[16] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Das im Folgenden erwähnte Schreiben konnte nicht ermittelt werden; es handelt sich jedoch offenbar um die in der Besprechung mit der Sechserkommission vom 10. April 1924 erzielte Grundlage für die Verhandlungen der Ruhrindustrie mit der Micum (vgl. das Protokoll der Besprechung: ebd., S. 550–551 u. insb. Anm. 3).

[17] Nachdem die Gutachten der Sachverständigen-Ausschüsse zur Regelung der Reparationsfrage der Reichsregierung am 9. April vertraulich und am 11. April 1924 amtlich zugänglich gemacht worden waren, hatte das Kabinett bereits bei seinen ersten beiden Befassungen am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (ebd., S. 546–548 u. 552–554). Am 14. April 1924 wurde die deutsche Kriegslastenkommission in Paris mit der Übergabe einer entsprechenden Note an die Reparationskommission beauftragt, was am 16. April 1924 vollzogen wurde (vgl. ebd., S. 568, Anm. 6).

[18] Eine Verhandlung zwischen Micum und Ruhrindustrie am 9. April 1924 konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch zu Verhandlungen am 8. April 1924 ebd., S. 544–545 mit Anm. 1. Allerdings ist die hier Frantzen und im Folgenden Vögler zugewiesene Äußerung dort nicht dokumentiert.

den Micum-Lasten, die auch hier eine Rolle gespielt haben – hat der französische Delegierte Frantzen erklärt, er lehne Ermäßigungen in bezug auf Kohlensteuer und andere Forderungen der Sechser-Kommission ab, weil das Reich durchaus in der Lage sei, die Micum-Verträge zu finanzieren. Der französische Delegierte hat seine Ansicht auf Mitteilungen gestützt, die ihm zugegangen waren über die Verhältnisse des deutschen Etats, wahrscheinlich durch irgendeine Form der Spionage, die er über die Reichsfinanzen getrieben hat, und hat den Herren gesagt, ihre Erklärung, daß das Reich nicht in der Lage sei, ihnen zur Seite zu treten, könne er nicht entgegennehmen; er wisse ganz genau, daß das Reich nach seiner Finanzlage dazu imstande sei.

Auch hier möchte ich bemerke, es geht aus dieser Diskussion hervor, daß auch der französische Delegierte gar keiner anderen Auffassung gewesen ist als der, daß er namens seiner Regierung Reparationsleistungen fordere und daß es nur eine Frage der Zeit sei, wann an die Stelle derjenigen, die privatim diese Reparationskohle forderten, das Deutsche Reich träte, das als politischer Kontrahent nach dem verlorenen Kriege diese Reparationsleistungen zu machen hätte.

Am 13. April ist dann die entscheidende Sitzung über die Fortsetzung der Micum-Verträge gewesen[19], und in dieser Sitzung ist jenes Kommuniqué herausgegeben worden, in dem gesagt wurde, das Sachverständigengutachten und die Entscheidung der Reparationskommission hätten eine neue Lage geschaffen, die dem Ruhrkohlenbergbau gestatte, die Micum-Verträge noch einmal zu verlängern, weil die Beschaffung von Krediten durch die Hoffnung auf das Zustandekommen des Sachverständigengutachtens erleichtert sei.

Die Dinge haben sich dann bis Ende August hingezogen[20]. Wir haben uns immer wieder bemüht, die Lasten vom Bergbau wegzunehmen, z.B. auch durch den Vorschlag, daß die Anleihe, die uns gewährt werden solle, um einige Wochen vorgezogen werden solle, so daß schon die Ruhrlieferungen daraus mit gedeckt werden könnten[21]. Wir wußten nicht, wie wir bis Ende August die Sache hinziehen sollten, da uns die Herren – und nach Meinung der Ressorts mit vollem Recht – erklärten, daß

[19] Ein Protokoll dieser Sitzung konnte nicht ermittelt werden. Zu den Verhandlungen vom 13. und 14. April 1924 vgl. jedoch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 179 (Abendausgabe) vom 14. April 1924; Nr. 181 (Abendausgabe) vom 15. April 1924. – Zum nachfolgend erwähnten Kommuniqué, das offenbar erst am 15. April 1924 veröffentlicht wurde, vgl. ebd., Nr. 182 (Morgenausgabe) vom 16. April 1924.

[20] Gemeint ist die Zeit bis zum Abschluß der Londoner Konferenz und zum Londoner Abkommen (vgl. oben mit Anm. 14).

[21] Zu dieser allerdings in der Diskussion verworfenen Idee vgl. die Besprechung mit der Sechserkommission vom 10. April 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551).

sie am Ende ihrer Kräfte wären und nichts mehr leisten könnten.

Nun hat man hier die Frage aufgeworden – und Sie gestatten mir, darauf einzugehen; es ist auch im Plenum des Reichstages geschehen[22] –, wie es denn zu erklären sei, daß die Reichsregierung auf der einen Seite in ihren Verlautbarungen erklärt hätte, daß sie die Micum-Verträge nicht finanziere, während sich herausstelle, daß sie das de facto in einem größeren Ausmaße getan habe. Dazu möchte ich bemerken: Die Finanzierung ist in verschiedener Weise erfolgt, und zwar zunächst nicht durch das Reich. Die erste Hilfeleistung, die wir der Ruhrindustrie gewähren mußten, weil sie die Micum-Verträge nicht mehr erfüllen konnte, bestand darin, daß wir ihr Kredit durch die Post und die Eisenbahn verschafft haben[23]. Durch die Eisenbahn in der Weise, daß sie sich verpflichtete, für die ihr vorgestreckten Summen später Kohle zurückzuliefern. Ferner auf dem Wege Post – Reichsbank mit Genehmigung der Reichsregierung. Hier war also das Reich nicht direkt beteiligt. Somit waren die Dinge auch formal gedeckt.

Vom politischen Gesichtspunkte aus möchte ich aber weiterhin folgendes sagen. ich darf bitten, daß diese Mitteilungen vertraulich behandelt werden. Wir haben uns bemüht, die Micum-Lasten bei jeder Gelegenheit herunterzudrücken. Das ist auch geschehen. Bei jeder Verlängerung der Micum-Verträge ist die Last herabgesetzt worden. Wenn wir durchblicken ließen oder erklärten, daß das Reich die Micum-Lasten übernehme, dann hätten der französische und der belgische Delegierte[24] überhaupt nicht das Recht gehabt, irgendeine Ermäßigung der Kohlensteuer eintreten zu lassen. Nur dadurch, daß wir die Hände ganz herausließen, daß immer die Herren Vögler und andere verhandelten und ihrerseits – was die Herren von der französischen und belgischen Delegation auch wußten – erklärten: wir können nicht mehr, und dadurch, daß die Herren selber im Unklaren darüber waren, wieweit das Reich die Herren stütze, war es möglich, Ermäßigungen durchzusetzen, die niemals durchgesetzt worden wären, wenn wir unsererseits erklärt hätten, hinter der Sache stehe das Deutsche Reich, das Reich zahle die Sache. Was für ein Interesse hätten dann die Herren vor dem Dawes-Gutachten gehabt, dem Deutschen Reich irgendeine Konzession auf diesem Gebiete zu machen?

---

[22] In der Sitzung vom 20. Februar 1925; vgl. dazu in dieser Edition auch die Rede Stresemanns in der Sitzung.

[23] Vgl. dazu die Besprechung mit der Sechserkommission vom 13. Juni 1924 (ebd., II, S. 698–700).

[24] Georges Hannecart (1887–1950), belgischer Industrieller; Chef der belgischen Delegation bei der Micum 1923–1924.

Wir haben am 29. Juni beschlossen[25], einen Betrag von 24 Millionen Mark schon damals zu zahlen, um dem Ruhrbergbau die Reparationslieferungen zu ermöglichen. Wir haben außerdem ihm ein zinsloses Darlehn von 12 Millionen Mark vermittelt. So sind die Dinge immer weiter gegangen, bis wir am 30. Juni jenen Betrag von Schatzanweisungen dem Ruhrbergbau übergeben haben, der Ihnen ja auch bekannt ist, um ihm die Möglichkeit zu geben, bis zu dem Tage auszuhalten, wo das Sachverständigengutachten in Ordnung wäre und eine neue Regelung einträte. Ich darf bemerken, daß am 16. August 1924 ein Schreiben des Reichsfinanzministers[26] abgegangen ist, worin er damals den Charakter der Verpflichtungen des Reichs in folgender Weise zum Ausdruck bringt:

> Die dem Ruhrbergbau aus Anlaß seiner Micum-Leistungen gezahlten Beträge stellen lediglich eine Abschlagszahlung auf die vom Reich vor Beginn der Kohlenbeschlagnahme dem Bergbau gegenüber ausdrücklich eingegangene Verpflichtung späterer Erstattung seiner Leistungen dar.

Meine Herren! aus diesen ganzen Verhandlungen, die ich mir an Hand der Akten vor Augen geführt habe, aus den Versuchen der Industrie, die Verpflichtung des Reichs zu benutzen, sie gewissermaßen zu lombardieren, zu hinterlegen, um sich dadurch Kredit zu verschaffen, aus den Erklärungen, die gegenüber den französischen und belgischen Delegierten schon am 22. Oktober gegeben worden sind[27], und andererseits aus den Debatten, die bei jeder Verlängerung der Micum-Verträge – und ich glaube, es hat ja sechs oder sieben Verlängerungen der Micum-Verträge gegeben – geführt worden sind zwischen den Franzosen und den deutschen Kohlenbergherren: warum zahlt das Reich nicht, das Reich ist in der Lage zu zahlen, – geht doch das eine klar hervor – und damit möchte ich die Frage beantworten, die an mich gestellt worden ist –: Es handelte sich hier um vorgestreckte Reparationsleistungen des Deutschen Reiches, die das Deutsche Reich seinerseits nach den Micum-Verträgen zu übernehmen hatte, die zu übernehmen es sich verpflichtet hatte, sobald seine Finanzen in Ordnung wären. Nach der Richtung hin besteht für mich kein Zweifel daran, daß das Reich hier auch eine privatrechtliche Bindung eingegangen ist, abhängig davon, wann man die Sanierung der Finanzen als gegeben anse-

[25] Vgl. dazu die Besprechung mit der Sechserkommission vom 13. Juni 1924 ebd., S. 752–755.

[26] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Das betreffende Schreiben konnte nicht ermittelt werden.

[27] Vgl. oben mit Anm. 8.

hen mußte.

Ich darf dann, Herr Vorsitzender[28], wenn Sie es mir gestatten, vielleicht noch auf eine Frage eingehen, die mich speziell als den damaligen Reichskanzler[29] anging. In den Verhandlungen dieses Ausschusses ist auch davon gesprochen worden[30], daß anscheinend eine spezielle Ausschaltung der der Sozialdemokratie angehörigen Minister des Reichskabinetts[31] bei dieser Frage stattgefunden hätte. Eine derartige Ausschaltung ist nicht erfolgt. Ich würde gar keinen Grund für eine solche Ausschaltung sehen, da das Kabinett in dem Prinzip der Anerkennung dieser Forderungen, in der Überzeugung, daß alles getan werden müsse, um den Ruhrbergbau wieder in Betrieb zu bringen, vollkommen einig gewesen ist. Man hat nun aber speziell gesagt, am 1. November sei der Herr Minister Schmidt[32] von der Teilnahme an derjenigen Besprechung der Ministerien ausgeschaltet worden, die den Entwurf für mein Schreiben an Herrn Stinnes herstellen[33], in dem die Verpflichtungen des Reichs dann im einzelnen stipuliert wurden.

**Vorsitzender:** Herr Minister, es steht doch aktenmäßig fest, daß der damalige Herr Wiederaufbauminister Schmidt am 1. November in der Kabinettssitzung anwesend war.

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Verzeihung, ich meine nicht die Kabinettssitzung. Ich hatte nämlich gehört, daß gesagt worden wäre, der Herr Minister Schmidt sei ausgeschaltet worden bei jenen Besprechungen über die Abfassung dieses Schreibens. Ich wollte nur auf das eine hinweisen: das Schreiben ist von den beteiligten Ressorts, auch vom Ministerium für Wiederaufbau, verfaßt. Herr Staats-

---

[28] Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau (1883–1947), Mitglied des Reichstags Dezember 1924 – 1932 (für die DNVP 1924–1929, für die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft [als deren Fraktionsvorsitzender] 1929–1930, für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[29] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[30] Im Zuge der Zeugenvernehmung des ehemaligen Wiederaufbauministers Schmidt vor dem Ausschuß am 1. Mai 1925 (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 417, Anl. 3615, S. 202–207 [eigene Seitenzählung der Anl.]) war von seiten der SPD-Mitglieder im Ausschuß die entsprechende Vermutung geäußert worden.

[31] Neben Schmidt war die SPD im Kabinett Stresemann bis zum 2. November 1923 durch die Minister Radbruch und Sollmann vertreten; alle drei bekundeten an diesem Tag ihren Austritt aus der Regierung.

[32] Robert Schmidt (1864–1943), Reichsernährungsminister 1919–1920; Reichswirtschaftsminister 1919–1920 und 1921–1922; Reichsminister für Wiederaufbau 13. August – 3. November 1923; Vizekanzler 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die SPD). – Zur Kabinettssitzung vom 1. November vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 933–940.

[33] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar „herstellte“ oder „herstellen sollte“. – Mit dem Schreiben an Stinnes ist offenbar das Schreiben Stresemanns an die Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins vom 1. November 1923 gemeint (ebd., S. 941–944).

sekretär Müller[34] hat daran teilgenommen.

[...][35]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Eine Absicht hat niemals vorgelegen. Ich möchte auch das eine bemerken. Herr Schmidt ist an mich als Reichskanzler niemals mit dem Wunsche herangetreten, beteiligt zu sein. Sonst hätte ich diesem Wunsch sofort entsprochen.

(Abgeordneter Landsberg[36]: Er wußte ja nichts davon!)

–Verzeihung, am 20. Oktober haben wir eine stundenlange Beratung mit dem preußischen Ministerpräsidenten[37] über die ganzen Fragen der besetzten Gebiete gehabt. Darin haben wir den Brief des Herrn Stinnes verlesen[38]. Wir haben weiter die Frage der Weiterzahlung an das besetzte Gebiet ausführlich behandelt. Es hätte doch nichts näher gelegen, als daß der Herr Minister für Wiederaufbau gesagt hätte: Bei der Wichtigkeit dieser Frage muß ich aber an den Verhandlungen, die hier mit der Sechserkommission in Berlin gepflogen werden, auch meinerseits persönlich beteiligt werden. Diese Frage war doch in den Tagen vom 20. Oktober bis 1. November die Frage, mit der sich das Reichskabinett zu befassen hatte. Denn es war doch eine Frage von größter prinzipieller Bedeutung, ob wir den damals drohenden Gefahren im Ruhrgebiet entgegentreten konnten.

Ich darf auch auf folgendes hinweisen: In jener Zeit zwischen dem 20. Oktober und dem 1. November – ich glaube, es war am 24. Oktober, vielleicht ist einer der anwesenden Herren in der Lage, das Datum zu nennen – hat eine Versammlung in Hagen stattgefunden[39], in der wir über alle Fragen des besetzten Gebiets verhandelt haben.

---

[34] Gustav Müller (1866–1929), Staatssekretär im Ministerium für Wiederaufbau 1920–1924; dort mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt November 1923 – Mai 1924. – Zu seiner Teilnahme an der Redaktion des in der vorangegangenen Anm. genannten Schreibens vgl. ebd., S. 941, Anm. 1.

[35] Der Vorsitzende hält den Eindruck, daß die sozialdemokratischen Minister an der Ausarbeitung des Schreibens nicht beteiligt worden seien, für eine Folge ungenauer Wiedergabe in der Presse. Dagegen sei im Untersuchungsausschuß ausgesagt worden, daß die betreffenden Minister vor dem 1. November unzureichend unterrichtet worden seien. Er fragt Stresemann: „Jedenfalls hat eine Absicht [die drei Minister nicht zu informieren] nicht vorgelegen?“

[36] Otto Landsberg (1869–1957), Reichsjustizminister 1919; Gesandter in Brüssel 1920–1924; Mitglied des Reichstags Dezember 1924 – 1933 (für die SPD).

[37] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD). – Braun nahm ausweislich der Anwesenheitsliste an der Sitzung des Reichskabinetts vom 20. Oktober 1923 teil (zum Protokoll vgl. oben mit Anm. 7).

[38] Gemeint ist das Schreiben Stinnes' vom 20. Oktober 1923 (ebd., S. 659–662).

[39] Zur Rede Stresemanns bei einer Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Hagen am 25. Oktober 1923 vgl. diese Edition.

(Zuruf: Es war am 24. Oktober!)

Von Hagen fuhren die Minister, die daran teilnahmen, auch die Herren Minister Sollmann[40] und Schmidt, nach Schwerte. Dort stand der Salonwagen, mit dem wir zurückfuhren. Wir hatten dort über 1 1/2 Stunde Zeit. Zu uns stiegen ein die Herren Stinnes, Vögler[41] und Klöckner. Auch in Anwesenheit der Herren Kollegen Sollmann und Brauns[42] ist vor unserer Abfahrt nach Berlin ausführlich über diese ganzen Fragen gesprochen worden. Das ist ein Beweis dafür, daß irgendeine Ausschaltung der sozialistischen Minister von den Verhandlungen mit den Kohlenherren überhaupt nicht in Betracht gekommen ist. Wir haben im Gegenteil die Herren eingeladen, in Schwerte zu uns zu kommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, auch mit den dort anwesenden Ministern über diese Dinge zu sprechen. Aber ich möchte vor allen Dingen bemerken – das schien mir doch auch aus den Verhandlungen im Plenum hervorzugehen[43] –, daß wir, soweit ich die Dinge übersehe, wohl Differenzen hatten in bezug auf die Frage, inwieweit ohne Parlamentszustimmung die Auszahlungen erfolgen könnten, in bezug darauf, ob die Höhe der Auszahlungen genügend geprüft worden ist; daß aber darüber, daß eine Notwendigkeit damals vorlag, das Angebot der Bergherren anzunehmen und ihnen auch die Erstattung in Aussicht zu stellen, keine Differenz bestand, so daß auch irgendein Grund, die Herren sozialdemokratischen Minister von den Verhandlungen auszuschließen, politisch gar nicht bestanden haben kann. Ich kann jedenfalls erklären, daß es mir als Kanzler vollkommen ferngelegen hat, hier irgendeine politische Differenzierung vorzunehmen oder irgendwie einen der Herren von den Verhandlungen auszuschließen.

[...][44]

---

[40] Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[41] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion).

[42] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum).

[43] Stresemann bezieht sich mit „Plenum“ vermutlich auf die Reichstagssitzung vom 20. Februar 1925 (vgl. seine Reichstagsrede an diesem Tag in dieser Edition).

[44] Der Vorsitzende schildert im Folgenden, daß auch Wiederaufbauminister Schmidt bekundet habe, er habe „nicht den Eindruck einer böswilligen Ausschaltung gehabt“, und leitet zu den Fragen der Ausschußmitglieder über. Nach einer Frage des KPD-Abgeordneten Stoecker unterbricht der Vorsitzende mit Zustimmung des Ausschusses die Vernehmung Stresemanns, um die Vernehmung des durch einen anderen Sitzungstermin unter Zeitdruck stehenden Reichsfinanzministers Schlieben vorzuziehen. – Nach einer längeren Unterbrechung Stresemanns durch diese Zeugenvernehmung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 417, Anl. 3615, S. 211–216 [eigene Seitenzählung der Anlage]) faßt der Vorsitzende noch einmal den für den Ausschuß relevanten Teil der Frage

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Es ist mir bekannt, daß neben den Verhandlungen, die die Sechser-Kommission geführt hat, eine Reihe anderer Verhandlungen einhergegangen sind. Einige Firmen haben für sich verhandelt. Ich glaube, das trifft zum Beispiel auch für die Firma Krupp zu; ebenso bei Firmen wie Rheinstahl und Phönix; in der Denkschrift[45] sind die Firmen im einzelnen auf[ge]führt. Ich habe meinerseits in einem Interview, das ich am 12. Oktober der Kölnischen Zeitung gegeben habe[46], mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß man durch Verhandlungen einzelner Gruppen die Regierung und ihre Außenpolitik präjudiziert habe. Auf die Frage, inwieweit – so habe ich Herrn Stoecker[47] verstanden – der Abschluß dieser Verhandlungen nun dazu gezwungen hätte, der Sechser-Kommission weitgehende Zugeständnisse zu machen, kann ich das eine antworten: Prinzipiell hat sich durch diese Verhandlungen damals der Standpunkt, daß wir verpflichtet wären, die Ausgaben zu erstatten, nicht geändert. Ich glaube aber wohl – soweit mir die Dinge im Gedächtnis sind –, daß das Bedenken, das gegen diese Vorverhandlungen mit Recht vorgebracht worden ist, darin lag, daß diese Firmen Zugeständnisse gemacht haben, die nachher die Stellung der Sechser-Kommission gegenüber den französischen und belgischen Delegierten sehr erschwert hat.

[...][48]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich habe in meinen vorherigen Ausführungen nicht gesagt, daß die Herren keine ausländischen Kredite bekommen hätten, sondern ich habe einen Brief des Geheimrats Klöckner zitiert[49], in dem er gesagt hat – ich kann den Brief ja einmal nachsehen –, daß die gewünschten Auslandskredite nicht in dem erhofften Maß hätten beschafft werden können. Es unterliegt meiner Meinung nach gar keinem Zweifel, daß damals Auslandskredite abgeschlossen wor-

---

Stoeckers zusammen, „ob ihm [Stresemann] aus früheren Verhandlungen zwischen rheinischen Unternehmern und den Franzosen Tatsachen bekannt wären, die über den Charakter der Micum-Verträge Aufschluß geben könnten. Nur in diesem Rahmen hatte seine Frage für den heutigen Tag Bedeutung."

[45] Im Vorfeld der Reichstagsdebatte vom 20. Februar 1925 über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses war von seiten des Reichsfinanzministeriums dem Reichstag eine auf den 16. Februar 1925 datierte umfangreiche Denkschrift vorgelegt worden (ebd., Bd. 398, Drucks. 568 [mit eigener Seitenzählung]).

[46] Zu diesem Interview vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 162.

[47] Walter Stoecker (1891–1939), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1930; deren Fraktionsvorsitzender 1924–1929).

[48] Der Abgeordnete Stoecker fragt nach, ob die Tatsache, daß die Ruhrindustrie aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen der Reichsregierung leichter an Auslandskredite gekommen sei, „nicht auch eine Änderung des Gesamtabkommens mit sich bringen mußte".

[49] Vgl. oben mit Anm. 15.

den sind. Ich weiß, daß die Herren sich besonders bemühten, von der Schweiz und anderwärts Kredite zu bekommen. Es handelte sich um Summen von 5 Millionen Gulden und ähnliches, was herbeigeschafft wurde. Die Voraussetzung, Herr Kollege Stoecker, von der Sie ausgehen, daß überhaupt keine ausländischen Kredite gebraucht worden wären, nicht beschafft worden wären, ist eine unrichtige. Die Herren haben nur die Pflicht des Reichs, nunmehr direkt einzutreten, damit begründet, daß sie nicht in ausreichendem Maße Kredite erhalten hätten.

Im übrigen würde ich persönlich der Meinung sein, daß es an der rechtlichen Verpflichtung des Reichs nichts ändert, ob die Herren nun von irgendeiner Seite Kredite bekommen oder in anderer Weise hier Ausgaben gemacht haben. Es handelt sich bei der Verpflichtung des Reichs darum, ob hier Reparationsleistungen, die hier vorausgelegt wurden, wieder zu ersetzen waren oder nicht; es ist aber doch nur eine sekundäre Frage, ob auf Grund von ausländischen Krediten oder auf Grund von Maßnahmen, die Kredite herbeigeführt haben. Ich lege Wert darauf, daß ich nur gesagt habe, daß in dem Briefe des Herrn Klöckner steht: ausländische Kredite hätten nicht in dem erhofften Ausmaße beschafft werden können.

[...][50]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Nein! Das ist mir nicht näher bekannt.

[...][51]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich bemerke, daß seinerzeit das Reichsministerium für Wiederaufbau die Kriegslastenkommission in Paris angewiesen hat[52], auf dieser Gutschrift auf Reparationskonto als Voraussetzung für die Ersetzung der Zahlungen durch das Reich zu bestehen. Ich möchte aber bemerken, daß in jener Zeit, im April[53], als es sich um die tatsächliche Aufnahme der Zahlungen handelte, für uns doch auch ein ganz wesentlicher außenpolitischer Gesichtspunkt in Betracht kam. Es handelte sich darum: wollten wir hin auf das Dawes-Gutachten[54] oder auf einen Abbruch der Beziehungen mit Frankreich? In Frankreich gab es zwei

---

[50] Stoecker fragt nach: Die Industriellen hätten damals geklagt, daß sie die notwendigen Kredite nicht bekommen würden; wisse Stresemann, ob tatsächlich Kredite gewährt worden seien?

[51] Stoecker fragt nach: Beide Seiten seien sich einig gewesen, daß der Anfang der erstattenden Zahlungen des Reichs an die Industrie nicht nur von der Sanierung der deutschen Finanzen, sondern auch von der Gutschrift dieser Zahlungen auf Reparationskonto abhängig gewesen sei; sei Stresemann der Auffassung, daß diese letztere Voraussetzung notwendig gewesen sei?

[52] Vgl. oben mit Anm. 11.

[53] Gemeint ist April 1924.

[54] Vgl. oben mit Anm. 14.

Richtungen, die uns gegenüberstanden. Die eine wollte sich mit uns außenpolitisch verständigen und hatte infolgedessen ein großes Interesse daran, daß nicht in der Zeit vor dieser Verständigung ein Bruch mit Frankreich erfolgte. Es gab eine andere große Partei in Frankreich, die diese Verständigung unmöglich machen wollte. Ich habe als Außenminister stets in jener Zeit dafür plaidiert, qua Reich Zahlungen zu übernehmen, weil ich mir von meinem Standpunkt aus gesagt habe: kommt es jetzt zum Bruch, werden die Micum-Verträge nicht verlängert, weil die Industrie nicht mehr kann und das Reich nicht mehr will; dann zerstöre ich mir unter Umständen das ganze Sachverständigengutachten, dann wird das zu einer Verschärfung der Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland führen, weitere Zechenbeschlagnahmungen werden durchgeführt werden usw. Infolgedessen müssen alle anderen Fragen, auch die Frage, wie das nun später mit der Gutschrift geregelt wird, zurücktreten gegenüber dem Gedanken, bis zur Londoner Konferenz[55] jedenfalls alles aus dem Wege zu räumen, was uns die außenpolitische Verständigung erschwert. Das ist ein Gesichtspunkt gewesen, der für die Regierung von großer Bedeutung gewesen ist. Ich bin im übrigen im Augenblick nicht ganz klar darüber, wie das mit der Gutschrift gegangen ist. Herr v. Brandt[56] wird das darlegen können.

[...][57]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich habe Sie so verstanden, daß Sie meinen, die Reichsregierung hätte unter dem Druck gestanden, daß ein Bruch zwischen dem Rheinland und dem Reich herbeigeführt werden könnte, und hätte deshalb nachgegeben und diese Lasten auf sich genommen. Ist das der Sinn Ihrer Frage?

[...][58]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich lege direkt Wert darauf, zu ant-

---

[55] Vgl. oben mit Anm. 14.

[56] Gemeint ist wohl Alexander von Brandt (geb. 1873), Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium 1922–1927.

[57] Der Zentrums-Abgeordnete Eßer weist darauf hin, daß die Denkschrift (vgl. oben mit Anm. 45) dokumentiere, daß bereits im Micum-Abkommen die Zahlungen des Reichs auf Reparationskonto geregelt seien. – Der Abgeordnete Stoecker fragt, ob damals im Herbst 1923 auch Stresemann an den drohenden Bruch mit dem besetzten Gebiet geglaubt und ob dies Auswirkungen auf die Verhandlungen mit den Industriellen gehabt habe.

[58] Stoecker korrigiert Stresemanns Nachfrage: Seine Frage ziele darauf, ob die Reichsregierung in der Annahme, ein Bruch mit dem besetzten Gebiet stehe bevor, leichter „derartige Versprechungen auf sich zu nehmen“ gekonnt habe. – Der Vorsitzende hält die Implikation der Frage Stoeckers, daß die Minister Verpflichtungen in der Hoffnung übernommen hätten, sie nicht einlösen zu müssen, für beleidigend. – Stoecker besteht auf seiner Frage, weil er nur von Tatsachen ausgehe. – Der Vorsitzende überläßt es Stresemann, ob er sich zu dieser Frage äußern will.

worten. Ich möchte auf folgendes hinweisen. Jedermann ist bekannt, daß zu damaliger Zeit, in der Zeit zwischen dem Abbruch des passiven Widerstandes[59] und der Wiederingangsetzung der Ruhr, die Zeit der schwersten Belastungsprobe gewesen ist, die einmal das Rheinland als solches und zweitens das Reich als solches hat aushalten müssen, und zwar wegen der unmöglichen Situation, daß wir immer mit leeren Händen vor das Rheinland hintreten mußten, weil Paris, das in seinen damaligen politischen Leitern gern eine starke Spannung zwischen dem Rheinland und uns haben wollte, sich prinzipiell weigerte, mit der deutschen Reichsregierung zu verhandeln und somit die deutsche Reichsregierung als ohnmächtig vor dem Rheinland zu demütigen, daß infolgedessen jeder, der an verantwortlicher Stelle damals stand, sich mit dem Problem beschäftigen mußte, ob wir diese Spannung aushalten würden, und sich auch damit beschäftigen mußte, ob eventuell diese Spannung unerträglich werden würde und zu irgendeiner Situation führen könnte, bei der wir das Rheinland nicht halten könnten, und davon in einer Kabinettssitzung auch spricht[60], ist einfach Pflicht der Überlegung eines Kanzlers oder Außenministers, der jede Situation ins Auge fassen muß. Daraus sind die Ausführungen zu verstehen, die ich damals gemacht habe[61], im übrigen bin ich wenige Tage nach diesen Verhandlungen, vier Tage später, in Hagen in der Versammlung des besetzten Gebiets gewesen[62], wo wirklich unsere Situation eine so schwere war, weil wir wieder nichts bieten konnten, und habe dort, wie der Kollege Esser[63] und die Herren, die teilgenommen haben, wissen, gesagt, daß ich nicht weiter verhandeln würde, wenn in meiner Gegenwart als deutscher Reichskanzler der Gedanke der Trennung des Rheinlandes vom Reich überhaupt diskutiert würde. Also es kann gar keine Rede davon sein, daß irgend jemand eine solche Trennung erhofft oder erwartet hätte. Ich muß auch sagen: der Gedanke, sich von 300 oder 400 Millionen zu drücken und dafür das Rheinland preiszugeben, ist ein derartig perverser und schamloser, daß ich niemandem, überhaupt keinem Deutschen zumute, ihn jemals gedacht zu haben. Für uns ist maßgebend gewesen: Bewilligung der Mittel, ist maßgebend gewesen die Frage, daß alles darauf ankäme, diesem Lande, das in der Zeit des passiven Widerstandes

[59] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[60] So in der Vorlage. Sinnvoller wäre „zu sprechen".

[61] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Äußerung in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann, II, S. 662–673; dort insb. S. 671).

[62] Vgl. oben mit Anm. 39.

[63] Thomas Eßer (1870–1948), Mitglied des Reichstags 1921–1933 (für das Zentrum).

usw. viel gelitten hatte und das wir doch schließlich hineingetrieben hatten in die Arbeitslosigkeit[64] – die Leute haben doch unsere Gesetze befolgt –, daß wir demgegenüber auch die moralische Verpflichtung hatten, ihnen wieder Arbeit zu verschaffen und dafür finanziell einzustehen. Es war einfach die moralische Konsequenz des von uns doch schließlich angeordneten passiven Widerstandes, daß, wenn wir ihn aufgaben auf unsere Verantwortung, wir auch die Verantwortung hatten, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Das sind die Gedankengänge gewesen, von denen wir uns damals haben leiten lassen.

[...][65]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich halte es dem Sinne nach für möglich, daß ich mich persönlich in der Sitzung vom 20. Oktober[66] auf den Standpunkt des Ministers für die besetzten Gebiete[67] gestellt habe gegen den Standpunkt des Reichsfinanzministers, der Abbaumaßnahmen vorschlug. Im übrigen verweise ich auf eins bei dieser Gegenüberstellung: Die Verpflichtung zu zahlen, involvierte damals nicht eine tatsächliche Zahlung, berührte insoweit nicht den Kassenbestand des Reichs. Ich kann mir deshalb sehr wohl auch von dem Herrn Reichsfinanzminister denken, daß er sagte: wenn die Finanzen saniert sind, würde ich diese Verpflichtung abdecken und übernehme dagegen die moralische Verpflichtung; gegenwärtig aber stehe ich vor einer Situation, in der ich zwischen zwei Übeln wählen muß: einmal der politisch-moralischen Belastung, die Zahlungen abzubauen, und zweitens zwischen der, wie Sie wissen, damals unendlich schweren Belastung den Währungsverfall in Deutschland nicht aufhalten zu können[68], der wieder ganz andere politische Folgen mit sich bringen konnte. Wer die damaligen Zeiten erlebt hat, weiß, daß wir immer nur zwischen der Scylla und Charybdis[69] zu wählen hatten und zu katastrophalen Wirkungen auf der einen oder anderen Seite uns entscheiden mußten.

---

[64] Zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit im Spätsommer und Herbst 1923 vgl. die Zahlenangaben in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000, Anm. 12.

[65] Stoecker fragt nach, wie zu erklären sei, daß parallel zu der Übernahme von Verpflichtungen gegenüber der Ruhrindustrie „Abbaumaßnahmen gegenüber den Kämpfern im besetzten Gebiet, die zu den niederen und mittleren Schichten gehörten“, vorgenommen worden seien.

[66] Vgl. oben mit Anm. 7.

[67] Johannes Fuchs (1874–1956), Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. August – 30. November 1923 (bis zur Errichtung des betr. Ministeriums vom 24. August mit dieser Aufgabe „betraut“); Oberpräsident der Rheinprovinz 1922–1933 (1923–1924 durch die Besatzungsbehörden ausgewiesen); Mitglied des Zentrums.

[68] Gemeint ist die die Hyperinflation im Sommer und Herbst des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[69] Die Wendung „zwischen Skylla und Charybdis“ bezieht sich auf Homers Odyssee und die Aufgabe des Odysseus, zwischen zwei todbringenden Gefahren den richtigen Schiffahrtskurs zu finden.

Das war wohl auch die Situation, die damals am 20. Oktober vorlag.

[...][70]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Sie bäten, Ihre [!] Stimme als Stimmenthaltung zu betrachten – lautet der Ausdruck im Protokoll.

[...][71]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Der Vertragsentwurf ist erst am 1. November geschlossen worden[72]. (Abgeordneter Landsberg: Wenn es einer ist!) Dann will ich sagen: der von mir so genannte Vertragsentwurf ist am 1. November abgeschlossen worden. In den ganzen Verhandlungen von jenem 6. Oktober an, an dem, glaube ich, Herr Stinnes seinen Briefwechsel beginnt[73], ist – das war der Sinn meiner Ausführungen – über die Frage, daß wir den Ruhrbergbau in Gang bringen müßten, daß wir verpflichtet wären, dafür gegenüber den Industriellen, die uns die Reparationsleistungen vorstreckten, auch Leistungen zu übernehmen, sobald unsere Finanzen saniert wären, meines Wissens niemals prinzipiell gestritten worden. Das geht aus dem Protokoll vom 20. Oktober[74] hervor. Inwieweit dann diese prinzipielle Übereinstimmung sachlich kodifiziert werden sollte, darüber ist eine Debatte, in der sachliche Gegensätze und Einsprüche erhoben worden sind, nicht geführt worden, wohl aber jene Debatte, die Sie aus dem Protokoll[75] ersehen, in der der damalige Herr Reichsminister Schmidt erklärt hat, er sei nicht genügend informiert, um sich sofort äußern zu können, und in der Herr Minister Sollmann, glaube ich, sagte, er bäte die Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister als Stimmenthaltung zu betrachten. Was die Besprechung in Schwerte anlangt, so ist das keine Kabinettssitzung oder offizielle Sitzung gewesen, sondern die Herren haben die Gelegenheit wahrgenommen, ihre ganze Auffassung von der Lage der Ruhrbergbaues darzule-

---

[70] Stoecker fragt – einmal unterbrochen vom Vorsitzenden, der den Zweck der Frage wissen will – nach, ob es doch Einwände der sozialdemokratischen Minister gegen das Micum-Abkommen gegeben habe. Der Vorsitzende verweist auf das Protokoll der Kabinettssitzung vom 1. November 1923, wonach die betreffenden Minister sich der Stimme enthalten hätten.

[71] Stoecker fragt nach, ob es vor der Sitzung vom 1. November 1923 Einwendungen der sozialdemokratischen Minister gegeben habe; der SPD-Abgeordnete Wissell wirft ein, daß es sich vor dem 1. November allenfalls um Vorbesprechungen und erst nach dem Beschluß des Reichskabinetts vom 1. November um eine vertragsmäßige Bindung gehandelt habe.

[72] Mit „Vertragsentwurf“ meint Stresemann vermutlich sein Schreiben an die Sechserkommission vom 1. November 1923 (vgl. oben mit Anm. 33), mit dem die Übernahme entsprechender Verpflichtungen durch das Reich zugesagt wurde.

[73] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das Schreiben Stinnes' vom 7. Oktober 1923 (vgl. oben mit Anm. 4).

[74] Vgl. oben mit Anm. 7.

[75] Gemeint ist hier offenbar das Protokoll der Kabinettssitzung vom 1. November 1923 (vgl. oben mit Anm. 32).

gen. Ich kann mich beim besten Willen nicht entsinnen, was damals im einzelnen besprochen worden ist. Ich habe das nur angeführt als Beispiel dafür, daß irgendeine Absicht, die Herren sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder auszuschließen von den Verhandlungen mit den Industriellen, gar nicht vorgelegen habe.

[...][76]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Es hat am 10. April eine Besprechung mit der Sechser-Kommission stattgefunden[77], an der teilgenommen haben der Reichskanzler Marx, die Minister Jarres[78], Stresemann, Luther, Hamm[79], ferner Staatssekretär Müller, Ministerialdirektor Bracht[80], Ministerialdirektor Nobis[81] als Vertreter Preußens, verschiedene Ministerialdirektoren und Geheimräte, sowie die Herren Vögler, Klöckner, Silverberg[82], Herwig[83], v. Velsen[84] und Geheimrat Bücher[85]. In dieser Besprechung ist namentlich von dem Generaldirektor Vögler und von anderen Herren des Bergbaues die Frage mit uns erörtert worden, die schon vorher debattiert worden war, wobei ich jetzt nicht sagen kann, in welchem Kreise vorher, ob es nicht möglich wäre, die weitere Finanzierung der Micum-Lasten in eine bestimmte Verbindung zu bringen mit dem anzunehmenden Sachverständigengutachten, und zwar war nach meiner Erinnerung die erste Anregung in der Form gegeben: wenn das Sachverständigengutachten angenommen wird, sagen wir am 1. Juli – damals rech-

[76] Eßer fragt nach dem Entstehungszusammenhang eines Schreibens von Reichskanzler Marx vom 10. April 1924 und nach dem Ursprung der Idee, aus der infolge des Sachverständigen-Gutachtens erwarteten Anleihe die Zahlungen an die Ruhrindustrie zu tätigen.

[77] Zur Besprechung mit der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins am 10. April 1924 vgl. oben mit Anm. 16.

[78] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP.

[79] Eduard Hamm (1879–1944), Reichswirtschaftsminister 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DDP); 1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1925–1933.

[80] Franz Bracht (1877–1933), Staatssekretär in der Reichskanzlei 13. November 1923 – Dezember 1924; Oberbürgermeister von Essen 1924–1932; Reichsminister ohne Geschäftsbereich 1932; Reichsinnenminister 1932–1933; Mitglied des Zentrums (bis 1930).

[81] Ludwig Eduard Nobis (1868–1943), Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium; Ständiger Vertreter Preußens zum Reichsrat 1919–1933.

[82] Paul Silverberg (1876–1959), Generaldirektor bzw. Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinbraun AG 1908–1933; Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie Industrieverbänden; DVP-Mitglied (ab 1926).

[83] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar Ernst Herbig (1876-1943), Direktor und Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats in Essen 1919–1938.

[84] Otto von Velsen (1869–1945), Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne 1917–1936; Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Verwaltungsräten.

[85] Hermann Bücher (1882–1951), geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands der deutschen Industrie 1921–1925; Wirtschaftsberater der I.G. Farbenindustrie 1925–1927; Direktor, später Vorstandsvorsitzender der AEG 1928–1945.

neten wir noch mit früheren Fristen –, dann kann gesagt werden, daß die Anleihe bereits läuft vom 15. April dieses Jahres ab, so daß Deutschland diese Anleihe auch mitbenutzen kann für die Finanzierung der Micum-Leistungen, dann würde Deutschland vorleisten, indem es die Zahlungen übernehme, in der Erwartung, daß später diese Zahlungen ihm vergütet würden aus der 8-Millionen-Anleihe[86]. Das war eine Anregung, die damals gegeben wurde; irre ich mich nicht, kam sie zunächst aus den Kreisen der Bergherren. Es kann aber auch sein, daß sie aus den Kreisen des Finanzministeriums kam. Der Herr Finanzminister Luther hat dann aber Zweifel geäußert, ob es möglich sei, in dieser Weise die Anleihe gewissermaßen vorzuziehen vor den Tag, an dem das Sachverständigengutachten in Kraft trete[87]. Es wurde aber immer wieder darauf hingewiesen, daß wir im Ausland zum Ausdruck bringen müßten, daß diese ganze Fortsetzung der Micum-Lasten nur möglich sei, wenn uns Anleihekredite, auch dem Reich, zur Verfügung gestellt würden, und es ist in Verfolg dieser Sitzung vom 10. April dann ein Schreiben der Sechser-Kommission an die Micum[88] ergangen, das in den ersten beiden Abschnitten, die für die Frage des Kollegen Esser in Betracht kommen, folgendermaßen lautet:

Der Ruhrbergbau ist bereit, das Programm der Reparationskommission in Höhe von 1 778 000 t Kohle abzüglich der auf den Aachener Bergbau, den Rheinischen Braunkohlenbergbau und die Regiezechen entfallenden Mengen über den 15. April 1924 hinaus zu erfüllen, wenn die Finanzierung ermöglicht wird.

Die Finanzierung würde ermöglicht erscheinen, wenn Anleihemittel, wie sie für das erste Jahr der deutschen Regierung nach dem Gutachten der Sachverständigen für Sachleistungen zur Verfügung zu stellen sind, auch für die Finanzierung der vom 15. April an zu leistenden Kohlenlieferungen verwandt werden dürfen.

Die Zwischenzeit bis zur Flüssigmachung dieser Mittel könnte überbrückt werden, indem von französischer und belgischer Seite die Hälfte des Preises vorgelegt wird, oder indem uns eine Grundlage für die Beschaffung der nötigen Betriebsmittel durch eine Erklärung der französischen und belgischen Regierung gegeben wird, daß für den Fall der Regelung auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens die vorgesehene Anleiheregelung auch für die Leistungen des Ruhrbergbaues vom 15. April ab sinngemäß Anwendung finden werden.

---

[86] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar „800-Millionen-Anleihe“ (die Summe, die nach der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens tatsächlich im Oktober 1924 als Anleihe aufgelegt wurde).

[87] Vgl. oben mit Anm. 20.

[88] Vgl. dazu AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 551 mit Anm. 3.

Sie sehen aus diesem Schreiben der Sechser-Kommission an die Micum, daß es sich in ähnlichen Gedankengängen bewegte wie das Schreiben des Herrn Reichskanzlers[89]. Die ganze Sache ist später nicht zur Perfektion gekommen, die Herren auf der Gegenseite sind nicht darauf eingegangen. Die Herren haben das Schreiben des Herrn Reichskanzlers auch gebraucht für ihre Verhandlung, um ihren Standpunkt zu stützen. Ich entsinne mich der Sitzung sehr genau, weil mit Recht die Frage aufgeworfen wurde, ob ein derartiges Schreiben der Sechser-Kommission nicht die Regierung in bezug auf die Annahme des Dawes-Gutachtens so weit schon festlegte, daß man sagen könnte, die Regierung nähme das Votum des Reichstags voraus.

[...][90]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Herr Kollege, das ist mir nicht bekannt. Aber ich darf sagen: der Übergang von der Reichskanzlerschaft Stresemann zur Reichskanzlerschaft Marx vollzog sich eigentlich nicht in der Form, daß noch eine lange Zeit für irgendwelche Informationen war, sondern mit das erste, was der Herr Reichskanzler Marx tat, war, daß er wieder den Rhein- und Ruhrausschuß – so wurde er, glaube ich, genannt – oder ein bestimmtes Gremium berief[91], und dann trat er sofort in die weiteren Verhandlungen mit der Ruhrkommission und der Sechser-Kommission ein. Das ging eigentlich glatt hintereinander. Eine solche Erklärung könnte meiner Ansicht nach vom Finanzministerium erfolgt sein. Mir ist näheres nicht darüber bekannt. Ich weiß nur, daß dann diese Verhandlungen mit der Sechser-Kommission und die Frage der Ruhrentschädigung vom ersten Tage der Kanzlerschaft Marx an eine der Hauptfragen war.

[...][92]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich müßte die Akten erst daraufhin prüfen lassen.

[...][93]

---

[89] Gemeint ist offenbar das Schreiben Marx' vom 10. April 1924 (vgl. oben mit Anm. 16).

[90] Eßer fragt nach, ob Reichskanzler Marx so gut informiert worden sei, „daß er überzeugt sein konnte, daß eine rechtliche Verpflichtung bestand".

[91] Zur Sitzung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des Kabinetts vom 2. Dezember 1923 vgl. das Sitzungsprotokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 10–16.

[92] Der SPD-Abgeordnete Landsberg hält es für zweckmäßig, daß dem Ausschuß sämtliche Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen der Micum und der Ruhrindustrie zur Verfügung gestellt werden. Der Vorsitzende macht den Vorbehalt, daß dabei Vertrauliches öffentlich werden könne bzw. Kabinett oder Ministerien über die Freigabe entscheiden müßten.

[93] Landsberg weist auf einen aus seiner Sicht bestehenden Widerspruch zwischen den Zeugenaussagen Luthers und Stresemanns hin: Luther habe gesagt, die Bergherren hätten für die Verhandlungen mit der Micum dieser eine Bindung durch das Reich vorweisen müssen; Stresemann habe demgegenüber gesagt, die Franzosen hätten keinesfalls wissen dürfen, daß es Zusagen des

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich glaube, hier werden zwei Dinge miteinander verwechselt. Das ist einmal die Übernahme der Verpflichtung durch das Reich in der Zeit vom 20. Oktober bis zum 1. November. Ich habe ja selbst angeführt, daß die Bergherren in der Sitzung vom 22. Oktober[94] Herrn Frantzen gegenüber dargetan haben, daß das Reich, wenn seine Finanzen saniert wären, ihnen diese Dinge ersetzen würde, und daß Herr Frantzen Ihnen [!] daraus den Vorwurf gemacht hat, sie wollten keine Opfer bringen, sie wollten die Kohlensteuer nicht zahlen – das war der Kampf, in dem die Bergherren unterlegen sind –, und auf der anderen Seite rechneten sie darauf, daß ihnen die übrigen Lasten durch das Reich ersetzt werden. Das konnte Frankreich ruhig wissen, daß wir für den Fall der Sanierung der Finanzen diese Leistungen übernehmen. Das Zweite aber – und davon habe ich gesprochen – ist der zweite Termin, der nach dem 25. April[95] 1924 einsetzt, als damals die ersten Verträge weiter fortgesetzt werden mußten und als die Industriellen erklärten: Ihr müßt uns entgegenkommen, Ihr müßt die Kohlensteuer herabsetzen und in diesen und jenen Fragen weniger von uns verlangen. Das durfte Frankreich nicht wissen, daß wir über diese Verpflichtung späterer Bereitstellung hinaus schon zur tatsächlichen Zahlung von Mitteln gekommen wären; denn dann – so habe ich gesagt – wäre die Micum voraussichtlich nicht den Industriellen in diesem Maße entgegengekommen. Hier besteht also zwischen den Ausführungen des Herrn Dr. Luther und meinen Ausführungen kein Widerspruch.

[...][96]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Verzeihung! Von verschiedenen Seiten ist gesagt worden, daß damals, als das Reich die Verpflichtung einging, im Falle der Sanierung seiner Finanzen zu zahlen, die Leute den Ausdruck „Mondwechsel“ erfunden hatten. Ich weiß nicht, ob er zuerst von den Industriellen oder von der Regierung gebraucht worden ist. Jedenfalls wäre damals im November 1923 diese Verpflichtung der Regierung kein Anlaß für die Franzosen gewesen, außerordentlich auf der 100prozentigen Erfüllung zu bestehen, weil es doch nur ein Versprechen war, von dem niemand von uns geglaubt hat, daß es sehr frühzeitig würde eingelöst werden können. Insofern lagen damals die Dinge ganz anders als im April 1924, wo Herr

---

Reichs an die Ruhrindustrie gegeben habe, weil sonst „an eine Ermäßigung der Lasten gar nicht zu denken gewesen“ wäre.

[94] Vgl. oben mit Anm. 8.

[95] So in der Vorlage; gemeint ist wohl der 15. April.

[96] Landsberg bezweifelt Stresemanns Argumentation und meint, wenn die Micum das eine gewußt habe, habe sie auch das andere gewußt.

General Dégoutte[97] darauf hinwies, daß seiner Meinung nach die Lage der deutschen Finanzen eine solche sei, daß das Reich einspringen könne, und mit dieser Begründung Ermäßigungen versagte.

[...][98]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Herr Abgeordneter, Sie haben eben meine Ausführungen nicht mit angehört. Ich habe gesagt: die Abmachungen vom 1. November konnten der Entente durchaus bekannt werden und sind ihr auch durch Stinnes bekannt geworden. Was die Entente nicht wissen sollte, war das, daß wir nach dem 20. April selbst für die Zahlungen teilweise tatsächlich sofort einsprangen.

[...][99]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ist das nicht das Schicksal jeder Abmachung, daß sie „im Kreise vertragsauslegender Juristen“ eine verschiedene Beurteilung findet!

(Große Heiterkeit.)

[...][100]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Die Frage, die Sie hauptsächlich behandeln, nämlich die Frage der juristischen Bedeutung dieser Zusage, auch die aktuelle Frage der Auslegung, ist ja bei den damaligen Verhandlungen ganz ausgeschaltet. Vielleicht wäre es möglich gewesen, daß, wenn diese Fragen diskutiert worden wären, sich damals sachliche Gegensätze ergeben hätten. Aber wir haben hauptsächlich nur über den politisch-moralischen Teil dieser Fragen diskutiert, und mir ist nicht erinnerlich – das geht ja aus dem ganz ausführlichen Protokoll vom 20. Oktober[101] hervor –, daß sachliche Gegensätze vorgelegen haben, abgesehen von dem – ich muß mich immer darauf beziehen, was ausdrücklich im Protokoll vom 1.

---

[97] Jean Marie Joseph Degoutte (1866–1938), französischer General; Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland 1919–1925 und im Ruhrgebiet 1923–1925. – Die nachfolgend angeführte Aussage Degouttes konnte nicht ermittelt werden.

[98] Wissell fragt nach, welchen „lombardfähigen Wert“ die Abmachungen vom 1. November 1923 gehabt hätten, wenn doch der Entente davon nichts habe bekannt werden dürfen.

[99] Wissell fragt nach, wieso die Abmachungen so unklar gehalten gewesen seien, daß selbst Juristen Meinungsverschiedenheiten über deren Inhalt hätten.

[100] Wissell weist darauf hin, daß offenbar selbst im Kabinett die Meinungen über den Inhalt auseinandergegangen seien, und verweist auf Minister Schmidt; im Dialog mit dem Vorsitzenden einigt man sich darauf, daß Schmidt die „politisch-moralische Bindung“ mitgetragen, aber die juristische Seite nach eigenen Worten nicht überblickt habe. – Der KPD-Abgeordnete Korsch fragt, ob bei dem angesprochenen Gespräch in Schwerte die sozialdemokratischen Minister nach der Erinnerung Stresemanns „irgendwelche Einwendungen sachlicher Art“ gemacht hätten.

[101] Vgl. oben mit Anm. 7.

November[102] steht –, welche Gedankengänge die Herren innerlich bewogen haben, als sie erklärten, sie bäten, ihre Stellungnahme als Stimmenthaltung zu betrachten. Darüber müßten die Herren selbst befragt werden, die diese Erklärung abgegeben haben, darüber kann ich keine Erklärung abgeben.

[...][103]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich glaube, das ist in dem Schreiben, das ich damals an die Herren gerichtet habe[104], im einzelnen dargelegt. Hier steht auf Seite 42 der Denkschrift[105], wenn Sie die Güte haben, das Schreiben nachzulesen, inwieweit die Regierung Verpflichtung übernimmt. Es heißt dort:

> Der Gegenwert sowohl der 15 Millionen Dollars als auch der gelieferten Reparationskohle und der besonderen Abgabe im Gegenwert von 10 Franken je Tonne Kohle wird dem Deutschen Reich auf laufende Reparationsrechnung gutgeschrieben.

[...][106]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich möchte darauf hinweisen, daß im einzelnen hier gesagt ist:

> Das Reich erkennt die Verpflichtung zur Vergütung dieser Beträge mit der Maßgabe an, daß die Verträge den Zechen vom Reich gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen demnächst in Anleihe oder in anderer Weise vergütet werden.

Nach meiner Überzeugung hat uns immer vor Augen gestanden, mag es an sich berechtigt sein oder nicht, den Zechen, wenn sie den Betrieb wieder in Gang brächten, nach Sanierung der Reichsfinanzen diejenigen Summen zurückzuerstatten, die sie für uns verauslagt haben.

(Abgeordneter Landsberg: Ohne Rücksicht auf die Gutschrift!)

---

[102] Vgl. oben mit Anm. 32.

[103] Im Dialog zwischen Korsch und dem Vorsitzenden wird Korschs Frage nach der Bedeutung, die die Ruhrindustriellen den Vereinbarungen vom 1. November 1923 beigemessen hätten, abschließend vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, Stresemann habe ihm mitgeteilt, daß er dazu nichts wisse. – Wissell fragt, ob die Vereinbarung vom 1. November 1923 in der Absicht Stresemanns intendiert habe, die gesamten Kosten, „die durch die Micum-Verträge den Bergherren erwachsen würden", zu decken, oder ob eine Limitierung irgendeiner Art geplant gewesen sei.

[104] Mit dem Schreiben ist offenbar das Schreiben Stresemanns an die Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins vom 1. November 1923 gemeint (vgl. oben mit Anm. 33).

[105] Vgl. oben mit Anm. 45.

[106] Wissell weist darauf hin, daß in der Forderung von Stinnes die Begrenzung auf die Kosten, die dem Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben würden, enthalten sei, und fragt bei Stresemann nach, was seine Absicht im Hinblick auf die Begrenzung gewesen sei.

– Meiner Meinung nach. Wenn Sie mich fragen, von welchen Gedanken ich ausgegangen bin, so möchte ich darauf erwidern: es kam gar nicht in erster Linie darauf an, ob das Reich unter Umständen dabei ein schlechtes Geschäft macht, was natürlich eintreten konnte, wenn uns ein geringerer Betrag auf Reparationskonto gutgeschrieben wäre, sondern ich glaube, für mich und auch für die anderen damals Beteiligten stand, wenn wir das auch selbstverständlich forderten und niederschrieben, um damit unsererseits gegenüber der Entente einen Schuldtitel in der Hand zu haben, das eine vor Augen, daß wir uns sagten: wenn die Betriebe nicht in Ordnung kommen, wenn in jenem Gebiete Millionen von Arbeitslosen bleiben, so haben wir im Reiche schließlich einen ganz anderen Zusammenbruch zu bezahlen als diese Summen. Infolgedessen ist dies nicht die vordringliche Frage gewesen. Wenn Sie mich fragen, von welchem Gedanken ich ausgegangen bin, so war es nur der, daß die Herren damals ein Risiko auf sich genommen haben. Denn die Bonität unserer Unterschrift war im November 1923 keine Bedeutende, und die Herren konnten mit ihrem gesamten ausländischen Kredit zusammenbrechen. Das Reich konnte unter Umständen nach dem 15. April nicht zahlen; die Werke konnten sämtlich in ausländische Hand übergehen. Sie waren tatsächlich diejenigen, die damals in Vorlage traten für das Reich und die ihm gegenüber dies Risiko auf sich nahmen und gegenüber den innerpolitischen Gesichtspunkten, so daß wir die Verpflichtung hatten, ihnen das Verauslagte zu ersetzen. Von den Gesichtspunkten bin ich persönlich ausgegangen.

[...][107]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich kann diese Frage nur mittelbar beantworten. Ich bin ja in dieser weiteren Periode nicht mehr Kanzler gewesen. Aber Herr Minister v. Schlieben[108] hat vorhin darüber eine Mitteilung gemacht. Soviel ich weiß, war die Sachlage so, daß, ich glaube, im Dezember 1924 – ich bemerke nochmals, daß ich alles nur mittelbar weiß – die Herren an die Reichsregierung herangetreten sind und gebeten haben, einen Akkord mit der Reichsregierung zu schließen, und daß die Herren vom Finanzministerium der Meinung gewesen sind: gegenüber dem Auspauken der Sache: was habt ihr zu bekommen? ist dieser Akkord bei gleichzeitiger Zahlung des Reiches bei weitem vorzuziehen! und die Gegenseite hat sich damit einverstanden erklärt. Infolgedessen ist damit die Frage erledigt.

[107] Stoecker fragt, wieso nach dem Schreiben Stresemanns vom 1. November 1923 die volle Entschädigung der Bergherren in Frage gekommen sei, nach der Denkschrift der Reichsregierung sich jedoch die tatsächliche Entschädigung nur auf einen Teil dieser Summe erstreckt habe.

[108] Otto von Schlieben (1875–1932), Reichsfinanzminister 15. Januar – 26. Oktober 1925 (DNVP). – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Zeugenvernehmung vgl. oben Anm. 44.

Man hat geglaubt, durch sofortige Zahlung den Anspruch im ganzen von uns aus in bester Weise abgelten zu können.

[...][109]

Zeuge Reichsaußenminister Dr. **Stresemann:** Ich habe aus Zeitungsmitteilungen entnommen, daß den Industriellen diese Vorwürfe gemacht worden sind. Ich kenne sie nicht im einzelnen und habe vorhin auf die Frage des Herrn Kollegen Dr. Korsch[110], ob ich wüßte, was die Industriellen bei den Verhandlungen mit den Arbeitern gesagt hätten, erklärt, davon sei mir nichts bekannt. Ich weiß nicht, wie die Verhandlungen im einzelnen gelaufen sind. Aber sachlich darf ich eins dazu sagen: Wenn sich dies im November 1923 abgespielt hat, so waren mindestens die Industriellen nach der Richtung hin berechtigt zu der Annahme, daß sie zunächst die Summen von sich aus verauslagen müßten, da ja im November 1923 die Aussicht, sie ersetzt zu bekommen, eine vollkommen imaginäre war. Ich weiß nicht, was sich sonst in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit ergeben hat; aber einen moralischen Vorwurf daraus herzuleiten, daß im November 1923 einer der Bergherren gesagt hätte: die ganze Last liegt auf uns! wäre unrichtig; denn damit mußten die Industriellen damals de facto rechnen.

[...][111]

---

[109] Stoecker fragt nach, ob Stresemann nicht bekannt geworden sei, daß die Bergherren die Zusicherungen der Reichsregierung vom 1. November 1923 verschwiegen hätten und mit der Begründung der Micum-Lasten den Arbeitern längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne „aufgenötigt“ hätten.

[110] Karl Korsch (1886–1961), Mitglied des Reichstags Juli 1924 – Mai 1928 (für die KPD 1924–1926, für die Linken Kommunisten 1926–1928).

[111] Auf eine weitere Frage Stoeckers hin, ob die Bergherren nach Erhalt der Entschädigung die Arbeiterschaft ebenfalls entschädigt hätten, erklärt der Vorsitzende diese Frage für nicht beweiserheblich. Da keine weitere Frage gestellt wird, erklärt er die Vernehmung Stresemanns für beendet und weist ihn darauf hin, daß ihm das Stenogramm seiner Aussage zugehen werde, „damit Sie die Möglichkeit haben, vor der Vereidigung etwaige Unebenheiten zu beseitigen“.

## Reichstagsrede vom 18. Mai 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 1868–1882. – Teildrucke (mit Abweichungen; teilweise in Paraphrase) in ZEIT, Nr. 210 (Morgenausgabe) vom 19. Mai 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 205 (Morgenausgabe) vom 19. Mai 1925; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 97–99; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 140–141, 352–354; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 234 (Morgenausgabe) vom 19. Mai 1925; SCHULTHESS 66 (1925), S. 76–85; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,1 (1925), S. 147–151; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21796 (Morgenausgabe) vom 19. Mai 1925, S. 4; REICHSPOST, Nr. 137 vom 19. Mai 1925, S. 2–3; WIENER ZEITUNG, Nr. 114 vom 20. Mai 1925, S. 6. – Teildruck (als Rückübersetzung aus dem Russischen mit Abweichungen) in DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN II, S. 586–587.

*Begründet die Erhöhung der Haushaltsansätze des Auswärtigen Amtes, insbesondere auch zwecks Unterstützung der deutschen Kaufleute im Ausland und der Minderheiten. Gibt einen Überblick über die außenpolitische Lage: der Dawesplan; die Räumungsfrage; die Beziehungen zu den einzelnen Staaten. Die Handelsvertragsverhandlungen stehen von deutscher Seite unter der Prämisse Gleichberechtigung und Meistbegünstigung; die Bedeutung der Zolltarifnovelle. Abgeschlossene Handelsverträge und schwebende Verhandlungen. Die ausstehende Rheinlandräumung, die deutsche Entwaffnung und die Abrüstung der anderen. Erläutert Motive und Genese der deutschen Sicherheitsinitiative. Eine Garantie der deutschen Ostgrenze kommt nicht in Frage. Bedingungen eines deutschen Völkerbundsbeitritts.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Wenn ich zu dem Etat des Auswärtigen Amtes spreche, dann möchte ich zuerst dem Herrn Berichterstatter[2] und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses den Dank für die Stellung aussprechen, die sie gegenüber diesem Etat eingenommen haben. Wir haben bei den Mitgliedern des Haushaltungsausschusses [!] strenge Sachlichkeit, aber gleichzeitig großes Interesse und Verständnis für die Wünsche und Forderun-

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der zweiten Beratung des Reichshaushalts für 1924 und 1925 und dort in der Einzelberatung des Haushalts für „Auswärtiges Amt, Reichsministerium, Reichskanzler".

[2] Berichterstatter für den Haushalt des Auswärtigen Amtes war Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Seine Berichterstattung: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 1864–1868. – Der Bericht des Haushaltsausschusses mit dem Votum, der Reichstag solle die Vorlage für 1924 unverändert und diejenige für 1925 mit einzelnen Ergänzungen, im wesentlichen im Bereich des Personals, verabschieden, liegt auch gedruckt vor: ebd., Bd. 399, Drucks. 637 (mit eigener Seitenzählung).

gen des Auswärtigen Amtes gefunden.

Der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß wir den Standpunkt vertreten haben, daß der **Abbau des Auswärtigen Dienstes**[3] jetzt nicht nur endgültig beendet sei, sondern daß uns die weltwirtschaftlichen Interessen zu einem Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen. Das entbindet das Auswärtige Amt selbstverständlich nicht von der Pflicht, in seinem eigenen Innern strenge Sparsamkeit walten zu lassen. Wenn wir aber den Ausbau unserer Auslandsvertretungen fordern, so können wir andererseits auf die ganz außergewöhnlich starke Einschränkung, die im Beamtentum der Zentrale vorgenommen worden ist, hinweisen. Allein im Vorjahre hat dieser Abbau in der Zentrale nicht weniger als 26 Prozent der gesamten Beamten umfaßt. Wir haben es weiter durch organisatorische Vereinfachungen möglich gemacht, weitere 100 Beamte abzubauen, trotzdem die Belastung des Auswärtigen Amtes größer ist als in früheren Zeiten, wie Sie aus meinen Ausführungen über die handelspolitischen Verhandlungen allein schon ersehen werden. Nach diesem starken Abbau im Innern legen wir Wert darauf, unseren Charakter als außenpolitische Zentralbehörde auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß wir alles, was nicht unbedingt in unseren Geschäftsbetrieb gehört, an andere Ministerien abgeben. Bei dieser äußersten Einschränkung halte ich in völliger Übereinstimmung mit der Haltung, die der Ausschuß eingenommen hat, diejenigen Eingaben deutscher Wirtschaftsvertretungen für durchaus berechtigt, die darauf hinweisen, daß wir den Abbau im Ausland zu stark betrieben hätten. Selbst der Herr Sparkommissar[4] hat in einem Schreiben an mich zugegeben, daß diese Auffassung des Auswärtigen Amtes berechtigt sei.

Wir können nicht an der Tatsache vorbei, daß heute die Zahl derjenigen, die in der Lage sind, die Welt zu bereisen und sich selber draußen kaufmännische Informationen zu holen, aus mancherlei Gründen weit geringer ist als in der Vorkriegszeit. Infolgedessen ist namentlich die Inanspruchnahme unserer Konsulate größer als in früheren Zeiten. Gleichzeitig aber ist das Personal derart eingeschränkt worden, daß

---

[3] Auch das Auswärtige Amt unterlag der Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010), die u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vorsah. Zu den zahlenmäßigen Ergebnissen des Personalabbaus im Reich bis zum 1. April 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 475, Anm. 10. – Einzelheiten zum Stellenabbau im Auswärtigen Amt finden sich in der Rede Stresemanns vor dem Haushaltsausschuß vom 13. Februar 1925 (vgl. diese Edition).

[4] Friedrich Saemisch (1869–1945), Reichssparkommissar 1922–1934; ehem. preußischer Staatsminister. – Das nachfolgend erwähnte Schreiben konnte zwar nicht ermittelt werden; Stresemann zitiert aber daraus in seiner in der vorangegangenen Anm. genannten Ausschuß-Rede vom 13. Februar 1925.

wir die schwersten Klagen darüber bekommen, daß den Anforderungen nicht genügt würde. Wir müssen aber nicht nur das Personal bei den bestehenden Konsulaten vermehren, sondern auch die Zahl unserer Konsulate. Beispielsweise hatten wir in den Vereinigten Staaten in der Vorkriegszeit 12 Berufskonsulate, wir haben heute nur 4; in China hatten wir vor dem Kriege 16, heute 7, in Brasilien vor dem Kriege 16, heute 2. Meine Herren, es gibt auch eine sehr unangebrachte Sparsamkeit.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In einer Zeit, in der unsere ganze Außenpolitik darauf aufgebaut ist, unsere Ausfuhr zu vermehren, um die Verpflichtungen, die aus uns lasten, durchführen zu können, müssen wir alles tun, um denen alle Hilfe angedeihen zu lassen, die sich wieder in die Weltwirtschaft hinauswagen. Ich hoffe deshalb, daß auch das Haus der Bitte des Auswärtigen Amtes auf **Errichtung ausländischer Konsulate** mit derselben Sachlichkeit, aber auch mit demselben Wohlwollen gegenübersteht, wie es der Haushaltsausschuß erfreulicherweise getan hat. Darunter befinden sich übrigens auch die Konsulate, die wir für den Fall in Aussicht genommen haben, daß wir mit Frankreich zu einem zufriedenstellenden Handelsvertrag gelangen[5].

Ehe ich, meine Damen und Herren, nun auf die Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen Ländern eingehe, gestatten Sie mir, in einigen Worten der Lage des **Auslandsdeutschtums** und der Lage der **deutschen Minderheit** zu gedenken. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft im Ausland und die Stellung des Auslandsdeutschtums ist nach zwei Richtungen eine ungemein schwere. Einmal nach der finanziellen Richtung. Zu denen, die durch den verlorenen Krieg vielfach auch das ganze Ergebnis einer Lebensarbeit an Vermögen verloren haben, gehören unsere Auslandskaufleute[6]. Es war zunächst außerordentlich zu begrüßen, daß sie sich überhaupt wieder hinauswagen, um unter ganz anderen und viel schwierigeren Verhältnissen ihre Arbeit da im kleinen wieder zu beginnen, wo sie früher als Fürsten des Handels und der Kaufleute gewirkt hatten. Das Zweite aber war, daß sie auch unter ungleich schwierigeren Verhältnissen als früher ihre Arbeit in politischer, sozialer und moralischer Beziehung beginnen mußten. Bis heute ist der Bann noch nicht vollkommen gebrochen,

[5] Zum Stand der schwierigen und wiederholt unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich vgl. den telegraphischen Bericht der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vom 18. Mai 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 127–129.

[6] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Bestimmung des Versailler Vertrags, der die Siegerstaaten vielfältig ermächtigte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren; zumindest für einen Teil der Entschädigungen war das Deutsche Reich zuständig (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159).

der über dem deutschen Auslandskaufmann liegt, einmal wegen der Fortdauer der Kriegspsychose, zweitens aber aus dem Grund, weil man sich im Ausland an die Vorstellung gewöhnt hat, in unserem Deutschland ganz ungeahnte Kräfte und Entwicklungsmöglichkeiten zu sehen und in jeder Betätigung des Deutschen im Ausland wieder den Beginn einer stolzen weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands sehen zu wollen.

(Hört! Hört! rechts.)

Dagegen müssen wir ankämpfen und darauf hinweisen, daß die Auflage der Verpflichtungen, von denen ich gesprochen habe, unvereinbar ist mit Restriktionen, die sich gegen die Betätigung des deutschen Kaufmanns in der Welt richten.

(Sehr richtig!)

Hier ist die Gleichberechtigung für den deutschen Kaufmann das naturgemäße politische Äquivalent gegenüber dem Vertrauen, das man in uns darin setzt, daß wir durch unsere weltwirtschaftliche Expansion die Lasten tragen, die wir auf uns genommen haben. Es liegt in der Zulassung deutscher Kaufleute keine Gefahr für das Gastland, in dem der deutschen Kaufmann sich befindet. Das hat die Entwicklung der Vorkriegszeit genugsam bewiesen. Vielfach ist gerade durch diese Tätigkeit auch das Land selbst mit emporentwickelt worden, in dem sie tätig gewesen sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein zweites Wort denjenigen Volksgenossen widmen, die zwar durch gemeinsame Kultur und die Bande des Blutes mit uns unzertrennlich verbunden sind, die aber als Angehörige eines fremden Staates leben müssen, sei es als Folge einer langen geschichtlichen Entwicklung, sei es als Folge der letzten Verträge. Fast überall stehen sie im Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums, einem Kampf, der um so schwerer wird, je näher sie an unseren Grenzen wohnen. Wenn wir mit ihnen nicht staatlich verbunden sind, so ist es doch selbstverständlich, daß unsere Wünsche und unsere Hoffnungen sie in diesem Kampf begleiten.

(Bravo!)

Daß er Erfolg haben kann, zeigt das Beispiel **Estlands,** in dem zuerst der kühne und kluge Schritt der Gewährung **kultureller Autonomie** an die Minderheiten getan wurde[7]. Wir möchten wünschen, daß dieses Beispiel in anderen Ländern Nachahmung

[7] Am 5. Februar 1925 war in Estland ein Gesetz verabschiedet worden, das den Minderheiten volle Kulturautonomie gewährte (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 339; Einzelheiten auch in VOSSISCHE ZEI-

finde. Das wünschen nicht nur wir als wohl das stärkste Mutterland so vieler Minderheiten, sondern ich glaube, auch jeder wahre Freund einer wirklichen Befriedung Europas wird wohl dasselbe wünschen und hoffen können.

Wenn ich nun auf unsere außenpolitische Lage und unsere **Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern** eingehe, möchte ich zunächst mit einem Rückblick auf das beginnen, was hier in den Augusttagen des vorigen Jahres den Gegenstand der ernstesten Erörterungen bildete, nämlich auf die damalige Annahme des sogenannten **Dawes-Plans[8].** Die Regierung hat sich damals mit aller Kraft dafür eingesetzt, das Londoner Schlußprotokoll mit dem damit zusammenhängenden Gesetz zur Annahme zu bringen. Auch diejenigen, die damals schwere sachliche Bedenken gegen diesen Plan vorgebracht haben, werden darüber kaum Zweifel hegen können, daß wir ohne dieses Ergebnis kaum eine sicher fundierte Währung besäßen und noch heute in gleicher Weise wie jahrelang vorher im Reiche um unseren inneren Zusammenhalt und unsere Existenz ringen müßten.

(Sehr richtig!)

Über die finanzielle Belastung durch die übernommenen Verpflichtungen hat sich der Herr Finanzminister[9] bereits in diesem Hohen Hause geäußert. Gegenüber völlig falschen Darlegungen, die in die Auslandspresse über die Rede des Herrn Finanzministers lanziert worden sind, möchte ich feststellen, daß der Herrn Finanzminister auch nach seinen eigenen Ausführungen in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Durchführung des Dawes-Planes steht.

Wir haben bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten. Der Plan ist von uns dem Buchstaben und dem Geiste nach ausgeführt worden, was auch die

---

TUNG, Nr. 64 [Morgenausgabe] vom 7. Februar 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 39 [Morgenausgabe] vom 8. Februar 1925).

[8] Der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. – Im Reichstag wurde vom 23. bis 29. August 1924 über die deutschen Ausführungsgesetze und insbesondere das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedurfte, debattiert (vgl. in dieser Edition auch die Rede Stresemanns in dieser Debatte vom 28. August 1924), ehe sie am 29. August 1924 angenommen wurden, weil etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[9] Otto von Schlieben (1875–1932), Reichsfinanzminister 15. Januar – 26. Oktober 1925 (DNVP). – Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Reichstagsrede Schliebens vom 30. April 1925 im Rahmen der Beratung der Steuer- und Aufwertungsgesetzgebung (ebd., Bd. 385, S. 1464–1472).

Gegenseite wiederholt ausdrücklich anerkannt hat. Unser Bemühen um diese Ausführung entspricht nicht dem Gefühl einer inneren Verantwortlichkeit oder eines Schuldbewußtseins. Die deutschen Zahlungen haben nach unserer Auffassung nichts mit der Frage der Gerechtigkeit und Schuld zu tun. Sie sind die Last, die der Sieger kraft seiner Übermacht dem Besiegten aufgezwungen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir die Vereinbarungen trotzdem in freier Entschließung angenommen haben, so geschah es deshalb, weil es uns nach fünfjährigen vergeblichen Bemühungen durch das Londoner Protokoll gelungen war, die Reparationsfrage auf die Grundlage der vernünftigen wirtschaftlichen Überlegung zu stellen, wie dies Deutschland von Anfang an in London, in Brüssel und in Cannes[10] gegenüber der damals uns gegenüber zum Ausdruck gebrachten Machtpolitik stets betont hat. Hätte man die Vorschläge, die Deutschland früher gemacht hat, als es noch nicht wirtschaftlich und finanziell zusammengebrochen war, von der Gegenseite akzeptiert, wie viel mehr wäre an wirtschaftlichen Werten erhalten geblieben!

(Zustimmung.)

Wieviel mehr wäre auch an Haß, Verbitterung und Enttäuschung den europäischen Völkern erspart geblieben!

(Wiederholte Zustimmung.)

Es wird viel Arbeit und guter Wille notwendig sein, um diese Schäden wieder auszugleichen.

Meine Herren! Ich habe gesagt, wir werden den Dawes-Plan in derselben Weise wie bisher auch in Zukunft durchführen. Parlamentarische Mehrheiten im Reichstag und die Zusammensetzung der Reichsregierung mögen wechseln. Ich kann mir aber keine Konstellation vorstellen, die von dieser Richtlinie unserer Politik abweichen könnte. Selbstverständlich aber erwarten wir, daß auch die von unseren Reparationsgläubigern in London übernommenen Verpflichtungen mit derselben Gewissenhaftigkeit eingehalten werden, die wir bewiesen haben und weiter beweisen werden.

(Zustimmung rechts.)

Ich verwahre mich gegen die in der Presse hier und da vertretene Auffassung, als

[10] Gemeint sind vermutlich die Reparationskonferenzen in London zwischen März und Mai 1921, in Brüssel im Dezember 1920 und in Cannes im Januar 1922.

wenn die **Räumung des Ruhrgebietes** und die **Räumung der Sanktionsstädte**[11] zu dem in den Londoner Vereinbarungen festgesetzten letzten Termin des 16. August dieses Jahres irgendwie gefährdet sein könnte. Ich darf bemerken, daß der französische Ministerpräsident[12] in der Zeit, als die Schwierigkeiten wegen der Räumung der nördlichen Rheinlandzone[13] schon begonnen hatten und der Kampf darum am stärksten tobte, spontan zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verpflichtung der französischen Regierung zur Räumung dieser Zone[14] in keiner Weise durch irgendwelche Differenzen über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone berührt werden könne.

(Hört! Hört! rechts.)

Sollte an dieser Auffassung irgendein Zweifel möglich sein, so ist man sich im Lager der Alliierten wahrscheinlich darüber völlig im klaren, daß die dadurch herbeigeführte Tatsache prinzipielle Folgen zeitigen müßte, die das bisher auf dem Wege der Verständigung Geschaffene illusorisch machen würden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bemerke aber ausdrücklich, daß bei uns keinerlei Auffassung auf Grund unserer Berichte Geltung hat, die uns irgendwie zu einem Zweifel an dieser Einhaltung der vertragsmäßig gegebenen Versprechungen Veranlassung gebe.

(Zuruf von den Kommunisten: Was sagt Briand[15]?)

---

[11] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt. Am Rande der Londoner Konferenz wurde von Herriot die Räumung des Ruhrgebiets, der „Sanktionsstädte“ und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257).

[12] Gemeint ist offenbar der vormalige Ministerpräsident, Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925. – Auf welche Aussage Herriots, wohl im Winter 1924/25, Stresemann sich nachfolgend bezieht, konnte allerdings nicht ermittelt werden.

[13] Stresemann bezieht sich darauf, daß die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden war. Dies wurde der Reichsregierung am 5. Januar 1925 durch eine alliierte Kollektivnote amtlich mitgeteilt und angekündigt, daß der Reichsregierung die Details der deutschen Verfehlungen später zugehen würden (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[14] Gemeint ist hier offenbar nicht die nördliche Rheinlandzone, sondern sind die Sanktionsstädte und das Ruhrgebiet.

[15] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

– Ich habe nicht gehört, daß Herr Briand irgendwie etwas anderes gesagt hätte, als was Herr Herriot in dieser Beziehung zum Ausdruck gebracht hat.

Meine Herren! Die Grundlage jener Politik der Verständigung, einer Politik der finanziellen Lasten, der sogenannten Reparationspolitik, von der ich soeben gesprochen habe, trägt den **Namen des Herrn Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika[16].** Sie alle wissen, daß das nicht nur ein äußerer Zusammenhang ist. Die Vereinigten Staaten sind das Land, von dem die wichtigsten Bestrebungen ausgingen, die auf die Sanierung der Wirtschaft und darüber hinaus auf die Befriedung Europas gerichtet sind. Keinem Lande können diese Bestrebungen willkommener sein als dem Deutschen Reiche. Es ist mir eine Genugtuung, feststellen zu können, daß unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht befriedigende sind. Die weitgehende Kredithilfe, die die amerikanische Hochfinanz in den letzten Monaten einem Teil der deutschen Industrie gewährt hat, sind [!] für unsere blutarme Wirtschaft von der größten Bedeutung gewesen. Aber auch sonst sprechen alle Anzeichen dafür, daß in der großen Republik jenseits des Ozeans das Verständnis für Deutschlands Lage in erfreulicher Weise zunimmt.

Auch unser Verhältnis zu den **Staaten Süd- und Mittelamerikas** ist selbst da, wo der Weltkrieg eine Trübung gebracht hatte, gut. Neben dem Handelsverkehr, der zu beiderseitigem Vorteil von Jahr zu Jahr zunimmt, verstärken sich auch die geistigen Beziehungen, die in der letzten Zeit in wiederholten Besuchen hervorragender Gelehrter zum Ausdruck gekommen sind und deren weitere Ausgestaltung wir aufrichtig wünschen. Der Umstand, daß viele unserer Landsleute in Süd- und Mittelamerika ihr Fortkommen und eine zweite Heimat gefunden haben, trägt dazu bei, die Beziehungen zwischen uns und diesen Ländern zu stärken.

Im Verhältnis zu **Mexiko** insbesondere hat die alte Freundschaft, die uns mit diesem Lande verbindet, neuerdings wieder beredten Ausdruck gefunden durch die herzliche und glänzende Aufnahme, die die mexikanische Regierung und das mexikanische Volk den Offizieren und Mannschaften unseres Schulkreuzers „Berlin“ bei ihrem Besuch im Januar dieses Jahres bereitet haben[17].

---

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[16] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932.

[17] Die 1903 als Kleiner Kreuzer der Kaiserlichen Marine erbaute „Berlin“ war seit 1922 als Schulkreuzer erneut in Dienst gestellt; zum Besuch in Mexiko und zum Empfang durch die dortige Regierung und Bevölkerung im Januar 1925 vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 15. vom 18. Januar 1925.

(Lebhaftes Bravo.)

Besonders aber möchte ich erwähnen, daß die mexikanische Regierung am 16. März dieses Jahres mit der deutschen Reichsregierung ein Abkommen abgeschlossen hat[18], auf Grund dessen die **Ansprüche deutscher Reichsangehöriger aus Schäden,** die sie in Mexiko während der dortigen wiederholten revolutionären Wirren erlitten haben, eine angemessene Regelung finden sollen.

(Bravo!)

Das Abkommen, das noch der beiderseitigen Ratifizierung bedarf, wird dem Reichstag demnächst vorgelegt werden.

Was die **Lage im fernen Osten** angeht, so hat sie durch die kürzlich abgeschlossenen Verträge zwischen Rußland und China[19] sowie zwischen Rußland und Japan[20] für die europäische Politik erhöhtes Interesse gewonnen. Die weitgehenden Kombinationen, die man in der Presse zum Teil an diese Vertragsschlüsse geknüpft hat, sind aber wohl zu phantasiereich, als daß ich hier näher darauf einzugehen brauchte; sie rechnen vor allen Dingen zu wenig mit den großen Zeiträumen, die die ostasiatische Politik für ihre Entwicklung braucht. Unsere Lage in Ostasien gestattet es uns, dieser Entwicklung bei aller ihr zu schenkenden Aufmerksamkeit in Ruhe zuzusehen. Wir erstreben dort nichts anderes als die Förderung unserer wirtschaftlichen Beziehungen und eine kulturelle Annäherung, die nicht einseitig, sondern gegenseitig befruchtend sein soll. Darin haben wir in **Japan,** mit dem uns wissenschaftliche Beziehungen besonders eng verbinden, wie auch in China, wo durch unsere neuen Verträge[21] eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen worden ist, in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Ich darf bei dieser Gelegen-

[18] Text des Deutsch-Mexikanischen Abkommens, betreffend die Regelung deutscher Ansprüche aus mexikanischen Revolutionsschäden, vom 16. März 1925 in REICHSGESETZBLATT 1926 II, S. 129–134.

[19] Ein sowjetischer Vertrag mit China aus dem Jahr 1925 konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf den chinesisch-sowjetischen Vertrag von Peking vom 31. Mai 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 390–391).

[20] Stresemann bezieht sich auf die am 21. Januar 1925 in Peking abgeschlossene sowjetisch-japanische Konvention, die u.a. japanischen Konzernen die Ausbeutung der Ölfelder in Nordsachalin ermöglichte; vgl. dazu ebd., 66 (1925), S. 384–386; möglicherweise bezieht er sich außerdem auf einen in Tokio zwischen sowjetischen und japanischen Vertretern unterzeichneten Vertrag, über den die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 226 (Morgenausgabe) vom 14. Mai 1925, berichtete und der offenbar Ausführungsbestimmungen zur Konvention vom Januar enthielt.

[21] Vermutlich bezieht sich Stresemann in erster Linie auf das deutsch-chinesische Finanzabkommen vom 7. Juni 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 391).

heit daran erinnern, daß ein deutscher Gelehrter, wie der Professor Haber[22], bei seinem Besuch in Japan mit geradezu fürstlichen Ehren aufgenommen worden ist, und daß die ganze japanische Welt dem Ansehen der Arbeit dieses Gelehrten gehuldigt hat. Wir hoffen, daß eine baldige Konsolidierung der Verhältnisse in China und in dem ganzen fernen Osten uns in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau dieser Beziehungen gestatten wird.

Die zentrale Lage Deutschlands bringt es von selber mit sich, daß wir von der Gestaltung der Dinge im **europäischen Osten** viel unmittelbarer berührt werden als etwa die angelsächsische oder die romanische Welt. Bei dem Problem des Ostens haben wir zwar heute nicht mit der Ausschließlichkeit wie früher allein mit Rußland zu rechnen – denn im Norden wie im Westen sind diesem Lande heute Staatengebilde vorgelagert und im Verhältnis Rußlands zu uns zwischengelagert, die an ihrem staatlichen Selbsterhaltungswillen keinen Zweifel aufkommen lassen –, gleichwohl bleibt nach wie vor unverkennbar das natürliche Schwergewicht bei Rußland, das noch immer den halben Erdteil umspannt, das alle jene Länder zusammen an Bevölkerung um das Fünffache übertrifft und das mit überaus großen Entwicklungsmöglichkeiten ausgestattet ist. Schon diese Tatsache bringt es mit sich, daß Rußland für Deutschlands Beziehungen zum Osten immer den maßgebenden Faktor bilden wird. Dazu kommt, daß nach Ausräumung des früher mit den Balkanfragen verbundenen Konfliktstoffes jetzt alle außenpolitischen Reibungsmöglichkeiten zwischen Rußland und Deutschland als beseitigt gelten können. Damit ist für die friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbauarbeiten dieser beiden in starkem Maße sich ergänzenden Länder eine weite Bahn geöffnet. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland wurde eingeleitet durch den **Vertrag von Rapallo[23].** An der durch ihn geschaffenen Grundlage haben beide Länder seither als an einer selbstverständlichen Notwendigkeit festgehalten. Gewiß nicht ohne Zwischenfälle, wie das bei der grundsätzlichen Verschiedenheit der beiderseitigen Staats- und Wirtschaftssysteme nur natürlich ist, aber doch in der Erkenntnis, daß es dem Verständnis für die Bedürfnisse der anderen Seite gelinge möge, eine tragfähige Brücke herüber und hin-

[22] Fritz Haber (1868–1934), deutscher Chemiker; Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie 1912–1933. – Haber hatte im Dezember 1924 Japan besucht. Inzwischen bemühte er sich um die Gründung eines deutsch-japanischen Instituts zum Aufbau beidseitiger Wissenschafts- und Kulturbeziehungen (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 57 [Morgenausgabe] vom 19. Februar 1925; den Bericht des Botschafters Solf vom 18. Mai 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 130–131).

[23] Text des deutsch-sowjetischen Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 u.a. in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 677–678.

über zu schlagen. Ich zweifle nicht, daß die Sowjetregierung es an diesem Verständnis auch bei denjenigen großen politischen Fragen nicht fehlen lassen wird, die Deutschland seinerseits jetzt mit anderen Mächten zu regeln hat. Bei allen diesen Fragen handelt es sich für Deutschland nicht um grundsätzliche Orientierungen seiner Politik nach der einen oder anderen Seite des Kontinents.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Die Aufgabe der deutschen Politik wird stets darin bestehen, seine Interessen gegenüber dem Westen und dem Osten auszugleichen. Dieser Ausgleich braucht und wird, so schwierig die Probleme auch im Einzelfall liegen mögen, niemals eine Form annehmen, die eine fruchtbare Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen unmöglich machte oder auch nur zu beeinträchtigen brauchte, wenn der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist, die Dinge objektiv anzusehen.

Mit den drei **nördlichen Randstaaten – Litauen, Lettland und Estland –** haben wir auf einigen Teilgebieten gewisse Meinungsverschiedenheiten gehabt. Ich kann aber feststellen, daß seit längerer Zeit eine unverkennbare Klärung der beiderseitigen Beziehungen eingetreten ist, die bereits in den letzten Tagen in Verträgen[24] ihren Niederschlag gefunden hat und voraussichtlich weiter finden wird. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge sowie die Fäden, die herüber und hinüber laufen, sind zu eng, so daß zuversichtlich mit einer zunehmenden Festigung dieser Beziehungen gerechnet werden darf.

Litauen gegenüber wird einen zuverlässigen Prüfstein für den Willen zur Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse immer die weitere Behandlung der Fragen des **Memellandes[25]** bilden.

---

[24] Als Verträge aus der jüngeren Vergangenheit konnten lediglich ein deutsch-estnischer Konsularvertrag vom 13. März 1925 (vgl. REICHSGESETZBLATT 1926 II, S. 426) und ein deutsch-litauischer Optionsvertrag bezüglich des Memelgebiets vom 10. Februar 1925 ermittelt werden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 342). Möglicherweise handelt es sich aber auch um einen Versprecher Stresemanns oder einen Druckfehler und Stresemann meint laufende „Gespräche“ oder „Verhandlungen“ zwischen Deutschland und den einzelnen baltischen Staaten, die über den möglichen Abschluß von Schiedsverträgen geführt wurden.

[25] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. Letzteres wurde seitdem von seiten der litauischen Regierung mit verschiedenen Argumenten abgelehnt (vgl. etwa die Aufzeichnung über ein Gespräch Eberts mit dem litauischen Staatspräsidenten vom 23. Januar 1925: ebd., A 12, S. 101–104).

(Sehr wahr! rechts.)

Von autoritativer litauischer Seite ist uns übrigens die baldige Abhaltung der Wahlen zum Memelländischen Landtag zugesichert worden[26].

Wenn ich zu den uns benachbarten Ländern übergehe, so gedenke ich zunächst **Deutsch-Österreichs.** Wie ich noch kürzlich anläßlich der Vorlage des Zusatzvertrages zum Deutsch-Österreichischen Wirtschaftsabkommen[27] an dieser Stelle ausgeführt habe[28], ist und bleibt Leitsatz unserer Politik gegenüber Österreich, alles zu tun, was im Rahmen der bestehenden Verträge unsere Beziehungen zu dem benachbarten deutschen Brudervolk so eng wie möglich gestaltet.

(Bravo!)

Wir betrachten es als eine Herzenssache, uns des gemeinsamen lebendigen Kulturbesitzes, an dessen Pflege und Fortentwicklung das deutsche Volk in Österreich so hervorragenden Anteil hat, bewußt zu bleiben und die geistigen Bande, die uns einen, in gegenseitigem Verstehen immer fester zu knüpfen.

(Erneutes Bravo.)

Der Herr Referent[29] hat auf das Schicksal der Verhandlungen hingewiesen, die zwischen Österreich und uns wegen **Aufhebung des Paßzwanges** geführt worden sind[30]. Daß diese Verhandlungen noch nicht zu einem Erfolg geführt haben, bedauern wir außerordentlich. Den Herren, die den Verhandlungen im Hauptausschuß beigewohnt haben[31], wird bekannt sein, daß ich damals die Ausnahmen des Auswärti-

---

[26] Eine entsprechende Zusicherung von litauischer Seite konnte nicht ermittelt werden. Vgl. die in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 120 (Morgenausgabe) vom 12. März 1925, wiedergegebene Absichtsbekundung des litauischen Ministerpräsidenten zur Ermöglichung von Landtagswahlen im Memelland.

[27] Text des Zusatzvertrages vom 12. Juli 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 398, Anl. 534 [mit eigener Seitenzählung].

[28] Vgl. in dieser Edition die Reichstagsrede Stresemanns vom 20. Februar 1925.

[29] Vgl. oben mit Anm. 2.

[30] Im Verlauf des Ersten Weltkriegs waren in Deutschland (wie in den meisten anderen Staaten) Paß- und Visumpflicht für die Aus- und Einreise eingeführt worden und nach dem Kriegsende in Kraft geblieben; erste Lockerungen der Visumpflicht erfolgten zum 1. Januar 1925 (vgl. REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 964; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 3 [Abendausgabe] vom 2. Januar 1925). Seit einigen Wochen geführte Verhandlungen mit Österreich über die Aufhebung der Visumpflicht und der entsprechenden Gebühren waren am 8. Mai 1925 von österreichischer Seite unter Verweis auf die Notwendigkeit der betreffenden Einnahmen vorläufig abgebrochen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 206).

[31] Gemeint ist vermutlich eine der Sitzungen des Haushaltsausschusses (der häufig und anachronistisch nach der Bezeichnung im Ersten Weltkrieg „Hauptausschuß“ genannt wurde) vom 13., 16. und 17. Februar 1925, in denen der Haushalt des Auswärtigen Amtes debattiert wurde; in den Überlieferungen der Äußerungen Stresemanns in diesen Sitzungen (vgl. diese Edition) fehlt allerdings die nachfolgend von ihm herangezogene Passage. Vgl. jedoch (in dieser Edition) seine Rede im Überseeklub in Hamburg vom 16. April 1925, in der er genau diesen Gedankengang äußerte.

gen Amts, die aus diesen Paßgebühren herrühren, als die unproduktivste Einnahme des Deutschen Reiches bezeichnet habe.

(Sehr gut!)

Ich glaube, wir könnten uns des Tages freuen, an dem dieser Einnahmeetat in allen Ländern der Welt nicht mehr erscheint.

(Erneute Zustimmung.)

Wir haben infolgedessen – ich darf sagen: gerade unter Führung des Auswärtigen Amts – alles darangesetzt, um bei diesen Verhandlungen mit Österreich das Paßvisum ein für allemal auch in bezug auf alle Gebühren aufzuheben, um den freien Zutritt herüber und hinüber wiederherzustellen, wie er früher zwischen fast allen Ländern üblich gewesen ist,

(bravo!)

und ich kann nur bedauern, daß die Österreichische Regierung, die sich zu diesen Verhandlungen bereit erklärt hatte, im letzten Augenblick Bedenken wegen der finanziellen Wirkung der Aufhebung der Visagebühren uns gegenüber äußerte. Wir waren, wie ich sagte, deutscherseits der Meinung, daß mit dem Visazwang auch die Visagebühren fallen sollten und müßten.

(Zustimmung.)

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß man sich auch auf österreichischer Seite zu demselben Standpunkt entschließt und nicht diesen wichtigen Schritt zur Grenzerleichterung dadurch illusorisch macht, daß man da fiskalische Gesichtspunkte ins Treffen führt, wo es sich wirklich um größere Gedanken handelt, als um einen winzigen Etattitel der budgetären Einnahmen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Für die weitere Entwicklung unserer **politischen Verhältnisses zu Italien** wird hoffentlich der Geist der Verständigung vorbildlich sein, der bei den im einzelnen noch zu erörternden Handelsverträgen beiderseitig bisher gezeigt worden ist. Wir können schon seit geraumer Zeit, namentlich auf geistigem und kulturellem Gebiet, das Bestreben Italiens beobachten, durch Förderung der geistigen Zusammenhänge zur Überwindung der durch den Krieg geschaffenen Gegensätze beizutragen. Daß die Wunden dieser Zeit gerade in dem geistigen Deutschland noch brennen, das hängt nicht zum wenigsten auch mit dem Verhalten gegenüber dem deutschen Ei-

gentum in Italien zusammen[32], das in vieler Beziehung doch gerade in der Ansiedelung von Führern des geistigen Deutschtums zum Ausdruck brachte, wie viele Deutsche in Italien ihre zweite geistige Heimat gefunden hatten und wie sehr sie erwarten konnten, nicht die Kosten eines Krieges zahlen zu müssen, der an dieser Grenze gar nicht mit uns, sondern mit einem anderen Lande geführt worden ist. Ich hoffe, daß dieses deutliche Bestreben Italiens, von dem ich sprach, diese Gegensätze vermindern wird. Symptomatisch für dieses Bestreben Italiens sind die von italienischer Seite wiederholt ergangenen Einladungen zur Teilnahme an internationalen Veranstaltungen jeder Art, z.B. zu dem vor wenigen Wochen in Tripolis stattgehabten Archäologenkongreß[33], von dem die deutschen Teilnehmer mit hoher Befriedigung zurückgekehrt sind.

(Lachen und Zurufe von den Kommunisten.)

– Ich zweifle nicht daran, daß Sie für das geistige Verständnis zwischen einzelnen Völkern bei der Art Ihrer politischen Einstellung sehr wenig Verständnis haben.

(Lebhafte Zustimmung und Rufe: Sehr gut!)

Die Beziehungen des Reiches zur **tschechoslowakischen Republik** charakterisieren sich durch ihre gleichmäßige Beständigkeit. Wie es bisher gelungen ist, die verschiedenen Angelegenheiten, die zwischen den beiden Ländern zu behandeln waren, im gegenseitigen Einvernehmen zu erledigen, so steht zu hoffen, daß es auch weiterhin gelingen wird, die sich aus den zahlreichen Berührungspunkten ergebenden Fragen zu einer beide Teile befriedigenden Lösung zuzuführen. Es ist der Wunsch der deutschen Regierung, zu der tschechoslowakischen Republik ein gutes Verhältnis aufrechtzuerhalten und die bereits lebhaften und für beide Länder wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Wohle beider Wirtschaftskörper fortzuentwikkeln.

Zur **Schweiz,** den **Niederlanden** und **Ungarn** sind unsere Beziehungen unverändert gut und aufgebaut auf traditionellem Vertrauen. In Ungarn verfolgen wir mit lebhafter Sympathie und aufrichtiger Bewunderung die tatkräftige Arbeit des Landes an seinem finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau und wünschen den darauf gerichte-

[32] Ob sich Stresemann hier allgemein auf das Recht Italien zur und die Praxis der Beschlagnahmung des Eigentums deutscher Privatpersonen, das ihm aus dem Versailler Vertrag erwuchs (vgl. oben mit Anm. 6), oder auf spezielle jüngere Maßnahmen bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[33] Anfang Mai 1925 fand in Tripolis in der italienischen Kolonie Libyen ein internationaler archäologischer Kongreß statt, an dem auch deutsche Wissenschaftler teilnahmen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 210 [Morgenausgabe] vom 5. Mai 1925).

ten Bestrebungen der ungarischen Regierung und des ungarischen Volkes besten Erfolg.

(Beifall.)

Ein anderes Volk, das ebenfalls mit ganzer Kraft den Wiederaufbau seines Landes in Angriff genommen hat, **Bulgarien,** ist durch schwere Schläge der letzten Zeit[34] erneut in Trauer versetzt worden. Es ist der aufrichtige Wunsch der deutschen Regierung, daß dem bulgarischen Volke neue Prüfungen erspart bleiben.

(Bravo!)

Die Beziehungen zu ihm sind freundschaftliche; der Handel mit ihm hat sich günstig entwickelt.

Während unser Wirtschaftsverkehr mit **Jugoslawien** zunächst durch Sachlieferungen auf Reparationskonto im wesentlichen eine Zunahme erfahren hat, dürfen wir erwarten, daß auch nach deren Wegfall der freie Warenaustausch sich wieder lebhaft gestaltet.

Von den Ländern, von denen ich bisher gesprochen habe, konnte ich sagen, daß unsere Beziehungen zu ihnen durch prinzipielle Differenzen nicht getrübt sind. Leider besteht mit **Rumänien** immer noch die bekannte Differenz wegen der Banca-Generala-Noten. Wir haben der rumänischen Regierung vorgeschlagen, die Frage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten[35]. Es ist zu wünschen, daß damit auch das bedauerlicherweise von Rumänien in unseren Handel hineingetragene Moment der Beunruhigung wieder verschwindet und sich alsbald die Aussicht auf Wiederaufnahme, auf weitere Ausgestaltung der guten Wirtschaftsbeziehungen eröffnet, die

---

[34] Stresemann bezieht sich hier – neben weiteren Anschlägen – wohl in erster Linie auf einen erfolgreich abgewehrten Überfall auf König Boris III. vom 14. April 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 355) und auf einen Bombenanschlag in der Kathedrale von Sofia vom 16. April 1925, der ebenfalls dem König gegolten hatte, statt seiner aber (nach unterschiedlichen Angaben) 140 bis über 200 andere Personen tötete und zahlreiche weitere verletzte (vgl. ebd., sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 186 [Morgenausgabe] vom 21. April 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21770 [Morgenausgabe] vom 23. April 1925, S. 3).

[35] Im Februar 1925 hatte Rumänien für den Fall, daß seine Forderungen zur Begleichung der aus rumänischer Sicht bestehenden deutschen Verpflichtungen, darunter insbesondere zur Einlösung der von den deutschen Besatzungsbehörden im Weltkrieg in Rumänien als gesetzliches Zahlungsmittel ausgegebenen Geldnoten der Banca Generala, mit Repressalien gedroht (vgl. die zusammenfassende Darstellung in SCHULTHESS 66 [1925], S. 358–359). Stresemann hatte demgegenüber wiederholt, so in seinen Reden im Auswärtigen Ausschuß vom 16. Februar, im Haushaltsausschuß vom 17. Februar und erneut im Auswärtigen Ausschuß am 18. Februar 1925 (vgl. diese Edition), auf die Möglichkeit deutscher Gegenrepressalien hingewiesen. – Nach fruchtlosen Verhandlungen hatte die Reichsregierung im April Rumänien ein Schiedsgerichtsverfahren vorgeschlagen (vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft Bukarest vom 6. April 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 606–607), was jedoch von der rumänischen Regierung abgelehnt wurde (vgl. den Bericht des Gesandten Freytag vom 4. Mai 1925: ebd., A 13, S. 58–60).

ebenso im rumänischen wie im deutschen Interesse liegen. Dazu würde allerdings unumgänglich notwendig sein, daß Rumänien auf die Vorrechte des bekannten § 18 im Versailler Friedensvertrag[36] verzichtet, der eine Beschlagnahme deutschen Eigentums, auch Nachkriegseigentums, offenläßt. Länder, die diesen Vorbehalt machen, können nicht erwarten, daß sich der deutsche Kaufmann auf längere Sicht in ihnen niederläßt und mit ihnen Geschäftsverkehr anknüpft, weil er sich damit einer Unsicherheit aussetzt, die niemals sonst in friedlichen Zeiten in den Handelsbeziehungen von Ländern vorhanden gewesen ist.

(Sehr wahr!)

Es wird nicht nur in unserem, sondern auch im Interesse der Länder selbst liegen, die bisher an diesem Paragraphen festgehalten haben, wenn sie ihn so bald wie möglich fallen lassen.

Meine Herren, ich darf kurz darauf hinweisen, daß mit anderen Ländern ebenso freundschaftliche und normale, gute Beziehungen bestehen, wie ich von **Griechenland,** vom **Balkan** und von **Albanien** sagen kann, wo wir jetzt der wachsenden Bedeutung dieses Landes entsprechend unser bisherige Vertretung in eine Gesandtschaft umgewandelt haben[37].

(Zurufe von den Kommunisten.)

– Meine Herren (zu den Kommunisten), es ist ganz außerordentlich leicht, in der Form, in der Sie es tun, mit derartigen Ausdrücken von Ländern zu sprechen, die, glaube ich, auch für sich in Anspruch nehmen können, daß sie ebenso dem menschlichen Fortschritt zuneigen wie andere große Länder, auf die Sie sich beziehen. Es ist die ungehörigste Art und Weise, von einem Land, das hier von dem deutschen Außenminister genannt wird, in der Form zu sprechen, wie Sie es eben tun zu dürften geglaubt haben.

Deutschlands Beziehungen zu **Luxemburg** wird der Weg gewiesen durch die Übereinstimmung wichtiger Wirtschaftsinteressen. Auch die schwebenden Verhandlungen mit Luxemburg[38] werden in diesem Geiste geführt und demnächst zweifellos eine befriedigende Regelung finden.

Unsere Beziehungen zu **Spanien** tragen den Charakter einer seit Jahrhunderten

---

[36] Gemeint ist § 18 der Anl. II zu Teil VIII des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 117).

[37] Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1923 war Radolf von Kardorff zunächst zum Geschäftsträger und im April 1925 zum Gesandten in Tirana ernannt worden.

[38] Auf welche Verhandlungen Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

durch nichts getrübten Freundschaft mit diesem Lande, von dem uns keinerlei politische Gegensätze trennen, mit dem uns zahlreiche kulturelle Interessen verbinden. Wir haben von seiten Spaniens überall Entgegenkommen und Zustimmung gefunden, wo es sich um die Zuziehung Deutschlands zur Mitarbeit auf internationalem Gebiet handelt. Ein weiterer Beweis für dieses gute Einvernehmen ist die herzliche Aufnahme, die zahlreiche Vertreter deutscher Wissenschaft erst kürzlich wieder bei ihrem Besuch in diesem gastfreien Lande gefunden haben[39]. Hoffentlich wird es der Reichsregierung möglich gemacht, auch unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien in einer für beide Teile segensreichen Weise weiterzuentwickeln. Auf das vorläufige Handelsabkommen mit Spanien[40], über dessen Ratifizierung der Reichstag in nächster Zeit zu entscheiden hat, werde ich noch einzugehen haben und ebenso auf die handelspolitischen Beziehungen, die wir mit Portugal zu entwickeln haben.

Ich darf diese Betrachtung schließen mit einigen Hinweisen auf Länder, mit denen uns heute lediglich wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen verbinden. Ich darf darauf hinweisen, daß die **türkische Regierung** ihrerseits bei der Wiederanknüpfung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen sich des Rates und der Mitarbeit des deutschen Elements gern bedient hat. Wir verfolgen ihre Arbeit mit lebhafter Genugtuung und sind gern bereit, nach Maßgabe unserer Wirtschaftskräfte an dem erbetenen Aufbau der türkischen Wirtschaft mitzuarbeiten. Wir glauben, zu der tatkräftigen, überaus raschen Niederwerfung des **kurdischen Aufstandes**[41] die türkische Regierung nur beglückwünschen zu können. Ohne Frage lag das energische Vorgehen der türkischen Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens.

Die **ägyptische Regierung** hat die Entsendung eines Gesandten nach Berlin beschlossen. Unsere seit längerer Zeit mit ihr eingeleiteten Verhandlungen über die Wiedererlangung der Konsulargerichtsbarkeit[42] werden – so dürfen wir jetzt erwarten – in kurzem zu einer befriedigenden Lösung dieser für die Rechtstellung der Deutschen in Ägypten besonders wichtigen Frage führen.

---

[39] Im Frühjahr war eine Schiffahrt „für deutsche Geistesarbeiter“ organisiert worden, die 550 Passagiere nach Spanien geführt hatte (vgl. den Reisebericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 210 [Morgenausgabe] vom 5. Mai 1925). Vermutlich bezieht sich Stresemann auf diesen Besuch.

[40] Text des deutsch-spanischen Handelsabkommens vom 25. Juli 1924, das seit dem 1. August auch als Modus vivendi in Kraft gesetzt war, in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 451–453.

[41] Im Februar 1925 war im kurdischen Gebiet der Türkei ein Aufstand gegen die Regierung in Ankara ausgebrochen, der bis Ende April 1925 niedergeschlagen war (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 352).

[42] In der Sache geht es um die Frage der Exterritorialität deutscher Staatsbürger in bezug auf gerichtliche Behandlung ihrer Angelegenheiten durch deutsche Konsulargerichte; die früher gültigen entsprechenden Bestimmungen waren in Ägypten inzwischen weitgehend aufgehoben worden. Einzelheiten zu den von Stresemann angesprochenen Verhandlungen konnten nicht ermittelt werden.

Meine Herren, weiter darf ich darauf hinweisen, daß auch in Asien die durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen wieder angeknüpft worden sind. Es ist beispielsweise eine interessante Tatsache, daß gegenwärtig in **Persien** mehr deutsche Kaufleute ansässig sind als vor dem Kriege und dort außerordentliche Bewegungsfreiheit in jeder Beziehung genießen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir dann auch – Sie wissen das aus den Verhandlungen des Hauptausschusses – die bisherige diplomatische Vertretung in Kabul in eine Gesandtschaft umgewandelt haben[43], sowie darauf, daß **Afghanistan** eine große Reihe deutscher Ingenieure, Chemiker, Baumeister und Lehrer berufen hat, um auf diese Weise mit uns zusammenarbeiten zu können.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß die Beziehungen zu den nordischen Staaten besonders freundschaftliche sind. Ich darf, wenn ich von den nordischen Staaten spreche, auch an die großzügige Hilfsaktion erinnern, die in den schweren Zeiten der letzten Jahre von den skandinavischen Ländern zur Linderung der Not in Deutschland ausgegangen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Eine weitere Vertiefung unseres Verhältnisses zu **Schweden** ist durch den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrags erfolgt[44].

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Abschluß eines Luftschiffahrtsvertrags steht unmittelbar bevor[45]. Die Erleichterungen, die durch einen regelmäßigen Flugverkehr nach den skandinavischen Hauptstädten geschaffen sind, werden gewiß dazu beitragen, den Verkehr mit diesen Ländern noch reger zu gestalten.

Auch mit **Finnland** haben die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen durch die Unterzeichnung eines Schiedsvertrags[46] eine neue feste Grundlage erhalten.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die **deutsch-dänischen Besprechungen,** die im letzten Herbst in Kopenhagen

---

[43] Noch war allerdings kein deutscher Gesandter in Kabul ernannt, sondern die diplomatische Vertretung wurde bis 1926 durch Fritz Grobba als Geschäftsträger wahrgenommen.

[44] Text des deutsch-schwedischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags vom 29. August 1924 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 863–871.

[45] Zu den Verhandlungen konnte nichts ermittelt werden; allerdings wurde der betreffende Vertrag wenige Tage später abgeschlossen (vgl. ebd., S. 858–862).

[46] Text des deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags vom 14. März 1925 ebd., S. 872–882.

stattgefunden haben und die die Schulangelegenheiten der Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze zum Gegenstand hatten[47], haben zu einer weiteren Klärung und Beruhigung in den Grenzverhältnissen geführt. Sie haben erneut bewiesen, daß eine freundschaftliche offene Aussprache der beste Weg zur Gestaltung des Verhältnisses der Länder ist.

Ich darf zum Schluß – aber last not least – ein Wort von den Beziehungen sprechen, die wir zum **Vatikan** unterhalten. Unsere Beziehungen zum Heiligen Stuhl werden nach wie vor getragen von dem von uns immer wieder dankbar empfundenen Verständnis, das seine Heiligkeit der Papst[48] und seine Berater deutschem Wesen und deutschem Schaffen entgegengebracht haben.

(Lebhafter Beifall.)

Unvergessen in Deutschland werden die rastlosen Bemühungen der Kurie um das Schicksal aller unserer Landsleute bleiben, die während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit in leibliche und seelische Not geraten sind.

(Bravo! im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Unvergessen in der ganzen Welt wird die nie versagende Geduld und Zuversicht bleiben, mit der der Heilige Stuhl sich für die Verständigung zwischen den Völkern eingesetzt hat.

(Bravo!)

Diese Empfindungen der Dankbarkeit und des Vertrauens fanden ihren Ausdruck durch die Scharen deutscher Landsleute, die zu den eindrucksvollen Feiern des Heiligen Jahres[49] in die ewige Stadt gepilgert sind.

Meine Herren, ich darf nach Abschluß dieser Übersicht mit jenen Probleme zuwenden, die ja in der Hauptsache den Gegenstand unserer Arbeit im vergangenen Jahr gebildet haben, nämlich der **Neuregelung unserer Handelsbeziehungen.** Die Handelsvertragsverhandlungen mit einer Reihe von Ländern sind bereits abgeschlossen; mit mehreren sind sie im Gange, mit anderen sind Vorbesprechungen für den demnächstigen Beginn solcher Verhandlungen eingeleitet. Der Ablauf des 10.

[47] Zu den diesbezüglichen deutsch-dänischen Besprechungen vom Oktober 1924 vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 289.

[48] Pius XI. (1857–1939), Papst 1922–1939..

[49] Nach der Ankündigung des Papstes vom 29. Mai 1924 (vgl. ebd., S. 275) wurde das Jahr 1925 in Rom als „Heiliges Jahr“ oder „Jubiläumsjahr“ gefeiert.

Januar, bis zu dem nach dem Vertrag von Versailles[50] die alliierten und assoziierten Mächte die einseitige Meistbegünstigung genossen, hat ihnen den Wunsch eingegeben und uns vor die Aufgabe gestellt, die gegenseitigen Handelsbeziehungen wieder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. Anderen Staaten hat diese Lage es nahegelegt, mit uns wegen einer Modernisierung der bestehenden vertraglichen Abmachungen zu verhandeln. Das ist hervorgegangen aus den vielfachen Verschiebungen, die seit der Vorkriegszeit in dem ganzen Verhältnis der Nationen zueinander ja ergangen sind.

Ich möchte zu den Verhandlungen das eine allgemein sagen. Wir werden uns damit abfinden müssen, daß, so wünschenswert es auch wäre, zu einer endgültigen vertraglichen Regelung auf lange Zeit zu kommen, wir in vieler Beziehung gegenwärtige provisorische Versuchsstadien werden mit in Kauf nehmen müssen,

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

zumal noch die Unstabilität der Währung in einigen anderen Ländern als weiterer Faktor der Unsicherheit dazukommt. Es ist unvermeidlich, daß die Abmachungen zum Teil einen provisorischen Charakter tragen.

Wir haben als Hauptaktivum bei den Handelsvertragsverhandlungen die Kaufkraft eines 60-Millionen-Volks in die Wagschale zu werfen. Wenn ich die Bedeutung Deutschlands als zweitwichtigstes Konsumgebiet der Welt hervorhebe, so tue ich das, um hinzuzufügen, daß wir bereit sind, allen Ländern den wirtschaftlichen Zutritt zu diesem Gebiet, die Verdienstmöglichkeiten dieses Marktes zu öffnen, die ihre Märkte in der gleichen loyalen Weise Deutschlands Kaufleuten und Erzeugnissen öffnen. Zwei Gesichtspunkte sind für uns bei allen Verhandlungen maßgebend. Die Gesichtspunkte lauten: **Gleichberechtigung** und **Meistbegünstigung.**

(Bravo!)

Daß wir bei solchen Verhandlungen auf die Interessen der heimischen Produktion und der heimischen Märkte Rücksicht nehmen, ist eine auch vom Handelsvertragsgegner zu achtende Selbstverständlichkeit.

Meine Herren, die Reichsregierung wird dem Reichsrat in diesen Tagen die vielerörterte **neue Zolltarifnovelle**[51] zugehen lassen.

---

[50] Nach den Bestimmungen der Art. 264–280 des Versailler Vertrags hatten die Siegermächte gegenüber Deutschland für fünf Jahre, also bis zum 10. Januar 1925, die einseitige Meistbegünstigung genossen (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143).

[51] Zur letzten vorherigen Beratung im Kabinett vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 4. Mai 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 264–267).

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn die Reichsregierung davon abgesehen hat, vom Reichstag eine erneute Ermächtigung in bezug auf diese Zolltarifnovelle zu erbitten, so ist das geschehen, weil grundsätzliche Bedenken gegen eine Ermächtigung geltend gemacht worden sind[52]. Aber ich möchte wünschen, daß der Reichstag sich mit dem Wunsche der Reichsregierung vereinigte, die Novelle so bald wie möglich zu verabschieden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn die Gründlichkeit ihrer Beratungen der Wichtigkeit des Gegenstandes natürlich auch entsprechen muß, so bitte ich dabei doch nicht zu übersehen, daß das Parlament in kurzer Zeit bei der großen Zolltarifnovelle vor denselben Problemen stehen wird. Es ist aber vom Standpunkt der Führung der Verhandlungen unbedingt notwendig, daß den deutschen Unterhändlern das notwendige Rüstzeug jetzt mit der größten Beschleunigung in die Hand gegeben wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Eine weitere Verzögerung würde wahrscheinlich mit sonst vermeidlichen Zugeständnissen oder Verzichten bei den Verhandlungen erkauft werden müssen,

(hört! hört! rechts)

sogar den Abschluß von vorläufigen oder endgültigen Handelsverträgen mit wichtigen Ländern in Frage stellen.

(Hört! Hört!)

Die Vorschläge der Reichsregierung bestehen, wie Sie wissen, zum Teil in der teilweisen oder gänzlichen Wiederherstellung der während des Krieges außer Kraft gesetzten Zollsätze, zum Teil in einer zahlenmäßigen Erhöhung. Diese Erhöhungen beschränken sich in den meisten Fällen darauf, die im Jahre 1902 festgesetzten Sätze[53] den veränderten Produktionsbedingungen und Preisen, insbesondere der Rohstoffe, anzupassen. Die Reichsregierung hat sich bei ihren Vorschlägen im allgemei-

[52] Zur entsprechenden Diskussion vgl. die Aufzeichnung über eine Besprechung mit Parteiführern vom 1. April 1925 (ebd., S. 216–218). – Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 231 (Abendausgabe) vom 16. Mai 1925, hatte angekündigt, daß die Zolltarifnovelle am 19. Mai 1925 dem Reichsrat zugeleitet und gleichzeitig der Öffentlichkeit bekanntgemacht würde.

[53] Der Text des Zolltarifgesetzes von 1902 (mit den einzelnen Zollsätzen) in REICHS-GESETZBLATT 1920, S. 303–441.

nen eng an die Vorschläge des **Reichswirtschaftrats**[54] gehalten und sich dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß ein Land in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sich von prohibitiv wirkenden Zöllen frei halten muß. Wir können vom Auslande nicht erwarten, daß es unsere Fertigwaren aufnimmt, wenn wir seine Waren von unseren Märkten ausschließen. Wir sind im Gegenteil bereit, gegenüber den sich vielfach geltend machenden Bestrebungen, sich abzuschließen, unsererseits mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Ihnen vorgeschlagenen autonomen Sätze sind nichts Unabänderliches. Wir lehnen es nicht ab, den interessierten Ländern im Vertragswege weitgehende Konzessionen innerhalb der uns durch die Lebensbedürfnisse unserer Wirtschaft gezogenen Grenzen zu machen, wenn wir bei anderen Ländern das gleiche Entgegenkommen finden.

(Zurufe links: Getreidezölle!)

Ich muß bei der Gelegenheit auch vom Standpunkt der Außenpolitik ein Wort sagen über Vergleiche, die vielfach in der Öffentlichkeit über die **Lasten unserer Wirtschaft gegenüber denen des Auslandes** gezogen worden sind. Ich denke dabei nicht einmal an die direkte Belastung der Reichsbahn und der Industrie durch den Dawes-Plan, sondern in erster Linie an die überaus schwere Wirkung der allgemeinen Besteuerung. Gegenüber den im Ausland vielfach angestellten Steuervergleichen, die meist mit der Behauptung enden, daß man in England oder in den Vereinigten Staaten oder sonstwo höhere Steuern zahle, möchte ich auf die eine Tatsache hinweisen, daß dabei im Ausland immer übersehen wird und deshalb fast alle Vergleiche falsch macht, daß in diesen Ländern Steuern von dem tatsächlichen Reingewinn, vom Einkommen bezahlt werden, während in Deutschland in den letzten Jahren Steuern nicht nach dem Gewinn, sondern nach anderen Maßstäben, nach dem Geschäftsumsatz oder nach dem Betriebsvermögen erhoben worden sind,

(sehr wahr! rechts)

auch wenn kein Gewinn, ja sogar wenn ein Verlust gewesen ist.

(Sehr wahr! rechts. – Zurufe links.)

Mögen die Abgaben vom Reingewinn in den Vereinigten Staaten oder in England noch so hoch sein, sie sind auf jeden Fall niedriger als Steuern, die noch zu einem

[54] Eine Beratung des „Vorläufigen Reichswirtschaftsrats“, eines Gremiums zur Begutachtung grundlegender wirtschaftspolitischer Gesetzesentwürfe, vor der hier wiedergegebenen Rede Stresemanns konnte nicht ermittelt werden.

Geschäftsverlust hinzugezählt werden müssen, und unsere Wirtschaft hat in den letzten Jahren zum großen Teil mit Verlust gearbeitet.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts. – Zurufe links.)

Ich glaube, man sollte volles Verständnis dafür haben, daß bei der Situation, in der wir uns befinden, wir alle Veranlassung haben, falschen optimistischen Ansichten über die unendliche Leistungsfähigkeit Deutschlands entgegenzutreten,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

da wir selber wissen, daß sie bei uns in Wirklichkeit gar nicht besteht.

(Zuruf links.)

Man hat weiter in ganz falscher Weise die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie als eine Gefahr für andere Länder hingestellt. Ich darf statt aller langen Ausführungen auf die eine Tatsache verweisen, daß, während im allgemeinen nach den bisherigen Statistiken die Ausfuhr der anderen Länder im Weltdurchschnitt auf 80 Prozent der Vorkriegszeit gestiegen ist, die deutsche Ausfuhr auf dem Stande von 40 Prozent der Vorkriegszeit steht.

(Hört! Hört! rechts.)

Das zeigt, in welcher Weise wir noch zurückgeblieben sind, wie unberechtigt die Befürchtungen sind, daß Deutschland etwa seinerzeit[55] wieder den Weltmarkt erobern wolle.

Wenn ich mich nun zu den Verhandlungen mit den einzelnen Ländern wende, so habe ich nicht die Absicht, Einzelheiten zu erörtern; das muß der Beratung der einzelnen Handelsverträge vorbehalten bleiben. Ich möchte mir aber gestatten, einen allgemeinen Überblick über diese Verhandlungen zu geben, da die Führung dieser Verhandlungen, wie ich gesagt habe, eine der Haupttätigkeiten des Auswärtigen Amtes gewesen ist. Ich erwähne zuerst die Länder, mit denen Handelsverträge bereits abgeschlossen sind, dann die Länder, mit denen Verhandlungen schweben.

Unter den ersteren nenne ich zuerst die **Vereinigten Staaten von Amerika.** Wir haben mit ihnen am 8. Dezember 1923 einen Handels- und Schiffahrtsvertrag[56] abgeschlossen, der auf dem Grundsatz der uneingeschränkten Meistbegünstigung beruht. Ich möchte mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die Vereinigten Staa-

[55] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich „seinerseits".

[56] Text des in Washington unterzeichneten deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags vom 8. Dezember 1923 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 402, Drucks. 1111 (mit eigener Seitenzählung).

ten, dieses mächtigste Produktions- und Konsumtionsgebiet der Welt, wieder zu dem Grundsatz der allgemeinen Meistbegünstigung zurückgekehrt sind, der auch der Grundsatz ist, der unsere Außenhandelspolitik beherrscht. Der Vertrag hat in den Vereinigten Staaten die parlamentarische Genehmigung gefunden[57], allerdings mit einem Vorbehalt, der sich auf die Gleichstellung der Schiffahrt des anderen Teiles mit der heimischen Schiffahrt bezieht. Die Reichsregierung wird den amerikanischen Vertrag nunmehr in Kürze auch dem Deutschen Reichstag vorlegen und ihm seine Annahme empfehlen.

Ein Vertrag ist ferner abgeschlossen worden mit **England,** und zwar am 2. Dezember 1924[58]. Auch dieser Vertrag ist begründet auf der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung. Er wird dem Reichsrat und dem Reichstag in kurzem vorgelegt werden. Bei den Verhandlungen hat die 26prozentige Reparationsabgabe[59] insofern eine wichtige Rolle gespielt, als das bisherige Erhebungsverfahren eine Differenzierung der deutschen Waren auf dem englischen Markt zur Folge hatte, was mit dem vertragsmäßig gesicherten Grundsatz der Meistbegünstigung daher im Widerspruch stand. Wir glauben, in den sehr schwierigen Verhandlungen darüber einen Ausweg gefunden zu haben, der einerseits jede derartige Differenzierung der deutschen Waren auf dem englischen Markt beseitigt, andererseits aber England im vollen Genuß seiner im Londoner Schlußprotokoll[60] begründeten Reparationsansprüche beläßt.

In dem Vertrag mit England haben auch unsere handelspolitischen Beziehungen zu den überseeischen englischen Gebieten eine vorläufige, wenn auch noch nicht erschöpfende Regelung gefunden. Wegen der endgültigen Ausgestaltung dieser Beziehungen sind die erforderlichen Verhandlungen zum Teil bereits eingeleitet. Die Einzelheiten darüber werden bei der Beratung der Vorlage zu behandeln sein.

---

[57] Am 10. Februar 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 370).

[58] Text des deutsch-britischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 2. Dezember 1924 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 777–795.

[59] Zu Einzelheiten der sich aus dem Londoner Ultimatum von 1921 ergebenden deutschen Verpflichtung einer Reparationsabgabe, die bei deutschen Einfuhren in Großbritannien fällig wurde und von der Reichsregierung den Exporteuren zu erstatten war, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 142, Anm. 19; zur Änderung im Rahmen eines deutsch-britischen Abkommens vgl. den telegraphischen Erlaß Ritters an die Botschaft in London vom 26. März 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 520–521) sowie den Bericht über die Unterzeichnung am 3. April 1925 (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 160 ([Morgenausgabe] vom 4. April 1925).

[60] Vermutlich ist das Londoner Schlußprotokoll vom 5. Mai 1921 gemeint, das die entsprechenden Ansprüche festschrieb (Text u.a. in AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 16–24 [Wiedergabe des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Drucks. 4140 (mit eigener Seitenzählung)]).

Ein weiteres Handelsabkommen ist unterzeichnet worden mit **Belgien**[61]**.** Auch diesem Abkommen liegt der Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung zugrunde. Belgien hat allerdings geglaubt, von diesem Grundsatz auf einem Gebiet, nämlich auf dem Gebiet der Zollsätze für eine Übergangszeit von 6 und 12 Monaten gewisse Ausnahmen machen zu müssen, im Hinblick auf die Schutzbedürftigkeit einzelner erst nach dem Kriege entstandener oder durch den Krieg besonders betroffener Industrien. Die Reichsregierung wäre an sich bereit gewesen, Belgien alsbald die uneingeschränkte Meistbegünstigung unter der Voraussetzung der Gegenseitig zu geben. Sie sah sich aber infolge der belgischen Vorbehalte gezwungen, aus Gründen der Parität auch ihrerseits entsprechende Ausnahmen von der Meistbegünstigung zu machen. Das Abkommen wird den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden, sobald die Zolltarifnovelle genehmigt ist.

Mit Griechenland haben schon vor einem Jahre Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis hatte uns nicht voll befriedigt, da Griechenland bezüglich der Meistbegünstigung Vorbehalte gemacht hatte. Die Verhandlungen sind inzwischen fortgesetzt worden und vor wenigen Tagen mit dem Erfolg abgeschlossen worden, daß uns Griechenland nunmehr die volle Meistbegünstigung zugestanden hat[62]. Es ist anzunehmen, daß auch dieses Abkommen dem Reichstag in Kürze vorgelegt werden wird.

Auch mit **Litauen** und **Guatemala** sind Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden[63]. Auch diese Verträge werden dem Reichstag zugehen. Der Vertrag mit **Nicaragua** hat die Zustimmung des Reichstags bereits gefunden[64].

Ich komme nun zu einem besonders schwierigen Punkt, zu dem heiß umstrittenen **Vertrag mit Spanien**[65]**.** Der Handelsvertragsausschuß des Reichstags hat diesen Vertrag, wie Ihnen bekannt ist, abgelehnt[66]. Das Plenum des Reichstags wird sich

---

[61] Text des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. Mai 1925 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 883–945.

[62] Am 3. Juli 1924 war ein vorläufiges deutsch-griechisches Handelsvertragsabkommen unterzeichnet worden, das am 15. Mai 1925 durch einen Notenwechsel zu einem weitreichenden Meistbegünstigungsabkommen erweitert wurde (Text ebd., S. 815–822 bzw. S. 822).

[63] Text des deutsch-litauischen Handelsvertrags vom 1. Juni 1923 ebd., 1924 II, S. 205–225; des deutsch-guatemaltekischen Handelsabkommens vom 4. Oktober 1924 ebd., 1925 II, S. 155–156.

[64] Der Reichstag hatte am 27. August 1924 der Wiederinkraftsetzung des Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrags mit Nicaragua vom 4. Februar 1896 zugestimmt (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. S. 968–969; REICHSGESETZBLATT 1924 II, S. 371).

[65] Vgl. oben mit Anm. 40.

[66] Der deutsch-spanische Handelsvertrag war in der Reichstagssitzung vom 30. August 1924 in den Ausschuß überwiesen worden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1138). Im Handelspolitischen Ausschuß war er bzw. das entsprechende, dem Reichstag vorliegende Gesetz

mit dem Vertrag demnächst in zweiter Lesung zu befassen haben. Dann wird sich Gelegenheit bieten, auf das Für und Wider dieses Vertrags im einzelnen einzugehen. Ich kann nicht in Abrede stellen, daß dieser Vertrag gewisse Mängel hat, die aber in den andersgelagerten wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit des Vertragsabschlusses ihre Erklärung finden. Ich möchte mich heute darauf beschränken, an Sie die Bitte zu richten, wenn Sie über diesen Vertrag zu entscheiden haben, den Vertrag in seiner Gesamtheit objektiv zu prüfen und sich von der einseitigen Beurteilung von Sonderfragen freizumachen. Der Weg zu einem definitiven Handelsvertrag mit Spanien, in dem unsere Interessen gemäß der seit dem Abschluß des gegenwärtigen Vertrages veränderten Sachlage entsprechend berücksichtigt werden können, kann nur über den Weg der Annahme des gegenwärtigen Vertrages gehen.

(Hört! Hört!)

Diese Annahme allein bietet die Möglichkeit, in einem absehbaren, aber für den deutschen Weinbau entscheidenden Zeitraum zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Lage zu kommen.

(Hört! Hört!)

Eine Ablehnung des Vertrages würde dagegen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen und der Trübung der Beziehungen zu dem spanischen Volke, das uns auch in schwerster Zeit nicht nur Neutralität, sondern Freundschaft bewahrt hat, vor allem den Nachteil haben, daß Deutschlands Kredit für die Führung von Handelsvertragsverhandlungen nicht nur in Spanien, sondern auch in anderen Ländern erschüttert werden könnte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich kann deshalb auch im Interesse unserer gesamten außenpolitischen, handelspolitischen Beziehungen nur dringend wünschen, daß die Zustimmung der Mehrheit des Hohen Hauses zu diesem Vertrag alsbald erfolgen werde.

Ich komme dann zu den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen, um Sie über deren Stand zu unterrichten. Am weitesten sind die Verhandlungen mit **Italien** fort-

---

am 1. April 1925 (mit den Stimmen der deutschnationalen Abgeordneten) abgelehnt worden (vgl. den „Mündlichen Bericht“ des 21. Ausschusses vom 1. April 1925: ebd., Bd. 399, Drucks. 760; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 155 [Abendausgabe] vom 1. April 1925). Wesentlicher Grund für die Ablehnung waren die im Vertrag vorgesehenen niedrigen Weinzölle und die Folgen spanischer Weinexporte nach Deutschland für die deutschen Winzer.

geschritten. Am 10. Januar ist mit Italien in einem Notenwechsel[67] festgestellt worden, daß für die endgültige Regelung der Handelsbeziehungen von beiden Seiten der Grundsatz der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung gilt. Für eine Übergangszeit zunächst bis zum 31. März 1925 hat sich aber Italien einige Ausnahmen vorbehalten und infolge davon auch Deutschland. Dieser vorläufige Zustand ist dann verlängert worden[68], da die endgültige Regelung bis zu diesem Termin nicht fertiggestellt werden konnte. Die beiden Regierungen hoffen, daß die Verhandlungen im Laufe des Sommers zu Ende geführt werden.

Die Verhandlungen mit **Frankreich**[69] dauern bereits über sieben Monate, ohne daß dabei eine wenigstens provisorische Regelung, die mit Italien erzielt ist, oder ein Vertrag wie mit Belgien, England oder den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden konnte. Der langsame Fortschritt der Verhandlungen findet seine Begründung darin, daß zwischen Deutschland und Frankreich die Verhältnisse infolge der Abtrennung der wichtigen Produktionsstätten in Elsaß-Lothringen und der zeitweisen zollmäßigen Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollgebiet besonders schwierig liegen. Ich glaube, für die Reichsregierung in Anspruch nehmen zu können, daß sie diese Schwierigkeiten nicht vermehrt, sondern soweit irgendmöglich zu beseitigen versucht hat. Sie hat dabei Verständnis und weitgehende Unterstützung durch die deutsche Industrie gefunden. Ich glaube, das demgegenüber manchen nicht berechtigten Unterstellungen besonders feststellen zu dürfen.

Die Reichsregierung hätte es begrüßt, wenn auf der Basis der uneingeschränkten beiderseitigen Meistbegünstigung die Handelsbeziehungen mit Frankreich ebenso schnell in Gang gekommen wären wie mit den Vereinigten Staaten, England, Italien und Belgien. Frankreich hat gegen diesen Grundsatz aber entschieden Einwendungen erhoben. Immerhin ist es in den überaus langwierigen Verhandlungen von Oktober 1924 bis Februar 1925 wenigstens gelungen, gewisse allgemeine Grundsätze festzulegen, deren praktische Ausfüllung den Gegenstand der gegenwärtigen und zukünftiger Verhandlungen bildet. Für später hat Frankreich den Grundsatz der Meistbegünstigung, wenn auch entsprechend der Lage seiner Gesetzgebung nicht de jure, so doch de facto angenommen. Für die nächsten neun Monate hat Frankreich allerdings ein etwas kompliziertes, für den Warenaustausch nicht sehr förderli-

[67] Zur deutsch-italienischen provisorischen Vereinbarung vom 10. Januar 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 4; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 41–42.

[68] Vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 52.

[69] Vgl. oben mit Anm. 5.

ches System von Differenzierungen vorgeschlagen. Bei Handelsvertragsverhandlungen kommt es aber schließlich vor allem auf die Gleichheit der Leistung und Gegenleistung an.

So haben wir uns schließlich auf dieses System der gegenseitigen Differenzierungen während einer Übergangszeit eingelassen, nachdem mit absoluter Klarheit festgestellt war, daß das Ausmaß der gegenseitigen Zugeständnisse und Differenzierungen sich die Wage halten müsse.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Ostern hat die französische Delegation dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ein Abkommen über das beabsichtige neunmonatige Provisorium in möglichst kurzer Zeit zustande komme. Die Reichsregierung teilt diesen Wunsch. Sie hat darüber hinaus den Wunsch, daß, wenn diese recht unvollkommen Regelung vorüber ist, sich eine umfassende und dauernde Regelung auf der Grundlage der Meistbegünstigung anschließen möge.

Ich möchte dabei nicht unterlassen zu betonen, daß nach unserer Auffassung nicht nur eine vertragliche Regelung von Regierung zu Regierung, sondern darüber hinaus eine aktive wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Industrien

(hört! hört! bei den Kommunisten)

zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine dauernde Befriedung Europas gehört, und daß die Reichsregierung allen Bestrebungen in dieser Richtung die eifrigste Förderung wird angedeihen lassen. Wenn eine solche industrielle Zusammenarbeit sich auf einer breiteren Basis auch noch mit anderen Ländern erzielen läßt, so werden auch solche Bestrebungen unsere volle Unterstützung finden, wobei wir jedoch die Interessen der Verbraucherschaft genügend berücksichtigen werden.

Besondere Schwierigkeiten bieten die **Verhandlungen mit Rußland**[70]**,** da hier die Lösung für ein völlig neues Problem auf handelspolitischem Gebiete gefunden werden muß, nämlich die Lösung des Problems, wie die Handelsbeziehungen zwischen einem Lande mit Wirtschafts- und Handelsfreiheit und einem Lande mit Handelsmonopolen vertraglich festgelegt werden können. Die hergebrachten Formen der Handelsvertragstechnik reichen hier nicht aus, um Konzessionen und Gegenkonzessionen paritätisch auszugleichen. Die Meistbegünstigung, die ein Land mit freiem Handel gibt, hat einen realen Wert und schafft sichere Verhältnisse, die einer Beeinflussung durch die Regierung nicht ausgesetzt sind. Die Meistbegünstigung, die ein

[70] Zu den deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen vgl. die Beratung in der Ministerbesprechung vom 13. Mai 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 283–286).

Land mit Außenhandelsmonopol gewährt, erhält ihren Wert dagegen erst durch die tatsächliche Ausübung des Außenhandelsmonopols. Die bisherigen Verhandlungen mit Rußland, die nicht nur die eigentlichen Wirtschaftsfragen, sondern auch das Konsularwesen, das Niederlassungsrecht, das Nachlaßwesen und andere Rechtsmaterien zum Gegenstand haben und sehr eingehend regeln sollen, haben auf mehreren Teilgebieten bereits zu einer vorläufigen Übereinstimmung geführt. In wichtigen wirtschaftlichen Fragen konnte aber eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die Verhandlungen darüber werden in diesen Tagen wieder aufgenommen werden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Verhandlungen, die bisher in dem Geist der zwischen den beiden Ländern bestehenden engen Beziehungen geführt worden sind und in dem gleichen Geist weitergeführt werden, bald zu einem Ergebnis kommen mögen, das die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszubauen geeignet ist.

Bei den Verhandlungen mit **Japan**[71] ist eine weitgehende Einigung auf dem Boden der Meistbegünstigung bereits erzielt. Offen ist aber noch die Frage der deutschen Farbeneinfuhr nach Japan. Japan hat ein Farbeneinfuhrverbot erlassen, das sich in der Anwendung ausschließlich gegen Deutschland richtet. Wir haben gegen diese Benachteiligung Deutschlands von Anfang Vorstellungen erhoben, bis jetzt jedoch ohne Erfolg. Wir haben nun bei den Handelsvertragsverhandlungen keinen Zweifel darüber lassen können, daß wir diese außergewöhnliche Differenzierung Deutschlands auf dem japanischen Markt nicht noch durch Abschluß eines Handelsvertrages gutheißen können. Ich gebe auch hier der Hoffnung Ausdruck, daß es in der nächsten Zeit gelingen möge, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden.

Mit der **Schweiz** haben wir vor einiger Zeit ein Abkommen geschlossen[72], das in der Hauptsache die Handhabung der beiderseitigen Einfuhrverbote regelte. Wir wollten damals die Einfuhrverbote möglichst überhaupt aufheben oder wenigstens ihre Anwendung in umfassendster Weise erleichtern. In den schweizerischen Wirtschaftskreisen stimmte man dieser Anregung nicht zu. Man fürchtete eine Überschwemmung des schweizerischen Marktes mit deutschen Fertigerzeugnissen. Die beteiligten Kreise in der Schweiz haben sich inzwischen überzeugt, daß diese Auffassung haltlos ist, und ich begrüße es, daß wir jetzt die Verhandlungen weiterführen, und

[71] Vgl. dazu die streng vertrauliche Aufzeichnung Schuberts vom 16. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 229–230).

[72] Zum deutsch-schweizerischen Einfuhrabkommen vom 17. November 1924 vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 106.

daß durch diese Verhandlungen die beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen weiter abgebaut werden konnten.

Auch mit **Schweden** finden zurzeit Verhandlungen wegen der Einfuhrverbote statt[73].

Ich hoffe, daß alle diese oft recht unerquicklichen Verhandlungen über die Handhabung der noch bestehenden Einfuhrverbote sich in kurzem vollständig erübrigen, wenn nach Inkrafttreten der Zolltarifnovelle die Einfuhrverbote im allgemeinen aufgehoben werden können. Das ist ein Grund mehr zur schnellen Verabschiedung des Zolltarifs.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Mit einigen Ländern stehen wir in Vorbesprechungen über die Regelung der Handelsbeziehungen. Ich nenne dabei, ohne vollständig sein zu wollen, nur die **Türkei, Bolivien, Finnland** und **Lettland.**

Wir sind auch bereit, mit **Österreich,** mit dem uns bereits ein Handelsvertrag verbindet[74], die Besprechungen demnächst wieder aufzunehmen, um diesem schwer um seine wirtschaftliche Existenz ringenden Lande alle Erleichterungen zu geben, die die Rücksicht auf unsere eigene Lage nur immer zuläßt.

(Bravo.)

Die Verhandlungen mit **Polen[75],** die seit März andauern, haben sich bisher im wesentlichen auf die Fragen des Warenverkehrs erstreckt und haben hier in einer Reihe von Punkten zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte geführt. Auf Einzelheiten in dieser Beziehung brauche ich nicht einzugehen, möchte aber die Gelegenheit benutzen, um einer Behauptung entgegenzutreten, die in der polnischen Presse gestanden hat, daß nämlich Deutschland die Verhandlungen schleppend führe. Das ist unrichtig. Auf deutscher Seite ist nichts versäumt worden, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu fördern. In den wichtigsten Fragen aber, zum Beispiel beim Niederlassungsrecht, sind die Schwierigkeiten wegen der bekannten Einstellung Polens gegen das dort lebende deutsche Element außerordentlich groß.

---

[73] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[74] Stresemann bezieht sich auf den Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen von 1920, der am 12. Juli 1924 in Prag unterzeichnet worden war (vgl. REICHSGESETZBLATT 1924 II, S. 432–453).

[75] Zum Stand der Verhandlungen und zu den strittigen Fragen vgl. das Privatdienstschreiben Rauschers an Lewald vom 26. März 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 521–524) sowie die Beratungen im Kabinett vom 24. März 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 209).

Diese Einstellung hat sich gerade in letzter Zeit wieder mehrfach gezeigt; ich erwähne nur das Vorgehen gegen eine Anzahl deutscher Krankenhäuser und milder Stiftungen[76]. Da diese Haltung Polens den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages sehr schwierig macht, läßt sich der Ausgang der Verhandlungen noch nicht übersehen.

Wenn Deutschland auf dem Gebiete der Handelspolitik seit dem 10. Januar wieder freie Bahn gewonnen hat, steht dem die Tatsache gegenüber, daß dieser Stichtag des Versailler Vertrages auf einem anderen, unsere vitalsten Interessen noch unmittelbarer berührenden Gebiete die notwendige und von uns erhoffte Wendung nicht gebracht hat. Die **nördliche Rheinlandzone** ist am 10. Januar von den alliierten Truppen nicht geräumt worden und ist noch heute besetzt[77]. Dieses Unrecht bringt uns allen täglich und stündlich zum Bewußtsein, wie weit wir noch immer von normalen Friedensverhältnissen entfernt sind, und wie sehr wir uns noch immer im Zustand der Abwehr gegen die Geisteseinstellung und die Methoden der Kriegszeit befinden, die einer positiven politischen Arbeit im Wege stehen. Nicht nur vom Standpunkt Deutschlands, das den Krieg verloren hat und jedem gewaltsamen Übergriff ausgesetzt ist, sondern vom Standpunkt jedes unparteiischen Beobachters läßt sich klar erkennen, daß an eine wirkliche Gesundung der europäischen Verhältnisse nicht zu denken ist, solange jene Einstellung und jene Methoden fortdauern.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei dem Räumungskonflikt geht der Streit letzten Endes nicht um die Erfüllung oder Nichterfüllung einzelner Vertragsparagraphen, sondern um die Frage, ob es möglich ist, einem Kulturvolk von 60 Millionen auf die Dauer Achtung und Gleichberechtigung zu versagen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Wir können darauf vertrauen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit, die Frage so zu stellen, auch im Ausland mehr und mehr Bahn bricht, und daß überall da, wo dies geschieht, die Verneinung der Frage eine Selbstverständlichkeit ist.

Unseren Nachrichten zufolge steht jetzt der **Eingang der Note[78]** bevor, worin die

[76] Zur Liquidation deutscher Krankenhäuser in Polen vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 186 (Abendausgabe) vom 7. Mai 1925; zur Liquidation eines deutschen Kinderheims ebd., Nr. 202 (Abendausgabe) vom 16. Mai 1925.

[77] Vgl. oben mit Anm. 13.

[78] Gemeint ist die seit längerem erwartete Note der Alliierten an Deutschland, in der auf die deutsche Entwaffnung und den Zusammenhang mit der Nichträumung der 1. Zone detailliert eingegangen

alliierten Regierungen uns endlich die Gründe mitteilen wollen, die sie für die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone anführen zu können glauben.

Meine Damen und Herren! Es ist wirklich schwer, über die Art und Weise, wie in dieser Frage gegen Deutschland seitens der Alliierten vorgegangen worden ist, keine bittere Satire zu schreiben.

(Sehr richtig!)

Man hat die Welt im Dezember[79] wissen lassen, daß die Verfehlungen Deutschlands so handgreiflich seien, daß schon vor Beendigung der militärischen Generalinspektion feststände, daß die Alliierten infolge dieser Verfehlungen die nördliche Zone nicht räumen könnten. Seitdem sind fünf Monate vergangen, ohne daß die Alliierten bisher in der Lage gewesen wären, diese Note soweit zu formulieren, daß sie einreichungsfähig wäre.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Wenn die Verfehlungen Deutschlands so auf der Hand lägen, wie man es der Welt gegenüber darstellt, hätte man sich im Lager der Alliierten wohl eher darüber einigen können.

(Sehr richtig!)

Ist es aber nicht eine unerhörte Art des Vorgehens, eine Handlung wie die der Weiterbesetzung der nördlichen Zone mit Berichten zu begründen, die man im Augenblicks dieses Weiterverbleibens auf vertragsmäßig zu räumendem Boden überhaupt noch nicht in Händen hat, und über die man sich später monatelang nicht zu einigen vermag?

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir kennen die Note nicht und stehen ihr deshalb in völliger Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber. Wollen die Alliierten lediglich die Erfüllung vertragsmäßiger Forderungen, dann wird die endgültige Bereinigung der Entwaffnungsfrage nur noch die

---

werden sollte. – In der Presse war berichtet worden, über den Inhalt der Note hätten sich Franzosen und Engländer inzwischen abschließend verständigt (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 232 vom 17. Mai 1925).

[79] Zunächst legten Erklärungen Curzons im britischen Oberhaus am 18. Dezember 1924 (Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 602 [Abendausgabe] vom 19. Dezember 1924) und Informationen aus Paris nahe, daß nach dem Willen der alliierten Botschafterkonferenz die Räumung dieser Zone mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands jedenfalls nicht zum 10. Januar 1925 stattfinden werde (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2). Eine amtliche Mitteilung erfolgte im Dezember 1924 jedoch nicht.

Beilegung bestehender Meinungsverschiedenheiten über die Vertragsauslegung sein. Deutschland hat die ungeheuerliche, im Jahre 1919 wahrscheinlich nicht von vielen Menschen für durchführbar gehaltene Abrüstung bewältigt. Den heute noch offenen Fragen kann lediglich die Bedeutung von **Restpunkten** zukommen, die bei loyaler Verständigungsbereitschaft ein nennenswertes Hindernis nicht darzustellen brauchen.

(Sehr richtig! rechts.)

Zu der loyalen Beseitigung etwaiger mit dem Vertrag nicht zu vereinbarender Bewaffnungen hat sich Deutschland wiederholt offen bereiterklärt. Vielleicht wären die Beanstandungen längst beseitigt, wenn man uns rechtzeitig davon Kenntnis gegeben hätte. Das möchte ich nicht nur dem Ausland, sondern auch dem Inland gegenüber feststellen. Leider sind auch im Inland bis in die jüngste Zeit hinein und bisweilen in einer Form, die wie eine öffentliche Anklage klingt, Beschuldigungen gegen die Reichsregierung erhoben worden, die einen völlig falschen Eindruck erwecken.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Sie sind vielfach nicht das Zeichen eines ehrlichen Pazifismus, sondern das Zeichen einer geradezu psychopathischen Auffassung der Dinge.

(Sehr richtig!)

Bei der Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums wird sich Gelegenheit bieten, soweit erforderlich auf Einzelheiten einzugehen. Ich will und muß hier nur mit der größten Entschiedenheit betonen, daß nicht nur die Nachrichten in der ausländischen Presse über geheime deutsche Kriegsvorbereitungen lächerliche Erfindungen sind, sondern daß auch die aus dem Inland stammenden Vorwürfe durchweg auf groben Übertreibungen beruhen und den Kern der Sache gänzlich entstellen.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, wenn ich die rein sachlichen Schwierigkeiten der noch offenen **Entwaffnungsfragen** als nicht unüberwindlich einschätze, daß ich dabei die außerordentlich **seelische Belastung** verkenne, welche die Entwaffnungsbestimmungen, auch ganz abgesehen von der ganzen Art und Weise des Vorgehens der Alliierten, dem deutschen Volke auferlegen. Gegenüber den vielen Angriffen auf die mit der Entwaffnung betrauten Stellen möchte ich doch auf das eine hinweisen, daß, solange nicht die allgemeine Abrüstung durchgeführt ist, bei jedem anständigen Menschen die schwerste Selbstüberwindung dazu gehört, Material zu vernichten, das dazu bestimmt ist, das Naturrecht jedes Volkes sicherzu-

stellen, nämlich seine Heimat und seinen Boden zu verteidigen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Man hat uns auf eine weitere seelische Folter gespannt, indem man die Aufhebung der Besetzung der nördlichen Rheinlandzone mit der Durchführung der Entwaffnung in Verbindung gebracht hat. Wenn man glaubt, uns dadurch **jeder** Forderung gegenüber gefügig zu machen, so befindet man sich im Irrtum. Wir wissen, daß das besetzte Rheinland Unerhörtes ausgehalten hat, und daß es in seiner Treue zu Deutschland dadurch nicht wankend geworden ist. Es wird auch Verständnis dafür haben, daß wir alles tun, um die Räumung sicherzustellen, aber nicht unseren eigenen Willen und unsere eigene Auffassung gegenüber dem, was uns zugemutet wird, a priori aufgeben können. Gerade nach den Eindrücken, die ich anläßlich der **Jahrtausendfeiern in Köln**[80] gewonnen habe, glaube ich mich berechtigt, das auszusprechen. Ich glaube mich weiter berechtigt, über die Gegensätze der Parteien hinaus dem deutschen Volke am Rhein gegenüber auch von dieser Stelle aus auszusprechen, daß wir mit herzlichster Anteilnahme der spontanen Bewegung im Rheinland folgen, die der Welt zeigen will, daß das Rheinland mehr als tausend Jahre deutsch war, und daß das, was sich ein Jahrtausend der deutschen Seele am Rhein eingeprägt hat, durch keinen Druck ausgelöscht werden kann.

(Beifall rechts.)

Die Zeit, in der wir leben, eignet sich allerdings wenig für rauschende Feste. Durch alle Veranstaltungen im Rheinland wird neben dem Frohsinn der Ernst unserer politischen und unserer sozialen Lage hindurchklingen müssen.

Meinem lebhaften Bedauern und Befremden muß ich darüber Ausdruck geben, daß man hier die Veranstaltung im Rheinland von ausländischer Seite dazu benutzt hat, um die preußische Regierung und damit unmittelbar die Reichsregierung zu verdächtigen, daß sie diese Feier veranstaltet hätte, um einen Zwist zwischen die Besatzungsbehörden und die dortige Bevölkerung zu bringen. Man hat uns gegenüber amtlich zum Ausdruck gebracht, daß das **Preußische Ministerium des Innern** eine **Verfügung** erlassen hätte, dahingehend, die Regierungspräsidenten aufzufordern,

[80] Stresemann hatte am 16. Mai 1925 anläßlich der Eröffnung der Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln geweilt; vgl. seine Tagebucheintragung vom gleichen Tag in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 299–300. – Zur Veranstaltung selbst vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 231 (Abendausgabe) vom 16. Mai 1925.

die Jahrtausendfeier zu politischen Demonstrationen zu benutzen[81]. Ich möchte demgegenüber auch von dieser Seite feststellen, daß das Dokument, auf das man sich dabei stützt, eine plumpe Fälschung ist, die wahrscheinlich von einem übereifrigen Spionagedienst zur Verfügung gestellt wurde.

(Hört! Hört! rechts.)

Das Preußische Ministerium des Innern weiß nichts von diesem Erlaß. Von den Journalnummern an bis zur Unterschrift ist es erfunden. Wahrscheinlich haben diese erfundenen Erlasse die Grundlage für die Maßnahmen gebildet, die man gegen die Jahrtausendfeiern im Rheinland seitens der Rheinlandkommission ergriffen hat[82].

(Rufe rechts: Pfui!)

Ich erwähne das hier von dieser Stelle, weil man darauf ersehen kann, wessen wir uns gewärtig halten müssen in dem um das Deutschtum im Rheinland geführten Kampfe. Wenn uns nicht in loyaler Weise der angebliche Wortlaut dieses gefälschten Briefes bekanntgegeben worden wäre, wären wir gar nicht in der Lage gewesen, uns überhaupt gegen diese Politik des Lugs und Trugs zu wehren. Da ich nicht weiß, wieviel andere gefälschte Briefe vielleicht zu ähnlichen Zwecken gebraucht worden sind, möchte ich an dieser Stelle vor der ganzen Öffentlichkeit diese Methode feststellen und mich nach dieser Erfahrung prinzipiell dagegen verwahren, daß ähnlichen Behauptungen in Zukunft Glauben beigemessen werde.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Meine Herren! Der von uns mit Bestimmtheit erwartete baldige Abschluß der Entwaffnungsfrage sollte aber nach unserer Ansicht nicht nur die sofortige Räumung der nördlichen Zone zur Folge haben, sondern noch zu einem weiteren Ergebnis führen. Die einseitige Abrüstung Deutschlands ist nach dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages[83] nicht ein Endzweck, sondern nur eine **Vorleistung für die allgemeine Abrüstung.** Die übrigen Mächte werden zu einem Anspruch auf Beibehaltung des

---

[81] Vgl. dazu die beiden Aufzeichnungen Schuberts über Unterredungen mit dem britischen Botschafter D'Abernon vom 14./15. Mai 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 291–294, 294–206).

[82] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine per WTB verbreitete Mitteilung der Rheinlandkommission, wonach zwar die Jahrtausendfeier nicht grundsätzlich verboten sei, „aber Veranstaltungen unter freiem Himmel, weil von ihnen unter Umständen Störungen der Ordnung befürchtet werden" (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 203 [Abendausgabe] vom 30. April 1925; vgl. dazu auch die ausführlicheren Erläuterung der Rheinlandkommission in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 177 [Morgenausgabe] vom 2. Mai 1925; Nr. 200 [Abendausgabe] vom 15. Mai 1925).

[83] Teil V des Versailler Vertrags begründete die in seinen Art. 159–213 ausgeführten Abrüstungsbestimmungen für Deutschland damit „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82).

gegenwärtigen Rüstungsstandes in Deutschland nur dann berechtigt sein, wenn sie das Problem der allgemeinen Abrüstung tatkräftig aufgreifen.

(Sehr wahr! rechts.)

In dieser Richtung haben sie bisher so gut wie nichts getan. Eine dauerhafte zwischenstaatliche Ordnung ist aber so lange undenkbar, als einzelnen Staaten oder Staatsgruppen durch das Übermaß ihrer Rüstungen die Möglichkeit gegeben ist, jede politische Aspiration ohne das Risiko eines wirksamen Widerstandes zu verwirklichen.

Angesichts des gegenwärtigen Standes der **Rüstungsverhältnisse Europas** ist **Deutschland** als militärischer Faktor völlig ausgeschaltet. Wer dies bestreitet und von Gefahren eines deutschen Angriffs spricht, kann nicht mehr den guten Glauben für sich in Anspruch nehmen.

(Sehr richtig! rechts.)

Jedermann weiß auch, daß sich in Deutschland kein ernsthafter Mensch mit kriegerischen Absichten irgendwelcher Art trägt, und daß das deutsche Volk nur den einen Wunsch hat, in ungestörter friedlicher Arbeit seinen Staat und seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Wir können deshalb auch das Bestreben[84] eines **Sicherheitsproblems** in dem Sinne, als ob andere Länder ein berechtigtes Bedürfnis nach Schutz gegen deutsche Angriffe hätten, unmöglich anerkennen.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Ganz im Gegenteil kann Deutschland, das, völlig entwaffnet, stark gerüsteten, durch militärische Bündnisse gesicherten Machthabern gegenübersteht, mit Recht die Forderung nach Schutz seiner Grenzen erheben.

(Sehr wahr! rechts und in der Mitte.)

Es scheint mir überhaupt, daß die politischen Probleme, die zur Diskussion der sogenannten Sicherheitsfrage geführt haben, mit diesem Wort nicht ganz zutreffend oder jedenfalls nur sehr unvollkommen gekennzeichnet werden.

Wenn man erkennen will, um welche Probleme es sich hierbei in Wahrheit handelt, muß man sich vergegenwärtigen, welche politischen Tatsachen dazu geführt haben, von der Notwendigkeit einer **Lösung der Sicherheitsfrage** zu sprechen. Es ist bekannt, daß es der französischen Militärpartei im Frühjahr 1919 in Versailles

[84] So in der Vorlage; „Bestehen“ würde mehr Sinn ergeben.

nicht gelang, ihre Forderung nach Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein durchzusetzen. England und Amerika haben dieses ungeheuerliche Verlangen abgelehnt, haben aber damals die Zustimmung Frankreichs zu der in den Versailler Vertrag aufgenommenen Regelung der Rheinlandfrage nur dadurch erreicht, daß beide Länder als Ergänzung dieser Regelung für eine gewisse Übergangszeit einen besonderen Garantievertrag in Aussicht stellten[85]. Diese Garantieverträge sind nicht perfekt geworden. Das ist die Tatsache, die Frankreich von Anfang an zum Ausgangspunkt seiner Forderung nach besonderen Sicherheiten über den Versailler Vertrag hinaus genommen hat. Es erübrigt sich, zu untersuchen, inwieweit in den verschiedenen Stadien der Sicherheitsfrage zwischen 1919 und 1925 für das Verhalten Frankreichs das Bedürfnis nach einem Ersatz der Garantieverträge mit England und Amerika oder aber jene Tendenzen der französischen Militärpartei und ähnliche Motive maßgebend gewesen sind; denn im Endergebnis führen alle diese Bestrebungen für Deutschland zu den gleichen gefährlichen Folgen. Das mußten wir schon aus den offensichtlich von französischen Wünschen inspirierten Beschlüssen des Völkerbundsrats vom September vorigen Jahres ersehen[86], die das im Versailler Vertrag[87] dem Völkerbundsrat zugewiesene Recht zu militärischen Untersuchungen in Deutschland regeln sollten und das Rheinland mit bedenklichen Sonderbelastungen bedrohten. In seiner letzten großen außenpolitischen Parlamentsrede hat der frühere französische Ministerpräsident **Herriot**[88] Ende Januar bei der Erörterung der Räumungsfrage nicht die Entwaffnungsfrage als solche, sondern die mit dem Fortfall der Garantieverträge begründete allgemeine Sicherheitsforderung Frankreichs als das ausschlaggebende Moment hingestellt. Seit dem Herbst vorigen Jahres stand somit die Sicherheitsfrage überall im Mittelpunkt der politischen Überlegungen, wenn das in den öffentlichen Auslassungen der Regierungen auch zunächst nicht zum Ausdruck kam. Die entscheidende Frage, die überhaupt die Kernfrage unserer Beziehungen zu

---

[85] Eine entsprechende Abmachung war von Clemenceau, Lloyd George und Wilson bei den Pariser Friedensverhandlungen getroffen worden (vgl. QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 238–240); wegen der Nichtratifizierung der Pariser Vorortverträge durch die USA kam der beabsichtigte Vertrag jedoch nicht zustande.

[86] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

[87] Art. 211 des Versailler Vertrags legte Deutschland in bezug auf seine Abrüstung auf, „jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbunds mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100).

[88] Zur Kammerrede Herriots vom 28. Januar 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 266–268.

den Alliierten ist, liegt darin, ob die **Sicherheitsfrage** unter den **alliierten Westmächten allein** oder unter **Mitbeteiligung Deutschlands** zu lösen ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage wird von dem Gesichtspunkt bestimmt, daß eine **Lösung dieser Frage ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland** wäre.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Eine solche Lösung ohne uns kann dem europäischen Frieden nicht dienen und muß Deutschland auf das schwerste bedrohen. Die Bestimmung des Versailler Vertrages über die Besetzung der demilitarisierten deutschen Gebiete sowie über das Investigationsrecht des Völkerbundsrates können dem Ausland stets den Anlaß zu Eingriffen geben, die eine Konsolidierung der deutschen Verhältnisse im ganzen besetzten Gebiet unmöglich machen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, dem labilen Zustand unserer Westgrenze durch eine klare Regelung ein Ende zu machen. Daher konnte die Reichsregierung, wie auch der Herr Reichskanzler[89] wiederholt in Erklärungen ausgeführt hat, sich einer positiven Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage nicht versagen. Sie konnte dabei an frühere Entschließungen anknüpfen. Ich erinnere an den Vorschlag, den im Dezember 1922 der damalige Reichskanzler **Cuno**[90] gemacht hat, und der dahin ging, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten verpflichten sollten, für ein Menschenalter ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen. Bei der Erörterung dieses Vorschlags in der Öffentlichkeit hat die damalige Reichsregierung durch Erklärung des Herrn Reichskanzlers Cuno und des Reichsaußenministers v. Rosenberg[91] zu erkennen gegeben, daß sie bereit sein würde, sowohl die zeitliche

---

[89] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu Luthers Erklärungen bezüglich der Sicherheitsfrage vgl. etwa seine Rede vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 29. April 1925 (Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 201 [Abendausgabe] vom 29. April 1925).

[90] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Gemeint ist im Folgenden die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten" unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes" garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560).

[91] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos; zuvor und danach im Auswärtigen Amt bzw. auf diplomatischen Posten. – Rosen-

Begrenzung auf ein Menschenalter als auch den Gedanken der Volksabstimmung fallen zu lassen. Als dann die Regierung Cuno während des Ruhrkonflikts im Mai 1923 das bekannte Reparationsangebot machte[92], wurde dabei die Bereitwilligkeit zu allgemeinen, Frieden sichernden Vereinbarungen erneut zum Ausdruck gebracht und insbesondere auf den Abschluß allgemeiner Schiedsverträge hingewiesen. Endlich habe ich selbst als Reichskanzler im September 1923 in einer Rede in Stuttgart[93] den Abschluß eines Rheinpaktes zur Erörterung gestellt, durch den sich die am Rhein interessierten Staaten die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes gegenseitig zuzusichern hätten.

Die Anregungen, die wir neuerdings den alliierten Regierungen übermittelt haben[94], sind im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung der früheren deutschen Vorschläge. Wir wollten mit der Kennzeichnung unserer Stellungnahme nicht ein Angebot machen, das ohne Änderung anzunehmen oder abzulehnen gewesen wäre, sondern eine Grundlage für Verhandlungen über die von mir gekennzeichneten Fragen schaffen. Die Grundgedanken und die Grenzen, bis zu denen Deutschland zu gehen bereit war, ergeben sich aus den Darlegungen unserer Botschafter, die in einem Memorandum niedergelegt worden sind[95] und dessen wesentlichen Inhalt ich im Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt habe[96]. Sobald die Antwort der Alliierten oder einer der hauptinteressierten Mächte vorliegt, ist die Reichsregierung bereit, auch den Wortlaut dieses Memorandums zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

Man hat es in der Öffentlichkeit so hinzustellen versucht, als wäre die deutsche Stellungnahme ein Ausfluß deutscher Verzichtspolitik, die in Verkennung der französ-

---

berg griff die in der vorangegangenen Anm. erwähnte Idee Cunos eines Sicherheitspakts in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London auf (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

92 Das in einer Note der Reichsregierung vom 2. Mai 1923 an die Siegermächte übermittelte Angebot ist u.a. veröffentlicht im Weißbuch ANGEBOTE UND VORSCHLÄGE, S. 107–109 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. 6138 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

93 Zu Stresemanns Stuttgarter Rede vom 2. September 1923 vgl. diese Edition.

94 Stresemann bezieht sich auf die Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

95 Gemeint sind offenbar die in der vorangegangenen Anm. erwähnten und im wesentlichen inhaltsgleichen Memoranden.

96 Stresemann bezieht sich wohl auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 11. März 1925 (s. diese Edition).

sischen politischen Psychologie, die uns als Vorbild hingestellt wird, moralische Werte aufgäbe, ohne eine Gegenleistung heimzubringen. Wenn diese Auffassung richtig wäre, so würden die Franzosen ja die größten Toren sein, wenn sie nicht sofort zugriffen und sich die deutschen Vorschläge zu eigen machten. In Wirklichkeit sind wir bis heute auch in der Frage des Garantiepaktes ohne Antwort seitens der alliierten Mächte, ohne Antwort seitens der französischen Regierung.

(Hört! Hört!)

Der Tatbestand, den ich vorhin gekennzeichnet habe, daß die Sicherheitsfrage ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Problems ist, daß wir wünschen, daß er mit Deutschland gelöst werde, und uns zu positiver Mitarbeit zur Verfügung stellen, bleibt bestehen. Ob dieser Tatbestand zu der Tat einer friedlichen Verständigung führt, wird von der Haltung abhängen, die die Alliierten und insbesondere Frankreich uns gegenüber einnehmen.

Auf eine Diskussion von Pressemeldungen über den voraussichtlichen Inhalt der an uns zu richtenden Antwort mich einzulassen, muß ich ablehnen. Nur auf zwei Punkte glaube ich noch hinweisen zu müssen.

Es hat uns einigermaßen in Erstaunen versetzt, daß bei Bekanntwerden unserer Anregungen ein Teil der ausländischen Presse sich in lebhaften und aufgeregten Protesten dagegen ergangen ist, daß unser Vorgehen eine aggressive Stütze[97] gegen Polen enthalte. Die polnische Presse hat sich sogar zu der Behauptung verstiegen, daß wir auf eine vierte Teilung Polens ausgingen und das Ziel verfolgten, unsere Nachbarn im Osten zu überfallen. Alles das lediglich deshalb, weil wir die östlichen Grenzen nicht in den angeregten Garantiepakt einbezogen haben. Unbegreiflicherweise hat sogar die in dem deutschen Memorandum enthaltene Feststellung, daß Deutschland zum Abschluß allgemeiner Schiedsverträge mit allen Staaten bereit sei, dazu herhalten müssen, aggressive Absichten gegen Polen zu konstruieren. Ich kann das, soweit es nicht auf einer völligen Unkenntnis des Wesens eines allgemeinen Schiedsvertrages beruht, wirklich nur auf bewußte Entstellung zurückführen. Schiedsverträge, wie wir sie bereits mit einer Reihe von Staaten abgeschlossen haben und wie sie gerade in letzter Zeit auch zwischen anderen Staaten zustande gekommen sind, bilden nach meiner Ansicht ein hervorragendes Mittel für eine wirksame Sicherung des Friedens. Selbst wenn man aber den Wert solcher Schiedsverträge anders einschätzt, ist es doch jedenfalls lächerlich, zu behaupten, daß sie das

[97] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich „Spitze“.

Zeichen eines Angriffswillens seien. Ich habe auch den Eindruck, als ob in letzter Zeit jene verfehlte Kritik einer vernünftigeren Beurteilung Platz gemacht hat. Aus unserer Auffassung über unsere Ostgrenzen haben wir allerdings weder in der Öffentlichkeit noch bei den diplomatischen Unterhaltungen jemals einen Hehl gemacht. Es gibt niemand in Deutschland, der anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene **Grenze im Osten** eine für immer unabänderliche Tatsache sei.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ich darf in dieser Beziehung nur auf die Ausführungen hinweisen, die der Herr Reichspräsident[98] auf seine Eigenschaft [!] als militärischer Sachverständiger in dem bekannten Reuter-Interview gemacht hat.

Was schließlich die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den **Völkerbund** anlangt, so hat die deutsche Reichsregierung noch unter dem Kabinett Marx[99] in einer unter dem Vorsitz des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert[100] abgehaltenen Kabinettssitzung die Grundsätze, von denen sie sich bei einem eventuellen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund leiten lassen würde, ausführlich in einem Memorandum an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte[101]

---

[98] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zu den nachfolgend angesprochenen Ausführungen Hindenburgs in einem Interview mit der englischen Nachrichtenagentur Reuter in den Tagen vor der Reichspräsidentenwahl vgl. den (kritischen) Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 186 (Morgenausgabe) vom 21. April 1925; danach hatte Hindenburg auf die Frage nach Deutschlands Fähigkeit, „auch nur einen Verteidigungskrieg gegen einen seiner Nachbarn zu führen“, geantwortet, daß nach seiner Ansicht „als militärischer Sachverständiger“ Deutschland nicht einmal fähig sei, „sich selbst gegen einen kleinen benachbarten Staat zu verteidigen, denn Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei besitzen ein viel größeres stehendes Heer als wir und sind durch militärische Bündnisse geschützt, die uns an Rüstungen bei weitem übertreffen.“

[99] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[100] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Im Folgenden bezieht sich Stresemann auf den Ministerrat vom 23. September 1924 beim Reichspräsidenten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1050–1062; der Redebeitrag Stresemanns auch in dieser Edition).

[101] Gemeint ist das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29.

niedergelegt. Ich darf bei Ihnen dieses Memorandum sowie unsere Note an den Völkerbund selbst[102] vom Dezember vorigen Jahres als bekannt voraussetzen.

Wir sind der Auffassung, daß das entwaffnete Deutschland nicht ebenso wie gerüstete Staaten irgendeine kriegerische Verwicklung auf sich nehmen kann. Die Darlegung der Note des Völkerbundsrats[103] zeigt, daß man auch in Genf die Tragweite unserer Bedenken nicht verkannt hat. Der Hinweis in der Note des Völkerbundsrats auf die Einflußmöglichkeiten, die Deutschland als Ratsmitglied bei allen wichtigen Entscheidungen haben würde, ist zweifellos von Bedeutung. Die Reichsregierung wird es sich angelegen sein lassen, in dieser Richtung noch eine weitere Klärung der Lage herbeizuführen. Die deutsche Reichsregierung versteift sich in dieser Beziehung gewiß nicht auf formale Subtilitäten. Es kommt ihr aber darauf an, die Notwendigkeiten politisch zur Geltung zu bringen, die sich aus unserer besonderen Lage ergeben. Wenn im übrigen in dem französischen Pressecommuniqués[104] die Rede davon ist, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund überhaupt erst in Frage kommt, wenn die angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage beseitigt seien, so möchte ich betonen, daß wir im Endergebnis diesen französischen Pressecommuniqués nur zustimmen können. Wie wir über das Verfahren der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone und ihre Begründung mit den angeblichen Verfehlungen Deutschlands denken, habe ich vorhin ausgeführt. Jedenfalls liegt es auf der Hand, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Völkerbund überhaupt nicht möglich ist, solange derartige akute Differenzen zwischen uns und den Alliierten ihre Lösung nicht gefunden haben und die Räumung der nördlichen Zone nicht durchgeführt worden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wie kompliziert die vor uns liegenden politischen Aufgaben im einzelnen sind und wie stark sie ineinandergreifen. Das ist aber kein Grund, an der Möglichkeit einer befriedigenden Gesamtregelung zu zweifeln.

---

September 1924 zu überreichen (vgl. ebd., S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[102] Der Text der Note der Reichsregierung vom 12. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbunds u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 607 (Morgenausgabe) vom 23. Dezember 1924.

[103] Text des Memorandums des Völkerbundsrates vom 13. März 1925, das der Reichsregierung mit Schreiben des Generalsekretärs vom 14. März 1925 bekanntgegeben wurde, in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 483–485.

[104] So in der Vorlage; wie sich aus dem Folgenden ergibt, sind offenbar mehrere Kommuniqués gemeint; es müßte also wohl „den französischen Pressecommuniqués“ heißen.

Das gemeinsame Interesse der Völker an einer solchen Gesamtlösung ist so groß, daß sie trotz aller Schwierigkeiten schließlich gefunden werden muß. Es kommt lediglich darauf an, daß sich alle beteiligten Regierungen dieses gemeinsame Interesse stetig vor Augen halten und sich entschließen, im Geiste vertrauensvoller Verständigung zusammenzuarbeiten. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung es an diesen Voraussetzungen nicht mangeln lassen wird.

Den Bestrebungen der Reichsregierung wird aber der Erfolg versagt sein, wenn derselbe Geist, der sie beseelt, nicht auch bei den anderen Mächten vorhanden ist, die es in ihrer Hand haben, Europa den Frieden zu geben oder es weiter in dem Zustand der Verwirrung zu lassen, in dem es sich heute befindet und der zu dem Geist der Londoner Abmachungen[105] im Gegensatz steht.

„Wer an die Spitze eines großen Volkes berufen ist“, so hat der Reichspräsident v. Hindenburg bei dem Empfang des diplomatischen Korps ausgeführt[106], der kann keinen höheren Wunsch kennen als den, sein Volk in Frieden und Gleichberechtigung an den Aufgaben der Welt mitwirken zu lassen.

„Davon, daß alle Völker gleichen Willens sind“, so hat er hinzugefügt, „hängt die glückliche Entwicklung aller Völker ab.“ Wir sind durch Jahre den Weg herber Enttäuschungen gegangen. Gebe man uns Frieden und Gleichberechtigung, so wird die friedliche Entwicklung der Völker in einem friedlichen Deutschland ihre beste Stütze haben.

(Lebhafter Beifall.)[107]

[105] Gemeint sind die Abmachungen im Rahmen der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 8).

[106] Am 14. Mai 1925; zur Ansprache Hindenburgs vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 75.

[107] Die Haushaltsdebatte im Reichstag wurde in den beiden folgenden Tagen fortgeführt. Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Rede und ihrer Bedeutung vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 300–301.

## Rede bei der Einweihung des Hauses des Deutschtums in Stuttgart vom 21. Mai 1925[1]

Nach DER AUSLANDDEUTSCHE 8 (1925), S. 336–337. – Teildruck in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 210 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925.

*Überbringt die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Was Deutschland an materieller Macht verloren hat, muß es an sittlichen Kräften neu gewinnen, so auch im Bekenntnis zum Deutschtum.*

Namens der deutschen Reichsregierung habe ich Ihnen die **aufrichtigen Wünsche für die Entwicklung[2] dieses Hauses** zum Ausdruck zu bringen. Ehe ich mich dieses Auftrages entledige, gestatten Sie mir vor allem zum Ausdruck zu bringen, daß der **Herr Reichspräsident von Hindenburg[3]** mich gebeten hat, Ihnen in dieser Stunde zu sagen, daß er sich im Geiste unter Ihnen fühlt und daß er dem Haus und der Idee, die ihm zugrunde liegt, alles Gute für die zukünftige Entwicklung wünscht. Er hat seine Gedanken und Wünsche in einem Telegramm an Sie zum Ausdruck gebracht[4]. Er hat gebeten, das, was er empfindet, in dieser Stunde Ihnen durch meinen Mund sagen zu lassen.

Wir haben in den letzten Wochen große Feiern in Deutschland erlebt. Wir waren zusammen in München, als das Deutsche Museum seine Pforten öffnete[5], wir fanden

---

[1] Die Vorlage erläutert einleitend (S. 335) die äußeren Umstände des Weiheakts, der im Innenhof des einzuweihenden Hauses stattfand. Nach Einleitung des Weiheakts mit dem „Niederländischen Dankgebet", das von der „Kapelle der Nachrichten-Abteilung der Reichswehr" gespielt wurde, der Rezitation des Weihespruchs der Begrüßung durch den Verwaltungsratsvorsitzenden des Deutschen Ausland-Instituts, Paul von Hintze, sprach Stresemann für die Reichsregierung. – Zur Errichtung dieses Hauses und zu seinem Zweck vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 236 (Morgenausgabe) vom 20. Mai 1925; ein Bericht über den Weiheakt auch ebd., Nr. 239 (Morgenausgabe) vom 22. Mai 1925; allgemein zur Bedeutung des Hauses und seiner Einweihung auch REICHSPOST, Nr. 140 vom 22. Mai 1925, S. 7–8. – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Feier als „die ungeschickteste Art eines Festes, die ich jemals erlebt habe", vgl. seine Tagebucheintragung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 301.

[2] So in der Vorlage; „Errichtung" ergäbe mehr Sinn.

[3] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[4] Der Text des Telegramms ist gedruckt in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 210 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925.

[5] Zu Stresemanns Aufenthalt in München am 6. und 7. Mai 1925 anläßlich der Einweihung des Deutschen Museums vgl. seine Tagebucheintragung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 298–299; Berichte über die Einweihungsfeierlichkeiten u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 214 (Morgenausgabe)

uns zusammen an den Ufern des Rheins in Köln, als die Jahrtausend-Ausstellung, die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheins zu Deutschland[6], uns rief. Wir sind heute hier zusammen, um ein Symbol zu weihen, das der Kulturgemeinschaft der Deutschen gilt. Es ist wohl möglich, daß sich dem einzelnen der Gedanke aufdrängt, ob wir nicht in der Zeit der Not im Innern, der Ungewißheit, des Zweifels über unsere Zukunft nach außen vielleicht ein Volk der Äußerlichkeiten geworden wären, zuviel rauschende Feste begehen in einer Zeit, die zu Festlichkeiten nicht drängt. Ich glaube, das wäre eine Betrachtung, die an der Oberfläche bliebe. Ein anderes Beispiel steht mir vor Augen, wenn ich an diese Zusammenkünfte in diesen deutschen Städten denke. Als einst der Staat, der heute noch der stärkste Staat des Deutschen Reiches ist, als Preußen herabsank von seiner machtvollen Höhe, hinabgestoßen wurde in die armselige und politisch ohnmächtige Stellung, die es nach dem Frieden von Tilsit[7] einnahm, da faßte der damalige König von Preußen[8] den Entschluß, die Universität Berlin zu begründen[9]. Als die Hammerschläge erfolgten, die inmitten Elend, Not, Schmach und Verzweiflung eine große Bildungsstätte neu schufen, da hat er sie eingeweiht, da hat er mit wundervollen Worten davon gesprochen, daß der Staat versuchen müsse, an sittlichen Kräften neu zu gewinnen, was er an materieller Macht verloren hat. Wenn ich denke an das, was heute im Deutschen Reiche vor sich geht, steht es nicht auf demselben Boden, daß der Geist und das sittliche Empfinden sich fest zusammenschließen und sich am hellsten entfalten? So zeigt das eine, das gewaltige Museum in München, was Deutschland der Welt gegeben hat in seiner Anteilnahme an all den großen Entwicklungen der Zivilisation, so zeigen die Kunstschätze der Jahrtausendausstellung in Köln, daß in dem Deutschen Blutströme von Jahrhunderten und Jahrtausenden kreisen. Und wenn ich den Sinn des Hauses des Deutschtums recht begreife, dann ist es das Bekenntnis vor der

---

vom 7. Mai 1925; Nr. 215 (Abendausgabe) vom 7. Mai 1925; Nr. 216 (Morgenausgabe) vom 8. Mai 1925.

[6] Stresemann hatte am 16. Mai 1925 anläßlich der Eröffnung der Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln geweilt; vgl. seine Tagebucheintragung vom gleichen Tag in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 299–300. – Zur Veranstaltung selbst vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 231 (Abendausgabe) vom 16. Mai 1925.

[7] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U.a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[8] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840.

[9] Tatsächlich soll Friedrich Wilhelm III. mit den nachfolgend paraphrasierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

Welt, **daß man die Grenzen wohl ändern kann, aber nicht die Herzen, die sich zum Deutschtum bekennen.** Das deutsche Vaterland soll zu den Deutschen in der Welt stehen, wie das Bild der Mutter Deutschland über dem Eingang zu diesem Hause, die schützend ihren Mantel um die Schar ihrer Kinder breitet[10]. In diesem Sinne wiederhole ich im Namen der deutschen Reichsregierung die herzlichsten Glückwünsche für das Deutsche Ausland-Institut und das Haus des Deutschtums.[11]

[10] In der REICHSPOST, Nr. 140 vom 22. Mai 1925, S. 8, ist diese Figur beschrieben: „Und über der Freitreppe des Hofes, die zum Eingang ins Deutsche Auslandinstitut führt, sitzt auf einer Weltkugel die Mutter Deutschland und ihr zu Füßen spielen ihre fünf Kinder, andeutend, daß es in allen fünf Erdteilen Deutsche gibt, die hier von ihrer Mutter treu behütet und im Herzen gehegt werden sollen, wo immer auch sie weilen und arbeiten mögen."

[11] Zu den zahlreichen weiteren Ansprachen im Rahmen der Einweihung vgl. DER AUSLANDDEUTSCHE 8 (1925), S. 337–341.

**Rede beim Festbankett im Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart vom 21. Mai 1925**[1]

Nach ZEIT, Nr. 215 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925. – Druck auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 210 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925. – Teildrucke in SCHULTHESS 66 (1925), S. 93; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21800 (Morgenausgabe) vom 23. Mai 1925, S. 6. – Teildruck (mit größeren Abweichungen) auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 240 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925.

*Das Vorbild des deutschen Auslandsunternehmers der Vorkriegszeit. Auch heute unter schwierigeren Bedingungen muß man sich zum Deutschtum bekennen. Die deutsche Kulturgemeinschaft ist ein Aktivposten deutscher Politik. Das Auslandsdeutschtum muß die Zustände in Deutschland fair beurteilen. Deutschland muß die Kulturautonomie seiner Minderheiten im Ausland schützen*

.

Wenn Sie am heutigen Abend zusammen sind, sich dessen zu freuen, daß das Haus des Deutschtums in Stuttgart eröffnet worden ist, so gilt unser erster Gruß dem Reiche, er gilt dem Deutschtum. Wie zwei Welten dünkt uns die Zeit, in der Deutschland im Sonnenglanz stand und heute. Mehr noch als bei uns hat sich das geltend gemacht bei denen, die in der Ferne das alles erlebt haben und die fremde Länder verlassen mußten. Das waren die Menschen, die ihr Vaterland verließen, um draußen eine neue Heimat zu suchen. Viele von denen, die damals hinausgingen, taten dies nicht aus Gründen wirtschaftlicher Not, sondern aus Gründen wirtschaftlicher Expansion. Ich komme über die Empfindung nicht hinweg, daß die Zeit besser für draußen und drinnen war, wo der Begriff **Unternehmer** mit dem Begriff **Mensch** und **Persönlichkeit** identisch war, wo man uns beneidet hat um unsere Entwicklung zur Weltwirtschaft. Es sind nicht Syndikate und Truste gewesen, sondern es war der **Einzelkaufmann,** der hinausging in die Welt. Für ihn war der Begriff Lebensarbeit identisch mit dem Begriff, größer zu machen, was er vom Vater ererbt hatte. Das ist

[1] Das Festbankett fand im Nachgang zur Einweihung des „Hauses des Deutschtums“ in Stuttgart vom Nachmittag des gleichen Tages statt (zu Stresemanns Rede bei dieser Einweihung s. diese Edition). Aus Stresemanns eigener kurzer Tagebucheintragung über dieses Festbankett geht auch der genaue Ort („im großen Saale“ des Hauses des Deutschtums) hervor (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 301). – Die Vorlage unter der Überschrift „Dr. Stresemann über den deutschen Wiederaufbau“ leitet den Bericht ein: „Auf dem Festbankett nach der Weihe des Hauses des Deutschtums begrüßte der Vorsitzende, Generalkonsul Kommerzienrat Wanner, die Gäste [...]. Hierauf ergriff der Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und führte u.a. aus:“ – Es handelt sich also offenbar um eine gekürzte Wiedergabe der Rede Stresemanns.

der große **kaufmännische Idealismus** der Einzelpersönlichkeit, das waren die Menschen, die man in der ganzen Welt sah, die den Boden gepflügt haben, auf dem einst die Früchte der deutschen Wirtschaft erwachsen können. Es war ein stolzes Deutschtum. Für die Menschen draußen wie für die hier drinnen, gehört jetzt vielmehr [!] Vaterlandsliebe dazu, sich zum Deutschtum zu bekennen, wie zum Deutschtum der Vergangenheit. (Beifall.) Das Deutschland der Vergangenheit gab den Menschen etwas von seiner Größe und sonnte sich in der Größe des deutschen Namens. Damals deutsch zu sein und Feste zu feiern, das war leicht, da wurde mitgefeiert. Heute sich bekennen zu diesem Deutschland, namentlich draußen, da beginnt sich erst zu zeigen, daß jemand innerlich deutsch empfindet. Wenn wir uns heute fragen, ob wir Optimisten oder Pessimisten sein wollen, so bekenne ich mich nicht nur der Naturanlage nach zum Optimismus. Ich habe schon manchmal in der Presse das Wort gelesen vom Stresemann'schen Optimismus. Kein Wort ist mir mehr übelgenommen worden als das vom Silberstreifen am Horizont[2]. Aber es gilt für jeden Deutschen in dieser Zeit: – wer nicht den **Glauben an die Zukunft** im Herzen hat, der hat sich selbst aufgegeben. Jeder Deutsche hat vor seinem Gewissen ein Recht auf eine bessere Zukunft, und wer an ein **Weltgewissen** glaubt, der wird sich sagen müssen, daß die Welt uns eine **Wiedergutmachung** schuldig ist. (Stürmischer Beifall.) Was draußen wieder aufgebaut worden ist, was wieder aufgebaut wird, wir wissen, das ist wenig. Aber es steckt doch so ungewöhnlich viel Idealismus in diesem Aufbau. Nirgends spüren wir mehr unseren **Niedergang** wie in Hamburg. Mit Küstenschiffahrt mußten wir wieder beginnen. Aber das, was in **Hamburg** geworden ist, ist ein Symbol deutscher Tatkraft, das stärker wirkt, als das, was im Frieden unter anderen Verhältnissen vor sich gegangen ist. Daß unsere Unternehmungen Hilfe nahmen bei ausländischen Kapitalisten, schelten Sie nicht darüber. Mit internationalen Kräften und deren Zuhilfenahme nationalen Wiederaufbau zu pflegen, ist durchaus **nationale deutsche Politik.**

[2] Stresemann gebrauchte den Begriff in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Elberfeld am 17. Februar 1924 sowie in der Reichstagsrede vom 28. Februar 1924 (s. zu beiden Reden diese Edition). Nach der Erläuterung des Herausgebers von STRESEMANN, Vermächtnis (I, S. 301), soll es sich bei demjenigen, der den Begriff des „Silberstreifens" geprägt hat, um Carl Bergmann handeln, der sich als ehemaliger Staatssekretär im Reichsfinanzministerium und Vorsitzender der Kriegslastenkommission (1919–1921) auch nach seiner Rückkehr zur Deutschen Bank wiederholt der Reichsregierung als Reparationssachverständiger zur Verfügung gestellt und in deren Auftrag entsprechende Verhandlungen geführt hatte. – Nachweisen ließ sich eine entsprechende Äußerung Bergmanns im Kabinett (auf das sich Stresemann in seinen genannten Reden als Ort des Erstgebrauchs des Wortes bezog) nicht; möglicherweise fiel sie in der Ministerbesprechung vom 29. Januar 1924, in der Bergmann Bericht erstattete über seine Eindrücke aus den Besprechungen mit dem Sachverständigen-Ausschuß (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 300).

Das Endziel ist doch nur, das alles zu benutzen, damit man Wasser auf unsere Mühlen treibt. Wir haben keinen Grund, mit gesenktem Haupt durch die Welt zu gehen. Auf uns lastet nicht mehr moralische Schuld als auf irgend einem anderen Volke. Arm sein ist keine Schande. Wir können uns im Gegenteil die Frage vorlegen, ob nicht die Zeit, in der wir materiell sehr reich wurden, eine Zeit des ideellen und geistigen Niederganges gewesen ist. Das ist vielleicht die größte Schuld, daß über dieser Zeit das Wort Prof. **Büchers**[3] steht, daß wir an materiellen Gütern unendlich viel reicher, an seelischen Gütern unendlich viel ärmer waren als in einer vorangegangenen. Vielleicht hat die Not erst uns aneinandergeschmiedet. Und daß aus dieser Not das eine herausgeholt wird, dieses große **Empfinden der deutschen Kulturgemeinschaft,** ist etwas, was wir buchen wollen als Aktivposten in unserer deutschen Politik. Lassen Sie mich einige Worte zu den Auslandsdeutschen sprechen. Sie haben uns heute im Reiche zur **Einheit** gemahnt[4]. Wir werden uns Mühe geben, der Mahnung zu entsprechen. Aber vielleicht darf ich auch die Bitte an Sie draußen richten, bemühen Sie sich auch, objektiver demgegenüber zu stehen, was in Deutschland in den letzten Jahren vorgegangen ist. Wir müssen, das ist meine Ueberzeugung, wenn wir vorwärtskommen wollen und wenn wir an eine Zukunft glauben, die **Synthese** finden **zwischen dem alten und dem neuen Deutschland.** Es kann nicht heißen, das eine gegen das andere, es kann nur heißen, das eine mit dem anderen. Wir müssen in Ehrfurcht dessen gedenken, was gewesen ist und dürfen das große in der Vergangenheit nicht vergessen, denn schmählich ist, wer große Taten aus seiner Geschichte vergißt. (Lebhafter Beifall.) Alles das, was wir erlebt haben in den **wilden Revolutionswirrungen** von ganz links und rechts, ist es nicht eigentlich verständlich, daß das kam, wenn wir uns einmal vorstellen, was das deutsche Volk seelisch hat durchmachen müssen und physisch hat ertragen müssen? **Vier Jahre Kampf** gegen die ganze Welt, abgeschlossen von anderen, Leiden draußen und drinnen, noch im letzten Jahr die Seele voll größter Siegeshoffnungen, und dann alles niedergeschmettert zum Abgrund. Glauben Sie mir, andere Völker, die weniger ruhig sind wie wir, hätten ganz andere Erschütterungen erlebt als die, die wir in Deutschland

[3] Karl Wilhelm Bücher (1847–1930), deutscher Nationalökonom. Als Professor in Leipzig betreute er die 1900 erstellte Doktorarbeit Stresemanns. – Die nachfolgend von Stresemann paraphrasierte Passage ist aus Büchers Werk „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, das erstmals Tübingen 1893 (mit Teil 1. Vorträg und Aufsätze) erschien und danach in mehreren Neuauflagen und Nachdrucken.

[4] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Ansprachen verschiedener Vertreter der Auslandsdeutschen bei der Einweihung des „Hauses des Deutschtums“ am gleichen Tag (vgl. oben mit Anm. 1); diese Reden gedruckt in DER AUSLANDDEUTSCHE 8 (1925), S. 339–341.

erlebt haben. Die sechs Jahre von der **Umwälzung** bis heute, für uns, die wir leben, sind sie ein Stück unseres Menschenlebens, für die Geschichte sind sie ein Tropfen. Und daß in dieser geschichtlich kurzen Zeit das deutsche Volk und das Deutsche Reich sich so konsolidiert haben an sittlichen Werten, wie sie heute wieder vor uns stehen, ist ein Zeichen für den Zukunftsglauben, den wir haben. Gott sei Dank, daß wir heute ein solches Fest haben feiern können. Die draußen stehen, verlangen oft unseren Schutz. Selbstverständlich haben sie ein Recht darauf. Es ist ein altes schönes Wort, und das sollte gelten von denen, die draußen sind, im Verhältnis des Mutterlandes zu ihnen: „In Stürmen mit meinem Mantel schütze ich dich."[5] Nur ist dieser Mantel kein Stahlgewand, er schützt nicht mehr vor Gewalt, aber er hält doch noch warm das Herz, wenn man sieht, daß man sich seelisch zu einer großen Gemeinschaft bekennt. Den Weg zur Einheit haben wir zurückgelegt. Daß wir durchgehalten haben, ist ein Zeichen dafür, wieviel politisch reifer das deutsche Volk geworden ist. Ueber ein **90-Millionenvolk**[6] kann die Welt nicht hinweggehen, wenn wir nur wissen, daß wir zusammengehören. Wenn ich vor wenigen Tagen von einem kleinen neu erstandenen Staate gesprochen habe, der seinen Minderheiten kulturelle Autonomie gegeben hat[7], so habe ich das in voller Absicht erwähnt, weil wir dahin streben müssen, mit allem Einfluß und mit allen Gremien, die in Betracht kommen, diese **kulturelle Autonomie** für unser Deutschtum draußen zu erhalten. Mit all dem wenigen, was wir tun können, müssen wir tatkräftige Hilfe gewähren, so weit wir sie gewähren können. Die **deutsche Reichsregierung** ist sich einig darin, und unbeschadet der parlamentarischen Zusammensetzung sind sich auch alle deutschen Regierungen darin einig gewesen. Es gibt eine Zukunft, einen Wiederaufbau, den, so Gott lebt, unsere Söhne und Enkel noch einmal schauen. Wir hoffen auf die gute **deutsche Zukunft.** Unser **deutsches Vaterland,** unsere **deutsche Kulturgemeinschaft,** sie

---

[5] Als Zitat konnte dies nicht nachgewiesen werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die allegorische Figur der Mutter Deutschland, die über der Freitreppe des Hofes vor dem Eingang ins Deutsche Auslandinstitut angebracht ist, auf einer Weltkugel sitzt und die unter ihr spielenden fünf Kinder schützt, „andeutend, daß es in allen fünf Erdteilen Deutsche gibt, die hier von ihrer Mutter treu behütet und im Herzen gehegt werden sollen" (REICHSPOST, Nr. 140 vom 22. Mai 1925, S. 8).

[6] Offenbar errechnet Stresemann diese Zahl unter Einbeziehung der Auslandsdeutschen. STATISTISCHES JAHRBUCH 1924/25, S. 1, weist für den 31. Dezember 1924 die Bevölkerung des Deutschen Reiches mit knapp 60 Millionen Einwohnern aus.

[7] Stresemann bezieht sich auf Estland, das er entsprechend in seiner Reichstagsrede vom 18. Mai 1925 erwähnt hatte (vgl. diese Edition). – Am 5. Februar 1925 war in Estland ein Gesetz verabschiedet worden, das den Minderheiten volle Kulturautonomie gewährte (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 339; Einzelheiten auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 64 [Morgenausgabe] vom 7. Februar 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 39 [Morgenausgabe] vom 8. Februar 1925).

lebe hoch![8]

[8] Die Vorlage schließt den Bericht mit einer Aufzählung der weiteren Redner. – In einem die Rede Stresemanns paraphrasierenden Artikel in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21799 (Abendausgabe) vom 22. Mai 1925, S. 3, heißt es abschließend: „Die Versammlung, welche die Rede mit stürmischem Beifall aufnahm, sang sodann stehend das Deutschlandlied."

## Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin vom 23. Mai 1925[1]

Nach DEUTSCHER LIBERALISMUS S. 29–32. – Teildruck (mit Abweichungen) in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 302–303.

*Die DVP führt die Nationalliberale Partei fort und bekennt sich daher zum Grundgedanken des Liberalismus. Plädiert für die Einbeziehung der Jugend in den Zentralvorstand und für Toleranz gegenüber deren Idealismus. Die Jugend muß am Staat mitarbeiten, wie er ist. Ihr Heranziehen schützt die DVP vor dem Untergang.*

Verehrte Freunde! Wir hatten vorher eine Beschränkung der Redezeit beschlossen. Ich glaube aber, Sie haben alle verstanden, daß wir diese Beschränkung nicht haben eintreten lassen, als unser alter Freund Kahl[2] zu uns gesprochen hat. (Bravo!) Ich möchte gern, daß die Verhandlungen des heutigen Tages sich auch weiterhin auswirken. Ich würde mich freuen, wenn unser Freund Most[3] das, was er heute hier zum Ausdruck gebracht hat, niederschriebe, um ihm die allerweiteste Verbreitung zu geben. Vor allem aber wünschte ich, daß das, was von den Ausführungen des Herrn Kollegen Geheimrat Kahl für die Öffentlichkeit bestimmt sein kann, nicht verhallt mit dieser Stunde (Beifall), daß es ein Vermächtnis würde für jeden, der in der Deutschen Volkspartei mitwirkt. (Beifall.) Wir wollen diese Rede hinausgeben in das ganze deutsche Land und in die ganze deutsche Jugend (lebhafter Beifall) und damit zum Ausdruck bringen: das sind wir, das ist unser Geist, und wer diesen Geist in sich hat, der gehört in die liberale Deutsche Volkspartei. (Stürmischer Beifall.)

Wir werden vielleicht noch darüber sprechen müssen, ob wir nicht eine Entschließung fassen, die diese Verhandlungen abschließt. Einleitend müssen wir in einer

---

[1] Die Vorlage (eine Broschüre mit den drei in der Sitzung gehaltenen Reden) erläutert durch einen Zusatz, daß es sich um das „Schlußwort" der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP gehandelt habe. – Ein Bericht über die Sitzung vom 23. Mai 1925, zu deren Beginn im Rahmen der Neuwahlen Stresemann „durch Zuruf einmütig" zum 1. Vorsitzenden des Zentralvorstandes wiedergewählt wurde, auch in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 98 vom 25. Mai 1925, S. 2–3; NATIONALLIBERALISMUS I S. 580–586.

[2] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP); seit 1919 Vorsitzender aller DVP-Parteitage. – Die vorangegangene Rede Kahls in DEUTSCHER LIBERALISMUS S. 23–29.

[3] Otto Most (1881–1971), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP). – Seine Rede im Rahmen der Sitzung des Zentralvorstandes ebd., S. 5–23.

Entschließung zunächst die tatsächliche Feststellung machen, daß die Deutsche Volkspartei niemals **„gegründet“** worden ist, sondern daß die Nationalliberale Partei beschlossen hat, unter dem Namen Deutsche Volkspartei ihre geschichtliche Tätigkeit fortzusetzen[4], daß sich daraus für uns das Bekenntnis zum Grundgedanken des Liberalismus ergibt auf Grund einer mehr als halbhundertjährigen Tradition, deren Erben und Fortführer wir sind. (Beifall.) Und ich dachte, daß wir weiter zum Ausdruck bringen, daß nach unserer Auffassung diese liberalen Grundgedanken heute ihre Bedeutung nicht verloren haben, daß gerade über dem Streit des Materiellen und des Wirtschaftlichen diese Gedanken uns zusammenhalten müssen, sowohl gegenüber dem Staat wie gegenüber der Wirtschaft in der Form des sozialen Liberalismus und vor allen Dingen auch gegenüber etwa bevorstehenden großen Kämpfen auf kulturellem Gebiet, bei denen es sich darum handelt, den alten Geist der Freiheit und der Vertretung der Kompetenz des Staates gegenüber dem Gedanken der Aufgabe dieser Kompetenz zu Gunsten anderer Mächte zu bewahren. (Bravo!)

Und ich hatte die Empfindung, daß wir am Schlusse alle auffordern, in diesem Grundgedanken sich uns verbunden zu fühlen, mit uns zusammen zu arbeiten. **Für uns gibt es die Frage irgendeiner Neugründung und Neuorganisation nicht,** weil für uns die Grundlagen des Liberalismus festliegen in der Deutschen Volkspartei, die jeden willkommen heißt, der auf denselben Grundlagen mit ihr zusammen arbeiten will an der deutschen Zukunft.

Ich glaube, das wäre die beste Form, in der wir, ohne auf Einzelheiten einzugehen, Stellung nehmen zu all den törichten Aufsätzen, die in der letzten Zeit da erschienen sind, die davon sprechen, als wenn wir unsererseits uns zurückfinden müßten zu irgendwelchen Gedanken, die wir niemals aufgegeben haben, und als wenn irgendwelche Neuformationen innerhalb des deutschen Parteiwesens nach dieser Richtung notwendig seien.

Lassen Sie mich noch ein Wort hinzufügen. Ich habe eine sehr große Sorge um die **Zukunft** unserer Partei, und ich habe diese Sorge oft gegenüber unseren Freunden ausgesprochen. Sie besteht in der Zusammensetzung dieses Zentralvorstandes. (Sehr richtig!) Ich vermisse das kommende Geschlecht. Auch hier bei uns! Mag es sich auch gärend und ungestüm gebärden, wir sind nicht so geistesarm, daß wir mit

[4] Zur Gründungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen.

ihm nicht fertig werden könnten. Aber wir haben es nicht. Das mag zum Teil an organisatorischen Gründen liegen. Meine Herren von den Wahlkreisverbänden, wer so töricht ist anzunehmen, daß die **Jugendorganisation** nicht dieselbe Bedeutung hätte wie die Parteiorganisation, der verkennt vollkommen, daß eine Partei verkalkt, wenn nicht junges Blut in sie hineinkommt. (Zustimmung.)

Aber die andere Frage liegt doch darin: Wenn Sie die Jugend haben wollen, müssen Sie der Jugend **Idealismus** geben. (Sehr richtig!) Es ist nicht so, daß nur der nationale Gedanke das Entscheidende sei. Denn mehr oder weniger trägt der nationale Gedanke – mit Ausnahme von manchem demokratischen Pazifismus und international verbrämten Ideen – ja doch **alle** Parteien, und wenn wir nur in nationalen Dingen das in Moll sagen, was die Deutschnationalen in Dur sagen, werden die Leute zu den Deutschnationalen gehen, denn in bezug auf Stimmungsausnutzung können wir mit den Deutschnationalen nicht konkurrieren. Aber ich habe immer gefunden, gerade wenn ich vor der Jugend sprach, z.B. vor unseren Studenten in Halle[5], daß ich jubelnden Beifall fand, wenn ich das ausführte, was Kollege Kahl und was Kollege Most ausgeführt haben, das Verhältnis zum Staat, die Staatsbejahung gegenüber diesen zentrifugalen Tendenzen, die alles nur aus den Angeln heben wollten, die nur negativ, nur auflösend gewesen sind, anstatt sich an die Seite des Staates zu stellen. – Ich sage, wenn man ihnen diese heilige Pflicht, **am Staate mitzuarbeiten, wie er ist,** vor Augen führt, habe ich jubelnden Beifall gerade bei der deutschen Jugend gefunden. Es waren nicht die schlechtesten Köpfe, die ein vollkommenes Verständnis hatten auch für eine ganz objektive Darlegung des Vergangenen und des Heutigen, für das, was **Jarres[6]** in seiner staatspolitisch vielleicht tiefsten Rede, die er in München gehalten hat, zum Ausdruck gebracht hat: diese Ehrfurcht vor dem, was geschichtlich groß war, aber auch Ehrfurcht und Achtung vor dem, was heute ist. Unsere Freunde in München haben mir gesagt: bei der tausend-

[5] Vgl. Stresemanns Rede auf der Akademischen Tagung der DVP in Halle vom 1. Februar 1925 (in dieser Edition).

[6] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP. – Die im Folgenden angesprochene Münchener Rede und deren Wortlaut konnten nicht ermittelt werden; vermutlich handelt es sich um eine der Wahlreden im Rahmen von Jarres' Kandidatur beim 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl; die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 141 (Abendausgabe) vom 24. März 1925, kündigte lediglich an, daß Jarres am gleichen Tag „in drei Versammlungen zur Münchener Oeffentlichkeit sprechen" werde.

köpfigen Versammlung, in der doch noch Erinnerungen an die Hitlerbewegung[7] spukten, wäre es geradezu als Erlösung empfunden worden, als diese Gedanken ausgesprochen wurden.

Und die großen Gedanken des **Kulturliberalismus,** auch die Idee religiöser Duldsamkeit gegenüber manchen Bestrebungen der evangelischen Kirche, lediglich Dogmenglauben an die Stelle freier Entwicklung zu setzen: wenn Sie da einmal appellieren gerade an die Jugend, finden Sie ein Echo, das viel stärker ist als das, was lediglich aus dem Stimmungsmäßigen kommt, weil es bleibt und nicht nur für den Augenblick bestimmt ist.

Wir hatten einen so guten Anlauf genommen in der Deutschen Volkspartei, alle diese Probleme zu vertiefen. Das war vielleicht der Höhepunkt unserer Entwicklung, als Vögler[8] für die **Arbeitsgemeinschaft** eintrat, diesen großen Gedanken des sozialen Industrie-Kapitalismus, der sich mit seinen Arbeitern verständigen wollte auf der Basis, wie helfen wir beide unter gegenseitiger Mitwirkung und Anerkennung unserer Bedeutung, Deutschland wieder in den Sattel zu heben. Das ist vergangen, als es nachher – ich lasse ganz dahingestellt, wo die Fehler am größten waren – dahin kam, allerdings auch durch die Not der Zeit, daß rein wirtschaftliche Kämpfe in den Vordergrund traten und dann sehr zu unseren Ungunsten das Wort von der „Partei der Wirtschaft“ geprägt wurde, gegen das ich mich auf den verschiedensten Parteitagen gewehrt habe. Es handelt sich in der Politik nicht nur um Industriezölle oder Agrarzölle, es handelt sich **um Leben und Sterben einer Nation,** die ein Ideal sucht. Die Frage der grundsätzlichen Einstellung zum Staat und zu den großen nationalen und kulturellen Fragen ist das Primäre im politischen Denken des Volkes, das andere sind Fragen realpolitischen Denkens, sind die gegebenen Fragen der Kompromisse, das ist das Suchen der Diagonale zwischen den verschiedenen Interessen.

---

[7] Gemeint ist die Bewegung von Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler 1933–1945 (ab 1934 mit dem Titel „Führer und Reichskanzler“). – Nach dem gescheiterten Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367), der Verurteilung Hitlers zu Festungshaft, aus der er bereits am 20. Dezember 1924 entlassen wurde, und dem vorübergehenden Verbot der Partei war sie im Februar 1925 neu gegründet worden.

[8] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). – Vermutlich bezieht sich Stresemann mit dem Eintreten Vöglers für die Arbeitsgemeinschaft auf dessen Mitwirkung bei der Gründung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vom 15. November 1918 (vgl. URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15).

Einst ist die alte stolze Nationalliberale Partei daran zerbrochen[9], daß sie allein in Ideen lebend, nicht den Weg fand zum praktischen Leben. Hüten wir uns davor, daß wir nicht unter der praktischen Gegenwartsarbeit, so vernünftig sie sein mag, den **Zusammenhang mit den Ideen** verlieren und dadurch ebenso vielleicht zugrunde gehen, wie damals die Nationalliberale Partei doch wirklich, von ihrer stolzen Höhe aus gesehen, zugrunde gegangen ist. Ich empfinde, daß wir in einem Zeitalter großer Gärungen leben, in der [!] die alten Parteibegriffe nicht so feststehen wie früher; in einer Zeit großer Überlegungen der Jugend. Die Heranziehung der Deutschnationalen zur verantwortlichen Arbeit im Reich hat vielen die Augen geöffnet über den **Gegensatz zwischen Agitation und Verantwortlichkeit,** hat viele dahin gebracht, daß sie anerkennen, daß das entscheidend Richtige in der Entwicklung des neuen Deutschland gewesen ist[10]. Wenn diese Überlegung sich Bahn bricht und dazu im Volk die Empfindung lebt, daß **wir Vertreter von Zukunftsidealen** sind, dann brauchen Sie sich um die Zukunft der Partei nicht zu sorgen. Wenn wir jetzt nicht den Anschluß an die alten Grundideen finden, verpassen wir eine Schicksalsstunde unserer Partei – das wäre schließlich nicht das Schlimmste – aber dann verpassen wir vielleicht den Übergang der deutschen Jugend an eine staatserhaltende und nationale Partei, die immer den **Ausgleich** schaffen muß zwischen dem Beharrenden und dem Extrem. Wenn wir sie groß und stark machen, dienen wir damit unserem Vaterlande, und ich habe die Empfindung: **wenn die Partei sich bewußt und nun nach außen hin weitertragend,** was hier zum Ausdruck kam, **auf diesen Grundgedanken einstellt,** kann vielleicht von dieser Sitzung in der Reichshauptstadt eine **Regeneration** unserer Partei und eine gute Entwicklung unseres Vaterlandes ausgehen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

[9] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die größeren Abspaltungen von Teilen der Nationalliberalen Fraktion in der Folge von Bismarcks Übergang zur Schutzzollpolitik 1877/78.

[10] So in der Vorlage.

## Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin vom 24. Mai 1925[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 98 vom 25. Mai 1925, S. 3–4. – Drucke auch in ZEIT, Nr. 219 (Abendausgabe) vom 25. Mai 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 214 (Abendausgabe) vom 25. Mai 1925; NATIONALLIBERALISMUS I, S. 586–589. – Teildrucke (mit überleitenden Paraphrasen) in SCHULTHESS 66 (1925), S. 94–95; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21802 (Abendausgabe) vom 25. Mai 1925, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 118 vom 26. Mai 1925, S. 5.

*Die DVP braucht nicht den Zusammenschluß mit einer anderen Partei. Zusammenarbeit mit der SPD ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber das Regieren mit der DNVP verläuft derzeit reibungslos. Die Frage der Staatsform ist nicht aktuell, sondern im Zentrum steht die Außenpolitik. Deren bisherige Erfolge. Rechtfertigt die Unterstützung für die Kandidaturen Jarres' und Hindenburgs. Nationale Realpolitik ist notwendig. Die DVP muß die Jugend für ihre Ideale gewinnen.*

Manche Parteifreunde, führte er u.a. aus[2], erheben die Frage: **Wohin geht der Weg?** Die letzte Tagung der **Liberalen Vereinigung**[3] hat, wie es scheint, hier und da zu allerlei Kombinationen geführt. Auf der andern Seite sind Mitteilungen über Bestrebungen gemacht worden, die darauf hinauslaufen, die für die **Reichspräsidentenwahl**[4] geschaffene **Organisation** als eine neue Parteibildung „der deutschen Rechten" gewissermaßen in die deutsche Politik überzuführen. Demgegenüber stelle ich an die Spitze meiner Ausführungen: Es gibt für uns **nur den Weg,** den die Deutsche Volkspartei **bisher gegangen ist,** es gibt für uns **weder** eine **Anlehnung** an

---

[1] Die Vorlage leitet in ihrem umfangreichen Bericht über die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP am 23. und 24. Mai 1925 die betreffende Passage über die Rede Stresemanns, die dann im Folgenden teilweise paraphrasierend wiedergegeben wird, mit den Worten ein: „Am Sonntag wurde die Sitzung vormittags 10 Uhr vom Reichsminister a.D. Dr. Scholz eröffnet. [...] Es ergriff dann Reichsminister Dr. Stresemann das Wort zu seinen Ausführungen über die politische Lage im Reiche."

[2] So – paraphrasierend – in der Vorlage.

[3] Die Liberale Vereinigung war im November 1924 von Mitgliedern des rechten Flügels der DDP gegründet worden, um eine Annäherung an die DVP und damit ggf. die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei zu ermöglichen; am 16. Mai 1925 hatte sie in Berlin eine Tagung abgehalten (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 231 [Abendausgabe] vom 16. Mai 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 76).

[4] Für die Reichspräsidentenwahl hatte sich schon vor dem 1. Wahlgang vom 29. März 1925 ein Wahlbündnis aus DVP, DNVP und Wirtschaftspartei gebildet, das sich „Reichsblock" nannte und die Kandidatur Jarres' unterstützte; für den 2. Wahlgang am 26. April 1925 und zur Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs schlossen sich diesem Reichsblock noch die Bayerische Volkspartei und weitere Regionalparteien an.

eine **Linksgruppierung** noch eine **Reichsblockpolitik** (Stürmische Zustimmung). Wenn irgendeine Partei keine Veranlassung hat, etwas von ihrer Selbständigkeit aufzugeben, dann ist es die Deutsche Volkspartei. Die Politik im Reiche ist beeinflußt von Gedanken, die von der Deutschen Volkspartei seit Jahren vertreten worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Politik, die die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei seit ihrer Resolution vom 15. Januar 1924[5] verfolgt hat, bedeutet nicht die grundsätzliche Ausschließung der Sozialdemokratie, sie ging lediglich davon aus, daß für das Reich die **Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte** das Gegebene sei. Dieses Ziel hat die Reichstagsfraktion unter mannigfachen Schwierigkeiten verfolgt. Wenn wir heute auf die kurze Zeit des **Zusammenarbeitens** mit der **Deutschnationalen Volkspartei** zurücksehen[6], dann ist festzustellen, daß diese Arbeit im Kabinett sich **bisher reibungslos vollzogen** hat. Durch die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind die inneren **Verhältnisse konsolidiert** worden. Die **Wahl Hindenburgs**[7] hat sich nach derselben Richtung ausgewirkt. Ich begrüße diese Konsolidierung der verfassungsmäßigen Grundlage unseres Staatslebens. Wir dürfen und wollen **keine Verfassungskämpfe** über die Staatsform führen. Für uns handelt es sich um unsere Behauptung nach außen, dem hat sich alles andere unterzuordnen. (Stürmischer Beifall.)

[...][8]

Daß wir die Dawes-Gesetze angenommen haben[9], hat sich als richtig erwiesen.

---

[5] So in der Vorlage. Stresemann bezieht sich vermutlich auf eine Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 12. [!] Januar 1924 (Text in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 285–286), die in der über die Frage künftiger Koalitionen gespaltenen Partei eine Art Kompromiß bildete; sie bezeichnete die vorherige Große Koalition als „ein[en] Weg" zum Ziel der Volksgemeinschaft; dieser Weg sei derzeit jedoch durch die SPD blockiert, so daß nun die „Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition" angestrebt werde.

[6] Seit der Bildung der Regierung Luther im Januar 1925 waren die DVP-Minister in einem Kabinett zusammen mit Vertretern der DNVP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

[7] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Hindenburg war am 26. April im zweiten Wahlgang mit Unterstützung der DVP zum Reichspräsidenten gewählt und am 12. Mai 1925 vereidigt worden.

[8] In der Vorlage folgt der paraphrasierende Satz: „Dr. Stresemann ging dann auf die Fragen der auswärtigen Politik ein."

[9] Der „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) wurde auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei" für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. – Im Reichstag wurde vom 23. bis 29. August 1924 über die deutschen Ausführungsgesetze und insbesondere das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedurfte, debattiert (vgl. in dieser Edition auch die Rede Stresemanns in dieser Debatte vom 28. August 1924), ehe sie

Wenn wir die Unsicherheit unserer Verhältnisse im Herbst 1923 mit unserer heutigen Lage vergleichen, so ergibt sich eine unbestreitbare Tatsache: eine **wirtschaftliche Befestigung** hat sich durchgesetzt. Wer den Weg, den wir zu Erreichung dieses Zieles gegangen sind, ablehnt, der hat die Pflicht, uns einen anderen Weg vorzuschlagen. Sonst hat seine **Kritik** keinen Zweck und **keine Berechtigung.** (Lebh. Zustimmung.)

[...][10]

Man hat der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, daß sie durch ihr **Festhalten** an der **Kandidatur Jarres**[11] eine bürgerliche Einheitskandidatur unmöglich gemacht habe. Wir sind aber der Ansicht, daß die Stellung, die der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zu dieser Frage eingenommen hat, **durchaus richtig** war. (Lebh. Zustimmung.) Es war für uns vollkommen **unmöglich,** auf den Mann zu verzichten, der uns im Wahlkampf führen sollte, ohne daß eine Sicherheit dafür bestand, was nach dem Verzicht kommen würde. (Lebh. Zustimmung.) Dr. **Jarres** hat sich im ersten Wahlkampf vorzüglich geschlagen und das Vertrauen, das wir in ihn setzten, durchaus gerechtfertigt. (Stürmische Zustimmung.) Es war richtig, daß die Partei **bis zum letzten Augenblick an Jarres festgehalten** hat. Das war sie sich selbst, das war sie Jarres und das war sie den guten Aussichten seiner Kandidatur schuldig. (Lebh. Zustimmung.) Wir haben dann die **Kandidatur Hindenburg** unterstützt, und ich bin überzeugt, daß die Deutsche Volkspartei **bis zu ihrem letzten Wähler** für Hindenburg an die Wahlurne gegangen ist. (Lebh. Zustimmung.) Wenn das Ausland zunächst von der Wahl Hindenburgs innen- und außenpolitische Störungen befürch-

---

am 29. August 1924 angenommen wurden, weil etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154). Durch die Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) wurde der „Dawes-Plan" endgültig international vereinbart.

[10] In der Vorlage folgt die paraphrasierende Passage: „Dr. Stresemann wies dann darauf hin, daß die Entwicklung weitergehe, und daß es sich jetzt nach der wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems um die Regelung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Mächten handele. In ausführlichen Darlegungen vertrat Dr. Stresemann die außenpolitischen Grundsätze, von denen er eine Befestigung und Besserung unserer Lage erwarte. Seine Ausführungen, in denen die Politik des Sicherheitspaktes begründet und im Zusammenhang mit der Gesamtlage erörtert wurde, fanden die einhellige Zustimmung der Versammlung. Dr. Stresemann nahm dann noch zur Frage der Präsidentenwahl Stellung."

[11] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP. – Jarres war im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als Kandidat des „Reichsblocks" und damit der DVP aufgetreten; erst nach längerem Festhalten an einer Kandidatur Jarres' auch für den zweiten Wahlgang entschied sich die DVP zur Unterstützung Hindenburgs (vgl. dazu die verschiedenen Aufzeichnungen in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 43–56).

tet hat[12], so ist diejenige **Presse in Deutschland** dafür verantwortlich, die im **Ausland** den **Eindruck** erweckt hat, als wenn eine solche Gefahr bevorstände. (Lebh. Beifall.) Inzwischen hat sich auch das **Ausland** davon **überzeugt,** daß Hindenburg nichts anderes will, als eine **Politik des Friedens** auf der Grundlage der **Selbstachtung** nach innen und der **Gleichberechtigung** nach außen. Findet sich das deutsche Volk unter der Führung seiner **höchstes Vertrauen ausstrahlenden Persönlichkeit** in diesem Grundgedanken zusammen, so liegt darin die stärkste Unterstützung der deutschen Politik nach außen und innen. (Stürmische Zustimmung.)

[...][13]

Wir können nur den Weg weitergehen, den wir einmal als den **Weg der nationalen Realpolitik** als Gegensatz zur Illusionspolitik bezeichnet haben[14]. Ich habe die Empfindung, daß die innerliche Zustimmung zu dieser Politik weit über unsere Partei nach rechts hinaus Wurzel geschlagen hat. Wir dürfen aber über der praktischen Gegenwartsarbeit den **Zusammenhang** mit unserer **liberalen Staats-** und **Kulturauffassung** niemals vergessen. Unsere ganze politische Ueberlieferung führt uns zu diesen Gedanken. Es ist ganz falsch, von einer **„Gründung“** der Deutschen Volkspartei zu sprechen. Die Deutsche Volkspartei ist nicht gegründet worden, sondern die **Nationalliberale Partei** hat beschlossen, unter dem Namen der Deutschen Volkspartei **weiterzubestehen[15].**

**Die nationalen und die liberalen Ideen,** die in der **Deutschen Volkspartei** wirksam sind, überragen alle Tagesfragen, die uns beschäftigen können. Wir müssen sie

---

[12] Vgl. die Rede Stresemanns im Haushaltsausschuß vom 18. April 1925 (s. diese Edition mit den dazugehörigen Anm.).

[13] In der Vorlage folgt die paraphrasierende Passage: „Dr. Stresemann streifte dann auch die Frage der Aufwertung. Die Partei müsse ihrem Abg. Dr. Wunderlich dankbar sein, daß er konsequent die mittlere Linie verfolgt habe, auf der man die Frage der Aufwertung allein lösen könne. (Lebh. Zustimmung.) In bezug auf die Wirtschaftspolitik führte Dr. Stresemann aus, daß es sich hier darum handele, das Primat der Politik vor dem Berufsinteresse durchzusetzen und den richtigen Ausgleich zwischen dem wirtschaftlichen Einzelinteresse und dem Gesamtinteresse des Staates zu erreichen. Wie schwer das sei, zeige die Einstellung vieler Kreise gegenüber dem deutsch-spanischen Handelsvertrag. Die Regierung sei durchaus bereit, den deutschen Winzern zu helfen. Der Weg zu dieser Hilfe, auch auf zollpolitischem Gebiete, gehe aber über die Annahme des Vertrages. Wer also auf diesem Gebiete etwas erreichen wolle, der müsse durch die Annahme des Handelsvertrages die Möglichkeit schaffen, daß die Regierung die Grundlage für neue Verhandlungen erreiche. Dr. Stresemann gab seinen Ausführungen zum Schluß folgende Zusammenfassung:“

[14] Vgl. (neben weiteren Gelegenheiten der Verwendung des Begriffs „nationale Realpolitik“) insb. die Rede Stresemanns auf dem Parteitag der DVP in Dortmund vom 14. November 1924 (in dieser Edition).

[15] Zur Gründungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen.

als Panier festhalten, das wir der Partei voraustragen, namentlich um die Jugend für unsere Ideale zu gewinnen. Der Wiederaufbau Deutschlands wird vom Geistigen und nicht vom Materiellen ausgehen. Wenn wir Fühlung halten mit dem **kommenden Geschlecht,** dann werden wir erst die Stärke erhalten, um mit dem notwendigen Einfluß und aller Kraft unserm Vaterlande dienen zu können, dem unser ganzes Sehnen und Hoffen gilt.[16]

[16] Die Vorlage schließt die Berichterstattung über die Rede Stresemanns: „Die Versammelten brachten Dr. Stresemann nach seiner Rede eine stürmische Ovation dar, die sich immer wieder erneuerte." – Nach der anschließenden Diskussion wird eine Entschließung „einmütig" angenommen, in der die DVP als Fortführung der Nationalliberalen Partei dargestellt wird und damit als „Hüterin der liberalen Tradition" (Text in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 98 vom 25. Mai 1925, S. 5).

## Reichstagsrede vom 27. Mai 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2112–2113. – Teildrucke (mit Abweichungen) in ZEIT, Nr. 224 (Morgenausgabe) vom 28. Mai 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 219 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 249 (Morgenausgabe) vom 28. Mai 1925.

*Erklärt für die Reichsregierung, daß sofort nach Annahme des Handelsvertrags mit Spanien neue Verhandlungen beginnen und für die deutschen Winzer Hilfen bereitgestellt werden sollen.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Hilferding[2] hat in der Rede, mit der er die Stellungnahme seiner Partei zum deutsch-spanischen Handelsvertrag begründete, das ganze **Gebiet der Handels- und Zollpolitik** behandelt. Sie werden es verständlich finden, daß die Reichsregierung den Wunsch hat, dieser Kritik zu entgegnen. Ich glaube aber, mich in Übereinstimmung mit den Dispositionen des Hohen Hauses zu befinden, wenn ich vorschlage, daß wir die allgemeine Debatte über diese Fragen mit den Erörterungen zu der Zolltarifnovelle[3] verbinden. Da wird auch die Reichsregierung in der Lage sein, sich zu den Anklagen zu äußern, die der Herr Abgeordnete Dr. Hilferding gegen die nach seiner Meinung verfehlte Handels- und Zollpolitik der Regierung hier vorge-

---

[1] Stresemann hielt seine Rede im Rahmen der zweiten und dritten Beratung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag. Dieser Vertrag war in der Reichstagssitzung vom 30. August 1924 in die Ausschüsse überwiesen worden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1138). Im Handelspolitischen Ausschuß war er bzw. das entsprechende, dem Reichstag vorliegende Gesetz am 1. April 1925 (mit den Stimmen der deutschnationalen Abgeordneten) abgelehnt worden (vgl. den „Mündlichen Bericht" des 21. Ausschusses vom 1. April 1925: ebd., Bd. 399, Drucks. 760; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 155 [Abendausgabe] vom 1. April 1925; darüber hinaus der zu Beratungsbeginn am 27. Mai 1925 erstattete Bericht des Berichterstatters des Handelspolitischen Ausschusses: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2096–2098). Wesentlicher Grund für die Ablehnung waren die im Vertrag vorgesehenen niedrigen Weinzölle und die Folgen spanischer Weinexporte nach Deutschland für die deutschen Winzer. – Zur Vorbereitung der Debatte im Kabinett vgl. die Ministerbesprechung vom 23. Mai 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 298–300) sowie die Besprechung mit Parteiführern vom 26. Mai 1925 (ebd., S. 305–306).

[2] Rudolf Hilferding (1877–1942), Reichsfinanzminister 13. August – 6. Oktober 1923 und 28. Juni 1928 – 21. Dezember 1929; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD). – Hilferding hatte in seiner Rede (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2099–2106) eine grundsätzliche Änderung der Handelspolitik gefordert; Deutschland dürfe nicht einseitig schwerindustrielle Kartelle und die Landwirtschaft fördern, sondern müsse sich auf eine Förderung der Fertigwarenindustrie ausrichten.

[3] Die Zolltarifnovelle war am 4. Mai im Kabinett abschließend beraten und der entsprechende Gesetzentwurf dem Reichsrat am 19. Mai 1925 zugeleitet worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 265–266 mit Anm. 7); am 20. Mai 1925 wurde der geplante neue Zolltarif veröffentlicht (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 92–93).

bracht hat.

Zu dem vorstehenden Vertrag habe ich im Namen der **Reichsregierung** eine **Erklärung** abzugeben. Von Rednern aller Fraktionen sind in förmlichen Erklärungen oder in Äußerungen der Fraktionsredner Wünsche und Anträge an die Regierung gestellt worden, die sich einmal beziehen auf die Notlage der Winzer und die sich weiter darauf beziehen, Fehler und Mängel des gegenseitigen Vertrags bei künftigen Verhandlungen zu beseitigen[4]. Ich habe im Namen der Reichsregierung die Erklärung abzugeben, daß die Reichsregierung bereit ist, in neue Verhandlungen mit Spanien alsbald nach Annahme des Vertrags einzutreten, besonders auch im Sinne der förmlichen Erklärung, die durch den Mund des Herrn Abgeordneten Scholz[5] abgegeben worden ist.

Die Reichsregierung bestätigt ferner ihre in dem Handelsvertragsausschuß des Reichstags abgegebene Zusage über ihre Mitwirkung bei einer Kreditaktion und über weitere Hilfsmaßnahmen für die Winzer[6]. Sie wird diese Zusage sofort in die Tat umsetzen und die dafür notwendige parlamentarische Zustimmung einholen.[7]

---

[4] Zu den vorherigen Reden der Debatte durch Vertreter fast aller größeren Fraktionen vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2196–2112.

[5] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Vorsitzender 1929–1930). – Scholz hatte namens der die Regierung stützenden Fraktionen die Erklärung abgegeben, daß die Mehrheit der Fraktionsmitglieder trotz großer Bedenken im Hinblick auf die Lage des deutschen Weinbaus und anderer landwirtschaftlicher Produzenten dem Vertrag zustimme, dabei aber voraussetze, daß die Reichsregierung sofort neue Verhandlungen mit Spanien aufnehme, um diese kritischen Punkte zu verbessern, und ebenso an ihrer Zusage festhalte, Hilfsmaßnahmen in Form von Krediten und Steuererleichterungen für die Winzer zu gewähren (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2098–2099).

[6] Offenbar handelt es sich um eine Zusage im Rahmen der Diskussion des Handelspolitischen Ausschusses (vgl. oben Anm. 1 für den schriftlichen wie den mündlichen Bericht der Ausschußberatungen). Zu Stresemanns vorherigem Drängen auf eine solche Hilfsaktion für die Winzer vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 87, Anm. 2.

[7] In der abschließenden Abstimmung wird der Handelsvertrag mehrheitlich angenommen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 384, S. 2127; zur Stimmabgabe der einzelnen Fraktionen vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 249 [Morgenausgabe] vom 28. Mai 1925); ebenfalls mehrheitlich angenommen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2127) wird der Antrag des Handelspolitischen Ausschusses, wonach die Reichsregierung sofort Verhandlungen mit Spanien aufnehmen solle mit dem Ziel, die Meistbegünstigung für alle Industrieprodukte und „Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere den deutschen Wein-, Obst- und Gemüsebau“ zu erlangen (Text des Antrags ebd., Bd. 399, Drucks. 760).

## Persönliche Erklärung im Reichstag vom 27. Mai 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2121.

*Verwahrt sich gegen DNVP-Vorwürfe, daß die Beratungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag zeitgleich mit einer von ihm veranstalteten Soiree stattfinden. Hat nicht die Formulierung gebraucht, die Nichträumung der Kölner Zone rehabilitiere jene, die gegen die Dawes-Gesetze gestimmt haben.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete v. Graefe[2] hat vorhin in seinen Ausführungen gesagt, daß es kennzeichnend sei für die Behandlung dieser wichtigen Frage, daß ausgerechnet der Außenminister an einem Tage, an dem solche Verhandlungen stattfinden, bei sich eine **Soiree** gebe. Ich glaube, der Herr Abgeordnete v. Graefe weiß, daß Einladungen nicht an dem Tage ergehen, an dem die Veranstaltung selbst stattfindet. Ich habe infolgedessen auch bei Erlaß dieser Einladung nicht wissen können, daß am heutigen Tage diese Beratungen waren.

Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, Herr v. Graefe, daß diese Einladungen ergangen sind anläßlich der Anwesenheit von Mitgliedern des englischen Parlaments[3], die den Wunsch gehabt haben, hier in der Reichshauptstadt mit Männern des Parlaments und der Wirtschaft zusammengeführt zu werden. Ich glaube, daß ich mich deshalb nicht deswegen zu entschuldigen brauche, daß ich diese Soiree an dem heutigen Abend veranstaltet habe.

(Sehr richtig!)

---

[1] Die persönliche Erklärung gab Stresemann im Nachgang zur Debatte über den deutsch-spanischen Handelsvertrag vom gleichen Tag (zu seiner Rede im Rahmen dieser Debatte siehe diese Edition) und vor der abschließenden Abstimmung ab.

[2] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922–1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft 1924–1928). – Graefe hatte zuvor in seiner Rede im Rahmen der Debatte über den deutsch-spanischen Handelsvertrag moniert, daß die Debatte ausgerechnet auf den Tag und dazu auf dessen Abend terminiert sei, an dem zahlreiche Veranstaltungen stattfinden würden, und sie „ausgerechnet mit einer Soiree beim Herrn Außenminister kollidiert“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2113–2120; das Zitat: S. 2113).

[3] In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 220 (Abendausgabe) vom 28. Mai 1925, ist die Rede von einer „britischen Parlamentsabordnung, die gegenwärtig zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Berlin weilt“; namentlich wird lediglich Sir Philipp Dawson erwähnt. Vermutlich meint Stresemann diese Delegation.

Der Her Abgeordnete v. Graefe hat mir weiter ebenso, wenn ich mich recht erinnere, wie sein Fraktionskollege Graf zu Reventlow[4] vorgehalten, daß ich den Satz ausgesprochen hätte, daß, wenn am 10. Januar die **Kölner Zone**[5] nicht geräumt sei, diejenigen recht hatten, die gegen die Dawes-Gesetze[6] gestimmt hätten. Ich habe, bevor Sie sich, Herr v. Graefe, zum Wort meldeten, bereits den Pressechef der Reichsregierung[7] auf Grund der Etatrede des Grafen zu Reventlow gebeten, auf der Grundlage des unkorrigierten Stenogramms meiner Rede vor der ausländischen Presse[8] einmal diese Behauptungen richtigzustellen. Da ich an den Londoner Verhandlungen[9] beteiligt war, kenne ich sehr wohl den ganz engen Zusammenhang, den ich niemals leugnen werde, auf dem wir bestanden haben, zwischen den Londoner Abmachungen, der Räumung der Ruhr und der Räumung der Sanktionsstädte[10]. Ich weiß aber ebenso, ich habe nicht nur im Kabinett, sondern in den Verhandlungen mit den Fraktionen wiederholt zum Ausdruck gebracht, was der damalige Erste Minister MacDonald[11] über die Räumung der ersten Zone gesagt hat, und infolgedessen

---

[4] Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943), Mitglied des Reichstags 1924–1943 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924–1927, für die NSDAP 1927–1943). – Die nachfolgend angesprochene Äußerung Reventlows fiel in seiner Reichstagsrede vom 19. Mai 1925 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 1946–1953).

[5] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner") Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden. Dies wurde der Reichsregierung am 5. Januar 1925 durch eine alliierte Kollektivnote amtlich mitgeteilt und angekündigt, daß der Reichsregierung die Details der deutschen Verfehlungen später zugehen würden (Text der Note in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[6] Gemeint sind die deutschen Ausführungsgesetze zum „Dawes-Plan", die am 29. August 1924 im Reichstag angenommen wurden, weil etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[7] Otto Kiep (1886–1944), Pressechef der Reichsregierung 15. Januar 1925 – 17. Mai 1926.

[8] Gemeint ist Stresemanns Rede vor der ausländischen Presse vom 30. Dezember 1924 (s. diese Edition).

[9] Gemeint sind die Verhandlungen im Rahmen der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, auf der der „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt wurde; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei" für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[10] Auf deutsches Drängen hin hatte am Rande der Londoner Konferenz Herriot die Räumung des Ruhrgebiets, der 1921 wegen Nichtbefolgung des Londoner Ultimatums von den Alliierten besetzten „Sanktionsstädte" (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz beginnen sollte.

[11] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – In der Schlußsitzung der Londoner Konferenz am 16. August 1924 hatte MacDonald seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß zwischen

konnte ich diese beiden Dinge in Zusammenhang bringen. Das sage ich, ohne ein Wort der Kritik über die Nichträumung der Kölner Zone zurückzunehmen. Ich habe gesagt[12]: Wir werden uns nachgewiesenen Verfehlungen des Vertrages wegen der Entwaffnung[13] in Ordnung bringen. Wenn wir das aber tun und trotzdem aus politischen Gründen die Kölner Zone unterminiert weiter besetzt bleibt, dann werden diejenigen recht haben, die bei der Abstimmung der Dawes-Gesetze gesagt haben, daß die Gegner eine Politik der Verständigung nicht wollen. Das habe ich ausgeführt, und das ist etwas ganz anderes als diese zusammengezogenen Sätze, auf die Sie und Ihr Fraktionskollege Reventlow anspielten.[14]

Deutschland, Frankreich und Belgien eine Verständigung über die militärische Räumung des Ruhrgebiets innerhalb von zwölf Monaten erzielt worden sei (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73).

[12] Stresemann bezieht sich wohl auch hier auf seine Rede vor der ausländischen Presse vom 30. Dezember 1924 (vgl. oben mit Anm. 8), auch wenn sich dort das Nachfolgende nicht im Wortlaut, aber doch dem Sinn nach wiederfindet.

[13] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100). Die Alliierten stützten ihre Weigerung zur Räumung der Kölner Zone auf das Argument, Deutschland habe diesen Vorgaben bisher nicht vollständig entsprochen.

[14] In einer unmittelbar nachfolgenden persönlichen Erklärung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2121) bedauert Graefe das Mißverständnis, er habe Stresemann einen Vorwurf aus der von ihm veranstalteten Festlichkeit gemacht. Er habe vielmehr moniert, daß die Beratung zu so später Stunde stattfinde und deswegen „sogar mit verschiedenen Festlichkeiten auch in Ihrem Hause kollidiert“.

## Redebeitrag im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 5. Juni 1925[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 310–312.

*Erläutert den Inhalt der alliierten Entwaffnungsnote vom 4. Juni und seine Vorschläge für deren weitere Behandlung. Wichtig ist die Zusage der Alliierten, die Kölner Zone zu räumen, sobald ihre Beschwerden behoben sein werden.*

[...][2]

Die Note[3] geht von dem Gedankengang aus, daß die Deutsche Armee, die nach dem Friedensvertrag lediglich dazu bestimmt sei, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und einen Grenzschutz zu bilden[4], sich in einer Weise entwickelt habe, daß sich aus ihr eine Armee nach den Grundsätzen des bewaffneten Volksheeres rekonstruieren lasse, und aus diesem Gedankengang weist das Memorandum auf die angeblichen Verfehlungen nach drei Richtungen: Armeeleitung, Rüstung und Schutzpolizei hin. Dr. Stresemann hebt Punkt 9 der Note besonders hervor, welcher erklärt, daß die Entente bereit sei, die Kölner Zone[5] zu räumen an dem Tage, an dem die Verfehlungen beseitigt wären. Dieser Punkt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit die Theorie Poincarés[6], die Räumungsfristen hätten überhaupt noch nicht

---

[1] Die Vorlage, das Protokoll des Redebeitrags, macht über weite Strecken hinweg den Eindruck einer direkten Rede; da nicht genau entschieden werden kann, wo die direkte Rede einsetzt, wird der komplette Protokollteil wiedergegeben, in dem sich Stresemann äußert.

[2] In der Vorlage heißt es eingangs: „Nach einleitenden Worten des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers legt Reichsminister Dr. Stresemann in großen Zügen den Inhalt der Note dar."

[3] Am Vortag hatten die diplomatischen Vertreter der alliierten Mächte in Berlin in der Reichskanzlei eine Kollektivnote samt Anlagen übergeben (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404), die in Ausführung ihrer Note vom 5. Januar 1925 (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51) erläuterte, in welchen Punkten Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinsichtlich seiner Entmilitarisierung noch nicht erfüllt habe.

[4] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100). Die von Stresemann angesprochene Funktion des Heeres ist in Art. 160 beschrieben (ebd., S. 82).

[5] Die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner") Besatzungszone hatten die Alliierten Anfang Januar 1925 mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert. Dies war der Reichsregierung mit der in Anm. 3 erwähnten Kollektivnote vom 5. Januar 1925 mitgeteilt und erläutert worden, daß Details der deutschen Verfehlungen später erläutert würden.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Die angesprochene „Theorie" formulierte Poincaré u.a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

zu laufen begonnen, aufgegeben wird. Ferner ist besonders darauf hinzuweisen, daß die Note erklärt, die Aufgabe der I.M.K.[7] habe aufgehört, wenn diese Dinge bereinigt sind.

Was die Einzelheiten anlangt, so hat bezüglich der Beanstandungen der Reichswehr der Herr Reichswehrminister[8] in seiner Etatrede schon darauf hingewiesen, daß die Frage der Zeitfreiwilligen[9] u. dgl. für uns erledigt ist. Was unsere „Rüstung" anlangt, so ist in diesem Memorandum zum ersten Male von gegnerischer Seite angegeben, was an Waffen und Kriegsgerät zerstört worden ist; wir werden im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzungen auf diese Feststellungen zurückgreifen können; ihnen gegenüber machen die jetzt noch vorhandenen Beanstandungen einen geradezu kleinlichen und kläglichen Eindruck. Die Beanstandungen der Schutzpolizei ist [!] insofern interessant, als nunmehr das Prinzip der Kasernierung an sich nicht mehr bekämpft wird; nur will die Entente selbst festsetzen, in welchem Umfange die Kasernierung zulässig sein soll[10]. Das ist für uns natürlich nicht annehmbar, und wir müssen m.E. ihr klar sagen, daß wir uns von vornherein einer solchen Blanko-Entscheidung nicht fügen können.

Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir in diesem Memorandum ein Ultimatum zu erblicken haben oder eine Grundlage weiterer Verhandlungen. Dem Wortlaut nach könnte man das Memorandum für ein Ultimatum halten, aber dem Sinne nach ist diese Zusammenstellung zweifellos als Grundlage weiterer Verhandlungen gedacht. Ich kann mir nicht denken, daß die Gegenseite annimmt, wir würden mit „ja" antworten, namentlich, da manche Punkte inhaltlich ganz unklar sind. Meiner Meinung nach müssen wir entsprechend den früheren Erklärungen der Reichsregie-

---

[7] Die Funktion der Interalliierten Militärkontrollkommission ist in Art. 203–210 des Versailler Vertrags beschrieben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 97–100).

[8] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – Mit der nachfolgend angesprochenen Etatrede ist die Reichstagsrede Geßlers vom 28. Mai 1925 im Rahmen der Debatte über den Etat des Reichswehrministeriums gemeint (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 385, S. 2130–2140).

[9] Geßler hatte in seiner in der vorangegangenen Anm. genannten Reichstagsrede eingestanden, daß die Reichswehr im Herbst 1923 mit der Einstellung von „Zeitfreiwilligen" (also entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags, der ausschließlich langdienende Soldaten für die Reichswehr vorsah) einen Verstoß begangen, diesen jedoch inzwischen revidiert habe.

[10] Zu den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten gehörte u.a. die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung der Schutzpolizei; in der Anlage II der jetzt überreichten Note wurde dagegen nur noch gefordert, daß Deutschland die Polizeimannschaften auf die festgelegte Gesamtzahl reduzieren müsse (MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE S. 17); in der Auflistung der in Anlage III der Note geforderten Maßnahmen wird ausgeführt, daß nach Erledigung dieser Bedingung „die Unterbringung gewisser Teile der staatlichen Polizei in Kasernen in einigen großen Städten gestattet werden" könne (ebd., S. 21).

rung[11] sagen: Wenn nach dem Versailler Vertrag sich ergibt, daß wir mit einigen Dingen im Rückstand sind, werden wir diese Dinge bereinigen, namentlich, wo es sich nach den eigenen Feststellungen der Entente nur um lächerliche Kleinigkeiten handelt; wo die Beanstandungen unklar sind, fordern wir Aufklärung, und schließlich erklären wir, daß wir nichts ausführen, was über den Vertrag von Versailles und über seine loyale Auslegung hinausgeht. Der Standpunkt der Alliierten in bezug auf unsere Reichswehr ist falsch; es steht nicht im Vertrag von Versailles, daß wir unsere Reichswehr im Falle eines Angriffes nicht weiter entwickeln dürfen, und daß wir uns nicht wehren dürfen, wenn wir angegriffen werden; ebenso bietet der Versailler Vertrag keine Grundlage dafür, daß die Entente sich in die Einzelheiten der Ausbildung usw. einmischen darf. Wir müssen also unsere Haltung auf die Grundlage bringen, daß wir nichts annehmen und uns zu nichts verpflichten, was über den Versailler Vertrag hinausgeht. Der Englische Botschafter[12] hat mir gesagt, er nehme nicht an, daß wir auf dieses Memorandum antworten werden. Ich schlage vor, daß wir heute ein Presse-Kommuniqué herausgeben und darin obigen Standpunkt zum Ausdruck bringen. Das müssen wir schon zur Beruhigung der rheinischen Bevölkerung. Inzwischen müssen die einzelnen Ressorts ihren Standpunkt zu den Einzelforderungen feststellen, und wir müssen hiernach sehen, wo wir in einzelnen Punkten nachgeben und wo wir noch Rückfragen halten werden. Nach einer Mitteilung Briands[13] kommt in der nächsten Woche die Antwortnote auf unseren Sicherheitsvorschlag[14] und damit wird auch diese Entwaffnungsnote in den Zusammenhang der anderen großen

[11] Vgl. etwa zuletzt die Antwortnoten der Reichsregierung an die Berliner Vertreter der Alliierten vom 6. und vom 27. Januar 1925 (MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE S. 52–53 u. 56).

[12] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Auf welche Aussage D'Abernons Stresemann sich nachfolgend stützt, konnte nicht ermittelt werden. In seiner Aufzeichnung über das letzte vorangegangene Gespräch mit dem britischen Botschafter vom 4. Juni 1925 (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 99–101) findet sich die Äußerung nicht.

[13] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Briand hatte das nachfolgend Erwähnte Botschafter Hoesch in einem Gespräch am 4. Juni 1925 mitgeteilt (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 4. Juni 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 237–240).

[14] Stresemann bezieht sich auf die Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein" garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

politischen Fragen gestellt.[15]

[15] Nach weiteren Beratungen des Ministerrats über Einzelheiten der alliierten Note (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 312–314) wird die Veröffentlichung eines Pressekommuniqués beschlossen, das noch am gleichen Tag über WTB als halbamtliche Meldung verbreitet wird (vgl. ebd., S. 314, Anm. 17). – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Sitzung vgl. seine Tagebucheintragung vom 6. Juni 1925 (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 264).

## Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 1. Juli 1925[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 126–128. – Teildruck in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 403–404, Anm. 3.

*Rechtfertigt das Ingangsetzen der deutschen Sicherheitsinitiative im Übergang vom Kabinett Marx zum Kabinett Luther. Luther wurde nach seinem Amtsantritt umfassend informiert; auch das Kabinett hat rechtzeitig Informationen erhalten.*

Ohne dem Herrn Reichskanzler[2] vorgreifen zu wollen, möchte ich doch zu den kritischen Ausführungen Stellung nehmen, die hier über die Abgrenzung der Verantwortlichkeit für die Entwicklung der Sicherheitsfrage gemacht worden sind. Herr Dr. Breitscheid[3] hat den Herrn **Reichskanzler** apostrophiert über eine Bemerkung über die Verantwortung, die er für diese Politik zu tragen habe. Das ist selbstverständlich, und in der Reichsverfassung[4] steht ja die Tatsache, daß der Reichskanzler die Verantwortung für die Politik tragen muß. Dr. Breitscheid hat hinzugefügt, daß diese Verantwortlichkeit nicht bloß darin bestehen könne, den Herrn Außenminister im Plenum am Reden zu verhindern. Nun, meine Herren, wir sind im Kabinett einig darüber gewesen, daß bei der Vorstellung des Kabinetts nur der Herr Reichskanzler eine Rede halten solle[5], weil wir kein Interesse daran hatten, alle einzelnen Minister heraus-

---

[1] Zur Datierung, die aus der Vorlage nicht hervorgeht, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 403 mit Anm. 3. – Anlaß für die Rede Stresemanns waren Angriffe in der Öffentlichkeit und vor allem von seiten der DNVP, die deutsche Sicherheitsinitiative beruhe auf einem Alleingang Stresemanns ohne ausreichende Einbindung des Reichskanzlers. Vgl. zum Gesamtzusammenhang die Aufzeichnung Stresemanns vom 5. Juli 1925 in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 128–136 (dort auch zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses); VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 307 (Abendausgabe) vom 1. Juli 1925; Nr. 308 (Morgenausgabe) vom 2. Juli 1925. – Über die Sitzung des Ausschusses (allerdings ohne den Redebeitrag Stresemanns) informiert auch eine undatierte Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 485–494.

[2] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Nach der Berichterstattung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 308 (Morgenausgabe) vom 2. Juli 1925, ergriff Luther nachfolgend nicht das Wort; er äußerte sich allerdings am 3. Juli 1925 schriftlich und abweichend von Stresemanns Darlegung gegenüber dem Außenminister (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 403–404, Anm. 3).

[3] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933). – Der Text seines Redebeitrags im Ausschuß konnte nicht ermittelt werden.

[4] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418. – Die anschließend angesprochene Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers ist in Art. 56 festgelegt (ebd., S. 1394).

[5] Offenbar bezieht sich Stresemann (und bezog sich vermutlich zuvor Breitscheid) auf die Regierungserklärung Luthers im Reichstag vom 19. Januar 1925 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd.

kitzeln zu lassen und der Debatte eine Ausdehnung zu geben, die nicht in unserem Interesse lag. Übrigens hat der Herr Reichskanzler ja selbst die Geschmacklosigkeit bedauert, die in der Kritik darüber zutage getreten ist und die sich lediglich an die Tatsache knüpfte, daß ich damals nicht das Wort ergriffen habe. Ich habe das Wort als Außenminister in der außenpolitischen Debatte später bei Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts ergriffen[6], in einer Rede, die ziemlich lang und langweilig war. Bei der Vorstellung des Kabinetts spricht der Herr Reichskanzler, bei der Außenpolitik der Außenminister – so sind die Rollen richtig verteilt. (Zuruf.) Sie werden sich gleich den Vorwurf zuziehen, daß Sie Zwietracht zwischen den Kabinettsmitgliedern säen!

Nun zur Beteiligung der einzelnen Kabinettsmitglieder an dem Memorandum[7]! Es ist selbstverständlich richtig, daß diese Aktion vom Auswärtigen Amt in einer Zeit des Übergangs vom Kabinett Marx[8] begonnen wurde, die dann zu einem anderen Kabinett führte[9]. Mir wurde am 9. Januar damals in der Debatte[10] entgegengehalten, ich möchte die Stellungnahme zum Sicherheitspakt, die ich als Außenminister vertreten hätte, auch weiter grundsätzlich vertreten, wenn ich in anderer Eigenschaft hier an der Debatte teilnähme. Wir haben uns damals im Auswärtigen Amt die Frage vorgelegt, ob wir etwa eine Weiterverfolgung dieser Frage infolge der dauernden Krisen verneinen sollten. Da wir sahen, wie von den anderen Mächten das Problem der Sicherheit behandelt wurde, haben wir uns trotz der fortdauernden Krisen gesagt: Wir verfolgen die Dinge weiter. Dann kam die Kabinettskrisis zum Abschluß. Weil nun

---

384, S. 91–95). – Der von Stresemann angesprochene Beschluß des Kabinetts konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Vorberatungen der Regierungserklärung in den Kabinettssitzungen vom 16. und 19. Januar 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 7–8.

[6] Gemeint ist Stresemanns Reichstagsrede vom 18. Mai 1925 (s. diese Edition).

[7] Stresemann bezieht sich auf die Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Sein Kabinett hatte am 15. Dezember 1924 demissioniert und bis zur Bildung der Regierung Luther nur noch geschäftsführend amtiert.

[9] Das Kabinett Luther war am 15. Januar 1925 gebildet worden.

[10] Laut einer Herausgeberergänzung in der Vorlage bezieht sich dies auf die Debatte im Auswärtigen Ausschuß am 9. Januar 1925. Ein Protokoll dieser Sitzung konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch SCHULTHESS 66 (1924), S. 3.

unsere Vorarbeiten schon in ein gewisses Stadium gekommen waren, so habe ich mich mit dem Herrn Reichskanzler sofort in Verbindung gesetzt[11]; ich habe ihm die Schritte mitgeteilt, die wir getan haben, die Unterredung fand in seiner Wohnung statt, er hat dann noch gewünscht, die Akten des Auswärtigen Amts über diese Angelegenheit einzusehen und alles zu erfahren, was bisher in dieser Sache geschehen ist. Er hat sich mit dem bisherigen Vorgehen einverstanden erklärt. Wir haben gemeinschaftlich gearbeitet an der Rede, die am 30. Januar gehalten worden ist[12] und die die Ankündigung unseres Sicherheitsangebotes gebracht hat. Es sind darin wörtlich die Ausdrücke „Weltkonvention" und „positive Mitarbeit am Sicherheitsabkommen" gebraucht worden. In seinem Wortlaut ist dieses Angebot von dem Reichskanzler gebilligt worden[13]. Es befindet sich auch eine Notiz in den Akten des Auswärtigen Amtes darüber[14].

Es ist richtig, wenn Graf Westarp[15] sagt, daß das Kabinett als Ganzes zunächst mit dieser Frage nicht befaßt worden ist, sondern erst Stellung dazu genommen hat, nachdem der Akt schon geschehen war[16]. Aber unrichtig ist es, daß das Kabinett erst dann davon Kenntnis genommen hat, nachdem das Erscheinen der Briandschen[17] Note[18] die Stellung zu dem gesamten Komplex erforderlich gemacht hat. Ich habe seinerzeit eine anderthalbstündige Rede in der Kabinettssitzung darüber gehalten. (Zuruf.) Unsere Aussprache hat im März stattgefunden. Ein Mitglied des Kabinetts[19]

---

[11] Nach der oben Anm. 1 genannten Aufzeichnung Stresemanns geschah dies am 19. Januar 1925.

[12] Gemeint ist Luthers Rede bei einem Empfang der ausländischen Presse am 30. Januar 1925 (SCHULTHESS 66 [1925], S. 20–24).

[13] Laut Luthers Feststellung wurde ihm der außenpolitische Teil der Rede als von Gaus im Auswärtigen Amt erstelltes fertiges Konzept zugestellt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 404, Anm. 3).

[14] Sie konnte nicht ermittelt werden.

[15] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Zu seiner Äußerung vgl. die oben Anm. 1 genannte undatierte Aufzeichnung über die Ausschuß-Sitzung; auch STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 131 (dort allerdings ohne die von Stresemann nachfolgend paraphrasierte Äußerung Westarps).

[16] Offenbar wurde das Kabinett als ganzes erstmals bei der Ministerbesprechung vom 21. März 1925 mit der deutschen Initiative befaßt (vgl. die Aufzeichnung Schuberts über diese Sitzung: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 202–203).

[17] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[18] Mit einer Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 7) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[19] Laut einer Herausgeberergänzung in der Vorlage bezieht sich dies auf Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für

hat sich an der Debatte beteiligt und sich darüber beschwert, daß man diese Dinge erst erfahre, nachdem sie schon in den Zeitungen gestanden haben. Sachliche Einwendungen sind aber nicht gemacht und auch taktische Einwendungen gegen unser Vorgehen nicht erhoben worden.

die DDP). – Aus der oben in Anm. 16 genannten Aufzeichnung über die Sitzung vom 21. März 1925 geht die nachfolgend angesprochene Äußerung Geßlers jedoch nicht hervor.

## Reichstagsrede vom 22. Juli 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 3387–3391. – Druck auch in STRESEMANN, Reichstagsreden S. 207–217. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 313 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 344 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925; STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 199–211 [2. Aufl. S. 350–356]; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 156–161; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 372–375. – Teildrukke (mit paraphrasierenden Überleitungen) in SCHULTHESS 66 (1925), S. 128–130; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,2 (1925), S. 79–82; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21859 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 166 vom 24. Juli 1925, S. 3.

*Der Stand der Verhandlungen über die deutsche Sicherheitsinitiative. Zeigt Zuversicht für die weitere Entwicklung und würdigt, daß das Ruhrgebiet vor dem vereinbarten Termin frei sein werde und die Sanktionsstädte demnächst geräumt würden. Verurteilt die Argumentation eines völkischen Abgeordneten, die Alliierten seien nach dem Wortlaut der Vereinbarung gar nicht zur Räumung zum 16. August verpflichtet gewesen. Die Entwaffnungsfrage muß geklärt sein, ehe das Sicherheitsvertragswerk zustande kommen kann. Die deutsche Initiative vom Jahresanfang sollte das Rheinland sichern. Ein befriedetes Europa ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Als ich am 18. Mai vor diesem Hohen Hause die **Sicherheitsfrage** erörterte[2], habe ich

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der „Außenpolitische[n] Aussprache, verbunden [...] mit der Beratung von Interpellationen und Anträgen, betreffend den Sicherheitsvertrag, das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925, Nachprüfung der Dawes-Gesetze etc.“. – Zur letzten Vorberatung der Rede im Kabinett vgl. das Protokoll der Ministerbesprechung vom 18. Juli 1925 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 445–446. – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Auseinandersetzung mit den DNVP-Vertretern im Kabinett seine Tagebuchaufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 152–155. – Zu den äußeren Umständen der Rede leitet die NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21859 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925, S. 4, die Wiedergabe der Rede ein: „Die Debatte wurde vom Reichsaußenminister Doktor Stresemann eröffnet. Der Minister sprach verhältnismäßig kurz und las seine Rede ab. Dadurch, daß er an sein Manuskript gebunden war und dadurch, daß er sehr vorsichtig sprechen mußte, um den mühsam hergestellten Frieden zwischen ihm und den Deutschnationalen nicht zu gefährden, war er offenbar etwas gehemmt. Seine Rede brachte auch keine neuen Mitteilungen, wurde aber jedenfalls vom Reichstag mit großer Aufmerksamkeit angehört.“ – In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 344 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925, heißt es dazu u.a.: „Erstaunlich, daß trotzdem bei 34 Grad im Schatten und den Dutzenden von Urlaubserteilungen, die in den letzten Sitzungen mit Zustimmung des Hauses erteilt worden sind, der Sitzungssaal und die Tribüne eine ‚winterlich‘ starke Besetzung aufzuweisen haben. Es ging alles gleich in medias res. Stresemann sprach kurz, nur eine halbe Stunde lang, und hielt sich dabei ziemlich eng an das vorbereitete Manuskript. Er beschränkte sich ausschließlich auf die Verhandlungen über den Sicherheitspakt und schweifte kaum vom Thema ab.“

[2] Zur Reichstagsrede Stresemanns vom 18. Mai 1925 s. diese Edition.

die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dieser Frage dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus dieser Erwägung haben wir die Folgerung gezogen, positiv an der Lösung dieser Sicherheitsfrage mitzuarbeiten. Dem entsprang die Anregung des deutschen Memorandums[3]. Es hat seine Beantwortung durch die französische Note vom 16. Juni[4] gefunden, die ausführlich im Auswärtigen Ausschuß erörtert worden ist[5].

Unsere Antwort ist am 20. Juli erfolgt[6]. Ich darf den Wortlaut unserer Note und ich darf auch ihre allgemeine Begründung durch die Reichsregierung als bekannt voraussetzen, nachdem die verschiedenen Instanzen des Reichs, der Länder und der Auswärtige Ausschuß sich damit beschäftigt haben[7]. Sie erlassen mir daher wohl, auf diese Einzelheiten, die nochmalige Darlegung des Inhalts der Note, hier einzugehen. Die Beschleunigung, mit der unsere Antwort, trotzdem wir all diese Instanzen damit befaßt haben, erfolgt ist, ist ein Beweis für unseren aufrichtigen Willen, das Friedenswerk zu fördern. Die Würdigung der französischen Note ergibt sich klar und eindeutig aus unserer Antwort. Das deutsche Memorandum enthielt Anregungen, um die Erörterung in Gang zu bringen und gleichzeitig eine Grundlage für die internationale Diskussion zu schaffen. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem einzugehen und das Vertragswerk, wie die Alliierten es sich denken, in Umrissen zu gestalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß damit

---

[3] Gemeint ist das Memorandum im Zusammenhang mit der deutschen Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend vorgegangen und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[4] Mit der Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch namens der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. die vorangehende Anm.) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[5] Der Auswärtige Ausschuß hatte sich mit der französischen Note und der daraus abzuleitenden deutschen Antwort offenbar in seinen Sitzungen vom 1. Juli (vgl. in dieser Edition den Redebeitrag Stresemanns) und vom 17. Juli 1925 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 335 [Abendausgabe] vom 17. Juli 1925) befaßt.

[6] Druck der deutschen Note, die am 20. Juli 1925 von Hoesch an Briand übergeben wurde, u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113; vgl. dazu auch die streng geheime telegraphische Weisung Stresemanns an Hoesch vom 18. Juli 1925 zum Verständnis und zu den Erläuterungen, die er Briand geben solle, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 585–588.

[7] Zur Befassung des Kabinetts mit der deutschen Note vgl. die Ministerbesprechungen vom 15. und 18. Juli 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 430–437 u. 445–446), sowie die verschiedenen Tagebuchaufzeichnungen Stresemanns vom 17. und 19. Juli 1925 (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 146–155); am 17. Juli 1925 fand eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder statt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 443–444); im Auswärtigen Ausschuß wurde die Antwortnote ebenfalls am 17. Juli 1925 beraten (vgl. oben mit Anm. 5).

zugleich die großen Schwierigkeiten zutage treten, die ein solches Werk in sich birgt.

Es war durchaus deutsches Interesse und es war Interesse an der Sache selbst, nun nicht mehr bei grundsätzlichen Anregungen unsererseits zu bleiben. Wir mußten vielmehr an die Schwierigkeiten selbst herangehen und zu den aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen. Es war dabei weder nützlich noch möglich, schon auf alle Einzelheiten einzugehen. Aber nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte das Lösungsproblem weitergebracht werden. Das entsprach auch dem Wunsch der französischen Note, die ja ausdrücklich eine präzise deutsche Stellungnahme erwartete.

Nachdem jetzt durch das deutsche Memorandum, die französische Note und unsere Antwort der Gesamtkomplex der Diskussion festliegt, darf man den Stand der Erörterung vielleicht in folgenden Punkten zusammenfassen.

Das Ziel dieser Erörterungen ist der **Pakt mit Deutschland,** nicht der Dreimächtepakt gegen Deutschland[8], sondern der von ihnen mit Deutschland zu schließende Pakt. Welche Mächte im einzelnen sich daran noch weiter beteiligen, ist bis zur Stunde nicht zu übersehen. Zweifelhaft ist insbesondere nach dieser Richtung die Stellung Italiens. Wir können unsererseits nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung dieses großen Problems beteiligen wird.

Der [!] Kernpunkt des angestrebten Vertragswerks bildet der in dem deutschen Memorandum angestrebte westliche Garantiepakt. Zu diesem Garantiepakt kommt hinzu der weitere Ausbau des Systems von Schiedsverträgen.

Das Vertragswerk tritt in Kraft nach Eintritt **Deutschlands in den Völkerbund.**

Neben diesen Punkten, über die bereits jetzt ein wenigstens grundsätzliches Einverständnis festgestellt werden kann, bleiben noch sehr wichtige und maßgebende Einzelpunkte zu klären. Das gilt für die ganze **Ausgestaltung des Sicherheitspaktes** im einzelnen, insbesondere für den Ausbau der Schiedsverträge; das gilt in bezug auf unseren Standpunkt betreffend die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß[9] und die ich als bekannt voraussetzen darf. Es gilt

[8] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französisch-belgischen Sicherheitspaktes in den ersten Monaten des Jahres vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185).

[9] In einem Memorandum vom 25. September 1924, das am 29. September 1924 den Mitgliedern des Völkerbundrates überreicht wurde (Text in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 [dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert]; SCHULTHESS 65 [1924], S. 85–87), hatte Deutschland die Bedingungen formuliert, die bei seinem Eintritt in den Völkerbund erfüllt sein müßten, darunter ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat und die Dispensierung von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung verpflichtete, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem

weiter insbesondere für das im Abschnitt 1 der Note klar dargelegte Verhältnis des Sicherheitspaktes zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags[10] und namentlich zu den Bestimmungen über das Rheinlandabkommen[11].

Wir hoffen in bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Alliierten-Vorschlägen geübt hat, wesentlich zur Klärung der Dinge beiträgt. Diese Kritik bedarf keiner eingehenden Begründung und Erörterung. Sie stellt den Völkerbundsgedanken gegen den Gedanken der Entscheidung des gewaltsamen Angriffs durch einzelne Vertragskontrahenten. Sie lehnt den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Unparteiischer sei. Sie warnt vor Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten, wenn die Entscheidung über den Angreifer dieses Problem, das schon bei früheren Verhandlungen am schwierigsten zu lösen und zu entscheiden war, in die Hand einer Vertragspartei legen will. Sie wendet sich damit gegen den Versuch, das Schiedsgericht- und Völkerbundsverfahren durch ein einseitiges subjektives Ermessen des einzelnen Staates zu ersetzen, der, soweit die Subjektivität des einzelnen Menschen auf den Staatsgedanken übertragbar ist, bei der Konstruktion der Alliierten in unübersehbare Gewissenskonflikte geraten müßte.

Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunkts hat in Paris und London volle Würdigung gefunden. Die **deutsche Antwort** bildet die **Grundlage für weitere Erörterungen,** die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Anregung erstrebte Endziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

Wenn nicht alles täuscht, steht auch über der Fortsetzung dieser Erörterungen noch die Atmosphäre der Londoner Konferenz[12], die schon einmal zur Lösung des

---

Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben.

[10] Die französische Note vom 16. Juni 1925 (vgl. oben mit Anm. 4) hatte zur Bedingung gemacht, daß der geplante Sicherheitspakt keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe; die deutsche Antwortnote vom 20. Juli 1925 (vgl. oben mit Anm. 6) erklärte dazu in ihrem ersten Abschnitt, daß dies zwar zutreffe, aber grundsätzlich eine Revision des Versailler Vertrags auch nach der Satzung des Völkerbundes möglich sei. – Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[11] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Rheinlandbesatzung regelte, u.a. ebd. S. 462–473. – Die deutsche Note vom 20. Juli 1925 (vgl. oben mit Anm. 6) erklärte dazu in ihrem ersten Abschnitt, daß ein Sicherheitspakt „nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte".

[12] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, die den „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festlegte; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263

Reparationsproblems führte. In dieser Hoffnung und Erwartung bestärkt uns die bedeutsame Tatsache der **Räumung des Ruhrgebiets** noch vor dem vertragsmäßigen Termin[13]. Ich stehe nicht an, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und die belgische Regierung, um ihrerseits ihren guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebiets vor dem Endtermin des 16. August durchführen werden[14]. Die französische und belgische Regierung haben sich in dieser ihrer Entscheidung, einmal die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und auch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, auch nicht stören lassen durch die krampfhaften Bemühungen des **Grafen Reventlow[15],** der nachzuweisen versuchte, daß der grundlegende französische Text die Besatzungsmächte überhaupt nicht verpflichtete, bis zum 16. August die Ruhr zu räumen,

(hört! hört! und Zurufe)

sondern sie lediglich verpflichtete, am 16. August mit der Räumung fortzuschreiten, aber diese Räumung selbst in ihr eigenes Ermessen stellte.

(Rufe: Unerhört! – Zurufe von den Völkischen.)

– Meine Herren! Graf Reventlow ruft mir zu: Sehr richtig!

(Erneute Rufe: Unerhört!)

Meine Herren! Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine falsche Übersetzung des Auswärtigen Amts die deutsche Öffentlichkeit darüber getäuscht worden sei, daß eine solche Verpflichtung der Besatzungsmächte nicht bestände.

(Hört! Hört!)

Er hat behauptet, daß die Worte: sie, die Besatzungsmächte procéderont à l'évacua-

---

mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

[13] Am Rande der Londoner Konferenz wurde von Herriot die Räumung des Ruhrgebiets, der „Sanktionsstädte" und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Okkupation weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257).

[14] Am 23. Juni 1925 gab ein amtliches Kommuniqué in Paris bekannt, daß sich Frankreich an seine Zusage zur Räumung des Ruhrgebiets vor dem 16. August 1925 halten werde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 293 [Abendausgabe] vom 23. Juni 1925). Eine entsprechende belgische Äußerung konnte nicht ermittelt werden.

[15] Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943), Mitglied des Reichstags 1924–1943 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924–1927, für die NSDAP 1927–1943). – Die nachfolgend angesprochene Interpretation Reventlows hatte er in einem Artikel der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 123).

tion[16] lediglich davon sprechen, daß diese Besatzungsmächte verpflichtet seien, in der Räumung nach dem 16. August fortzuschreiten. Die französische und die belgische Regierung haben sich, wie gesagt, diese Auffassung nicht zu eigen gemacht, sondern sie haben ihrerseits vollkommen anerkannt, daß die Übersetzung, die das Auswärtige Amt zugrunde legte, diejenige wäre, die dem getroffenen Vertrage entsprach, woran übrigens niemals einer von denen gezweifelt hat, die selbst an der Londoner Verhandlung teilgenommen haben.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte aber eins hier in voller Öffentlichkeit sagen. Wenn in den letzten Wochen das Auswärtige Amt und die deutsche Reichsregierung ihre ganze Anstrengung darauf richteten, die Ruhrräumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit, in der wir in fortgesetzten Verhandlungen über die Bedeutung der Londoner Erklärungen standen, ein deutscher Reichstagsabgeordneter seinerseits vor der ganzen Öffentlichkeit ausspricht, daß in dieser Beziehung die Besatzungsmächte zur Räumung gar nicht gezwungen wären,

(Abgeordneter v. Graefe[17] [Mecklenburg]: Skandalös! – Große Unruhe und lebhafte Zurufe bei der Deutschen Volkspartei und links: Landesverrat! Unerhört!)

– daß die Besatzungsmächte gar nicht gezwungen wären, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal sachlich vollkommen falsch und zweitens vom Standpunkt der Wahrung nationaler Interessen unerträglich von seiten eines Mitglieds dieses Hauses.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links. – Abgeordneter Dietrich[18] [Franken]: Billige Demagogie! – Glocke des Präsidenten.)

---

[16] Die betreffende Formulierung findet sich in der oben Anm. 13 erwähnten schriftlichen Erklärung vom 16. August 1924, die von Herriot und von belgischer Seite unterzeichnet war und in der es heißt, daß die französische und belgische Regierung „procéderont à l'évacuation militaire du territoire de la Ruhr dans le délai maximum d'un an à partir de ce jour" (LONDONER KONFERENZ S. 255); in der deutschen Übersetzung (ebd.) lautet der entsprechende Passus, daß sie „innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom heutigen Tage ab gerechnet, die militärische Räumung des Ruhrgebiets vornehmen werden".

[17] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922 – Mai 1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft Mai 1924 – 1928).

[18] Hans Dietrich(-Franken) (1898–1945), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928, 1933–1945 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die NSDAP).

**Präsident Löbe[19]:** Herr Abgeordneter Dietrich (Franken), ich rufe Sie zur Ordnung!

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Herren, die Genugtuung über die bereits im Gange befindliche Räumung des Ruhrgebiets wird dadurch verstärkt, daß ich in der Lage bin, folgendes zu erklären.

Es sind Zweifel aufgetaucht, ob die Verpflichtung zur **Räumung der Sanktionsstädte[20]** durch die Note des Herrn v. Schubert[21] an den Grafen Peretti de la Rocca[22] gedeckt sei, die Bezug nimmt auf die Erklärung, die der Herr französische Ministerpräsident[23] und der Herr belgische Ministerpräsident[24] diesbezüglich abgegeben haben. Ich habe niemals daran gezweifelt, daß die Alliierten ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in dieser Beziehung erfüllen würden. Wir haben die Gewißheit erlangt, daß auch das im Frühjahr 1921 besetzte Sanktionsgebiet, nämlich die Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort, demnächst geräumt werden[25].

(Zuruf von den Kommunisten: Demnächst!)

– „Demnächst", Herr Kollege, bedeutet dasselbe, was auch die Mitteilung bedeutete, daß demnächst die Ruhr geräumt werden würde, nämlich innerhalb der vertragsmäßigen Zeiten. Es läßt auch die Deutung offen, daß es vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeiten möglich sein wird. Meine Herren, wenn eine derartige Erklärung abgegeben wird, nachdem vorher dieselbe Erklärung von der anderen Seite dahin ausgelegt worden ist, daß sie vor Beendigung des Vertragstermins die okkupierten Gebiete räumten, dann ist es, glaube ich, vollkommen falsch, nunmehr in ein derartiges ein-

---

[19] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[20] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte" Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt.

[21] Carl von Schubert (1882–1947). Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930. – Gemeint ist eine Note, mit der Schubert am Rande der Londoner Konferenz am 16. August 1924 Peretti ein Memorandum von Reichskanzler Marx weiterleitete, in dem festgehalten wurde, daß von französischer und belgischer Seite die Sanktionsstädte gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet geräumt würden (LONDONER KONFERENZ S. 256).

[22] Emmanuel, comte de Peretti de la Rocca (1880–1958), Direktor der Abteilung für Politische und Handelsangelegenheiten im französischen Außenministerium 1920–1924; Botschafter in Madrid 1924–1929.

[23] Gemeint ist der französische Ministerpräsident zur Zeit der Londoner Konferenz, Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[24] Gemeint ist der belgische Ministerpräsident zur Zeit der Londoner Konferenz, George Theunis (1873–1944), belgischer Ministerpräsident 1921 – 5. April 1925 u. 1934–1935.

[25] Vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Botschaft in Paris vom 19. Juli 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 591–592).

zelnes Wort eine solche Deutung hineinzulegen. Es kann ja sein, daß es einzelne Gruppen dieses Hohen Hauses gibt, die in der Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte vielleicht eine unerfreuliche Haltung gegenüber diesen Parteien sehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte. – Unerhört! bei den Kommunisten.)

Wir haben jedenfalls Anlaß, das zu betonen, daß in dieser Beziehung, sowohl in bezug auf die Räumung der Ruhr als auch in bezug auf die Räumung der Sanktionsstädte jetzt die Londoner Abmachungen in diesem letzten bedeutungsvollsten Teil auch zur Erfüllung kommen. Gewiß, es handelt sich dabei um nichts anderes, als daß die Alliierten diesen Abmachungen, die deutscherseits strikte innegehalten worden sind, auch ihrerseits gerecht werden. Aber ich glaube, es wäre nicht nur für die deutsche Politik, sondern für unsere Beziehungen zu den Alliierten von einem dauernden Gewinn, wenn wir jene Vertrauenskrise in der deutschen Öffentlichkeit überwinden könnten, die deshalb bestanden hat und zum Teil noch heute besteht, weil wir in bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen im Laufe der letzten Jahre nicht verwöhnt worden sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben nach den Londoner Verhandlungen, nach den Abmachungen, die damals getroffen worden sind, einen starken Zustand der Entspannung der öffentlichen Meinung in Deutschland gehabt. Wir anerkennen gern, daß die Bestimmungen des Londoner Abkommens über die Wiederherstellung der vertragsmäßigen Zustände im Ruhrgebiet, soweit sie außerhalb der Räumung zu bereinigen waren, erfüllt worden sind[26]. Aber die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone, die zugesagt war und die sich aus den Verträgen für den 10. Januar dieses Jahres ergab[27], hat gerade diese große Entspannung der öffentlichen Meinung wieder zurücktreten lassen gegenüber all den Zweifeln und Bedenken, die darüber auftauchten oder auftauchen könnten, in dieser Beziehung auf Erfüllung der Verträge rechnen zu können.

---

[26] Stresemann bezieht sich hierbei auf verschiedene Maßnahmen von August bis November 1924, als u.a. östlich des ursprünglichen Besatzungsgebietes besetzte Gebiete geräumt, ein Großteil der während des Ruhrkampfes von der Interalliierten Rheinlandkommission erlassene Ordonnanzen aufgehoben und die von den Besatzungsmächten östlich des Besatzungsgebietes eingerichtete Zollgrenze endgültig beseitigt wurde.

[27] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden. Dies war der Reichsregierung in einer alliierten Kollektivnote vom 5. Januar 1925 (vgl. die folgende Anm.) mitgeteilt worden.

(Lebhafte Zustimmung. – Zurufe von den Völkischen.)

Meine Herren, nachdem die Note bekannt geworden ist, die seinerzeit die Alliierten an uns wegen der angeblichen deutschen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage[28] gerichtet wurde [!], sind wir in unserer Ansicht, daß die noch offenen **Restpunkte der Entwaffnung** keinen Grund für die weitere Besetzung der nördlichen Rheinlandzone abgeben dürften, nur noch bestärkt worden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die seelisch und materiell unendlich schweren Verpflichtungen der Entwaffnung vertragstreu zu erfüllen bereit sei. Wir haben für die Erledigung der letzten Entwaffnungsnote eine neue Organisation, nämlich eine Kommission unter dem Vorsitz des Herrn Generals Pawels[29] gebildet, die mit besonderen Befugnissen ausgestattet ist. Was die Alliierten nach dem Versailler Vertrag[30] fordern dürfen, ist zum Teil bereits ausgeführt und wird zum anderen Teil durchgeführt werden. In einzelnen Fragen ist noch eine weitere Klärung erforderlich. Andere Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da in diesen nach deutscher Auffassung die Forderungen der Alliierten über das hinausgehen, was die Alliierten vertraglich von uns verlangen können. Das ist die selbstverständliche Grenze, die wir ziehen müssen; denn der Versailler Vertrag mit seinen schon an sich unerträglich schweren Bedingungen kann nicht auf die Dauer einseitiger Auslegung durch die eine Vertragspartei allein unterworfen sein.

(Zustimmung.)

Die neu gebildete Organisation wird die erforderlichen Erörterungen mit der Interalliierten Militärkommission zu führen haben und wird mit ihr zu diesem Zweck unverzüglich in Verbindung treten. Die Alliierten werden aber mit uns auch darüber ei-

---

[28] Am 4. Juni 1925 hatten die diplomatischen Vertreter der alliierten Mächte in Berlin in der Reichskanzlei eine Kollektivnote samt Anlagen übergeben (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404), die in Ausführung ihrer Note vom 5. Januar 1925 (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51) erläuterte, in welchen Punkten Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinsichtlich seiner Entmilitarisierung noch nicht erfüllt habe.

[29] Gemeint ist Richard von Pawelsz (1872–1942), General der Reichwehr. – In seiner Sitzung vom 26. Juni 1925 hatte das Reichskabinett die Einrichtung einer Kommission unter der Leitung von Pawelsz für die weitere Diskussion mit der Interalliierten Militärkontrollkommission und für die Regelung der noch ausstehenden Entwaffnungsbestimmungen beschlossen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 379 mit Anm. 4).

[30] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

nig sein, daß diese schwebenden Probleme vorher oder mindestens gleichzeitig mit dem Abschluß des großen Friedensvertragswerkes[31] bereinigt werden müssen.

Der günstige Ausblick auf das Zustandekommen des großen Sicherheitsvertragswerkes wird auch die Behandlung der akuten Meinungsverschiedenheiten erleichtern können. An gutem Willen dazu wird es bei uns nicht fehlen. Wir dürfen aber bestimmt annehmen, daß er auch auf der Gegenseite vorhanden sein wird. Es würde die Basis sein, daß mit der Frage der Erledigung des Sicherheitspaktes auch diese Fragen erledigt werden können.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu der jetzt wohl als sicher anzunehmenden Fortführung der **Verhandlungen über den Sicherheitspakt** nur einige allgemeine Bemerkungen. Als Herr Chamberlain[32] in seiner letzten Unterhausrede über diese Frage sprach, da sprach er von einem Wendepunkt von historischer Bedeutung, vor dem Europa in der Entscheidung über diese Frage stände. Auch wir empfinden die Bedeutung der Entscheidung, vor der wir stehen. Wir haben vor kurzem seitens der Reichsregierung Materialien zur Sicherheitsfrage herausgegeben[33]. Wir haben früher einmal eine Übersetzung des französischen Gelbbuches über dieselbe Frage herausgegeben[34]. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn gerade diese Aktensammlungen Gegenstand eifrigen Studiums und Gegenstand einer eingehenderen Betrachtung der Öffentlichkeit sein würden, als das bisher festzustellen ist.

(Sehr richtig!)

Man hat manchmal die Empfindung, als wenn Einzelpersönlichkeiten unter dem Eindruck stehen, als ob unter irgendeinem blitzartigen Einfall, aber ohne jede innere Berechtigung im Februar dieses Jahres diese Frage in die Weltöffentlichkeit hineingeschleudert worden sei[35]. In Wirklichkeit ist die **Sicherheitsfrage,** das von Frankreich über den Versailler Vertrag in Anspruch genommene Recht auf Sicherheit, eine

---

[31] So in der Vorlage; gemeint ist offenbar das, was von Stresemann im Folgenden als „Sicherheitsvertragswerk“ bezeichnet wird.

[32] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Gemeint sein dürfte im Folgenden Chamberlains Rede vom 24. Juni 1925 im Rahmen der außenpolitischen Debatte im Unterhaus (HANSARD V 185, Sp. 1555–1671), in der die entsprechende Formulierung zwar nicht wörtlich, aber der Sache nach vorkommt.

[33] Gemeint ist das Weißbuch MATERIALIEN ZUR SICHERHEITSFRAGE I, das mit Quellen vom Juni 1925 abschließt und wohl kurz darauf veröffentlicht wurde.

[34] Gemeint sind (als Übersetzung des französischen Gelbbuches) DIE FRANZÖSISCHEN DOKUMENTE ZUR SICHERHEITSFRAGE, die 1924 erschienen waren.

[35] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf die deutsche Initiative bzw. das Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben Anm. 2).

Frage, die seit langem einmal zwischen Frankreich und den Alliierten schwebt und die jetzt dauernd zwischen uns und Frankreich steht. All das, was in den letzten Jahren gegen uns vorgebracht ist, all der Anspruch auf Sanktionen, der Anspruch auf Besetzung, all die Gewaltmaßnahmen, die an Stelle der Verständigung traten, immer wieder wurden sie mit dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreichs begründet, mit dem einen Gesichtspunkt, daß Frankreich einen Anspruch auf erhöhte Sicherheit hätte, einen Anspruch, der noch in der letzten Unterhausrede von Chamberlain positiv anerkannt wurde, demselben englischen Außenminister, der auch darauf hinwies, daß, wenn man früher zu einer Lösung dieses Problems gekommen wäre, sich die Bündnisse erübrigt hätten, die Frankreich in der Zwischenzeit mit Polen und der Tschechoslowakei geschlossen hat[36].

Inwieweit diese Sicherheitsfrage die internationalen Beziehungen beeinflußt, inwieweit diese Frage offen bleibt, wenn sie nicht mit uns geregelt wird, ergibt sich aus diesen Ausführungen der letzten Zeit. Aber was in bezug auf **das deutsche Rheinland** auch in manchen Kreisen Frankreichs – nicht in den regierenden Kreisen Frankreichs, auch nicht in der öffentlichen Meinung der gegenwärtigen Mehrheit des französischen Volkes – doch an Gedanken lag, diese Rheinlandfrage in ganz anderer Weise zu lösen als durch einen Sicherheitspakt, der uns die Gewähr des Verbleibens der Rheinlande bei Deutschland auf die Dauer gibt, das bitte ich Sie doch auch einmal zu ersehen, wenn Sie sich aus diesem französischen Gelbbuch die letzte Rede vornehmen, die der damalige Ministerpräsident Poincaré[37] gehalten hat. Es war die Zeit um Ende 1923, es war die Zeit tiefsten Verfalls bei uns im Innern, stärkster Bedrängung von außen. Damals hat Herr **Poincaré** ganz offen ausgeführt, welche Hoffnungen für ihn daraus hervorgingen, daß diese Zustände in Deutschland auf das Rheinland und die Pfalz politisch abfärben könnten in dem Sinne, daß sie die **separatistischen Bewegungen**[38] dort etwa zum Siege brächten. Nachdem er diese gan-

[36] Frankreich hatte am 19. Februar 1921 mit Polen einen (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag und am 25. Januar 1924 mit der Tschechoslowakei einen Allianz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen (Texte in SOCIÉTÉ DES NATIONS. RECUEIL DES TRAITÉS 18 [1923], S. 11–13, bzw. S. 23 [1924], S. 164–169).

[37] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Stresemann bezieht sich auf eine Rede Poincarés in der französischen Abgeordnetenkammer vom 23. November 1923, die in dem oben in Anm. 34 genannten Gelbbuch in ihren wesentlichen Passagen abgedruckt ist (S. 278–303); das nachfolgende (leicht abgeänderte) Zitat findet sich dort auf S. 300.

[38] Im linksrheinischen Gebiet waren seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen und

zen Verhältnisse bei uns geschildert hat – in bezug auf die damalige Lage leider zutreffend –, erklärt er politisch zu dieser Lage folgendes:

> Die Besatzungsmächte sind keineswegs gehalten, die Berliner Regierung gegen Bildung neuer Staaten, gegen die Veränderung der bestehenden Staaten, ja auch nur gegen den Bruch der Reichseinheit zu schützen. Es ist zweifellos noch verfrüht, vorauszusagen, was sich aus den Ereignissen, die sich jetzt in den besetzten Gebieten abspielen, entwickeln wird. Aber an gewissen Stellen, so in Trier und in der Pfalz, scheint doch ein mächtiges Streben nach völliger Unabhängigkeit zu bestehen, und in den Städten, die einem völligen Separatismus wenig geneigt sind, besteht bestimmt ein wachsendes Verlangen nach Autonomie. Wir können also früher oder später auf Änderungen in der politischen Verfassung des ganzen besetzten Gebiets oder eines Teils desselben rechnen. Die Kammer wird begreifen, daß ich für den Augenblick nicht mehr sagen kann. Ich muß in einer Frage, die jetzt im Werden ist, zurückhaltend sein, aber niemand empfindet lebhafter als ich die Bedeutung, die sie für Frankreich hat.
>
> (Lebhafte Zurufe: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, deutlicher kann der Anspruch, einzugreifen in diese deutschen Verhältnisse, falls irgendwie einmal infolge schlechter Verhältnisse in Deutschland der Separatismus sich regen sollte, nicht ausgesprochen werden als mit diesen Darlegungen, mit diesem Hinweis auf das, was im Werden ist, und auf die Bedeutung, die diese Dinge für Frankreich haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich empfinde es deshalb als einen viel zu weitgehenden Optimismus vieler Kreise in der Gegenwart, daß sie die Sicherung, die der Sicherheitspakt doch unzweifelhaft in sich schließt für das gesamte Deutschtum im Rheinland und für sein unbedingtes dauerndes Verbleiben bei Deutschland und seine Sicherung gegen fremde Gewalt, die doch einmal wieder auftauchen kann bei solchen Strömungen, als so etwas Selbstverständliches nichtachtend betrachten, während ich glaube, daß diese große positive Sicherheit für das Rheinland gerade von unserem Standpunkt aus doch einer der großen Gedanken dieses Sicherheitspaktes mit ist.

---

insbesondere die Verstrickung des Generals Metz in die pfälzische Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

(Sehr wahr! links.)

Frankreich hat seinerseits erklärt, daß es sich durch Deutschland bedroht fühle. Wir wissen nicht, wo diese Bedrohung stehen soll. Aber empfindet es tatsächlich diese Bedrohung psychologisch – materiell besteht sie nicht –, wohlan, dann sind nach beiden Seiten hin die Dinge so abzustecken, daß keiner vor der Kriegsansage des anderen Grauen zu haben braucht.

Dieser **Friede zwischen Frankreich und Deutschland** ist nicht nur eine französisch-deutsche, sondern der ist eine europäische Angelegenheit. Der letzte Weltkrieg hat meiner Meinung nach keine Sieger geschaffen, die ihres Sieges froh sein könnten. Der Krieg und die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln haben soziale, politische und wirtschaftliche Erschütterungen in Europa hervorgerufen, die die alten Kulturnationen direkt vor die Frage ihrer materiellen Weiterexistenz stellen. Sie haben, meine Damen und Herren, in den Erörterungen, die in diesem Hohen Hause vor kurzer Zeit stattgefunden haben[39], ja ein Problem erörtert, das mit eine dieser europäischen Kriegsfolgen ist, nicht nur eine deutsche Kriegsfolge, nämlich das Problem, wie mit Staatsmitteln denjenigen zu helfen sei, die durch den **Währungs- und Wirtschaftsverfall** proletarisiert worden sind. Das waren nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten die Träger des Staatsgedankens, die festesten Stützen der gegenwärtigen Ordnung. Der Verfall der Währung ist von Osten nach Westen gegangen und hat bisher noch an keiner Staatsgrenze haltgemacht. Ich gehöre nicht zu denen, die von einer Fortsetzung dieses Währungsverfalls in Frankreich etwa Vorteile für Deutschland erwarten. Ich sehe darin weder politische, noch etwa gar wirtschaftliche Vorteile, wenn dieser Währungsverfall weitergeht. Ebensowenig bin ich der Meinung, die mir aus einem Zwischenruf im Anfange meiner Ausführungen herauszuklingen schien, als wenn die Großmachtstellung Frankreichs, die es nach dem Frieden von Versailles hat, durch irgendwelche Schwierigkeiten im marokkanischen Rifgebiet[40] auf die Dauer irgendwie erschüttert werden könnte.

Nicht darin liegen die großen Probleme der Gegenwart; aber ich glaube, sie liegen wohl darin, daß ohne die Mitwirkung großer Weltgebiete, die heute die leitenden

[39] Stresemann bezieht sich hier auf die Reichstagsdebatte vom 10. bis 16. Juli 1925 über die Aufwertungsgesetze und weitere sich daraus ergebende Gesetze (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 2934–3253; Zusammenfassung in SCHULTHESS 66 [1925], S. 124–127).

[40] Seit dem Frühjahr war es in Französisch-Marokko erneut (in Ausweitung des schon mehrere Jahre dauernden Krieges zwischen den Rifkabylen und Spanien im spanisch kontrollierten Teil Marokkos) zu Kämpfen zwischen französischen Einheiten und aufständischen Rifkabylen gekommen (vgl. ebd., S. 381–382).

Machtfaktoren der Weltwirtschaft sind, weder französische Finanznöte, noch deutsche Wirtschaftsnöte behoben werden können. Nicht nur wir, sondern auch andere Nationen in Europa haben ein Interesse daran, daß diese Weltmächte sich für den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Europas einsetzen, und sie können nicht erwarten, daß diese Weltmächte und ihre öffentliche Meinung das tun, wenn sie nicht ihrerseits die Empfindung haben, daß sie ein befriedetes Europa vor sich sehen und nicht ein Europa der Sanktionen und ein Europa künftiger Kriege.

Wir haben auf der Londoner Konferenz[41] den[42] Versuch zur Lösung der Reparationsfrage gemacht. Die Sicherheitspaktidee ist der Versuch der Lösung der politischen Friedensfragen in Europa.

Man hat vielfach darüber debattiert, ob der **Londoner Zahlungsplan** gefährdet sei. Ich glaube nicht, daß man gegenwärtig von einer Gefährdung des Londoner Zahlungsplans sprechen kann, wenn der Friede in Europa und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands unter diesem Frieden gewährleistet sind. Aber es scheint mir ebenso sicher, daß er dann nicht durchzuführen ist, wenn die Politik der Sanktionen und die Politik des gegenseitigen Mißtrauens der Grundzug der europäischen Entwicklung sein würde. Die Räumung der Ruhr, die Räumung der Sanktionsstädte beendet – ich hoffe es wenigstens – die verfehlte Politik der gegen Deutschland versuchten Gewaltmaßnahmen.

Meine Herren, eine gerade Linie der deutschen Außenpolitik führt über die Liquidation des uns aufgezwungenen Ruhrkampfes hinaus über die Micum-Verträge[43] und die Ausbeutung des Ruhrgebiets zum Sachverständigengutachten und von dem Londoner Reparationsplan zum Plan des Sicherheitspaktes. Deutschland hat jetzt eine Friedensoffensive großen Stils begonnen, und der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß ihre Bestrebungen zu einem günstigen Erfolg führen mögen.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)[44]

---

[41] Vgl. oben mit Anm. 12.

[42] In der Vorlage steht – offenbar als Druckfehler – „der".

[43] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines" (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war wiederholt und zuletzt am 30. Juni 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755) und wurde infolge des Londoner Abkommens aufgehoben.

[44] Nach einigen weiteren Debattenbeiträgen am gleichen und am Folgetag (die Fortführung der Debatte: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 3391–3425, 3428–3460; Zusammenfassung in

SCHULTHESS 66 [1925], S.130–133) endet die außenpolitische Debatte am 23. Juli 1925 in namentlicher Abstimmung mit der Billigung der Außenpolitik der Reichsregierung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 3461).

## Regierungserklärung vom 6. August 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4123–4126. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 339 (Morgenausgabe) vom 7. August 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 370 (Morgenausgabe) vom 7. August 1925; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 695–697; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 545–546; SCHULTHESS 66 (1925), S. 136–138; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,2 (1925), S. 109–110; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21874 (Morgenausgabe) vom 7. August 1925, S. 4–5.

*Bei allen Verhandlungen mit Polen konnte beim Versuch, die Abschiebung der Optanten zu verhindern, lediglich Fristerleichterung erreicht werden. Reichsstellen, auch die Konsulate, und preußische Behörden haben die Vorbereitungen zur Aufnahme und Weiterleitung der Optanten rechtzeitig getroffen und Mittel bereitgestellt. Weil die Optanten ihre Abreise auf den letztmöglichen Zeitpunkt verschoben, kam es im Lager Schneidemühl zu Unzulänglichkeiten, die inzwischen behoben sind. Deutschland behandelt die polnischen Optanten im Reich so, wie Polen mit den deutschen Optanten umgeht. Bedauert die innenpolitische Diskussion, anstatt daß gemeinsam Polen verurteilt wird. Der Ursprung des deutsch-polnischen Zollkriegs.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit dem preußischen Ministerium des Innern habe ich auf die von den Herren Vorrednern[2] begründeten Interpellationen[3] folgendes zu erklären. Der Reichsregierung ist durch den **Schiedsspruch des**

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der Debatte über verschiedene Anträge und Interpellationen, die die Zustände im Durchgangslager in Schneidemühl bzw. die Ausweisung Deutscher aus Polen thematisierten. – Zur Sache hatte sich Stresemann bereits am 1. August 1925 in einem Interview mit den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ geäußert (Wiederabdruck in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 331 [Morgenausgabe] vom 2. August 1925); am 3. August 1925 hatte Reichspräsident Hindenburg Stresemann und Reichsinnenminister Schiele zur Berichterstattung empfangen (vgl. ebd., Nr. 332 [Abendausgabe] vom 2. August 1925; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 544–545).

[2] Zuvor hatten die Interpellationen begründet (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4116–4123): Walter von Keudell (1884–1973), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DNVP 1924–1929, für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1929–1930); Reichsinnenminister 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Siegfried Rädel (1893–1943), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die KPD).

[3] Die Interpellation der DNVP-Fraktion vom 1. August 1924 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 404, Drucks. 1337) befragte die Reichsregierung, welche Maßnahmen sie ergriffen habe, um die Ausweisungen durch die polnische Regierung zu verhindern und „um die Vertriebenen vor dem bittersten Elend zu bewahren“, sowie welche Vergeltungsmaßnahmen sie plane. – Die Interpellation der KPD-Fraktion vom 1. August 1925 (ebd., Drucks. 1347) äußerte sich über die unzureichende Unterbringung der Ausgewiesenen und fragte die Reichsregierung, ob sie – ggf. gemeinsam mit den

**Präsidenten Kaekenbeek**[4] die Pflicht aufgezwungen worden, die Abschiebung der deutschen Optanten aus Polen zu dulden. Trotzdem dieser Schiedsspruch auch für die deutsche Regierung verbindliche Kraft hatte, hat die deutsche Delegation in Wien durch direkte Verhandlungen mit der polnischen Delegation versucht, eine Milderung dieses Schiedsspruchs herbeizuführen[5]. Diese Bemühungen scheiterten an dem polnischen Widerstand. Es ist nur möglich gewesen, in den **Wiener Verhandlungen** eine Erleichterung in den Abwanderungsbedingungen zu erreichen. Es wurde vereinbart, daß Polen zu verlassen hätten: 1. am 1. August 1925 diejenigen Personen, die kein Grundeigentum besitzen; 2. am 1. November dieses Jahres diejenigen Personen, deren Grundbesitz im Rayon einer Festung oder der 10 Kilometer breiten Grenzzone gelegen ist; 3. am 1. Juli 1926 alle anderen Personen mit Grundbesitz.

Nachdem auf der Grundlage des Kaekenbeekschen Schiedsspruchs das Wiener Abkommen am 30. August vorigen Jahres[6], das im Reich und in Polen Gesetz wurde[7], unterzeichnet war, hat das Auswärtige Amt die **deutsche Gesandtschaft in Warschau** beauftragt[8], in dringlicher Form bei der polnischen Regierung auf einen Verzicht der Auswanderungsbefugnis[9] bzw. auf eine Einschränkung des Kreises der abwanderungspflichtigen Optanten hinzuwirken. Diese **Verhandlungen,** die im Januar, Juni und sogar noch im Juli dieses Jahres stattfanden[10], hatten jedoch infolge des **Widerstandes der polnischen Regierung** keinen irgendwie nennenswerten

---

Ländern – Maßnahmen zur Linderung der Not treffen wolle und was sie gegen „die an der mangelhaften Unterbringung Schuldigen“ zu tun gedenke.

[4] So in der Vorlage. Gemeint ist Georges Kaekenbeeck (1892–1973), belgischer Völkerrechtswissenschaftler; Präsident des Schiedsgerichts für Oberschlesien 1922–1937. – Kaekenbeeck hatte mit seinem im Auftrag des Völkerbundes ergangenen Schiedsspruch vom 10. Juli 1924 (Text ebd., Bd. 397, Drucks. 7, S. 21–49 [eigene Seitenzählung der Drucks.]) u.a. entschieden, daß diejenigen, die in jetzt polnischen und ehemals deutschen Gebieten lebten und für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert hatten, ausgewiesen werden könnten (und umgekehrt polnische Staatsangehörige aus Deutschland).

[5] Zu den betreffenden Verhandlungen vgl. die Aufzeichnung des Legationssekretärs Roth vom 19. August 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 105–108).

[6] Text des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924 (mit der Regelung der wechselseitigen Ausweisungsbefugnis) in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397, Drucks. 7, S. 3–14 (eigene Seitenzählung der Drucks.); vgl. auch SCHULTHESS 65 (1924), S. 79–80.

[7] Zum entsprechenden deutschen „Gesetz wegen eines deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen“ vom 2. Februar 1925 vgl. REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 33–45.

[8] Vgl. etwa die Weisung des Auswärtigen Amtes an die Gesandtschaft in Warschau vom 15. Dezember 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 578–580).

[9] So in der Vorlage; gemeint sein dürfte „Ausweisungsbefugnis“ (so auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 370 [Morgenausgabe] vom 7. August 1925).

[10] Vgl. die Berichte Rauschers an das Auswärtige Amt vom 6. Februar und 5. Juni 1925 sowie den Bericht Pannwitz' vom 28. Juli 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 188–189; A 13, S. 241–243; S. 650–651, Anm. 5).

Erfolg.

(Hört! Hört!)

Lediglich das Verbleiben der zu den Konsulatsangehörigen gehörenden Optanten wurde zugestanden. Es ist aber nicht einmal der Wunsch der deutschen Regierung, von der Abwanderungspflicht Greise, Schwerkriegsbeschädigte, Witwen und Waisen auszunehmen, berücksichtigt worden.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Das Bestreben der Reichsregierung, das Los der beiderseitigen abwanderungspflichtigen Optanten zu mildern oder diesen Kreis einzuschränken, ist also an der starren Haltung der polnischen Regierung gescheitert.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Wiener Verhandlungen unterrichtete das Auswärtige Amt das **Reichsministerium des Innern** in einer Besprechung vom 25. Oktober 1924[11], in welcher die Frage der Übernahme und **Unterbringung der Optanten** noch nicht abschließend geklärt werden konnte. Die Behandlung dieser Frage wurde vom Reichsministerium des Innern übernommen, und dieses berief für den 1. und 8. Dezember 1924 kommissarische Besprechungen mit den beteiligten Stellen des Reichs und Preußens ein[12], um die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Maßnahmen sicherzustellen. Dabei wurde auf Grund der angestellten Ermittelungen die Zahl der aus Polen Abwanderungspflichtigen auf rund 27 000 angegeben. Mit dem Abtransport der Optanten aus Polen an die deutsche Grenze wurden die deutschen Konsulate in Posen und Thorn beauftragt[13], die mit den organisatorischen Maßnahmen bereits im Februar begannen.

(Zuruf von den Völkischen: Sie gingen auf Urlaub!)

– Nein, es war niemand auf Urlaub von denen, die mit diesen Dingen zu tun gehabt haben. Ich weise diesen Vorwurf ganz entschieden zurück.

(Zuruf von den Völkischen: Auch Herr Rauscher[14] nicht?)

– Herr Rauscher ist auf Urlaub gegangen, nachdem das, was er in dieser Sache poli-

[11] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[12] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[13] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[14] Ulrich Rauscher (1884–1930), Gesandter in Warschau 1922–1930. – Zur Frage von Rauschers Urlaub vgl. auch die Aufzeichnung Stresemanns über sein Gespräch mit dem Reichspräsidenten vom 3. August 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 676–677; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 544–545). – Laut VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 370 (Morgenausgabe) vom 7. August 1925, wohnte Rauscher der Reichstagssitzung hinter der Regierungsbank bei.

tisch mit der polnischen Regierung zu verhandeln hatte, vollkommen ergebnislos verlaufen war, und infolgedessen von uns auch jedes weitere Verhandeln mit der polnischen Regierung über diese Frage als nicht mehr mit der Würde der deutschen Regierung übereinstimmend angesehen wurde.

(Lebhafter Beifall. – Zuruf von den Völkischen: Die Deutschen waren doch noch da!)

– Die Abreise des Gesandten aus Warschau ist mit der deutschen Kolonie besprochen und von dieser gebilligt worden.

(Hört! Hört! – Zuruf von den Völkischen: Das werden wir nachprüfen!)

– Bitte sehr, das steht Ihnen ja frei.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole, daß die **deutschen Konsulate in Posen und Thorn** mit dem **Abtransport der Optanten aus Polen** an die deutsche Grenze beauftragt wurden und daß sie mit den organisatorischen Maßnahmen im Februar begannen. Abwanderungsstellen wurden in Bromberg, Thorn und Dirschau eingerichtet. Jeder einzelne Optant erhielt gedruckte Verhaltungsmaßregeln. Die Abwanderungspapiere wurden ebenfalls jedem einzelnen Optanten ausgefertigt, und in Notfällen wurde eine Geldbeihilfe gewährt. Tausende von Optanten erbaten und erhielten von den deutschen Konsulaten Rat und Hilfe, und dank dieser umfangreichen Vorbereitungen konnte ein großer Teil der Optanten – etwa 8000 – im Juli die Rückwanderung antreten, ohne das Durchgangslager in Schneidemühl zu berühren.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach Abschluß der im Dezember 1924 genau festgelegten Vorarbeiten beraumte das Reichsministerium des Innern eine erneute **allgemeine Aussprache über die Optantenfrage auf den 30. März 1925** an[15], an welcher das Auswärtige Amt, das Generalkonsulat Posen, das Reichsfinanzministerium, das Preußische Ministerium des Innern, das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, das Preußische Finanzministerium, das Preußische Ministerium für Landwirtschaft und die Reichsarbeitsverwaltung teilnahmen. In dieser Besprechung teilte der Vertreter des Preußischen Ministeriums des Innern[16] mit, daß der Oberpräsident in Schneidemühl[17] zum preußischen Staatskommissar für die Übernahme der Optanten aufgestellt sei. Es wurde

[15] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[16] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[17] Friedrich von Bülow (1868–1936), Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (mit Sitz in Schneidemühl) 1922–1933; Mitglied der DVP.

eine Arbeitsteilung vereinbart, wonach der preußische Staatskommissar und die Reichsarbeitsverwaltung gemeinsam für den Empfang der Flüchtlinge an der Grenze und ihre Verteilung auf die Abwanderungsstellen zu sorgen hatten.

Das von Preußen in **Schneidemühl** eingerichtete **Durchgangslager** bot für etwa 5000 Optanten ein vorläufiges Unterkommen. Dieses Lager war lediglich für die erste Aufnahme der Optanten bestimmt, und die rasche Weiterleitung war gewährleistet durch die preußischen Vorschriften über die wohnliche Unterbringung der Optanten gemäß dem Runderlaß vom 7. Februar 1925 und die sich darauf aufbauenden ministeriellen Anweisungen an die Regierungspräsidenten[18], durch welche diese verpflichtet wurden, Wohnräume für die ihnen zugewiesenen Optanten zu beschaffen.

(Abgeordneter Dr. Feder[19]: Wo sind denn die?)

– Sie werden gleich davon hören!

Gleichzeitig mit dem Wohnungsproblem war die Frage der **Arbeitsbeschaffung** zu lösen, da ein längeres Lagerleben aus sanitären, politischen und sozialen Gründen nicht geduldet werden könnte. Zu diesem Zweck hatte die Reichsarbeitsverwaltung Mitte April eine **Optantenvermittlungsstelle** eingerichtet und ihre Leitung einem hervorragenden Sachkenner[20] übertragen, während dem Generalkonsulat in Posen ebenfalls ein Bearbeiter[21] für die einschlägigen Fragen beigegeben wurde. Auf diese Weise gelang es, bis zum 5. August dieses Jahres einschließlich der Familienangehörigen 6103 Personen in Arbeitsstellen unterzubringen, davon in der Landwirtschaft 2217 Ledige und 414 Familien, letztere 1600 Köpfe. Von diesen Personen entfallen 3352 auf die Zeit seit dem 28. Juli dieses Jahres.

An **Mitteln** sind **für die Unterbringung** von Reich und Preußen insgesamt 6,5 Millionen Mark bereitgestellt und weitere 5 Million Mark für die Unterbringung der zu erwartenden Optanten ausgeworfen, die auch für die erst im November dieses Jahres und im nächsten Jahr zu erwartenden Optanten bestimmt waren. Da aber damit gerechnet werden konnte, daß von den etwa 20 000 Optanten, die Polen bis zum 1. August dieses Jahres verlassen mußten, der Hauptteil innerhalb der zweiten Julihälfte die Grenzen überschreiten würde und infolgedessen allmählich in Wohnungen und

---

[18] Der Runderlaß und die ministeriellen Anweisungen konnten nicht ermittelt werden.

[19] Gottfried Feder (1883–1936), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1936 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924–1925, für die NSDAP 1925–1936).

[20] Über den Namen Viertel hinaus, der in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 366 (Morgenausgabe) vom 5. August 1925, als „Direktor der Optantenvermittlungsstelle“ erwähnt wird, konnte zu ihm nichts Weiteres ermittelt werden.

[21] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

Arbeitsstellungen hätte übergeführt werden können, hätte die in Schneidemühl getroffenen Einrichtungen den Erfordernissen entsprochen. Wider Erwarten jedoch ist der Hauptteil der Optanten erst in den letzten vier Julitagen in Schneidemühl eingetroffen. Dies hat im wesentlichen seinen Grund darin, daß in den Kreisen der Optanten bis zum letzten Augenblick naturgemäß darauf gehofft wurde, Polen würde von der Durchführung des Abkommens allgemein oder in besonderen Fällen – Krankheit, Schwangerschaft usw. – Abstand nehmen. So kam es, daß sich der Hauptstrom der Flüchtlinge auf wenige Tage zusammendrängte und dadurch unvermeidliche Stauungen und Unzuträglichkeiten bei der vorläufigen Unterbringung und Weiterbeförderung der Optanten herbeigeführt wurden. Diese Schwierigkeiten konnten dank der Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen behoben werden. Die **höchste Belegungsziffer des Lagers** betrug etwa 7000 Personen und ist auf weniger als 5000 herabgesunken. Hundert von Lagerinsassen werden täglich durch Arbeitsvermittlung oder anderweitige Unterbringung aus dem Lager entfernt, während der Zustrom in das Lager tatsächlich abnimmt und am 4. August nur noch 170 Personen betragen hat.

Um die Optanten endgültig unterzubringen, wurden 1000 Landarbeiterwohnungen bereitgestellt. Ferner sollen 500 Optantenfamilien in Wohnungen eingewiesen werden, die durch den Abzug polnischer Optanten aus Deutschland frei werden. Endlich werden für weitere 1000 Optantenfamilien neue Wohnungen vorzugsweise in den Ostprovinzen hergestellt, deren Vollendung binnen kurzem zu erwarten ist. Auch sind die preußischen Regierungspräsidenten angewiesen worden[22], bis zum 8. August dieses Monats 800 Personen aus dem Lager in Wohnungen unterzubringen. Die bisherige **Rückwanderung der deutschen Optanten in Polen** erfolgt unter dem Druck des im **Wiener Abkommen festgesetzten Abwanderungstermins,** aber ohne direkten polizeilichen Zwang.

(Lachen bei den Völkischen.)

Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die polnische Regierung gegen diejenigen deutschen Optanten, die noch nicht abgewandert sind, mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen vorgehen wird. Die Reichsregierung hat es sich in der Frage der entsprechenden **Maßnahmen gegen die polnischen Optanten** in Deutschland, die denselben Bestimmungen des Wiener Abkommens unterliegen, zur Richtschnur ge-

[22] Die entsprechende Anweisung konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die zusammenfassende Darstellung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 361 (Abendausgabe) vom 1. August 1925, und der dortige Hinweis auf einen entsprechenden Erlaß vom 19. Juli 1925.

macht, ihnen dieselbe Behandlung zuteil werden zu lassen, der die deutschen Optanten in Polen durch die polnische Regierung ausgesetzt werden.

(Sehr richtig!)

Es ist dabei selbstverständlich, daß die Reichsregierung, um das Los der deutschen Optanten nicht unnötig zu erschweren, ihre Maßnahmen gegen die polnischen Optanten in Deutschland dann vornehmen wird, wenn Polen hiermit vorangegangen ist.

(Zuruf von den Völkischen: Ist es denn nicht schon vorgegangen?)

– Wir haben außenpolitisch und innenpolitisch das größte Interesse daran, festzustellen, daß wir zu diesen Repressivmaßnahmen erst greifen, nachdem Polen entgegen allen Grundsätzen der Zivilisation – –

(Abgeordneter v. Graefe[23] [Mecklenburg]: Ja, ist denn Polen nicht schon vorgegangen?)

– Ach, Herr v. Graefe, warten Sie bei einer Erklärung doch das Ende ab: et respice finem.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten v. Graefe [Mecklenburg].)

– Ich habe nicht geschlafen, aber Sie scheinen der Meinung zu sein, daß Sie mich in dieser Weise unterbrechen können.

(Sehr gut! rechts. – Erneute Zurufe von den Völkischen.)

– Es wäre gut, Sie gingen auf Ihre Plätze.

Demgemäß hat die deutsche Regierung, nachdem die polnische Regierung den deutschen Optanten in Polen – vielleicht Herr v. Graefe hören Sie wenigstens beim nächsten Satz zu! –

(Erneute Zurufe von den Völkischen. – Gegenrufe rechts. – Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**[24]**:** Ich bitte die Herren von rechts und links, die Plätze einzunehmen.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat gefragt, was die deutsche Regierung ihrerseits getan hätte. Ich darf vielleicht

[23] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922 – Mai 1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft Mai 1924 – 1928).

[24] Jacob Rießer (1853–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP); dessen Vizepräsident 1921–1928.

mit der Regierungserklärung fortfahren.

Demgemäß hat die deutsche Regierung, nachdem die polnische Regierung den deutschen Optanten in Polen die Abwanderungsaufforderung hat zustellen lassen, das gleiche getan[25]. Nachdem Polen die Wohnungen der Optanten beschlagnahmt hatte, ist von deutscher Seite dasselbe getan worden.

(Hört! Hört!)

Die Vertreibung von vielen Tausenden von Optantenfamilien von ihrer heimatlichen Scholle im abgetretenen Gebiet bedeutet einen Notstand von solcher Größe, daß es ein Gebot der Menschlichkeit, zugleich eine selbstverständliche deutsche Ehrenpflicht ist, durch alle zur Pflege der Wohlfahrt und des Deutschtums berufenen Ressorts des Reichs und Preußens nach Kräften zur Linderung der Not beizutragen. Dieser Verpflichtung sind sich alle Ressorts bewußt, und von keinem ist je die Verantwortung für das Los der Optanten verkannt oder bestritten worden. Heute ist im[26] Auswärtigen Amt durch das Generalkonsulat in Polen[27] berichtet worden[28], daß die **polnischen Behörden Maßnahmen zur zwangsweisen Abschiebung** derjenigen deutschen Optanten in Polen eingeleitet haben, die bisher innerhalb ihrer **Abwanderungsfrist** nicht abgewandert sind. Insbesondere ist diesen Personen die Aufforderung zugegangen, Polen innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.

(Hört! Hört!)

Das, Herr Abgeordneter v. Graefe, ist der Unterschied zwischen den Zwangsmaßnahmen und dem, was bisher innerhalb der zulässigen Frist in bezug auf freiwillige Abwanderung vorher innerhalb dieses Termins geschehen ist. Die zuständigen inneren Stellen haben daraufhin auf Veranlassung des Auswärtigen Amts die notwendigen **Maßnahmen** in die Wege geleitet, um die noch in Deutschland verbliebenen **abwanderungspflichtigen polnischen Optanten** in derselben Weise zum Verlassen des Reichs zu zwingen.

(Sehr richtig!)

---

[25] Vgl. dazu den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 28. Juli 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 649–651).

[26] So in der Vorlage; gemeint ist wohl „dem“ (so auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 339 [Morgenausgabe] vom 7. August 1925).

[27] So in der Vorlage; gemeint ist wohl „Posen“ (so auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 370 [Morgenausgabe] vom 7. August 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 339 [Morgenausgabe] vom 7. August 1925).

[28] Der entsprechende Bericht aus Posen konnte nicht ermittelt werden. Jedoch findet sich in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 381 (Abendausgabe) vom 7. August 1925, ein kurzer Artikel, der diese Mitteilung des Generalkonsulats Posen referiert, wonach am 5. August 1925 allen Abwanderungspflichtigen die entsprechende Aufforderung zugegangen sei.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, zu dieser Regierungserklärung, die ich im Einverständnis mit dem Preußischen Ministerium des Innern hier abgegeben habe, einige Bemerkungen von meinem Standpunkt als Außenminister zu machen! Ich habe es außerordentlich bedauert, daß in der Behandlung dieser Fragen in der öffentlichen Meinung in Deutschland vielfach innerpolitische Betrachtungen den außenpolitischen vorangestellt worden sind.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es ist gar kein Zweifel, daß die traurigen **Zustände in Schneidemühl**[29] aufs tiefste bedauerlich sind. Wenn es aber notwendig war, die Frage aufzuwerfen, wer die Schuld daran trägt, hätte sich sehr wohl auch im engen Kreis eine Behandlung dieser **Schuldfrage** ermöglichen lassen.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Was ich bedaure, ist, daß diese Dinge in Schneidemühl, die doch sekundär sind gegenüber dem Primären, daß sieben Jahre nach dem Frieden[30] noch Zehntausende von Deutschen von Haus und Hof vertrieben werden,

(sehr wahr!)

als querelle allemande in den Vordergrund gestellt worden sind gegenüber dem Unrecht, das von der polnischen Regierung geschehen ist.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts. – Zurufe von den Völkischen.)

Wenn jetzt darüber geklagt wird, daß das **Ausland** nicht auf diese **polnische Ungerechtigkeit** genügend reagiert, so sind wir insofern mit daran schuld, als wir diese Dinge zu stark in den Vordergrund gestellt haben gegenüber dem, was sich wirklich ereignet hat.

Die **polnische Regierung** beruft sich auf formales Recht. Gewiß, sie mag **formal das Recht** haben, nach dem Schiedsspruch, der durch Herrn Kaekenbeck ergangen ist, die zwangsweise Abwanderung der Optanten zu fordern. Wenn aber irgendwo,

---

[29] Aus den zahlreichen Zeitungsberichten über die kritischen Zustände im Durchgangslager Schneidemühl vgl. etwa NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21869 vom 2. August 1925, S. 7; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 330 (Abendausgabe) vom 1. August 1925; Nr. 331 (Morgenausgabe) u. Nr. 332 Abendausgabe) vom 2. August 1925; Nr. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 360 (Morgengausgabe) u. Nr. 361 (Abendausgabe) vom 1. August 1925; zur zwischenzeitlichen Verbesserung der Zustände in Schneidemühl und zum Nachlassen der Zahl der Ausgewiesenen vgl. allerdings auch ebd., Nr. 366 (Morgenausgabe) vom 5. August 1925; Nr. 368 (Morgenausgabe) vom 6. August 1925.

[30] Offenbar meint Stresemann „Kriegsende“ im Sinne des Endes der Kampfhandlungen; der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 lag erst sechs Jahre zurück.

dann liegt, glaube ich, hier ein Fall vor, auf den die Worte zutreffen, die neulich der Herr Reichskanzler[31] in seinen außenpolitischen Darlegungen gesagt hat: Es gibt Fälle, wo formales Recht in Wirklichkeit zum größten Unrecht wird.

(Sehr wahr!)

Es ist nicht das erstemal, daß Polen in einer Weise vorgeht, die bei anderen europäischen Nationen ihresgleichen nicht findet.

(Zurufe von den Völkischen: Völkerbund!)

– Ich weiß nicht, was der Völkerbund mit der polnischen Politik in diesem Zusammenhang zu tun hat. – Ich weise hin auf die Erörterungen, die im Ausschuß über die **Frage der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen** stattgehabt haben[32]. Diese deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben zu einem Kampfzustand geführt, der tatsächlich Zollkrieg ist[33]. Der Grund dafür ist das Verhalten Polens gegenüber dem Anspruch Deutschlands, sein Recht zu wahren. Am 10. Januar 1925 sind wir von der uns auferlegten einseitigen Meistbegünstigung befreit worden[34]. Kein alliierter Staat hat Kampfmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen, weil Deutschland von diesem Recht ab 10. Januar selbstverständlich Gebrauch gemacht und seine künftigen Verhandlungen auf dieser Basis eingeleitet hat. Am 15. Juni dieses Jahres kam der Termin, an dem Deutschland von der ihm auferlegten Pflicht frei wurde, polnische Kohlenkontingente in bestimmten Ziffern von Polen abzunehmen[35]. Im Gegensatz zu allen alliierten Mächten hat sich Polen auf den Standpunkt gestellt, die Inanspruchnahme dieses Rechts von Deutschland mit polnischen Einfuhrverboten gegenüber deutschen Waren zu beantworten.

(Hört! Hört! und Rufe: Unerhört!)

---

[31] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Auf welche Rede Luthers Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[32] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf eine Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 19. Juni 1925, der sich mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen befaßte (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 397, Anm. 5).

[33] Zum „Zollkrieg“ zwischen Deutschland und Polen vgl. Aufzeichnung Rauschers vom 23. Juni 1925 (ebd., S. 395–398) sowie den telegraphischen Runderlaß Stresemanns vom 19. Juli 1925 (ebd., S. 589–590).

[34] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland allen Vertragspartnern, darunter auch Polen, fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143).

[35] Diese Pflicht zur Einfuhr polnischer Kohlenkontingente und die Frist vom 15. Juni 1925 ergaben sich aus Art. 224 des deutsch-polnischen Genfer Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 (Text in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 334).

Damals hat Polen durch dieses Vorgehen zu denjenigen Maßnahmen des Zollkrieges den Grund geboten, die jetzt die Wirtschaft beider Länder schädigen. Heute sehen wir, daß Polen durch Inanspruchnahme des Rechts auf Abschiebung, auf Austreibung der Deutschen auch zu politischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland greift. Vor wenigen Monaten hat ein angesehenes Blatt, wie ich glaube, nicht nur von seiner Redaktion inspiriert, – es war die **„Times“**[36] – geschrieben, Polen täte gut, Deutschland gegenüber eine **große Geste** zu tun, um sich die Freundschaft eines mächtigen Nachbarvolkes zu erhalten. Die Geste, die Polen uns gegenüber tut, ist nichts anderes als die Geste der Gewalt.

(Sehr richtig!)

Man spricht jetzt viel von der – von uns anerkannten – Notwendigkeit der **Befriedung Europas.** Diese Befriedung Europas soll sich auf Verträge stützen. Deutschland hat nicht nur die Bereitwilligkeit erklärt, an diesen Verträgen mitzuarbeiten, es hat die Initiative dazu ergriffen[37]. Aber Verträge bestehen schließlich nicht aus Formeln und Paragraphen und geschriebenen Rechten, sondern sie können nur Leben haben durch den Geist, der die Völker beseelt, die diese Verträge schließen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Geist der polnischen Politik, der aus dieser Austreibung Deutscher spricht, ist nicht der Geist der Befriedung Europas, sondern ist der Geist des Hasses und der Selbstsucht.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir deshalb gezwungen sind, gegen dieses Vorgehen Polens **Repressalien** zu ergreifen, und wenn wir heute die Befehle haben ergehen lassen, daß diejenigen Polen, die noch nicht freiwillig aus Deutschland abgewandert sind, daß die polnischen Optanten innerhalb von 48 Stunden den deutschen Boden zu verlassen haben[38], so haben wir das nicht getan in irgendeinem Gefühl der Befriedigung darüber,

---

[36] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Leitartikel in THE TIMES, Nr. 43901 vom 4. März 1925, S. 15.

[37] Gemeint ist die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend vorgegangen und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[38] Die betreffenden „Befehle“ konnten nicht ermittelt werden. Jedoch heißt es in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 381 (Abendausgabe) vom 7. August 1925, daß aufgrund der Meldungen aus Posen „von den

zu solchen Maßnahmen greifen zu können, sondern in dem Gefühl der Beschämung darüber, zu solchen Maßnahmen greifen zu müssen.

(Bravo!)

Wir handeln lediglich in der Abwehr gegen ein Unrecht, das nicht nur uns, sondern – ich möchte sagen – das dem Geist der Zivilisation zugefügt worden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man kann vielleicht sagen, daß es in früheren Jahrhunderten Zeiten gegeben hat, wo selbst in den Jahren, in denen die Völker Kriege gegeneinander führten, das Heimatrecht des Menschen mehr geachtet worden ist, als es heute, sieben Jahre nach dem großen Kriege, in Europa geschieht.

(Sehr richtig!)

Die Reichsregierung hofft, mit Ihnen einig zu sein einmal in dem Widerspruch gegen diese Politik der Gewalt und ferner in der Überzeugung, daß denen mit allen Mitteln geholfen werden muß, die die Opfer dieser Gewalt geworden sind.

(Lebhafter Beifall.)[39]

Reichs- und preußischen Behörden dieselbe Maßnahme [Ausweisung innerhalb 48 Stunden, widrigenfalls Androhung polizeilicher Abschiebung] hinsichtlich der polnischen Optanten veranlaßt worden“ sei.

[39] Nach weiteren Debattenbeiträgen faßt der Reichstag eine von allen Fraktionen (mit Ausnahme der KPD) eingebrachte Entschließung (Text und Abstimmung in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4156; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 704–705, Anm. 3), in der die polnischen Ausweisungen verurteilt werden und die Reichsregierung aufgefordert wird, „weiterhin alle nötigen Gegenmaßregeln zu ergreifen“.

## Redebeitrag im Reichstag vom 10. August 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4386.

*Plädiert für die Beratung der Handelsverträge in der nächsten Reichstagssitzung.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich muß dringend bitten, es bei dem Vorschlage des Herrn Präsidenten[2] zu belassen, und ich sehe auch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Graefe[3] keinen Grund, der uns veranlassen könnte, die Tagesordnung zu ändern. Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat die Besorgnis, daß diese Beratung überstürzt würde. Ich glaube, da ich den Verhandlungen des heutigen Tages[4] als Abgeordneter beigewohnt habe, daß gar nicht damit zu rechnen ist, daß die dritte Lesung des Zolltarifs[5] so lange in Anspruch nehmen müßte, daß die Beratung der Handelsverträge[6] eine überstürzte sein sollte. Wenn Bedenken gegen diese Handelsverträge geltend zu machen sind, so können sie einmal ausführlich bei diesen Beratungen geltend gemacht werden. Es besteht auch keine Abmachung, diese Verträge am selben Tage zu erledi-

---

[1] Stresemann sprach im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung.

[2] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932. – Löbe hatte zuvor die Tagesordnungspunkte für die nächste Sitzung am 12. August 1925 vorgeschlagen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4386).

[3] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922 – Mai 1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft Mai 1924 – 1928). – Graefe hatte zuvor entgegen den Vorschlägen von Löbe gebeten, die Handelsverträge mit Belgien und Großbritannien nicht in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen (ebd.).

[4] Die zwei Sitzungen des gleichen Tages (einer wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochenen und einer weiteren mit etlichen Ausschlüssen von Abgeordneten) befaßten sich vor allem mit der zweiten Beratung des Zolltarifgesetzes (Protokolle ebd., S. 4312–4387). – Berichte über die Sitzungen und insbesondere über die zahlreichen Zwischenfälle des Sitzungstages in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 375 (Abendausgabe) vom 10. August 1925; Nr. 376 (Morgenausgabe) vom 11. August 1925; REICHSPOST, Nr. 219 vom 11. August 1925, S. 2; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21878 (Morgenausgabe) vom 11. August 1925, S. 4–5.

[5] Der Reichstag debattierte seit dem 8. August 1925 in zweiter Lesung über den von der Regierung vorgelegten Zolltarif. Vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 66 (1925), S. 140–142.

[6] In dem oben Anm. 2 erwähnten Tagesordnungsvorschlag Löbes für die nächste Sitzung sind fünf Tagesordnungspunkte enthalten, die sich mit verschiedenen Handelsverträgen befassen, die Deutschland zwischenzeitlich mit anderen Ländern geschlossen hatte. Im Kabinett war am 6. August 1925 auf die Bitte Stresemanns hin beschlossen worden, „dafür Sorge zu tragen, daß die Handelsverträge noch vor den Ferien vom Reichstag verabschiedet würden“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 480).

gen. Jedenfalls haben wir das dringende Bedürfnis, daß eine Beratung über diese Handelsverträge möglichst bei beschlußfähigem Hause stattfindet. Ich bitte deshalb dringend, es bei der Tagesordnung zu belassen.[7]

[7] Durch Ablehnung des Vorschlags von Graefe nimmt der Reichstag im Folgenden die Tagesordnung für die nächste Sitzung an (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4387).

## Reichstagsrede vom 12. August 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4410–4411. – Teildrucke (mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 349 (Morgenausgabe) vom 13. August 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 379 (Abendausgabe) vom 12. August 1925; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,2 (1925), S. 129–130; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21880 (Morgenausgabe) vom 13. August 1925, S. 4; REICHSPOST, Nr. 221 vom 13. August 1925, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 184 vom 14. August 1925, S. 5.

*Rechtfertigt den Zollsatz für belgische Pferde im deutsch-belgischen Handelsvertrag. Deutschland hat bei den Vertragsverhandlungen in der Frage der Niederlassung Deutscher in belgischen Kolonien Fortschritte erzielt. Gleichberechtigung in der Kolonialfrage ist eine Bedingung für den deutschen Völkerbundsbeitritt. Verurteilt Belgiens Absicht, einen Teil des ehemaligen Deutsch-Ostafrikas in seinen Kolonialbesitz zu integrieren.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Graefe[2] hat sich zunächst mit einer Zollposition des **deutsch-belgischen Handelsvertrages**[3] beschäftigt, nämlich mit dem **Zoll auf Pferde.** Er hat dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß für die Nachgiebigkeit der deutschen Unterhändler in diesem Falle wohl maßgebend gewesen sei, daß sie mitbeeinflußt worden sei durch Darlegungen von belgischer Seite, wonach durch die deutsche Regierung während des Krieges die **belgische Pferdezucht bewußt zerstört** worden sei. Es ist bei den Verhandlungen von dem Referenten des Auswärtigen Amtes[4] darauf hingewiesen worden, daß dieser Gesichtspunkt von belgischer Seite angewandt worden

---

[1] Stresemann hielt seine Rede im Rahmen der zweiten und dritten Lesung des vorläufigen Handelsabkommens mit der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion. – Vgl. auch die Berichte über diese Sitzung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 379 (Abendausgabe) vom 12. August 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21880 (Morgenausgabe) vom 13. August 1925, S. 4; REICHSPOST, Nr. 221 vom 13. August 1925, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 184 vom 14. August 1925, S. 4–5.

[2] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922 – Mai 1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft Mai 1924 – 1928). – Graefe hatte zuvor in einer scharfen Rede die Ablehnung des Handelsabkommens gefordert (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4408–4410).

[3] Text des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. Mai 1925 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 883–945.

[4] Wer damit gemeint ist, konnte nicht sicher ermittelt werden. Hingewiesen auf diesen Gesichtspunkt hatte in der Ministerbesprechung vom 21. Februar 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 98–100) Karl Ritter (1883–1968), Ministerialdirektor und Leiter der Referate für Wirtschafts- und Reparationspolitik (seit Mitte 1925 auch Kommissar für Wirtschaftsverhandlungen) Dezember 1924 – 1936.

ist. Es ist aber zugleich zum Ausdruck gebracht worden, daß man von deutscher Seite diesem Gesichtspunkt entschieden widersprochen hat. Der Herr Abgeordnete v. Graefe meinte, daß hier eine Nachgiebigkeit der deutschen Unterhändler vorliege. Er sagt weiter, daß hier der Zolltarif[5] schon durchlöchert worden ist. Nun kann man nur zweierlei vergleichen, den bisherigen Zoll und den jetzigen Zoll. Wenn Sie diesen Vergleich anstellen, Herr v. Graefe, dann werden Sie sehen, daß der Zoll gegenüber der Einfuhr belgischer Pferde verdreifacht worden ist, so daß man nicht von einer Nachgiebigkeit der deutschen Unterhändler sprechen kann. – Ich weise Sie lediglich darauf hin, daß Sie nicht davon sprechen können, daß es eine Nachgiebigkeit, daß es eine Verletzung deutscher Interessen sei, wenn wir in bezug auf den Schutz der deutschen Pferdezucht so weit gegangen sind, daß man eine Verdreifachung für notwendig hält. Und wenn Sie wüßten, Herr v. Graefe, wie um diesen Zoll gekämpft worden ist, wie es Zeiten gab, in denen das Zustandekommen des Vertrages von der Forderung der Deutschen in bezug auf die Erhöhung des Pferdezolles abhing, dann würden Sie diesen Vorwurf nicht erheben. Er ist also einmal sachlich unberechtigt, und deshalb weise ich ihn zurück.

Zweitens aber weise ich ihn auch deshalb zurück, weil Sie in der Art, die Ihnen eigen ist, es so darzustellen versuchten, als wenn die deutschen Unterhändler auf irgendwelche Ausführungen von belgischer Seite hineinfielen, als wenn diese Unterhändler gerade dann, wenn derartige Angriffe gegen die deutsche Regierung kommen, nicht dasjenige Gefühl für die Vertretung der deutschen Ehre hätten, das Sie allein für sich in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß alle die Herren, die an diesem Vertrag mitgearbeitet haben, in bezug auf deutsche Ehre ebenso dastehen wie Sie, Herr v. Graefe, und die Ausdrücke, die Sie gebraucht haben, sind unerhört und sachlich in keiner Weise berechtigt.

Sie haben zunächst von den Dingen gesprochen, die die rein sachlichen Fragen einer einzelnen Zollposition betreffen, die Sie aber auch in Zusammenhang mit den großen außenpolitischen Gesichtspunkten in Erinnerung an die Kriegszeit gebracht haben. Sie haben weiter vor allen Dingen Ihre Vorwürfe gegen die Frage der **Behandlung** der Verhältnisse **im Kongostaat**[6] gerichtet. Hier haben die Verhältnisse

---

[5] Der neue deutsche Zolltarif war am 10. August 1925 in zweiter Lesung vom Reichstag angenommen worden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4397–4400); die dritte Lesung stand noch aus.

[6] Der Kongo-Freistaat, ursprünglich eine Kolonie im Privatbesitz des belgischen Königs, war 1908 unter der Bezeichnung Belgisch-Kongo als Kolonie an den belgischen Staat übergegangen. In Art. 15 des Handelsabkommens (REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 888) war geregelt, welche Bestimmun-

folgendermaßen gelegen. Bei Beginn der Verhandlungen über den ersten deutschen Tarifvertrag, den wir überhaupt geschlossen haben, hat die belgische Delegation es abgelehnt, in diesen Vertrag irgend etwas hineinzunehmen, was sich auf die Verhältnisse des belgischen Kongos bezöge, weil sie sich auf den Standpunkt gestellt hat, es handle sich lediglich um einen Vertrag zwischen dem belgisch-luxemburgischen Zollgebiet[7] auf der einen Seite und dem deutschen auf der anderen Seite, und sie sei sachlich im Recht, eine Behandlung der Kolonialfragen abzulehnen. Die deutsche Delegation hat diesen Standpunkt nicht anerkannt; sie hat den Belgiern erklärt, daß sie diese Frage unbedingt bei Gelegenheit des deutsch-belgischen Zollabkommens behandeln müsse. Wenn in den heutigen Reden lediglich davon gesprochen wird, daß in dieser Beziehung nichts erreicht ist, so darf ich doch darauf hinweisen, daß sich zunächst der prinzipielle Standpunkt der Reichsregierung bei den Verhandlungen durchgesetzt hat, daß über die Verhältnisse der Kongokolonie Abmachungen beispielsweise in bezug auf die allgemeine Anwendung der Meistbegünstigung, auf die Frage der Besteuerung und die Frage der Abgaben, der Einfuhr und Durchfuhr, die Höhe der Zollsätze, die rechtliche Anerkennung von Handelsgesellschaften und anderen getroffen worden sind.

Nun haben der Herr Berichterstatter[8] und Dr. Schnee[9] vollkommen recht, wenn sie sagen, daß diese prinzipiellen Erörterungen so lange nicht ihre tatsächliche Wirkung haben, als es nicht möglich ist, daß sich Deutsche in der Kongokolonie in der Weise betätigen, wie es früher möglich war und wie es möglich sein muß. Sie sehen aber bei diesen Verhandlungen über das eine hinweg, daß es sich bei diesem Vertrag nicht um eine definitive Regelung, sondern um einen Vertrag handelt, der nur eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren hat. Sie sehen vor allem darüber hinweg, daß er nicht ein Ausnahmerecht gegen Deutsche gibt; denn so steht es nicht, daß Deutschen irgendwie die Niederlassung in der Kongokolonie verboten ist. Wir haben le-

---

gen des Abkommens auch Anwendung auf die Kongo-Kolonie und die übrigen belgischen Kolonien in Afrika finden sollten.

[7] Belgien und Luxemburg hatten 1921 eine Wirtschafts- und Währungsunion geschlossen.

[8] Bernhard Dernburg (1865–1937), Reichsfinanzminister und Vizekanzler 1919; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP). – Er hatte zuvor aus den Beratungen des Auswärtigen und des Handelspolitischen Ausschusses berichtet und dabei insbesondere die kritische Sicht der Ausschüsse auf die nicht explizit gewährte Niederlassungsfreiheit Deutscher in den belgischen Kolonien erwähnt (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4404–4405; vgl. auch ebd., Bd. 404, Drucks. 1370; ein Bericht über die Ausschußsitzung vom 21. Juli 1925 auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 310 [Abendausgabe] vom 21. Juli 1925).

[9] Heinrich Schnee (1871–1949), Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 1912–1919; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1932, 1933–1945 (für die DVP 1924–1932, für die NSDAP 1933–1945). – Seine Rede in der Debatte: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4406–4407.

diglich nicht das vertragsmäßige Recht, sondern sind auf **Vereinbarungen über den einzelnen Fall** verwiesen worden, aber, das möchte ich auch hervorheben, auf eine Einzelentscheidung, bei der die Entscheidung nicht lediglich bei den Belgiern liegt, sondern wo bei den von uns geführten Verhandlungen ausdrücklich festgelegt worden ist, daß auch die deutsche Regierung als solche Verhandlungen führen kann, wenn einem Deutschen hier Unrecht geschieht und ihm die Niederlassung verweigert wird, obwohl er ein Anrecht darauf hat. Wir haben also hier die Möglichkeit, von Regierung zu Regierung in Verhandlungen einzutreten.

(Zuruf bei den Völkischen.)

– Es gibt kein Provisorium in den Ehrenfragen, nein; darin gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber wenn Sie hier die ganzen Verhältnisse sehen, die seit dem Kriege entstanden sind, so werden Sie finden, daß wir leider noch sehr viele **Diskriminierungen in der Welt** zu ertragen haben, und daß wir von diesen Diskriminierungen ein Stück herunterkommen, wenn wir zunächst einmal das Recht der deutschen Regierung feststellen, für ihre einzelnen Bürger einzutreten, wenn sie um ihr Niederlassungsrecht kämpfen. Die Natur geht nicht sprunghaft vor[10]. Wir werden die Kriegspsychose der Jahre 1914 bis 1918 nicht mit einem Male aus der Welt schaffen. Daß wir in mancher Beziehung aber schrittweise vorwärtsgekommen sind, kann niemand von Ihnen bestreiten, und es geht auch nicht so, daß Sie (zu den Völkischen) lediglich mit der großen Handbewegung, die Sie haben, sagen: die einen denken nur wirtschaftlich, denken nur an ihr Portemonnaie, die anderen an ihre Ehre. Daß wir mit großen Staaten – und in den Beziehungen zu uns, wirtschaftlich, ist Belgien ein großer Staat – in vernünftige Wirtschaftsbeziehungen kommen, die uns Lebensmöglichkeiten auch bei uns geben, ist ein Stückchen davon, daß unser Volk selbst wieder zur Größe kommt.

(Sehr wahr! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn Sie lediglich mit Ihren Redensarten alle Handelsverträge abtun wollen, werden Sie uns nur die Basis nehmen, auf der wir wieder vorwärtskommen können.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Sie sind doch der große Mann der Worte!)

So liegen die Dinge tatsächlich. In dieser Beziehung bin ich fest überzeugt: das, was

[10] Stresemann zitiert hier einen Lehrsatz der Naturwissenschaft, der wohl von Carl von Linné im Aufgreifen antiken Denkens in diese Formulierung gefaßt wurde.

hier gerade in bezug auf den ersten großen Tarifvertrag – alle die anderen Verträge[11] sind Meistbegünstigungsverträge – zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft nach innen und außen erreicht wird, überwiegt in dem Maße die Bedenken, die wir unzweifelhaft mit Ihnen teilen, daß wir dem Vertrag zustimmen müssen.

(Zurufe von den Völkischen.)

Meine Herren (zu den Völkischen), Sie reden so, als wenn Sie allein auf dem Standpunkt ständen, daß Deutschland ein **Recht auf koloniale Betätigung[12],** auf Berücksichtigung seiner Interessen als Kolonialmacht haben müsse. Ich darf darauf hinweisen, daß die Reichsregierung, als sie zum ersten Male Stellung zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund genommen hat – das ist in dem Memorandum[13] geschehen, daß sie an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte gesandt hat –, ausdrücklich erklärt hat, daß, solange diese Mandate für die Kolonien damit begründen, daß fortgeschrittene Nationen das Recht hätten, eine Art von Vormundschaft über diese Völker zu übernehmen, Deutschland es als sein selbstverständliches Recht ansehe, seinerseits zu diesen vorgeschrittenen Nationen zu gehören[14].

(Bravo! links.)

Es ist das eine derjenigen großen Voraussetzungen für eine **Mitwirkung Deutschlands im Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung,** die gerade damals, als die deutsche Regierung sich überhaupt mit der Frage des Völkerbundes beschäftigt hat, sofort gegenüber den den Völkerbundsrat bildenden Mächten zum Ausdruck gekommen ist. Ich habe im Auswärtigen Ausschuß[15] nicht etwa vermieden sehen wollen, daß diese Frage hier erörtert wird, sondern habe ausdrücklich darum gebeten, daß nicht nur der Herr Berichterstatter spreche, sondern daß die einzelnen

---

[11] Gemeint sind vermutlich die übrigen Handelsverträge, die an diesem Tag im Reichstag debattiert wurden; vgl. dazu die Tagesordnung: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4393.

[12] Der Versailler Vertrag verfügte in Art. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

[13] Gemeint ist das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[14] Die Satzung des Völkerbundes, als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert, formulierte in Art. 22, daß die durch die Pariser Vorortverträge abgetretenen Kolonien bisheriger Kolonialmächte den „fortgeschrittenen Nationen" in Vormundschaft übertragen würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 16).

[15] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die oben Anm. 8 nachgewiesene Sitzung des Auswärtigen Ausschusses (gemeinsam mit dem Handelspolitischen Ausschuß).

Fraktionen einmal die Stellung der deutschen Parteien zur Kolonialfrage zum Ausdruck brächten, damit daraus für die künftige Entwicklung auch für uns Vorteil erwachse. Das kann aber nur geschehen, wenn es nicht gleichzeitig mit derartigen Angriffen verbunden wird.

(Zuruf von den Völkischen.)

– Ach, Herr v. Graefe, wenn es einmal eine Ära Graefe in der deutschen Außenpolitik geben sollte, dann glaube ich nicht, daß Sie mit Ihrer Politik große Erfolge erzielen werden.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Kommen Sie wieder mit Ihrer Demagogie?)

– Ich habe sehr wohl das Recht, wenn Sie in dieser Weise gegen mich sprechen, mich dagegen zu verteidigen; denn Sie sind es, der fortwährend den Ton der Volksversammlung in das Plenum dieses Reichstags bringt.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Schnee hat gesagt, es sei nicht erträglich, daß die **belgische** Regierung ihre **Mandatsgebiete,** Teile des früheren Deutsch-Ostafrikas[16], mit ihrem eigenen Kolonialbesitz in Verbindung brächte. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Dr. Schnee in dieser Auffassung nur zustimmen und mitteilen, daß die deutsche Regierung, als sie erfahren hat, daß im belgischen Parlament ein Gesetzentwurf vorliege, der zwar nicht die Einverleibung dieser kolonialen Teile, wohl aber eine gewisse Verwaltungseinheit zwischen diesen Teilen und dem belgischen Kolonialbesitz vorsah, bei der belgischen Regierung dagegen Protest erhoben[17] und darauf hingewiesen hat, daß dieses Vorgehen der belgischen Regierung in den Friedensverträgen keine Berechtigung finde. Die belgische Regierung hat ihrerseits darauf hingewiesen, daß sie unseren Protest nicht annehme, da hierfür die Entscheidung des Völkerbundes entscheidend sei. Wir werden deshalb unsererseits die geeigneten Maßnahmen treffen, um dem Völkerbund gegenüber gegen diese Verletzung Einspruch zu erheben.

---

[16] Belgien hatte 1919 provisorisch als Mandatar einen Teil des vormaligen Deutsch-Ostafrika, nämlich Ruanda-Urundi (die späteren Staaten Ruanda und Burundi), erhalten, was der Völkerbund 1923 bestätigte.

[17] Dernburg hatte in seiner Berichterstattung (vgl. oben mit Anm. 8) einen belgischen Gesetzesentwurf vom Februar 1925 erwähnt, wonach Ruanda-Urundi administrativ der belgischen Kongokolonie zugeordnet werden sollte; Einzelheiten dazu konnten nicht ermittelt werden, ebensowenig der von Stresemann angesprochene Protest und die nachfolgend angesprochene belgische Antwort darauf.

(Bravo! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)[18]

[18] Nach einem weiteren Debattenbeitrag wird das Gesetz über das Handelsabkommen im Reichstag mehrheitlich angenommen (zur Abstimmung: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 4412–4413). – In einer weiteren Abstimmung verabschiedete der Reichstag eine Entschließung, mit der die Reichsregierung aufgefordert wurde, „mit der belgischen Regierung nochmals in Verhandlungen wegen Beseitigung aller für Deutsche in der belgischen Kongokolonie und in den von Belgien in Afrika verwalteten Gebiete einzutreten“ (ebd., S. 4418).

## Rede beim Bund der Auslandsdeutschen in Berlin vom 29. August 1925[1]

Nach HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, Nr. 417 (Morgenausgabe) vom 8. September 1925. – Druck auch in AUSLANDSWARTE, Nr. 17 vom 15. September 1925, S. 9–11; NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 168 vom 12. September 1925. – Teildruck in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 332–335. – Teildrucke (mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 379 (Morgenausgabe) vom 30. August 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 410 vom 30. August 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21896 (Morgenausgabe) vom 30. August 1925, S. 7.

*Die Haftung der Auslandsdeutschen aufgrund des Versailler Vertrags hat Deutschland seine beste Waffe für die Wiedererringung einer Weltstellung genommen. Es hat nicht die Mittel, die Auslandsdeutschen voll zu entschädigen. Einigkeit, auch der Deutschen im Ausland, auf dem Boden der Reichsverfassung ist wichtig für Deutschlands Zukunft. Die Handelsschiffahrt und der Rückerwerb von Privatbesitz in ehemaligen Kolonien sind Beispiele für Deutschlands Willen zum Aufschwung. Derzeit kämpft es außenpolitisch um Gleichberechtigung. Als Mitglied im Völkerbund wird es seine Minderheiten im Ausland besser schützen können.*

Die Tagung, die Sie heute abhalten[2], schließt sich an zwei bedeutsame Veranstaltungen ähnlicher Art an. Wir haben hier in der Reichshauptstadt vor wenigen Monaten die Zusammenkunft des **Verbandes der deutschen Handelskammern im Auslande[3]** erlebt, und wir haben gesehen, wie der **Verein für das Deutschtum im Aus-**

---

[1] Die Vorlage führt unter der Überschrift „Der Staat, die Heimat und die Welt. Stresemanns große Rede vor den Auslandsdeutschen in Berlin“ einleitend aus: „Am Sonnabend vorletzter Woche [29. August] hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in großer eindrucksvoller Rede vor der Berliner Tagung der im Ausland lebenden Reichsdeutschen die mannigfachen Zusammenhänge besprochen, die den deutschen Staat von gestern und heute, die deutsche Heimat mit der Welt da draußen verbinden. Auf vielfache Wünsche aus den Kreisen der Auslandsdeutschen geben wir die große und charakteristische Rede, die bisher nur vom W.T.B. in einem kurzen Auszug verbreitet war, nach dem amtlichen Stenogramm im Wortlaut wieder. Möchten gerade von Hamburg aus ihre Wahrheiten und Mahnungen in immer breitere Schichten unseres Volkes dringen!“. – Offenbar handelt es sich bei den übrigen Teildrucknachweisen um die hier erwähnte WTB-Meldung mit „einem kurzen Auszug“.

[2] Zur Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen, der 1919 in Berlin gegründeten Interessenvertretung der aktuell und ehemals im Ausland lebenden Deutschen, vom 29. bis 31. August 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 114. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung in AUSLANDSWARTE, Nr. 17 vom 15. September 1925, S. 1–11; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 412 [Morgenausgabe] vom 1. September 1925. – Die Tagung wurde mit der Veranstaltung, auf der Stresemann sprach, „im großen Saal des Rheingolds“ eröffnet (ebd., Nr. 410 vom 30. August 1925).

[3] Vgl. dazu die Rede Stresemanns vor Vertretern der deutschen Handelskammern im Ausland in Berlin vom 23. September 1924 (in dieser Edition).

**lande**[4] in Stuttgart die stammverwandten Deutschen um sich versammelte, darunter so viele, die nicht nach ihres Herzens Willen, sondern vielfach gezwungen durch das harte Diktat des Friedens[5] unter fremden Völkern leben, eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, die sich aber in keiner Zeit so freimütig und so stolz zur **deutschen Kulturgemeinschaft** bekannt haben wie gerade in diesen Zeiten der Not. Sie sind heute hier zusammen als eine Tagung der **Reichsdeutschen, die im Auslande leben** oder die im Auslande gelebt haben, die einen Teil ihres Lebens unter fremder Sonne verbrachten und daher in sich jene Verbindung verkörpern zwischen dem Deutschen, der in der Heimat wurzelt und der doch jene Beziehungen zur Welt aufrecht erhält, ohne die wir Deutschen niemals in unserer Geschichte ausgekommen sind.

Die ganze Mannigfaltigkeit des Auslandsdeutschtums spiegelt sich in diesen Tagungen wider. Ich weiß sehr wohl, daß Zweifel darüber laut geworden sind, ob diese Zusammenkunft, die heute ihren Anfang nimmt, berechtigt sei, und ich weiß sehr wohl das eine, daß der Furor Teutonicus, jene schöne Eigenschaft, die man uns Deutschen nachsagt, dann sich zu seiner herrlichsten Blüte entfaltet, wenn es um Kompetenzschwierigkeiten zwischen verschiedenen deutschen Organisationen geht. (Lebhafte Zustimmung.) **Aber diese Fülle der Veranstaltungen ist doch in erster Linie ein Zeichen fest verwurzelter Treue zur deutschen Heimat und zum Deutschtum.** Gerade in dieser Zeit, in der wir nicht im Sonnenglanz der Weltgeltung leben, sondern in Dunkel und Nacht, sehen wir, wie das ganze Deutschtum in der Welt heimfindet zur Heimat.

Lassen Sie mich sprechen von dem Verhältnis dieses Auslandsdeutschtums zum Reich und zum Staat. Ich weiß sehr wohl, daß dieses Verhältnis durch verschiedene Dinge, die wir gemeinsam durchleben mußten, sehr erschwert ist. Es war ein Teil des Friedensvertrages[6], der besagte, daß die Deutschen in der Welt mit Hab und Gut haften müßten für die von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung. Der Begriff der **Freiheit des Eigentums, der Sicherheit des Eigentums, jene selbstver-**

[4] Vgl. dazu die beiden Reden Stresemanns bei der Einweihung des Hauses des Deutschtums in Stuttgart bzw. beim Festbankett im Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart vom 21. Mai 1925 (in dieser Edition).

[5] Stresemann bezieht sich auf den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 (vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES) und die dadurch verfügte Abtretung vormals deutscher Gebiete.

[6] Stresemann bezieht sich wohl auf die Bestimmung des Versailler Vertrags, der die Siegerstaaten vielfältig ermächtigte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren; zumindest für einen Teil der Entschädigungen war das Deutsche Reich zuständig (vgl. etwa Art. 297: ebd., S. 155–159).

**ständliche Loyalität, auf der die ganze Weltwirtschaft aufgebaut war,** ist niemals im Laufe der Geschichte so höhnisch beiseite geschoben worden wie in der Art, wie man die deutschen Pioniere in der Welt hat haften lassen für das, was lediglich Sache des Staates war. Dadurch hat man das Auslandsdeutschtum zu Vorleistungen gezwungen, dadurch hat man, indem man den Staat wieder zu ihrem Schuldner machte, das ganze Auslandsdeutschtum in die Katastrophe der deutschen Inflation[7] hineingezogen. Ich will von dieser Katastrophe der deutschen Inflation nicht sprechen vom Standpunkt der Währung und der Währungspolitik. Was ich für das schlimmste in dieser Entwicklung ansehe, ist das eine, daß sie uns das geraubt hat, was vielleicht noch mehr wert ist als Provinzen und Land: **Jene wirtschaftlich und geistig führenden intellektuellen Mittelschichten, auf denen ein gesunder Staat und ein gesundes Volkstum immer aufgebaut sein muß.** Es ist ein Unglück für einen Staat, wenn dem spekulativen Reichtum auf der einen Seite nur besitzloses Proletariat auf der anderen Seite gegenübersteht. (Bravo!). Jene deutsche Mittelschicht gab uns den Nachwuchs für den Staat in unserem Beamtentum und war auch persönlich mit dem Staat am festesten verflochten und deshalb der stärkste Träger eines gesunden Staatsgedankens. Die selbständigen Einzelpersönlichkeiten bildeten den Kern dieser besten Art deutschen Mittelstandes und unter ihnen wieder diejenigen, die als deutsche Einzelkaufleute in die Welt hinausgingen.

Auf dieser **Tätigkeit der deutschen Einzelkaufleute** beruhte die staunenswerte Entwicklung unserer deutschen Ausfuhrwirtschaft in früheren Zeiten. Denn für mich persönlich steht das Eine fest: Was uns einst groß gemacht hat in der Welt, das waren nicht Kartelle und Trusts, sondern das war der deutsche Einzelkaufmann, der in die Welt hinausging. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ihnen [!] war jene deutsche Auffassung eigen, die nichts in sich trug von der **Rentnerphilosophie des Franzosen,** der da glaubt, das Leben ausgeschöpft zu haben, wenn er sich möglichst frühzeitig zur Ruhe setzt, die nichts hatte von der **Weekend-Philosophie des Engländers,** das war jene deutsche Auffassung, die das Köstlichste darin sah, wenn das Leben Arbeit bis zum Ende war, – die das Ziel des Lebens aber nicht darin sah, lediglich zu wirken für das eigene, materielle Interesse, sondern für die höher stand das Haus des Kaufmanns, sein Unternehmen, seine Firma, sein Name, das, was er denen übergab, die nach ihm kamen. Man hat wohl

[7] Gemeint sind vor allem die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

gewußt, warum man durch die Konfiskation des Eigentums diesen tödlichen Stoß gegen die Pioniere des Deutschtums geführt hat. Man wußte wohl, daß man uns damit die beste Waffe nahm, um diejenige Stellung in der Welt wiederherzustellen, die wir einst besaßen.

Ich spreche hier nicht als Theoretiker. Viele von Ihnen, die hier sind, wissen, wie wir in jenen **Darlehnskassen für das Auslandsdeutschtum**[8] zusammengewesen sind, die der bittersten Not einmal begegnen sollten. Sie wissen auch, daß ich stets dafür eingetreten bin, die ganze Frage der Entschädigung nicht in die Hände der Bürokratie zu legen, sondern in die Hände derjenigen, die auf Grund eigener Lebensanschauung auch wußten, wie man helfen sollte und in welcher Weise man helfen sollte. (Bravo!) Daß wir zwar nur wenig getan haben, aber doch in ehrenamtlicher Tätigkeit so manches getan haben, um die bitterste Not zu lindern, das kann der Bund der Auslandsdeutschen als Aktivposten in seiner Geschichte buchen. Dafür werden nicht nur die Bedachten, sondern auch Reich und Staats stets dankbar sein müssen. Aber wie sehr ist das, was der Staat, was das Reich tun kann, begrenzt! Nicht nur die Machtmittel des Reiches sind begrenzt, sondern auch seine finanzielle Kraft. So sind alle diese Schichten hineingezogen in den Strudel dieser Entwicklung, und man konnte wohl die Frage aufwerfen, ob es jemals einen Wiederaufbau nach diesem beispiellosen Niedergang geben würde.

Noch ein anderes kam hinzu, was seinen Wiederaufbau erschwerte. Erst langsam ebbte die **Kriegspsychose** in der Welt da draußen ab. Es ist im übrigen nicht nur Kriegspsychose, es ist ja auch zum Teil bewußter Kampf gegen unser Wiedererstarken, der sich in dem Kampf um die Gleichberechtigung des deutschen Kaufmanns ausdrückt. Wir kommen in diesem Kampf nur schrittweise vorwärts, aber wir kommen vorwärts, das ist kein Zweifel.

Diejenigen sind nicht die rechten Berater des deutschen Volkes, die immer nur Vertreter des schwärzesten Pessimismus sind. Wenn jemand mit den Wellen zu ringen hat und nicht weiß, ob er an das Ufer kommt, und man gibt ihm keinen anderen Trost, als ihm zuzurufen: „Du kannst doch das Ufer nicht erreichen“, so stärkt man nicht die psychologischen Kräfte, die notwendig sind, um den Kampf zum mindesten zu wagen.

---

[8] Stresemann hatte nach dem oben Anm. 2 erwähnten Tagungsbericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 412 (Morgenausgabe) vom 1. September 1925, zusammen mit Reichstagspräsident Löbe eine Darlehenskasse zur Unterstützung der durch den Versailler Vertrag in Not geratenen Auslandsdeutschen „ins Leben gerufen“. Weitere Einzelheiten dazu waren nicht zu ermitteln.

Wir müssen erst das feste Land sehen, erst müssen wir den Glauben an die deutsche Zukunft haben, dann kommt die deutsche Zukunft. (Bravo! und Händeklatschen.)

Sie[9] haben in Ihrer Ansprache gute Worte gesprochen von der deutschen Einigkeit. Ich glaube, es fehlt an ihr mehr oft im Innern als draußen. Aber wenn sie irgendwo notwendig ist, dann ist es im Auslande. Da, wo andere Augen auf uns gerichtet sind, muß der Kampf schweigen, den man in der eigenen Heimat auszufechten hat. Da darf es nach außen nur ein Deutschland geben. Ich weiß sehr wohl, welch ein tiefer Riß nicht nur im Innern, sondern auch draußen durch uns geht. Wir haben einen Teil unseres Lebens gestanden in dem alten Deutschland mit all dem, was es Großes und Köstliches und Ehrwürdiges in sich barg. **Traurige Gesellen, die das Große der Vergangenheit ihres Volkes nicht anerkennen wollen!** (Bravo! und Händeklatschen!) Das alte Deutschland ist nicht mehr. Ein anderes ist an seine Stelle getreten. Sehen gerade Sie, die Sie draußen nicht die Kämpfe miterlebt haben, die dieses deutsche Volk durchgemacht hat, dieses neue Deutschland nicht mit falschen Augen an! Es hat unendlich viel durchgemacht, aber auch in kurzer Zeit unendlich viel geleistet. Ueber seiner ganzen Geschichte von dem traurigen Tage des Zusammenbruchs an steht doch das eine trotzige Wort: **Dennoch!**

Es ist doch sachlich ein weiter Weg, den wir zurückgelegt haben von den Tagen, in denen wir nicht wußten, ob nicht die Diktatur einer Klasse die künftige Form der Herrschaft in Deutschland sein würde, bis zu jenen Tagen, wo das deutsche Volk in politischer Reife sich zurückfand zur verfassungsmäßigen Form konstitutionellen Lebens in seinem Reiche. **Mag diese Verfassung[10] Fehler und Schwächen haben und revisionsbedürftig sein: sie ist doch der einzige Grund, auf dem wir heute stehen und heute vorwärts kommen können.** Und wer daran zweifelt und wer den Zwiespalt in seinem Innern nicht überwinden kann, er sehe doch auf das eine Symbol, das altes und neues verbindet, den Paladin der alten Zeit und den Präsidenten der Gegenwart, unseren ehrwürdigen Reichspräsidenten **Herrn von Hindenburg[11]!** (Bravo! und Händeklatschen.) In seiner Persönlichkeit vereinigt sich die Treue zu

---

[9] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf Oskar von Truppel (1854–1931), deutscher Admiral; Gouverneur von Kiautschou 1901–1911; er hatte zuvor mit einer Begrüßungsansprache die Tagung eröffnet (vgl. AUSLANDSWARTE, Nr. 17 vom 15. September 1925, S. 2).

[10] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[11] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

dem, was war, mit der Treue zu den Aufgaben, an denen jeder einzelne heute mitarbeiten muß, auch wenn es ihm innerlich schwer fällt. Die Entwicklung vom Politiker zum Staatsmann vollzieht sich in einem Leben, in dem man lernt, nicht nur dasjenige auszusprechen, was man persönlich als das Wünschenswerte ansieht, sondern in dem man lernt, sich zu überwinden, wenn es sich darum handelt, das Einzel-Ich dem großen Ganzen und dem Glauben an die Zukunft einzuordnen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Es ist gewiß ein ganz anderes Deutschland, das uns heute umfängt als das Deutschland der Vergangenheit. Als ich einst den Fuß auf amerikanischen Boden setzte[12], war es, wenn man auf einem deutschen Schiff in den Hafen von New York einfuhr und die stolzen Piers der Hapag und des Norddeutschen Lloyd sah[13], gewiß ein Gefühl des höchsten Stolzes, zu diesem Volke zu gehören. Und trotzdem, **der Patriotismus jener Zeit war leichter als der Patriotismus der Gegenwart.** Damals gehörte nicht viel dazu, sich zu diesem Deutschland zu bekennen, denn von seiner Größe ging ja ein Strahl über auf denjenigen, der zu ihm gehörte.

Heute muß von dem Herzblut des einzelnen etwas übergehen zu diesem arm und machtlos gewordenen Deutschland, damit es durch die Kulturgemeinschaft der hundert Millionen Deutschen an geistiger Kraft gewinnt, was es leider an materieller Kraft verloren hat. (Bravo! und Händeklatschen.) Denn vor jedem Wiederaufstieg steht zunächst das Geistige und nicht das Materielle.

Deshalb brauchen wir auch nicht an unserer Weitentwicklung zu zweifeln. Gewiß, wir sind ein armes Volk geworden. Ich habe vor wenigen Wochen die Ziffern der **Sparkasseneinlagen[14]** in Deutschland gehört. Es ist nur ein Zehntel dessen, was wir vor dem Kriege besessen haben, 2,2 Milliarden gegen 21 Milliarden vor dem Kriege im Jahre 1913. Aber daß überhaupt wieder gespart wird – und ich will hinzufügen –

---

[12] Stresemann war im September und Oktober 1912 als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation zunächst zum Internationalen Handelskammerkongreß in Boston gereist und bereiste mit dieser Delegation anschließend Nordamerika. Berichte Stresemanns über seine Eindrücke von dieser Reise finden sich unter dem Titel „Amerikanisch-kanadische Reiseeindrücke. Vom amerikanischen Wirtschaftsleben“ in Sächsische Industrie 9 (1912/13), S. 102–106; unter dem Titel „Vom Deutschtum in Amerika“ in Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 325 vom 22. November 1912.

[13] Die beiden Reedereien HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft), gegründet 1847 in Hamburg, und Norddeutscher Lloyd, gegründet 1857 in Bremen, bedienten vor dem Ersten Weltkrieg ein weltweites Liniennetz.

[14] Die Quelle für Stresemanns Aussagen über die Sparkasseneinlagen ließ sich nicht ermitteln. Möglicherweise wurden sie im (mündlichen) Bericht des Reichsbankpräsidenten vom 14. August 1925, dem auch Stresemann zuhörte, erwähnt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 490–521). – Zum Stand der Spareinlagen vom 30. Juni 1925 vgl. auch einen Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 436 (Morgenausgabe) vom 15. September 1925.

**gespart werden kann,** das ist doch zunächst wieder einmal der erste Meilenstein in einer gesunden Fortentwicklung; daß wir zu einer Konsolidierung unserer Währung gekommen sind[15], wozu Länder nicht gekommen sind, die zu den Siegerstaaten gehören, das zeigt doch, wessen wir fähig sind, auch im Unglück, auch in der Not.

Lassen Sie mich auf zwei Dinge hinweisen als Beispiel dafür, daß der Mut der Deutschen ungebrochen ist.

Das eine Beispiel ist **die deutsche Schiffahrt.** Es gibt doch nichts Brutaleres als die Vernichtung der deutschen Handelsflotte nach dem verlorenen Kriege[16]. So ist Rom nicht gegen Karthago vorgegangen[17], wie man gegen uns vorgegangen ist. Man hat uns nur die Küstenschiffe gelassen, man wollte uns für immer die Flügel lähmen, mit denen wir uns irgendwie von dem Boden der Schmach wieder erheben könnten. Was ist damals geschehen? Was für ein prächtiges Material hatten wir in unseren Seeleuten. Sie kommandierten die größten Schiffe, die, von deutschem Geist erdacht, das Weltmeer durchfuhren. Sie sind auf kleine Küstendampfer gegangen und haben sie kommandiert, und wer keine Stelle als Kapitän fand, ist als Offizier gegangen, und wer keine Stelle als Offizier fand, reihte sich in die Mannschaft ein. Und so bissen sie die Zähne zusammen und bauten wieder neue Schiffe.

Wie Sie heute sehen: Wir sind wieder auf dem Meere, und wir lassen uns nicht wieder von diesem Meere in Zukunft vertreiben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Nehmen Sie ein zweites dazu. Man hat uns vom **Kolonialbesitz** ausgeschlossen[18]. In den Satzungen des Völkerbundes[19] steht, daß zu Kolonialmandaten nur befähigt seien „fortgeschrittene Nationen“, zu denen wir anscheinend nicht gehörten in den Augen der anderen. Man hat von deutschen **Kolonialgreueln** gesprochen. Ich habe es stets abgelehnt, den Stab über diejenigen zu brechen, die zuerst fremdes

[15] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[16] Deutschland hatte in Ausführung des Versailler Vertrags (Anl. III zu den Reparationsbestimmungen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 118–120) einen Großteil seiner Handelsflotte auszuliefern.

[17] Der Zweite Punische Krieg zwischen Rom und Karthago (218–201 v.Chr.) endete mit einem drakonischen Frieden, bei dem Karthago u.a. alle seine Besitzungen außerhalb Nordafrikas und fast seine komplette Kriegsflotte ausliefern mußte. Der Inhalt des Friedensdiktats ist u.a. beim römischen Schriftsteller Titus Livius im 30. Buch seiner Römischen Geschichte überliefert.

[18] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (ebd., S. 75).

[19] Die Satzung des Völkerbundes, als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert, formulierte in Art. 22, daß die durch die Pariser Vorortverträge abgetretenen Kolonien bisheriger Kolonialmächte den „fortgeschrittenen Nationen“ in Vormundschaft übertragen würden (ebd., S. 16).

Land betraten und in fremden Landen die ersten Pioniere waren. Was man in dieser Situation tun muß, das kann derjenige nicht beurteilen, der vom sicheren Port, wo keine Gefahren sind, Bücher und Artikel darüber schreibt. (Bravo!) Was in der deutschen Kolonialherrschaft, gemessen an dem, was andere Völker darin geleistet haben, geschehen ist, deswegen braucht Deutschland die Augen vor niemand niederzuschlagen. Das zeigt einmal die Kolonie, deren Gouverneur wir heute als Vorsitzenden[20] unter uns zu sehen die Ehre haben (Kiautschou. Die Red.)[21]. Das zeigt die Treue, mit der die Askari bis zum letzten in Ostafrika an unserer Seite gekämpft haben[22]. Und daß es mir als Außenminister möglich war, mit dafür zu sorgen, daß im **Herbst dieses Jahres bis zum letzten Pfennig die Auszahlung des Soldes an die Männer, die unter deutscher Flagge mit uns gekämpft haben, erfolgt[23],** das gereicht mir zu ganz besonderer Genugtuung. (Bravo!)

Lassen Sie mich ein letztes sagen:

Die Kolonien waren verloren, unter Schimpf und Schande waren wir hinausgetrieben. Das ist wohl alles mit dem Bewußtsein geschehen, uns von diesen Lebensaufgaben eines großen Volkes auszuschließen. Wann die Zeit kommt, in der wir wieder eigene Kolonien besitzen, vermag ich nicht zu sagen.

Aber daß die Wiedergewinnung der deutschen Kolonien ein Ziel, und zwar ein aktuelles Ziel der deutschen Politik ist, daran gibt es keinen Zweifel. Gibt es fortgeschrittene Nationen, dann gehören wir zu diesen fortgeschrittenen Nationen. Darauf haben wir ein Anrecht aus unserer Kolonialgeschichte. (Bravo!)

Ein erster Schritt zu deutscher wirtschaftlicher kolonialer Betätigung ist seit dem letzten Jahre wieder getan. Die einst **von uns in Kamerun bewirtschafteten Plantagen** sind – wenn ich nicht irre – bis zur letzten wieder in unserem Besitz[24]. Und

---

[20] Vgl. oben mit Anm. 9.

[21] So – als Ergänzung des Herausgebers – in der Vorlage.

[22] Askari(s) war die Bezeichnung für die afrikanischen Soldaten, die in der deutschen Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika dienten und somit im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften.

[23] Einen entsprechenden Beschluß über die Auszahlung noch ausstehender 12 Millionen Goldmark hatte bereits das Kabinett Cuno am 4. Mai 1923 gefaßt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 462). Zu den Verhandlungen mit Großbritannien über die Modalitäten dieser Auszahlung in dessen Mandatsgebiet vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 189–190 u. insb. Anm. 4. Einem Artikel in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 221 (Morgenausgabe) vom 29. Mai 1925, ist zu entnehmen, daß die britische Regierung zwischenzeitlich der Auszahlung unter Auflagen zugestimmt hatte.

[24] Offenbar bezieht sich Stresemann hiermit und im Folgenden auf die Londoner Versteigerung ehemals deutscher Plantagen in Kamerun im Herbst 1924, für die sich ehemalige deutsche Besitzer zu einer Art Genossenschaft zusammengeschlossen hatten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 529–531). Die Berichte über die Auktionen in THE TIMES, Nr. 43818 vom 25. November 1924, S. 11, und Nr. 43819 vom 26. November 1924, S. 11, geben keinen Aufschluß dar-

daß die deutschen Plantagenbesitzer der alten Zeit die deutsche Uneinigkeit überwanden und gemeinschaftlich in London auf ihren alten Besitz boten mit der stillschweigenden Vereinbarung, jeder geht wieder an die Stelle, wo er einst war, daß heute dieser Plantagenbesitz in Kamerun wieder in unseren deutschen Händen ist, ist mir ein Beweis, daß die Deutschen wieder dieses „Dennoch!“ fühlen: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn[25], denn ich habe das Recht auf Leben wie irgend ein anderes Volk auf der Erde! (Bravo! und Händeklatschen.) Dieser Lebenswille, diese Lebenskraft, die da glaubt, vorwärts zu kommen, das ist das, was wir brauchen, worin uns das Auslandsdeutschtum voranstehen muß.

Diese deutsche **Außenpolitik** geht einen dornenvollen Weg, und gar oft hätte ich den einen Wunsch, daß manche, die sie leichtlich kritisieren, einmal an der Stelle stehen möchten, wo die Verantwortlichkeit selbst zu Hause ist. Es ist so unendlich schwer, jetzt unter den Umständen, die ich Ihnen gekennzeichnet habe, dasjenige zu erreichen, was das Herz wohl sofort wünscht, was aber der Verstand nicht sofort zu leisten vermag. Friedrich der Große[26] hat einmal von dem ihm in vieler Beziehung kongenialen Josef II. von Oesterreich[27] das schöne Wort ausgesprochen: „Er tut in der Treibhaushitze seines Gemüts immer den zweiten Schritt, ehe er den ersten getan hat!“

Wir müssen schrittweise vorgehen. Der Kampf, den wir kämpfen, gilt gegenwärtig dem großen Gedanken der **Gleichberechtigung Deutschlands** als Reich neben anderen großen Völkern. Unter diesem Leitgedanken stehen auch die aktuellen außenpolitischen Fragen und dabei steht auch der Gedanke des Auslandsdeutschtums im Mittelpunkt dieser ganzen Politik. Ich weiß sehr wohl, daß die Frage des **Eintritts Deutschlands in den Völkerbund** umstritten ist. Wer die Geschichte des Völkerbundes kennt und seine bisherigen Arbeiten, der versteht die Skepsis gegenüber dem Völkerbund. Wer vorwärts schaut, muß sich die Frage vorlegen, ob das Eintre-

---

über, wer die Plantagen letztlich erwarb; einem Artikel in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 248 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1925, ist jedoch zu entnehmen, daß es gelungen war, „die ehemaligen deutschen Pflanzungen in Kamerun bis auf eine wieder in deutschen Besitz zu bringen“, und daß die Besitzer im März 1925 in Kamerun eingetroffen waren. – Zu dieser Geschichte des Wiedererwerbs, der offenbar auch mit einem Kredit aus Reichsmitteln getätigt wurde, vgl. auch den Bericht des „Vorsitzenden der Vereinigung Kameruner Pflanzer“: Wilhelm Kemner: Deutscher Wiederaufbau in Kamerun. In: Das Buch der deutschen Kolonien. [...] 3. Aufl. Leipzig 1937, S. 326–335; die Wiederbeschaffung: S. 328–329.

[25] Dieser Halbsatz ist ein Zitat aus dem Alten Testament (Genesis 32,27) aus der Szene, in der Jakob mit Gott kämpft und ihn zum Segen zwingt.

[26] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Ein genauer Nachweis des folgenden Zitats konnte nicht ermittelt werden.

[27] Joseph II. (1741–1790), Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation 1765–1790.

ten Deutschlands **von Vorteil für die deutschen Minderheiten** ist. Die Rechte der deutschen Minderheiten sind international festgelegt[28], werden aber vielfach dem Deutschtum gegenüber nicht gehalten. Wenn Deutschland im Völkerbund und Völkerbundsrat ist, können diese Interessen mit ganz anderer Kraft vertreten werden als bisher von außen her. Das hat niemand mehr erkannt als Herr **Krammarsch[29],** der gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund protestiert hat und der gesagt hat: „Es ist noch schöner, wenn Deutschland uns kontrolliert in unserer Politik und wenn der Besiegte die Taten der Siegerstaaten mitbestimmte," wobei mir der Begriff „Siegerstaaten" in diesem Zusammenhange nicht ganz klar ist. (Bravo! und Händeklatschen.)

Diese ganzen Dinge, diese ganzen Kämpfe gehen naturgemäß gegenüber einer Situation, in der wenige Jahre nach dem Kriege noch fast die ganze Welt im feindlichen Lager stand, nicht so schnell vorwärts, wie das Gemüt es gern möchte.

Es wäre wünschenswert, wenn man es auch hier einmal verstände, diese Diskrepanz zwischen dem Wünschenswerten und dem Erreichbaren innerlich zu überbrükken, und demjenigen, der das nicht so schnell erreichen kann, wie das lodernde Herz es wünscht, nicht unterstellte, daß er in seinem Herzen nicht genau so national ist wie irgend jemand, der glaubte, ihn kritisieren zu müssen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir werden in allen diesen Dingen nur schrittweise weitergehen. Wir sehen Deutschland in diesen Wochen und Tagen von fremdem Druck, von fremder Besatzung befreit[30]. Möge die Zeit nicht mehr allzu fern sein, in der es von dem ganzen Volke heißen kann, daß wir „wieder auf freiem Grund mit freiem Volke" stehen[31]! **Das ist der Sinn der deutschen Politik.** Und wenn sie deswegen Opfer bringt, bringt sie es nicht, weil sie glaubt, aus irgendeiner prinzipiellen Einstellung der Erfüllung heraus

---

[28] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[29] Karel Kramář (1860–1937), tschechoslowakischer Politiker; Ministerpräsident 1918–1919. – Die nachfolgend Kramář zugeschriebene Aussage konnte nicht ermittelt werden.

[30] Am 25. August 1925 wurde mit dem Abzug französischer bzw. belgischer Soldaten aus Düsseldorf und Duisburg das letzte über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehende besetzte Gebiet geräumt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 [Abendausgabe] vom 25. August 1925).

[31] In Goethes 1832 veröffentlichtem „Faust. Der Tragödie zweiter Teil" ist Fausts letztes Ziel, „auf freiem Grund mit freiem Volke [zu] stehn" (Text in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 146–364; das entsprechende Zitat: S. 348). Offenbar variiert Stresemann hier dieses Zitat.

Opfer bringen zu sollen, sondern sie bringt die Opfer, um zur Freiheit zu gelangen, weil ihr die Freiheit diese Opfer wert ist. (Bravo!)

Der Engländer sagt von seinem Vaterlande: „England, with all Thy faults, I love Thee still!“[32] Trotz deiner Schwächen liebe ich dich doch, mein Vaterland! Lassen Sie auch uns über die Verschiedenheit der Anschauungen hinweg den Begriff Deutschland hochhalten als das, was über dem Streit der Meinungen im Leben eines Deutschen stehen muß. Wir lieben unser Vaterland und wir glauben an Deutschland. Lassen Sie uns in Zeiten tiefster Not den Blick auf die Zukunft richten und uns vereinigen in dem felsenfesten Glauben an deutsche Zukunft und deutsche Größe! (Minutenlanger Beifall.)[33]

[32] Es handelt sich um ein Zitat aus dem 1795 veröffentlichten Gedicht „The Task“ des britischen Dichters William Cowper; vgl. etwa [William] Cowper. Poetical Works. Ed. by H. S. Milford. 4th ed. London [u.a.] 1981, S. 127–241; das Zitat: S. 150.

[33] Im Tagungsbericht in AUSLANDSWARTE, Nr. 17 vom 15. September 1925, S. 3, heißt es: „Minutenlanger stürmischer Beifall dankte ihm für seine Ausführungen. Die Rede klang aus in ein begeistertes Hoch auf das deutsche Vaterland, in das alle Anwesenden einstimmten. Das Deutschlandlied brauste aus über fünfhundert deutschen Kehlen machtvoll durch den Raum und wird wohl selten mit innigerem Empfinden gesungen worden sein als von dieser Versammlung.“

## Rede in der norwegischen Gesandtschaft in Berlin vom 17. September 1925[1]

Nach STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 223–225 [2. Aufl. S. 364–365].

*Dankt Amundsen für dessen anerkennende Worte für deutsche technische Leistungen. Technik und Zivilisation sind nur Mittel zum Zweck des Strebens nach Höherem.*

Lassen Sie mich Ihnen, verehrter Herr Amundsen[2], besonders danken für die Worte, die Sie die Güte hatten heute abend zu sprechen. Sie haben in Ihren Darlegungen Ihrer deutschen Mitarbeiter gedacht, haben davon gesprochen, daß es Sie nicht gewundert hätte, wenn Ihre deutschen Mitarbeiter Großes auf dem Gebiete der Mechanik geleistet hätten. Sie haben weiter Ihre Bewunderung ausgesprochen über die deutschen Dornier-Flugzeuge[3], die Ihnen für Ihre Unternehmung dienten, und haben die Güte gehabt zu sagen, daß es bessere und hervorragendere Flugzeuge in der Welt wie diese nicht gegeben haben würde. Ich danke Ihnen aufrichtig für die Anerkennung deutschen Wesens und deutscher Leistungen auf dem Gebiete der Technik, die aus Ihren Worten hervor klang. Aber lassen Sie mich demgegenüber

---

[1] Die Datierung in der Vorlage („27.9.1925“) ist eindeutig falsch und beruht möglicherweise auf einem Druckfehler. Verschiedene Zeitungsberichte (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 443 [Abendausgabe] vom 18. September 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21915 [Abendausgabe] vom 18. September 1925, S. 5; WIENER ZEITUNG, Nr. 213 vom 19. September 1925, S. 4) gewährleisten die hier vorgenommene Datierung auf den 17. September 1925. – Die NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21915 [Abendausgabe] vom 18. September 1925, S. 5, erläutert in ihrer Berichterstattung: „Im Anschlusse an den Vortrag Amundsens gab gestern der norwegische Gesandte Scheel seinem berühmten Landsmann ein Fest im Hotel Adlon, zu dem auch Außenminister Dr. Stresemann und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Schubert. erschienen waren. Nach einer Begrüßungsansprache des Gesandten hielt Amundsen eine Ansprache. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Schwierigkeiten, unter denen das deutsche Volk in den letzten krisenreichen Jahren gelitten hat, baldmöglichst überwunden werden zum Wohl und zum Glück des deutschen Volkes und dadurch zum Segen der ganzen zivilisierten Welt. Auf diese Ansprache Amundsens erwiderte Dr. Stresemann mit einer warmen Begrüßung des Polarforschers. Die Rede Amundsens wird allgemein als Antwort an die Kreise aufgefaßt, die Amundsen seine Haltung während des Weltkrieges zum Vorwurf machen.“

[2] Roald Amundsen (1872–1928), norwegischer Polarforscher. – Amundsen weilte vom 16. bis 18. September 1925 in Berlin (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 440 [Morgenausgabe] vom 17. September 1925). – Seine Expedition vom späten Frühjahr 1925 mit dem Versuch, mit zwei Dornier-Flugzeugen zum Nordpol zu gelangen, bei der er und seine Mannschaft zwischenzeitlich als verschollen galten, war ein in der Öffentlichkeit intensiv beobachtetes Ereignis, wie die breite Presseberichterstattung dokumentiert. Am 18. Juni 1925 kehrte er von dem Flug zurück (vgl. die ausführlichen Berichte als Aufmacher ebd., Nr. 286 [Morgenausgabe], und Nr. 287 [Abendausgabe] vom 19. Juni 1925; ein erster eigener Bericht Amundsens: ebd., Nr. 292 [Morgenausgabe] vom 23. Juni 1925; dazu auch die ausführliche eigene Darstellung (mit Berichten der übrigen Expeditionsteilnehmer): Roald Amundsen: Die Jagd nach dem Nordpol. Mit dem Flugzeug zum 88. Breitengrad. Berlin [1925].

[3] Dornier (Dornier-Werke GmbH) war ein deutsches Flugzeugbauunternehmen mit Sitz in Manzell am Bodensee.

auch eines betonen: So sehr die Völker der Gegenwart vorgeschritten sind auf dem Gebiete der Technik und der Zivilisation, so bleibt doch alles menschliche Können und Wissen auf diesem Gebiete für den Fortschritt der Menschheit unnütz, wenn es nicht Mittel zum Zweck wird für diejenigen, die Willensstärke und Energie besitzen, um diese Werkzeuge in ihren Dienst zu stellen. Noch heute gilt das Wort des deutschen Dichters[4]: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut." Wenn es etwas Erfreuliches gibt in dieser Gegenwart, in der wir in den Steingräbern der Großstadt wohnen, so ist es das Heraussehnen der Menschen aus diesem Alltag zivilisatorischer Errungenschaften zu jenem Streben des Menschen nach dem Wunderbaren, nach dem Hauch der Romantik, den gerade unsere Zeit braucht. Einst sprachen die alten Griechen von diesem Menschheitssehnen in jenem Hymnus an den Menschen in ihrem „Viel Gewaltiges lebt, doch nichts, was gewaltiger ist als der Mensch."[5] Sie haben in Ihrem Streben zwei große Errungenschaften der Gegenwart miteinander verbunden. Sie gedachten des Unerforschlichen und Unendlichen, von dessen Grauen und dessen Reiz einst Goethe[6] in seinem Faust gesprochen hat in jenem Gang zu den Müttern. Sie werden mit mir übereinstimmen in der Auffassung jenes großen deutschen Geistes, was Menschenaugen erkennen können auf dieser Erde zu erforschen und sich dabei bewußt zu bleiben, daß darüber das Unerforschliche steht, was wir nur ehrfürchtig verehren können. Diese Gedanken haben sich bei Ihnen vereint mit Willensstärke und Trotz, der das Leben aufs Spiel setzt, um uns im menschlichen Erkennen vorwärts zu bringen. So wie Sie dessen, was deutsche Arbeit bei Ihrem Werk mit schuf, dankbar gedachten, so gedenken wir dankbar dieses Werkes, das Sie begonnen und durchgeführt haben als Sohn des norwegischen Volkes, das ebenso groß ist in den Leistungen auf dem Gebiete menschlicher Betätigung in Sport und menschlicher Kraft wie Tiefe in der Behandlung geistiger Fragen, die hervorleuchtet aus Ihrer Literatur, in der die Gedankenschwere der Einsamkeit Ihres großen Landes und seiner großen Geister sich widerspiegelt.

So lassen Sie mich meinen Dank zusammenfassen in dem Gedanken an das

[4] Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dichter. Das Nachfolgende ist ein Zitat aus Schillers 1799 uraufgeführtem Trauerspiel „Wallensteins Tod" (Vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 8. Neue Ausg., Teil II. Weimar 2010, S. 5–151; das Zitat S. 73).

[5] Ein Zitat aus der vermutlich 442 v.Chr. uraufgeführten Tragödie „Antigone" des griechischen Dichters Sophokles (vgl. etwa [mit leicht abgewandelter Übersetzung]: Sophokles. Die Tragödien. München 1977, S. 51–92; das Zitat: S. 62).

[6] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgend Angesprochene bezieht sich auf Goethes 1832 veröffentlichten „Faust. Der Tragödie zweiter Teil". Text in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 146–364; die entsprechende Passage: S. 191.

norwegische Volk, an dessen Vertreter[7] und seine verehrte Gattin[8] in der Reichshauptstadt und an Sie, der Sie Sohn dieses Volkes sind, dessen Name und Persönlichkeit aber darüber hinaus der Menschheit gehört.

[7] Arne Scheel (1872–1943), norwegischer Gesandter in Berlin 1921–1940.

[8] Vermutlich handelt es sich um Marie Mathilde Scheel, geb. Smith.

## Redebeitrag im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten vom 24. September 1925[1]

AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 567–570. – Druck auch in HUBATSCH S. 192–193.

*Das Kabinett will mit der Annahme der Konferenzeinladung – neben einer Erklärung zur Rheinlandräumungsfrage – eine Erklärung zur Kriegsschuldfrage abgeben; das kann die Konferenz beeinträchtigen, ist aber aus Rücksicht auf die Bevölkerung notwendig. Luther und er sollen für Deutschland zur Konferenz reisen. Die deutschen Ziele auf der Konferenz; die anzustrebenden Rückwirkungen.*

[...][2]

Die bisherigen Beratungen des Kabinetts haben einheitlich den Beschluß ergeben, die Einladung zur Konferenz[3] anzunehmen. Es ist aber als wünschenswert und notwendig erachtet worden, zugleich mit Annahme der Einladung deutscherseits zu zwei Fragen eine Erklärung abzugeben, um die innere Gleichberechtigung Deutschlands klarzustellen. Die eine Frage ist die der Schuld am Kriege[4], die zweite die vertragswidrige Nichträumung der ersten Rhein-Zone[5]. Dr. Stresemann verliest den

---

[1] Bereits an den beiden vorangegangenen Tagen war die geplante deutsche Antwort auf die Einladung der französischen und englischen Regierung (vgl. unten mit Anm. 3) in Ministerbesprechungen und in einem Ministerrat behandelt und ein kleinerer Kreis der Minister beauftragt worden, sie am 24. September 1925, 9.45 Uhr, zu redigieren (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 550–567); es bestand Einvernehmen über Luthers Vorschlag, daß am 24. September 1925 „der abschließende Kabinettsrat unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfinden“ solle (ebd., S. 560). – Zu den Besprechungen der beiden vorangegangenen Tage vgl. auch die Tagebucheintragungen Stresemanns vom 22. und 23. September 1925 (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 178–192).

[2] Hindenburg eröffnet die Sitzung um 11.10 Uhr und bittet Stresemann, „im Zusammenhang die Frage der Entwicklung des Sicherheitspaktes und die vom Kabinett in Aussicht genommenen Schritte vorzutragen“; darauf legt Stresemann „die Ergebnisse der Londoner Juristenkonferenz im einzelnen dar und führt weiter aus:“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 567).

[3] Am 15. September 1925 hatte die französische Regierung von ihrem Botschafter in Berlin eine Note übergeben lassen, in der sie eine Ministerkonferenz für Ende September oder Anfang Oktober, „zweckmäßigerweise in der Schweiz“, vorschlug, auf der die noch ausstehenden Fragen der Verhandlungen über einen Sicherheitspakt diskutiert werden sollten (Text u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 119). Zu den entsprechenden Noten Großbritanniens und Belgiens vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 154–155, Anm. 2.

[4] Gemeint ist eine Erklärung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags. – Auf eine schriftliche Erklärung hatte in den Beratungen der Minister (vgl. oben Anm. 1) vor allem Innenminister Schiele für die DNVP gedrängt.

[5] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden.

Entwurf der Erklärung (Anlage)[6]. Diese Erklärung soll zugleich mit der Antwort auf die Einladung übergeben werden, die rein formell zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Ministerzusammenkunft in der Schweiz annimmt und hierfür den 5. Oktober vorschlägt[7]. Es ist kein Zweifel, daß wir mit dieser Erklärung ein großes außenpolitisches Risiko übernehmen. Die Erklärung gegen die Schuldlüge, welche die Regierung Marx[8] seinerzeit öffentlich abgegeben hat, war nicht notifiziert worden, weil die französische wie die englische Regierung erklärt haben, eine solche Notifizierung nicht anzunehmen oder sie sofort zurückzusenden, was einen Konflikt bedeutet hätte. Deshalb muß die Form unseres Vorgehens eine solche sein, daß wir nicht in den gleichen Konflikt geraten und daß am besten überhaupt keine Antwort von der anderen Seite erfolgt. Im übrigen sind wir in der ganzen Welt wegen der Kriegsschuldfrage in der Offensive und im guten Fortschreiten, und zwar in dem Sinne, daß immer mehr Poincaré[9] als der Kriegsschuldige erscheint; umsomehr müssen wir vermeiden, daß diese Erklärung einen Rückschlag gegen uns bedeutet und daß wir wieder als Störenfried dargestellt werden. Darum ist die Erklärung vorsichtig gefaßt; es ist Bezug genommen auf ein deutsches Dokument, das den fremden Mächten zugegangen ist, nämlich das Memorandum vom September 1924[10], in welchem wir unseren Standpunkt im Völkerbund[11] im Zusammenhang darlegten, und ist weiter Bezug genommen auf die öffentliche Kundgebung des Reichs-

---

[6] So – offenbar als paraphrasierende Überleitung – in der Vorlage. Die Anlage liegt laut Vorlage dem Protokoll nicht bei. Eine Herausgeberanmerkung in der Vorlage äußert die Vermutung, daß sie „weitgehend mit der Endfassung des deutschen Memorandums vom 26.9. übereinstimmt". Diese Endfassung, eine Verbalnote vom 26. September 1925, gedruckt in LOCARNO-KONFERENZ S. 140–141.

[7] Text dieser Antwort ebd., S. 139.

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Text der von Marx gezeichneten Kundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage vom 29. August 1924, die über WTB verbreitet wurde, u.a. in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1006–1007; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 122. – Zur nachfolgend angesprochenen Nichtnotifizierung vgl. (in dieser Edition) die Rede Stresemanns in einer Pressekonferenz in Berlin am 12. September 1924.

[9] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[10] Gemeint ist das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[11] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar „zum Völkerbund", „im Zusammenhang mit dem Völkerbund" oder „in der Frage des Beitritts zum Völkerbund" o.ä.

kanzlers Marx vom 30. August 1924 über die Schuld am Kriege. Ich hoffe deshalb, daß dieser Schritt, der nicht durch zu starke Töne der deutschen Presse begleitet werden darf, vor sich gehen kann, ohne daß mehr als eine zeitweilige Verstimmung und Verschärfung der politischen Lage sich ergibt. Allerdings sind die Herren meines Amts der Auffassung, daß unter Umständen eine scharfe und ablehnende Antwort von der Gegenseite erfolgt, welche die Konferenz erschweren kann[12]. Auf der anderen Seite aber müssen wir die seelische Bedrückung und Belastung unseres Volkes ausräumen, ehe wir zu einer wirklichen Verständigung kommen können.

Der zweite Teil der Erklärung, die Räumung der ersten Rheinlandzone, ist weniger ernst; hier handelt es sich um eine Selbstverständlichkeit. Was die Vertretung Deutschlands auf der Konferenz anlangt, so ist das Kabinett in seiner Vorbesprechung dahin übereingekommen, daß der Reichskanzler[13] und der Reichsaußenminister das Reich vertreten sollen; ein einzelner deutscher Delegierter wäre schon physisch nicht in der Lage, alle Dinge durchzukämpfen und die Verantwortung für alles zu tragen. Die fremden Regierungen haben keine Bedenken gegen diese Vertretung.

Bei den einzelnen Fragen des Sicherheitspaktes wird es sich im wesentlichen um folgendes handeln:

Die von der Gegenseite vorgeschlagene Präambel[14] kann von uns nicht angenommen werden, entweder muß sie ganz wegfallen, oder der Passus vom Status quo muß so geändert werden, daß darin kein dauernder Verzicht auf deutsches Gebiet liegt. In der Frage der Möglichkeit der Kündigung des Sicherheitspaktes[15] werden wir den Standpunkt vertreten, daß allein von deutscher Seite, nicht erst von zwei

---

[12] Vgl. etwa die Aufzeichnungen Stieves vom 21. September 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 192–194) und Schuberts vom 23. September 1925 (ebd., S. 207–209) sowie dessen Stellungnahme in der Ministerbesprechung vom 22. September 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 554).

[13] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zur Diskussion über die Teilnahme Luthers an der bevorstehenden Konferenz vgl. die Ministerbesprechung vom 22. September 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 557–559).

[14] Auf der Konferenz in London vom 31. August bis zum 4. September 1925, zu der die Außenministerien ihre Juristen geschickt hatten, war ein in Einzelheiten noch kontroverser Entwurf für den abzuschließenden Vertrag ausgearbeitet worden; in der Präambel dieses Entwurfs heißt es: „im Bewußtsein der Notwendigkeit, den territorialen status quo in dem Gebiete zu befestigen, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist“ (vgl. den Bericht Gaus’ vom 18. September 1925 über die Juristenkonferenz: LOCARNO-KONFERENZ S. 120–138; der betreffende Passus der Präambel: S. 131).

[15] Der in der vorangehenden Anm. genannte Entwurf sah vor, daß der Vertrag in Kraft bleibe, „bis auf Verlangen von mindestens zwei der Hohen Vertragschließenden Parteien der Rat [des Völkerbunds], gegebenenfalls durch Mehrheitsbeschluß, anerkennt, daß der Völkerbund den Hohen Vertragschließenden Parteien ausreichende Garantien bietet“ (ebd., S. 137).

Mächten, diese mittelbare Kündigung erfolgen kann. Gerade wegen der Konstruktion des ewigen Friedens und der Schlußfolgerung eines Verzichts auf Elsaß-Lothringen hierbei ist es notwendig, daß ein Kündigungsrecht, wenn auch nur ein mittelbares, hier eingefügt wird, damit der Charakter der ewigen Dauer beseitigt ist. Weiter muß der Pakt Rückwirkung haben für das jetzige Besatzungssystem am Rhein, sowohl für die Dauer, die Höhe des Truppenkontingents als auch [für][16] das Delegiertensystem[17] und die Eingriffe in die deutsche Verwaltungshoheit. Unbedingt abgelehnt werden muß jede Verbindung dieses Paktes mit einem Ostpakt, insbesondere auch mit einer Garantie Frankreichs für einen solchen[18]. Wenn wir Schiedsgerichtsverträge mit Polen abschließen, so können es nur Schiedsgerichtsverträge nach unserem Muster, d.h. lediglich zur Erledigung von Rechtsstreitigkeiten sein[19]. Weiter kommt für die Verhandlung in Frage die Erreichung der vorzeitigen Rückkehr des Saargebiets[20]. Ferner müssen wir sicherstellen, daß Artikel 16 des Völkerbundstatuts[21] nur insoweit Anwendung findet, als wir selbst das Maß unserer Beteiligung bestimmen; ferner, daß das „Investigationsrecht" des Völkerbunds beseitigt wird[22]. Im Zusam-

---

[16] So – wenn auch nicht wirklich notwendig – in der Vorlage.

[17] Auf Bezirks- und Kreisebene beschäftigte die Interalliierte Rheinlandkommission „Delegierte" (häufig Besatzungsoffiziere), deren Anweisungen die regionalen Behörden zu befolgen hatten und die ihrerseits die Ausführung der Ordonnanzen der Rheinlandkommission überwachten.

[18] Frankreich hatte von Beginn der Verhandlungen über die deutsche Initiative in der Sicherheitsfrage vom Februar 1925 die Forderung aufrechterhalten, daß die Ostgrenze Deutschlands in ähnlicher Weise wie die Westgrenze gesichert werden müsse. Zur Diskussion dieser Frage auf der Juristenkonferenz vgl. die Aufzeichnung Gaus' über deren Sitzung vom 2. September 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 129–132).

[19] Zur noch strittigen Formulierung über den Charakter und die Garantie der anderen Mächte für die im Rahmen des Paktes zeitgleich abzuschließenden Schiedsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei vgl. den in Anm. 14 genannten Bericht Gaus' über die Juristenkonferenz (LOCARNO-KONFERENZ S. 128–131) sowie Art. 6 des dort angehängten Vertragsentwurfs (S. 136). – Allgemeiner zur Frage, welche Art von Schiedsverträgen von deutscher Seite favorisiert würden, vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift (wohl von Gaus vom 21. August 1925) in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45; zum Charakter der Schiedsvertrage insb. S. 37–41.

[20] Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 wurde das Saargebiet für 15 Jahre bis zu einer Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit dem Völkerbund unterstellt; Frankreich erhielt für diese Zeit das Eigentum an den Kohlengruben (Text der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

[21] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15); Deutschland hatte u.a. in dem oben mit Anm. 10 genannten Memorandum als eine der Bedingung für seinen Völkerbundsbeitritt die Befreiung von den Verpflichtungen aus Art. 16 genannt.

[22] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll" beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables" eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

menhang mit der Räumung der Kölner Zone werden auch die Fragen der Entwaffnung und der Luftfahrtnote[23] erledigt werden können. Hierüber ist das Kabinett im allgemeinen einmütiger Auffassung.

[...][24]

[23] Am 24. Juni 1925 hatte die Botschafterkonferenz dem deutschen Botschafter in Paris eine Note überreicht, in der als Ergebnis längerer Verhandlungen die Abgrenzung zwischen den Deutschland nach dem Versailler Vertrag verbotenen Militärflugzeugen und den erlaubten Zivilflugzeugen vorgenommen wurde und die kaum Zugeständnisse im Vergleich zu früheren Auflagen enthielt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 408–409; dazu die Aufzeichnung Nords vom 6. Juli 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 537–540).

[24] Nach weiteren Beratungen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 570–573) schlägt Reichskanzler Luther unwidersprochen vor, daß ein Kabinettsausschuß die Vorschläge Stresemanns zusammenstellen und formulieren solle, damit sie zu einem Kabinettsbeschluß führen können. – Als amtliche Meldung wurde noch am gleichen Tag veröffentlicht, daß der Kabinettsrat beschlossen habe, die alliierte Einladung zu einer Konferenz anzunehmen, und daß der Reichskanzler und Stresemann an dieser Konferenz teilnehmen würden (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 453 [Abendausgabe] vom 24. September 1925).

## Rede zur Eröffnung der kinophotographischen Ausstellung in Berlin vom 25. September 1925[1]

Nach REICHSKANZLER DER WEIMARER REPUBLIK IN ORIGINALTONAUFNAHMEN[2]. – Als Audiodatei auch in WEIMARER REPUBLIK II, Audio-CD. – Druck (mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 424 (Abendausgabe) vom 25. September 1925.

*Wünscht der Ausstellung guten Verlauf und Erfolg. Sie ist ein Beweis für deutsche Geistes- und Schaffenskraft.*

Der kinematographischen und photographischen Ausstellung, die am heutigen Tag eröffnet wird, spreche ich meine besten Wünsche aus für ihren Verlauf und für den Erfolg der Veranstaltung. Diese Ausstellung ist ein Beweis der inneren Stärke beider Industrien in schweren Zeiten deutscher wirtschaftlicher Entwicklung. Sie danken diese innere Stärke vor allem der Wahl ihrer Führer und Mitarbeiter, die es verstanden haben, die Entwicklung beider Industrien auf eine Höhe zu bringen, die in bezug auf die seelische Darstellung und Durchgeistigung des Films und ebenso in bezug auf technische Möglichkeiten auf die Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht worden sind. Daß ich heute in der Lage bin, im Bilde zu Ihnen zu sprechen, ist ein lebender Beweis dieser Entwicklung und dieses Fortschritts auf diesem Gebiete.

---

[1] Zur Eröffnung der kinophotographischen Ausstellung vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 455 (Abendausgabe) vom 25. September 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 424 (Abendausgabe) vom 25. September 1925.

[2] Bei der Vorlage handelt es sich um eine Audiodatei, die hier in Transkription wiedergegeben wird. Die Vorlage ist ursprünglich offenbar die Tonspur eines Films gewesen, denn sie erläutert einleitend, daß die (höchstwahrscheinlich vor dem 25. September) im Reichsaußenministerium aufgezeichnete Rede der einzige Tonfilm sei, der je von Stresemann aufgenommen worden sei und nun im Gedenken an den verstorbenen Stresemann ausgestrahlt werde (also offenbar nach seinem Tod, ohne daß der Zeitpunkt ermittelt werden könnte). – Der Bericht über die Ausstellungseröffnung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 455 (Abendausgabe) vom 25. September 1925, macht deutlich, daß Stresemann am 25. September 1925 wohl nicht persönlich anwesend war, sondern die Rede auch bei der Ausstellungseröffnung lediglich als Film- und Tonwiedergabe präsentiert wurde. Dort heißt es unter der Überschrift „Feierliche Eröffnung der Kipho. Stresemann im Bild und Lautsprecher“ u.a.: „Es war eine gelungene Ueberraschung, als gestern vormittag bei der feierlichen Eröffnung der Kipho im Vortragssaal des Hauses der Funkindustrie Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt am Rednerpult auf der Leinwand erschien und im Lautsprecher der Ausstellung seine Wünsche übermittelte. Besser als selbst der beredte Mund des Außenministers es vermochte, sprach die technische Tatsache des Tonbildes das Lob der deutschen Film und Photoindustrie.“ – Bei der Datierung des Zeitungsartikels („gestern vormittag“) handelt es sich offenbar um einen Irrtum: Die Ausstellung wurde tatsächlich am 25. September 1925 eröffnet (so auch in der Morgenausgabe vom gleichen Tag in einem Artikel über die Bedeutung und Exponate der Ausstellung: ebd., Nr. 454 vom 25. September 1925); möglicherweise war der Artikel für die Morgenausgabe des folgenden Tages geschrieben und wurde entgegen der ursprünglichen Absicht bereits in die Abendausgabe vom 25. September eingestellt.

Mögen beide Industrien fortschreiten in dieser Entwicklung. Möge es ihnen möglich sein, nicht nur der Heimat, sondern auch draußen in der Welt durch ihre Erzeugnisse ein Bild zu geben von deutscher Geistes- und Schaffenskraft und dafür zu sorgen, daß deutscher Geist und die Anerkennung deutscher Technik auch die Welt durchdringe.

## Rede vor der Presse in Locarno vom 4. Oktober 1925[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 528.

*Der deutsch-sowjetische Handelsvertrag sollte nicht gegen die Verhandlungen von Locarno ausgelegt werden. Russische Angst vor einer deutschen Westorientierung ist unbegründet; für Deutschland gibt es keine Option zwischen Ost- und Westpolitik.*

Die Besprechungen, die Tschitscherin[2] mit mir in Berlin gehabt hat und die zum Abschluß der zweijährigen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag[3] führen, sind in manchen Erörterungen der Äußerungen Tschitscherins[4] von der Presse in Berlin als eine Spitze gegen das Verhandlungsziel von Locarno[5]

---

[1] Nach Ausweis der Tagebucheintragung Stresemanns fand vormittags ein „Empfang der deutschen Presse“ statt, auf dem zunächst Luther eine Ansprache hielt und anschließend Stresemann eine „Ansprache betreffend Besuch Tschitscherins“. Allerdings gab Stresemann unmittelbar im Anschluß einen „Empfang der ausländischen Presse mit demselben Thema“ (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 187; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 689–690). Alleine anhand des hier wiedergegebenen Textes, sehr wahrscheinlich einer gekürzten Fassung, ist nicht zu entscheiden, auf welchem der beiden Presseempfänge Stresemann die betreffenden Worte sprach. Ausführlicher, allerdings auch ohne Klärung, auf welchem der Presseempfänge Stresemann die Worte sprach, und zudem nur in indirekter Wiedergabe der Ausführungen Stresemanns: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 471 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21932 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1925, S. 2. – Ebenso nur in indirekter Wiedergabe der betr. Bericht in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 440 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1925; er legt mit der engen Anlehnung an das hier Wiedergegebene allerdings nahe, daß es sich um den „Empfang der deutschen Presse“ handelt (es sei denn, Stresemann habe die betreffenden Bemerkungen nahezu inhaltsgleich auch vor der „ausländischen Presse“ wiedergegeben). – Aus der Berichterstattung der WIENER ZEITUNG, Nr. 227 vom 6. Oktober 1925, S. 4, die sich ebenfalls lediglich mit dem Presseempfang für die deutschen Journalisten befaßt, erschließt sich mit dem Hotel Esplanade, in dem die deutsche Delegation logierte, der Ort der beiden Empfänge.

[2] Georgij Vasil’evič Čičerin (1872–1936), sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. – Zu seinen Besprechungen mit Stresemann in Berlin vgl. dessen Aufzeichnungen vom 30. September und 2. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 284–296; zur Datierung der ersten Aufzeichnung vgl. jedoch ebd., S. 284, Anm. 2).

[3] Zu den langen Verhandlungen seit 1922 vgl. die zahlreichen Quellen in den einschlägigen Bänden der AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK. Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 1. Oktober 1925 den Entwurf des Vertragswerks, das verschiedene Materien wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehungen regelte, grundsätzlich angenommen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 598–599). Eine Presseerklärung gab dies am 2. Oktober 1925 bekannt (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 467 [Abendausgabe] vom 2. Oktober 1925).

[4] Čičerin hatte am 3. Oktober 1925 in Berlin eine Pressekonferenz gegeben; zu seiner dort abgegebenen Erklärung vgl. DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN 1922–1925 II, S. 753–756; zum Ablauf der Pressekonferenz auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 470 vom 4. Oktober 1925.

[5] In Locarno trafen am 3./4. Oktober die französischen, britischen, belgischen, italienischen und deutschen Delegationen ein, um die im Januar und Februar 1925 von Deutschland initiierte und zwischenzeitlich durch Notenaustausch und eine Juristenkonferenz in London vorangebrachte Diskussion über einen Sicherheitspakt vertraglich zum Abschluß zu bringen. Dokumentation der Vorgeschichte und der Konferenz von Locarno: LOCARNO-KONFERENZ.

ausgedeutet worden, eine Auslegung, die vollkommen gegenstandslos ist, wie ja auch Tschitscherin selber einem englischen Journalisten[6] gegenüber zugestanden hat, daß dieser Abschluß eines so schwierigen und wahrscheinlich für die künftigen Handelsverträge des Handelsmonopol-Landes Rußland mit anderen kapitalistischen Ländern vorbildlichen Vertragswerkes „keine Sensation darstelle“. Der deutsch-russische Abschluß ist nicht nur für Deutschland und Rußland, sondern ganz allgemein erfreulich, trotzdem die deutsche Wirtschaft wahrscheinlich allerlei an dem Vertrage auszusetzen haben wird. Auf der anderen Seite hat man offenbar in Rußland eine Zeitlang ernste Befürchtungen gehegt, daß Deutschland mit seiner Teilnahme an der Zusammenkunft in Locarno eine vollkommene Änderung seiner Politik und eine westliche Orientierung vornehmen wolle. Insofern sind die Vereinbarungen, die unmittelbar vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno[7] getroffen worden sind, eine Klarstellung der Absicht Deutschlands, sich den Weg nach Rußland offenzuhalten. Für uns gibt es keine Option zwischen Ost- und Westpolitik. Wir wollen nach beiden Seiten in guten Beziehungen leben.

[6] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[7] Die deutsche Delegation mit den Hauptdelegierten Luther und Stresemann und daneben den Staatssekretären Schubert und Kempner sowie Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, reiste am Abend des 2. Oktober 1925 von Berlin ab; vgl. dazu die Tagebucheintragung Stresemanns vom 2. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 689; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 186.

## Rede anläßlich der Vertragsparaphierung in Locarno vom 16. Oktober 1925[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 776. – Drucke (mit kleinen Abweichungen) auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 202–203; SCHULTHESS 66 (1925), S. 434–435; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 461 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 387–388 (mit falscher Ortsangabe „Genf"). – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21944 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925, S. 3.

*Die deutsche Delegation begrüßt die Entwicklung des Friedensgedankens, die von Locarno ausgeht und für Europa so wichtig ist. Vertraut auf die Rückwirkungen. Locarno soll nur der Anfang vertrauensvollen Zusammenwirkens sein.*

In dem Augenblick, in dem die Paraphierung der hier getätigten Verträge[2] erfolgt ist, wollen Sie mir im Namen des Herrn Reichskanzlers[3] und in meinem eigenen Namen gestatten, einige Worte zu Ihnen zu sprechen. Die deutschen Delegierten stimmen dem Text des Schlußprotokolls mit seinen sechs Anlagen zu und haben das durch die Paraphierung zum Ausdruck gebracht. Aufrichtig und freudig begrüßen wir die große Entwicklung des europäischen Friedensgedankens, die von dieser Zusammenkunft in Locarno[4] ihren Ausgang nimmt und als der Vertrag von Locarno einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Weiterentwicklung der Staaten und Völker zueinander ausmachen soll. Wir begrüßen insbesondere die in dem Schluß-

---

[1] Stresemann hielt seine Rede auf der Schlußsitzung der Konferenz von Locarno nach der Paraphierung der Verträge. – Das deutsche Protokoll dieses zweiten Teils der 9. Sitzung u.a. in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 775–779. In LOCARNO-KONFERENZ, wo das Protokoll ebenfalls gedruckt vorliegt (S. 195–196), fehlen die in der Schlußsitzung gehaltenen Reden.

[2] Texte des paraphierten Schlußprotokolls und der angehängten Verträge u.a. ebd., S. 197–215.

[3] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[4] Die Konferenz von Locarno tagte vom 5. bis 16. Oktober 1925. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. ebd., S. 144–196. Die deutschen Mitschriften enthalten (mit Ausnahme der Schlußsitzung) die Reden Stresemanns lediglich paraphrasierend bzw. in indirekter Rede. – Die Sitzungsniederschriften der einzelnen Delegationen sind zusammengestellt in SITZUNGSNIEDERSCHRIFTEN DER KONFERENZ VON LOCARNO. (Dieses „streng geheime" Weißbuch [AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 311, Anm. 1] ist nur in einer einzigen der großen deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken verzeichnet.) Dabei lassen die französischen Niederschriften von der grammatikalischen Konstruktion her nicht ausschließen, daß es sich passagenweise um wörtliche Wiedergabe des Gesprochenen handelt. – Stresemanns Tagebucheintragungen zur Konferenz: ebd., S. 679–705; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 186–203.

protokoll der Konferenz niedergelegte Anschauung der festen Überzeugung von jener Entspannung in den Beziehungen der Völker und jener Erleichterung der Lösung so vieler politischer und ökonomischer Fragen[5], die hierdurch abgeschlossen werden soll. Wir haben die Verantwortung für die Paraphierung der Verträge übernommen, weil wir des Glaubens sind, daß nur auf dem Wege friedlichen Nebeneinanderlebens jene Entwicklung der Staaten und Völker gesichert werden kann, die für keinen Erdteil so wichtig ist wie für das große europäische Kulturland, dessen Völker so unendlich durch die Jahre, die hinter uns liegen, gelitten haben. Wir haben sie insbesondere übernommen, weil wir zu dem Vertrauen berechtigt sind, daß politische Auswirkungen der geschlossenen Verträge insbesondere auch dem deutschen Volke in der Form der Erleichterung seiner Bedingungen des politischen Lebens zugute kommen werden[6]. So wichtig die Abmachungen sind, die hier ihre Fassung erhalten haben, so werden die Verträge von Locarno doch nur dann ihre tiefe Bedeutung in der Entwicklung der Nationen behalten, wenn Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer Periode vertrauensvollen Zusammenlebens der Nationen sein wird. Daß diese Möglichkeiten und daß die auf das Werk gesetzten Hoffnungen sich auswirken mögen, ist der aufrichtige Wunsch, dem die deutschen Delegierten in dieser bedeutungsvollen Stunde Ausdruck geben möchten.[7]

---

[5] Im Schlußprotokoll heißt es u.a.: „Die Vertreter der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und daß sie so, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 198).

[6] Stresemann bezieht sich hier auf die verschiedenen Absichtsbekundungen von französischer und britischer Seite im Hinblick auf „Rückwirkungen“ der Verträge, insbesondere auf die Rheinlandbesatzung und die Entwaffnungsfrage, die im Rahmen bzw. am Rande der Konferenz abgegeben wurden; vgl. dazu zusammenfassend die Aufzeichnung Stresemanns vom 18. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 702–705; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 199–202).

[7] Im Anschluß an Stresemann erwiderte Briand, dessen Rede kurze Ansprachen Chamberlains, Vanderveldes und Mussolinis folgten, ehe die Sitzung endete (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 776–779). – Ausführliche Berichte über den Ablauf der Sitzung u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21944 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925, S. 3; auch zu der anschließenden Aufnahme der Vertragsunterschließung durch das Publikum vor dem Tagungsort: TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 461 (Morgenausgabe) vom 17. Oktober 1925.

**Redebeitrag im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten vom 19. Oktober 1925**[1]

AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 781–784. – Druck auch in HUBATSCH S. 197–200.

*Deutschland hat in Locarno alle Forderungen durchgesetzt: Schiedsverträge nach dem deutschen System, auch diejenigen mit Polen und der Tschechoslowakei; Frankreichs Bündnisse mit beiden Staaten sind geschwächt; die deutschen Bedingungen zum Völkerbundsbeitritt, insb. zu Art. 16, sind erfüllt; im Schlußprotokoll steht der Wunsch nach allgemeiner Abrüstung. Vertraut auf Briands Zusage für Rückwirkungen, insb. in der Räumung der Kölner Zone und der Reduktion der Besatzungstruppen. Sie werden bis zur Vertragsunterzeichnung sichtbar sein.*

[...][2]

Reichsminister Dr. **Stresemann** geht in der Berichterstattung von der deutschen Note vom 20. Juli d.J.[3] aus und legt dar, daß der hier festgelegte deutsche Standpunkt in den Abmachungen von Locarno[4] voll durchgesetzt worden ist. Im einzelnen betont er, daß im Text des Sicherheitspaktes[5] selbst der deutsche Standpunkt [6]völlig

---

[1] Die Vorlage gibt keinen unmittelbaren Aufschluß über die Veranlassung der Sitzung. Sie dürfte jedoch am Vortag beim Bericht des gerade aus Locarno heimgekehrten Reichskanzlers gegenüber dem Reichspräsidenten vereinbart worden sein (vgl. dazu AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 780 mit Anm. 3).

[2] Der Reichspräsident eröffnet die Sitzung „und fordert die deutschen Delegierten der Konferenz von Locarno zum Bericht über Gang und Ergebnis der Konferenz auf." – Da im Folgenden bei der Protokollierung der Rede Stresemanns übergangslos von der indirekten in die direkte Rede gewechselt wird, wird sie hier vollständig wiedergegeben. Es darf vermutet werden, daß es sich im wesentlichen um ein Wortprotokoll handelt.

[3] In dieser Note, die Hoesch am 20. Juli 1925 Briand übergeben hatte, wurden von deutscher Seite die Bedingungen für das Zustandekommen des Sicherheitspakts präzisiert (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113).

[4] Texte des am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphierten Schlußprotokolls und der angehängten Verträge u.a. ebd., S. 197–215.

[5] Mit „Sicherheitspakt" ist die erste Anlage des in der vorangehenden Anm. genannten Schlußprotokolls gemeint, nämlich der Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, in dem sich die Vertragspartner zur Unverletzlichkeit bzw. Garantie der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen und zur Entmilitarisierung des westlichen Territoriums des Deutschen Reiches, wie im Versailler Vertrag festgelegt, verpflichten (ebd., S. 198–202).

[6] Die Fortsetzung ist in der Vorlage verdruckt: Eine Zeile ist doppelt wiedergegeben, eine andere ausgelassen. Dank der freundlichen Hilfe des Bundesarchivs, Dienststelle Berlin, das Ablichtungen der betreffenden Passage aus der Archivvorlage (R 43 I/1405) zur Verfügung stellte, kann hier die richtige Fassung rekonstruiert werden.

zum Siege gekommen ist: In der Präambel dieses Vertrages ist eine Fassung dahin durchgesetzt worden, daß die Worte „pour stabiliser le status quo“ ersetzt worden sind durch die Worte „pour assurer la paix“[7]; allerdings wird im Artikel 1 noch einmal von der Wahrung des Status quo gesprochen, aber nur im Sinne der folgenden Paragraphen, d.h. daß der Status quo nur garantiert werden soll durch Verzicht auf einen Angriff, so daß also in keiner Weise ein Verzicht auf früheres deutsches Gebiet hieraus entnommen werden kann. Neben dem Sicherheitspakt sind Schiedsverträge abgeschlossen worden[8], aber nur Schiedsverträge nach **unserem** System, d.h. wir unterwerfen uns in allen Rechtsfragen Schiedssprüchen, nicht aber in **politischen** Fragen. – Der Hauptkampf ist um die zwei großen Fragen entbrannt: Französische Garantie für den Osten und Stellung Deutschlands zum Völkerbund. Dem Gedanken der Garantie Frankreichs für den Osten lag die Idee zu Grunde, das französische Bündnis mit Polen und Tschechen[9] hineinzuarbeiten in den Westpakt und die Schiedsgerichtsverträge, und zwar so, daß Frankreich selbst sich das Recht der Entscheidung sicherte, wer Angreifer wäre. Der Gedanke eines „non aggression-Pakts“ im Osten ist vollständig fallengelassen worden, und es sind mit dem Osten nur Schiedsverträge nach unserem System abgeschlossen worden, und zwar in einer Formulierung, die eine Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen nicht in sich schließt. Die Garantie Frankreichs ist in vollem Umfange ausgeschieden worden, und das Verhältnis ist jetzt so, daß Frankreich nicht mehr Rechte und Pflichten hat gegenüber diesen beiden Staaten, als es nach den Völkerbundssatzungen[10] haben würde; nur dann, wenn der Völkerbund einstimmig uns als Angreifer bezeichnen würde, hätte Frankreich das Recht, dem Angegriffenen zu Hilfe zu kommen. Die jetzt von Frankreich mit Polen und Tschechen abgeschlossenen Verträge[11] haben nur

[7] Darüber hatte man sich in der 3. Konferenzsitzung vom 7. Oktober 1925 verständigt (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 154–159).

[8] Stresemann bezieht sich auf die deutschen Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien sowie mit Polen und der Tschechoslowakei, die als Anlage zum Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 paraphiert wurden (Texte in LOCARNO-KONFERENZ S. 202–214).

[9] Frankreich hatte am 19. Februar 1921 mit Polen einen (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag und am 25. Januar 1924 mit der Tschechoslowakei einen Allianz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen (Texte in SOCIÉTÉ DES NATIONS. RECUEIL DES TRAITÉS 18 [1923], S. 11–13, bzw. S. 23 [1924], S. 164–169). In der Sache macht es allerdings mehr Sinn, daß sich Stresemann auf die von Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Garantieverträge (nicht: Bündnisse) vom 16. Oktober 1925 (vgl. unten Anm. 11) bezieht.

[10] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19.

[11] Am 16. Oktober 1925 schloß Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei bilateral gegenseitige Verträge zur Garantie der jeweiligen Schiedsverträge mit Deutschland (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 216–217).

den Inhalt, daß Frankreich den Polen bei Konflikten zu Hilfe kommen würde, soweit es die Satzung des Völkerbunds erlaubt. Damit ist das bisherige französisch-polnische Bündnis hinfällig, es ist jetzt hineingearbeitet worden in die Satzung des Völkerbunds[12] und enthält über diese Satzung hinaus keine Verpflichtung. Dazu kommt noch, daß die englische Garantie, die an sich sich nur auf den Westpakt bezieht, jetzt auch in gewissem Zusammenhang mit dem Osten besteht; falls Frankreich im Falle eines deutsch-polnischen Krieges Polen zu Hilfe kommen sollte, ohne daß Deutschland nach Völkerbundssatzung als Angreifer erklärt wird, so ist England verpflichtet, uns zu Hilfe zu kommen. Daß Polen diese Lösung als vollkommene Niederlage ansieht, zeigt das persönliche Verhalten des polnischen Außenministers[13] ebenso wie die Stimmung der polnischen Presse[14].

Der zweite schwierige Fall war die Frage unseres Eintritts in den Völkerbund. Ich legte hier der anfangs starren gegnerischen Haltung gegenüber dar[15], daß der Zustand unserer Entwaffnung gegenüber voller Rüstung anderer Völker nicht von uns, sondern von unseren Gegnern gewollt wäre, und daß daher unsere Gegner jetzt auch nicht von uns ein militärisches Auftreten verlangen könnten in Fällen, wo ihnen ein solches erwünscht wäre. Ich habe ferner dargelegt, daß wir die „unmoralische Hintertür“ des Artikel 16[16], d.h. Vereitelung eines einstimmigen Beschlusses des Völkerbundsrats, nicht benutzen wollten, sondern ehrlich verlangten, daß man den tatsächlichen Entwaffnungsverhältnissen Rechnung trüge. In diesem Zusammenhang habe ich auch die Kriegsschuldfrage[17] erneut erwähnt; ich habe hierbei das Memo-

[12] Die in der vorangehenden Anm. genannten Verträge sahen vor, daß die Betreffenden ihre Garantiepflicht infolge der Bestimmungen der Völkerbundssatzung erfüllen würden.

[13] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926. – Stresemann berichtete später (vgl. in dieser Edition seine Rede vom 14. Dezember 1925) über Skrzyńskis schnellen Abgang nach der Paraphierung der Verträge; vermutlich meint er dies mit „Verhalten des Außenministers“.

[14] Zur Stimmung der überwiegenden Mehrheit der polnischen Presse vgl. den resümierenden Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 495 (Abendausgabe) vom 19. Oktober 1925.

[15] Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden in erster Linie auf seine Argumentation in der 4. Sitzung der Konferenz von Locarno vom 8. Oktober 1925 (Sitzungsniederschrift in LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[16] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15); ein solcher Beschluß des Rats erforderte gemäß Art. 5 der Satzung jedoch die Einstimmigkeit (ebd., S. 10).

[17] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text ebd., S. 211).

randum der Regierung Marx[18] vom September vorigen Jahres[19] mit allen Bedingungen vorgetragen und betont, daß das jetzige Kabinett erneut diese Gesichtspunkte aufrechterhalte und bestätige. Ich habe mich auch überzeugt, daß im französischen Protokoll über diese Sitzung[20] steht, daß der deutsche Außenminister die Bedingungen des Memorandums vom September 1924 über den Eintritt in den Völkerbund wiederholt hat. Es wurde schließlich vereinbart, daß die Gegner in der Form der Kollektivnote uns eine Erklärung über Artikel 16 abgeben[21], der unserem Standpunkt inhaltlich voll gerecht wird. Nach dieser Kollektivnote ist die Entscheidung, ob wir auf Grund Artikel 16 uns an einer Aktion gegen einen anderen Staat wirtschaftlich oder militärisch beteiligen wollen, vollständig in unsere Hand gelegt. Nach unserer Auffassung ist damit erreicht, was wir erreichen wollten. Ich habe dieser Erklärung gegenüber noch ausdrücklich betont[22], daß auch wirtschaftliche Maßnahmen von der militärischen Situation abhängen und auch wegen solcher wir die Freiheit unserer Entschließungen behielten. Die Gegenseite hat dies durch Chamberlain[23] ausdrücklich bestätigt.

Im Laufe der Debatten erklärten Briand[24] und Chamberlain, daß es nach Abschluß

---

[18] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[19] Gemeint ist das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war und in dem die deutsche Regierung die deutschen Bedingungen für einen Völkerbundsbeitritt formulierte; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[20] Mangels eines formalen Protokolls auf der Konferenz von Locarno bezieht sich Stresemann wohl auf die französische Sitzungsniederschrift zur 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925 (SITZUNGSNIEDERSCHRIFTEN DER KONFERENZ VON LOCARNO S. 77–81).

[21] Gedruckt als Anl. F zum Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 214–215). Darin erläutern die anderen Unterzeichner ihr Verständnis von Art. 16 gegenüber Deutschland dahingehend, daß er jeden Staat nur verpflichte „in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt“.

[22] Stresemann bezieht sich auf seine Äußerung in der 6. Sitzung vom 12. Oktober 1925 (vgl. ebd., S. 176).

[23] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Die entsprechende Bestätigung Chamberlains erfolgte ebenfalls in der 6. Sitzung (ebd., S. 180–181).

[24] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

dieses Vertrages keine Alliierten mehr gäbe[25].

Auch die Frage der Abrüstung wurde in diesem Zusammenhang behandelt; wir verlangten[26], daß hier etwas geschieht, und daß die militärischen Kräfte auf ein Minimum, und zwar im Prinzip gleichmäßig für alle Mächte, herabgesetzt werden müßten. Die Gegner gaben hierzu allgemein entgegenkommende Erklärungen ab, und im Schlußprotokoll sind auch solche Erklärungen enthalten[27]. Chamberlain hat allerdings bemerkt, daß Frankreich und England nicht so weit abrüsten könnten wie wir.

Die wichtige Frage der Rückwirkung des Vertragswerks auf die besetzten Gebiete haben wir naturgemäß erst gegen Ende vorbringen können, nachdem wir den Entwurf des Paktes auf eine annehmbare Form gebracht hatten. Als ich zum ersten Male die ganze Liste unserer Wünsche vortrug[28], erwiderte Briand stark betroffen, diese Darlegungen seien sehr mutig, ja waghalsig, und man brauche, um diese lange Reihe der Wünsche zu behandeln, eine große besondere Konferenz; schließlich erklärte er aber hier wie bei späteren Gelegenheiten, daß die Franzosen prinzipiell sich damit einverstanden erklärten, Erleichterungen der Besatzungen usw. herbeizuführen; Briand erklärte hierbei, daß er persönlich ein Gegner jeder Okkupation wäre. Am weitesten Entgegenkommen zeigten Frankreich und Belgien in bezug auf die Kontumazial-Urteile[29]. Solche Verfahren würden künftig nicht mehr eingeleitet werden. Wir versuchten, auch die noch ausstehenden Fragen der Entwaffnung[30] zu regeln:

---

[25] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf entsprechende Äußerungen Briands und Chamberlains in der 1. Sitzung vom 5. Oktober 1925 (vgl. ebd., S. 148–149). Fast im Wortlaut findet sich dies als Äußerung Briands auch in den Aufzeichnungen Stresemanns vom 13. Oktober 1925, die sich in dieser Passage wohl auch auf die Sitzung vom 5. Oktober 1925 beziehen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 699).

[26] Dies und die nachfolgend erwähnten „Erklärungen“ der „Gegner“ in der 6. Sitzung vom 12. Oktober 1925 (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 176–181).

[27] Im Schlußprotokoll wird die Erwartung formuliert, daß der Pakt „das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen“ (ebd., S. 198).

[28] Dies und das Folgende bezieht sich auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372) sowie auf ein Treffen derselben Delegierten und des belgischen Vertreters am 15. Oktober 1925 (vgl. die Aufzeichnungen Schuberts und Luthers: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–763 u. 763–767).

[29] Gemeint sind die auch 1925 in Frankreich und Belgien noch in Abwesenheit gegen deutsche Militärs wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Kriegsverbrechen geführten Prozesse bzw. gefällten Urteile.

[30] Gemeint sind Fragen, die sich aus der am 4. Juni 1925 von den diplomatischen Vertretern der alliierten Mächte in Berlin in der Reichskanzlei übergebenen Kollektivnote ergaben (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404), die in Ausführung ihrer Note vom 5. Januar 1925 (Text in MATERIALIEN ZUR

Chamberlain war bereit, in der Polizeifrage uns entgegenzukommen, während er in den militärischen Fragen (Chef der Heeresleitung, Ausbildung und Ausrüstung) zögernder war; schließlich einigten wir uns auf folgender Grundlage:

Deutschland richtet eine Note über den gegenwärtigen Stand der Entwaffnungsfrage an Frankreich; Frankreich wird dann antworten, daß mit Rücksicht auf die geringen Reste der Entwaffnungsfrage die Räumung der ersten Zone[31] nicht mehr länger verschoben wird und zu einem bestimmten Datum erfolge, wobei es allerdings die Erwartung ausspricht, daß auch die letzten Punkte bald erledigt würden. Briand erklärte wiederholt, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die Abmachungen von Locarno weitgehende Rückwirkungen für das Rheinlandregime und [die] Besatzung hätten; er müßte aber erst sein Kabinett fragen; solche Rückwirkungen für das Rheinland dürften auch nicht Handelsobjekte für diese Verhandlungen sein; Frankreich werde sie freiwillig eintreten lassen. Der Reichskanzler[32] wie ich sind überzeugt, daß Briand diese Versprechen hält. Schon heute beginnen in Paris, wie wir wissen, Besprechungen über die Räumung und andere Maßnahmen.

Auch das Investigationsprotokoll[33] haben wir zur Sprache gebracht; die Gegenseite erklärte uns, daß das Recht der Investigation nicht als dauernde Einrichtung angesehen werde, sondern daß nur in bestimmten Fällen und bei besonderen Verdachtsgründen auf Mehrheitsbeschluß des Völkerbundsrates eine Investigation zulässig wäre. Wir haben hiervon Kenntnis genommen.

Für die letzte Sitzung in Locarno[34] hatten wir erwogen, deutscherseits eine Erklärung über die Rheinlandfrage abzugeben. Briand machte aber den Gegenvorschlag, daß er von sich aus in seiner Schlußrede eine Erklärung zu diesen Fragen abgeben

---

ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51) erläuterte, in welchen Punkten Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinsichtlich seiner Entmilitarisierung noch nicht erfüllt habe.

[31] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner") Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden.

[32] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[33] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll" beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables" eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8).

[34] Gemeint ist wohl die Schlußsitzung vom 16. Oktober 1925 (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 192–196). – Zur nachfolgend erwähnten Absprache mit Briand vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 18. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 704.

würde. Das ist auch geschehen[35]. Briand und Chamberlain haben uns mitgeteilt, daß sie in ihren Kabinetten unverzüglich den Antrag einbringen wollten, die Ziffer der Besatzungstruppe herab[zu]setzen.

Die Paraphierung bedeutet, daß an dem Wortlaut der Verträge nichts mehr geändert werden kann. Das ist durchaus in unserem Interesse. Die Entscheidung, ob wir die Verträge zeichnen, haben wir bis zum 1. Dezember noch in der Hand[36], um der Gegenseite die Möglichkeit zu geben, bis dahin entweder die Kölner Zone zu räumen, oder mindestens doch bis dahin einen bestimmten Termin für die Räumung festzulegen. Ich habe die feste Überzeugung, daß bis dahin die Rückwirkungen unserer Abmachungen im Rheinland sich deutlich und erkennbar zeigen werden. In der Zwischenzeit werden auch Briand und Chamberlain in ihren Parlamenten, die früher als unser Reichstag zusammentreten, ihre Erklärungen abgeben. Bei dieser Sachlage haben wir es als richtig angesehen, zu paraphieren.

Ich bemerke zum Schlusse noch, daß während der ganzen Verhandlungen in Locarno zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir wie in der ganzen Delegation absolute Übereinstimmung bestand und keinerlei Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind.

[...][37]

---

[35] Nämlich in Briands kurzer Rede nach der Vertragsparaphierung in der Sitzung vom 16. Oktober 1925 (Text in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 776–777).

[36] Auf der Schlußsitzung der Konferenz hatte Stresemann den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vorgeschlagen, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (LOCARNO-KONFERENZ S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[37] Nach weiteren Erläuterungen Luthers und Fragen und Diskussionsbeiträgen der Minister faßt der Reichspräsident zusammen, daß das Kabinett die Arbeit der Delegation billige und die Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrags später gefaßt werden müsse (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 784–789). – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der Erträge der Sitzung vgl. seine Tagebucheintragung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205.

## Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Karlsruhe vom 23. Oktober 1925[1]

Nach DEUTSCHE STIMMEN 37 (1925), Nr. 21 vom 5. November 1925, S. 417–433. – Druck[2] auch in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1–3. – Teildrucke in STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 8–11, 15–17; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 528–529; SCHULTHESS 66 (1925), S. 155; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 504 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21951 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 4; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 473 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925.

*Der Weg der Nachkriegszeit hin nach Locarno. Die positiven Folgen der Londoner Konferenz von 1924. Motiv für die deutsche Sicherheitsinitiative war die Gefahr eines antideutschen Bündnisses. In Locarno hat Deutschland seine Ziele erreicht. Auch die Bedingungen für den gleichberechtigten Völkerbundsbeitritt sind erfüllt. Würdigt Ebert als Patrioten. Im Völkerbund kann Deutschland den Minderheiten im Ausland ebenso helfen wie Danzig und dem Saargebiet. Locarno bedeutet keine antirussische Wendung und nicht Verzicht auf Elsaß-Lothringen, sondern Sicherung des Rheinlands. Die Bedeutung der Schiedsverträge und der französischen Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei. Die zu erwartenden Rückwirkungen für das Rheinland.*

Seit dem verlorenen Kriege ist unsere Entwicklung auch im Innern immer beherrscht gewesen durch die außenpolitische Lage. Wir können sagen, daß die innere deutsche Politik nur ein Reflex dieser Lage gewesen ist, unsere Finanzpolitik, unsere

---

[1] In der Vorlage, offenbar einer leicht gekürzten Fassung der Rede, ist der betr. Artikel überschrieben mit „Das Werk von Locarno“. Eingangs wird ausgeführt: „In Karlsruhe hielt Reichsminister Dr. Stresemann am 23. Oktober folgende Rede, die erschöpfend das Vertragswerk von Locarno erläutert.“ Der konkrete Anlaß wird nicht benannt. – Auch in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1, wird in dem „Von Versailles über Locarno. Stresemann über Wege und Ziele deutscher Außenpolitik“ überschriebenen Artikel einleitend nur benannt: „Gestern Nachmittag hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann die nicht nur in Karlsruhe und im Badener Land, sondern von der ganzen deutschen Oeffentlichkeit und darüber hinaus mit Spannung erwartete Rede über das Ergebnis der Konferenz von Locarno. Der Außenminister [wurde] von der Versammlung in der Festhalle mit stürmischem Beifall begrüßt“. – Der Artikel läßt mit seiner abschließenden Bemerkung (vgl. unten mit Anm. 99) allerdings recht sicher erschließen, daß es sich um eine Wahlkampfveranstaltung der DVP im Hinblick auf die am 25. Oktober 1925 anstehende Landtagswahl in Baden handelte. In NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21951 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 4, wird ausdrücklich von einer „Wahlrede“ berichtet; ebenso wird in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 503 (Abendausgabe) vom 23. Oktober 1925, die betreffende Versammlung als „Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei“ angekündigt.

[2] In dem betreffenden Artikel, der in der Anordnung der Abfolge von der Vorlage abweicht, fehlen einige Passagen gegenüber der hier verwendeten Vorlage; andererseits enthält er Teile, die die Vorlage nicht wiedergibt. Sie werden hier durch Anmerkungen ergänzt.

Wirtschaftspolitik und ausstrahlend von der Finanzpolitik die ganze Lage unseres Volkes, namentlich die Lage des Beamtentums, war abhängig davon, ob es Deutschland gelänge, aus den unendlich schweren Bedrückungen, die ihm der verlorene Krieg auferlegte, wieder auf eine Grundlage zu kommen der Selbständigkeit in der Gestaltung seines Willens und der Lebensfähigkeit des Staates und Volkes auf der Grundlage des Auskommens der einzelnen. Wenn jemals ein solcher Reflex der Außenpolitik sich zeigte in seinen Wirkungen, dann sowohl heute nach den Verhandlungen in Locarno[3], ebenso wie vor einem Jahre nach den Verhandlungen, die damals in London[4] geführt worden sind. Aber lassen Sie mich nicht nur sprechen von dem, was gegenwärtig ist, lassen Sie mich auch von dem sprechen, was war, um aus der Entwicklung, die von Versailles[5] nach Locarno geführt hat, die Richtlinien zu suchen für das, was nach Locarno sein soll. Es war ein weiter Weg, der bis Locarno führte, es war ein dornenreicher Weg. Man sprach sonst viel davon, was die Völker im Kriege leiden, wir haben, weiß Gott, nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat unendlich gelitten; aber unsere Kriegszeit war nicht abgeschlossen mit dem Ende des Weltkrieges; die Nachkriegszeit war uns gegenüber die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Wir haben deutscherseits die volle Konsequenz aus dem verlorenen Krieg gezogen, obwohl diejenigen, die uns die Kriegsbedingungen auferlegten, sich nicht an das gehalten haben, was die Grundlage der Niederlegung der deutschen Waffen gewesen ist[6]; wir sind durch das, was wir nach dem Kriege geleistet haben, bis zum Weißbluten geschwächt worden.[7]

---

[3] Die Konferenz von Locarno tagte vom 5. bis 16. Oktober 1925. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. – Stresemanns Tagebucheintragungen zur Konferenz: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 679–705.

[4] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, die den „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festlegte; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[5] Gemeint ist der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919; Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Stresemann dürfte sich hier in erster Linie auf die „14 Punkte“ des amerikanischen Präsidenten Wilson beziehen, die dieser am 8. Januar 1918 in einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses als künftiges Friedensprogramm entwickelt hatte. – Text u.a. in The Papers of Woodrow Wilson. Ed. by Arthur S. Link […]. Vol. 45. November 11, 1917 – January 15, 1918. Princeton, N.J. 1984, S. 534–539; in deutscher Übersetzung u.a. in URSACHEN UND FOLGEN II, S. 374–376. Im deutschen Waffenstillstandsgesuch vom 3. Oktober 1918 hatte sich die Reichsregierung u.a. auf diese 14 Punkte bezogen (vgl. ebd., S. 378–379).

[7] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1: „‚Ich lehne es ab, in den Streit der Parteien darüber, welche Politik seit 1918 die richtige gewesen war, einzutreten,

Lassen Sie mich heute zunächst einmal einen Rückblick auf das, was in London erhandelt, was in London erreicht wurde, werfen. **Erreicht worden ist einmal die Festsetzung und Begrenzung der deutschen Reparationsleistungen.** Unter nichts haben wir so sehr gelitten, als unter der Ungewißheit über das, was wir zu leisten hatten. Eine Schuld, die ich kenne, die ich nur verzinsen und abtragen muß, drückt mich seelisch weniger als die Ungewißheit, die über meinem Leben steht, wie hoch die Schuldsumme sein wird, die ich und die nach mir Kommenden aufbringen sollten. Erst seitdem ist überhaupt ein deutscher Etat, seitdem ist eine deutsche Finanzwirtschaft, seitdem ist eine Einstellung der großen produktiven Kräfte unseres Volkes möglich gewesen. Dazu kam ein anderes: Anstelle eines Ruhrgebietes als Reparationsprovinz trat die Befreiung der dortigen Wirtschaft. Ich muß das in Ihr Gedächtnis zurückrufen; denn in der an sich kurzen Zeit meiner ministeriellen und Kanzlertätigkeit von mehr als zwei Jahren[8] habe ich eines bis zur Evidenz gemerkt, daß für das deutsche Volk das eine gilt, daß der Mensch nichts leichter und nichts lieber vergißt, als überstandene Gefahren. Was da war, existiert für ihn nicht mehr, das nimmt er als selbstverständlich hin und weiß nicht, wenn er geschichtlich denkt, daß es doch noch nicht 1 3/4 Jahre her war, daß **Poincaré[9]** den Ton in Europa angab und erklärte, daß die Frist der Besetzung[10] noch nicht zu laufen begonnen hätte.[11]

---

soweit er die Außenpolitik betrifft. Außenpolitik! – Wenn wir endlich lernen, ein politisches Volk zu werden, was wir nicht sind, denn wir benehmen uns oft wie politische Kinder – kann niemals die Politik einer Partei sein; in der Außenpolitik sollte der Streit aller Parteien schweigen. Nach innen können wir kämpfen, nach außen sollen wir endlich lernen, die geschlossene Front zu zeigen. (Lebhafter Beifall!) Ob man und wie man die Erfüllung der Leistungen aus dem verlorenen Kriege nennt, ist eine nebensächliche Frage. Die Versuche, alles zu erfüllen, was irgendwie in unseren Kräften stand, sind fortgeschritten bis nach dem Londoner Ultimatum und haben ihr Ende gefunden im Herbst 1922. Damals hat die deutsche Regierung unter Reichskanzler Dr. Wirth erklärt, daß sie nicht mehr in der Lage sei, die von uns verlangten Zahlungen in dem verlangten Umfange zu leisten. Darüber ist es zu denjenigen Auseinandersetzungen gekommen, die einmal ihren Ausdruck fanden in dem Besuch der Reparationskommission unter Herrn Barthou in Berlin.' Der Reichsaußenminister schildert dann in großen Zügen die Verhandlungen mit der Reparationskommission in Berlin, die Vereinbarungen in London und Paris unter der Regierung Cuno, wie es zur Besetzung deutschen Landes gekommen sei, spricht über den passiven Widerstand, der der Welt die Augen geöffnet habe über die Wunden Deutschlands und am Körper Europas, er weist hin auf die Einsetzung der Sachverständigenkommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und geht zur Londoner Konferenz über."

[8] Stresemann leitete als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. Danach behielt er das Amt des Außenministers.

[9] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[10] Laut Art. 429–430 des Versailler Vertrag sollte das in drei Zonen eingeteilte Besatzungsgebiet im Falle deutscher Vertragserfüllung (von Nord nach Süd) nach fünf, zehn bzw. fünfzehn Jahren geräumt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222), gerechnet vom Zeitpunkt der Ratifizierung, also vom 10. Januar 1920. – Poincaré hatte u.a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom

Gekommen ist nach London entsprechend den Zusagen, die uns gegeben wurden, die Räumung des Ruhrgebietes[12], die Räumung von Duisburg und Düsseldorf[13] – unter einem anderen Ministerium[14], unter anderen Männern, aber doch unter Innehaltung der gegebenen Zusagen, obwohl über die Räumung von Duisburg und Düsseldorf genau so nur über den Tisch herüber durch die Worte der Staatsmänner und durch das Niederschreiben ihrer Erklärung[15] verhandelt worden ist, wie jetzt in Locarno verhandelt worden ist über ähnliche Fragen, die sich weiter auswirken sollen.

Wenn ich ein Letztes sagen darf: Das Entscheidende in dem, was London gebracht hat, war die Begrenzung unserer Leistungen durch das, was man die Transferbestimmungen genannt hat, jene Bestimmungen, um die wir gekämpft haben seit 1919: daß die Ausfuhr deutschen Goldes oder deutscher Waren nur so lange möglich sei, als dadurch nicht die deutsche Währung in Mitleidenschaft gezogen würde. Bis jetzt ist diese Frage deshalb nicht besonders akut geworden, weil weiterhin das erste Jahr uns ja ein mittelbares Moratorium durch eine amerikanische Anleihe[16] ge-

---

23. November 1923 erklärt, die Frist habe noch nicht zu laufen begonnen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

[11] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1: „Es war doch ein entscheidendes Ergebnis, gerade der Londoner Konferenz, daß die Reparationsleistungen aufhörten, die an die Alliierten gingen, deren Finanzierung uns oblag. Es ist doch erst um diese Zeit gewesen, daß nicht wir, sondern der General Degoute [!] bestimmte, wohin die Kohlen zu dirig[i]eren waren, die der Ruhrbergbau hervorbrachte. Heute ständen wir vor einem Trümmerhaufen im Ruhrgebiet, wenn nicht zweierlei eingetreten wäre, die Aufrechterhaltung der damaligen Wirtschaft und die Befreiung des Ruhrgebietes von fremder Besatzung. Ferner hängt zusammen mit London die Aufrechterhaltung der deutschen Währung. Diese Aufrechterhaltung der deutschen Währung ist nur möglich gewesen durch eine sehr entschieden auf den Staat zugeschnittene Finanzwirtschaft. Aber das Volksganze muß uns doch höher gehen als die Klagen über die Thesaurierungspolitik des Finanzministers. Hier war das Zuviel an Vorsicht viel staatsnotwendiger als irgend eine Leichtfertigkeit auf diesem Gebiet."

[12] Am 31. Juli 1925 war die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[13] Im Frühjahr 1921 hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte" Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt. Am 25. August 1925 wurde mit dem Abzug französischer bzw. belgischer Soldaten aus Düsseldorf und Duisburg das letzte über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehende besetzte Gebiet geräumt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 [Abendausgabe] vom 25. August 1925).

[14] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf den Regierungswechsel in Frankreich, wo im April 1925 das Kabinett Herriot durch ein Kabinett unter Painlevé abgelöst wurde.

[15] Am Rande der Londoner Konferenz wurde von Herriot und von belgischer Seite die Räumung des Ruhrgebiets, der „Sanktionsstädte" und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257).

[16] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

bracht hat und weil damit die ewige Blutentziehung aus dem deutschen Körper in Gestalt der Reparations- und Goldleistungen wenigstens für diese Zeit aufgehört hat. So erhielten wir dadurch zunächst die Freiheit deutschen Landes, die Rückgabe der deutschen Eisenbahnen[17], die Rückgabe der beschlagnahmten Bergwerke[18], wir erhielten die Wiederverfügung über unsere Wirtschaft, eine Atempause in unseren Leistungen, und dadurch die Gewähr der endgültigen Stabilisierung unserer Währung[19] in einer Zeit, in der Frankreich und Belgien darum ringen mußten, dasselbe zu tun. Eine endgültige Lösung wird der Dawesplan[20] so wenig sein, wie er eine ideale Lösung ist. Aber wer in der heutigen Zeit mit ihren sich überstürzenden Ereignissen als Staatsmann nach einer endgültigen Lösung sucht, die für nachfolgende Geschlechter allein wegweisend sein soll für alle Zeiten, der mag theoretisch glauben, ein solches Werk vollenden zu können – praktisch wird er sich genügen lassen müssen, wenn er zunächst für absehbare Zeit das schafft, was in seinen Kräften liegt. Deshalb ist London ein wichtiger Meilenstein gewesen in der Entwicklung zu deutscher Unabhängigkeit, in der Entwicklung zu einer neuen Stellung Deutschlands unter den Weltmächten.

Auf London ist Locarno gefolgt: auf die große Konferenz zur Lösung der Wirtschaftsfragen die Konferenz zur Lösung der politischen Fragen. Die Initiative dazu – Herr Chamberlain[21] hat es neulich durch seinen Botschafter[22] bei der Rückkehr der deutschen Delegation[23] noch einmal aussprechen lassen – ist von deutscher Seite

---

[17] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. Am 16. November 1924 wurde deren Rückübertragung an die Reichsbahn abgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 442).

[18] Im Oktober 1924 wurden die deutschen Verfügungs- und Verwaltungsrechte wirtschaftlicher Art wiederhergestellt (vgl. ebd., S. 99–100) und damit die französisch-belgischen Kontrollen über die Kohlengruben aufgehoben.

[19] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[20] Vgl. oben mit Anm. 4.

[21] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[22] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Worten vom 18. Oktober 1925 beim Empfang der aus Locarno zurückkehrenden deutschen Delegation im Auftrag Chamberlains vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205.

[23] Die deutsche Delegation für Locarno bestand aus Luther und Stresemann als Hauptdelegierten und daneben den Staatssekretären Schubert und Kempner sowie Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

ausgegangen[24]. Man kann die Frage aufwerfen: War diese deutsche Initiative politisch richtig? War sie zeitlich richtig? In manchen Köpfen spukt noch immer der Gedanke, als wenn in dieser deutschen Initiative lediglich gelegen hätte irgendeine Politik, die aus deutschem Verzicht Vorteile für sich hätte erringen wollen. Wenn man näher wüßte, wie die Dinge liegen, würde man etwas derartiges wohl nicht aussprechen. Denn was an Tatsachen vorlag, war folgendes: daß ausdrücklich trotz des Versailler Vertrages Frankreich von seinen Verbündeten die Zusicherung erhalten hatte, daß ihm über den Versailler Vertrag hinaus seine Verbündeten eine besondere Sicherheitsgarantie gegen Deutschland schuldeten. Von Jahr zu Jahr ist über diese Frage zwischen den Verbündeten verhandelt worden. Noch in diesem Jahre 1925 haben die verantwortlichen Staatsmänner Englands anerkannt, daß sie verpflichtet wären, Frankreich diese Garantie zu geben. Und weiter ist im **Versailler Vertrag** ausdrücklich niedergelegt, daß wegen des Fortfalls der belgischen Neutralität **die Alliierten sich vorbehielten, neue Abkommen zu treffen** als Ersatz dieser fortgefallenen belgischen Neutralität, und daß Deutschland sich im **Voraus** verpflichtet, diesen Abkommen, die sie schließen würden, beizutreten[25]. Und um die Wende des Jahres waren diese Verhandlungen zwischen den Alliierten neu aufgenommen worden[26]. Schlossen sie einen Sicherheitspakt gegen uns, begründeten sie ihn mit dem Fortfall der belgischen Neutralität – wie ja der Vertrag von Locarno damit begründet ist[27] –, so waren wir nach dem Versailler Vertrag verpflichtet, ihn einfach anzuerken-

---

[24] Stresemann bezieht sich hier auf die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend vorgegangen und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[25] Durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 hatten die damaligen Großmächte die belgische Neutralität garantiert (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 88, S. 445–449); nachdem Deutschland (als Rechtsnachfolger Preußens) 1914 diesen Vertrag gebrochen hatte, wurde er durch Art. 31 des Versailler Vertrags aufgehoben, und Deutschland wurde durch den gleichen Artikel im voraus verpflichtet, Abmachungen anzuerkennen, die die Alliierten mit Belgien als Ersatz schließen würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 25).

[26] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französischen Sicherheitspaktes, ggf. unter Einschluß Belgiens, vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[27] Der Vertrag vom 16. Oktober 1925 zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, in dem sich die Vertragspartner zur Unverletzlichkeit bzw. Garantie der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen und zur Entmilitarisierung des westlichen Territoriums des Deutschen Reiches, wie im Versailler Vertrag festgelegt, verpflichten (LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202), formuliert in der Präambel als eines der Motive, „daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinfällig geworden sind“ (ebd., S. 198).

nen, so wie er aus den Verhandlungen der Alliierten hervorginge. Daß in diesem Augenblick, bei dieser Entscheidung, die zu Versailles hinzu noch ein neues Sicherheitsabkommen gegen Deutschland hervorbringen wollte, **das deutsche Auswärtige Amt und sein Leiter** in diese Konferenz, in diese Diskussion der Alliierten eingriffen, um aus einem neuen Bündnis gegen Deutschland eine Verständigung mit Deutschland zu machen, dafür, glaube ich wirklich, sollte man ihnen danken und sie nicht mit unberechtigten Vorwürfen überschütten, mit denen es Leute tun, die von der Entwicklung der Dinge meist gar keine Ahnung haben.

Gestatten Sie mir dabei eine sehr allgemein gehaltene Bemerkung! Gegenüber der Entwicklung zum demokratischen Massenwillen, der ja auch durch die gegenwärtige und noch auf lange Dauer berechnete Verfassungseinrichtung Deutschlands[28] niedergelegt ist, hat sich gerade in den rechtsstehenden Kreisen immer mehr der aristokratische Ruf nach dem Führerprinzip erhoben, und es wäre gut, wenn zwischen demokratischem Massenwillen und Führerprinzip wenigstens irgendeine Verbindung hergestellt werden könnte. Das Bedauerliche ist aber nur, daß derjenige, der einmal persönlich eine Verantwortung auf sich nimmt, um führen zu können, keinen schärferen Angriffen ausgesetzt ist, als von den Leuten, die immer nach dem Führer rufen, ihm aber dann vorwerfen, daß er nicht erst sämtliche Instanzen durchgelaufen ist und ihre Genehmigung nachgesucht hat, ehe er einen Schritt getan hat. Deshalb glaube ich, daß die deutsche Initiative zur rechten Zeit kam. Ihre Auswirkungen waren abzuwarten.

Zweimal waren ähnliche Anregungen Deutschlands abgelehnt worden[29], zweimal unter Poincaré. Die Frage war, ob unter Herriot[30] und Chamberlain die deutsche Anregung ein anderes Schicksal haben würde. Ich möchte jetzt, nachdem ein gewisses positives Ergebnis erzielt ist, nicht zu viel von der Geschichte der Anregung in anderen Ländern sagen. Aber die eine Tatsache, daß man vier Monate brauchte, um das

---

[28] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[29] Stresemann bezieht sich hier zum einen auf die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560), zum anderen darauf, daß Außenminister Rosenberg die Idee in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London aufgriff (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

[30] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925.

deutsche Memorandum zu beantworten[31], zeigt jedenfalls jedem, der denken will, daß man dieses deutsche Memorandum nicht als ein Geschenk Deutschlands an andere angesehen hat. Wäre es lediglich ein deutscher Verzicht – was wäre bequemer gewesen als ihn in vierzehn Tagen anzunehmen und die Deutschen zur Unterschrift zu veranlassen. Man hat lange geschwankt, auch in Kreisen, die heute anders stehen, ob man überhaupt darauf eingehen sollte, Deutschland mit in den Kreis der europäischen Mächte einzubeziehen, die diesen Sicherheitspakt schlossen, bis es den energischen Bestrebungen der Leute, die sagten, wir müssen anstelle des Kriegszustandes Frieden in Europa haben, gelungen ist, die Dinge auf den Weg der Verhandlung zu bringen. Dabei blieb aber ein ganz starker Zwiespalt der Ansichten. Wenn Sie die Briandnote[32] lesen, die dann nach vier Monaten das Licht der Welt erblickte, so werden Sie darin sehen, daß man die deutschen Anregungen in ein ganz anderes Fahrwasser lenken wollte: Anstelle der von uns gebotenen Schiedsverträge, die in den Rechtsfragen einen Schiedsspruch, in politischen Interessenfragen aber lediglich ein Vergleichsverfahren vorsahen, verlangte man die Anerkennung des Systems der restlosen Schiedsverträge und verlangte gleichzeitig, daß die mit Frankreich und Belgien zu schließenden Schiedsverträge ebenfalls mit **Polen** und der Tschechoslowakei geschlossen würden. **Restlose Schiedsverträge,** die alles unter Schiedsspruch stellen, wären **auch für den Osten und Südosten eine, wenn auch mittelbare, Garantie der dortigen Grenzen** gewesen. Man verlangte weiter für die so geschlossenen Verträge die Anerkennung der Garantie Frankreichs. Man verlangte weiter den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wenn Sie das Ergebnis, wenn Sie den Vertrag von Locarno – wie wir überein gekommen sind, ihn zu nennen[33] – heute ansehen nach seinem Wortlaut, so enthält er **keine** restlosen Schiedsverträge, sondern das deutsche System der Schiedsverträge[34]; er enthält **keine** Garantie Frankreichs über die so ohne Anerkennung der östlichen Gren-

---

[31] Zum deutschen Memorandum vgl. oben mit Anm. 24. Mit der Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[32] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Mit der „Briandnote" ist die in der vorangegangenen Anm. genannte französische Antwortnote gemeint.

[33] Die entsprechende Einigung wurde in Locarno in der 7. Konferenzsitzung vom 13. Oktober 1925 erzielt (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 188).

[34] Zu diesem deutschen System der Schiedsverträge vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41.

zen geschlossenen Schiedsabmachungen Deutschlands; er enthält auch – worauf ich nachher komme, keine mittelbare Garantie durch die neu geschlossenen Verträge; er enthält keinen bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. In allen den drei großen Hauptfragen hieß es in der französischen Note: Sur ces bases, auf dieser Grundlage soll verhandelt werden – und das Ergebnis ist in allen diesen Fragen doch ein Durchdringen dessen, was wir für möglich hielten, und gegenüber einer, vordem wenigstens geschlossenen Front der Alliierten können wir mit dem in diesen Fragen erzielten Ergebnis einigermaßen zufrieden sein.

Dabei gestatten Sie mir, über das Verhältnis zum Völkerbund ein Wort zu sagen. Im Jahre 1919 hat die damalige Regierung den Eintritt in den Völkerbund angeboten; die Alliierten haben ihn abgelehnt[35]. Nach dieser Ablehnung war es meiner Meinung nach ganz selbstverständlich, daß eine neue Initiative nicht von Deutschland ausgehen konnte, sondern daß sie ausgehen mußte von denen, die diesen Eintritt Deutschlands abgelehnt hatten. Diese Einladung an Deutschland ist erfolgt nach der Londoner Konferenz, in jener Rede von Macdonald[36], in der er in Genf auf den leeren Stuhl hinwies, auf dem er wünschte, daß Deutschland säße. Sie ist erfolgt, als Herr Nansen[37] sich zum Herrn Reichskanzler Marx[38] nach Sigmaringen begab, um ihm den dringenden Wunsch auch der Neutralen zu überbringen, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten möge. Wir haben das damals nicht getan; wir haben erklärt, daß vor unserem Eintritt in den Völkerbund Fragen geklärt sein müßten, die für uns ein deutsches Lebensinteresse hätten. Ich weiß, daß diese – wenn Sie wollen: zö-

---

[35] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[36] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund verwiesen (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[37] Fridtjof Nansen (1861–1930), norwegischer Polarforscher; Delegierter für Norwegen beim Völkerbund seit 1920; Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen 1921–1927.

[38] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Zum Besuch Nansens bei Marx in dessen Urlaub (tatsächlich wohl in Heiligenberg und nicht in Sigmaringen) am 20. September 1924 vgl. die Berichte des Reichskanzlers im Ministerrat vom 23. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1051 u. 1058) sowie den Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 451 (Abendausgabe) vom 22. September 1924.

gernde – Haltung von sozialistischer Seite stark angegriffen wird, daß man auch hier sagt: Was Ihr heute tut, hättet Ihr vor zwei Jahren tun sollen! Das ist ein ganz großer logischer Denkfehler bei manchen Menschen. Was im Jahre 1925 richtig ist, konnte im Jahre 1923 ein ganz großer politischer Fehler sein. Wenn Deutschland im Völkerbunde wirken will, und nach meiner Ueberzeugung Gutes wirken kann, dann war die Voraussetzung dazu, daß es nicht gedemütigt eintrat, sondern daß es sich erst seine **Gleichberechtigung** erkämpfte und dann **als gleichberechtigte Großmacht auf der Haupttreppe zum Völkerbund hereinging** und nicht auf irgend einer Nebentreppe als Geduldeter.

London und Locarno; das Aufhören der wirtschaftlichen Willkür und die politische Verständigung, das waren die Vorstufen dafür, daß Deutschland im Völkerbund wirken konnte; und darüber hinaus eine ganze Reihe von Fragen, von denen ich auch wünschte, daß sie herauskämen aus parteipolitischer Verranntheit. Sie sind von dem früheren Kabinett Marx aufgestellt[39], von dem heutigen Kabinett Luther[40] übernommen[41] und die Sitzung, in der sie aufgestellt sind, hat stattgefunden unter dem Präsidium des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert[42].

Ich möchte, der ich lange Zeit als Reichskanzler und Außenminister mit dem verstorbenen Herrn Reichspräsidenten Ebert amtlich und persönlich zusammengewirkt habe, hier doch auch gerade nach seinem Hinscheiden, wo nicht irgend ein Wort der Anerkennung als Wunsch aufgefaßt werden könnte, bei ihm Sympathie zu erwecken, das eine sagen, daß mir in seiner Persönlichkeit stets zum Ausdruck gekommen ist, daß es keine Parteibindungen gibt für vaterländisches Empfinden; denn mehr kann kein guter deutscher Patriot sein Vaterland lieben und das beste für sein Vaterland tun, wie es der Herr Reichspräsident Ebert in allen Phasen seines Lebens getan hat. Das hier auszusprechen, halte ich gerade angesichts der Erinnerung an jene Sitzung für meine Pflicht. Denn in all den Fragen, in denen ich eintrat gerade auch für das, was man mit einem mißzuverstehenden Wort nationale Fragen nennt, habe ich bei ihm die vollste Unterstützung gefunden.

---

[39] Vgl. dazu die Ministerratssitzung vom 23. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1050–1062; zu den Wortbeiträgen Stresemanns vgl. auch diese Edition).

[40] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[41] Vgl. etwa die Aufzeichnung Schuberts über eine Ministerbesprechung vom 21. März 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 202–203).

[42] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Mit der Sitzung, auf die sich Stresemann bezieht, meint er offenbar die oben Anm. 39 genannte Ministerratssitzung.

Und was waren denn nun jene Voraussetzungen für unseren Eintritt in den Völkerbund? Wir haben einmal erklärt: wir wünschen einen permanenten Sitz im Völkerbundsrat[43], das heißt in jenem Ausschuß der Großmächte, der den weittragenden Einfluß im Völkerbund hat. Man hat uns im vorigen Jahre von wohlwollenden Menschen gesagt, wir sollten so übermütig nicht sein, wir würden ja sicher in den Völkerbundsrat hineingewählt werden. Der Völkerbundsrat unterscheidet zwischen Staaten, die gewählt werden in den Völkerbundsrat – und bei der nächsten Wahl durchfallen können, und solchen, die dauernde Mitglieder des Völkerbundsrates sind; und das sind die alliierten Großmächte; sie haben sich ihren dauernden Sitz gesichert. Wir haben erklärt[44]: ehe wir über unseren Eintritt diskutieren, muß derselbe dauernde Sitz für Deutschland gesichert sein, wie er für Frankreich und England und die anderen besteht, und der Erfolg dieser Erklärung war, daß alle zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten sich bereit erklärt haben[45], für diesen dauernden Sitz Deutschlands einzutreten.

Das Zweite war, daß wir in jenem Memorandum zum Ausdruck brachten: Ihr habt im Völkerbund eine Bestimmung, die spricht in eurer Sprache davon, daß den fortgeschrittenen Nationen anvertraut werden könne die Leitung weniger fortgeschrittener Völker[46] – eine etwas allgemeine Ausdrucksweise für das, was wir Kolonialmandate nennen. Wir haben in jenem Memorandum erklärt: Wenn es eine Differenzierung gibt zwischen weniger und mehr fortgeschrittenen Völkern, dann gehört Deutschland zu diesen fortgeschrittenen Völkern, und infolgedessen macht es denselben Anspruch auf Kolonialmandate [geltend] wie irgend eine im Völkerbund vertretene Macht.

---

[43] Laut Art. 4 der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert war, gab es neben den nichtständigen, auf Zeit gewählten Mitgliedern ständige Mitglieder, nämlich die „Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 10).

[44] Stresemann bezieht sich im Folgenden auf das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[45] Zu den Antworten der Ratsmächte, die auf das in der vorangegangenen Anm. genannte Memorandum erfolgten, vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425 mit den zugehörigen Anm.).

[46] Die Satzung des Völkerbundes formulierte in Art. 22, daß die durch die Pariser Vorortverträge abgetretenen Kolonien bisheriger Kolonialmächte den „fortgeschrittenen Nationen“ in Vormundschaft übertragen würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 16).

Wir haben weiter erklärt, daß wir nicht in der Lage seien, im Falle einer Völkerbundsexekutive[47] die militärische Macht Deutschlands für den Kampf gegen ein Land zur Verfügung zu stellen, das etwa vom Völkerbund als Angreifer bezeichnet würde, da wir gegen unseren Willen eine schlagkräftige Armee nicht mehr besäßen[48].

Wir haben ferner erklärt, daß wir einen Durchmarsch durch Deutschland nicht gestatten könnten für irgend eine Macht, die einer anderen zu Hilfe kommen wollte, und daß wir auch nicht in der Lage seien, uns an wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen dann zu beteiligen, wenn diese wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen etwa eine Kriegserklärung an Deutschland im Gefolge haben könnte[n], weil man uns ja nicht die Möglichkeit gelassen hätte, unser Land zu verteidigen.

Wir haben in jenem Memorandum schließlich erklärt, daß wir bereit wären, jene Erklärung zu übernehmen, die der Völkerbund fordert, daß jede in ihn eintretende Macht die internationalen Verpflichtungen übernimmt, die auf ihm liegen, haben aber hinzugefügt, daß wir damit **nicht irgendeine Verpflichtung übernehmen,** die angesehen werden könnte als das Anerkenntnis irgend einer moralischen Schuld Deutschlands[49].

Diese Erklärungen sind in Locarno wiederholt worden[50]. Nach harten Kämpfen, starken Auseinandersetzungen darüber, daß das, was wir bezüglich des Artikels 16 erklärten, nicht zu vereinbaren wäre mit unserer Forderung eines Sitzes im Völkerbundsrat als einer Großmacht, hat man das, was wir hier erklärten, entgegengenommen, hat uns in einer Kollektivnote[51] bestätigt, daß man uns Vorwürfe nicht machen wolle, wenn wir von der Anwendung des Artikels 16 auf uns absähen – denn wir selbst haben das Bestimmungsrecht darüber, ob wir diese Forderung erfüllen

---

[47] Stresemann bezieht sich auf Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, verpflichtete und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (ebd., S. 14–15).

[48] Der Versailler Vertrag legte Deutschland umfangreiche Abrüstungsbestimmungen auf; die entsprechenden Vorschriften finden sich in den Art. 159–213 (ebd., S. 82–100).

[49] Gemeint ist eine erneute Anerkennung des „Kriegsschuldartikels“ 231 des Versailler Vertrags (Text ebd., S. 211).

[50] Stresemann bezieht sich hier in erster Linie auf seine Argumentation in der 4. Konferenzsitzung von Locarno vom 8. Oktober 1925 (Sitzungsniederschrift in LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[51] Sie ist als Interpretation des Art. 16 dem Vertrag von Locarno als Anlage angefügt (ebd., S. 214–215).

oder nicht, –[52] hat die Erklärung, die wir abgegeben haben in Bezug auf die Ablehnung einer moralischen Schuld Deutschlands, schweigend entgegengenommen[53].

Wenn wir nach alledem in den Völkerbund eintreten, so werden wir es nicht tun mit gesenktem Haupt als schuldbewußte Macht, sondern dann sind die Voraussetzungen für die Art und Weise gegeben, in der ein Deutschland mit anderen Ländern arbeiten kann. Und da das vor zwei Jahren nicht möglich war, da damals die Verhältnisse ganz anders lagen, haben diejenigen nicht recht, die da sagen: das war schon vor zwei Jahren richtig. Es war nur richtig und war nur möglich, wenn es unter diesen Voraussetzungen geschah!

Dabei möchte ich über meine Stellung zum Völkerbund hier ein Wort sagen. Wir Deutsche legen uns bei jeder Frage prinzipiell fest. Wenn der ganze Kampf eines Außenministers sich auskämpfen ließe, durch prinzipielle Resolutionen, wäre ich der stärkste Mann der Welt. Stärker wird kein Außenminister unterstützt durch Resolutionen, in welchen deutsche Volksversammlungen ihre Prinzipien zum Ausdruck bringen als ich. Aber in der wirklichen Politik kümmert man sich um diese Prinzipien nicht. Es wäre sehr gut, wenn wir Deutsche es auch etwas weniger täten. Es hat mir sehr zu bedenken gegeben, als ich aus dem Munde eines sehr bedeutenden Staatsmannes der anderen Seite[54] in Locarno einmal hörte: es ist so schwer, mit Ihnen zu verhandeln, denn bei Ihrem Volk erstarrt alles zum Dogma. Wir haben eine Verfassung, die schon sehr alt ist, kein Mensch ändert sie, sie paßt absolut nicht auf unsere Verhältnisse, unser Reich wäre längst ein Trümmerhaufen, wenn wir sie wirklich angewendet hätten, aber wir haben auf Grund einer mehr als 100jährigen Erfahrung gelernt, daß man die Dinge den wechselnden Verhältnissen anpaßt und am Leben bleibt, statt daß man durch den Buchstaben zu Grunde geht. Das war kein Deutscher, der das gesprochen hat. Ein Deutscher geht lieber am Buchstaben zu Grunde, als daß er sieht, wie er im praktischen Leben weiter kommt. So steht für mich die Frage, ob wir dem Völkerbund beitreten nicht auf dem Papier. Ich frage mich nicht, ist das prinzipiell richtig, daß sich die Nationen in solchen Organisationen zusammen tun, ist das praktisch möglich, was die Leute wollen, gibt es nicht einige Artikel der Satzungen, die noch etwas gemodelt oder geändert werden können; ich

---

[52] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 2: „Der Erklärung, die wir abgegeben haben auf unseren Anspruch an Kolonien hat man zugestimmt und“.

[53] Vgl. dazu – neben der oben Anm. 50 genannten Sitzungsniederschrift – auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 13. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 698).

[54] Wer gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden; aus dem Folgenden läßt sich allerdings erschließen, daß es sich um ein Mitglied der britischen Delegation gehandelt haben muß.

sage auch andererseits nicht: ist das nicht ein hohes Ideal, sich zusammenzufinden als Menschheit; ich frage mich einfach, **nutzt es Deutschland mehr, wenn wir drin sind oder nutzt es Deutschland mehr, wenn wir draußen bleiben und** entscheide von diesem Gesichtspunkt aus diese Frage. Und da ich der Meinung bin, daß nach Erringung unserer gleichberechtigten Mitgliedschaft im Völkerbunde unter den Modalitäten, die ich angeführt habe, es von Nutzen sein kann für Deutschland und dann auch für die deutschen Minderheiten draußen[55], deshalb haben wir uns zur Bejahung entschlossen ohne Begeisterung und ohne Enthusiasmus, sondern einfach aus der Erwägung heraus, Du kannst damit etwas gutes tun. Lassen Sie mich dabei gleich ein Wort sagen über die Frage der deutschen Minderheiten, denn ich lese, daß man erklärt, der Völkerbund hat seine Satzungen so geändert, daß der deutsche Vertreter im Völkerbund nicht mehr für die deutschen Minderheiten eintreten könne[56]. Auch das ist ein Irrtum. Gute Freunde Deutschlands, die seinem Eintritt nicht gerade mit großer Begeisterung entgegensahen, haben eine kleine Aenderung der Geschäftsordnung sozusagen herbeigeführt, indem sie erklärt haben, in jenem Ausschuß von 3 Nationen, der über Minderheitsbeschwerden zunächst entscheidet, sollen die Nationen nicht vertreten sein, die mit diesen Minderheiten, die sich beklagen, stammverwandt sind und man [kann] doch beinahe an einige Sätze von Wallenstein[57] erinnert werden bei diesem Antrag, die etwa mit den Worten beginnen: „Gut ausgesonnen, Pater Lamormain, wär' der Gedanke nicht so verflucht gescheit, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen." Aber er ist wirklich mehr dumm wie gescheit, **denn bestehen geblieben ist das eine, daß die Mitglieder des Völkerbundsrates in der Lage sind, jede Frage direkt vor den Völkerbundsrat** zu bringen und das zweite, daß diese Entscheidung der Dreierkommission **jederzeit von jedem Mitglied des Völkerbundsrates angefochten werden kann.** Wenn also Deutschland als stammverwandt mit den Sudetendeutschen, mit den Deutschen in Polen, in Jugoslawien und anderwärts nicht in der Unterkommission ist, kann es in jedem Fall die

---

[55] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[56] Zu Einzelheiten dieser Satzungsänderung vom 10. Juni 1925 vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 22. August 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 58–61 mit den dortigen Anm.

[57] Gemeint ist der 1799 uraufgeführte zweite Teil von Friedrich Schillers Wallenstein-Trilogie mit dem Titel „Die Piccolomini" (vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 8. Weimar 1949, S. 55–172; das nachfolgende Zitat (unwesentlich anders, als von Stresemann zitiert): S. 108.

Unterkommission matt setzen und verlangen, daß die Verhandlungen vor den Völkerbundsrat selbst kommen und fällt die Entscheidung in ungünstigem Sinne aus, so kann es erklären, ich erkenne die Dreierkommission nicht an, dann kommt die Sache vor den Völkerbundsrat. Infolgedessen ist Herr Viramatsch[58] der Führer der tschechischen Nationalisten ganz dicht bei der richtigen Erkenntnis der Zukunft, wenn er im tschechischen Parlament gesagt hat, die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund könne doch, wie er sich ausdrückte, die unangenehme Folge haben, daß die Besiegten jetzt die Politik der Sieger gegenüber den Minderheiten kontrollieren und in deren staatliches Leben hineinredeten. Mir ist zunächst die Konstruktion, Sinn und Begriff des Wortes Sieger in diesem Zusammenhang nicht klar, aber davon abgesehen, möchte ich das eine bemerken, daß es allerdings die große Aufgabe ist, da wo die Verträge, so schlecht wie sie sein mögen, einen Nutzen der Minoritäten in Europa vorgesehen haben, für diese deutschen Minderheiten einzutreten und ich halte das für die schönste Aufgabe, die der deutsche Delegierte im Völkerbundsrate haben kann. Damit werden alle diese Millionen von Deutschen draußen hingezogen zu dem einen Zentralpunkt Deutschland und da kann ihnen wenigstens mit unserem geistigen und moralischen Einfluß und mit dem was uns an politischer Macht geblieben ist, geholfen werden gegen Unterdrückung. Wenn man sagt in der **Danziger Frage,** in der **Saarfrage** hätte der Völkerbund versagt[59], so muß hier unterschieden werden, ob er auch so versagen würde, wenn ein Vertreter Deutschlands bei dieser Frage mitgewirkt hätte. Von keinem Lande mehr als von den Deutschen in der Saar ohne Unterschiede der Parteien ist mir stets erklärt worden, wie stark man es begrüßen würde, wenn anstelle der mittelbaren Stütze, die wir ihnen heute sind, die unmittelbare Stütze im Völkerbund treten könnte[60]. Deshalb glaube ich, ohne eine andere als eine kühle realpolitische Anschauung zu haben über das, was der Völkerbund kann, daß es besser ist, in ihm zu **wirken,** als außer ihm zu stehen.

Nun hat man weiter eine große politische Frage angeschnitten und gesagt: was Ihr in Locarno getan habt, das war der Bund der Westmächte mit der Spitze gegen **Rußland,** was Ihr getan habt, das war, daß Ihr England zum Schiedsrichter gemacht

---

[58] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 29. August 1925) Karel Kramář (1860–1937), tschechoslowakischer Politiker; Ministerpräsident 1918–1919. – Die nachfolgend Kramář zugeschriebene Aussage konnte nicht ermittelt werden.

[59] Offenbar bezieht sich Stresemann auf Verhandlungen und Entscheidungen des Völkerbundsrates vom März und September 1925 zu Danzig und dem Saargebiet (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449 u. 452).

[60] Vgl. etwa die Aufzeichnung Stresemanns vom 14. Oktober 1925 über Gespräche mit einer Delegation der Saarländer (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 700–701).

habt, jenes England, das in den heftigsten Kämpfen gegen Rußland steht[61] und alle die Fragen, Durchmarsch durch Deutschland[62], Kampf gegen Rußland spielen bei diesen Dingen mit. Da der Deutsche so glücklich ist, wenn er anstelle sachlichen Denkens ein oder zwei Schlagworte bekommt, so war er selig, wenn er debattieren konnte über die Frage Ost- oder Westorientierung und geistvolle Artikel sind darüber genug geschrieben worden. Nur eines möchte ich bemerken, daß diejenigen, die uns schon in einem Kampfe gegen Rußland sehen, nicht nur uns mißverstanden haben, sondern auch die anderen Mächte mißverstanden haben. Ich glaube, die Zeit, in der man in der Diplomatie die größten Erfolge dadurch erzielte, daß man mit der Sprache die Gedanken verbarg, sind doch überholt. Zu stark tritt ja das, was die Mächte wollen, in den Vordergrund der öffentlichen und der Weltmeinung und man hat keinen Grund zu zweifeln, daß weder Frankreich noch England das Hirngespinst eines Krieges gegen Rußland bei sich erwägen, bemüht sich doch Rußland, selbst mit Frankreich in gute Verhältnisse zu kommen. Nun, wenn ich mit Frankreich in ein gutes Verhältnis kommen will, andererseits Frankreich bisher den stärksten Einfluß im Völkerbund hatte, wie kann dann der Völkerbund das Instrument sein, um gegen Rußland vorgehen zu wollen. Diese ganzen Dinge liegen außerdem mit in unserer Hand, wenn wir im Völkerbundsrat sind. Denn **ohne unsere Stimme ist ein Krieg gegen Rußland im Sinne der Völkerbundsexekution überhaupt nicht möglich.**

Aber was unser Verhältnis anbetrifft, so möchte ich doch eines sagen: es ist ganz klar gekennzeichnet. **Wir wünschen die alten traditionellen, politischen und wirtschaftlichen guten Beziehungen mit dem russischen Volke und dem russischen Staate aufrecht zu erhalten** und wir kümmern uns dabei nicht um die inneren Zustände in Rußland, da wir der Meinung sind, daß der Weg zu seinem staatlichen Glück jedem Volk selbst frei steht. Wir wünschen dabei nur, daß dieses Prinzip, das wir anerkennen, von anderen Staaten ebenso anerkannt wird in Bezug auf unsere staatlichen Verhältnisse. Wir haben durch den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages[63] vor Locarno – nicht als Demonstration, sondern weil er fertig war

---

[61] Auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen London und Moskau im Februar 1924 blieben die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion gespannt, vor allem weil von britischer Seite der Sowjetunion kommunistische und antibritische Propaganda in China, Persien und Afghanistan vorgeworfen wurde (vgl. etwa SCHULTHESS 66 [1925], S. 251).

[62] Gemeint ist eine mögliche Folge des Art. 16 der Völkerbundssatzung, nämlich die Verpflichtung, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (vgl. oben mit Anm. 47).

[63] Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 1. Oktober 1925 den Entwurf des entsprechenden Vertragswerks, das verschiedene Materien wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehungen regelte,

– zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Festigung dieser wirtschaftlichen Beziehungen begrüßen. Wir wünschen mit allen Staaten, auch mit Rußland unbedingt in Frieden zu leben und wir finden nicht, daß unser etwaiger Eintritt in den Völkerbund das geringste daran ändern kann oder darf, daß wir diese unsere Politik selbständig bestimmen ohne eine Vormundschaft von Westen oder von Osten anzunehmen. Das ist so klar und deutlich und ich glaube, daß niemand in Deutschland jemals eine andere Stellung eingenommen hat, daß daran die wütenden Protestartikel der Kommunisten, die davon sprachen, daß wir unter der Vormundschaft von England stünden und den großen Krieg der kapitalistischen Mächte gegen Rußland vorbereiten würden, irgend etwas an Wahrheit bekämen.

Nach diesen Bemerkungen über Locarno gestatten Sie mir noch einzugehen, – denn daraus ergibt sich das Gesamtbild – auf die Bedenken, die gegen Locarno vorgebracht werden. Da sehe ich vor allen Dingen, daß das eine immer wieder in den Vordergrund tritt, nämlich der Gedanke, ob mit dem Sicherheitspakt und dem Vertrag von Locarno verbunden sei ein Verzicht auf deutsches Volk und deutsches Volkseigentum[64]. Der Wortlaut des Vertrages[65] läßt gar keinen Zweifel darüber über das, was er enthält, er enthält den Verzicht, die Grenzen zu ändern durch Kriegsgewalt oder Invasion und zwar nicht nur für uns auf der einen Seite, sondern auch durch Frankreich und Belgien auf der anderen Seite. Ueber diese Verpflichtung hinaus nicht zur Gewalt zu greifen, enthält er keinerlei Bindung, und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wenn es sich auswirkt in der friedlichen Verständigung über die Grenzen mit den Völkern, an die wir angrenzen, kann durch diesen Sicherheitspakt dieses Vertrages nicht ausgeschlossen sein. In dieser Beziehung hat auch in Bezug auf die Würdigung des Paktes eine volle Uebereinstimmung von Westarp[66] bis Breitscheid[67] geherrscht. Jedermann hat das anerkannt, daß das der Sinn des

---

grundsätzlich angenommen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 598–599). Eine Presseerklärung gab dies am 2. Oktober 1925 bekannt (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 467 [Abendausgabe] vom 2. Oktober 1925). Die parlamentarische Behandlung stand noch aus.

[64] So in der Vorlage. In BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 2, ist die Rede von „Volkstum“; vermutlich ist diese Wiedergabe zutreffend.

[65] Gemeint ist der Vertrag von Locarno (vgl. oben mit Anm. 27).

[66] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[67] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (1920–1922 für die USPD, für die SPD 1922–1933). – Vermutlich bezieht sich Stresemann mit der Angabe der Bandbreite der Übereinstimmung auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 22. Oktober 1925, in der sowohl Westarp als auch Breitscheid sprachen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 [Abendausgabe] vom 22. Oktober 1925; Nr. 502 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925; zur Aus-

Paktes ist, sodaß ich wirklich nicht verstehe, da das auch niemand in der Welt bestreitet, warum diese – es ist nach dem verlorenen Kriege so – wirklich für lange Zeit theoretische Frage von den Deutschen in den Mittelpunkt gestellt wird, anstatt daß sie sich fragen, was der Vertrag sonst für uns enthält. Es geht doch jetzt um die lebende Generation, um das, was die nächsten Jahre und Jahrzehnte uns bringen sollen. Lassen Sie mich das eine sagen. Wenn das ein moralisches Minus sein soll, daß das heutige Deutschland auf den Angriffskrieg verzichtet, wäre dann nicht der Verzicht, den die französischen Staatsmänner aussprechen, ein größerer, die ihrerseits mit dem stärksten Heer der Welt dem machtlosen Deutschland gegenüberstehen und die doch nach diesem Sicherheitspakt erklären, daß ihr[e] Truppen nie wieder deutsches Land beschreiten werden und die hier gewissermaßen damit einverstanden sind, daß ihr bisheriger Bundesgenosse England mit seiner ganzen Kraft zur See und zu Lande Deutschland zu Hilfe eilt, wenn Frankreich deutschen Boden betritt. Das ist doch nicht Verzicht auf verlorenes Land, **das wäre Sicherung des Rheinlandes, Sicherung der deutschen Grenze,** die wir als machtloses Volk herbeigeführt haben. Vielleicht könnte man die Güte haben, die Dinge auch von dieser Seite aus anzusehen. Ich darf weiter hinzufügen, gerade aus ihrem[68] Lande, gerade von ihren Heimatgenossen, ist mir das eine stets zum Ausdruck gebracht worden: deutsches Volkstum auch unter fremder Staatsangehörigkeit, wie wir es vielfach in Europa heute haben, gerade aber dort, wo vielleicht bisher die stärksten Differenzen waren, wird die Pflege seines Volkstums, wird das Bestreben nach Duldung und Entwicklung seiner Sprache und seiner Kultur mit großer Intensität pflegen können, wenn zwischen den beiden Grenzländern der Gedanke des Friedens steht und nicht diejenigen, die für das deutsche Volkstum unter fremder Staatsangehörigkeit eintreten, sich fortwährend dem Vorwurf ausgesetzt sehen, daß sie Landesverräter wären. So glaube ich, daß die Entwicklung deutschen Volkstums unter diesen Dingen nicht leidet, sondern gefördert werden kann und es ist mir eine etwas schmerzliche Genugtuung gewesen, daß, während Deutsche, die niemals im besetzten Gebiete oder Grenzland gewesen sind, so sehr absprechend urteilten über diese Aktion der deut-

---

schußsitzung auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 793, Anm. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 243 vom 24. Oktober 1925, S. 6; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21950 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925, S. 3; Nr. 21951 [Abendausgabe] vom 23. Oktober 1925, S. 2; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 206).

[68] Offenbar spricht Stresemann hier sein Publikum an; also müßte es nach der ansonsten üblichen Schreibweise in der Vorlage „Ihren“ lauten (und im Folgenden wären die Beziehungen zwischen Deutschen auf der badischen und auf der elsässischen Seite der Grenze gemeint).

schen Regierung, gerade sämtliche elsässischen Heimatverbände in Deutschland auf dem Standpunkt der deutschen Regierung standen[69], die Menschen, die doch am ersten vielleicht berechtigt sind, ein Urteil darüber abzugeben, ob ihrer unglücklichen Heimat mit diesen Dingen mehr gedient oder geschadet ist. In der Hand der Elsässer liegt die Entscheidung über deutsches Volkstum und seine Entwicklung, je mehr das herausgelöst ist aus dem Widerspruch der beiden Staaten, umsomehr wird sich das entfalten können.

Lassen Sie mich hier auch einige Fragen beantworten, die mir freundlicherweise in hiesigen Zeitungen vorgelegt worden sind[70]. Man hat dort gefragt, sind die Bindungen, die Frankreich in den Verträgen von Locarno auferlegt sind, sind die Bürgschaften, die England und Italien übernommen haben, so zweifelsfrei formuliert und so stark, daß sie unter Voraussetzung der Achtung und ehrlichen Vertragsauslegung durch die Gegenseite Sicherheit für die Freiheit und Schutz für unsere Heimat vor neuen Kriegen und vor neuen feindlichen Ueberfällen bieten? Diese Frage kann ich mit einem einfachen ja beantworten.

Eine zweite Frage: Sind die Bindungen, die Frankreich eingegangen ist, derartig, daß es ihm, wenn es den Vertrag achtet und ehrlich ausgelegt [!] unter keinen Umständen möglich ist, durch eigenmächtige Beschlüsse seine Truppen über den Rhein marschieren zu lassen. Ich kann diese Frage dahin beantworten, **daß Frankreich seine Truppen nur gegen uns marschieren lassen kann, wenn wir einen Angriff durchführen gegen eine andere Macht und einstimmig der Völkerbundsrat uns als den Angreifer bezeichnet hat.** In allen anderen Fällen, in denen überhaupt Differenzen darüber entstehen, ob Deutschland seinerseits einen Krieg führt und zwar einen Angriffskrieg, ist jede Handlung Frankreichs auch eine Handlung der Hilfeleistung für einen Bundesgenossen davon abhängig, ob der englische Garant seinerseits die französische Auffassung, daß Deutschland der Angreifer sei, für richtig erachtet. Jede Bewegung über die deutsche Grenze steht unter der Garantie, die diese Grenzen in Locarno gefunden haben.

Die Frage der Abrüstung und der Rückwirkungen möchte ich in einem besonderen Abschnitt behandeln. Ich möchte aber eingehen auf die weitere Frage, ob nicht gegen die französisch-polnischen und französisch-tschechischen Schiedsverträge[71] bei

---

[69] Entsprechende Stellungnahmen der elsässischen Heimatverbände konnten nicht ermittelt werden.

[70] Auf welche Zeitungen sich Stresemann hier konkret bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[71] Tatsächlich handelt es sich nicht um Schiedsverträge, sondern Stresemann bezieht sich auf die Verträge, die Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei am 16. Oktober 1925 abschloß und

uns ein Bedenken obwaltet. Irre ich mich nicht ganz, so hat man auch eine Gefahr darin gesehen, daß die deutschen Delegierten in Locarno es abgelehnt haben, von diesen Verträgen, von denen ihnen eine Copie zur Verfügung gestellt werden sollte, Kenntnis zu nehmen[72]. Man hat angenommen, daß es richtiger gewesen wäre, daß man sich überzeugt hätte, ob in diesen Verträgen etwas so ungeheuerliches stünde, daß Deutschland vielleicht die Konferenz hätte scheitern lassen sollen. Ich möchte dazu eines bemerken, ich muß mich in dieser Beziehung ziemlich vorsichtig fassen: die alliierten Vertreter in Locarno haben den größten Wert darauf gelegt, daß die Verträge zwischen Frankreich und Warschau und Frankreich und Prag überhaupt eingefügt würden in das gesamte Werk von Locarno. Das haben wir **abgelehnt** aus gutem Grunde und dazu erklärt, daß es uns nicht interessiere, was, nachdem der Westpakt bestünde, Polen und die Tschechoslowakei mit Frankreich abzumachen hätten. Man hätte es, glaube ich, sehr begrüßt, wenn wir wenigstens die Verträge entgegengenommen hätten. Das ganze war der Versuch und sei es auch nur durch eine Geste, diese Verträge unter den Begriff Locarno zu bringen und sie als einen Teil des Werkes von Locarno hinzustellen. Wir, die wir kein Interesse hatten, die wir die Garantie Frankreichs bekämpften, haben erklärt: wir haben den einfachen Schiedsvertrag mit Polen[73], **was Frankreich sonst mit Polen hat, geht uns nichts an,** wir hätten einen großen psychologischen, politischen Fehler gemacht, wenn wir diese Verträge entgegengenommen hätten und gesagt worden wäre, der deutsche Außenminister hat von diesen Verträgen Kenntnis genommen, also diese Verträge durch Kenntnisnahme gebilligt. Im übrigen darf ich das eine sagen, gekannt haben wir die Verträge, und ich darf Ihnen dazu bemerken, es enthalten diese Verträge nichts anderes, als was nach den Völkerbundssatzungen[74] und unter den Bedingungen des Westpaktes jeder Staat in Europa mit jedem anderen abmachen kann, aber entscheidend ist für das bisherige Verhältnis Frankreichs zu Polen und für das jetzige Verhältnis Frankreichs zu Polen, daß das freie und unabhängige Bündnis und daß die erste in der Briand-Note[75] ausgesprochene Idee, daß der Garant darüber entscheide, wer der

---

die eine Garantie der jeweiligen Schiedsverträge mit Deutschland beinhalteten (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 216–217).

[72] Auf welchen konkreten Vorgang Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Im Schlußprotokoll der Konferenz vom 16. Oktober 1925 findet sich allerdings ein Passus, daß Briand Mitteilung vom Abschluß dieser Schiedsverträge mache und „schon jetzt Abschriften davon zur Verfügung der hier vertretenen Mächte“ bereithalte (ebd., S. 197).

[73] Vom 16. Oktober 1925 im Rahmen der Verträge von Locarno (Text ebd., S. 108–214).

[74] Zur Völkerbundssatzung vgl. oben mit Anm. 43.

[75] Zu Briands Note vom 16. Juni 1925 vgl. oben mit Anm. 31.

Angreifer ist, ersetzt ist durch die Prozedur des Völkerbundes und durch die englische Garantie gegen eine einseitige Auslegung. Wenn darüber hinaus Staaten unter sich vereinbaren wollen, daß sie für den Fall, daß **nach der Völkerbundssatzung ein Konflikt** eintritt, der dem einzelnen **gestattet,** ihm zu helfen, ihm auch versichern, sie würden ihm helfen, steht das außerhalb des Einspruchsrechts irgend einer Macht.

Nun lassen Sie mich über die Frage der Rückwirkungen selbst sprechen!

Unsere Situation in Locarno war ja eine eigenartige. Viele Leute in Deutschland haben Angst vor internationalen Konferenzen, und Sie [!] haben die deutsche Delegation nur mit schwerem Herzen hingehen sehen und haben außerdem bei ihrer konservativen Anschauung über das Führerprinzip die große Angst gehabt, daß die beiden Führer der Delegation sich etwa festlegen könnten, ohne daß alles durch die demokratische Parteimaschine gegangen sei. Infolgedessen hat man erklärt: es ist gar keine Konferenz, es ist nur eine informale Zusammenkunft der Minister. Ich lege nun allen diesen Dingen einen so unendlich geringen Wert bei, wie man eine Sache nennt, da es mir ja nur darauf ankam, was aus der Sache wurde. Ich habe mich deshalb auch nicht gegen alle scharfe Betonung des Informalen gewendet. Aber über eines war ich doch erstaunt: Während man auf der einen Seite jeden Tag erklärte, es sei eine ganz informale Besprechung, erklärte man, als wir zurückkamen: Wie ist das nur möglich, daß Ihr keine unterzeichneten Verträge über das Rheinland nach Hause gebracht habt?! Ja, entweder mußte man sagen: ihr geht zu einer Konferenz, die über alle Fragen entscheiden soll, nehmt alle Sachverständigen mit, alles, was Ihr braucht, macht die Sache fertig, abgesehen von dem Ja oder Nein des Parlaments! Dann hätten wir über alle Fragen eine formale Bindung verlangen können. Auf der einen Seite aber die Angst, daß das irgendwie eine Konferenz wäre, das ewige Betonen des Informalen – und dann das Verlangen, daß dort völlige Pakte geschlossen würden, das ist ein Widerspruch in sich.

Es war ein Zweites, was ich in einer Debatte zum Ausdruck gebracht habe[76]: Man sagte mir, die Außenminister wären in der Lage gewesen, auch über diese mehr militärischen Fragen der Besetzung usw. mindestens paraphierte Abmachungen zu treffen. Ich habe dem Kritiker darauf erwidert: Es hat einmal eine Zeit gegeben und die

[76] In BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 3, heißt es hier: „Es war ein zweites, was man mir gestern bei einer Debatte zum Ausdruck brachte." Vermutlich bezieht sich Stresemann nachfolgend also auf die oben Anm. 67 genannte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 22. Oktober 1925.

ist noch gar nicht lange her, wo man die schwersten Vorwürfe darüber erhoben hat, daß angeblich der deutsche Außenminister Außenpolitik mache, ohne sämtliche Kabinettskollegen vorher davon in Kenntnis zu setzen, und da diese Vorwürfe sehr tief gegangen sind, habe ich meinen Kollegen aus den anderen Ländern nicht zugemutet, denselben Fehler zu machen und etwa über eine Sache zu entscheiden, bei der sie vielleicht auch erst ihr Kabinett zu befragen haben würden. Mindestens konnte ich, als jene sich darauf bezogen[77], nicht sagen: Wir sind zwar hier so informal, daß auf Wunsch der deutschen Delegation nicht einmal ein Vorsitzender bei der Konferenz war[78]; aber wenn es sich um unsere Wünsche handelt, sind wir bereit, alle Formalitäten von euch entgegenzunehmen.

Infolgedessen gibt es zwei Entwicklungsstadien in bezug auf Locarno. Das eine Stadium ist zuende mit der Paraphierung des Westpaktes und der Schiedsverträge, und ich glaube, sagen zu können: **Dieser Entwicklung, diesem Stadium, dem, was dort zustande gekommen ist, kann jeder ruhig und objektiv Denkende zustimmen.**

Die zweite Frage ist, ob und inwieweit sich das, was man den „Geist von Locarno" genannt hat[79], praktisch auswirken soll für das deutsche Volk.[80]

Zunächst die Frage der **Räumung der nördlichen Rheinlandzone[81].** Ich bitte Sie, sie ganz zu trennen von dem Gedanken der Rückwirkungen des Vertrags von Locarno; sie hat damit nichts zu tun; denn wir haben sie nicht verlangt als irgendeine Rückwirkung, die sich ergäbe aus unserem guten Willen, diesen Vertrag zu unterzeichnen, sondern wir haben erklärt[82], daß sie ganz außerhalb dieser Sache steht und nach unserer Auffassung ein Recht Deutschlands bedeutet, das ihm vorenthal-

---

[77] Stresemann bezieht sich hier wohl auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372), bei dem Briand und Chamberlain entsprechende Einwände erhoben.

[78] Zum Verzicht auf einen formalen Konferenzvorsitz vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 4. Oktober 1925 (ebd., S. 311–312) und die entsprechende Regelung zu Beginn der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 144).

[79] Es konnte nicht ermittelt werden, wo und wann diese Bezeichnung erstmals verwendet wurde.

[80] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 3: „Diese Frage ist Gegenstand sehr lebhafter Debatten gewesen, wie Sie sich überhaupt nicht vorstellen dürfen, daß unsere ganze Position sehr herrlich gewesen wäre und daß wir nach Berlin zurückgekehrt wären, mit dem Wort verändert aus Don Carlos: ‚Die schönen Tage von Locarno sind nun zu Ende'."

[81] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 vorgesehene Räumung der nördlichen („Kölner") Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden. Dies war der Reichsregierung in einer alliierten Kollektivnote vom 5. Januar 1925 mitgeteilt worden (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[82] Nämlich bei dem oben in Anm. 77 genannten Treffen.

ten worden ist. Wir haben erklärt: Wenn Locarno der Ausgangspunkt sein soll für einen Frieden und, wie man uns immer wieder gesagt hat, für die Wiederherstellung der alten Freundschaft zwischen den Mächten, dann kann zwischen diesen Mächten nicht eine Frage stehen, in der die eine Seite uns vorwirft, wir hätten unsere internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt, und in der wir der anderen Seite vorwerfen, sie hätte internationales Recht gebrochen. Infolgedessen haben wir erklärt, wie in unserer Note[83], daß diese Frage bereinigt sein muß, ehe wir an den Frieden glauben können. Sie werden in den nächsten Tagen von formalen Dingen lesen, die vorgehen, von deutschen Noten, von Antworten der anderen Staaten[84]. Diese Formalien brauchen Sie nicht interessieren. An ihrem Ende steht die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, und zwar innerhalb einer absehbaren Zeit: so kurz – wie uns erklärt wurde[85] – als es die technischen Notwendigkeiten der Besatzung mit sich bringen. Diese Frage wird ausgeräumt sein. Ich bedauere, daß sie dagewesen ist. Denn, wenn nicht zwischen London und Locarno dieser 10. Januar[86] gestanden hätte, bei dem man entgegen dem, was wir erwarten durften, in der nördlichen Rheinlandzone blieb, dann wäre das deutsche Volk mit einem größeren Vertrauen an die Dinge herangegangen. Die Skepsis, mit der wir, die Verantwortlichen, zu kämpfen haben, liegt nicht nur in der Naturanlage des Deutschen; sie liegt auch in Hemmungen, die immer widernatürlich sind. Denn immer wieder sind Hemmungen gekommen wie an jenem 10. Januar.

Das Zweite war die Frage: Was wird aus dem Rheinland – Rheinland im weitesten Sinne –, dem ganzen besetzten Gebiet, wenn dieser Vertrag in Kraft ist und sich bewährt. Ich will Ihnen nicht die ganze Liste dessen vortragen, was von unserer Seite vorgebracht worden ist[87]; aber ich will mit Freuden konstatieren, daß in bezug auf

---

[83] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die deutsche Note an Frankreich vom 20. Juli 1925, in der das nachfolgend von Stresemann angesprochene nicht dem Wortlaut, aber der Sache nach enthalten ist (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113); es heißt dort, daß ein Sicherheitspakt „nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte“.

[84] Der hier angesprochene Notenaustausch war in Locarno in einer Unterredung der deutschen, britischen, französischen und belgischen Delegierten außerhalb der Konferenzsitzungen am 15. Oktober 1925 vereinbart worden (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 15. Oktober 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–763).

[85] In der in der vorangegangenen Anm. genannten Unterredung.

[86] Gemeint ist die Nichträumung zu dem Datum, das im Versailler Vertrag vorgesehen war (vgl. oben mit Anm. 81).

[87] Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. oben mit Anm. 77) sowie auf ein Treffen derselben Delegierten und des belgischen Vertreters am 15. Oktober 1925 (vgl. oben mit Anm. 84).

keine Frage, die wir vorgebracht haben als letzte Auswirkung des Vertrages von Locarno, irgendein prinzipieller Widerspruch von der anderen Seite erfolgt ist.

Nun handelt es sich darum: Was soll in die Tat umgesetzt werden vor dem 1. Dezember[88]? Was soll später kommen? Da möchte ich auch hier über Karlsruhe hinaus einen Appell an verantwortliche deutsche Parteiführer richten. Ich wünsche von keiner Seite, daß irgendeine Partei oder irgendeine Organisation oder anderes zum Ausdruck bringt: wir sind durch Locarno so befriedigt, daß zu wünschen gar nichts übrig bleibt. Denn wir selbst haben die Entscheidung hinausverlegt auf den 1. Dezember, um zu wissen, wie die Auswirkungen sind.

Aber ich muß auch weiter sagen: Das geht nun wieder nicht, daß dieselben Kreise, die erst das Informale betonten und Bindungen wollten, jetzt ihre Zustimmung auch zu dem, was bisher paraphiert ist, aufs stärkste in Zweifel stellen und gleichzeitig die größten Rückwirkungen von dem im [!] Zweifel gestellten Vertrag erwarten.

Zweierlei ist ja durch den jetzigen Pakt schon erreicht. Der ganze **Versailler Vertrag steht unter Schiedsrecht,** und das **Rheinlandabkommen[89] steht unter Schiedsrecht,** jede Ordonnanz[90], die erlassen ist, kann jetzt von uns angefochten werden, jede, die noch in Kraft steht, kann von uns dem Schiedsrichter unterbreitet werden mit der Frage, ob das mit dem Rheinlandstatut vereinbar ist oder nicht. Das ist vielleicht das gegenwärtig Bedeutsamste, was hier erreicht ist; das gegenüber der willkürlichen Auslegung des gegen uns geübten Vertrages jetzt das Schiedsrecht uns wenigstens davor schützt, daß er so harmonikaartig ausgedehnt wird, wie es in bezug auf die Rheinlandordonnanzen und anderes ja geschehen ist.

Darüber hinaus ist es klar, daß die Frage der Besatzungsstärke[91], daß die Frage des Rheinlandregimes, daß die Frage der Dauer der Besetzung – daß all dies in Frage steht und daß darüber eine Antwort von der anderen Seite kommen muß, die

---

[88] Auf der Schlußsitzung der Konferenz hatte Stresemann den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vorgeschlagen, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (LOCARNO-KONFERENZ S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[89] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[90] Mit Ordonnanzen, die die deutschen Behörden banden, regelte die Interalliierte Rheinlandkommission ihre faktische Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet; insbesondere nach der Besetzung des Ruhrgebiets und dem anschließend ausbrechenden passiven Widerstand im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich wiedergegeben in DAS RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN.

[91] Zur aktuellen Zahl der Besatzungstruppen und zur deutschen Erwartung der künftigen Stärke der Besatzungstruppen vgl. die Übersicht der Reichsministeriums für die besetzten Gebiete: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 657–658, Anm. 2.

nicht eine Antwort in Worten, sondern eine Antwort in Taten ist. Wir haben gelesen, daß Herr Tirard[92] nach Paris beordert worden ist, daß ein Ministerrat in Paris stattgefunden hat über die Fragen des Rheinlandes. Herr Briand hat sein Wort eingelöst, die Frage so schnell wie möglich vor seine verfassungsmäßige Instanz zu bringen. Wir haben gehört – ich spreche nicht von amtlichen Nachrichten, sondern nur von dem, was ich aus der Presse weiß –, daß Herr Chamberlain die Absicht habe, die englischen Truppen im besetzten Gebiet zu vermindern[93]. Warten wir in Ruhe ab, was geschieht! Uebersehen wir das, was geschehen ist, und fassen wir ruhig und leidenschaftslos nach jener nüchternen Methode, von der ich vorhin sprach – daß wir uns fragen: ist das Ja besser als das Nein? – unsere letzte Entscheidung![94]

Ich darf das, was ich ausgeführt habe, zusammenfassen, indem ich sage:

Was bisher in Locarno geschaffen worden ist, kann die Zustimmung jedes Deutschen finden, der sich dessen bewußt ist, daß nur auf dem Boden friedlicher Entwicklung in Europa die innerliche und wirtschaftliche Wiedererstarkung Deutschlands möglich ist. Aus voller Ueberzeugung haben wir uns zu diesem Deutschland des Friedens als Mittelpunkt eines friedlichen Europas bekannt. Wir glauben uns damit in Uebereinstimmung zu finden mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn Deutschland durch den Vertrag von Locarno den Beweis seiner dauernd friedlichen Einstellung gibt, dann muß aber das, was bisher geschaffen wurde, auch erweitert werden durch die Bekundung unserer Vertragskontrahenten, auch ihrerseits die Folgerungen aus diesem neuen Stand der Dinge zu ziehen.[95]

---

[92] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930. – Zur nachfolgend angesprochenen Sitzung in Paris vom 21. Oktober 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 500 (Morgenausgabe) vom 22. Oktober 1925.

[93] Tatsächlich war Stresemann über diese Absicht Chamberlains bereits in Locarno bei einem Frühstück am 15. Oktober 1925 von Briand informiert worden (vgl. seine Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 704–705).

[94] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 3: „Dr. Stresemann setzte sich dann mit den Ausführungen des deutschnationalen Redners D. Traub, der diese Woche in Karlsruhe sprach, auseinander und stellte dessen Behauptung gegenüber fest, daß in Locarno sowohl über die Kriegsschuldfrage als über die östliche Grenze gesprochen worden sei und daß die Herren von Bülow und von Körner nur deswegen nicht nach Locarno mitgegangen seien, weil ersterer infolge Erkrankung abgesagt habe und erst in den letzten Tagen in Locarno eingetroffen sei, letzterer aber zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages in Moskau geweilt habe."

[95] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1: „Auch ohne jeden Zusammenhang mit den Verhandlungen in Locarno muß zunächst die Differenz wegen der Besetzung der ersten Rheinlandzone beseitigt werden. Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar nicht geräumt worden und wer über den Geist des Mißtrauens in dem deutschen Volke klagt, der soll nicht vergessen, daß gerade diese Nichteinhaltung des Räumungstermines von Köln genügend Grund zu diesem Mißtrauen gegeben hat. Eine auf Vertrauen aufbauende Politik der Zukunft muß die Kölner Frage bereinigen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß dies geschehen wird."

In bezug auf die **Rückwirkungen** handelt es sich vor allem um die Sorgen des Rheinlandes, das in den nach dem Vertrag besetzt bleibenden Gebieten unter dem Druck einer übermäßigen Besetzung und unter dem Druck des Rheinlandregimes zu leiden hat. Irgend ein logischer Grund, neben dem Pakt den Frieden durch eine jahrelange militärische Besetzung zu sichern, liegt nicht vor.[96] Die Stellungnahme der Reichsregierung und des deutschen Volkes sollte darin bestehen, die Entscheidung zu fällen, sobald wir erkennen können, daß das, was bisher in Locarno vor sich gegangen ist, sich für das Rheinland auswirkt. Das sage ich nicht aus irgendeinem Mißtrauen heraus gegen die Staatsmänner, mit denen wir verhandelt haben. Ich lege vielmehr Wert darauf, zu erklären, daß die deutschen Delegierten die Verantwortung für die Paraphierung deshalb übernommen haben, weil sie selbst davon überzeugt sind, daß die Herren Briand, Chamberlain und Vandervelde[97] die Verständigung mit Deutschland aus innerster Ueberzeugung wollen und sich mit allen Kräften dafür einsetzen werden, daß an die Stelle eines gegen Deutschland gerichteten Blocks der Siegerstaaten ein Zusammenwirken aller europäischen Mächte erfolgt, zumal die Entwicklung nach dem Weltkriege wohl für jeden, der denken kann, ergeben hat, daß es europäische Sieger im Endergebnis dieses gewaltigen Weltringens nicht gibt, sondern nur ein aus tausend Wunden blutendes und deshalb in seiner geistigen Emanation und wirtschaftlichen Kraft geschwächtes Europa.[98]

Von Versailles bis Locarno war ein weiter Weg. Von Locarno aus wird ein weiterer langer Weg sein, um das zu erwirken, was Ziel jeder deutschen Regierung sein wird

---

[96] Hier folgt ebd.: „Die Auswirkungen des Friedenspaktes können und müssen diese Entwicklung sicherstellen. Nur muß man sich auch in Deutschland darüber klar sein, daß man nicht gleichzeitig die Annahme des Paktes in Zweifel stellen und die weitestgehenden Maßnahmen als Rückwirkung einer in Zweifel gestellten Annahme verlangen kann. Ebensowenig dient es der Sicherstellung des Zustandekommens des Werkes, wenn man in Bezug auf die eintretenden Rückwirkungen alles der Zukunft überlassen will und von bedingungsloser Annahme der Verträge von Locarno spricht."

[97] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[98] Hier folgt in BADISCHE PRESSE, Nr. 492 (Morgenausgabe) vom 24. Oktober 1925, S. 1: „Die Behauptung, daß die in Locarno vereinten Mächte beabsichtigen, einen Block gegen Rußland zu schließen, halte ich für unrichtig. [Hier folgt eine Passage zur deutschen Rußlandpolitik, die in der Vorlage bereits an einer anderen Stelle erwähnt wurde.] Ich bin im übrigen überzeugt, daß die Stellungnahme der Westmächte sich mit dieser Stellungnahme im Wesentlichen deckt. Wenn die Grundlagen gegeben sein werden, um zu einem positiven Endergebnis zu kommen, dann muß hinter diesem Endergebnis die große Mehrheit des deutschen Volkes stehen. Locarno darf keine Frage der Parteipolitik sein. Es darf nicht zum Ausgangspunkt innerpolitischer Zwistigkeiten gemacht werden. Wir sind ungebrochen die Großmacht in moralischer Beziehung. Der Friedenswille einer überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes kann und wird der Ausgangspunkt sein für eine Entwicklung, die uns diejenigen Möglichkeiten friedlicher und gleichberechtigter Betätigung eröffnet, die uns bisher versagt waren."

und sein muß: der Wiederaufbau Deutschlands in einem zu gemeinsamem Wirken vereinten Bestreben der Völker Europas.[99]

[99] Hier folgt ebd., S. 3: „Meine Herren! Lassen Sie mich meinen Erklärungen noch einige Worte hinzufügen. Ich möchte mich wenden an die öffentliche Meinung in Deutschland, möchte Sie bitten, sich eben so frei zu halten von jeder häufig im Gefolge des Pazifismus befindlichen Illusion, wie auch aber von jedem Pessimismus, der daran verzweifelt, daß es gut weitergehen kann. Meine Herren, es ist vorwärts gegangen, und es geht vorwärts. Täuschen wir uns doch darüber nicht, schließlich haben wir ein Recht, uns darüber zu freuen, wenn wir vergleichen, das Deutschland vor zwei oder drei Jahren und das Deutschland, wie es heute in der Welt besteht (lebhafter Beifall) und lassen Sie doch eines zusammenwirken, das heiße Herz und den kühlen Verstand. Ich habe hier zu Ihnen gesprochen von den großen Fragen der deutschen Außenpolitik. Ich hatte nicht die Absicht gehabt, darüber hinaus von anderen Dingen zu sprechen. Wenn ich nicht gehört hätte, daß die Behauptung aufgestellt worden ist, ich hätte in Bezug auf das Reichsschulgesetz dem vorliegenden Entwurf zugestimmt oder doch gegen ihn keinen Einspruch erhoben. Er existiert kein Entwurf des Reichsschulgesetzes, der dem Kabinett zugegangen wäre, infolgedessen bin ich auch gar nicht in der Lage, zu einem solchen Entwurf Stellung zu nehmen. Ich will mit dieser einfachen Erklärung nicht einer Stellungnahme ausweichen über meine Einstellung gegenüber diesen Dingen. Ich will daraus nicht den geringsten Hehl machen, daß es für mich, für meine Partei und für mich als Kabinettsmitglied nur eine Einstellung zu dem Entwurf gibt und das ist die, die gegeben ist aus der liberalen Grundeinstellung meiner Partei und meiner selbst. Wenn die deutsche Volkspartei jemals aufhören würde eine liberale Partei zu sein, hätte sie keine Berechtigung in deutschen Landen. Wir haben sie einst geschaffen unter diesem Namen auf der Grundlage der alten national-liberalen Partei. Solange ich die Ehre habe an der Spitze der deutschen Volkspartei zu stehen, wird die Deutsche Volkspartei an Bekennermut zum liberalen Gedanken und an Eifer im Kampf um die Geistesfreiheit sich von keiner Partei in Deutschland übertreffen lassen. Es gibt Fragen, in denen sich Kompromisse schließen lassen, aber es gibt Fragen, in denen es keinen Kompromiß gibt und dazu rechne ich die Schulfrage. ‚Das Reich muß uns doch bleiben', so heißt es in einem Lied, das auch sehr viel während des Krieges gesungen wurde. Es ist keine Frage, das Reich war in Gefahr. Der größte Mißerfolg der Staatsmänner der Vergangenheit, die Versailles schufen, war, daß sie das Reich nicht trennen konnten. Dann kamen Zeiten schwerster Bedrückung, wo es schwer wurde, den Leuten zu sagen: ‚Bleibt bei uns', denn sie mußten schweres dulden, um ihres Deutschtums willen. Nun glaube ich, sind wir soweit, daß wir sagen können: ‚Das Reich wird uns bleiben!' Hier vom Badner Land ging schon in der alten Zeit der Doppelklang aus: Freiheitliche Gesinnung nach innen und treues Bekenntnis zum Reich. So war Baden mit dem Reich immer besonders verbunden. Lassen Sie mich hoffen, daß dieser Doppelklang aus alter Zeit auch bleibt in den neuen veränderten Verhältnissen und daß wir, wenn sich erfüllt, was wir von Locarno erhoffen, den Weg vor uns haben, der uns einmal mit mehr Befriedigung aussprechen läßt, in glücklicheren Tagen: Hie gut Baden, hie Deutschland allerwege." – Der Artikel schließt: „Der Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, Herr Oberpostrat Löffler [...], dankte dem Redner für seine Ausführungen und schloß daran das Gelöbnis treu zu ihm zu stehen, in guten und schlimmen Tagen. Er schloß mit einem Hoch auf unser deutsches Vaterland. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes ging die Versammlung auseinander." – Zu während der Rede eingehenden Nachrichten aus Berlin im Hinblick auf die Ablehnung von Locarno durch die DNVP-Landesverbände, die Stresemann nach Ende der Rede zur sofortigen Abreise veranlaßten, vgl. seine Aufzeichnung und die Herausgeber-Erläuterung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 206 u. 207.

## Rede bei einem Festessen des Verbandes für den Fernen Osten in Berlin vom 30. Oktober 1925[1]

Nach OSTASIATISCHE RUNDSCHAU, 6 (1925), Nr. 11, S. 200–202. – Teildruck in DRESDNER NACHRICHTEN, Nr. 513 vom 31. Oktober 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 485 (Morgenausgabe) vom 31. Oktober 1925.

*Deutschland verfolgt in Ostasien keine Machtpolitik, sondern Ausbau des Handels und der geistigen Beziehungen. Die Beziehungen zu China, Japan und Siam.*

Eine große Wandlung ist vorgegangen seit der Zeit, als zeitweise alle Deutschen Ostasien verlassen mußten[2]. Heute ist die Zahl der Deutschen, die als wirtschaftliche Pioniere im Fernen Osten wirken, der früheren Zahl wieder gleich, wenn sie nicht übertroffen ist. Der deutsche Kaufmann wird heute in jenen fernen Ländern im friedlichen Beruf nicht geschützt von Waffen, aber getragen von der Sympathie der großen Nationen des Fernen Ostens, deren diplomatische Vertreter wir heute die Ehre haben, zu begrüßen[3]. Wir haben im Osten keine Machtpolitik zu treiben. Was wir wünschen ist, daß man uns das Vertrauen entgegenbringt, das wir diesen Ländern selbst gern entgegentragen. Unsere Ziele im Osten sind im wesentlichen Aufbau unseres Handels und Pflege der geistigen Beziehungen zu den ostasiatischen Nationen.

Die Mehrzahl der Anwesenden ist früher in **China** gewesen. China steht jetzt im Mittelpunkt des Interesses. Deshalb gestatten Sie mir, von ihm zuerst zu sprechen. Der große Kampf um das Erwachen Chinas zu nationaler Einheit und Selbständigkeit hat begonnen. Wir verfolgen diese Bestrebungen Chinas mit all unserer Sympathie und in der Hoffnung, daß China in einer weisen Politik die Wünsche erreicht, die es

---

[1] Die DRESDNER NACHRICHTEN, Nr. 513 vom 31. Oktober 1925, führen unter der Überschrift „Stresemann über den Fernen Osten“ einleitend aus, daß Stresemann die Rede gehalten habe im „Rahmen eines Festessens des Verbandes für den fernen Osten, das heute im Hotel Esplanade stattfand“. – Der „Verband für den Fernen Osten e.V.“ war 1914 in Berlin gegründet worden mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern des Fernen Ostens, insbesondere Chinas, zu stärken.

[2] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Zeit des Ersten Weltkriegs, als mit dem Kriegseintritt Japans (1914) sowie Chinas und Siams (1917) sowie dem Verlust der Kolonie Tsingtau (1914) Deutsche die betreffenden Länder verlassen mußten.

[3] Aus einem kurzen Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 516 (Morgenausgabe) vom 31. Oktober 1925, läßt sich entnehmen, daß (außer dem Vertreter Siams: vgl. unten mit Anm. 10) auch anwesend war: Suntchou Wei (geb. 1885), chinesischer Gesandter in Berlin 1921–1929. – Er sprach nach Stresemann.

sich vorgesetzt hat. Die Zollkonferenz in Peking[4] ist ein Schritt auf diesem Wege. Deutschland hat nicht unmittelbar auf dieser Zollkonferenz mitwirken können[5]. Aber unser Zusammenarbeiten mit der chinesischen Regierung in Peking und mit den Gesandten der übrigen Mächte wird es uns ermöglichen, die chinesische Regierung, soweit es in unseren schwachen Kräften steht, in ihren Aufbauplänen zu unterstützen und dabei die berechtigten deutschen Interessen zu wahren. Chinas innere Politik ist augenblicklich großen Krisen unterworfen[6]. Man hat die Befürchtung ausgesprochen, daß das Werk der Zollkonferenz dadurch gestört werden könnte. Das wäre für das große chinesische Land ein Unsegen und ein Hemmnis in der Weiterentwicklung. Lassen Sie mich deshalb der Hoffnung Ausdruck geben, daß es China gelingen möge, seine innerpolitischen Schwierigkeiten zu überwinden und den Weg zum Frieden und einer glücklichen Weiterentwicklung zu finden.

Mit **Japan** bestehen ebenso alte kulturelle Bande, wie ein weitgehender Austausch von Gütern. Wir wünschen die weitere Pflege dieser Beziehungen. Wir begrüßen die Anwesenheit japanischer Studenten und Professoren in Deutschland. Wir gedenken mit Dankbarkeit der Aufnahme, die deutsche Gelehrte in Japan gefunden haben[7]. Möge ein wechselseitiges Geben und Nehmen auf diesem Gebiete das Gute der Kultur beider Länder miteinander verbinden. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist es das ernste Bemühen beider Länder den Handelsvertrag zustande zu bringen[8]. Die Verhandlungen sind von Berlin nach Tokio verlegt worden. Wir hoffen darauf, daß man eine gerechte Lösung für den deutsch-japanischen Handel findet, damit er in der Überwindung der gegenwärtigen Depression wieder neue Impulse erhält. Ich gebe meiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Japan in seiner Öffentlichkeit und Presse stets eine Würdigung der deutschen politischen Lage und des deutschen politischen Wollens gegeben hat. Wenn auch nicht alle Wünsche unserer Landsleute

[4] China bemühte sich um die endgültige Aufhebung der einseitigen Handelsvorteile der Großmächte; zu dieser Frage tagte seit dem 26. Oktober 1925 eine internationale Zollkonferenz in Peking (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 396).

[5] Zur deutschen Haltung zu dieser Zollkonferenz vgl. die Weisung des Auswärtigen Amtes an die Gesandtschaft in Peking vom 2. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 302–303).

[6] In China herrschten seit einiger Zeit Bürgerkrieg und Unruhen, die sich teilweise auch gegen Ausländer richteten. Vgl. dazu die einzelnen Meldungen in SCHULTHESS 66 (1925), S. 386–396.

[7] Stresemann dürfte sich in erster Linie auf den deutschen Chemiker Fritz Haber beziehen, der im Dezember 1924 Japan besucht hatte. Inzwischen bemühte er sich um die Gründung eines deutsch-japanischen Instituts zum Aufbau beidseitiger Wissenschafts- und Kulturbeziehungen (vgl. etwa den Bericht des Botschafters Solf vom 18. Mai 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 130–131).

[8] Zu den deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen vgl. zuletzt die Weisung Schuberts an die Botschaft in Tokio vom 7. September 1925 (ebd., A 14, S. 143–145).

draußen befriedigt werden konnten, so hat doch die japanische Regierung in wichtigen Fragen, so in der Frage der Freigabe des deutschen Eigentums, ein dankenswertes Entgegenkommen gezeigt[9]. So ist, glaube ich, die Grundlage gegeben, für eine stete und zielbewußte freundliche Entwicklung der deutsch-japanischen Beziehungen, auf der wir weiterbauen können.

Lassen Sie mich schließlich von **Siam** sprechen. Ich habe die Überzeugung, daß in der Persönlichkeit des neuen Gesandten[10] und der übrigen Mitglieder der Siamesischen Gesandtschaft die Garantie für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten gegeben ist. Viele Schwierigkeiten waren zu überwinden, um mit Siam einen Vertrag zustande zu bekommen[11], der beide Teile befriedigt. So habe ich mich persönlich als Reichsaußenminister für einen Vertrag eingesetzt gegenüber der Kritik, die er im deutschen Reichstag gefunden hat[12]. Wir haben trotz innerer und äußerer Hindernisse vorankommen können, und wir wollen weiter in demselben Geiste arbeiten. Auch unser Gesandter in Siam[13] ist dort angekommen. Ihm bleiben große und wichtige Aufgaben zu lösen, die er nur im vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit der siamesischen Regierung lösen kann. Was an uns liegt, um die Vorbedingungen dafür zu schaffen, soll geschehen.

Dem **Verband für den Fernen Osten** spreche ich meine herzlichen Wünsche aus für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit. Möge es ihm gelingen, für die Ausdehnung deutscher Kultur- und Handelsbeziehungen nach Ostasien weiter zu wirken, und möge er das Ziel erreichen, die Tätigkeit der Deutschen draußen anzuregen und ein Zusammenleben herzustellen in Harmonie mit den Nationen, deren Gastfreundschaft wir dort genießen, wie wir gastlich ihre Söhne aufnehmen, die zu uns kommen. (Lebhafter Beifall.)

---

[9] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[10] Aus Gothaisches Jahrbuch [...] 163 (1926), S. 30 u. 164 (1927), S. 32, läßt sich der Name Prinz Damras Damrong, Gesandter Siams in Berlin 1925–1926 u. 1929–1931, ermitteln; weiteres konnte nicht ermittelt werden. – Bis zur Ernennung Damras' von 1925 waren seit dem Abbruch der Beziehungen im Jahre 1917 die Interessen Siams in Berlin durch die dänische Gesandtschaft vertreten worden.

[11] Gemeint ist das deutsch-siamesische vorläufige Wirtschaftsabkommen vom 28. Februar 1924, das am 14. Februar 1925 ratifiziert worden war (REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 67–72).

[12] Vgl. dazu die Reichstagsrede Stresemanns vom 7. Februar 1925 (in dieser Edition).

[13] Rudolf Asmis (1879–1945), deutscher Gesandter in Bangkok Juli 1925 – 1932.

## Rede vor der Dresdener Presse vom 31. Oktober 1925[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 211–219.

*Locarno bedeutet nicht Verzicht auf Grenzänderungen, sondern nur auf deren gewaltsame Durchsetzung. Bei den Schiedsverträgen konnte die deutsche Delegation sich durchsetzen. Die französischen Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei sind keine Bündnisverträge mehr. Die deutschen Bedingungen für den Völkerbundsbeitritt wurden durchgesetzt. Die Aussicht auf die Rückwirkungen, über deren konkrete Form derzeit verhandelt wird. Die Lösung der Entwaffnungsfrage. Die Gefahren durch den Regierungsaustritt der DNVP. Eine deutsche Ablehnung der Verträge würde wirtschaftlich wie politisch die ganze Welt gegen Deutschland aufbringen.*

Grundlage für die deutsche Urteilsbildung über die Politik von Locarno[2] muß die deutsche Note vom 20. Juli[3] sein, die seinerzeit vom Reichstag einstimmig gebilligt worden ist[4]. In ihr wurde erklärt, daß wir damit keine Änderung der bestehenden Verträge erstrebten. Angesichts dieses schon damals ausgesprochenen Satzes ist die Aufregung über den Passus in dem späteren Vertragswerk von Locarno schwer verständlich, wonach durch diese Abmachungen die bestehenden Verträge nicht berührt werden sollten[5]. Weiter aber war in der Note vom 20. Juli zum Ausdruck gebracht worden, daß die bestehenden Verträge nicht ein für allemal geltendes Recht bleiben könnten. Es wurde unsererseits damit ausgesprochen, daß ein moralischer Verzicht

---

[1] Zu Anlaß und Umständen der Rede vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 210–211. – Die Erläuterungen in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 533, Anm. 2, beziehen sich nur zum Teil auf die hier wiedergegebene Rede und aufgrund einer Verwechselung zum anderen Teil auf die Rede, die Stresemann am gleichen Tag auf dem Herrenessen der Ressource der Dresdener Kaufmannschaft hielt (vgl. diese Edition).

[2] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die dort am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. Das Schlußprotokoll mit den Verträgen ebd., S. 197–215.

[3] In dieser Note, die Hoesch am 20. Juli 1925 Briand übergab, wurden von deutscher Seite die Bedingungen für das Zustandekommen des Sicherheitspakts präzisiert (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113).

[4] Am 23. Juli 1925 endete die außenpolitische Debatte des Reichstags, in deren Rahmen Stresemann am 22. Juli 1925 gesprochen hatte (vgl. diese Edition), mit der Billigung der Außenpolitik der Reichsregierung (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 387, S. 3461).

[5] Gemeint ist Art. 6 des Vertrags zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, in dem die Rechte und Pflichten aus dem Versailler Vertrag von 1919 und dem Londoner Abkommen vom 30. August 1924 ausdrücklich als unberührt erklärt werden (LOCARNO-KONFERENZ S. 201).

nicht erklärt werden sollte. In der späteren Note Briands[6] ist hierauf schon Bezug genommen worden. Von der größten Bedeutung ist, daß in dem Locarno-Werk eingangs von der Notwendigkeit gesprochen wird, den Frieden herzustellen[7].

Das Wort Status quo ist mit Einverständnis der Alliierten durch das Wort Frieden [in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist][8] in der Präambel ersetzt worden[9]. Es ist nicht die dauernde Unveränderlichkeit der Grenzen festgelegt worden. Im Artikel 1 steht ausdrücklich[10]: „Die vertragschließenden Parteien garantieren in der **in den folgenden Artikeln** bestimmten Weise die Aufrechterhaltung der Grenzen." Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall gegeneinander zu schreiten. Es ist also nicht eine allgemeine Anerkennung der Grenzen, sondern nur ein Verzicht auf gewaltsame Handlungen. In allen weiteren Artikeln des Vertrags hat man auch niemals Bezug auf Artikel 1 genommen, sondern stets auf Artikel 2, der vom Verzicht auf Angriff, Einfall oder Krieg spricht. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags[11] ist auch von Westarp[12] bis Breitscheid[13] vollkommen anerkannt worden, daß keine Rede davon sein kann, daß irgend etwas anderes im Vertrage zutage tritt als der Verzicht auf den Angriff und daß irgendwelche moralischen Rechte nicht aufgegeben sind. Das ist besonders auch vom sozialdemokratischen Redner betont worden.

Im Auslande ist ein Kommentar verbreitet, den das Foreign Office herausgegeben

---

[6] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Gemeint ist die Note Briands, die Stresemann am 24. August 1925 vom französischen Botschafter übergeben wurde (Text ebd., S. 114–117).

[7] In der Präambel des oben Anm. 5 genannten Vertrags (ebd., S. 198–199).

[8] Dieser Einschub so in der Vorlage (wohl als Ergänzung des Hrsg.).

[9] Darauf hatte man sich in der 3. Konferenzsitzung vom 7. Oktober 1925 verständigt (vgl. ebd., S. 154–159).

[10] Zum exakten Wortlaut des Nachfolgenden vgl. ebd., S. 199.

[11] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 22. Oktober 1925, in der sowohl Westarp als auch Breitscheid sprachen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 [Abendausgabe] vom 22. Oktober 1925; Nr. 502 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925; zur Ausschußsitzung auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 793, Anm. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 243 vom 24. Oktober 1925, S. 6; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21950 (Morgenausgabe) vom 23. Oktober 1925, S. 3; Nr. 21951 (Abendausgabe) vom 23. Oktober 1925, S. 2; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 206).

[12] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[13] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (1920–1922 für die USPD, danach für die SPD).

hat[14]. Es ist nicht wahr, daß das Auswärtige Amt sich bemühe, die ausländischen Kommentare der deutschen Öffentlichkeit vorzuenthalten. Ich werde auch die polnischen Pressestimmen[15] veröffentlichen lassen. Nun bin ich gebeten worden, in bezug auf die Erklärung des Foreign Office noch einmal zu sagen, wie die deutsche Reichsregierung den Artikel auffasse. Man sagt, das Foreign Office betone die Stabilisierung der Grenzen und habe die Worte „Verzicht auf Angriff" usw. fortgelassen. Das Foreign Office trifft dafür kein Vorwurf. Denn diese Herren können die innenpolitischen Sorgen Deutschlands nicht verstehen und haben nur der ausländischen Öffentlichkeit einen Auszug aus dem Vertrage gegeben. Nachdem ich als Außenminister im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler[16] die Erklärung abgegeben hatte[17], daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ebenso jede Art friedlicher Entwicklung durch den Vertrag unberührt bleibe, haben wir diese Erklärung durch das W.T.B. herausgegeben[18]. Seitdem sind über acht Tage vergangen, und nicht eine der beteiligten Mächte hat gegen diese Erklärung protestiert. Es wird bei den Parlamentsdebatten, vielleicht auch in den ausländischen Parlamenten, Gelegenheit gegeben sein, diese Dinge klarzustellen. Was meine persönliche Auffassung betrifft, so habe ich mich geniert, den Satz, daß eine friedliche Lösung nicht ausgeschlossen sein soll, überhaupt niederzuschreiben, weil er völkerrechtlich eine Selbstverständlichkeit war. Wenn die Mächte einen Vertrag schließen, nicht Krieg gegeneinander zu führen, dann haben sie natürlich das Recht, sich auf friedlichem Wege über sämtliche Fragen zu einigen. Ich weiß nicht, wie diese Selbstverständlichkeit in Zweifel gezogen werden kann.

---

[14] Der „offiziös vom Foreign Office" mitgeteilte Kommentar u.a. veröffentlicht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 498 (Morgenausgabe) vom 21. Oktober 1925. – Sein Inhalt spielte eine wichtige Rolle in der Argumentation der DNVP gegen den Vertrag von Locarno (vgl. unten mit Anm. 36).

[15] Vgl. etwa ein Resümee polnischer Pressestimmen nach Locarno in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21948 (Morgenausgabe) vom 21. Oktober 1925, S. 4.

[16] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[17] Die entsprechende Erklärung gab Stresemann schon in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 22. Oktober 1925 ab (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 502 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925); sie findet sich auch in der Stellungnahme, die am 23. Oktober 1925 in Reaktion auf die DNVP-Vorbehalte, die schließlich am 25. Oktober 1925 zum Austritt der DNVP-Minister aus der Regierung führten, der DNVP gegenüber abgegeben wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 795–796 mit Anm. 3).

[18] Die betreffende WTB-Meldung konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch die entsprechende Erklärung Luthers bereits vom 16. Oktober 1925, die per WTB verbreitet wurde (ebd., S. 779, Anm. 2).

Eine andere Frage betrifft die Schiedsverträge[19]. Der zweite Teil der Note vom 20. Juli vertrat unser System der Schiedsverträge gegenüber dem französischen System. Wir legten besonderen Wert auf das System Gaus[20], eines der hervorragendsten Juristen, gegenüber jenem System, weil wir nach Osten hin keinen Vertrag schließen wollten, der auch nur mittelbar als Anerkennung der Grenzen angesehen werden konnte. Dieses System ist aber in sämtlichen Schiedsverträgen durchgeführt worden. Der Schiedsvertrag ist genau so angenommen, wie wir ihn vorgelegt haben.

Die nächste Frage ist die der französischen Garantie für die Schiedsverträge mit **Polen** und der **Tschechoslowakei[21].** Hier hat der härteste Kampf stattgefunden. Die Alliierten sagten[22], es wäre für sie gewissermaßen unehrenhaft, für sich selbst einen Sicherheitspakt abzuschließen und ihre Verbündeten im Osten im Stich zu lassen. Ich wies in dieser Hinsicht auf die Debatten im polnischen Sejm hin[23], wo man dem Außenminister[24] mit der Erklärung entgegengetreten ist, daß die Abmachungen von Locarno eine Schwächung oder gar Aufhebung des polnisch-französischen Bündnisses seien. Es ist das anerkannt worden, was ich als Folge dieser Verträge erklären möchte: Sie stellen die Rechte Frankreichs fest, Polen zu helfen, **soweit** die Völkerbundssatzung das zuläßt, d.h. für den Fall, in dem der Völkerbund gestattet, daß überhaupt eine Macht der anderen zu Hilfe kommt. Das Abkommen, das Frankreich jetzt mit Polen und der Tschechoslowakei geschlossen hat[25], kann jeden Tag ein Staat mit einem anderen abschließen. Ein Bündnis in der bisherigen Weise ist es

---

[19] Gemeint sind die in Locarno am 16. Oktober 1925 paraphierten Schiedsverträge zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite (Texte in LOCARNO-KONFERENZ S. 202–214).

[20] Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943. – Zum „System Gaus“, dem deutschen System der Schiedsverträge, vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41.

[21] Am 16. Oktober 1925 schloß Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei bilateral Verträge zur gegenseitigen Garantie der mit Deutschland abgeschlossenen Schiedsverträge (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 216–217).

[22] Stresemann bezieht sich im Folgenden auf die 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925, in der von seiten der Alliierten allerdings nur Briand diese Position vertrat, während Chamberlain eine vermittelnde Haltung einnahm (vgl. die Sitzungsniederschrift ebd., S. 149–154; Stresemanns eigene Aufzeichnung: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 691–692).

[23] In den in der vorangegangenen Anm. genannten Aufzeichnungen zur 2. Konferenzsitzung findet sich dieser Hinweis Stresemanns nicht. Das Nachfolgende deutet auch an, daß sich Stresemann auf Ereignisse nach der Konferenz von Locarno bezieht; dann wäre das „wies“ ein Wiedergabefehler und es müßte heißen: „weise“. – Zur Debatte im polnischen Sejm vom 21. Oktober 1925, wo die nachfolgend genannten Vorwürfe erhoben wurden, vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 (Abendausgabe) vom 22. Oktober 1925.

[24] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926.

[25] Vgl. oben mit Anm. 21.

nicht mehr.

Im dritten Teil der Note vom 20. Juli haben wir unsere Stellung zum **Völkerbund** gekennzeichnet. Unser geltendgemachter Anspruch auf **Kolonien** ist von der anderen Seite anerkannt worden[26]. Die Kolonialschuldlüge[27] ist damit erledigt. Die Behauptung, daß Deutschland nicht in der Lage sei, Kolonien zu verwalten, ist ersetzt durch den Ausspruch: Niemand in der Welt kann Deutschland das moralische Recht bestreiten, Kolonien zu besitzen. Bei Gelegenheit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist von uns erklärt worden[28], daß Deutschland, wenn es den Artikel 101[29] der Völkerbundssatzung anerkennt, wobei es noch einmal seine internationalen materiellen Verpflichtungen übernimmt, damit in keiner Weise irgendeine Anerkennung einer moralischen Schuld auf sich nehme. Während bisher jede Erklärung Deutschlands gegen den Artikel 231 des Friedensvertrags[30] auf den energischen Widerstand der anderen stieß und zu einem sehr unerfreulichen Notenwechsel führte[31], ist die Erklärung, die von mir im Namen der deutschen Delegation abgegeben wurde[32], ohne Widerspruch aufgenommen worden. Briand hat im Laufe der Sitzung wiederholt, daß der deutsche Außenminister erklärt habe, das Deutsche Reich lehne jede Übernahme einer moralischen Verantwortung aus dem Friedensvertrag ab. Im Protokoll[33] sind diese Äußerungen vermerkt. Damit ist nach meiner Auffassung das getan, was getan werden konnte. Es kommt für uns darauf an, daß der Welt gegenüber klar ist, daß Deutschland **eine Anerkennung der deutschen Alleinschuld niemals auf sich nimmt.** Die Auffassung, daß etwa die Alliierten ihrer-

---

[26] Stresemann bezieht sich auf die 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925, in der der deutsche Völkerbundsbeitritt und die dafür von Deutschland geforderten Bedingungen diskutiert wurden (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[27] Dieser in Deutschland verbreitete Begriff bezieht sich darauf, daß Deutschland im Versailler Vertrag den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte abtreten mußte (Art. 119: VERTRAG VON VERSAILLES S. 73), und auf die dahinterliegende, wenn auch nicht im Vertrag selbst formulierte Begründung, Deutschland habe sich durch seine mangelhafte Verwaltung der Kolonien als unwürdig erwiesen.

[28] Stresemann bezieht sich möglicherweise auch hier auf die 4. Konferenzsitzung (vgl. oben mit Anm. 26), vielleicht aber auch auf frühere Erörterungen der Frage.

[29] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl Art. 1 der Völkerbundssatzung, der jede neu eintretende Nation verpflichtet, „für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksam Gewähr [zu] leisten“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 9).

[30] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text ebd., S. 211).

[31] Vgl. etwa die Kriegsschulderklärung des damaligen Reichskanzlers Marx vom 29. August 1924 und dazu die Reichstagsrede Stresemanns vom 12. September 1924 (in dieser Edition).

[32] In der 4. Konferenzsitzung (vgl. oben mit Anm. 26).

[33] Gemeint ist offenbar die Niederschrift der 4. Konferenzsitzung (vgl. oben mit Anm. 26); ein eigentliches Protokoll wurde auf der Konferenz von Locarno nicht geführt, sondern jede Delegation führte eigene Sitzungsniederschriften.

seits den Artikel fallenlassen, halte ich für eine vollkommene Utopie. Es wird in der Geschichte niemals die Möglichkeit geben, daß, wenn ein harter Friede basiert ist auf Erklärungen von 27 Mächten[34], daß diese dann offiziell je diese Behauptung zurücknehmen werden. Im Kampfe um die Kriegsschuldlüge ist also ein sehr erfreulicher Fortschritt gemacht und ihre Verteidiger sind in die Defensive geführt worden. Die Sache kann nicht gefördert werden mit weiteren formellen Erklärungen gegenüber den Alliierten, sondern muß geführt werden durch Aufklärung vor allem. So bleibt nur übrig, die von mir abgegebene Erklärung den übrigen Signatarmächten zu geeigneter Zeit zuzustellen. Über die Form der abgegebenen Erklärung bestand volle Einmütigkeit im Kabinett[35], einschließlich seiner früheren deutschnationalen Minister[36].

Bei Erörterung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund[37] ist die Frage des **Artikels 16**[38] erörtert worden. Hier bestanden viele Unklarheiten. Angesichts des Nebels, der sich um diesen Artikel gewoben hatte, haben wir festgestellt, daß dieser Artikel eine rechtliche Bindung für ein Land überhaupt nicht besitzt, sondern lediglich die moralische Bindung, loyal und tatkräftig mitzuwirken bei der Durchführung der Aufgaben des Völkerbundes. Es ist bei den Verhandlungen in Locarno gesagt worden, man würde dankbar sein, wenn überhaupt der größere Teil der Völkerbundsmitglieder dem Artikel 16 entsprechen würde. Das Maß dieser Mitwirkung kann auch gleich Null sein. Die Hauptsache ist die moralische Entlastung Deutschlands, damit man nicht sagen konnte: Ihr habt einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat beansprucht und im gegebenen Moment erklärt, daß ihr nicht mitmachen würdet. Das wäre unmoralisch und heimtückisch. Infolgedessen haben wir in Locarno erklärt, daß im Falle eines russisch-polnischen Krieges und in allen Fällen, in denen wir uns die Kriegserklärung einer Macht zuzögen, wir es ablehnten, uns irgendwie zu beteiligen, sei es durch militärische Kooperation, durch Gestattung des Durchmarschs oder

---

[34] Gemeint sind offenbar die 27 Staaten, die – neben Deutschland – den Versailler Vertrag unterzeichneten (vgl. VERTRAGS VON VERSAILLES S. 2).

[35] Vgl. die Ministerbesprechung vom 1. Oktober 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 600–605).

[36] Am 25. Oktober 1925 waren die DNVP-Minister Schiele, v. Schlieben und Neuhaus auf Druck der Landesverbände und der Reichstagsfraktion aus dem Kabinett ausgeschieden (vgl. ebd., II, S. 801–803); am 26. Oktober waren sie im Kabinett verabschiedet worden (ebd., S. 803–804).

[37] In der 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925 (vgl. oben mit Anm. 26) und der 6. Sitzung vom 12. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 176–183).

[38] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichte im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

wirtschaftliche Blockade. In heftigen Kämpfen ist dieser Standpunkt durchgesetzt worden. Das Protokoll von Locarno[39] besagt, daß man die Erklärung der deutschen Minister entgegennehme, daß Deutschland in allen diesen Fällen sich fernhalten werde. Wir haben erklärt, daß wir allein darüber bestimmen, ob und in welchem Maße wir uns irgendwie an Maßnahmen aus Artikel 16 beteiligen würden. Wir haben das begründet mit dem Zustand der deutschen Abrüstung[40], die uns nicht einmal gestattet, unser Land zu verteidigen, so daß wir nicht in der Lage seien, eine Handlung vorzunehmen, die eine Kriegserklärung von anderer Seite im Gefolge haben könnte.

Es ist weiter in der Note vom 20. Juli[41] gesagt worden, daß unsere Abrüstung die **allgemeine Abrüstung** zur Folge haben müsse. Im Schlußprotokoll von Locarno[42] ist das noch einmal zum Ausdruck gekommen. In den Verhandlungen von Locarno ist weiter gesagt worden[43], daß die beteiligten Mächte bereit seien, im Völkerbund sofort über diese Frage zu verhandeln. Ebenso plant auch Präsident Coolidge[44] die Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Die Reichsregierung hat deshalb in ihrer gestrigen Erklärung[45] in bezug auf die hier verhandelten Fragen betont, und ich für meine Person muß sagen, aus voller Überzeugung heraus, daß nicht ein Punkt der Note vom 20. Juli in Locarno nicht durchgesetzt worden ist, soweit der paraphierte Vertrag in Betracht kommt. Ich habe bisher wenigstens keinen Gegenbeweis gesehen. Im Auswärtigen Amt hat niemand daran gezweifelt. Für anderweitige Presse-

---

[39] Zum Begriff des „Protokolls“ vgl. oben Anm. 33. In der deutschen Sitzungsniederschrift der 4. und 6. Konferenzsitzung, in der die Frage von Art. 16 behandelt wurden, findet sich die nachfolgend von Stresemann wiedergegebene Formulierung so nicht, sondern nur die (mit Bedauern formulierte) Feststellung der anderen Delegierten, daß Deutschland Vorbehalte habe (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172 u. 176–182).

[40] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[41] Vgl. oben mit Anm. 3.

[42] Vgl. oben Anm. 2.

[43] In der 6. Konferenzsitzung (vgl. oben mit Anm. 37) waren entsprechende Absichtsbekundungen zur wirksamen Abrüstung von Briand, Chamberlain und Vandervelde abgegeben worden.

[44] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929. – Zu seiner Haltung zur Abrüstungsfrage vgl. seine Rede vom 6. Oktober 1925 auf der Tagung der Amerikanischen Legion (SCHULTHESS 66 [1925], S. 374–375); zu (widersprüchlichen) amerikanischen Pressemeldungen über die baldige Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch Coolidge vgl. auch NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21946 (Abendausgabe) vom 19. Oktober 1925, S. 4; Nr. 21948 (Morgenausgabe) vom 21. Oktober 1925, S. 5; REICHSPOST, Nr. 289 vom 21. Oktober 1925, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 239 vom 20. Oktober 1925, S. 6; Nr. 242 vom 23. Oktober 1925, S. 6. – Allgemeiner zum amerikanischen Wunsch nach weltweiter Abrüstung vgl. die Aufzeichnung Schuberts über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Schurman vom 20. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 422–423)

[45] Als WTB-Meldung veröffentlicht u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 516 (Morgenausgabe) vom 31. Oktober 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 485 (Morgenausgabe) vom 31. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21958 (Morgenausgabe) vom 31. Oktober 1925, S. 3.

äußerungen, etwa des „Temps“[46] oder ähnlicher Organe, kann ich nicht die Verantwortung übernehmen.

Eine wichtige Frage ist ferner die Frage der Rückwirkungen. In unserer Note, der einstimmig angenommenen Note[47], ist nicht die Rede von Voraussetzungen, sondern es ist gesagt, daß das Zustandekommen des paraphierten Vertrages eine so bedeutsame Neuerung darstelle, daß sie nicht ohne Rückwirkungen bleiben dürfe. Die Regierung hat nicht den Wunsch, daß die Parteien jetzt ja oder nein sagen. Sie hat darum ersucht, mit dem Urteil zurückzuhalten und abzuwarten, bis die Rückwirkungen ein Urteil erlauben. Ich erinnere hier an die oft vom Reichskanzler zitierte Äußerung, die seinerzeit durch das W.T.B. von Locarno ausging[48], in der es am Schlusse hieß: Die beiden deutschen Delegierten[49] übernehmen vor dem deutschen Volke die Verantwortung dafür, daß die ihnen gegebenen Zusagen in die Tat umgesetzt werden. Der Herr Reichskanzler hat das dahin kommentiert[50], daß er ebenso wie der Außenminister selbstverständlich sofort von seinem Posten zurücktreten würde, wenn wir uns in der Psychologie unserer Kontrahenten derart getäuscht hätten, daß diese Rückwirkungen nicht erfolgten. Wir haben den Termin der Unterzeichnung des Vertrags absichtlich bis zum 1. Dezember hinausgeschoben[51], um in der Zwischenzeit die Möglichkeit zu haben, über diese Rückwirkungen weiterzuverhandeln. Ich kann versichern, daß seit der Rückkehr der Delegation nicht ein Tag vergangen ist, wo nicht über diese Frage verhandelt wurde. Chamberlain[52] ist nicht nach London, sondern zunächst nach Paris gefahren, um mit Painlevé[53] zu verhandeln, damit die

---

[46] Ob Stresemann sich hier auf einen konkreten Artikel in „Le Temps“ bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Seit der Vertragsunterzeichnung in Locarno hatte sich die Zeitung fast täglich in ihrem Leitartikel mit den Verträgen und zuletzt mit der innerdeutschen Auseinandersetzung darüber befaßt; dabei wurde wiederholt behauptet, Frankreich habe alle seine Bedingungen aus der Note vom 16. Juni 1925 durchgesetzt (vgl. z.B. LE TEMPS, Nr. 23442 vom 18. Oktober 1925, S. 1).

[47] Gemeint ist die Note vom 20. Juli 1925 (vgl. oben mit Anm. 3 u. 4).

[48] Vgl. zu dieser WTB-Meldung AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 779, Anm. 2.

[49] Gemeint sind Stresemann und Luther, die beiden Hauptdelegierten der deutschen Delegation in Locarno.

[50] Vgl. etwa die entsprechende Äußerung im Kabinettsrat beim Reichspräsidenten vom 19. Oktober 1925 (ebd., S. 780–789; die Äußerung Luthers: S. 786) sowie eine ähnliche Formulierung in der Rede in Essen (vgl. unten mit Anm. 57).

[51] Auf der Schlußsitzung der Konferenz hatte Stresemann den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vorgeschlagen, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (LOCARNO-KONFERENZ S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[52] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[53] Paul Painlevé (1863–1933), französischer Ministerpräsident 1917 und 17. April – 22. November 1925; Kriegsminister 17. April 1925 – 22. Oktober 1929 (mit kurzen Unterbrechungen Oktober – November 1925 und Juni – Juli 1926); Finanzminister 9. Oktober – 22. November 1925. – Zur Besprechung Chamberlains mit Painlevé am 19. Oktober 1925 vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 496

Rheinlandfrage bereinigt werden könne. Briand hat telegrafisch von Locarno aus Tirard[54] und den General Guillaumat[55] nach Paris berufen, um sie zu veranlassen, ein Programm hierfür aufzustellen. Der Botschafter v. Hoesch[56] hat tagelang mit Tirard verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen liegt uns vor und wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Es handelt sich bei diesen Verhandlungen um eine ganze Reihe bedeutsamster Fragen. Ich habe nach dem, was bisher in diesen Dingen geschehen ist, auch nicht den geringsten Anlaß, nicht das zu unterschreiben, was der Reichskanzler auf Grund dieser ganzen Tatsachen jüngst in Essen gesagt hat[57]. Diese Verhandlungen erfordern natürlich einige Wochen Zeit. Es muß möglich sein, wenigstens vierzehn Tage lang die Nerven zu behalten und abzuwarten, bis die Dinge geklärt sind. Es ist selbstverständlich, daß über die Verhandlungen zwischen Hoesch und Tirard nicht Einzelheiten bekanntgegeben wurden, bevor das Gesamtergebnis vorliegt. Es ist also im ganzen nichts verabsäumt worden. Die bisherigen Ergebnisse im Rheinland[58] scheinen den guten Willen der Herren von der Entente zu beweisen. Wie weit sie damit durchkommen werden in ihren Kabinetten und Parlamenten, kann ich im Augenblick nicht übersehen.

Nun die **Räumung Kölns[59].** Es scheint, daß die Räumung in zwei Etappen zerfal-

(Morgenausgabe) vom 20. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21947 (Morgenausgabe) vom 20. Oktober 1925, S. 6–7.

[54] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930.

[55] Adolphe Guillaumat (1863–1940), französischer General; Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland Oktober 1924 – 1930; Kriegsminister Juni – Juli 1926. – Zur nachfolgend angesprochenen Sitzung in Paris vom 21. Oktober 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 500 (Morgenausgabe) vom 22. Oktober 1925; WIENER ZEITUNG, Nr. 242 vom 23. Oktober 1925, S. 6.

[56] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat in Paris 1921 – 1. Februar 1924 (seit Januar 1923 als Geschäftsträger); Botschafter in Paris 2. Februar 1924 – 1932. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Verhandlungen mit Tirard vgl. seine telegraphischen Berichte vom 23. und 24. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 451–454 u. 468–471).

[57] Zur Rede Luthers in Essen am 28. Oktober 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 513 (Abendausgabe) vom 29. Oktober 1925.

[58] Auf welche Ergebnisse Stresemann sich konkret bezieht, konnte nicht ermittelt werden; in Betracht kämen die zahlreichenden umlaufenden Nachrichten, daß das englische Hauptquartier in Köln in Kürze aufgegeben und nach Wiesbaden umziehen werde, somit also die nördliche Rheinlandzone bald geräumt würde (vgl. etwa Vossische Zeitung, Nr. 505 [Abendausgabe] vom 24. Oktober 1925; REICHSPOST, Nr. 293 vom 25. Oktober 1925, S. 1; Nr. 295 vom 27. Oktober 1925, S. 3; Nr. 297 vom 29. Oktober 1925, S. 3; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21957 [Abendausgabe] vom 31. Oktober 1925, S. 1; vgl. auch die folgende Anm.). Ebenfalls möglich wäre, daß er sich auf die angekündigte Freigabe erster Gebäude in Köln am 31. Oktober 1925 durch die britischen Besatzungstruppen bezieht (vgl. THE TIMES, Nr. 44106 vom 30. Oktober 1925, S. 11).

[59] Gemeint ist die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone des Besatzungsgebiets. Zur französischen und britischen Haltung in der Festlegung eines Abzugtermins vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs über Gespräche mit Briand und Chamberlain vom 28. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUT-

len wird, einen Anfangstermin, der sehr bald liegen wird, und einen Endtermin, der sich hinzieht. Die Gründe dafür sind etwas seltsam. Sie liegen nicht etwa in der Schwierigkeit, aus Köln herauszukommen, sondern sie scheinen in den Ansprüchen zu liegen, die in bezug auf Wiesbaden[60] gestellt wurden. Es scheint, daß die englischen Herren Offiziere, Kommandanten usw. es ablehnen, in Wohnungen zu gehen, die vorher von ihren französischen Bundesgenossen bewohnt gewesen sind. Es wird die ganze Verzögerung damit begründet, daß alle neue Wohnungen haben wollen, daß die Quartiere desinfiziert werden müssen usw. Jedenfalls ist es nicht eine politische Weigerung, sondern eine Obstruktion der Militärs, die sagen: Wenn wir jetzt nach Wiesbaden gehen, so müssen die Dinge dort für uns vorbereitet werden. Die Frage selbst halte ich im übrigen für gelöst. Was übrigbleibt, sind Fragen in bezug auf die letzte Abrüstungsnote[61].

Das ist die außenpolitische Situation, nach meiner Meinung ein weitgehender, sehr weit getriebener deutscher Erfolg. Bei dieser Sachlage habe ich es sehr bedauert, daß die größere Regierungspartei, bevor der ganze Tatbestand vorlag, aus der Regierung ausgeschieden ist[62]. Denn es ist klar, daß jetzt, wo die Dinge mit den Rheinlandskonzessionen usw. in die Kabinette kommen, die Stellung des Kabinetts Luther nicht glänzend ist. Ich kann mir wohl denken, daß Briand dadurch große Schwierigkeiten hat. Ich bedaure das Austragen dieser innenpolitischen Kämpfe vor der Entscheidung auf das allertiefste. Man durfte nicht von rechts und links her die Regierung derart isolieren, daß das, was bisher erreicht wurde, eventuell gefährdet wird. Und das ist die ganze große Gefahr, die ganz unmögliche Situation des Kabinetts, wodurch unter Umständen die ganze Sache für das Rheinland hinfällig gemacht wird. Infolgedessen hat der Herr Reichskanzler in Übereinstimmung mit mir

---

SCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 494–497); zur deutschen Haltung vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Botschaft in Paris vom 31. Oktober 1925 (ebd., S. 521–522).

[60] Als neues Hauptquartier der britischen Besatzungstruppen für die Zeit nach der Aufgabe von Köln war Wiesbaden geplant; Chamberlain hatte in der in der vorangegangenen Anm. angesprochenen Unterredung im Gespräch mit Hoesch die nachfolgenden Gründe für die Verzögerung, wenn auch nicht in den von Stresemann ausgeführten Details, genannt; vgl. aber auch die Korrespondentenberichte vom 25. Oktober 1925 in THE TIMES, Nr. 44102 vom 26. Oktober 1925, S. 13; vom 31. Oktober 1925 in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21959 (Morgenausgabe) vom 1. November 1925, S. 9.

[61] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die deutsche Note, die am 23. Oktober 1925 von Hoesch dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz übergeben wurde (MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 7–11; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 409–410); in ihr wurde in Antwort auf die am 4. Juni 1925 von den diplomatischen Vertretern der Alliierten in Berlin übergebene Kollektivnote (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404) dargelegt, welche der Forderungen in bezug auf die deutsche Abrüstung inzwischen erledigt seien.

[62] Vgl. oben mit Anm. 36.

die Vertreter der Parteien auf Dienstag einberufen. Es muß Klarheit geschaffen werden, wie die Dinge weitergehen sollen.

Wer da glaubt, daß in den nächsten acht Tagen innenpolitische Entscheidungen fallen müssen, übersieht zweierlei. Die beiden Delegierten können nicht das Kabinett ergänzen, ohne ihrem Wort untreu zu werden, daß sie eventuell zurücktreten würden. Die Drohung mit der Demission war schließlich das stärkste Druckmittel, um die Gegenseite zu veranlassen, in der Rheinlandfrage etwas zu tun. Wir also können das Kabinett jetzt nicht ergänzen. Ferner müssen wir sehen, wie die Dinge sich politisch gestalten. Die „Germania“[63] schreibt z.B., es empfehle sich ein Kabinett der Großen Koalition mit mir als Reichskanzler. So wenig ich es in früheren Zeiten dankbar empfunden habe, wenn man den Reichskanzler als den starken Mann gegen den schwachen Außenminister lobte, so wenig liegt es in meinem Sinn, wenn hier ein Gegensatz zwischen mir und dem Reichskanzler an die Öffentlichkeit kommt. Ich bin der Überzeugung, daß es unbedingt notwendig ist, daß der Reichskanzler, der in Locarno verhandelt hat, auch diesen Pakt unterzeichnet, sonst würde das Ansehen der deutschen Regierung nach außen hin aufs schwerste gefährdet werden. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen. Ein Reichskanzler, der diesen Pakt gemacht hat, darf nicht durch innenpolitische Streitigkeiten gestürzt werden. Was sich ergibt, wenn wir Reichskanzler aus innenpolitischen Gründen gestürzt haben, haben wir oft genug gesehen. Wir müssen uns überlegen, wie die Dinge **draußen** wirken. Wir sind jetzt im Begriff, wieder eine aktive Großmacht sein zu können und so angesehen zu werden. Ich richte an Sie alle die Bitte, vertagen Sie all diese Erörterungen mindestens bis zu der Zeit, wo das Gesamtergebnis von Locarno vorliegt, und bedenken Sie bei allem Kampf um innenpolitische Theorien, wie das Gesamtbild, das Deutschland jetzt bietet, auf das Ausland wirken muß.

[...][64]

Eine Ablehnung halte ich für ganz unmöglich. Wodurch haben wir denn 1914 die Stimmung der Welt gegen uns herbeigeführt? Doch nicht durch den Notenwechsel vom 1. bis 30. Juli 1914. Es ist daher gekommen, daß wir in den vergangenen besseren Zeiten den Fehler gemacht hatten, auf die seelische Einstellung der Welt zu wenig Rücksicht zu nehmen. Wir wollten den Frieden und sprachen von Krieg. Die

[63] Der betreffende Artikel in der zentrumsnahen Zeitung „Germania“ konnte nicht ermittelt werden.

[64] Der Herausgeber der Vorlage (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 217) erläutert hier, daß Stresemann nach Abschluß seiner Ausführungen auf Fragen der Pressevertreter geantwortet habe. „Auf die Frage, was die eventuellen Folgen einer Ablehnung des Vertrags von Locarno sein würden, erwidert Stresemann:“

andern wollten den Krieg, aber sprachen von Frieden. Diese Dinge haben uns maßlos geschadet, obwohl der Kaiser[65], der mit am meisten sprach, wohl innerlich der friedlichste Mensch gewesen ist. Als wir von Locarno zurückkamen, begrüßte uns der englische Botschafter[66] im Auftrag Chamberlains und hielt eine Ansprache, in der der Satz vorkommt: „Die Welt wird es Deutschland nie vergessen, daß es Deutschland war, von dem die Initiative zum Frieden Europas ausging." Ein solcher Satz, nach Amerika telegrafiert, schlägt die ganze Agitation Poincarés[67] tot. Wenn das der englische Außenminister erklärt, so zeigt das, wie positiv diese Dinge sich zunächst auswirken können in der Stimmung der Völker. Ich bin weit entfernt, diese Stimmung als geringwertig anzusehen. Selbst Bismarck[68] sprach einmal von den **Imponderabilien.** Wir gehen zugrunde, wenn wir in den nächsten Jahren nicht Milliarden von **Krediten** in unsere Wirtschaft hineinbringen. Man nenne das nicht materielle Anschauungsweise. Ich möchte wissen, wie ein Staatsmann Politik treiben soll, wenn die Voraussetzungen nicht da sind, daß die Menschen leben können. Denken Sie an den bevorstehenden Winter. Daß alle diese Dinge, Kredite usw., nur einem friedlichen Europa gegeben werden, ist mit ein Erfolg von Locarno. Wir brauchen die Kredite für unsere Wirtschaft, Frankreich für seine Finanzen. Daß wir die Möglichkeit haben, mit Frankreich zusammenzuwirken in vielen Fragen, wird unsere Lage erleichtern.

Wenn ich mir nun aber vorstelle, daß die Deutschnationalen mit Nein stimmen und daß die Sozialdemokraten mit Nein stimmen, weil die Deutschnationalen nicht mit Ja gestimmt haben, und daß dann schließlich die ganze Sache hinfällt, so verstehe ich das als Deutscher kaum, ein Ausländer aber versteht das überhaupt nicht. Eine Ablehnung würde etwa wirken wie nach einer Reihe schöner Maientage die drei Eishei-

---

[65] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[66] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Worten vom 18. Oktober 1925 beim Empfang der aus Locarno zurückkehrenden deutschen Delegation im Auftrag Chamberlains vgl. (leicht abweichend) STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205.

[67] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Mit der „Agitation" bezieht sich Stresemann vermutlich vor allem auf einen Aufsatz, den Poincaré im Oktober-Heft von FOREIGN AFFAIRS 4 (1925), S. 1–19, veröffentlicht hatte und der unter dem Titel „The Responsibility for the War" an die deutsche Kriegsschuld erinnerte.

[68] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Das Wort „Imponderabilien" hat Bismarck öfter benutzt (etwa in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 in Verbindung mit dem „Volkswillen": [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 326–348; Zitat S. 344).

ligen[69]. Gekränkte Liebe schlägt in Haß um. Der Haß wird sich vertiefen bis zum äußersten auf die Mitteilung hin, daß Deutschland den Vertrag von Locarno zum Scheitern bringt. Vor allen Dingen würde auch auf wirtschaftlichem Gebiete manches zusammenstürzen, nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft. Alle großen wirtschaftlichen Verbände treten jetzt ein in die internationale Handelskammer[70], und ihre sämtlichen Delegierten, unbeschadet ihrer politischen Einstellung, werden dort eine sehr starke Erklärung für Locarno abgeben. In der Wirtschaft besteht keine Differenz hierüber.

Die Hauptsache aber ist die **politische** Wirkung. Dr. Luther ist ein aus gesprochener Skeptiker und Pessimist. Aber auch er ist sehr stark beeindruckt von den Erklärungen der anderen Staatsmänner. Das Entscheidende war vor allem die Offenheit, mit der erklärt wurde, der Begriff Alliierte habe aufgehört[71]. Von englischer Seite wurde erklärt, wenn es eine französische Regierung gebe, die noch einmal eine Invasion in Deutschland versuche und Deutschland angreife, dann werde England mit seinen gesamten militärischen und anderen Mitteln Deutschland zur Seite stehen[72]. Im Falle der Ablehnung aber würde Poincaré wieder allmächtig.

Die Zeit der Allianzen ist beendet. Die Zeit der Diktate der Entente ist vorüber. Man braucht uns für eine große wirtschaftliche **europäische Neuorientierung.** Wenn ich all das mit der Zeit vor zwei Jahren vergleiche, als ich Reichskanzler war[73], wo Poincaré es ablehnte, mit der deutschen Regierung überhaupt zu verhandeln, und wenn ich nun die pessimistischen Stimmen höre, als wenn Deutschland töricht

---

[69] Die „drei Eisheiligen“ sind Heiligengedenktage am 12., 13. und 15. Mai, die nach einer alten Bauernregel den letzten Zeitpunkt des Frühjahrs bilden, an dem in Mitteleuropa noch Frosttage vorkommen können.

[70] Nach einer Meldung in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21859 (Morgenausgabe) vom 23. Juli 1925, S. 1, hatte der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer in Paris den Antrag Deutschlands auf Aufnahme in die Kammer am 22. Juli 1925 genehmigt; am 6. November 1925 nahmen erstmals deutsche Vertreter der wirtschaftlichen Spitzenverbände an einer Tagung des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer in Paris teil (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 528 [Morgenausgabe] vom 7. November 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 497 [Morgenausgabe[ vom 7. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21965 [Morgenausgabe] vom 7. November 1925, S. 4).

[71] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf entsprechende Äußerungen Briands und Chamberlains in der 1. Konferenzsitzung in Locarno vom 5. Oktober 1925 (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 148–149). Fast im Wortlaut findet sich dies als Äußerung Briands auch in den Aufzeichnungen Stresemanns vom 13. Oktober 1925, die sich in dieser Passage wohl auch auf die Sitzung vom 5. Oktober 1925 beziehen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 699).

[72] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf eine Äußerung Chamberlains in der 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925, die sich zwar nicht in der deutschen Sitzungsniederschrift findet (LOCARNO-KONFERENZ S. 149–154), aber in den persönlichen Aufzeichnungen Stresemanns (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 692).

[73] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

regiert wäre und das deutsche Volk das Opfer sein müßte, so verstehe ich das nicht. Ich hin mit Dr. Luther der Überzeugung, daß wir hinter dem Werk von Locarno stehen. Es erinnert an den bekannten Zipfel des Gewandes, den man ergreifen soll, wenn einmal die Möglichkeit dazu vorhanden ist[74]. Wir würden eine unendlich schwer zu büßende Tat begehen, wenn wir diese Gelegenheit infolge innerer Zerfleischung vorübergehen ließen.

[74] Vermutlich lehnt sich Stresemann hier an ein Bismarck zugeschriebenes Wort an, wonach „der Staatsmann [...] nur abwarten und lauschen [kann], bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles“ (zit. bei Paul Liman: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Neue vermehrte Volksausg. Berlin 1906, S. 3).

## Rede auf dem Herrenessen der Ressource der Dresdener Kaufmannschaft vom 31. Oktober 1925[1]

Nach DRESDNER NACHRICHTEN, Nr. 514 vom 2. November 1925, S. 3. – Teildruck in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21961 (Morgenausgabe) vom 3. November 1925, S. 5.

*Die deutsche Wirtschaft braucht fremdes Kapital. Internationale wirtschaftliche Verbindungen sind mit nationalem Denken durchaus vereinbar. Locarno soll die friedliche Entwicklung Europas sichern. Dafür ist politisches Zusammenwirken notwendig.*

Die Gesundung der deutschen Wirtschaft kann nicht kommen von Kartellen und Syndikaten, sondern aus dem gesunden Wettbewerbe des einzelnen Wirtschafters, der die deutsche Wirtschaft großgemacht hatte. Diesen Wettbewerb hatte der Weltkrieg ausgeschaltet. Er schnürte den Export ab, nur der Staat blieb als einziger Auftraggeber übrig. Die Preise wurden auf der Leistungsfähigkeit des schwächsten Wirtschafters aufgebaut. Und als wir den größten Krieg der Weltgeschichte verloren hatten, haben weite Kreise geglaubt, weniger leisten zu brauchen als vorher. Wenn ein Mensch in einem Prozesse den größten Teil seines Vermögens verloren hat, gibt es für ihn nur die eine Antwort: Zähne und Nägel einsetzen, um aufzubauen, was zer-

[1] Die Ressource der Dresdener Kaufmannschaft war ein Herrenclub, der sich jährlich zum Reformationstag zum „Herrenessen“ traf. – Zu Stresemanns eigener Einschätzung der ab dem Nachmittag stattfindenden Veranstaltung vgl. seine Tagebuchaufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 211. – Die Erläuterungen in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 533, Anm. 2, beziehen sich nur zum Teil auf die hier wiedergegebene Rede und aufgrund einer Verwechselung zum anderen Teil auf die Rede vor der Dresdener Presse vom gleichen Tag (vgl. diese Edition). – In der Vorlage, einer offenbar gekürzten und teilweise paraphrasierten Fassung der Rede, heißt es einleitend: „Am Reformationstage fand wie alljährlich im großen Saale der Kaufmannschaft das traditionelle Herrenessen der Ressource der Dresdner Kaufmannschaft statt. Das Fest war besonders ausgezeichnet durch die Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Der schöne, festlich erleuchtete Saal bot ein glänzendes Gesellschaftsbild.“ Der Vorsitzende der Ressource begrüßt die Versammlung und gedenkt Verstorbener. „Er erinnerte an Luthers Feuergeist, streifte Goethe und Bismarck und machte sich zum Interpreten der Empfindungen des deutschen Volkes für seine gegenwärtigen Führer Hindenburg, Luther und Stresemann. Letzteren begrüßte er mit Worten der Dankbarkeit für sein Erscheinen.“ Weitere Begrüßungen und die Tafelmusik „leiteten über zu der mit Spannung erwarteten Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann: Nachdem Dr. Stresemann den Dank der Gäste zum Ausdruck gebracht hatte, rühmte er, daß die Ressource an ihrer ein halbes Jahrhundert alten Tradition des Herrenessens am Reformationstage festhalte, und erinnerte daran, daß er selbst vor 22 Jahren zum ersten Male und seitdem stets, sofern es ihm möglich gewesen sei, daran teilgenommen habe. Aus Leuten, die sich nicht über den Alltag zu erheben vermöchten, sei noch nie etwas Ernsthaftes geworden; ebenso könne nur ein Volk vorwärtskommen, das sich den Optimismus der Lebensbejahung erhalte. Dann führte der Minister etwa folgendes aus:“

stört ist. Wir haben statt dessen Einrichtungen geschaffen, die sich **vielleicht** ein mächtiges, krieggewinnendes Volk hätte leisten können. Nach dem Wahnsinn der Inflationszeit[2] ließ sich die Stabilisierung der Währung[3] nur mit brutalen Mitteln durchführen. Dem Organismus der Wirtschaft mußte das Betriebskapital entzogen werden. Diese ist nun auf fremde Kapitalien angewiesen. Es ist mir oft vorgehalten worden, daß, wenn mir auch nationales Empfinden nicht abgesprochen werden solle, ich doch infolge meiner früheren Tätigkeit bei wirtschaftlichen Verbänden[4] zu materiell dächte. Aber alles, was den Menschen als hohes Ziel erscheint, hängt doch zunächst einmal davon ab, daß das Volk Brot hat, um überhaupt leben zu können. **Nationales Denken läßt sich mit internationalen Verpflichtungen der Wirtschaft sehr wohl vereinigen.** Das Industrieland Sachsen und seine Hauptstadt sind ein lebendiger Beweis dafür, daß die die heimische Wirtschaft fördernde Berührung mit fremden Länden und Erdteilen das nationale Empfinden keineswegs zu trüben braucht. Noch viele Milliarden an Kapital sind erforderlich, um die deutsche Wirtschaft wieder auf ihre alte Höhe zu heben. Verloren sind vor allem die Vermögen jener Mittellage des deutschen Volkes, die seine beste Schicht war, auf der das alte Deutsche Reich ruhte. Daß unserer Wirtschaft fremdes Kapital zugeführt wurde, war das Ergebnis der Londoner Konferenz[5]. Vielleicht hätten wir vor dem Kriege nicht in dummem Stolze die Mittel schon aus dem eigenen Land herausholen sollen. Wir hätten uns damit Bundesgenossen, zum mindesten Interessenten an unserem Schicksal gesichert.

---

[2] Gemeint sind vor allem die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[3] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[4] Stresemann war nach seiner Promotion im Jahre 1901 und bis 1919, zuletzt als Syndikus des „Verbands Sächsischer Industrieller", für Wirtschafts- und Industrieverbände tätig gewesen.

[5] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei" für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. – In ihrer Folge war am 10. Oktober 1924 in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

Jetzt, wo unsere Diplomatie keine Armee hinter sich hat, müssen die Mittel und Wege unserer Staatskunst andere sein, als in der alten Zeit. Wenn ich heute die deutsche Außenpolitik so triebe, als ob ich eine große Armee hinter mir hätte, würde ich handeln wie ein Kaufmann, der sein Geschäft nicht umstellt, auch wenn er Millionen verloren hat. Und es ist besser, wenn man dabei auch einmal einen Einfall hat und den ausführt, als wenn man die Jahre hindurch nur immer darauf wartet, ob Göttin Fortuna kommt und einem alles das wiedergibt, was man verloren hat. **Der Sinn von Locarno[6] ist, durch politische Verständigung eine friedliche Entwicklung Europas auf lange Zeit zu sichern.** Wenn gesagt wird, ich hätte auf Krieg verzichtet, so trifft das zu. Ich habe das getan aus der nüchternen realpolitischen Einstellung heraus, daß wir kein Kriegsinstrument mehr haben. Die Achtung der deutschen Grenze soll darum international festgelegt, soll unter die Garantie der europäischen Mächte gestellt werden. **Chamberlain[7] hat mir gesagt: „Englands gesamte Marine und Heeresmacht steht zu ihrer Verfügung, wenn Frankreich ihre Grenzen überschreitet."**

Das Ziel ist, die Einheit des Reiches und das Rheinland zu schützen vor Angriffen, gegen die es keine deutsche Armee gibt. **Hinter Locarno steht zuletzt die Idee, daß es Sieger im Weltkriege in Wahrheit überhaupt nicht gegeben hat.** Darum ist auch in Locarno auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandelt worden. Das hat sich schon äußerlich darin gezeigt, daß auf allen Protokollen an erster Stelle der Name des deutschen Reichskanzlers[8] steht. **Wenn Europa nicht über die Grenzen der einzelnen Länder hinweg finanziell und wirtschaftlich zusammenarbeitet, dann wird es zurückgeworfen werden hinter andere Erdteile.** Aus dem Bewußt-

---

[6] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die dort am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge. Die deutschen Sitzungsniederschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. Das Schlußprotokoll mit den Verträgen ebd., S. 197–215.

[7] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Stresemann bezieht sich mit dem Folgenden vermutlich auf eine Äußerung Chamberlains in der 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925; in der deutschen Sitzungsniederschrift findet sich lediglich die Formulierung, daß die englische Regierung im Falle eines Vertragsbruchs „alle ihre Streitkräfte zur Verfügung des Völkerbundes stelle" (ebd., S. 154); in den persönlichen Aufzeichnungen Stresemanns heißt es dagegen, daß England in dem Falle „mit seiner ganzen Macht sich auf die Seite des Angegriffenen stellen" würde (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 692).

[8] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Da es gemeinsame Sitzungsprotokolle auf der Konferenz nicht gab, kann sich Stresemann hier nur auf das am 16. Oktober 1925 unterzeichnete Schlußprotokoll beziehen, das Luther als erster unterzeichnete; den Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien paraphierte Luther ebenfalls als erster (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 198 u. 202). Die übrigen Verträge paraphierte von deutscher Seite lediglich Stresemann.

sein der Gemeinschaftlichkeit der Interessen heraus ist versucht worden, ein europäisches Zusammenwirken sicherzustellen. Ein Tor ist, wer den sich ihm darbietenden Zipfel des Gewandes des[9] Schicksals nicht erfaßt[10]. Wenn der einzelne in seinem Leben auf gewisse Utopien nicht zu verzichten vermag und dadurch untergeht, so ist das seine Sache. Wer aber für den Staat verantwortlich ist, darf sich das nicht leisten, er hat Leben und Sicherheit seines Volkes sicherzustellen. **Wenn wir ein politisch erzogenes Volk wären, würden wir wissen, daß es nach außen keine Parteien geben darf.** Wir würden uns zusammenfinden in dem einen Grundsatz, herauszuholen für Deutschland, was möglich ist. Eines soll uns heute ein Trost sein: Denken Sie daran, wie es in Deutschland aussah, als wir das letzte Mal, vor zwei Jahren, hier zusammensaßen[11], und wie es heute aussieht. Da erblicken wir doch ein Aufwärts. Glauben wir an Deutschland und daran, daß die deutsche Wirtschaft nicht zugrunde geht. Die deutsche Kaufmannschaft und das deutsche Vaterland hoch![12]

[9] In der Vorlage folgt ein Zeilendreher, der hier korrigiert wird.

[10] Vermutlich lehnt sich Stresemann hier an ein Bismarck zugeschriebenes Wort an, wonach „der Staatsmann [...] nur abwarten und lauschen [kann], bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles“ (zit. bei Paul Liman: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Neue vermehrte Volksausg. Berlin 1906, S. 3).

[11] Nach Ausweis seiner „Tagesnotizen“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 191–192) war Stresemann am 31. Oktober 1923, dem Reformationstag, an dem dieses Festessen traditionell stattfand (vgl. oben Anm. 1), nicht in Dresden.

[12] Die Vorlage schließt die Passage über die Stresemann-Rede folgendermaßen: „Die von stürmischem Beifall begleitete Rede des Reichsaußenministers klang aus in das Deutschlandlied, das von der Versammlung stehend gesungen wurde.“ Nach der Wiedergabe weiterer Programmpunkte endet der Artikel: „als Syndikus Dr. März unter ununterbrochenen Lachsalven auf die – nicht anwesenden Damen, auf den ‚Geist‘ von Locarno und auf des Oberbürgermeisters Sparsamkeit zu sprechen kam, erreichte die Stimmung den Höhepunkt. Reichsaußenminister Dr. Stresemann blieb bis zum Schluß in der frohen Runde anwesend. Jedenfalls war das diesjährige Herrenessen ein besonderer Markstein in der Geschichte der Dresdner Kaufmannschaft.“

## Rede anläßlich des Jubiläums der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 2. November 1925[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 490 (Abendausgabe) vom 3. November 1925. – Teildruck in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 512 (Abendausgabe) vom 3. November 1925.

*Deutschland braucht Hilfe von außen; dazu bedarf es des Friedens in Europa. Für die deutsche Wirtschaft wäre es katastrophal, wenn die friedliche Verständigung von Locarno abgelehnt würde. In der Außenpolitik darf es keine Parteiinteressen geben.*

Aber so geht es nicht weiter, daß eine große Konferenz[2], die der Anfang zu einer großen Entwicklung sein kann, schon am Anfang zu Ende ist. Man kann doch nicht, wenn man Weihnachten hat, auf seinen Wunschzettel alles aufschreiben, was jeder sich ebenfalls wünscht. Wir brauchen zunächst Hilfe von außen, um aufrecht zu bleiben. Es ist keine Schande, das zu gestehen, denn auch andere europäische Völker brauchen diese Hilfe von außen. Unsere Landwirtschaft, unsere Industrie, braucht sie, und damit sie uns zur Verfügung gestellt wird, brauchen wir die Politik auch als Werkzeug für unsere wirtschaftliche Erneuerung. Immer wurde Deutschland als der Feind des Weltfriedens hingestellt, als seien wir die, die man in Europa als den Störenfried des Erdteils verfolgen müsse. Wenn jetzt nach der Rückkehr der deutschen

---

[1] Laut STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 219–220, hielt Stresemann an diesem Tag in Königsberg zunächst am Nachmittag eine Pressebesprechung und am Abend „eine Rede auf die Königsberger Allgemeine Zeitung". Nach einem früheren Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 520 (Morgenausgabe) vom 3. November 1925, handelt es sich bei dem hier wiedergegebenen Text, der wohl nur einen Auszug darstellt und eingangs nur indirekte Rede bietet, um die abendliche Rede „aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der ‚Königsberger Allgemeinen Zeitung'". Falls Stresemann bei der Pressebesprechung ebenfalls eine Rede hielt, konnte sie nicht ermittelt werden. – Die Vorlage führt unter der Überschrift „Die Königsberger Rede Dr. Stresemanns" einleitend aus: „Nach einer Würdigung der Verdienste des Leiters der Zeitung, Dr. Wyneken, sagte Stresemann, die Zeiten, die Deutschland durchleben müsse, seien schwer, weniger schwer durch die Bedrängnis von außen her als vielmehr durch Uneinigkeit im Innern. Der liebe Gott habe es sicherlich nicht schlecht gemeint mit dem Deutschen Volke, aber er glaube, als er dieses Volk schuf, habe er wohl vergessen, ihm den politischen Sinn zu geben, den andere Völker besitzen. Bei den Deutschen erstarre jeder Satz zum Dogma. Der Deutsche gehe eher an einem Dogma zugrunde, als daß er sein Volk rette, während der Engländer der Meinung sei, daß seine Verfassung dazu da sei, um England vorwärts zu bringen. Deutschland lebe in einer Situation, in der nach den furchtbar schweren Jahren der Demütigung ihm der Weg in eine gleichberechtigte Stellung eröffnet sei, die unendlich viele Möglichkeiten für die Zukunft biete, Möglichkeiten, an denen keine Provinz mehr interessiert sei als Ostpreußen." Danach fährt der Artikel in wörtlicher Rede fort.

[2] Gemeint ist die Konferenz von Locarno, die vom 5. bis 16. Oktober 1925 tagte. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. ebd., S. 144–196.

Delegierten[3] der englische Außenminister[4] durch seinen Botschafter[5] aussagen ließ, die Welt würde es Deutschland nie vergessen, daß es Deutschland gewesen ist, das die Initiative zum europäischen Frieden ergriffen hätte, dann bedeuten diese Worte die Zurückweisung Poincaréscher[6] Agitation in Amerika. Wir wollen **für unser Rheinland herausholen, was herauszuholen ist,** und da ist es Pflicht des deutschen Volkes, **mindestens bis zur Stunde der Entscheidung geschlossen hinter der Regierung zu stehen und abzuwarten.** Es ist unendlich falsch, **wenn Parteihaß und Parteihader sich in Dinge mischen, in denen es keine Parteien geben sollte.** Wenn wir uns innerhalb Deutschlands die Köpfe einschlagen, das mag gehen, denn ein jeder will sein Kirchweih haben, aber das ist das Produkt politischer Erziehung in anderen Ländern, daß in dem Augenblick, wo es gilt, sie sich auf einmal in einer geschlossenen Phalanx zusammenfinden. Bei uns werden die Delegierten desavouiert, die im Namen Deutschlands zum ersten Male gleichberechtigt für die politische Zukunft Deutschlands gewirkt haben. Das ist es, was ich am meisten bedaure, nicht die Kritik. Kritik und eine überlegte Opposition sind ein wertvolles Aktivum der Außenpolitik, aber **was unmöglich ist, ist die Ablehnung des Prinzips der freundschaftlichen Verständigung,** denn ich sehe keine Zukunft für uns, ohne die Anerkennung dieses Grundsatzes. Es war schon falsch, in Zeiten der großen Macht des alten kaiserlichen Deutschlands zu viel von unserer Kraft und vom Krieg zu sprechen. Man braucht nicht zu sagen, was man besitzt. Woher haben die sogenannten Kriegsbeschuldigungen[7] denn überhaupt Platz greifen können. **Die einen wollten Krieg und sprachen vom Frieden. Wir wollten aber den Frieden und sprachen vom Krieg.** Deshalb sahen wir die ganze Welt gegen uns. Wenn wir jetzt aber den großen Gruppen unseres Volkes sagen, wir wollen keine friedliche Verständigung, dann ist das

---

[3] Gemeint ist die Rückkehr der deutschen Delegation der Konferenz in Locarno nach Berlin am 28. Oktober 1925; neben Stresemann umfaßte sie Reichskanzler Luther als weiteren Hauptdelegierten und daneben die Staatssekretäre Schubert und Kempner sowie Gaus, den Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

[4] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[5] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Worten vom 18. Oktober 1925 im Auftrag Chamberlains vgl. (leicht abweichend) STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Mit der nachfolgend angesprochenen „Agitation" bezieht sich Stresemann vermutlich vor allem auf einen Aufsatz, den Poincaré im Oktober-Heft von FOREIGN AFFAIRS 4 (1925), S. 1–19, veröffentlicht hatte und der unter dem Titel „The Responsibility for the War" an die deutsche Kriegsschuld erinnerte.

[7] Gemeint sind die Vorwürfe, die zum „Kriegsschuldartikel" 231 des Versailler Vertrags führten (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

das Unglücklichste, was überhaupt geschehen kann und die Folgen sind unabsehbar für diejenigen, die Träger sind des deutschen Wiederaufstiegs und das ist materiell in erster Linie die **deutsche Wirtschaft.** Wir gehen einen schweren Gang, einen **Gang zur internationalen Verständigung**[8]**,** damit die anderen Mächte an unserem Wohl und Wehe interessiert sind. Wir gehen den Weg, den die besten Männer Deutschlands gegangen sind. Unsere Schiffahrt versäumte nicht, sich mit Harriman[9] zusammenzuschließen[10], weil sie die Basis des Wiederaufstieges wieder herstellen mußte. Man kann nicht einen Weltkrieg verlieren und glauben, in einem Jahr die alten Verhältnisse wieder zu haben. Wir haben schließlich den schönsten Teil unseres Lebens in einer Zeit genossen, in der die Größe Deutschlands uns überstrahlt[e]. Das war nicht unser Verdienst, das war das Verdienst der Männer, die Deutschland geschaffen haben. Heute sind wir diejenigen, die den Dank für diesen Teil ihres Lebens übertragen müssen, indem wir die Grundlage schaffen für das Deutschland, in dem unsere Kinder und Enkel wieder glücklich sein können. Wir müssen manches entbehren, was andere Generationen sich schaffen konnten, namentlich aber müssen wir verzichten auf **die Geste des drohenden Wortes,** die zur **Lächerlichkeit** wird, wenn hinter der Drohung keine Tat steht und keine Tat stehen kann. Wir müssen lernen, in sachlicher Arbeit Stein auf Stein zusammenzutragen, um nachher den Bau wieder aufzurichten, der einigermaßen dem gleichkomme, der einst gewesen ist, und müssen ferner den Hödurgeist[11] der deutschen Zwietracht vergessen und den Geist des Zusammenlebens und Zusammenlernens an seine Stelle setzen.

---

[8] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 512 (Abendausgabe) vom 3. November 1925, heißt es hier abweichend: „einen Gang zur finanziellen internationalen Verständigung“, was im Argumentationszusammenhang mehr Sinn ergibt.

[9] William Averell Harriman (1891–1986), amerikanischer Politiker und Geschäftsmann; Chef des Harriman-Konzerns.

[10] Die HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) hatte im Mai 1920 mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien abgeschlossen, wobei u.a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920.

[11] Hödur ist in der nordischen Mythologie jener blinde Gott, der sich von Loki dazu verleiten läßt, auf seinen Zwillingsbruder Baldur zu schießen und diesen so zu töten.

## Rundfunkrede vom 3. November 1925[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 491 (Morgenausgabe) vom 4. November 1925. – Teildrucke in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 211–220 [2. Aufl. S. 357–361]; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 399–403; SCHULTHESS 66 (1925), S. 159–160; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 121–124; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 522 (Morgenausgabe) vom 4. November 1925; WIENER ZEITUNG, Nr. 253 vom 5. November 1925, S. 4.

*Deutschland mußte durch die Initiative in der Sicherheitsfrage entsprechende französische Bedürfnisse befriedigen, um Verträge gegen Deutschland zu verhindern. Ohnehin war ein Politikwechsel nötig, den Locarno eingeleitet hat. Deutschland hat nicht auf die Revision der Westgrenze verzichtet, sondern nur auf Gewalt. Nun schützt England es vor der französischen Rheinpolitik. Auch der Versailler Vertrag steht jetzt unter Schiedsvorbehalt. Die Ostgrenze hat Deutschland nicht anerkannt. Die Zusage betr. Art. 16 der Völkerbundssatzung. Das Verhältnis zu Rußland ist durch Locarno nicht berührt. Vertraut auf die Rückwirkungen von Locarno.*

Meine verehrten Damen und Herren! Vor einiger Zeit ist die Funkstunde[2] an mich herangetreten mit dem Wunsch, zu ihren Hörern über das Werk von Locarno zu sprechen. Ich habe mich entschlossen, diesem Wunsch zu folgen. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß das, was ich Ihnen zu sagen habe, sich nicht beziehen kann auf irgendwelche parteipolitische Auseinandersetzungen[3], die sich bedauerlicherweise an diese außenpolitische Frage angeschlossen haben. Wenn es irgendein Gebiet gibt, auf dem die Parteipolitik zu schweigen hat, ist es das Gebiet der **großen außenpolitischen Belange,** bei dem es sich um die Zukunft des deutschen Volkes,

---

[1] Laut den Tagesaufzeichnungen Stresemanns wurde die Rede abends um 20 Uhr vom „Gebäude des Voxhauses in der Potsdamer Straße“ aus gesendet. Er selbst versprach sich von der Rede, „die etwa 25 Minuten dauerte, [...] eine recht gute Wirkung, da wohl mindestens drei bis vier Millionen Menschen diese Rede gehört haben, zumal sie fast über alle deutschen Sender gegangen ist“ (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 220). – Eine Audioüberlieferung der Rede konnte nicht ermittelt werden.

[2] Die „Funk-Stunde A.G. Berlin“ war einer der ersten deutschen Rundfunksender; er nahm im Herbst 1923 seinen Sendebetrieb auf.

[3] Offenbar reagiert Stresemann hier auf vorherige Auseinandersetzungen, wer den Rundfunk nutzen dürfe und wer nicht (vgl. dazu seine Aufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 220). Dies erklärt auch die Ankündigung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 517 (Abendausgabe) vom 31. Oktober 1925, wonach von amtlicher Seite mitgeteilt worden sei, Stresemann werde „diese Rundfunkrede in seiner Eigenschaft als Außenminister halten, da der Rundfunk für parteipolitische Zwecke nicht freigegeben werde“.

unserer gesamten Weltbeziehungen, unserer weltwirtschaftlichen Lage handelt. Wenn ich zu Ihnen am heutigen Abend spreche, werde ich sprechen über das, was nach meiner Überzeugung und der Überzeugung der Reichsregierung das Werk bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einigen Tagen hat auf der Jahresfeier der Deutschen Hochschule für Politik hier in Berlin Professor **Oncken**[4] den Versailler Vertrag vom Jahre 1919[5] als ein Dokument für das Bestreben gekennzeichnet, die Sicherheit Frankreichs bis in das Herz Deutschlands zu verlegen. In der Tat ist kein Zweifel darüber möglich, daß man vor und nach Versailles in Paris glaubte, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs durch die **Zerstückelung Deutschlands** gelöst werden könnte. Diese Hoffnungen **bestanden noch bis in das Jahr 1923 hinein,** und ich darf erinnern an die große Rede, die der französische Ministerpräsident Poincaré[6] im Herbst 1923 hielt. Damals ging er auf die deutschen Sicherheitsangebote überhaupt nicht ein, sondern rechnete damit, **daß der große deutsche Zusammenbruch erfolgen würde und daß dann Frankreich aller Sorgen ledig sei.** Diese Hoffnungen, die Poincaré und alle politischen Schüler Poincarés hegten, sind **vereitelt** worden.

**Aber für Frankreich blieb das Problem der Sicherheit.**

Es ist für uns Deutsche nicht leicht, das einzugestehen und wir fragen, was ein militärisch so stark gerüstetes Frankreich von einem entwaffneten Deutschland[7] befürchten kann. Aber die Tatsache dieses Sicherheitsbedürfnisses besteht und mit dieser Tatsache muß jeder Politiker und müssen auch wir rechnen. Wir müssen das schon deshalb, weil andere Mächte, wie namentlich England, das Sicherheitsbedürf-

---

[4] Hermann Oncken (1869–1945), Professor für Geschichte u.a. in München 1923–1928, in Berlin 1928–1935. – Die Deutsche Hochschule für Politik war eine 1920 in Berlin gegründete private Hochschule. Der Festvortrag Onckens vom 31. Oktober 1925 ist unter dem Titel „Das politische Motiv der ‚Sicherheit' in der europäischen Geschichte. Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik" wiederabgedruckt in Hermann Oncken: Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935. Berlin 1935, S. 398–414 (dort zwar mit „1926" datiert, aber offenbar bezieht sich dies auf die Erstveröffentlichung). – Für einen Bericht über die Festveranstaltung vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 488 (Abendausgabe) vom 2. November 1925.

[5] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine Rede Poincarés in der französischen Abgeordnetenkammer vom 23. November 1923; deren wesentliche Passagen sind (als Übersetzung des betreffenden französischen Gelbbuches) abgedruckt in DIE FRANZÖSISCHEN DOKUMENTE ZUR SICHERHEITSFRAGE, S. 278–303.

[7] Der Versailler Vertrag legte Deutschland umfangreiche Abrüstungsbestimmungen auf; die entsprechenden Vorschriften finden sich in den Art. 159–213 (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

nis Frankreichs anerkennen. Bei Passivität der deutschen Politik wäre England letzten Endes wohl bereitgewesen, die Sicherheitsfrage gemeinsam mit Frankreich gegen Deutschland zu lösen[8]. Darüber hinaus aber ist mit diesem Problem verbunden das große Problem der deutsch-französischen Auseinandersetzung überhaupt. Man beginnt überall in Europa einzusehen, daß man mit Krieg und mit der Fortsetzung der Versailler Methoden nicht weiter kommen kann.

**Es ist nötig, daß andere Wege gegangen werden** und die größte Bedeutung von Locarno sehe ich schließlich darin, daß man sich jetzt allseitig entschlossen hat, einen Kurs- und Richtungswechsel mit dem Ziel vorzunehmen, an die Stelle der Methoden von Versailles die Verständigung treten zu lassen. Die Verhandlungen, die wir in Locarno geführt haben[9], waren ein Beweis dafür, daß ein solcher Kurswechsel von den alliierten Staatsmännern ernstlich und aufrichtig beabsichtigt ist. Die Zeit der Diktate und Ultimaten soll vorbei sein. Wenn die Weltgeschichte überhaupt noch einen Sinn hat, dann müssen sich Lösungen finden lassen, durch die die Lebensnotwendigkeiten aller beteiligten Völker gewahrt und gesichert werden.

Der Reichskanzler[10] und ich sind der Ansicht, daß Locarno solche Lösungen möglich macht. Wir haben, als wir die gesamten Vertragsentwürfe in der Hand hielten und als uns die Außenminister Englands[11], Frankreichs[12] und Belgiens[13] die Rückwirkung dieser Verträge auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet in sichere Aussicht gestellt haben, nicht gezögert, die Entwürfe[14] in einer Weise zu paraphieren, daß sie in ihrem Wortlaut nicht mehr abgeändert, sondern nur angenommen oder abgelehnt werden können. Die Verhandlung über die Form dieser Verträge ist damit abge-

---

[8] Zur deutschen Einschätzung zum Jahresanfang 1925 der Gefahr eines englisch-französisch-belgischen Sicherheitspaktes vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[9] Die Konferenz von Locarno tagte vom 5. bis 16. Oktober 1925. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. – Stresemanns Tagebucheintragungen zur Konferenz: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 679–705.

[10] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[11] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[12] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[13] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[14] Druck des in Locarno am 16. Oktober 1925 paraphierten Schlußprotokolls und der anhängenden Verträge u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

schlossen. Uns bleibt aber **die letzte Entscheidung über ihre Ablehnung oder Annahme offen.**

Der Reichskanzler Luther und ich als Außenminister werden für die Annahme dieser Verträge eintreten, wenn sie den Weg eröffnen, der zur Wiedererstarkung und Befreiung Deutschlands führt.

Lassen Sie mich Ihnen die Hauptgedanken des Werkes von Locarno kurz erläutern. Der **Westpakt,** der Sicherheitspakt[15], der Kern der Locarno-Verträge, enthält die Verpflichtung, die Westgrenzen weder durch Angriffskrieg noch durch Invasion zu verletzen. Diese Verpflichtung gilt selbstverständlich nicht einseitig für uns, sondern genau so für Frankreich und für Belgien. Über diese Verpflichtungen hinaus, nicht im Angriff zur Gewalt zu greifen, enthält aber der Vertrag, und das ist völlig eindeutig, keinerlei Bindungen für uns. **Wir haben keinerlei moralischen Verzicht irgendwelcher Art auf deutsches Land und deutsches Volk ausgesprochen.** Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in seiner friedlichen Auswirkung völlig unangetastet geblieben. Bei der Bewertung des Verzichts auf einen Angriffskrieg darf nicht übersehen werden, daß dieser Verzicht, so wie die Dinge liegen für die französischen Staatsmänner mindestens so viel bedeutet als für uns, denn sie stehen mit ihrem starken Heer einem machtlosen Lande gegenüber und in ihrem Lande hat es genug Leute gegeben, die den Rhein als Grenze gefordert haben. Ich will nur erinnern an die berühmte Note, die der Marschall Foch[16] am 10. Januar 1919 geschrieben hat und in der er den Rhein als Westgrenze Deutschlands forderte. Diese Forderung hat sich damals die Französische Regierung Clemenceau[17] zu eigen gemacht, denn das Memorandum der Französischen Regierung vom 25. Februar 1919[18] gipfelte ebenfalls in dem Satze: Die Westgrenze Deutschlands soll der Rhein sein. Durch den Abschluß des Sicherheitspaktes verzichtet Frankreich endgültig auf diese Politik. Es erklärt, nie wieder Deutschlands Gebiet mit militärischer Gewalt verletzen

---

[15] Gemeint ist der Vertrag vom 16. Oktober 1925 zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, in dem sich die Vertragspartner zur Unverletzlichkeit bzw. Garantie der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen und zur Entmilitarisierung des westlichen Territoriums des Deutschen Reiches, wie im Versailler Vertrag festgelegt, verpflichten (LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202).

[16] Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Marschall; Oberbefehlshaber der alliierten Truppen an der französischen Ostfront 1918; Präsident des alliierten Militärkomitees 1919–1929. – Die Note vom 10. Januar 1919 findet sich in deutscher Übersetzung in QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 93–97.

[17] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u.a. 1917–1920.

[18] Gemeint ist eine Denkschrift André Tardieus, Clemenceaus Berater auf der Pariser Friedenskonferenz, vom 25. Februar 1919; auszugsweise und in deutscher Übersetzung ebd., S. 122–123.

zu wollen, und erklärt weiter, daß es damit einverstanden ist, daß England Deutschland als Garant zu Hilfe kommen soll, wenn Frankreich sich nicht an die im Westpakt festgesetzten Bedingungen hält. Diese Sicherung der deutschen Westgrenzen darf nicht unterschätzt werden. Wenn jetzt Zweifel darüber gehegt werden, ob England seine Pflichten als Garant tatsächlich erfüllen würde, so kann ich auch hier heute abend nur wiederholen, daß wir keinen Grund haben, an dem ehrlichen Vertragswillen Englands zu zweifeln. Aber ganz abgesehen von dem Ernstfall ist doch schon die bloße Tatsache, daß England, der bisherige Alliierte Frankreichs, sich feierlich verpflichtet, Deutschland gegen einen französischen Angriff mit seiner gesamten See- und Landmacht zu schützen, von der größten politischen Bedeutung.

Das hat **kein Geringerer anerkannt als Fürst Bismarck[19].**

Wahrhaft prophetisch klingen heute Bismarcks Worte aus jener Instruktion an den Fürsten Hatzfeld[20] vom Januar 1888:

„Es handelt sich nicht um ein Stärkersein im Falle des Krieges, sondern um ein Verhindern des Krieges. Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben. Wenn nun festgestellt wird, daß England gegen einen französischen Einfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen französischen Einfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein werden, so halte ich den europäischen Frieden für gesichert für die Zeit der Dauer eines solchen Bündnisses. Ich glaube, daß die Wirkung in ganz Europa eine Erleichterung und Beruhigung sein würde."

**Übertragen auf unsere heutigen Verhältnisse** möchte ich als Ergebnis dieses Westpaktes auch das eine hinstellen, daß er keine Vereinbarung ist, um kriegerische Bündnisse zu schaffen, sondern um den Krieg zu verhindern und den europäischen Frieden für die Zeit der Dauer eines solchen Paktes zu sichern. Wer an der moralischen Bedeutung einer solchen Vereinbarung zweifelt, der sei daran erinnert, daß das Wort von den Imponderabilien in der Politik, die jeder Staatsmann beachten müsse, von dem größten Realpolitiker der Welt, von demselben Otto von Bismarck,

---

[19] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[20] So in der Vorlage. Gemeint ist Paul Graf von Hatzfeldt zu Trachenberg (1831–1901), deutscher Diplomat; Botschafter in London 1885–1901. – Bismarcks nachfolgend (von Stresemann leicht abweichend) zitierter Erlaß an Hatzfeldt vom 11. Januar 1888 gedruckt in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]. Bd. 4. Die Dreibundmächte und England. Berlin 1922, S. 400–403; das Zitat S. 401 u. 402.

stammte[21]. Lassen wir uns deshalb seine Worte auch heute Richtschnur sein.

In engem Zusammenhang mit dem Westpakt **stehen dann die Schiedsverträge,** die wir mit Frankreich und Belgien abgeschlossen haben[22]. Die deutsche Regierung steht grundsätzlich auf dem Boden der Schiedsgerichtsbarkeit, weil sie darin ein Mittel sieht, dem Rechtsgedanken gegenüber dem bloßen Machtgedanken unter den Völkern zum Siege zu verhelfen. Gerade für Deutschland wird durch den Ausbau des Schiedsgedankens die Möglichkeit geschaffen, zu den Rechten zu gelangen, die ihm bisher vorenthalten geblieben sind.

Der große Vorteil, den die Schiedsverträge mit Belgien und Frankreich uns bieten, besteht z.B. darin, daß in Zukunft der gesamte Versailler Vertrag und ebenso das Rheinlandabkommen[23] unter Schiedsrecht steht. Wer die Politik der letzten sechs Jahre verfolgt hat, der weiß, was eine solche Neuordnung bedeutet, die jeder einseitigen und willkürlichen Handhabung der Verträge von 1919 ein Ende macht.

Zu dem Gesamtwerk von Locarno gehören auch die Schiedsverträge, die wir **mit Polen und der Tschechoslowakei[24] schließen wollen.**

Diese Verträge mit den beiden Staaten geben uns die Möglichkeit zu einer gesicherten und gesunden Grundlage für die Austragung rechtlicher Differenzen mit den beiden Ländern zu gelangen. Für politische Interessenkonflikte sehen auch diese Verträge nur ein Vergleichsverfahren ohne endgültige Bindung vor. Es sind also Schiedsverträge, die in ihrer Tragweite **nicht über die Schiedsverträge hinausgehen, wie Deutschland sie z.B. mit Schweden und Finnland[25] abgeschlossen hat.**

Insbesondere ist in diesen Verträgen nichts enthalten, was irgendwie als eine Anerkennung der Ostgrenzen angesehen werden kann. Wenn das anders wäre, hätte man es ja sehr einfach gehabt und hätte nur die Formel des Sicherheitspaktes auch für die Verträge mit den Oststaaten annehmen können. Solche Wünsche sind uns

---

[21] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Das Wort „Imponderabilien“ hat Bismarck häufig benutzt (etwa in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 in Verbindung mit dem „Volkswillen“: [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 326–348; Zitat S. 344).

[22] Text der beiden Schiedsverträge vom 16. Oktober 1925 u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 202–208.

[23] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[24] Text der beiden am 16. Oktober 1925 paraphierten Schiedsverträge u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 208–214.

[25] Text des deutsch-schwedischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags vom 29. August 1924 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 863–871; Text des deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags vom 14. März 1925 ebd., S. 872–882.

auch von Polen und der Tschechoslowakei geäußert worden[26]. Wir haben ebensowenig darauf eingehen können, wie auf den Wunsch Frankreichs, ihm ein besonderes Garantierecht hinsichtlich der Ostverträge einzuräumen[27]. Frankreich hat hinsichtlich Polen und der Tschechoslowakei keine anderen Rechte erhalten, als wie sie ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund zustehen. Darüber hinaus haben wir keinerlei Bindungen angenommen und auch die französisch-polnischen und französisch-tschechoslowakischen Zusatzverträge[28] enthalten nichts anderes und können nichts anderes enthalten, als eine Anpassung der bisherigen freien Bündnisverträge[29] dieser Länder an das Verfahren der Völkerbundssatzung[30].

Wenn die deutsche Regierung sich dazu entschließen sollte, am 1. Dezember in London[31] die in Locarno paraphierten Verträge endgültig zu unterzeichnen, so werden wir **auch bereit sein, in den Völkerbund einzutreten.**

Zu diesem Eintritt in den Völkerbund haben wir uns schon früher bereiterklärt und haben in einem Memorandum vom September 1924[32] den beteiligten Mächten unseren Standpunkt offen dargelegt. Strittig blieb bis Locarno noch die Frage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung[33]. Auf Grund der Verhandlungen in Locarno ist uns nun

---

[26] Zu entsprechenden Sondierungen in Locarno von tschechoslowakischer bzw. polnischer Seite vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 13. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 381–382; die Aufzeichnung Luthers vom 14. Oktober 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 740–742.

[27] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 149–154).

[28] Text der bilateralen Verträge zwischen Frankreich und Polen bzw. Frankreich und der Tschechoslowakei zur gegenseitigen Garantie der Schiedsverträge mit Deutschland ebd., S. 216–217.

[29] Frankreich hatte am 19. Februar 1921 mit Polen einen (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag und am 25. Januar 1924 mit der Tschechoslowakei einen Allianz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen (Texte in SOCIÉTÉ DES NATIONS. RECUEIL DES TRAITÉS 18 [1923], S. 11–13, bzw. S. 23 [1924], S. 164–169).

[30] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19.

[31] Stresemann hatte auf der Schlußsitzung der Konferenz von Locarno den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vorgeschlagen, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (LOCARNO-KONFERENZ S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[32] Stresemann bezieht sich auf das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[33] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

eine Note der beteiligten Mächte zugesagt, in der über die Auslegung des Artikels 16 das ausgeführt wird, was unseren Lebensnotwendigkeiten entspricht[34]. Kein Staat kann Deutschland gegen seine eigene Zustimmung zwingen, an einem Krieg z.B. gegen Rußland teilzunehmen. Kein Staat kann das Recht in Anspruch nehmen, ohne Genehmigung Deutschlands durch sein Gebiet durchzumarschieren. Wir haben an sich keine formelle Sonderstellung Deutschlands im Völkerbund verlangt. Unsere militärische Abrüstung hat uns aber in eine besondere Lage gebracht und auf Grund dieser Tatsache, an der wir schuldlos sind, mußten wir eine Präzisierung unserer etwaigen Verpflichtungen aus Artikel 16 herbeiführen. Auch in dem Falle, in dem ein Staat offenbar und eindeutig als Friedensbrecher gekennzeichnet ist, mußten wir uns eine besondere Entscheidung über das Maß unserer Mitwirkung bei einem Vorgehen gegen den Friedensbrecher vorbehalten, eben weil uns unsere einzigartige militärische und ebenso auch unsere geographische Lage dazu zwingt.

Das ist uns jetzt zugestanden worden, und im Falle eines Vorgehens des Völkerbundes gegen einen Friedensbrecher kann uns nunmehr niemand aus unserer eventuellen Nichtbeteiligung einen moralischen Vorwurf machen.

**Unser Verhältnis zu Rußland** kann schon aus diesem Grunde durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht gefährdet werden. **Wir wollen das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland weiterhin so ausgestalten, daß beide Völker davon Nutzen tragen,** denn wir wissen genau, daß beide Völker auf ein gutes freundschaftliches Verhältnis angewiesen sind. Der Handelsvertrag, den wir gerade jetzt mit Rußland geschlossen haben[35], ist doch wohl, das möchte ich auch an dieser Stelle sagen, ein Beweis für die freundschaftliche Haltung gegenüber dem großen russischen Reiche.

Wenn ich so die Hauptlinien des Vertrages von Locarno Ihnen dargelegt habe, so muß ich vor allem noch **zu den Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet** sprechen. Die Delegierten Englands, Frankreichs und Belgiens haben sich geweigert, aus den Verträgen von Locarno ein Handelsgeschäft zu machen. Sie wollten sich für diesen Vertrag bestimmte Dinge als besondere Konzessionen nicht abhandeln lassen; sie

---

[34] Der Text dieser Interpretation des Art. 16 als Anlage des Schlußprotokolls von Locarno vom 16. Oktober 1925 in LOCARNO-KONFERENZ S. 214–215.

[35] Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 1. Oktober 1925 den Entwurf des Vertragswerks, das verschiedene Materien wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehungen regelte, grundsätzlich angenommen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 598–599). Am 12. Oktober 1925 war es in Moskau unterzeichnet worden (Text des Vertragswerkes mit seinen zahlreichen Anlagen in DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN 1922–1925 II, S. 766–868; die Reden anläßlich der Vertragsunterzeichnung ebd., S. 868–872).

haben aber erklärt, daß die Rückwirkungen, die wir erwarten, logische und darum selbstverständliche Folgerungen der Locarno-Verträge sind[36]. Die Verträge von Locarno und ihre Rückwirkungen sind für uns ein einheitliches und unteilbares Ganzes. Sie gehören zusammen und die Delegierten der übrigen in Locarno vertretenen Mächte wissen das auch. Wir haben ihnen gesagt, daß wir ihren Erklärungen vertrauen und daß von der Art, wie sie unser Vertrauen rechtfertigen, die Entscheidung des deutschen Volkes und seiner Regierung über die Annahme oder Ablehnung der Locarno-Verträge abhängig ist. Ich wiederhole auch hier:

Die Räumung der Kölner Zone[37] gehört nicht zu diesen Rückwirkungen. Wir haben auf diese Räumung einen Rechtsanspruch, und ich hoffe, daß die nächste Zeit bereits Klarheit über den Räumungstermin bringen wird. Wenn der Locarnogeist wirklicher Friedensgeist ist, dann muß sich dieser neue Geist aber ganz selbstverständlich im ganzen Rheinland auswirken und über die Art dieser Auswirkungen ist auch den an der Besetzung beteiligten Mächten das nötige mitgeteilt worden. Da die übrigen Mächte selbst die Unterzeichnung am 1. Dezember gewünscht haben[38], so ist damit auch der Termin gegeben, an dem die besprochenen Rückwirkungen dem deutschen Volke und vor allem den Rheinländern sichtbar gemacht sein müssen. Darüber hinaus aber muß Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Entwicklung sein, deren wichtigstes Ziel die Herstellung der Freiheit im Rheinland sein muß.

Wir haben in Locarno nichts von dem verschwiegen, was uns in Hinsicht auf das Wohl des deutschen Volkes auf dem Herzen lag. Wir konnten nichts verschweigen; denn wir waren in Locarno für die Zukunft des deutschen Volkes verantwortlich. So haben wir auch zum Ausdruck gebracht, daß die gegenwärtige deutsche Regierung

---

[36] Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden in erster Linie auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372) sowie auf ein Treffen derselben Delegierten und des belgischen Vertreters am 15. Oktober 1925 (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 15. Oktober 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–763).

[37] Die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags für den Fall deutscher Vertragserfüllung am 10. Januar 1925 anstehende Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone war Anfang Januar 1925 von den Alliierten mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung verweigert worden (vgl. die alliierte Note vom 5. Januar 1925: MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51). – Zur jüngsten französischen und britischen Haltung zur Festlegung eines Abzugtermins vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs über Gespräche mit Briand und Chamberlain vom 28. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 494–497); zur deutschen Haltung vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Botschaft in Paris vom 31. Oktober 1925 (ebd., S. 521–522).

[38] Tatsächlich hatte auf der Konferenz Stresemann den entsprechenden Vorschlag eingebracht (vgl. oben Anm. 31).

keinerlei moralische Beschuldigung Deutschlands am Kriegsausbruch anzuerkennen vermag, sondern daß sie sich auf den Standpunkt stellt, der bereits im September 1924 in dem erwähnten Memorandum[39] der ehemaligen Regierung Marx[40] niedergelegt worden ist. Mit dem Eintritt in den Völkerbund besteht auch für uns das moralische Recht für die Verleihung von Kolonialmandaten. Auch diese Tatsache ist uns in Locarno bestätigt worden[41].

Der Sinn von Locarno besteht in der Erkenntnis, daß die europäischen Staaten nicht länger gegeneinander wüten dürfen, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll. In allen Staaten Europas hat die Not ihren Einzug gehalten und ist eine ernste Mahnerin zur Vernunft geworden. Der Siegestaumel von Versailles ist verrauscht. Heute müssen die Dinge mit anderen Augen angesehen werden. Zwang, Diktate und Gewalt haben es nicht vermocht, ein neues besseres Europa zu schaffen. Lassen Sie uns versuchen, dieses Ziel auf der Grundlage des Friedens, deutscher Gleichberechtigung und deutscher Freiheit zu erreichen.

[39] Vgl. oben mit Anm. 32.

[40] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[41] Stresemann bezieht sich auf die 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925, in der der deutsche Völkerbundsbeitritt und die dafür von Deutschland geforderten Bedingungen diskutiert wurden (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

## Rede auf einer DVP-Versammlung in Duisburg am 15. November 1925

Nach PETIT PARISIEN, Nr. 17793 vom 16. November 1925, S. 1[1].

*Die Bedeutung von Locarno liegt in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Ankündigung der Räumung der Kölner Zone. Hofft, daß sich die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter die Regierung stellt, wenn sie den Verträgen zustimmt.*

La grande signification du traité de Locarno[2] se trouve dans la nécessité de collaboration de l'économie européenne. C'est la reconnaisance de cette nécessité qui a aplani la voie aboutissant au traité. Locarno doit être le début d'une ère nouvelle en Europe, telle est l'opinion de ceux qui ont élaboré ce traité.[3]

Le gouvernement d'Empire aura à délibérer demain sur la note des alliés[4] contenant des adoucissements pour la Rhénanie et qui, en outre, annonce l'évacuation définitive de la zone rhénane dont le commencement est prévu pour le 1er décembre.[5]

Il faut espérer, a-t-il conclu, que si, lors de ses délibérations, le gouvernement décide d'approuver le traité de Locarno et demande au peuple allemand de le soutenir, celui-ci, dans sa grande majorité, se tiendra dans cette importante question extérieure derrière le gouvernement allemand.[6]

---

[1] Mangels einer ermittelten deutschsprachigen Überlieferung direkter Rede wird die Ansprache Stresemanns, wie sie in der Vorlage nach einer Havas-Agenturmeldung zu finden ist, in französischer Übersetzung wiedergegeben. Offenbar handelt es sich bei der Wiedergabe, die wiederholt von überleitenden Paraphrasen unterbrochen wird, um einen kurzen Auszug. – Eine umfangreichere Fassung, aber lediglich in indirekter Rede, findet sich in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 512 (Abendausgabe) vom 16. November 1925. – Die Vorlage leitet ein: „Parlant à Duisburg à l'occasion de la réunion du parti populiste allemand, le ministre des Affaires étrangères, M. Stresemann, a déclaré notamment:"

[2] Gemeint sind die Verträge, die als Ergebnis der Konferenz von Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert wurden (Text des Schlußprotokolls und der anhängenden Verträge u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[3] In der Vorlage folgt ein überleitender Satz: „Parlant de la question des répercussions, le ministre des Affaires étrangères a déclaré:"

[4] Am 14. November 1925 war Hoesch in Paris die Note der Botschafterkonferenz zur Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone (und in mündlicher Erläuterung deren Beginn am 1. Dezember 1925) und zur Erleichterung des Besatzungsregimes übergeben worden (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; zur Vorläufigkeit der am 14. November übergebenen Note vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 855, Anm. 1).

[5] In der Vorlage folgt als Überleitung: „M. Stresemann a ajouté que ce que l'on en attendait pour la Rhénanie a été souvent énoncé et que l'on peut dire que la confiance prêtée par les délégués allemands aux paroles de MM. Briand, Chamberlain et Vandervelde n'a nullement été ébranlée."

[6] Die Vorlage schließt die Berichterstattung: „Le discours de M. Stresemann a été vigoureusement applaudi par l'assemblée, qui s'est séparée aux sons de l'hymne allemand."

**Redebeiträge im ersten Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 16. November 1925**[1]

AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 856–857 u. 862–863. – Druck auch in HUBATSCH S. 208–210 u. 213–214.

*Die Note vom 14. November zur Räumung der Kölner Zone und zur Erleichterung des Besatzungsregimes. Am wichtigsten ist die Abschaffung des Delegiertensystems. Die Frage der künftigen Besatzungsstärke; die Aufhebung der Ordonnanzen. Zur Räumung der übrigen Zonen gibt es nur Absichtsbekundungen. Weitere Erleichterungen muß der Rheinlandkommissar erreichen. Es bringt nur Nachteile, die Verträge zu unterzeichnen und dann dem Reichstag das Ratifikationsgesetz vorzulegen.*

Reichsminister Dr. **Stresemann** trägt den Wortlaut der Note der Botschafterkonferenz Nr. 254 vom 14. November 1925 vor[2] und führt dazu aus:

Es sind drei Punkte bezüglich der Erleichterungen des Besatzungsregimes zu unterscheiden, die von vornherein gleich nach unserer Rückkehr aus Locarno Gegenstand der Verhandlungen unserer diplomatischen Vertreter mit den fremden Mächten waren[3]:

erstens Verminderung der Truppen[4],

zweitens Aufhebung der Ordonnanzen[5],

drittens Beseitigung des Delegiertensystems[6].

---

[1] Hindenburg eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr, bezieht sich auf die eingegangene Note der Botschafterkonferenz (vgl. die folgende Anm.) und bittet Stresemann, die Note vorzutragen und zu erläutern.

[2] Am 14. November 1925 war Hoesch in Paris die Note der Botschafterkonferenz zur Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone (und in mündlicher Erläuterung deren Beginn am 1. Dezember 1925) und zur Erleichterung des Besatzungsregimes übergeben worden (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; zur Vorläufigkeit der am 14. November übergebenen Note vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 855, Anm. 1).

[3] Vgl. zuletzt die telegraphischen Berichte der Botschafter in London und Paris vom 4. bzw. 12. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 545–546 u. 593–595).

[4] In der in Anm. 2 nachgewiesenen Note ist die Rede von der „Verminderung der Besatzungstruppen, die annähernd auf die normale Stärke herabgesetzt werden".

[5] Mit Ordonnanzen, die die deutschen Behörden banden, regelte die Interalliierte Rheinlandkommission ihre faktische Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet; insbesondere nach der Besetzung des Ruhrgebiets und dem anschließend ausbrechenden passiven Widerstand im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich wiedergegeben in DAS RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN. – In der in Anm. 2 nachgewiesenen Note heißt es, daß „die geltenden Ordonnanzen im gleichen Geiste des Vertrauens und der Entspannung einer Revision unterzogen werden."

Für die Änderung der Verhältnisse im Rheinland ist der letzte Punkt m.E. der wichtigste; die persönliche Unfreiheit der Bevölkerung hängt mit der Tätigkeit der Delegierten zusammen; die Delegierten überwachen die Presse, sprechen Zeitungsverbote aus, sie überwachen die Bevölkerung und weisen die Bürger aus, sie nehmen die Denunziationen entgegen und verfolgen dann einzelne Personen, sie waren auch die Stützen des Separatismus[7]. Was wir an Ausbrüchen der Verzweiflung der Bevölkerung erlebt haben, ist auf das Konto der Delegierten zu setzen. Rheinländer, mit denen ich sprach, haben die Beseitigung des Delegiertensystems für wichtiger als die Truppenverminderung erklärt. Dieser Fremdkörper soll nun aus den Rheinlanden entfernt werden. – Der zweite Punkt, auch in Locarno schon vorbesprochen[8], ist die Frage der Herabsetzung der Truppenzahl[9]. Als die Räumung der ersten Zone in Frage kam, stand daneben die Sorge, daß die durch die Räumung freiwerdenden Truppen in das Restgebiet verlegt würden und so die Gesamtbesatzung die gleiche bliebe. Wir haben schon in Locarno darauf hingewiesen, daß die deutschen Garnisonen im Rheinland insgesamt nur etwa die Hälfte der Stärke der jetzigen fremden Besatzung hatten[10]. Marschall Foch[11] hat dann seiner Regierung die Stärke von 72 000 Mann als Mindestmaß bezeichnet, das hätte gegen jetzt eine Verminderung von

---

[6] Auf Bezirks- und Kreisebene beschäftigten die Besatzungsmächte „Delegierte“ (häufig Besatzungsoffiziere), deren Anweisungen die regionalen Behörden zu befolgen hatten und die ihrerseits die Ausführung der Ordonnanzen der Rheinlandkommission überwachten. – In der in Anm. 2 nachgewiesenen Note heißt es: „Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes wird andererseits zur Beseitigung des Systems der Delegierten führen, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag.“

[7] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren im Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

[8] Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden in erster Linie auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372) sowie auf ein Treffen derselben Delegierten und des belgischen Vertreters am 15. Oktober 1925 (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 15. Oktober 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–763).

[9] Zur aktuellen Zahl der Besatzungstruppen und zur deutschen Erwartung ihrer künftigen Stärke vgl. die Übersicht der Reichsministeriums für die besetzten Gebiete: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 657–658, Anm. 2.

[10] Gemeint ist die Zahl der deutschen Soldaten, die vor dem Ersten Weltkrieg regulär auf dem Gebiet der Nachkriegsbesatzungszonen stationiert waren; zu Einzelheiten vgl. die in der vorangegangenen Anm. erwähnte Übersicht.

[11] Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Marschall; Oberbefehlshaber der alliierten Truppen an der französischen Ostfront 1918; Präsident des alliierten Militärkomitees von Versailles 1919–1929. – Ein Beleg für die nachfolgend Foch zugeschriebene Aussage konnte nicht ermittelt werden.

23 000 Mann bedeutet. Dann sprach Briand[12] von einer Verminderung der Truppenzahl auf 60 000 Mann, und jetzt ist in der Note die Rede einmal von einer „erheblichen Herabsetzung der Besatzungstruppen“ und dann von einer Herabsetzung auf „annähernd normale Stärkeziffern“. Botschafter von Hoesch[13] hat in einer Unterredung mit Berthelot[14] dies dahin ausgelegt, daß damit die deutsche normale Friedensstärke im Rheinland[15] gemeint sei; man hat ihm gesagt, daß er diese Kommentierung abgeben könne, ohne daß französischerseits ein Dementi erfolgen werde. Das würde also eine Verminderung von 40–45 000 Mann bedeuten. Der Belgische Gesandte[16] hier hat ohne offiziellen Auftrag mit mir über diese Erleichterungen im Rheinland gesprochen und unter dem 9. November mir auch schriftlich seine Auffassung und Stenogramme mitgeteilt; er hat hier ausführlich zugesagt:

> Freigabe der Schulen, der Sportplätze und der Wohnungen, die nicht unbedingt für die Truppen in Anspruch genommen werden;

hiernach können wir damit rechnen, daß sie im wesentlichen auskommen mit den Kasernen, die ihnen deutscherseits zur Verfügung standen, so daß eine wesentliche Erleichterung für die Bevölkerung sich ergeben wird. – Die dritte Folge ist die der Aufhebung der Ordonnanzen. Es ist uns mitgeteilt worden, daß von den 307 Ordonnanzen nur 30 bis 40 aufrechterhalten werden sollen. Damit fallen: das Veto gegen Ernennung deutscher Beamten, die Ausweisungsbefugnis, die Eingriffe in Verhandlungs-, Vereins- und Pressefreiheit und alle anderen Knebelungsmaßnahmen für die Bevölkerung. Die Streichung der großen Zahl von Ordonnanzen zeigt, daß man künftig von Schikanen absehen will. Aufgabe des Rheinlandkommissars[17] ist es, hier wei-

---

[12] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Tatsächlich berichtete Hoesch telegraphisch am 12. November 1925 die Zahl von 60 000 Mann, die ihm allerdings nicht von Briand, sondern am gleichen Tag von Berthelot mitgeteilt worden war (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 593–595).

[13] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat in Paris 1921 – 1. Februar 1924 (seit Januar 1923 als Geschäftsträger); Botschafter in Paris 2. Februar 1924 – 1932. – Mit seiner nachfolgend angesprochenen Unterredung ist offenbar das in der vorangegangenen Anm. nachgewiesene Gespräch mit Berthelot gemeint.

[14] Philippe Berthelot (1866–1934), Generalsekretär im französischen Außenministerium 1920–1921 u. 20. April 1925 – 1933.

[15] Mit „Friedensstärke“ ist die oben in Anm. 10 erläuterte Zahl gemeint.

[16] Robert Everts (1875–1942), belgischer Gesandter in Berlin 1924–1932. – Zu dem nachfolgend erwähnten Gespräch vom 9. November 1925 und der mitgeteilten Aufzeichnung vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 227–228; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 581 u. Anm. 4.

[17] Am 7. November 1925 war ein neuer Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete als Verbindungsmann der Reichsregierung zur Interalliierten Rheinlandkommission ernannt worden, und zwar Ernst Frhr. Langwerth von Simmern (1865–1942), zuvor Botschafter in Madrid 1920–1925; er trat sein Amt offiziell erst im Dezember 1925 in Koblenz an und hatte es bis 1930 inne.

ter abzubauen. Tirard[18] wird wohl nicht mehr lange im Amt bleiben. – Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auf Amnestiemaßnahmen, wobei auch von uns eine Gegenerklärung erwartet wird[19], ferner Abänderung der Militärgerichtsbarkeit, wobei noch nicht im einzelnen bestimmt ist, welche Fälle künftig noch der französischen Gerichtsbarkeit unterstellt bleiben sollen.

Wir hatten nun in Locarno schon erklärt, daß die Fortdauer der noch zehnjährigen Besetzung bei dem neuen System von Locarno keinen Sinn mehr hätte[20]. Die Gegenseite hat hierzu erklärt, daß sie sich jetzt in bindender Form hierüber noch nicht äußern könne. Briand hat aber zugesagt, daß er in seiner Rede vor der französischen Kammer eine Andeutung zu machen beabsichtige dahin, daß bei gutem Funktionieren der neuen Verträge bezüglich der Fristen weitere Konsequenzen zu erwarten seien. In dieser Beziehung müssen wir die Erklärung Briands und wohl auch eine Erklärung Chamberlains[21] abwarten.

Im Zusammenhang mit den „Rückwirkungen“ steht die Regelung der Entwaffnungsfrage[22]. Es kann uns nur erwünscht sein, daß man seitens der Alliierten bei dieser Gelegenheit auch die hier noch bestehenden Streitpunkte von Regierung zu Regierung regelt, statt sie den militärischen Organen zu überlassen.

Die Verhandlung der Botschafterkonferenz hierüber ist erst heute nachmittag und der abschließende Bericht erst am späten Abend zu erwarten. Auch hier ist zu erwarten, daß es in der meistumstrittenen Frage, der Kasernierung der Schupo[23], zu einer

---

[18] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930.

[19] Vgl. das oben mit Anm. 16 erwähnte Gespräch Stresemanns mit Everts.

[20] Stresemann bezieht sich auf die oben Anm. 8 nachgewiesene Besprechung vom 12. Oktober 1925.

[21] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[22] In Locarno war in einem Gespräch der deutschen, britischen, französischen und belgischen Delegierten am 15. Oktober 1925 (vgl. oben Anm. 8) vereinbart worden, daß Deutschland in Beantwortung der alliierten Entwaffnungsnote vom 4. Juni 1925 (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404) eine Note an die Botschafterkonferenz richten werde, in der es seine feste Absicht zur Behebung der noch ausstehenden Monita in der Entwaffnungsfrage zusichere; diese deutsche Note wurde am 23. Oktober 1925 von Hoesch dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz überreicht (MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 7–11; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 409–410). Einzelheiten der noch ausstehenden Entwaffnungsfragen wurden in Berlin und Paris vom 6. bis 14. November 1925 verhandelt (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 16–17). In der weiteren Reaktion darauf erfolgte die oben in Anm. 2 genannte Note der Botschafterkonferenz. – Am 16. November 1925 wurde Hoesch in Paris eine Note der Botschafterkonferenz überreicht, in der die noch ausstehenden Details der Entwaffnung angesprochen wurden (vgl. ebd., S. 20–21; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 869, Anm. 1; SCHULTHESS 66 [1925], S. 421).

[23] In der seit langem zwischen Deutschland und den Alliierten strittigen Frage der Anzahl der kasernierten Schutzpolizei hatte man sich bei den in der vorangehenden Anm. genannten Verhandlungen zwischenzeitlich auf die Zahl von 32 000 geeinigt.

Einigung kommt auf der Grundlage, daß uns die Kasernierung von 32 000 Mann ausschließlich 4000 Mann Polizeischüler gestattet ist. Auch die übrigen Fragen, insbesondere die des Chefs der Heeresleitung[24], der Ausbildung der Armee und der nationalen Verbände befinden sich auf dem Wege der Einigung. Aber selbst wenn die eine oder die andere Frage übrigbleibt, so bleibt die Entscheidung über die Räumung der ersten Rheinlandzone und über das Rheinlandregime unberührt. Die Räumung soll auf jeden Fall am 1. Dezember beginnen[25], der Kampf um den Endtermin geht noch weiter. Die Räumung wird insgesamt aber in der zweiten Januarhälfte durchgeführt sein.

Mit der nun vorliegenden Lösung ist der Plan Poincarés[26], am Rhein stehenzubleiben, erledigt, und die Theorie, daß die Fristen der Räumung noch nicht zu laufen begonnen hätten, – eine Theorie, die auch Herriot[27] noch wiederholt hat – beseitigt. Das ist wohl das wichtigste Moment. Die Bedeutung der Erleichterungen für die zweite und dritte Zone liegt darin, daß sie der Anfang späterer endgültiger Räumung ist. Nach Mitteilung aus dem Saargebiet[28] ziehen sich auch dort die Franzosen aus der Wirtschaft zurück, und darin liegt auch das Anzeichen des politischen Rückzugs. Jedenfalls sind die Hauptwünsche der rheinischen Bevölkerung auf Abänderung des Besatzungsregimes erfüllt. Hier weiter abzubauen, ist künftige Aufgabe des Rheinlandkommissars.

[...][29]

Reichsminister Dr. **Stresemann** (gegenüber den Bemerkungen des Reichsmi-

---

[24] Die Stellung eines „Chefs der Heeresleitung“ und dessen Funktion war seit langem strittig zwischen Deutschland und den Alliierten. Bei den in Anm. 22 genannten Verhandlungen hatte man sich darauf geeinigt, daß eine Erläuterung des deutschen Wehrgesetzes die Stellung des Chefs der Heeresleitung präzisieren würde. – Aktueller Inhaber der Position war Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[25] Vgl. oben mit Anm. 2.

[26] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Die nachfolgend angesprochene „Theorie“ formulierte Poincaré u.a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

[27] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925. – Wann und wo Herriot diese „Theorie“ wiederholt hatte, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. ebd., 65 [1924], S. 257).

[28] Die entsprechende Mitteilung konnte nicht ermittelt werden.

[29] Im Folgenden wird auf Vorschlag von Reichskanzler Luther von den Ministern diskutiert, ob die Reichsregierung die Verträge von Locarno dem Reichstag vorlegen und sich die Genehmigung zur Unterzeichnung und zum Eintritt in den Völkerbund geben lassen solle; die deutliche Mehrheit der Wortmeldungen spricht sich für dieses Vorgehen aus. Luther bittet außerdem um die nachträgliche Genehmigung der von ihm ohne Rücksprache mit dem Kabinett erfolgten Ernennung des Rheinlandkommissars (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 858–862).

nisters Krohne[30]): Ich würde es politisch für falsch halten, erst zu unterzeichnen und dann die Ratifikation beim Reichstag nachzuholen. Bei unserer innerpolitischen Lage halte ich eine Unterzeichnung am 1. Dezember[31] ohne Zustimmung des Reichstags für nicht möglich. Soweit ich unterrichtet bin, sind die Dinge nun auch bei den Linksparteien in ruhigerem Fahrwasser; man beabsichtigt nicht mehr, eine Auflösung des Reichstags oder eine Umbildung der Regierung zu erzwingen. Wenn wir nicht den Kampf um Locarno bald parlamentarisch zu Ende bringen, zerfleischen wir uns zu sehr. Ich glaube auch nicht, daß es möglich ist, weitere Leistungen von den Gegnern zu erzwingen. Im übrigen halte ich uns für berechtigt, die Worte „normale Besatzungsstärke“ zu kommentieren als „Friedensstärke der deutschen Garnisonen im Rheinland“[32]. Ich bitte daher, dem Herrn Reichskanzler[33] zuzustimmen, daß wir mit einer Vorlage an den Reichstag herantreten und morgen entsprechende Erklärungen in der Öffentlichkeit abgeben. Den Botschafter Freiherrn Langwerth von Simmern[34] halte ich für durchaus geeignet, seine Ernennung hat auch überall Zustimmung gefunden.

[...][35]

[30] Rudolf Krohne (1876–1953), Reichsverkehrsminister 15. Januar 1925 – 29. Januar 1927; zusätzlich mit dem Reichswirtschaftsministerium beauftragt 26. Oktober 1925 – 17. Mai 1926; Mitglied der DVP. – Krohne hatte in seinem Diskussionsbeitrag angeregt, zu überlegen, ob man die Verträge nicht zuerst unterzeichnen und anschließend dem Reichstag das Ratifikationsgesetz vorlegen solle (ebd., S. 862).

[31] Auf der Schlußsitzung der Konferenz von Locarno hatte Stresemann den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vorgeschlagen, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (LOCARNO-KONFERENZ S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[32] Vgl. oben mit Anm. 10.

[33] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[34] Vgl. oben mit Anm. 17.

[35] Luther schlägt vor, daß die von ihm angeregte Entscheidung noch einmal auf den kommenden Vormittag vertagt wird; er wünscht allerdings, daß am gleichen Abend zur Beratung eines Kommuniqués noch einmal getagt wird. Einwänden Hindenburgs über unbefriedigende bzw. mangelnde Zusagen der Alliierten betr. der Rückwirkungen entgegnet er mit Erläuterungen. Hindenburg vertagt die Sitzung um 14.15 Uhr auf abends 21 Uhr (zur Fortsetzung: vgl. diese Edition).

## Redebeiträge im zweiten Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 16. November 1925[1]

AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 865–866.

*Plädiert für die sofortige Veröffentlichung der Rheinlandnote samt einem Kommuniqué.*

[...]

Reichsminister Dr. **Stresemann:** Ich bekomme eben aus Paris die Mitteilung[2], daß die Gegenseite die Rheinlandnote[3] erst morgen nachmittag 5 Uhr veröffentlichen wird, und zwar den gesamten Notenwechsel, auch bezüglich der Entwaffnung[4]. Die Engländer wollen am Mittwoch [18.11.][5] die Locarno-Frage im Parlament behandeln. Ferner wird mir mitgeteilt[6], daß die Note über die Räumung der Kölner Zone unterwegs ist; sie hat den Inhalt, daß die Räumung am 1. Dezember begonnen und Ende Januar beendet sein wird. Vielleicht empfiehlt es sich, nun beide Teile, Rheinlandnote und Räumungsnote, in einem Kommuniqué zu behandeln.

[...][7]

Reichsminister Dr. **Stresemann:** Für heute würde das zu spät werden; wenn wir aber mit der Gesamtveröffentlichung bis morgen warten, so bekommt unsere Presse bezüglich der Rheinlandnote zu spät ihre Informationen, da die Rheinlandnote mor-

---

[1] In Fortführung der Sitzung vom Vormittag (vgl. diese Edition) eröffnet Hindenburg die Sitzung um 21.10 Uhr; Schubert verliest den Entwurf eines Kommuniqués, ehe Stresemann das Wort ergreift.

[2] Diese Mitteilung konnte nicht ermittelt werden.

[3] Am 14. November 1925 war Hoesch in Paris die Note der Botschafterkonferenz zur Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone (und in mündlicher Erläuterung deren Beginn am 1. Dezember 1925) und zur Erleichterung des Besatzungsregimes übergeben worden (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; zur Vorläufigkeit der am 14. November übergebenen Note vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 855, Anm. 1).

[4] Gemeint ist neben der in der vorangehenden Anm. erwähnten Note die am 16. November 1925 Hoesch in Paris überreichte weitere Note der Botschafterkonferenz, in der die noch ausstehenden Details der Entwaffnung angesprochen wurden und die Zusicherung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone bis zum 31. Januar, spätestens bis zum 20. Februar 1926, zugesagt wurde (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 20–21; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 869, Anm. 1; SCHULTHESS 66 [1925], S. 412).

[5] So in der Vorlage (als Ergänzung des Bearbeiters).

[6] Auf welche konkrete Information sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[7] Kurz wird im Kabinett kontrovers diskutiert, ob man auf das Eintreffen der oben mit Anm. 4 genannten Note warten solle (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 866), um die beiden Noten gemeinsam zu veröffentlichen.

gen in der ganzen internationalen Presse veröffentlicht werden wird. Wir müssen also Rheinlandnote und Kommuniqué danach auch gleich veröffentlichen.

[...][8]

[8] Das Kabinett erklärt sich mit dem Standpunkt Stresemanns einverstanden; daraufhin wird beschlossen, die Rheinlandnote vom 14. November 1925 (vgl. oben mit Anm. 3) und ein erläuterndes Kommuniqué der Reichsregierung bereits am Folgetag zu veröffentlichten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 866 mit Anm. 6). – Zu Veröffentlichung und Kommuniqué vgl. beispielsweise VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 (Morgenausgabe) vom 17. November 1925.

## Reichstagsrede vom 20. November 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4452–4453. – Teildrucke in SCHULTHESS 66 (1925), S. 168; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 519 (Morgenausgabe) vom 21. November 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 551 (Morgenausgabe) vom 21. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21979 (Morgenausgabe) vom 21. November 1925, S. 5; REICHSPOST, Nr. 320 vom 21. November 1925, S. 2.

*Die Regierung hat Interesse an der schnellen Verabschiedung des Handelsvertrags mit Italien, des ersten Handelsvertrags nach der Novellierung des deutschen Zolltarifs. Der Zolltarif hat sich als brauchbar erwiesen, um Verluste der Landwirtschaft und italienische Wünsche bei Industrieprodukten zu beschränken. Die Meistbegünstigung als wichtigstes Ergebnis wird Vertragsverhandlungen mit anderen Ländern erleichtert. Details zum Übereinkommen mit Österreich zur Anpassung von Zöllen und zum vorläufigen Handelsabkommen mit der Schweiz.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Bevor das Hohe Haus in die Beratung des Gesetzentwurfs über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien und über die Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens[2] eintritt, gestatten Sie mir einige einleitende Worte dazu.

Wir haben den Vertrag erst etwa vor drei Wochen abgeschlossen. Wenn er heute bereits dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegt, mögen Sie daraus ersehen, welchen Wert die Reichsregierung auf die rascheste Verabschiedung des Gesetzentwurfes legt. Der Vertrag ist der erste große Vertrag mit umfangreichen Zolltarifabreden, der nach dem Inkrafttreten der Zolltarifnovelle[3] beschlossen[4] worden ist. Als

---

[1] Stresemann sprach als erster Redner im Rahmen der ersten Beratung des Handelsvertrags mit Italien.

[2] Dem Reichstag lag zur Beratung der Entwurf eines Gesetzes über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 31. Oktober 1925 und über das Protokoll vom 12. Oktober 1925 sowie den Notenwechsel vom 31. Oktober 1925 über die Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens vom 10. Januar 1925 vor (Druck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1485 [mit eigener Seitenzählung]) sowie der Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern (ebd., Drucks. 1488 [mit eigener Seitenzählung]). – Zum Inhalt des Handelsvertrags vgl. auch zusammenfassend VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 536 (Morgenausgabe) vom 12. November 1925.

[3] Der neue Zolltarif war am 12. August 1925 vom Reichstag beschlossen worden (SCHULTHESS 66 [1925], S. 143). Die entsprechenden Gesetze über Zolländerungen waren am 20. August 1925 veröffentlicht worden (REICHSGESETZBLATT 1925 I, S. 261–311).

wir diese Zolltarifnovelle hier im Reichstag erörterten[5], ist von der Reichsregierung wiederholt erklärt worden, daß die Sätze dieser Zolltarife im Wege von Handelsvertragsverhandlungen herabgesetzt werden können. Das Ergebnis der deutsch-italienischen Verhandlungen, das Ihnen heute vorliegt, hat gezeigt, daß die Zollnovelle ein brauchbares Instrument für Handelsvertragsverhandlungen ist. Auf landwirtschaftlichem Gebiete ist es gelungen – das verdient bei Verhandlungen mit einem agrarisch so stark interessierten Lande wie Italien besonders hervorgehoben zu werden –, eine zu weitgehende Senkung der Zölle, durch die die einheimische Produktion bedroht werden würde, zu verhindern. Ich verweise hier insbesondere auf die Regelung der so delikaten Weinfrage,

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten)

in der dem **Schutzbedürfnis des** notleidenden **deutschen Weinbaues** in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden ist.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten)

Meine Herren, ich halte diese Frage der Weinzölle für eine volkswirtschaftlich absolut wichtige Frage. Ich verstehe nicht die Heiterkeit, die dabei entsteht, wenn ich darauf hinweise, daß es eine der Hauptaufgaben des Reichs ist, gerade bei diesem Vertrag, wie bei anderen Fragen so auch hier, auf die Situation Rücksicht zu nehmen, die, wie ich noch bemerken möchte, von Vertretern fast aller Fraktionen bei Beratungen eines anderen Entwurfs als die einer dringenden Notlage eines wichtigen deutschen Erwerbsstandes anerkannt worden ist[6].

Meine Herren! Auf industriellem Gebiet, wo sich die Wünsche Italiens auf einige Gebiete beschränkten, ist es gelungen, die an sich wesentlich weitergehenden Wünsche der Gegenseite abzuwehren. Bei einzelnen Positionen, wie bei **Kunstseide,** ist man hier allerdings bis an die Grenze des für die deutsche Industrie noch Erträglichen gegangen. Dies war notwendig, um ein Scheitern des Vertrages zu verhindern[7].

---

[4] So in der Vorlage; „geschlossen“ würde mehr Sinn ergeben.

[5] Die 1. Lesung fand vom 22. bis 26. Juni, die 2. Lesung vom 8. bis 10. August 1925 statt (Zusammenfassungen in SCHULTHESS 66 [1925], S. 109–110 u. 140–142).

[6] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Beratung zum deutsch-spanischen Handelsvertrag; vgl. dazu in dieser Edition seine Rede vom 27. Mai 1925.

[7] Zu den deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen vgl. zuletzt rückblickend das Privatdienstschreiben des Vorsitzenden der deutschen Verhandlungsdelegation, Denhard, an Ritter vom 1. November 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 526–527. – Zu den vorherigen Beratungen im Kabinett vgl. auch die Kabinettssitzung vom 10. September 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 544–545; dort Anm. 2 auch zur längeren Vorgeschichte der Verhandlungen).

Von den von Italien gemachten Zugeständnissen können wir als sachlich und handelspolitisch wichtigstes Ergebnis die Gewährung der uneingeschränkten **Meistbegünstigung** buchen. Damit ist dem von der deutschen Handelspolitik stets verfolgten Grundsatz, daß deutsche Waren im internationalen Güteraustausch mit den Erzeugnissen anderer Waren[8] zu gleichen Bedingungen in Wettbewerb treten müssen, erneut Rechnung getragen worden. Die sachliche Bedeutung dieses Ergebnisses liegt darin, daß Deutschland, nachdem es durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages[9] jahrelang einseitig die Meistbegünstigung gewähren mußte, ohne seinerseits in den Ländern der alliierten und assoziierten Mächten den übrigen Staaten gleichgestellt zu sein, nunmehr in vollem Umfange gleichberechtigt diesen Staaten zur Seite tritt. Das bedeutet im Handelsverkehr mit Italien für die deutsche Ausfuhr den Genuß all der Zollermäßigungen, die Italien in sieben Tarifverträgen, die vordem geschlossen wurden[10], anderen Ländern bereits zugestanden hat. Darüber hinaus sind für wichtige deutsche Industrien Zollzugeständnisse aus eigenem Recht erstritten worden, die zusammen mit den sich aus der Meistbegünstigung ergebenden Vorteilen eine Verbesserung der deutschen Handelsbilanz gegenüber Italien[11] erhoffen lassen. Ich darf wegen der Einzelheiten auf den Vertrag selbst und auf die ihm beigefügte Denkschrift[12] verweisen.

Die Bedeutung des Ihnen vorliegenden Vertrages erschöpft sich aber nicht in der Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Der Vertrag bietet vielmehr für die gesamte deutsche Außenhandelspolitik, für die zahlreichen weiteren Handelsvertragsverhandlungen, die teilweise bereits im Gange und zum andern Teil noch in Vorbereitung sind, ein wichtiges Verhandlungsinstrument. Durch die mit Italien erzielte Einigung über wichtige landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse ist eine sichere Grundlage für die Verhandlungen mit anderen Ländern geschaffen, die an einer vertraglichen Regelung dieser Frage gleichfalls ein

---

[8] So in der Vorlage; „Länder“ oder „Staaten“ würde mehr Sinn ergeben.

[9] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Der Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland allen Vertragspartnern fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (ebd., S. 137–143).

[10] Diese Verträge konnten nicht ermittelt werden.

[11] Genaue Zahlen dazu waren nicht zu ermitteln; nach einem telegraphischen Bericht Neuraths aus Rom vom 21. Oktober 1925 soll die italienische Handelsbilanz „gegenüber Deutschland im ersten Halbjahr [1925] nach Aufhören Versailler Regimes [...] mit 85 Millionen Gold-Lire passiv“ gewesen sein (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 429).

[12] Die Denkschrift findet sich als Anlage zum Gesetzesentwurf in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1485 (mit eigener Seitenzählung), S. 116–119.

starkes Interesse haben. Es ist zu hoffen, daß die im vorliegenden Vertrag getroffenen Zollabreden auch unsere Verhandlungen mit anderen Staaten wesentlich erleichtern werden.

Der Vertrag stellt sich im ganzen als eine Regelung dar, bei der Deutschland aus langem zähen Ringen[13] als voll gleichberechtigter Vertragsgegner hervorgegangen ist. Die Reichsregierung hofft, daß der Vertrag in der Ihnen vorliegenden Form nicht nur dazu beitragen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien enger und reger zu gestalten, sondern auch auf politischem Gebiet die beiden großen Völker einander näher zu bringen. Auch aus diesem Grund legt die Reichsregierung entscheidenden Wert auf eine möglichst rasche Verabschiedung des dem Hause vorliegenden Gesetzentwurfs.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit meiner Bitte um beschleunigte Erledigung des Handelsvertrags mit Italien bitte ich, auch noch zwei Punkte der morgigen Tagesordnung des Reichstags vorweg berühren zu dürfen. Es handelt sich um zwei andere Tarifabkommen, die kürzlich abgeschlossen worden sind. Das eine ist das **Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich** vom 3. Oktober 1925 zur Regelung einzelner Zollfragen[14]. Das andere ist das vorläufige Zollabkommen vom 6. November dieses Jahres zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz[15]. Mit Österreich haben wir im Juli dieses Jahres vereinbart[16], daß die damals auf unsern Wunsch offengebliebenen Zolltarifpositionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Inkrafttreten der deutschen Zolltarifnovelle in einem besonderen Ergänzungsabkommen geregelt werden sollten. Die Verhandlungen haben kürzlich bereits begonnen[17]. Sowohl wir als auch die Österreicher hatten aber den Wunsch, einige ganz besonders dringliche Zollfragen schon vor Abschluß der jetzt schwebenden Verhandlungen zu regeln. Das ist der Grund für das Übereinkommen vom 3. Oktober dieses Jahres. In diesem Übereinkommen ist einerseits durch Herabsetzung der deutschen Zölle für Rindvieh, das zu Nutz- und Zuchtzwekken aus den österreichischen Grenzgebieten in die bayerischen und württembergischen Grenzgebiete eingeführt wird, die Möglichkeit gegeben worden, die durch den

---

[13] Vgl. oben mit Anm. 7.

[14] Druck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1498 (mit eigener Seitenzählung).

[15] Druck ebd., Drucks. 1497 (mit eigener Seitenzählung); zum Inhalt vgl. auch die Zusammenfassung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 534 (Morgenausgabe) vom 11. November 1925.

[16] Die betreffende Vereinbarung konnte nicht ermittelt werden.

[17] Zum Beginn der Verhandlungen am 9. November 1925 vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 501 (Morgenausgabe) vom 10. November 1925.

Abtrieb des Viehs von den Almen veranlaßten Verkäufe auf Grund von ermäßigten Zollsätzen abzuwickeln. Auf der andern Seite ist eine Erhöhung der in unserem Abkommen mit Österreich vom 12. Juli vereinbarten deutschen Zollsätze für Hanfgarn erreicht worden, eine Regelung, auf die wir uns bereits bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien haben berufen können.

Mit der **Schweiz** werden wir **Zolltarifverhandlungen** Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres beginnen. Aber auch hier hat sich bei beiden Staaten das Bedürfnis herausgestellt, schon vor Abschluß dieser Verhandlungen gewisse Zollfragen vorläufig zu regeln. Auf schweizerischer Seite war dieser Wunsch dadurch hervorgerufen, daß die neuen deutschen Zollsätze für eine Reihe wichtiger Schweizer Ausfuhrartikel die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland stark behinderten. Auf unserer Seite bestand einmal der Wunsch, möglichst bald einige einfuhrhindernde Zollsätze des schweizerischen Gebrauchstarifs von 1921[18] herabgesetzt zu sehen, andererseits die deutsche Ausfuhr vor eventuellen Auswirkungen des kürzlich veröffentlichten schweizerischen Grenzzolltarifs[19] möglichst weitgehend zu sichern. Aus diesen Gründen ist das vorläufige Zollabkommen vom 6. November geschlossen worden, in dem die deutschen Zölle für eine Reihe wichtiger schweizerischer Ausfuhrwaren ermäßigt worden sind und in dem die Schweiz Zollsätze des Gebrauchstarifs von 1921 herabsetzt und eine größere Anzahl von Sätzen dieses Tarifs, die in einem neuen Tarif erhöht worden sind, uns gegenüber gebunden hat. Die Vereinbarungen über die deutschen Zollsätze im österreichischen und schweizerischen Abkommen betrafen zum Teil dieselben Waren, über die auch im Handelsvertrag mit Italien Abreden getroffen sind. Es erscheint ja hier dringend erforderlich, um Reibungen in der Praxis zu vermeiden, daß die Zollzugeständnisse, die wir in den drei genannten Verträgen gemacht haben, gleichzeitig in Kraft treten. Vorbereitungen hierfür sind dementsprechend getroffen worden. Ich möchte deshalb meine Bitte um möglichst umgehende Verabschiedung des Handelsvertrags mit Italien schon heute dahin ausdehnen, daß ich bitte, auch die Beschlußfassung über die beiden genannten Abkommen mit Österreich und der Schweiz so zu beschleunigen, daß es möglichst ist, sie gleichzeitig mit unserm Handelsvertrag mit Italien in Kraft treten zu lassen.[20]

---

[18] Er konnte nicht ermittelt werden.

[19] Dazu konnte nicht ermittelt werden.

[20] Nach weiteren Debattenbeiträgen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4453–4463) wird die Beratung abgebrochen und auf die nächste Reichstagssitzung vertagt (ebd., S. 4463).

## Reichstagsrede vom 21. November 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4467–4468. – Drucke (teilweise mit Abweichungen) auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 485; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 521 (Morgenausgabe) vom 22. November 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 552 (Abendausgabe) vom 21. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21890 (Morgenausgabe) vom 22. November 1925, S. 8. – Teildruck in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 41,2 (1925), S. 134.

*Bedauert die Angriffe gegen die italienische Regierung und Mussolini im Rahmen der Handelsvertragsdebatte. Fragen der Behandlung von Minderheiten kann Deutschland im Völkerbund vertreten, wenn es ihm beigetreten ist.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Wie ich aus den Berichten der Presse ersehen habe[2], sind in der gestrigen Sitzung des Reichstags bei der Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrags[3] scharfe und beleidigende **Angriffe gegen die italienische Regierung** und den italienischen Ministerpräsidenten[4] erhoben worden.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Mit Recht!)

Ich bedaure, daß die Gelegenheit der Beratung über eine Frage wirtschaftlicher Verständigung zwischen diesen beiden Ländern dazu benutzt worden ist, Fragen aufzuwerfen, die in dem Gegensatz der Welt- und Staatsanschauung ihre Begründung finden. Es ist meine selbstverständliche Pflicht, gegen diese Angriffe, namentlich gegen die Form, in der sie erfolgt sind, hier Einspruch zu erheben. Ebenso wie wir in Deutschland uns dagegen verwahren würden, daß innerdeutsche Verhältnisse zum

---

[1] Stresemann sprach in der Fortsetzung der ersten Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Italien, die am Vortag unterbrochen worden war; zur Debatte des Vortags und der dortigen Rede Stresemanns vgl. diese Edition.

[2] Vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 551 (Morgenausgabe) vom 21. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21979 (Morgenausgabe) vom 21. November 1925, S. 4.

[3] Nach Stresemann hatten am Vortag noch fünf weitere Abgeordnete gesprochen; dabei hatte der SPD-Abgeordnete Hilferding das Regime Mussolinis scharf angegriffen, vom „Cäsarenwahn" gesprochen und die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol angeprangert (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4458); auch der DDP-Abgeordnete Meyer hatte die Unterdrükkungsmaßnahmen in Südtirol erwähnt (ebd., S. 4463).

[4] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei" zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945. – Mussolini hatte wenige Tage zuvor, am 18. November 1925, eine drohende Kammerrede gegen das Ausland und dessen Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten gehalten (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 547 [Morgenausgabe] vom 19. November 1925).

Gegenstand der Erörterung in ausländischen Parlamenten gemacht werden, so scheint es mir auch nicht angebracht, dies unsererseits zu tun.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Soweit in den Reden verschiedener Abgeordneten Fragen erörtert worden sind, die sich auf die Erfüllung der von anderen Staaten übernommenen internationalen Verpflichtungen gegenüber ihren Minderheiten beziehen[5], so dürften diese Fragen bei einem eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[6] die Möglichkeit aktueller Erörterung geben, und Sie können überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich der moralischen Pflichten durchaus bewußt ist, die ihr aus dem kulturellen Zusammenhang der deutschen Stämme in der Welt erwachsen.

(Zuruf von den Völkischen: Da haben Sie nichts zu sagen!)

– Im Völkerbund ist durchaus die Möglichkeit gegeben,

(Lachen bei den Kommunisten; Abgeordneter v. Graefe[7] (Mecklenburg): Diese Räuberbande!)

gerade in diesen Fragen zu wirken. Wir werden uns ja darüber bei der nächsten Gelegenheit unterhalten können.

Der Vertrag, den wir hier beraten, ist in einem vertrauensvollen Zusammenwirken der Unterhändler beider Länder zustande gekommen. Ich würde bitten, diese Zusammenarbeit nicht durch Erörterung innerpolitischer italienischer Verhältnisse von unserer Seite aus störend zu beeinflussen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei. – Lachen und Zurufe von den Völkischen und den Kommunisten.)[8]

---

[5] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren.

[6] Das Inkrafttreten des Vertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[7] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922 – Mai 1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft Mai 1924 – 1928).

[8] Nach zwei weiteren Debattenbeiträgen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4468–4472) werden die Vorlagen dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen (ebd., S. 4472).

**Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin vom 22. November 1925**

Nach NATIONALLIBERALISMUS I, S. 596–620, 631–638, 644–647. – Druck (mit Auslassungen im zweiten Teil, in dem Stresemann auf Fragen eingeht) in TURNER S. 416–432.

*Der Wert der Locarno-Verträge besteht nicht in den Rückwirkungen, sondern in der Neuordnung der Dinge. Ein antideutscher Pakt wurde verhindert. Auch Briand steht in der Frage der Rückwirkungen unter innenpolitischem Druck. Nicht der Verzicht auf Elsaß-Lothringen ist entscheidend, sondern die Sicherung des Rheinlands. Alle Bedingungen der deutschen Note vom 20. Juli, die die DNVP-Minister für sich reklamiert haben, sind in Locarno durchgesetzt worden. Zuviel öffentliche Diskussion, was nach den Verträgen von Locarno noch möglich ist, behindert die deutsche Außenpolitik. Die unsinnigen Befürchtungen Rußlands; der Art. 16 der Völkerbundssatzung hat keine praktische Bedeutung. Polnische Reaktionen beweisen, daß die Schiedsverträge keine Anerkennung der Ostgrenze beinhalten. Auch die Westgrenze, die Deutschland derzeit ohnehin nicht ändern kann, ist nicht unabänderlich geworden. Der Versailler Vertrag kann nicht abgeschafft, sondern nur ausgehöhlt werden. Deutschland muß lernen, daß auch Gesten zählen. Die Rückwirkungen im Rheinland; noch wichtiger ist, daß das Rheinland wieder frei werden wird. Die deutschen Beziehungen zu den Weltmächten werden entscheiden, ob Deutschland die Ostgrenze revidieren kann. Die DNVP hat durch ihren Regierungsaustritt alle Erfolge gefährdet. Distanz der DVP zur DNVP ist notwendig. Nur Parteien, die Locarno befürworten, können das Kabinett tragen. Die Regelung der Entwaffnungsfragen. Die Saarfrage. Wirtschaftliche Motive Frankreichs für die Verständigung mit Deutschland. Die Kolonialfrage. Der deutsche Völkerbundsbeitritt und die Minderheitenfrage.*

[...][1]

Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute einen Bericht über die politische Lage erstatte, so wird dieser Bericht sich fast ganz auf die Fragen

[1] Die Vorlage leitet paraphrasierend ein, daß Stresemann nach der Eröffnung der Sitzung der verstorbenen Mitglieder sowie Gefallener des Ersten Weltkriegs gedacht habe, daß stellvertretende Vorsitzende gewählt worden seien und nach Übernahme des Vorsitzes durch Scholz dieser Stresemann „das Wort zu einem Bericht über die politische Lage erteilt habe".

der Außenpolitik erstrecken und speziell auf die Fragen der Verträge[2], vor deren Abschluß wir stehen[3]. Das, was sich anknüpft an diese Außenpolitik auf dem Gebiet innerpolitischer Entwicklung ist, wenn Sie meinen Gedankengängen folgen werden, durch die eine Konsequenz gegeben: daß nämlich die künftige Politik im Reich und die Zusammensetzung der Reichsregierung nur gegeben sein kann durch Persönlichkeiten und Parteien, die auf dem Boden des Werkes von Locarno stehen. Diese Feststellung mache ich aus dem Grunde, weil für diejenigen, die den Dingen in Locarno selbst gefolgt sind, das eine vor Augen stehen muß: daß diese Verträge nicht Gegenwartswert haben, der irgendwie zum Ausdruck kommt in dem, was zur Zeit bekannt ist, in den sogenannten Rückwirkungen für das besetzte Gebiet[4], sondern daß der Wert dieser Verträge in derjenigen Neuordnung der Dinge besteht, die sich ergeben sollen und ergeben müssen, wenn das Werk selbst zustande gekommen ist, was ja bis zur Stunde, was ja auch selbst am 1. Dezember noch nicht der Fall sein wird[5].

Lassen Sie mich auf die Hauptgesichtspunkte zurückkommen, die uns bei den Arbeiten für diese Außenpolitik bewegten. Vor wenigen Tagen las ich in einer Äußerung des „Petit Parisien“ in Paris[6]: Wenn die Herren deutschen Delegierten in Locarno nicht den Abmachungen zugestimmt hätten, so wäre Herr Briand[7] trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, denn es bestand volle Übereinstimmung darüber, daß dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs dann auf andere Weise Rechnung getragen werden würde. Es ist mir das deshalb interessant gewesen, weil

---

[2] Gemeint sind diejenigen Verträge, die als Ergebnis der Konferenz von Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert wurden (Text des Schlußprotokolls und der anhängenden Verträge u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[3] Auf der Schlußsitzung der Konferenz von Locarno schlug Stresemann den 1. Dezember 1925 als Tag der Unterzeichnung vor, weil der Reichstag nicht vor November zusammentreten könne (ebd., S. 194); bereits in der 7. Sitzung vom 13. Oktober 1925 war Einverständnis darüber erzielt worden, daß diese Unterzeichnung in London stattfinden solle (ebd., S. 187).

[4] Nach entsprechenden Absichtsbekundungen auf der Konferenz von Locarno hatten die Alliierten mit Noten vom 14. und 16. November 1925 der Reichsregierung mitgeteilt, daß die Räumung der nördlichen Rheinland-Besatzungszone am 1. Dezember 1925 beginnen und bis zum 31. Januar, spätestens bis zum 20. Februar 1926 abgeschlossen sein werde und daß verschiedene Erleichterungen im Besatzungsregime eintreten würden (Text der Noten in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 20–21; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 869, Anm. 1).

[5] Zum Datum 1. Dezember 1925 vgl. oben Anm. 3.

[6] Stresemann bezieht sich auf einen Leitartikel in PETIT PARISIEN, Nr. 17782 vom 5. November 1925, S. 1.

[7] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

dieser Gedanke ja der Ausgangspunkt der Initiative des Auswärtigen Amtes in der Frage des Memorandums[8] gewesen ist. Es ist in manchen Zeitungen, beispielsweise auch in der „Kölnischen Zeitung“[9], gesagt worden: Ob tatsächlich im Januar oder Februar die Gefahr bestand, daß Frankreich und England sich zu einem einseitigen Sicherheitspakt gegen Deutschland[10] zusammenschlössen, ist nicht festzustellen. Gewiß ist das nicht festzustellen, denn Gott sei Dank besteht noch immer die Auffassung, daß auswärtige Politik nicht mit dem Lautsprecher auf dem Potsdamer Platz oder irgendwie auf dem Grande Place in Paris oder sonstwo gemacht wird (Sehr richtig!). Aber vielleicht dürften wir doch auch in der deutschen Öffentlichkeit einmal zurückkehren zu der sehr nüchternen, aber doch auch vielleicht sehr zutreffenden Erwägung, daß, wenn überhaupt, die Unterhaltung großer Ämter wie des Auswärtigen Amtes mit ihrem ganzen Personal und ihrem Dienst einen Sinn hat, doch schließlich die Männer dieses Amtes, die zu wachen haben über das, was in der Welt vorgeht, darüber, ob derartige Bestrebungen bestehen, vielleicht besser unterrichtet sein können als andere Leute, denen die Verbindungen nicht zur Verfügung stehen (Zustimmung). Ebenso ist es klar, daß sie über das, was sie erfahren und von wem sie es erfahren, nicht der Öffentlichkeit Kenntnis geben können.

Zweierlei bestand in dieser Beziehung im Allgemeinen und im Speziellen. Im Allgemeinen bestand zunächst der sowohl von der englischen Regierung wie von der englischen Opposition anerkannte moralische Rechtsanspruch Frankreichs auf eine zusätzliche Sicherheit zu dem Versailler Vertrag[11]. Man kann darüber streiten, ob es den Franzosen ernst war mit ihrer tatsächlichen Bedrohung. Aber jedenfalls hatten sie 1919, als sie auf das linke Rheinufer verzichteten, nur unter der Bedingung darauf verzichtet, daß sie eine ausdrückliche neue Sicherheit durch ihre Alliierten gegenüber Deutschland bekämen. Das ist auch im Versailler Vertrag selbst zum Aus-

---

[8] Stresemann bezieht sich auf die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend vorgegangen und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[9] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[10] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französischen Sicherheitspaktes, ggf. unter Einschluß Belgiens, vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[11] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

druck gekommen. In Artikel 31 ist gesagt, daß die Alliierten sich vorbehalten, an die Stelle der durch den Weltkrieg aufgehobenen Neutralität Belgiens[12] andere Verträge zu setzen, und daß Deutschland sich verpflichtet, diese Verträge von vornherein anzuerkennen und damit gelten zu lassen. Wenn Sie jetzt die Präambel des Vertrags von Locarno lesen[13], so werden Sie darin die Sie vielleicht überraschende Formel finden von der nicht mehr bestehenden belgischen Neutralität, daß zwei Gründe für den Vertrag angeführt sind: das Nichtmehrbestehen dieser Neutralitätsabkommen und dann das allgemeine Bestreben, Frieden herzustellen in den Gebieten, die so oft der Schauplatz europäischer Kämpfe gewesen seien.

Daraus geht hervor, daß die Alliierten, wenn sie einen Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs geschlossen hätten, sich dabei auf diesen Artikel 31 gestützt hätten, ihn hingestellt hätten als die Ersetzung der früheren belgischen Neutralitätsverträge, und daß wir nach dem Versailler Vertrag gehalten waren, diese Dinge einfach und restlos als einen Teil des Versailler Diktats selbst anzuerkennen.

Wenn nun zu uns Mitteilungen kamen, daß im Auftrag der Regierung von Chamberlain[14] in den Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain – und vorher schon zwischen Herriot[15] und Chamberlain – der Gedanke des jetzigen Abschlusses eines Sicherheitspaktes zwischen England und Frankreich mit der alleinigen Spitze gegen Deutschland beabsichtigt war, und wenn dann das Auswärtige Amt gegenüber diesen Tendenzen die Initiative ergriff und versuchte, Deutschland in diese Dinge einzuschalten und aus diesem gegen Deutschland gerichteten Offensivpakt einen Sicherheitspakt zu machen, an dem Deutschland beteiligt war und in dem auch seine Grenze gesichert wurde durch Bundesgenossenschaft anderer, dann sage ich, daß man kein Recht hat, dem Auswärtigen Amt oder dem Außenminister aus dieser Initiative irgendeinen Vorwurf zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

---

[12] Durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 hatten die damaligen Großmächte die belgische Neutralität garantiert (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 88, S. 445–449); nachdem Deutschland (als Rechtsnachfolger Preußens) 1914 diesen Vertrag gebrochen hatte, wurde er durch Art. 31 des Versailler Vertrags aufgehoben, und Deutschland wurde durch den gleichen Artikel im voraus verpflichtet, Abmachungen anzuerkennen, die die Alliierten mit Belgien als Ersatz schließen würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 25).

[13] Mit „Vertrag von Locarno“ bezeichnet Stresemann hier den Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien, in dem sich die Vertragspartner zur Unverletzlichkeit bzw. Garantie der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen und zur Entmilitarisierung des westlichen Territoriums des Deutschen Reiches, wie im Versailler Vertrag festgelegt, verpflichten (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202; die angesprochene Präambel: S. 198–199).

[14] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[15] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925.

Daß die ganzen Verhältnisse bei uns unschön, widerwärtig sind, daß wir Ketten tragen müssen, darüber zu klagen, das ist furchtbar leicht. Es handelt sich darum, die Schwere dieser Ketten zu mildern und zu versuchen, wie wir allmählich aus dieser Fesselung in eine leichtere Fesselung kommen. Mehr Ihnen irgendwie zu versprechen, kann niemand, der die Machtverhältnisse richtig einschätzt. Und darum handelt es sich bei dieser Initiative. Nicht darum, den Versailler Vertrag aufzuheben. Ich wäre so dankbar, wenn die, die das in Resolutionen fordern, auch die nötigen Mittel dazu angeben würden. Es handelt sich darum, einen neuen Zusatz zum Versailler Vertrag, der nun die Entente verewigen sollte, abzubiegen und möglichst daraus einen Gegenseitigkeitsvertrag zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das übersehe, was in Locarno geschaffen ist, so darf ich das eine sagen: das ist jedenfalls gelungen. Ich möchte, um nicht oft Gesagtes in alter Form zu wiederholen, hier, wo wir ja vertraulich verhandeln und auch nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben, was mich sonst zwingen würde, lediglich eine akademische Ministerrede zu halten, zur Kennzeichnung der Situation einmal sagen, was der französische Außenminister in einer Besprechung uns entgegenhielt, als wir ihn drängten, mit diesen Rückwirkungen weiter zu gehen, als er es in dem Augenblick wollte[16]. Er sagte mir damals, und das ist das Kennzeichnende für die Auffassung, die man in Frankreich über die deutschen Verhältnisse hat, und die sehr witzig und geistreich wiedergegeben wurde: Sie beziehen sich immer auf Ihre öffentliche Meinung in Deutschland. Ich kenne die Schwierigkeiten, denen Sie begegnen. Sie haben eine große Mehrheit im deutschen Volk, die aufrichtig den Frieden will. Sie haben eben aber auch starke Kreise, die nicht etwa den Krieg wollen – sie würden sich entschieden und mit Recht dagegen verwahren, das zu wollen – aber Sie[17] haben so etwas seltsam Mystisches in Ihrer Politik und in der Auffassung Ihrer Politik; Sie haben den Glauben daran, daß eines Tages von irgendwoher mit irgendwelchen Mitteln, über die niemand eine Auskunft geben kann, irgendetwas geschehen wird, wodurch die ganze Situation in der Welt so grundlegend geändert wird, daß Deutschland keine Veranlassung hat, gegenwärtig irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern ruhig die Dinge ihren Lauf ge-

[16] Dies und das Folgende bezieht sich offenbar in erster Linie auf ein Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372).

[17] So in der Vorlage. Vermutlich muß es hier und nachfolgend „sie“ heißen und im Folgenden zweimal „ihrer“.

hen zu lassen, bis dies Wunderbare eintritt. Und daran knüpfte er an und sagte: Sie müssen aber nicht glauben, daß Sie ein Monopol auf solche Phantasien[18] haben. Es gibt Leute dieser Art in allen Ländern, und ich habe solche Leute bei mir ebenfalls. Gewiß, bei denen ist der Blick nicht in die Zukunft gerichtet wie bei Ihnen, um das Vergangene wiederherzustellen, aber hei diesen Leuten ist der Blick dahin gerichtet, daß ihnen das nicht genügt, was heute gegenwärtig ist, daß sie der Meinung sind, daß wir einen weltgeschichtlich großen Moment versäumt hätten, um eine Politik früherer Jahrhunderte durchzuführen. Er sagte: Wenn ich nach Paris komme mit diesem Ergebnis, kann ich mir die Rede denken, die Herr Poincaré[19] im Senat halten wird. Er wird im Senat sagen: was habt ihr eigentlich aus Locarno nach Hause gebracht? Unter meiner Herrschaft in Frankreich, da standen wir im Ruhrgebiet und hatten die deutsche Wirtschaft als einfaches, spezielles französisches Pfand für die französischen Reparationen[20]. Stattdessen seid ihr heute Mitglieder einer G.m.b.H., der Deutschland Pfänder gegeben hat, und man hört von Zeit zu Zeit immer deutlicher aus deutschem Munde, daß man sich darüber unterhält, wann man erklären wird, daß man nicht mehr zahlt. Zu meiner Zeit hattet ihr den Rhein fest in der Hand. Ich habe euch die These gegeben: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen[21]. Herr Herriot, der vollkommene Linksmann, hat diese These seinerseits anerkannt[22] gegenüber Herrn Poincaré.

Er sagte weiter: Wir hatten die kolossale Bewaffnung gegenüber einem entwaffneten Deutschland[23], dazu hatten wir die Zusatzgarantie Englands, uns mit seiner ganzen Macht zur Seite zu stehen, falls Deutschland jemals wieder das Haupt erhöbe. So waren wir in der Lage, die Politik des linken Rheinufers auf die Dauer zu treiben unter dem Schutze Englands. Und was bringst du, Briand, zurück? Du bringst einen

---

[18] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „Phantasten“ (so auch in der Fassung bei TURNER S. 418).

[19] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[20] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18).

[21] Gemeint ist die Behauptung Poincarés, die Frist für die Räumung der Rheinlandbesatzungszone habe noch gar nicht zu laufen begonnen, wie er sie u.a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 formulierte (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

[22] Wann und wo Herriot diese „These“ anerkannte, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. ebd., 65 [1924], S. 257).

[23] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

Gegenseitigkeitsvertrag zurück, der uns hindert an Invasionen, an Sanktionen, der in dem Augenblick, wo wir den Krieg, den unprovozierten, gegen Deutschland beginnen, unsere bisherigen Bundesgenossen zwingt, an der Seite Deutschlands gegen Frankreich zu kämpfen, und der dem waffenlosen Deutschland wieder starke Bundesgenossen gegeben hat. Und Briand fügte hinzu: Glauben Sie nicht, daß meine Situation im Senat so einfach ist, wenn ich gegenüber diesen Argumenten zu kämpfen habe, wenn ich auch meine eigenen Argumente kenne, die ich dagegen anzubringen habe.

Ich möchte das vorausschicken, um einmal ein Bild zu geben von dem, was tatsächlich in den Dingen vor sich gegangen ist und was viel wichtiger ist als die Frage der Rückwirkungen an sich. Denn die Rückwirkungen sind etwas Temporäres. Diese neu geschaffenen Verhältnisse sind aber etwas Dauerndes, und ich sehe darin gewiß den Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion gegenüber Frankreich in jeder Beziehung – gar kein Zweifel! –, aber ich weiß auch nicht, ob es irgendeinen vernünftigen Menschen gibt, der glaubt, daß wir heute durch das Mittel des Krieges gegenüber Frankreich irgendetwas anderes erreichen könnten als völlige Zertrümmerung Deutschlands in jeder Beziehung (Zustimmung).

Wir haben verzichtet auf das, was wir nicht besitzen, nämlich auf eine Macht, die Krieg führen kann. Das ist der ausgesprochene Verzicht, und die anderen, die die ganz große Macht uns gegenüber haben und die es jetzt in der Hand hatten, mit mehr oder minder Gewaltpolitik die Politik Ludwigs XIV.[24] durchzuführen und sich dauernd an den Rhein zu setzen, sind durch diesen Vertrag gezwungen, auf diese Rheinpolitik zu verzichten. Deshalb bekommt die ganze Erörterung ein ganz falsches Vorzeichen. Wir sprechen immer bei dem[25] Verzicht von Elsaß-Lothringen, wir sprechen nicht von der Sicherung des deutschen Rheinlandes, und schließlich, wenn wir das nicht tun aus außenpolitischen Gründen – vor uns selber müssen wir doch sagen: der ganze Sinn der Verträge ist doch der gewesen, dieses deutsche Land, das wir heute nicht mehr schützen können gegen Gewalt, durch Verträge so zu sichern, daß wir seinerzeit sagen können: der Rhein ist deutsch und bleibt deutsch! (Lebhafter Beifall). Das ist der Sinn dieser ganzen Politik gewesen.

---

[24] Ludwig XIV. (1638–1715), König von Frankreich 1643–1715. – Stresemann bezieht sich hier auf Ludwigs expansionistische Außenpolitik und vermutlich insbesondere auf die Reunionspolitik und den daraus resultierenden Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697), als deren Ergebnis Frankreich sich bisherige Reichsgebiete einverleibte.

[25] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „über den“ (vgl. auch NATIONALLIBERALISMUS I, S. 600, Anm. 12).

Die Wege, die wir dabei gegangen sind, sind sehr schwierig gewesen. Ich habe einmal in München vor der Presse gesprochen[26], die ja doch noch mehr quellfrisch in ihrer Ahnungslosigkeit ist als in anderen Gegenden, und ich dachte, man muß da primitiv reden, denn es war ein Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“[27] und ein Vertreter der „München-Augsburger Abendzeitung“[28] dabei. Ich habe dort gesagt: stellen Sie sich einmal folgendes vor: Sie sagen mir, ich hätte den Franzosen den Verzicht auf Elsaß-Lothringen angeboten. Vier Monate haben die Leute sich überlegt, ehe sie auf dieses Memorandum antworteten[29]. Wenn das das Angebot eines einseitigen Verzichts gewesen wäre, dann hätten die Leute sich doch sagen müssen: unterzeichnen wir das nur recht schnell, damit nicht inzwischen dieser Idiot gestürzt wird, der uns das hier angeboten hat, damit wir diese große Verzichterklärung Deutschlands recht schnell in unsere Scheuern bringen. Statt dessen haben sie vier Monate vergehen lassen, ehe sie antworteten. Zweimal ist dasselbe Angebot abgelehnt worden[30] von der Entente aus dem Gesichtspunkt Poincarés heraus: was nutzt mir der Verzicht Deutschlands auf Krieg, ich weiß ganz genau, daß die nicht Krieg führen können; aber ich denke nicht daran, auf Krieg gegen Deutschland zu verzichten. Es hat der ganzen Entwicklung in Frankreich und der ganzen großen wirtschaftlichen Umstellung bedurft, um überhaupt zu erreichen, daß auf diese deutsche These eingegangen wurde.

Und nun kam natürlich ein zweites Moment hinzu, das diese erste Frage des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich und Belgien zu einer Frage der ganzen europäischen Politik machte. Ich habe einmal als Reichskanzler denselben Gedanken in

---

[26] Stresemann bezieht sich wohl auf den „Presseempfang“ am 6. Mai 1925 in München, wo er sich anläßlich der Einweihung des Deutschen Museums aufhielt (vgl. seine Tagebucheintragung vom 8. Mai 1925: STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 298; ZEIT, Nr. 190 [Morgenausgabe] vom 7. Mai 1925). – Eine schriftliche Überlieferung der dort gehaltenen Rede konnte nicht ermittelt werden.

[27] Nach Ausweis der in der vorangegangenen Anm. genannten Tagebucheintragung Stresemanns handelt es sich um Fritz Gerlich (1883–1934), Chefredakteur der „Münchner Neuesten Nachrichten“ 1920–1928. – Auch in dieser Zeitung findet sich nur eine kurze Notiz, daß Stresemann bei dem Presseempfang „in längeren informatorischen Darlegungen Hauptprobleme der deutschen Außenpolitik“ entwickelt habe (MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN, Nr. 126 vom 8. Mai 1925, S. 5).

[28] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[29] Gemeint ist die französische Note vom 16. Juni 1925, mit der Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 8) geantwortet hatte. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[30] Stresemann bezieht sich hier zum einen auf die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560), zum anderen darauf, daß Außenminister Rosenberg die Idee in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London aufgriff (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

einer Stuttgarter Rede[31] zum Ausdruck gebracht – übrigens ohne jeden Einspruch von deutschnationaler Seite. Denn wer im Jahre 1923 das erreicht hätte, den hätte man wahrscheinlich als außerordentlichen Wundertäter angestaunt (Sehr richtig!). Da stand es noch so dreckig um uns, daß sich die Kritik nicht herauswagte, die jetzt so groß wird, weil es besser geworden ist in Deutschland, aber nicht durch die Tätigkeit dieser Leute. Als ich damals in Stuttgart dasselbe zum Ausdruck brachte, aber unter Poincaré, da sagte mir der französische Botschafter[32]: Sie werden nicht erwarten können, daß meine Regierung darauf eingeht, denn es liegt doch zu klar zutage, daß man auf den Gedanken kommen könnte, Deutschland wünscht Sicherheit im Westen, um freie Hand im Osten zu haben. Und es war klar, daß Frankreich in irgendeiner Weise versuchen würde, die Ostfragen in die Debatte zu werfen. Das ist auch pünktlich geschehen. Man hat erklärt: der Westpakt – den man in etwa akzeptierte – ist nur akzeptabel für uns, wenn gleichzeitig ein Ostpakt geschlossen wird, ein Ostpakt unter der Garantie Frankreichs, das seinerseits bestimmen sollte, wer der Angreifer wäre, um dem Angegriffenen Hilfe zu leisten, mit der tröstlichen Versicherung, daß diese Hilfe auch uns zuteil werden würde, wenn Polen nach Frankreichs Ansicht der Angreifer sein sollte.

Gleichzeitig wurde verlangt, daß die von uns mit dem Westen und dem Osten zu schließenden Schiedsverträge restlosen Charakter hätten, also auch die Grenzen umfaßten. Drittens wurde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt.

Das war die Briand-Note vom 16. Juni[33]. Auf diese Note haben wir nach vier Wochen geantwortet in der Note der deutschen Reichsregierung vom 20. Juli[34]. Diese Note hat ein seltsames Schicksal gehabt, das Noten des Auswärtigen Amtes selten zuteil wird. Sie ist nämlich gelobt worden. Man hat sogar gesagt, sie sei ein Meisterwerk, und man ersähe aus diesem Meisterwerk, daß es nicht im Auswärtigen Amt gemacht worden sei (Heiterkeit). Denn inzwischen waren die Deutschnationalen in das Kabinett eingetreten[35], und damals am 20. Juli – und ich habe sie nie in der Freude gestört – waren sie der Meinung: jetzt hätte man es den anderen aber mal

---

[31] Vgl. (in dieser Edition) die Rede Stresemanns in Stuttgart vom 2. September 1923.

[32] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Vermutlich bezieht sich Stresemann im Folgenden auf seine Unterredung mit Margerie am 3. September 1923 (vgl. die Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 319–322; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 101–105).

[33] Vgl. oben mit Anm. 29.

[34] Text der deutschen Note an Frankreich vom 20. Juli 1925 in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113.

[35] Mit der Bildung der Regierung Luther waren bereits am 15. Januar 1925 die DNVP-Politiker Schiele, von Schlieben und Neuhaus als Minister ins Kabinett eingetreten.

gesagt, und da sie es ihnen mitgesagt hatten, lobten sie die Sache und ließen durchblicken – vielleicht Herr v. Lindeiner[36], vielleicht ein anderer großer Jurist von ihrer Partei –: jetzt sähe die Sache nun mal anders aus, das wäre nun mal eine ganz andere Sache, das käme eben davon, daß jetzt die Deutschnationalen in der Regierung wären. Man sollte einmal die Stimmen aus der damaligen Zeit hervorholen, denn sie sind sehr interessant für die Gegenwart. Denn, meine Damen und Herren, die ganzen Verhandlungen in Locarno[37] sind auf der Grundlage dieser Note geführt worden. Und was war denn der Inhalt dieser Note? Das war allerdings die vollkommene Ablehnung der Briand-Note. Wenn Sie sich ein Bild machen wollen von den Verhandlungen in Locarno, dann nehmen Sie die Briand-Note links und die deutsche Note rechts, und dann nehmen Sie den Vertrag von Locarno in die Hand und fragen Sie sich, welche Grundsätze eigentlich durchgesetzt worden sind: die französischen oder die deutschen? Was waren denn die Hauptpunkte? Es waren drei Dinge. Wir haben erklärt: Dieses restlose Schiedsvertrags-Obligatorium lehnen wir ab, wir machen keine Schiedsverträge, die eine Anerkennung der Grenzen in sich schließen, die eine Bindung enthalten. Briand erklärte: Der deutsche Vorschlag genügt nicht, wir verlangen das restlose Schiedsverfahren. Die Entscheidung ist gefallen nach der deutschen Seite. Sie ist schon vor Locarno in London gefallen auf Grund der Darlegungen des Herrn Ministerialdirektors Gaus[38], der erklärt hat, daß Deutschland unter keinen Umständen dieses restlose Schiedsverfahren mitmachen würde. So war schon in dem Entwurf dieser eine Hauptpunkt Frankreichs aufgegeben. Der zweite Teil der Note vom 20. Juli bestand darin, daß gesagt wurde: Wir lehnen die französische Garantie für die Ostverträge ab. Die französische Garantie für die Ostverträge ist abgelehnt. Ich komme darauf noch.

---

[36] Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau (1883–1947), Mitglied des Reichstags Dezember 1924 – 1932 (für die DNVP 1924–1929, für die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft [als deren Fraktionsvorsitzender] 1929–1930, für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[37] Zu den Verhandlungen der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 sind die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. – Stresemanns Tagebucheintragungen zur Konferenz: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 679–705.

[38] Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943). – Zum „System Gaus“, dem deutschen System der Schiedsverträge, vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41. – Die nachfolgend erwähnte Erklärung gab Gaus auf der Londoner Juristenkonferenz vom 31. August bis 4. September 1925 ab, zu der die Außenministerien ihre Juristen geschickt hatten; vgl. den Bericht Gaus' vom 18. September 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 120–138; der betreffende Passus bezüglich der Schiedsverträge: S. 125; ausführlicher dazu seine Aufzeichnung über die Besprechung vom 2. September 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 129–132.

Der dritte Hauptpunkt war der, daß wir bezüglich des Eintritts in den Völkerbund erklärten, daß wir die Bindungen, die nach unserer Auffassung aus dem Artikel 16[39] sich ergäben, nicht auf uns nehmen würden. In Locarno, und zwar in dem Protokoll[40] über die Verhandlungen in Locarno ist Kenntnis davon genommen und niedergeschrieben worden, daß ich namens der deutschen Delegation erklärt habe, daß wir auf Grund der uns gegebenen Kollektivnote der Alliierten[41] uns die Bestimmung darüber vorbehielten, ob wir in irgendeinem wie immer gearteten Fall irgendetwas für den Völkerbund täten und daß ich schon heute erklärte, daß wir im Falle des Konflikts zwischen Rußland und anderen europäischen Mächten uns weder beteiligen würden an einer militärischen Exekutive, noch den Durchmarsch gestatten würden, noch irgendwie an wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Rußland teilnehmen würden. Der belgische Delegierte[42] hat zu Protokoll gegeben, daß er diese Erklärung der deutschen Delegation mit tiefem Bedauern entgegennähme, da sich daraus ergäbe, daß Deutschland das ihm zustehende Recht der Nichtbeteiligung in Anspruch nehmen würde. Niemand hat bei dieser Auffassung irgendeinen Zweifel gehabt. Damit ist auch in diesem entscheidenden Punkt, indem[43] die anderen uns entgegenhielten: ihr wollt die Rechte als Großmacht und wollt nicht die Pflichten des Artikels 16, der deutsche Standpunkt durchgedrungen.

Wir hatten einen Satz in unserer Note – und ich gebe zu, daß der von deutschna-

---

[39] Gemeint ist Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, verpflichtete und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

[40] Zum Begriff des „Protokolls“ vgl. oben Anm. 37. Offenbar bezieht sich Stresemann im Folgenden auf die 4. Konferenzsitzung in Locarno vom 8. Oktober 1925; die Worte Stresemanns finden sich der Sache nach in der deutschen Niederschrift über die Sitzung wieder (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[41] Vom Begriff her kann nur die Kollektivnote über die Interpretation des Art. 16 gemeint sein, auf die man sich am 10. Oktober 1925 einigte (vgl. ebd., S. 182–183) und die dem Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 angefügt wurde (ebd., S. 214–215). Auf diese Kollektivnote kann sich Stresemann in der 4. Sitzung vom 8. Oktober 1925 aber nicht bezogen haben. Von der Chronologie her ergäbe mehr Sinn, wenn Stresemann sich auf einen Beschluß des Völkerbundsrates zur Interpretation des Art. 16 vom 14. März 1925 bezöge, der der Reichsregierung durch eine Note mitgeteilt wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 450–451).

[42] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Äußerung gegenüber den deutschen Vorbehalten vgl. die in Anm. 40 genannte Sitzungsniederschrift vom 8. Oktober 1925.

[43] So in der Vorlage; offenbar ist „in dem“ gemeint.

tionaler Seite hineingekommen ist[44] – wonach eine friedliche Änderung der bestehenden Verträge nicht ausgeschlossen sein soll. Und so schön das klingt, so muß ich doch sagen, daß ich mich geschämt habe, einen solchen Satz in eine Note des Auswärtigen Amtes zu schreiben. Der Satz gehört in die Kinderfibel. Es ist selbstverständlich, daß eine friedliche Verständigung zwischen Grenznachbarn jederzeit möglich ist. Und es ist doch auch – seien wir doch offen – gerade in Bezug auf Elsaß-Lothringen nichts als dem Volk Sand in die Augen streuen, wenn man so tut, als ob wir auf friedlichem Wege jemals Elsaß-Lothringen zurückbekommen könnten. Auf der einen Seite spricht man von den Franzosen in der Art, daß sie die stärkste aggressive Politik gegen uns treiben, auf der anderen Seite lullt man sich selbst mit einer derartigen Gestehung ein. Sie hat eine andere Bedeutung für andere Dinge. Je weniger man in offiziellen deutschen Staatsnoten davon spricht, umso besser ist es für die tatsächliche Entwicklung. Und was ich am meisten in der Entwicklung, in der wir stehen, bedauere, ist das eine, daß man infolge der innerpolitischen Opposition viel weiter herausgehen muß mit dem, was man erstrebt, als für das Gesamtinteresse des Volkes im Vaterlande gut ist (Lebhafte Zustimmung). Wir sind in die Verteidigung gedrängt, an uns werden Fragen gestellt, auf die der englische Außenminister antworten würde: darauf antworte ich nicht, während wir die letzten Karten enthüllen sollen über das, was die nächsten Jahre an deutscher Außenpolitik bringen. Ich habe immer gefunden, daß die besten Dinge dadurch zum Scheitern kommen, daß man sie plakatiert, damit die ganze Öffentlichkeit sich darauf einrichten kann. Ich sage, dieser Grundsatz in der Note hat seine große prinzipielle Bedeutung auf anderem Gebiet, und ich möchte gerade auch unsere ostpreußischen Freunde darum gebeten haben, diese Seite zu betonen, weil ich aus einem Telegramm der braven Masuren, die in Lyck getagt haben[45], ersehe, daß man dort festgestellt hat, daß jetzt der polnische Korridor[46] durch den Vertrag von Locarno festgelegt sei. Ich kann demgegenüber nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Aber ich möchte gerade deswegen auf diese drei Punkte, die ich eben erwähnte, im einzelnen näher eingehen.

Das eine ist der Punkt unserer Stellung zu Rußland. Da möchte ich zunächst auf

[44] Vgl. die Ministerbesprechung vom 15. Juli 1925 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 430–437 mit den dortigen Anm. Tatsächlich läßt sich daraus aber nicht erschließen, daß der betr. Satz von deutschnationaler Seite eingebracht worden wäre.

[45] Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden.

[46] Mit dem „polnischen Korridor“ ist der Landstreifen gemeint, der durch den Versailler Vertrag an Polen fiel und Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich abtrennte.

eines hinweisen. Wir brauchen den Russen nicht zu sehr nachzulaufen. Selbst Herr Professor Otto Hoetzsch[47], der große Russophile, hat kürzlich in einem Interview gesagt: die hysterische Art Rußlands, fortwährend zu betonen, daß Deutschland auf Grund des Artikels 16 gegen Rußland vorgehen könne, müsse nun auch einmal ein Ende nehmen. Und wenn das Otto Hoetzsch sagt, der vollkommen ostorientiert ist und für Rußland schwärmt als ein neues starkes Preußen Friedrich Wilhelms I.[48], so sollte man auch in Moskau sich das einmal vor Augen führen. Ich verstehe aber vollkommen die große Unsicherheit in der deutschen Öffentlichkeit über diesen Artikel 16. Denn sie ist zum Teil von der Regierung mit veranlaßt. Nun müssen wir auf uns nehmen: Unsere eigenen Anschauungen über den Artikel 16 haben sich geändert. Wir haben früher den Standpunkt vertreten, daß wir an sich nach dem Wortlaut des Artikels 16 verpflichtet wären, mitzumachen nach irgendeiner Seite, und wir haben darum gekämpft, von dieser Verpflichtung frei zu kommen. Durch die ganzen Erklärungen der Regierung und der Parteien ist und mußte der Eindruck entstehen, daß hier eine obligatorische Verpflichtung Deutschlands vorläge. Die Peripetie, die Umwandlung ist eigentlich schon seit einiger Zeit gekommen. Unsere Auffassung stützte sich auf das Gutachten unseres Völkerbundreferenten[49]. Als Herr Geheimrat Gaus, der damals nicht in Berlin war, von seinem Urlaub zurückkam, erklärte er sofort[50]: er schlösse sich diesem Votum nicht an, er sei als Leiter der Rechtsabteilung der Auffassung, daß ein Verzicht Deutschlands überhaupt nicht in Betracht käme, daß es sich nur um eine moralische, niemals um eine rechtliche Verpflichtung handele. Als in London die Juristenkonferenz tagte[51], ist der französische Rechtsberater Fromageot[52] an Gaus herangetreten und hat ihm gesagt, er bäte um eine Erklärung, was

---

[47] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Offenbar bezieht sich Stresemann im Folgenden auf ein am 19. November 1925 veröffentlichtes Interview Hoetzschs für die Pariser Tageszeitung „Excelsior“ (eine Zusammenfassung des Interviews in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 516 [Abendausgabe] vom 19. November 1925; diese Zusammenfassung enthält allerdings nicht die Wendung „hysterische Art Rußlands“; vgl. dazu jedoch den Artikel Hoetzschs „Die Außenpolitik der zweiten Oktoberhälfte“, in: ARBEITGEBER 15 [1925], S. 519–520, in dem argumentiert wird, Rußland sei „hysterisch“).

[48] Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), König in Preußen 1713–1740.

[49] Bernhard Wilhelm von Bülow (1885–1936), Leiter des Sonderreferats Völkerbund im Auswärtigen Amt 1923–1928; Staatssekretär 1930–1936. – Mit dem Gutachten meint Stresemann vermutlich die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425–428).

[50] Sofern Gaus diese Erklärung schriftlich abgab, konnte sie nicht ermittelt werden.

[51] Vgl. oben mit Anm. 38.

[52] Henri Fromageot (1864–1949), Rechtsberater des französischen Außenministeriums. – Die nachfolgenden Worte Fromageots sind in den oben in Anm. 38 genannten Aufzeichnungen Gaus’ über die Juristenkonferenz nicht zu ermitteln.

eigentlich diese Politik Deutschlands wegen des Artikels 16 bedeute; er, Fromageot, müsse doch ihm, Gaus, sagen, daß er seine Stellung als anerkannter internationaler Völkerrechtsmann direkt aufs Spiel setze, wenn der Eindruck entstände, als wenn man in Deutschland ernstlich glaube, daß man auf Grund des Artikels 16 gezwungen sei, bei irgendeiner Aktion mitzumachen. Davon sei doch absolut keine Rede, und dieser fortgesetzte Protest Deutschlands werde als eine politische Finte angesehen, sich von der ganzen Sache zu drücken.

Wir sind in Locarno gewesen und haben dort die Erklärungen der anderen Delegierten entgegengenommen. Unsere Unkenntnis war ja begreiflich. Denn wir waren nicht Mitglied des Völkerbundes und kannten auch dessen Auslegungen nicht. Dort ist uns nun von allen Seiten erklärt worden unter Bezugnahme auf Beschlüsse der Völkerbundskommission, sogar unter Bezugnahme auf eine Erklärung im Völkerbundsplenum[53], daß es jedem Staat frei stände, wieweit er sich beteiligen wolle, und daß dieses „wie weit“ sich selbstverständlich auch auf die Zahl Null bezöge. Und es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß man dankbar sein würde, wenn überhaupt nur eine Minderheit der Staaten des Völkerbundes bei einer Völkerbundsexekutive sich beteiligen würde. Dies uns im Namen des Völkerbundes zu erklären, nähmen sie gar keinen Anstand. Deshalb ist der Kampf in Locarno gar nicht mehr geführt worden um die rechtliche Verpflichtung Deutschlands, irgendetwas zu tun, sondern der Kampf hatte nur noch den Charakter, daß wir den Leuten sagten: wir wollen nicht unter falschen Vorspiegelungen in den Völkerbund eintreten, wir können uns ja auf den Standpunkt stellen: Nachdem wir wissen, daß wir nicht verpflichtet sind mitzumachen, kommen wir in den Völkerbund rein, und wenn es soweit ist, dann stimmen wir entweder das nieder – da ja ein Beschluß gegen eine andere Macht nur einstimmig gefaßt werden kann – oder aber wir beteiligen uns nicht. Dann würdet ihr uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir unter falschen Vorspiegelungen eingetreten seien. Deshalb wollen wir, ehe wir eintreten, euch erklären: Auch wenn wir etwa in einem bestimmten Fall einen Staat als den Angreifer bezeichnen, werden wir uns vorbehalten, was wir tun und ob wir etwas tun, und für den Fall Rußland erklären wir euch von vornherein, daß wir nach keiner Richtung mitmachen und zwar seid ihr selbst daran schuld, denn ihr habt uns nicht die Mittel gelassen, um unser Land verteidigen zu können gegen irgendeinen Angriff. Wenn ihr wolltet, daß wir mitkämpfen,

[53] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die betr. Interpretation des Völkerbundsrates vom 14. März 1925, die oben in Anm. 41 nachgewiesen ist.

gegen irgend ein anderes Land, müßtet ihr uns aufrüsten, nicht abrüsten. In der jetzigen Situation lehnen wir jede Beteiligung ab.

Darüber haben wir tagelang gekämpft. Es ist uns entgegengehalten worden, wir erstrebten eine gewollte Ungleichheit, wir wollten die Rechte als Großmacht im Völkerbundsrat auf ewige Zeit, wir wollten uns aber gleichzeitig drücken von Verpflichtungen, die kleinere Mächte übernehmen. Es hat zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung geführt über die ganze Frage der Abrüstung, über die ganze Frage des Versailler Vertrags. Wie Sie überhaupt sich nicht vorzustellen brauchen, daß die glückliche Sonne Locarnos hier nur Menschen beschienen hätte, die sich so gaben, wie es in den Berichten der Zeitungen zum Ausdruck kam. Da wir nämlich beschlossen hatten, Vertraulichkeit über unsere Verhandlungen zu bewahren[54], konnte man über die Verhandlungen nicht berichten. Da aber der Verlag und die Redaktion 1000 Zeilen verlangten, mußte man 1000 Zeilen über Äußerlichkeiten schreiben. Infolgedessen ist hier vielfach die Auffassung entstanden: Das muß ein lustiger Jubel und Trubel da sein, das muß eine Art Flitterwochenzeit sein, die die Leute da verleben, obwohl sie tatsächlich noch nicht verheiratet sind (Große Heiterkeit), denn der Vertrag war ja noch nicht abgeschlossen.

Alle diese Dinge haben sich ziemlich anders abgespielt. Die blonde Katze, die Herr Luther[55] gestreichelt hat, hat bloß in der Phantasie existiert. Nur ein Satz hat mir bei dieser Erzählung gefallen: „es war der Franzose, der die Zeche bezahlte“. Das hat mir politisch gefallen, es war auch sonst richtig. Die geschilderte reizende Fahrt auf der „Orangenblüte“[56] in den Nachmittagsstunden auf dem Lago Maggiore war mit

---

[54] Ein entsprechender Beschluß konnte aus den deutschen Sitzungsniederschriften nicht entnommen werden. Aus den französischen und den britischen Niederschriften läßt sich in der Wiedergabe der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 jedoch ein entsprechender, wenn auch indirekt formulierter Vorschlag Briands entnehmen, dem die Konferenzteilnehmer zustimmten (SITZUNGSNIEDERSCHRIFTEN DER KONFERENZ VON LOCARNO S. 9–15). Daß die Teilnehmer diese Vertraulichkeit als beschlossen betrachteten, kann zudem erschlossen werden, weil Chamberlain in der 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925 anläßlich einer Indiskretion die Gelegenheit ergriff, „to remind conference of our pledge of strict secrecy“ (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 825).

[55] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Ein Korrespondent von „Le Matin“ hatte unmittelbar nach dem Gespräch Luthers mit Briand in Ascona vom 7. Oktober 1925 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 683–687) ein Interview mit der Wirtin des Restaurants geführt, in dem Luther und Briand sich getroffen hatten; sie hatte ihm berichtet, Luther sei sehr nett gewesen und habe ihre Katze gefüttert; auf die Frage, wer bezahlt habe, antwortete sie: „Je crois bien que c’est le Français qui a sorti l’argent“ (LE MATIN, Nr. 15177 vom 8. Oktober 1925, S. 3); deutsche Zeitungen hatten von diesem Interview berichtet (vgl. z.B. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 477 [Abendausgabe] vom 8. Oktober 1925).

[56] Zur Dampferfahrt mit der „Orangenblüte“ auf dem Lago Maggiore am 10. Oktober 1925 vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 10. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A

das Unangenehmste, was man sich denken kann; denn bei starker Hitze draußen in der Kajüte 4 1/2 Stunden über Artikel 16 und Ostfragen diskutieren, ist nicht etwas, was man sich öfters wünscht.

Dort ist die Kollektivnote der Alliierten[57] zustande gekommen. Wir haben sie genannt: papier du bateau. Dort ist auch der große Kampf ausgefochten worden, neben der allgemeinen Konferenz, über den Artikel 16, und ich fasse das Ergebnis dahin zusammen: daß der Artikel 16 für uns keine rechtliche Verpflichtung irgendwelcher Art bedeutet, weder zur Gestattung des Durchmarsches, noch zur militärischen Hilfe, noch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, daß wir aber moralisch dadurch entlastet sind, daß wir vor Eintritt erklärt haben: Wir werden im gegebenen Fall nichts von diesen Dingen tun. Das bezieht sich namentlich auf die russische Frage. Es kann Fälle geben, wo wir uns vorbehalten, ob wir mitmachen. Das will ich auch im einzelnen nicht sagen. Deshalb halte ich es für falsch, die ganze Frage allgemein negativ hinzustellen. Denn wir entwerten uns einmal selbst, indem wir uns als Volk ohnmächtig hinstellen. Man soll sich auch nicht Entwicklungsmöglichkeiten verbauen, die eine anders geartete Situation [wünschenswert][58] erscheinen lassen können.

Deshalb sage ich zusammenfassend: Wir haben uns das Bestimmungsrecht darüber selbst vorbehalten, ob und inwieweit wir im Falle des Artikels 16 etwas übernehmen werden. Das ist uns auch restlos zuerkannt worden.

Die Stellung Rußlands zu uns erregt in vielen Kreisen Bedenken, und da auch die innerpolitische Entwicklung dazu führt, als Mißerfolg hinzustellen, daß die Beziehungen zu Rußland sich verschlechtert hätten, hat es Rußland leicht, eine verärgerte Miene uns gegenüber aufzusetzen. Im übrigen habe ich die Überzeugung, daß Rußland einen großen Wert darauf legt, sich den anderen europäischen Mächten weiter zu nähern, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich will die Frage nicht vertiefen. Es geht das für mich aus einer Erklärung hervor, die Krassin[59] abgegeben hat: Wenn wir nicht Anschluß an den internationalen Kapitalmarkt finden, verzögert sich der Wie-

14, S. 695; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 196) sowie die Aufzeichnung Chamberlains vom 12. Oktober 1925 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 866–868).

[57] Gemeint ist die Kollektivnote über die Interpretation des Art. 16, auf die man sich am 10. Oktober 1925 einigte (vgl. oben mit Anm. 41).

[58] In der Vorlage fehlt dieses Wort; in TURNER S. 423 ist es enthalten.

[59] Leonid Borisovič Krassin (1870–1926), sowjetischer Botschafter in Paris 1924–1925; in London 1925–1926. – Die angesprochene Erklärung Krassins konnte nicht ermittelt werden. Da das Folgende nahelegt, daß sie in Anwesenheit Stresemanns abgegeben wurde, bezieht sich Stresemann möglicherweise auf ein Zusammentreffen mit Krassin in Berlin am 24. September 1924, für das er allerdings in seinen Tagesnotizen lediglich schreibt: „Krassin hält lange Rede“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 580).

deraufbau Rußlands um 10 Jahre. Und er hat hinzugefügt: Wir werden das eher tragen, als daß wir die Bedingungen der europäischen Großmagnaten annehmen. Das mußte man wohl hinzusetzen, wenn man mit dem deutschen Außenminister sprach. Rußland kann ohne Anschluß an die kapitalstarken Mächte nicht existieren: Das sind Frankreich und England, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Alle diese ganzen Dinge, die sich jetzt vollziehen, sehe ich nicht in einem Aufmarsch Rußlands gegen uns, sondern in einem Bündnis Rußlands mit Polen.

Ich komme aber dann zu den Ostfragen. Hier werden Sie verstehen, daß ich auch hier nur einige allgemeine Feststellungen machen kann. Es ist für die öffentliche Meinung ein etwas unglücklicher Satz hineingekommen in die beiden Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, und wer die Verhandlungen nicht miterlebt hat, kann bei diesem Satz vielleicht stutzen, denn er lautet, wenn ich ihn recht im Sinn habe: daß die Rechte eines der vertragschließenden Staaten nur mit seiner Zustimmung geändert werden können[60]. Das hat man so aufgefaßt, als läge darin eine Anerkennung der Grenzen, als läge darin eine Aufhebung der Bestimmung des Artikel 19 der Völkerbundsatzung[61], die ja ausdrücklich eine Revision unhaltbarer Verträge, also auch der Grenzen, vorsieht.

Darf ich zunächst eingehen auf die Entwicklung der Verhandlungen mit diesen beiden Staaten. Herr Benesch[62] hatte einen eigenen Entwurf mitgebracht, der enthielt ganz fröhlich einen Ostpakt und übernahm die Bestimmungen des Westpaktes als Präambel zu dem Ostpakt. Als ihm gesagt wurde, er habe sich wohl geirrt, er wisse doch, daß wir einen Ostpakt nicht schließen wollten, da erklärte er, er hätte ein falsches Exemplar aus der Tasche gezogen, und er holte ein anderes hervor, das etwas anders lautete, aber immer noch ein halber Ostpakt war. Darauf ist verhandelt worden, und selbst der so ruhige und kühle Ministerialdirektor Gaus ist bei diesen

---

[60] Text der von Deutschland am 16. Oktober 1925 mit Polen und der Tschechoslowakei paraphierten Schiedsverträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 208–214. – In der Präambel der Schiedsverträge heißt es u.a., man sei sich „einig darin, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können“ (ebd., S. 209).

[61] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19. – Art. 19 regelt, daß die „Bundesversammlung von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge [...] auffordern [kann], deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte“ (ebd., S. 16).

[62] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Die im Folgenden erwähnten Pläne von Beneš entwickelte er Stresemann vermutlich in einem Gespräch in Locarno vom 13. Oktober 1925 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 751, Anm. 3); die Konferenz diskutierte die betreffenden Schiedsverträge in der 8. Sitzung vom 15. Oktober 1925 und im ersten Teil der 9. Sitzung der Konferenz vom 16. Oktober 1925 (vgl. die deutschen Sitzungsniederschriften: LOCARNO-KONFERENZ S. 190–195). – Zu den nachfolgend erwähnten Verhandlungen Gaus' konnte nichts ermittelt werden.

Verhandlungen in eine solche Opposition zu den Polen geraten, daß er zurückkam und sagte, er sei nicht mehr in der Lage, mit den polnischen Herren und dem Außenminister[63] weiter zu verhandeln, und zwar weil er auf das fortgesetzte Drängen der Herren, sie müßten eine Garantie der Grenze haben und eine Erklärung darüber haben, daß Deutschland niemals gegen Polen Krieg führen würde – was der Völkerbund nicht ausschließt, der Völkerbund schließt den Krieg zwischen zwei Nationen nicht aus, Artikel 15,7[64] –, weil er schließlich erklärte: ich [Gaus][65] lehne namens der deutschen Delegation über diese beiden Fragen jede weitere Diskussion ab und werde nicht mehr antworten, wenn von diesen Fragen noch weiter die Rede ist. Das hat zu der ganz starken Spannung der letzten Tage geführt, das hat zu der Intervention der Alliierten geführt zugunsten dieser Auffassung, ob wir ihnen nicht irgendeine Konzession machen könnten. Und als wir diese Konzession abgelehnt haben und als daraufhin die Verträge so zustande gekommen sind, wie sie heute vorliegen, hat die polnische Delegation ihre Enttäuschung darüber bei der Paraphierung des Vertrags in einer gesellschaftlich sehr auffallenden Weise zum Ausdruck gebracht[66]. Es ist uns fortgesetzt von den Herren gesagt worden: Wir können so nach Warschau nicht zurück, es ist ganz ausgeschlossen, daß wir zurückkommen ohne das französische Bündnis und ohne Anerkennung der Grenzen und ohne irgendeine Anerkennung, daß ihr gegen uns nicht Krieg führen wollt.

Ich darf dafür aber auch anführen die Rede, die der belgische Außenminister Vandervelde vor einigen Tagen im belgischen Parlament gehalten hat[67]. Herr Vandervelde hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es infolge des Widerspruchs der Deutschen nicht dazu gekommen sei, auch eine Sicherheit der Verhältnisse im Osten zu schaffen, und er hat weiter gesagt: Ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß der Westpakt etwas ganz anderes ist als die Schiedsverträge mit dem Osten, wenn ich es auch als übertrieben ansehen muß, daß man im polnischen

---

[63] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926.

[64] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf Art. 15, Satz 7, der Völkerbundssatzung, der im Umkehrschluß aus der Verpflichtung, nicht gegen einen Staat Krieg zu führen, der sich einer Ratsentscheidung unterwirft (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14), die Interpretation zuläßt, daß es keinen grundsätzlichen Kriegsverzicht gibt.

[65] So in der Vorlage.

[66] Die Rede Stresemanns vom 14. Dezember 1925 (vgl. diese Edition) legt nahe, daß er hier darauf anspielt, der polnische Außenminister habe nach der Paraphierung den Saal als erster verlassen. Eine entsprechende Berichterstattung konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[67] Zur Rede Vanderveldes in der belgischen Kammer vom 17. November 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 546 (Morgenausgabe) vom 18. November 1925.

Reichstag erklärt hat: die polnischen Grenzen seien seit Locarno Grenzen zweiter Klasse[68].

Im polnischen Reichstag ist von zwei Parteigruppen der Antrag gestellt worden, Locarno nicht zu unterzeichnen, sondern in erneute Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung einzutreten, um die Anerkennung der polnischen Grenzen und die Anerkennung der Nichtkriegführung zu erreichen. Ich glaube, man kann daraus besser ersehen, was die Polen selbst in Locarno erlebt haben, als aus der Hilfsstellung, die ihnen jetzt von deutscher Seite gegeben wird, einer Hilfsstellung, die – nehmen Sie es mir nicht übel – doch etwas von Verrat an sich trägt, wenn hier plötzlich eine ganz allgemeine völkerrechtliche Formel von deutscher Seite so ausgelegt wird, als erkennten wir die polnische Grenze an. Das wird soweit gehen, daß demnächst Graf Skrzynski sagen wird: Nachdem Graf Westarp[69] erklärt hat, daß Deutschland die polnische Grenze anerkannt hat, nachdem die Herren in Lyck[70] sagen, jetzt sei der polnische Korridor anerkannt, beziehen wir uns auf diese Stimmen und geben dem Vertrag eine andere Auslegung. Wenn man Zweifel hat, so mag man sie der Regierung gegenüber aussprechen, im Auswärtigen Ausschuß oder innerhalb der Parteifreunde. Aber dieses auf den Markt tragen heißt doch die Regierung in einer Weise entwerten, daß man nicht weiß, wie die Dinge wieder gut gemacht werden sollen.

Nun zu der Bemerkung in der Präambel selbst[71], gegen die ich selbst Bedenken hatte, als Herr Gaus die Präambel verlas, vielleicht gerade deshalb, weil ich nicht Jurist bin und infolgedessen den Satz auch so auffaßte, wie er auf Nichtjuristen zuerst wirkt. Dieser Erklärung hat Herr Gaus die gewiß zutreffende Auslegung gegeben: Der Satz sagt gar nichts, genau wie die ganze Präambel nichts sagt. Denn da wir die Anerkennung der Grenzen und die Nichtdurchführung[72] abgelehnt hatten, blieb für die Präambel eigentlich nichts übrig, da aber jedes Ding eine Präambel ha-

---

[68] Zur Debatte im polnischen Sejm über die Locarno-Verträge am 21. Oktober 1925 vgl. ebd., Nr. 501 (Abendausgabe) vom 22. Oktober 1925; möglicherweise bezieht sich Stresemann hier und im Folgenden allerdings auch auf Debatten im Auswärtigen Ausschuß des Sejms (vgl. zusammenfassend TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 487 [Morgenausgabe] vom 1. November 1925).

[69] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Die nachfolgend angesprochene Erklärung Westarps konnte nichts ermittelt werden.

[70] Vgl. oben mit Anm. 45.

[71] Gemeint ist die Präambel der mit Polen und der Tschechoslowakei geschlossenen Schiedsverträge (vgl. oben mit Anm. 60).

[72] So in der Vorlage.

ben muß, wie der deutsche Aufsatz eine Einleitung, einen Hauptteil und einen Schluß, so mußten in diese zu schaffende Präambel einige Sätze hineingesetzt werden, und so – ich weiß nicht, wie der zweite Satz lautet – haben wir festgestellt, daß die Rechte eines Staates nicht ohne seine Zustimmung geändert werden können, was hier bedeutet – wie ich hinzufüge –: Wenn irgendeine Änderung der Grenze eines Staates oder seiner ganzen Befugnisse stattfindet, auch wenn sie ganz einschneidend ist, auch wenn sie dem Staat nur aufgezwungen wird gegen den Willen seines ganzen Volkes, so ist das noch immer in der Weltgeschichte durch seine Zustimmung formell geschehen. Denn alle die auch durch Krieg geschaffenen neuen Rechte mußten stets völkerrechtlich von den Unterlegenen anerkannt werden. Es gibt Möglichkeiten friedlicher Änderungen, es gibt Möglichkeiten freiwilliger Zustimmung, und es gibt Möglichkeiten kriegerischer Änderungen mit gezwungener Zustimmung, aber immer geschieht es mit Zustimmung. Das bedeutet dieser Satz. Ich hätte trotzdem gewünscht, daß der Satz fortgefallen wäre. Er wird von keiner Seite völkerrechtlich so ausgelegt, wie unsere Freunde zur Rechten ihn auslegen. Aber nachdem die ganzen Dinge auf das innerpolitische Gleis gekommen sind, hat dieser Satz zu ganz unerfreulichen Auslegungen bei uns selbst geführt.

Ich komme noch zu zwei Fragen der Verträge. Das eine ist die Frage: Verzichten wir auf deutsches Land und deutsches Volkstum. Hier hat man sich auch darauf bezogen, daß in einer Kundgebung des Foreign Office[73] gesagt worden sei, der Vertrag von Locarno bedeute die Stabilisierung und Festlegung der Grenze im Westen. Man hat das angesehen als eine Auslegung, die also jede Änderung der Grenze ausschlösse. Meine Damen und Herren, der Artikel 1[74], der immer angeführt wird, spricht von der Befestigung des territorialen status quo. Aber er sagt auch sofort: in der in den nachfolgenden Artikeln angegebenen Weise. Und in dem nachfolgenden Artikel ist gesagt, daß der status quo eben anerkannt wird durch Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion, d.h. es ist der typische non-aggression-pact: ihr anerkennt die Grenze, indem ihr euch verpflichtet, sie nicht mit Gewalt zu überschreiten.

Die politische Bedeutung habe ich versucht darzulegen. Hier im vertraulichen Kreise kann ich sagen: Die Resignation Frankreichs, diese Grenze nicht zu überschreiten, ist doch, wenigstens pro tempore eine etwas größere Leistung als unsere

[73] Offenbar bezieht sich Stresemann auf einen „offiziös vom Foreign Office“ mitgeteilten Kommentar, der u.a. veröffentlicht ist in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 498 (Morgenausgabe) vom 21. Oktober 1925.

[74] Gemeint ist Art. 1 des Vertrags zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien vom 16. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 199).

Resignation. Ich finde, wir bringen uns immer die Schmerzen selbst bei. Wenn wir angesichts dieser Situation, die ein Engländer so auffassen würde, daß er sagte: augenblicklich ist das für mich ganz nützlich, was im Laufe der Weltgeschichte daraus wird, werde ich abwarten und danach handeln; wenn wir es so auffassen und erklären, wir hätten jetzt auf ewige Zeit moralisch auf Elsaß-Lothringen verzichtet, was den Franzosen lieblich in den Ohren klingt –, denn die hören diese deutschnationalen Reden sehr gern, weil sie damit selbst diesen moralischen Verzicht begründen können, den wir in Wirklichkeit dadurch gar nicht ausgesprochen haben. Schließlich steht jeder Vertrag unter der ungeschriebenen Klausel: rebus sic stantibus, wenigstens ist das stets der Sinn der Weltgeschichte gewesen.

Und zweitens, meine Damen und Herren, wird gesagt, im Artikel 6[75] hätten wir erneut den Versailler Vertrag anerkannt. Ja, wir sind noch mehr der Sünde bloß. Wir haben schon in der Note vom 20. Juli[76], die als deutschnationales Meisterwerk betrachtet wurde, gesagt, wir hätten nicht die Absicht, den Versailler Vertrag zu ändern. Natürlich kommt es darauf an, den anderen nicht die Möglichkeit zu geben zu sagen: dem Gewaltakt von Versailles ist die freiwillige Anerkennung in Locarno gefolgt. Dem entgegenzuhalten gibt es Mittel und Wege, die sich finden werden beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wo die Frage akut wird, die sich finden werden in Erklärungen der deutschen Reichsregierung. Im übrigen darf ich sagen: Bleiben wird immer der Ausdruck: Vertrag von Versailles. Wer irgendwie glaubt, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen, indem er gegen den Vertrag als solchen anrennt, faßt das ganze Ziel falsch. Es wird darauf ankommen, den anderen weis zu machen, daß dies und das mit dem Geist des Vertrages von Versailles durchaus vereinbar wäre, und so in Wirklichkeit diesen Geist ins Herz zu treffen und den ganzen Vertrag auszuhöhlen. Nur so lassen sich außenpolitische Vorteile erzielen. (Zustimmung.)

So sehe ich in dem Vertragswerk selbst sehr große Vorteile für unsere Situation, sehe, da ich keinem Vertrag einen Ewigkeitswert beimesse, darin mindestens für absehbare Zeit die Sicherung des Rheinlandes, das Ende der Entente, und das spreche ich nicht aus, sondern das haben die Herren dort ausgesprochen, als Herr Briand in Locarno sagte[77]: das Wort „Alliierte“ wird nach der Zeichnung des Vertrages

[75] In Art. 6 des in der vorangegangenen Anm. genannten Vertrags werden ausdrücklich die Rechte und Pflichten aus dem Versailler Vertrag von 1919 und dem Londoner Abkommen vom 30. August 1924 als unberührt erklärt (ebd., S. 201).

[76] Vgl. oben mit Anm. 34.

[77] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf entsprechende Äußerungen Briands (und Chamberlains) in der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 (vgl. ebd., S. 148–149). Fast im Wortlaut fin-

nicht mehr ausgesprochen werden, es gibt keine Allianzen mehr, wir haben nur die Verständigung mit allen Ländern, Deutschland inbegriffen. Es ist ja ein kleines Zeichen der Courtoisie, daß in der letzten Note der früheren Alliierten[78] dieser Name durch Aufführung der einzelnen fünf Mächte geändert worden ist.

Es kommt darauf an, wie dieser Geist von Locarno sich auswirkt. Da gestatten Sie mir einmal, hier auch ein Wort zu sagen, von dem ich gern wünschte, daß es in der Öffentlichkeit mehr beachtet würde. Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das, was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und liebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobst zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: Es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen. Das ist eine Unmöglichkeit, wenn man von den Kerlen gleichzeitig verlangt, daß sie ihr ganzes System ändern. Wenn aber die anderen eine Geste machen, soll man in Deutschland das auch anerkennen und nicht mit Schnoddrigkeit darüber witzeln und spötteln. Der Engländer, der mit einer ganz modernen Demokratie, die gleichzeitig wieder eine Aristokratie ist, die Pflege alter Tradition verbindet, was mir immer als Vorbild für ein Volk vorgekommen ist, pflegt gerade durch eine Geste mehr auszudrücken als durch 30 Noten. Sehen Sie einmal diesen erfreulichen Vorgang in der Guild Hall am Lord-Mayors-Tag, wo der deutsche Botschafter[79] – nota bene: zum ersten Male seit dem Kriege – eingeladen wird, wo ihm der Sitz gegeben wird neben dem englischen Außenminister, und zwar bei einer Zeremonie, alt und würdig wie alles in England, – das ist ungefähr so, als wenn ich mit einem Corpsbruder oder Bundesbruder, mit dem ich lange in Feindschaft gewesen bin, zusammenkomme, um den Landesvater zu stechen[80]. Das heißt, es ist ein ganz deutliches Zeichen an die anderen: Wir wol-

---

det sich dies als Äußerung Briands auch in den Aufzeichnungen Stresemanns vom 13. Oktober 1925, die sich in dieser Passage wohl auch auf die Sitzung vom 5. Oktober 1925 beziehen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 699).

[78] Stresemann bezieht sich wohl auf die Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 betr. die Räumung der nördlichen Rheinland-Besatzungszone und die Erleichterung des Besatzungsregimes (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 [Morgenausgabe] vom 17. November 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412, spricht in der Wiedergabe der Note noch von „all. Regg.en", obwohl diese Formulierung in der Note nicht mehr auftaucht).

[79] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930. – Zur Feier in der Guildhall, zur dortigen Zeremonie und zur Rede Chamberlains am 9. November 1925 vgl. die ausführlichen Berichte bzw. den Kommentar in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 532 (Morgenausgabe), und Nr. 533 (Abendausgabe) vom 10. November 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 502 (Abendausgabe) vom 10. November 1925.

[80] „Den Landesvater stechen" ist ein Brauch deutscher Burschenschaften, bei dem – je nach Anlaß – gegenseitige Freundschaft bekundet oder Streit begraben wird.

len wieder Freunde sein. Und wenn sich nun dort der Außenminister dieses Weltreichs gegenüber dem deutschen Botschafter erhebt und die Zeremonie dieses gegenseitigen Zutrinkens kommt, und wenn er in seiner Rede sagt: Ich danke Ihnen, Herr Lord-Mayor[81], daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, hier zu bekunden, wie wir heute mit Deutschland so stehen, so bitte ich einmal zu überlegen, wie eine solche Geste, eine solche Mitteilung in allen Ländern der Welt wirkt. Das wirkt viel mehr als die Paraphierung von Verträgen, weil man sich sagt: Wir sehen, Deutschland muß wieder groß geworden sein, denn es steht derartig in der Achtung der Welt da. Fußtritte haben wir genug bekommen, als daß man Freundschaftsbeweise dieser Art mit Schnoddrigkeiten begegnet wie deutschnationale Blätter, die von dem Giftbecher sprechen, der dort gereicht worden sei. Wenn jetzt von allem, was für den 1. Dezember geplant war[82], nur die Feier in der Guild-Hall übrigbleibt, und wenn vorgesehen ist, daß nach dem Lord-Mayor, der das Hoch auf den König[83] ausbringt, also eine ganz allgemeine Rede hält, als erster unter allen international Eingeladenen der deutsche Reichskanzler spricht, dann ist das wiederum ein zweiter Beweis, in welch geradezu ostentativer Weise man die Wiedereinführung Deutschlands mindestens in seine große moralische Großmachtstellung zu dokumentieren wünscht.

Meine Damen und Herren, wie kann man sich eigentlich eine bessere moralische Rechtfertigung gegenüber der Kriegsschuldlüge[84] denken als diese Art, wie man heute Deutschland in den Vordergrund stellt. Wenn die Leute noch an die Behauptung glaubten, könnten sie nicht Deutschland in der Guild-Hall als erstes Volk die internationale Friedensrede halten lassen. Dafür sollten wir auch Verständnis haben und nicht in der Weise sprechen, wie wir es hier erleben.

So sehe ich den Geist des Vertrages. Ich sehe ihn nicht in einem Ausfluß des Idealismus, sondern in sehr stark praktischen Erwägungen. Da aber über Motive nicht abgestimmt wird, kommt es darauf an, was sich tatsächlich für Deutschland daraus ergibt, gleichgültig, was der andere sich dabei denkt. Deshalb steht für mich der Vertrag in erster Linie, die heutigen Rückwirkungen in zweiter Linie; nicht weil ich

---

[81] Sir William Pryke, Lord Mayor (Oberbürgermeister) der (City of) London 1925–1926.

[82] Zum 1. Dezember 1925 vgl. oben mit Anm. 3. Die ursprünglich geplanten Feierlichkeiten rund um die Vertragsunterzeichnung (vgl. etwa NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21969 [Abendausgabe] vom 11. November 1925, S. 2; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 542 vom 15. November 1925) waren nach dem Tod der britischen Königinwitwe Alexandra am 20. November 1925 weitgehend abgesagt worden (vgl. ebd., Nr. 551 [Morgenausgabe] vom 21. November 1925).

[83] Georg V. (1865–1936), König von Großbritannien und Irland (seit 1927: Nordirland) 1910–1936.

[84] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 211), der in Deutschland häufig mit dem Begriff „Kriegsschuldlüge“ belegt wurde.

sie gering schätze. Wir sind ja hier auch in der unglücklichen Lage, ausbalancieren zu müssen zwischen außen- und innenpolitischen Rücksichten. Wenn die Deutschnationalen dringeblieben wären[85], wenn diese Esel erkannt hätten (Stürmischer Beifall), daß es darauf ankommt, daß das ganze deutsche Volk dahinter steht, wenn sie uns die Möglichkeit gegeben hätten, bei jedem Schritt, den wir in der Welt taten, zu sagen: dahinter steht mit Ausnahme der Extremen das ganze deutsche Volk, dann hätte man zunächst ganz anders auftreten können, in London, Paris und Brüssel als jetzt mit gebrochener Front, in der wir nach diesem Austritt kämpfen mußten. Dann könnten wir nach außen auch ganz anders auftreten und sagen, was uns noch nicht gefiel, dann könnten wir rein aus außenpolitischen Gesichtspunkten Politik machen. Jetzt sind wir ja auch hier gezwungen, schließlich einmal zu sagen, daß das, was wir erreicht haben, ungefähr dem entspricht, was wir erwartet haben, weil wir als vernünftige Realpolitiker uns die Ziele nicht ins Utopische gesteckt hatten, weil ja das Wort „Rückwirkungen“ ganz falsch ist, denn das sind ja Vorwirkungen, die eintreten, ehe überhaupt der Vertrag unterzeichnet ist. Rückwirkungen können doch erst eintreten, wenn der Vertrag Tatsache ist. Wenn überhaupt bei unserer Situation, bei dem, was Herr Briand uns freundlich entgegenhielt, daß er eigentlich der Gebende sei[86], wenn bei diesem Zustand in Deutschland uns von den Alliierten diese Rückwirkungen noch konzediert werden – nehmen Sie es mir nicht übel, es ist vielleicht etwas mehr, als die deutsche Regierung, wenn sie Sieger des Weltkrieges wäre, bei dieser Situation tun würde.

Es sind drei Gesichtspunkte, die wir in Locarno vorgebracht haben. Das war die Änderung des Delegierten-Systems[87], das war die Herabsetzung der Truppenzahl[88],

---

[85] Stresemann bezieht sich auf den Regierungsaustritt der DNVP-Minister Schiele, v. Schlieben und Neuhaus, die am 25. Oktober 1925 auf Druck der Landesverbände und der Reichstagsfraktion aus dem Kabinett ausgeschieden waren (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 801–803).

[86] Vgl. oben mit Anm. 16.

[87] Auf Bezirks- und Kreisebene beschäftigten die Besatzungsmächte „Delegierte“ (häufig Besatzungsoffiziere), deren Anweisungen die regionalen Behörden zu befolgen hatten und die ihrerseits die Ausführung der Ordonnanzen der Rheinlandkommission überwachten. – In der oben in Anm. 78 nachgewiesenen Note heißt es: „Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes umfaßt andererseits die Beseitigung des Systems der Delegierten, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag.“

[88] In der in Anm. 78 nachgewiesenen Note ist die Rede von der „Verminderung der Besatzungstruppen, die annähernd auf die normale Stärke herabgesetzt werden“. – Zur aktuellen Zahl der Besatzungstruppen und zur deutschen Erwartung der künftigen Stärke der Besatzungstruppen vgl. die Übersicht der Reichsministeriums für die besetzten Gebiete: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 657–658, Anm. 2.

das war die Aufhebung der Ordonnanzen[89]. Sie kennen die Veröffentlichungen darüber. In bezug auf das Delegiertensystem ist die Abschaffung, und zwar per 1. Dezember zugesagt. Von unseren Freunden im Rheinland ist uns in der Fraktion gesagt worden[90], daß das von eminenter und ausschlaggebender Bedeutung für das besetzte Gebiet sei (Sehr richtig!). Ich habe einmal in einem sächsischen Wahlkreise kandidiert[91], und als ich über Sozialpolitik sprach, habe ich die Art, wie die Sozialdemokraten alles verkleinert haben, was vom Reich kam, in Vergleich gesetzt mit der Situation, wo die Mutter ein Brot schneidet und der Junge sehr interessiert zusieht, wer das wohl kriegen soll und die Mutter fragt: Vor wen ist denn der Runken? – Das is for di. – Wat, dat Rünsgen? (Heiterkeit.) So kommt es mir auch hier vor. Zuerst, wenn man davon sprach, das ganze Delegiertensystem sollte aufgehoben werden, dann hieß es: das wird nicht gelingen. Jetzt, wo es da ist, da heißt es: wat, dat Rünsgen? Da bedeutet das gar nichts: Da sind es die Bettelpfennige der Rückwirkungen, wie sich der „Lokal-Anzeiger“ ausdrückt[92].

Das zweite ist die Herabsetzung der Truppen. Die ist viel umkämpft, in verschiedenen Etappen. Erst langsam haben wir durchgesetzt, daß heute der Grundsatz anerkannt ist, wenn auch hier noch ohne Termin, die Truppenzahl annähernd auf die Friedensstärke[93] zu bringen. [Wort fehlt][94] heißt es bei den Franzosen. Aber man hat erklärt, man würde nicht dementieren, wenn wir das Wort mit „Friedensstärke“ übersetzen würden[95]. Das bedeutet im Effekt ungefähr eine Verminderung der Zahl von

---

[89] Mit Ordonnanzen, die die deutschen Behörden banden, regelte die Interalliierte Rheinlandkommission ihre faktische Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet; insbesondere nach der Besetzung des Ruhrgebiets und dem anschließend ausbrechenden passiven Widerstand im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich wiedergegeben in DAS RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN. – In der in Anm. 78 nachgewiesenen Note heißt es, daß „die geltenden Ordonnanzen im gleichen Geiste des Vertrauens und der Entspannung einer Revision unterzogen werden.“

[90] Stresemann bezieht sich entweder auf die Fraktionssitzung der DVP vom 27. Oktober 1925 (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 208–209) oder auf diejenige vom 20. November 1925 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 551 [Morgenausgabe] vom 21. November 1925). In beiden genannten Quellen und in den einschlägigen Beschlüssen sind die entsprechenden Äußerungen der Abgeordneten aus dem Rheinland allerdings nicht überliefert.

[91] Stresemann kandidierte im Januar 1907 im sächsischen Wahlkreis Annaberg-Eibenstock, den er anschließend bis 1912 im Reichstag vertrat.

[92] Gemeint ist wohl der „Berliner Lokal-Anzeiger“; der entsprechende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[93] Mit „Friedensstärke“ ist die Zahl der deutschen Soldaten gemeint, die vor dem Ersten Weltkrieg regulär auf dem Gebiet der Nachkriegsbesatzungszonen stationiert waren; zu Einzelheiten vgl. die oben Anm. 88 erwähnte Übersicht.

[94] So in der Vorlage.

[95] Zu den Verhandlungen in Paris über die künftige Stärke der Besatzungstruppen vgl. zuletzt den telegraphischen Bericht Hoeschs über ein Gespräch mit Berthelot vom 12. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 593–595).

95 000, die heute in der zweiten Zone[96] sind, auf 45 000. Ich kenne die Einzelheiten der Verhandlungen mit Briand. Wenn Sie glauben, daß der französische Generalstab mit großem Hurra auf den Außenminister diese Sache akzeptiert hat, dann irren Sie sich. Wenn ich jemals eine innere Genugtuung erlebt habe und gesehen habe, daß in allen Ländern die Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und Außenministerium bestenfalls als korrekt bezeichnet werden können, dann habe ich das in diesen letzten Wochen in Bezug auf die Verhandlungen in Paris gesehen. Man wollte erst 12 000 Mann zurückziehen, dann hieß es, sie gingen auf 72 000 herunter, dann hat Briand es durchgesetzt auf 60 000, dann ist von uns gebohrt worden, und dann sind sie zu dieser Ziffer gekommen.

Ob das nun viel oder wenig bedeutet, wenn es im Laufe der Zeit durchgeführt wird in Bezug auf Wohnungsrückgabe, Schulen usw., will ich hier nicht erörtern, obwohl es doch von Bedeutung ist. Aber es bedeutet ja für mich viel mehr als für das Rheinland. Denn ich sehe doch der Politik Endpunkt nicht in Erleichterungen für das Rheinland, sondern in der völligen Freiheit des Rheinlands. Ich sehe den Zielpunkt der Politik zunächst darin, zunächst diese Rheinpolitik bis ins Herz zu treffen. Und wenn am 20. Februar [1926][97] spätestens die nördliche Rheinlandzone geräumt wird, so ist das für mich nicht unter dem Gesichtspunkt [entscheidend][98], daß von den Leuten ein Druck genommen wird, sondern dann ist das Rheinproblem von Poincaré erledigt. Wenn diese Linie einmal durchbrochen ist und weitere Sanktionen und Invasionen nicht möglich sind, so bedeutet das, daß diese Politik ihren Stich bekommen hat. Und wenn gleichzeitig in der zweiten und dritten Zone[99] die Besatzung vermindert wird, wo man früher durch Anlegung von Truppenübungsplätzen den Eindruck zu erwecken suchte: hier stehen wir, hier bleiben wir, bekehrt euch zu uns, der Deutsche hat nichts mehr zu sagen; wenn die Delegierten fluchtartig das Land verlassen müssen, wenn weiter abgebaut wird, dann hat doch die ganze deutsche Bevölkerung die Empfindung: Es geht vorwärts mit Deutschland und rückwärts mit den anderen, und wir können uns wieder frei zu Deutschland bekennen. Das ist das Ende des Se-

[96] Mit der zweiten Zone ist die mittlere der drei Besatzungszonen mit dem Hauptort Koblenz gemeint.

[97] So in der Vorlage. – In der Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925 (vgl. oben mit Anm. 4) war die Zusicherung der baldigen Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinlandzone bis zum 31. Januar, spätestens bis zum 20. Februar 1926 zugesagt worden.

[98] So in der Vorlage.

[99] Mit der dritten Zone ist die südliche der drei Besatzungszonen mit dem Hauptort Mainz gemeint.

paratismus[100]. Das ist schließlich ein Erfolg, ein Erfolg des Haltens der Rheinlande am Reich. Nur Toren können das gering achten, denn es hat Zeiten genug gegeben, wo wir nicht wußten, ob die Rheinlande beim Reich bleiben würden (Zustimmung).

Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich diese Dinge. Gewiß bleibt viel übrig, was ungeheuerlich ist. Was weiter wird, wird nicht abhängen vom Wortlaut, sondern nur vom Geist. Man kann, wenn man guten Willens ist, mit scharfen Gesetzen sehr milde regieren, und man kann, wenn man schlechten Willens ist, mit einem schwachen Gesetz sehr streng regieren, kann die Menschen schikanieren bis aufs äußerste. Wenn der eine Satz nur bliebe: Es hat alles zu geschehen, was die Sicherheit der Truppe erfordert – dann kann damit ein Alba[101] eine ganze Provinz drangsalieren. Hier wird alles darauf ankommen, wie die Dinge tatsächlich weitergehen.

Nun komme ich auf den dritten Komplex der Fragen: Räumung der nördlichen Rheinlandzone[102]. Sie hat sich lange hingezogen, und es ist da eine wunderbare Erscheinung aufgetreten, ein Kämpfen der Engländer für ihre Bequemlichkeit[103], als wenn das die heiligsten Güter der Welt wären, wie ich überhaupt denjenigen aus dem besetzten Gebiet, wo Engländer hinkommen, das eine sagen muß: Sie werden sich um Politik wenig kümmern, aber viel mehr Wohnungen verlangen als die Franzosen. Das ist überall der Fall gewesen, und damit muß man rechnen. Aber letzten Endes, die Räumung erfolgt. Auf die politische Bedeutung habe ich hingewiesen. Ich rufe ins Gedächtnis noch einmal zurück: Nicht nur Poincaré, sondern auch Herriot hat noch, ich glaube, vor anderthalb Jahren, gesagt: Die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen[104]. Und jetzt ist die Räumung da, jetzt kommt die letzte entscheidende Frage der beschleunigten Räumung der zweiten und dritten Zone. Es ist für mich sehr schwer, hier über Einzelheiten zu sprechen aus dem Grunde, den ich Ihnen vorhin sagte: aufgezeigte Dinge verlieren ihre Wirkung und werden gefährdet. Ich kann Ihnen deshalb nur das eine sagen, daß ich die Empfindung habe, und zwar

---

[100] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren im Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

[101] Fernando Álvarez de Toledo, Herzog von Alba (1507–1582), spanischer Feldherr. – Stresemann bezieht sich auf die Zeit Albas als Statthalter der spanischen Niederlande (1567–1573), in der er die niederländische Rebellion brutal niederzuwerfen versuchte.

[102] Vgl. oben mit Anm. 97.

[103] Mit der Räumung der nördlichen Zone mußten die britischen Truppen, die in und um Köln stationiert waren, verlegt werden. Geplant war die Verlegung des Hauptquartiers nach Wiesbaden.

[104] Vgl. oben mit Anm. 21 u. 22.

durch Telegramme aus London, Brüssel und Paris[105], daß diese Frage der Verkürzung diskussionsreif werden wird in absehbarer Zeit nach Inkrafttreten des Vertrages. Wieweit diese Diskussion gehen wird, was sie für ein Ergebnis haben wird, vermag ich nicht zu sagen; das hängt von der allgemeinen politischen Wertung der Dinge ab. Ich habe nicht den Wunsch, daß irgendetwas davon in die Öffentlichkeit dringt, aber ich darf mich hier auch mal auseinandersetzen mit einem gerade mir oft gemachten Vorwurf, nämlich den des ewigen Optimisten. 1924, als London war[106], als wir aus London zurückkamen, haben ganz hervorragende Wirtschaftler, obwohl sie für den Dawesplan eintraten, gesagt, daß sie nie daran glaubten, daß die Franzosen die Regiezechen[107] uns wieder zurückgeben würden. Herr Vögler[108] hat damals im Reichstag gesagt: Ich trete ja dafür ein, aber das machen sie nicht. Das zweite war, daß man gesagt hat: Die gehen nicht aus dem Ruhrrevier heraus. Sie sind später herausgegangen[109], nicht zum Endtermin, aber sie sind herausgegangen. Der Reichskanzler[110] kam einmal verzweifelt aus Düsseldorf zurück und sagte: Jedermann fragt mich: wird geräumt oder nicht? Ich sagte: Es ist ganz sicher, daß geräumt wird. Darauf der Kanzler mit einer Miene: na ja, das mußt du ja so sagen. Es

[105] Vgl. den oben Anm. 95 genannten telegraphischen Bericht Hoeschs aus Paris; entsprechende Telegramme aus London und Brüssel konnten nicht ermittelt werden.

[106] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, auf der der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt wurde; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[107] Gemeint sind die im Zuge der Ruhrbesetzung von Franzosen und Belgiern unter ihre Kontrolle gebrachten und unter ihrer Regie betriebenen Kohlezechen im Ruhrgebiet.

[108] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Äußerung im Reichstagsgebäude am 29. August 1924 vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 524.

[109] Am Rande der Londoner Konferenz wurde von Herriot u.a. die Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257). Am 31. Juli 1925 war die Räumung durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[110] Da ein Beleg für die nachfolgend genannte Frage nicht ermittelt werden konnte, ist nicht eindeutig zu klären, welchen Reichskanzler Stresemann meint; in Frage kommt neben dem aktuellen Reichskanzler Luther auch Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

hat niemand geglaubt. Es gibt erste, hervorragende Männer, die erklärt haben: da gehen die nie raus. Und als sie rausgehen, da wird gejammert, daß es sich um fünf Tage verzögert. Damals hatten wir nicht einen Vertrag, damals haben wir nur Abreden gehabt, die wir schriftlich bestätigt haben. Da konnte man sehr zweifeln, ob das juristisch nicht anfechtbar war.

Schließlich ist für mich das Entscheidende, daß der Geist, der zwischen den Völkern besteht, entscheidet, wie Verträge ausgelegt werden. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der Bündnisvertrag[111] Englands mit den Alliierten es im August 1914 gezwungen hätte zu marschieren, und man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob Italien nicht gezwungen war, an unserer Seite die Waffen zu ergreifen[112]. Entschieden ist das alles nicht nach dem Wortlaut der Verträge, sondern nach der politischen Konstellation, und wir müssen dafür sorgen, daß die politische Konstellation eine solche wird, daß sie uns ermöglicht, diese Dinge in liberalstem Geiste ausführen und durchführen zu lassen.

Dabei möchte ich über den Osten nur ein Wort sagen. Nachrichten, die wir aus dem Osten haben[113], zeigen uns, daß die Verhältnisse in Polen anfangen, für das Land sehr, sehr schwierig zu werden, und ob aus diesen materiellen Schwierigkeiten sich nicht politische Schwierigkeiten ergeben, lasse ich dahingestellt. Es liegt aber immerhin im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Wenn wir nun einmal die Frage der Wiedererlangung deutschen Landes im Osten prüfen, nicht an der Hand des Artikels 19[114] – ich bin nicht ein solcher Säugling der Politik, daß ich glaube, mit diesem Artikel etwas zu erreichen, das geht doch im Völkerbund nicht so vor sich, daß da abgestimmt wird, ob Polen den Korridor wieder zurückgeben soll, sondern es ist nur der Hebel, mit dem man ansetzen kann, und das andere ergibt sich aus der weltpolitischen Lage. Aber daß man den Hebel hat, um im gegebenen politischen Moment die Rückgabe des Korridors zu fordern, das ist das, worauf es ankommt. Wenn aber Polen in Schwierigkeit kommt: Wie war denn damals die Lage des deutschen Ostens vor Locarno und nach Locarno? Wenn wir vor Locarno irgendwie versucht hätten,

[111] Einen eigentlichen englischen Bündnisvertrag mit Frankreich und Rußland hat es vor dem Kriegsausbruch 1914 nicht gegeben. Gemeint sind wohl die englisch-französische Entente von 1904 und die englisch-russische Verständigung von 1907.

[112] Italien war durch seinen Beitritt zum Zweibund 1882 Mitglied des Dreibundes mit Deutschland und Österreich-Ungarn geworden, der es allerdings zu Beistand für die beiden anderen Vertragspartner nur im Defensivfall verpflichtete; Text des Vertrags vom 20. Mai 1882 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 160, S. 237–247.

[113] Vgl. etwa das Privatdienstschreiben Rauschers an Schubert vom 19. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 621–625).

[114] Vgl. oben mit Anm. 61.

etwas gegen Polen zu tun, dann trat das französische Bündnis[115] automatisch ein, und der Franzose marschierte über den Rhein, und damit war Deutschland zur Bewegungslosigkeit in dieser Sache verurteilt. Wenn heute sich eine Situation ergibt, in der Europa sich dafür interessiert, ob nicht Polen auf irgendeinem Wege geholfen werden müßte, und wenn auch die polnische Frage territorial erörtert wird, dann ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß in diesem Moment Deutschland in den besten und herzlichsten Beziehungen zu denjenigen Weltmächten steht, die darüber zu entscheiden haben.

Damit ist in Locarno der Anfang gemacht, und wenn Herr Chamberlain erneut von einer Revision des Paktes in seiner letzten Rede[116] gesprochen hat, und wenn er in einer früheren Rede zwar negativ gesagt hat, er würde denjenigen für einen Tor halten, der heute schon von der Änderung der Grenzen spräche, und wenn Herr Vandervelde sagt[117], es sei übertrieben, daß die polnischen Grenzen Grenzen zweiter Klasse geworden seien, dann sehen Sie, wenn Sie von all diesen Reden das Diplomatische subtrahieren und das ansehen, was übrigbleibt, daß die Frage in der Diskussion der Welt steht, und daß es darauf ankommt, wenn diese Diskussion praktische Formen annimmt, in der Lage zu sein, mit anderen zusammen andere als Hilfskörper zu haben für eine Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und wenn in dieser Zeit der Westen saturiert ist durch die Sicherung der Grenze, dann hat er auch nicht mehr logisch die Berechtigung, sich gegen eine Entschädigung Deutschlands auf der anderen Seite zu wenden. Es gibt deshalb nichts Demagogischeres als die Kundgebungen in Ostpreußen, in Lyck[118] und anderwärts gegen die Politik von Locarno. Wenn irgendjemand mindestens Möglichkeiten und den Willen ihm zu helfen, daraus ersehen könnte, wäre es der preußische Osten, und ich möchte unsere Freunde im Osten bitten, dafür zu sorgen, daß gegenüber diesem

---

[115] Frankreich hatte am 19. Februar 1921 mit Polen einen (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag abgeschlossen (Text in SOCIÉTÉ DES NATIONS. RECUEIL DES TRAITÉS 18 [1923], S. 11–13).

[116] Zur Unterhausrede Chamberlains (und zur darüber geführten Debatte) vom 18. November 1925 vgl. HANSARD V 188, Sp. 419-541; eine Zusammenfassung auch in SCHULTHESS 66 (1925), S. 261. – Gemeint ist aber offenbar nicht die „Revision des Paktes“, sondern die „Revision des Vertrages von Versailles“, die Chamberlain ansprach und die nach seinen Worten durch Locarno nicht ausgeschlossen worden war (vgl. die Wiedergaben der entsprechenden Passage seiner Rede in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 518 [Abendausgabe] vom 19. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21977 [Abendausgabe] vom 19. November 1925, S. 2). Die entsprechende Passage im Wortlaut in HANSARD V 188, Sp. 447-459. – Was mit der nachfolgend genannten „früheren Rede“ gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[117] Vgl. oben mit Anm. 67.

[118] Vgl. oben mit Anm. 45.

Dunst, der über diese Dinge gewoben wird, die Wahrheit ans Licht gezogen wird. Ich habe gestern gehört, daß bei den Provinziallandtagswahlen in Oberschlesien[119], wo wir mit den Deutschnationalen zusammengehen, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kleiner[120] in einer Rede vor den Deutschnationalen erklärt hat: Wer überhaupt den Weg nach Locarno mitmacht, ist kein Deutscher und kein Oberschlesier mehr. Ich muß hier direkt an den Vorsitzenden von Oberschlesien[121] die Frage richten: Was gedenken Sie gegen derartige Frechheiten zu tun? (Lebhafte Zustimmung.) Es geht nicht an, daß wir Bündnisse mit einer Partei eingehen, wenn sie uns das Deutschtum abspricht (Lebhafter Beifall). Wir verlieren an Selbstachtung und Selbstehre. Ich würde eine Partei nicht achten, die mit mir zusammengeht und sich derartig beschimpfen läßt, ohne daß diese Beschimpfung zurückgenommen wird (Lebhafte Zustimmung). Denn damit erklärt die oberschlesische Organisation, daß sie selbst dieses Absprechen des Deutschtums ohne Widerspruch anerkennt. Das ist eine völlig unmögliche Situation. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit so gutem Gewissen vor das deutsche Volk treten können, daß wir wirklich nicht nötig haben, unsere Vaterlandsliebe von irgendjemand anzweifeln zu lassen.

Lassen Sie mich damit zum Schluß meiner Ausführung kommen. Diese Verhandlungen um Locarno haben, wie Sie wissen, zu einem Bruch der Reichskoalition geführt[122]. Damit ist auch ein Werk vernichtet, an dem niemand mehr, und ich möchte sagen: bis zur Selbstentäußerung gearbeitet hat, als wir, die Deutsche Volkspartei (Sehr richtig!). Wir haben unsere eigene starke Machtposition, beispielsweise in Preußen – und viele erkennen das erst heute, wo wir sie nicht mehr besitzen – aufgegeben[123], um des Zweckes willen, den Deutschnationalen den Eintritt in das Kabinett zu ermöglichen. Mit dem Zusammenbruch der Koalition im Reich ist natürlich auch all das gewachsen, was an Linkskräften sich sonst regt. Ich möchte gern das

[119] In den preußischen Provinzen waren die Wahlen für die Provinziallandtage auf den 29. November 1925 angesetzt.

[120] Ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter dieses Namens konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich ist gemeint: Fritz Kleiner (1893–1974), Mitglied des Reichstags 1929–1938 (mit einer Unterbrechung Juli – November 1932; für die DNVP 1929–1933, als „Gast der NSDAP“ 1933–1938). – Seine nachfolgend angesprochene Rede konnte nicht ermittelt werden.

[121] Gemeint ist wohl der DVP-Vorsitzende des Landesverbandes Schlesien. Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[122] Vgl. oben mit Anm. 85.

[123] Am 6. Januar 1925 waren die DVP-Minister aus der Großen Koalition in Preußen ausgetreten (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 1–2).

Gesicht des Herrn Dr. Wirth[124] photographiert haben, als er diese Mitteilung in den Vereinigten Staaten bekommen hat. Er brauchte gar nicht zum Parteitag[125] zu fahren, er war ja Triumphator. Er war Triumphator geworden durch diejenigen, die ihm den Beweis für die These lieferten, die nicht richtig zu sein brauchte, man könne mit den Deutschnationalen nicht regieren. Und dazu geschah das ganze in einem Stadium der Dinge, bei dem der Gesamttatbestand nicht vorlag, bei dem andererseits die Grundlage schon längst bestand, so daß, wenn man grundsätzlicher Gegner war, man früher hätte ausscheiden müssen (Zustimmung). Wenn es sich aber handelte um die Prüfung der Ergebnisse, dann hätte man in dieser Situation nicht ausscheiden dürfen.

Ich darf Sie aber noch einmal darauf hinweisen, wie die Dinge nun auf uns gewirkt haben. Dem, was auf der Rechten geschah, folgte ja sofort ein ähnlicher Streich auf der Linken. Erst tritt die deutschnationale Partei aus, zwei Tage später erklärt die Sozialdemokratische Partei, daß sie in schärfster Opposition zum Kabinett Luther stände[126]. Gleichzeitig eröffnet die „Germania“ eine Attacke gegen den Reichskanzler[127]. Die demokratischen Parteien erklären, sie hätten mit dieser Regierung eigentlich nichts zu tun. Und nun haben Sie die Güte und führen als Außenminister Verhandlungen über Rheinlandbefreiung mit den Alliierten und antworten Sie den Botschaftern auf die Frage: Wer steht eigentlich noch hinter Ihnen? Gerade in dem Moment, wo alles darauf ankommt, mit der moralischen Kraft des ganzen Volkes die Befreiung der Rheinlande durchzuführen, bekommen wir diesen Stoß, der doch die ganzen Dinge um acht Tage stagnieren ließ, und wenn nicht allmählich die Situation sich wieder hergestellt hätte, wenn es nicht allmählich gelungen wäre, es dahin zu bringen, daß die Sozialdemokraten die Auflösung nicht wollten, daß sie eine jetzige

---

[124] Joseph Wirth (1879–1956), Reichskanzler 1921–1922 (zusätzlich auch Reichsaußenminister 1922); Reichsfinanzminister 1920–1921; Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. April 1929 – 1930; Reichsinnenminister 1930–1931; Mitglied des Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Wirth war am 6. November 1925 von einem mehrwöchigen Aufenthalt in den USA und Kanada zurückgekehrt, wo er an der Tagung der „Interparlamentarischen Union“ teilgenommen und politische Gespräche geführt hatte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 528 [Morgenausgabe] vom 7. November 1925). Als Kritiker der Koalition des Zentrums mit der DNVP war er im August 1925 vorübergehend aus der Zentrums-Fraktion des Reichstags ausgetreten (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114).

[125] Gemeint ist der Reichsparteitag des Zentrums, der vom 15. bis 17. November 1925 in Kassel stattgefunden hatte; tatsächlich war Wirth auf dem Parteitag anwesend (vgl. ebd., S. 165–167).

[126] Die Erklärung des Vorstands der SPD-Reichstagsfraktion vom 28. Oktober 1925 u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 512 (Morgenausgabe) vom 29. Oktober 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21956 (Morgenausgabe) vom 29. Oktober 1925, S. 5.

[127] Zum Artikel der Zentrums-Zeitung „Germania“ vom 27. Oktober 1925 vgl. die Auszüge in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 509 (Abendausgabe) vom 27. Oktober 1925.

Verhandlung über Neubildung der Regierung nicht wünschten und letzten Endes, wie ich glaube, auch eine Änderung in der Person des Kanzlers nicht mehr erstreben[128], wenn das nicht alles zu einer einigeren, ruhigeren Auffassung der Dinge geführt hätte, dann weiß ich überhaupt nicht, ob nicht das Ganze gefährdet worden wäre. Die Verantwortung für das, was hier auf außen- und innenpolitischem Gebiet angerichtet worden ist, trägt die Deutschnationale Partei in vollem Umfang (Lebhafte Zustimmung).

Ich bedauere diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich mache hier gar kein Hehl daraus: an sich ließ sich mit einer großen bürgerlichen Mehrheit, die bis zur rechten Seite reicht, viel besser auswärtige Politik machen, als mit der Linken, und zwar aus dem Grunde, weil die Linke den Fehler hat, immer zu viel auf den Standpunkt der anderen Rücksicht zu nehmen, während ich hier als Außenminister stets damit operieren konnte, daß ich einen rebellierenden rechten Flügel zur Vernunft bringen müßte. Aber dieser rebellierende Flügel durfte dann nicht im entscheidenden Augenblick davongehen, sondern er mußte dabei bleiben. Diese Situation ist natürlich jetzt vollkommen umgestoßen, und das Locarno-Brötchen, das wir den anderen anbieten können, ist für sie sehr viel weniger schmackhaft geworden. Lesen Sie heute die „Action Francaise“[129], die „Deutsche Zeitung“ in Paris, die ihrerseits die These verficht: Was nutzt uns denn der Locarno-Vertrag, wenn eine Partei, die beinahe ein Drittel der Mandate – wobei sie etwas übertreibt[130] – innehat, die die ganzen rechtsstehenden Bürger und die heranwachsende Jugend um sich hat, bei dem Geist der Revanche bleibt? Wenn es richtig sein sollte, was die Zeitungen berichten, daß der deutschnationale Parteitag[131] geendet hätte mit dem Gesang des Liedes: „Siegreich woll’n wir Frankreich schlagen“, so wäre das allerdings eine Unterstützung der Außenpolitik, die einen seltsamen Beigeschmack hat.

Wir müssen die Konsequenzen ziehen aus dem, was geschehen ist, und ich ziehe

---

[128] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte am 20. November 1925 ihre Zustimmung zu den Locarno-Verträgen bekanntgegeben (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 551 [Morgenausgabe] vom 21. November 1925) und damit ihre frühere Haltung aufgegeben, bei einer Ablehnung der Verträge durch die DNVP ebenfalls nicht zuzustimmen. Dies wurde auch als Verzicht der SPD auf die Auflösung des Reichstags interpretiert.

[129] Der betreffende Artikel in „L’Action française“, der Tageszeitung der äußersten Rechten in Frankreich, konnte nicht ermittelt werden. – Die „Deutsche Zeitung“, die Stresemann nachfolgend offenbar als Pendant zu „L’Action française“ verwendet, war eine Zeitung des Alldeutschen Verbandes.

[130] Tatsächlich hatte die DNVP nach der Wahl vom Dezember 1924 im Reichstag 103 der 493 Mandate inne (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 108).

[131] Der Reichsparteitag der DNVP fand am 15./16. November 1925 in Berlin statt (vgl. ebd., 66 [1925], S. 165).

sie zunächst nach einer Richtung: Ich möchte an Sie den Appell richten: Vertreten Sie in stärkster Weise nach außen den selbständigen Charakter unserer Partei (Stürmischer Beifall). Ich verlange nicht die Anlehnung an irgendeine Seite. Ich verlange nur, daß wir uns aus einer Gemeinschaft organisatorischer Art lösen, die bisher nur der Todeskeim für uns und die Entwicklung für die anderen geworden ist (Lebhafte Zustimmung). Darf ich Sie auf eines hinweisen. In der Annahme, daß wir die beiden Bruderparteien wären, haben wir mit den Mitteln unserer Industrie und Wirtschaft eine ganz gewaltige Herrschaft Männern in die Hand gelegt, die sich verpflichtet hatten, Zeitungen in Deutschland zu begründen, die gleichzeitig neutral der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gegenüberstehen sollten. Was ist daraus geworden? 369 deutschnationale Zeitungen stehen 45 volksparteilichen Zeitungen in Deutschland gegenüber. Und wenn Sie heute diese Blätter des Herrn Hugenberg[132] lesen, die von der Vera[133] beeinflußt werden, so müssen Sie sagen: Die „Kreuzzeitung“ ist ein hochanständiges Blatt gegenüber dem Scherlschen „Berliner Lokal-Anzeiger“ und dem „Tag“[134], gegenüber der Gehässigkeit, unter der Maske der Unparteilichkeit lediglich rechts-deutschnationale Politik zu treiben. So ist es uns überall in Deutschland gegangen. Durch diesen Konzerneinfluß der Vera haben wir in Ostpreußen noch eine große[135], wenige kleine Zeitungen, in Pommern überhaupt kein Blatt mehr. Aber überall ist diese Presse, die sich den Teufel um die Deutsche Volkspartei kümmert, sondern nur um ihre eigenen parteiegoistischen Ziele.

Und ich glaube, wenn irgendetwas uns schwächt, dann wäre es der Gedanke in der Öffentlichkeit, daß wir sozusagen die Corpsstudenten II. Klasse wären, die Leute, die auch national sind, aber nicht so national wie die anderen, die auch gesellschaftlich achtbare Leute unter sich haben, aber nicht so vornehm sind wie die anderen, die viel stärker wirtschaftlich sind, während die anderen den Idealismus gepachtet haben. Sehen Sie, das sind Dinge, die letzten Endes den Wähler dahin bringen,

---

[132] Alfred Hugenberg (1865–1951), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1945 (für die DNVP 1919–1933, als „Gast der NSDAP“ 1933–1945). – Hugenberg verfügte über einen großen Medienkonzern.

[133] Die „VERA“ (Verlagsanstalt GmbH) war ein 1917 in Berlin gegründetes Unternehmen innerhalb von Hugenbergs Medienkonzern.

[134] Die „Kreuzzeitung“ (eigentlich: „Neue Preußische Zeitung“) war eine 1848 gegründete rechtskonservative Berliner Tageszeitung. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Der Tag“ waren Berliner Tageszeitungen, die vom Scherl-Verlag herausgegeben wurden, der wiederum zu Hugenbergs Medienkonzern gehörte.

[135] Zu Stresemanns Einschätzung der Presselandschaft in Ostpreußen vgl. auch seine Tagebucheintragung vom 2. November 1925 anläßlich seines Besuches in Königsberg (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 219).

dann zu den 100%igen zu gehen und nicht zu den 75%igen. Wenn auch nicht alles auf die alten Begriffe konservativ und liberal zurückgeführt werden kann, so werden wir doch sehen, daß wir in großen, grundlegenden Fragen unsere eigene Anschauung im Kampfe gegen rechts werden durchzuführen haben. Genau so wie wir auf anderen Gebieten mit rechts zusammengehen, werden wir uns vorbehalten, auch mit links zusammenzugehen. Denn ich bin der Meinung, wir dürfen, wie wir stehen und gehen, mit jedem vernünftigen Menschen zusammengehen, der dieselbe Meinung hat, ob er rechts oder links steht. Im Kampfe um die Schulreform[136] werden wir auf anderem Boden stehen, im Kampfe um die Außenpolitik stehen wir auf einem anderen Boden usw. Lassen Sie uns das Ergebnis unserer liberalen Tradition oder das Ergebnis unseres selbständigen Denkens in diesen Fragen des neuen Deutschland auch mit aller Entschiedenheit und Unabhängigkeit nach außen vertreten, immer in der Überzeugung, daß derjenige, der unbeirrt für seine Sache kämpft, weit mehr Leute hinter sich bringt als derjenige, der stets seine Weigerung zum Ausdruck bringt, mit einem anderen nicht [!][137] zusammengehen zu können.

Was jetzt werden wird in Deutschland, läßt sich schwer übersehen. Es besteht keine große Lust bei den großen Parteien, in diesem Winter in das kommende Kabinett einzutreten. Und die Frage, die zur Entscheidung steht, ist jetzt beinahe die: Soll man die anderen zwingen mitzumachen oder soll man ihnen erlauben, in Opposition zu bleiben und das kleine Schifflein eines Minderheitskabinetts auf die stürmende See hinauslassen. Wir werden uns – das glaube ich wohl als unsere allgemeine Übereinstimmung feststellen zu können – nur tragen lassen von unserem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staatsganzen. Auf die Dauer wird es sich doch durchsetzen beim deutschen Volk, zu unterscheiden zwischen denen, die sich wohl fühlen in leichter Kritik, und denen, die die schwere Verantwortung übernehmen. Zusammengesetzt sein kann das Kabinett, wie ich schon zu Anfang sagte, nur von Parteien, die zu dem Werk von Locarno stehen. Denn neben den Schwierigkeiten, die vor uns liegen auf wirtschaftlichem Gebiet, wird es die Hauptaufgabe der kommenden Zeit sein, dasjenige an Erleichterungen unserer Lage, an einer freiheitlichen Gestaltung der Dinge, vielleicht in internationalem Zusammenwirken auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet, sicherzustellen, was sich aus den in Locarno getroffenen Vereinbarungen ergibt. Es wird eine rein sachliche, kühle Arbeit sein, die uns

[136] Zur Schulreformdiskussion von 1925 vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1013, Anm. 9.

[137] So in der Vorlage.

diese schwere Zeit überwinden läßt. Ich bin überzeugt, daß man uns in Zukunft dafür danken wird, daß wir gerade in dieser Zeit, wo die Leidenschaften so hoch gepeitscht sind wie kaum je, uns nur haben leiten lassen von dem einen Gedanken: Staatswohl und nicht Parteiinteresse.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. – Die Mitglieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Parteivorsitzenden eine stürmische Ovation dar.)

[…][138]

Dr. Stresemann: Es sind eine Reihe von Anfragen an mich gestellt, und ich möchte diese Anfragen gleich beantworten.

Ich bin gefragt worden[139], wie es nach den Entwaffnungsbestimmungen[140] mit der Stellung des Generals von Seeckt[141] bestellt ist. Ich möchte mich darauf beschränken, die Erklärung wiederzugeben, die gestern der Vertreter des Reichswehrministeriums gegenüber dem Reichsrat abgegeben hat[142]. Dabei gehe ich von der Voraussetzung aus, die überhaupt stets für unsere Zentralvorstandssitzungen gegeben ist, daß das, was wir hier besprechen, vertraulich ist und nicht bestimmt ist, nach außen getragen zu werden, weshalb ich mich auch einigermaßen über die Worte des Herrn Vorredners[143] gewundert habe. Denn irgendwo muß auch der Ort sein, wo man seinem gepreßten Herzen Luft machen kann und wo man den Sinn dessen, was man

---

[138] In der nachfolgenden Aussprache (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 620–631; aus den Antworten Stresemanns erschließt sich jedoch, daß die Vorlage offenbar nicht alle Beiträge wiedergibt) überwiegen die zustimmenden Äußerungen für Stresemann, und es gibt nur Kritik in kleinen Details. Anschließend ergreift Stresemann wieder das Wort.

[139] Die entsprechenden Fragen (wie auch einige weitere, die Stresemann aufgreift) lassen sich in der Vorlage nicht finden.

[140] Die Stellung eines „Chefs der Heeresleitung“ und dessen Funktion als Oberbefehlshaber der Reichswehr war seit langem zwischen Deutschland und den Alliierten strittig. Im Rahmen von Verhandlungen über die noch ausstehenden Entwaffnungsfragen hatte man sich in Berlin und Paris vom 6. bis 14. November 1925 darauf geeinigt, daß eine Erläuterung des deutschen Wehrgesetzes die Stellung des Chefs der Heeresleitung präzisieren würde (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 16–17) in dem Sinne, wie Stresemann sie nachfolgend erläutert.

[141] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[142] Im Reichsrat waren am 21. November 1925 die Gesetze über die Annahme der Verträge von Locarno mit großer Mehrheit angenommen worden; in der Anwesenheitsliste und im Ergebnisprotokoll der Sitzung findet sich keine Angabe zu einem Vertreter des Reichswehrministeriums (NIEDERSCHRIFTEN ÜBER DIE VOLLSITZUNGEN DES REICHSRATS 1925, S. 519–520; zur Sitzung vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 244; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 553 vom 22. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21980 [Morgenausgabe] vom 22. November 1925, S. 7).

[143] Kurt Sorge (1855 – 9. September 1928), Mitglied des Reichstags 1920–1928 (für die DVP). – Sorge hatte unmittelbar vor Stresemanns Antwort gesprochen (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 626–631); dabei hatte er die Haltung Stresemanns zu den Verträgen von Locarno befürwortet, aber die Schärfe in dessen Äußerungen über die DNVP bedauert.

empfindet, mal in einer ausdrucksvollen Weise zum Ausdruck bringt (Lebhafte Zustimmung).

Formal ist die Sache so, daß in Zukunft an der Spitze des Heeres wie bisher der Reichspräsident[144] steht, daß die von ihm abgeleitete Macht in Bezug auf das Heer dem Reichswehrminister[145] zusteht, daß jetzt unter dem Reichswehrminister die Gruppenkommandos stehen, die bisher direkt unter dem Chef der Heeresleitung standen, daß der Chef der Heeresleitung aber der Vertreter des Reichswehrministers ist (Heiterkeit). Diese Situation ist auch in einer vertraulichen Sitzung[146] von dem Vertreter des Reichswehrministeriums[147] mit dem etwas unpolitischen Wort gekennzeichnet worden: Es bleibt also alles, wie es ist. Es wird formal geändert, und die Gruppenkommandos werden jetzt ihre Befehle bekommen von dem Stellvertreter des Reichswehrministers, der den Titel „Chef der Heeresleitung“ hat. Im übrigen, glaube ich, genügt es wohl, Ihnen zu sagen, daß die Verhandlungen selbst ja das Reichswehrministerium geführt hat und daß dieses sich einverstanden erklärt hat mit der getroffenen Regelung.

Die zweite Frage betrifft die Regelung der Polizei. Hierüber bin ich nicht in allen Einzelheiten orientiert. Ich darf aber sagen, daß die Hauptfrage durchaus zu unseren Gunsten gelöst worden ist. Die Alliierten hatten verlangt, daß die Zahl der kasernierten Polizeitruppen oder Mannschaften auf 25 000 herabgesetzt werde. Erreicht ist, daß die Zahl der kasernierten Mannschaften 32 000 beträgt[148] (Zuruf: 40 000). Nein. Wir hatten 35 000 gefordert. Die Entente ist auf 35 000 eingegangen, aber mit der Bestimmung, daß darin die Polizeischüler eingerechnet werden müßten, da die auch kaserniert sind. Die Zahl der Polizeischüler beträgt zwischen 4 bis 5000. Wir haben den Gegenvorschlag gemacht: 32 000 Mann und Nichteinrechnung der Polizeischüler. Dieser deutsche Vorschlag ist akzeptiert worden, so daß die Zahl der Kasernier-

---

144 Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

145 Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP).

146 Es konnte nicht ermittelt werden, auf welche Sitzung Stresemann sich hier bezieht.

147 Vermutlich ist gemeint Richard von Pawelsz (1872–1942), General der Reichwehr. Pawelsz war am 26. Juni 1925 vom Reichskabinett zum Leiter der Kommission für die weitere Diskussion mit der Interalliierten Militärkontrollkommission und für die Regelung der noch ausstehenden Entwaffnungsfragen bestimmt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 379 mit Anm. 4).

148 Dies und die nachfolgend erwähnten Forderungen der Alliierten beziehen sich auf deren Kollektivnote vom 4. Juni 1925 (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404). Die Einigungen über die Zahl der kasernierten Polizei, die im Folgenden erwähnte Titelfrage und die „nationalen Verbände“ erfolgten im Rahmen der oben Anm. 140 genannten Verhandlungen.

ten insgesamt also etwa 37 000 beträgt. Auch die vielleicht kleinlich erscheinende Frage, die aber doch eine große Bedeutung hat, die Titelfrage, die auch beanstandet war, weil daraus der militärische Charakter der Polizei hervorginge, ist dahin geregelt, daß die Titel so bleiben, wie sie bisher gewesen sind.

Ich bin weiter gefragt worden nach der Behandlung der Frage der Nationalen Verbände. Es war zunächst die Auflösung dieser Verbände gefordert worden. Geworden ist daraus der Wunsch, daß die deutsche Regierung noch einmal öffentlich bekanntgäbe – in irgendeiner Form, einer Verordnung –, daß eine Verbindung dieser Verbände mit der Reichswehr unter allen Umständen nicht stattfinden soll und daß in diesen nationalen Verbänden eine militärische Ausbildung nicht gestattet werden würde. Auch darin ändert sich ja nichts gegenüber der bisherigen Situation. Wenn ich dazu ein weiteres Wort sagen darf, so wäre es das: Ich würde es als sehr wünschenswert ansehen, wenn unsere Freunde, die diesen Verbänden angehören, darauf hinwirken würden, daß die Verbände zurückgeführt werden auf den Zweck, zu dem sie gegründet sind (Lebhafte Zustimmung). Die Verbände sind begründet worden, um den alten Frontgeist wieder zu fördern und die Kriegskameradschaft zu pflegen. Sie sind nicht dazu begründet worden, um von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen (Zustimmung). Die Entwicklungen in dieser Hinsicht sind ja ganz grotesk. Ich darf nur darauf hinweisen, daß der Jungdeutsche Orden den großen Fehler begangen hat, sich eine Tageszeitung zu schaffen[149]. Wenn man da liest, daß in einem Interview des Hochmeisters[150] die Frage besprochen wird, ob das Kaliabkommen zwischen der französischen und deutschen Industrie[151] ein Fortschritt sei oder nicht, so glaube ich kaum, daß jemand bei Gründung des Jungdeutschen Ordens angenommen hat, der Zweck der Gründung sei, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Ich bedauere auch außerordentlich, daß der Stahlhelm[152] sich in einer Weise parteipolitisch betätigt, die gar nichts zu tun hat

[149] Gemeint ist die Tageszeitung „Der Jungdeutsche“, die seit 1924 erschien. Das nachfolgend angesprochene Interview konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann jedoch auch auf ein Interview, das Mahraun der französischen Zeitung „Le Matin“ gegeben hatte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 499 [Abendausgabe] vom 21. Oktober 1925), und in dem er Ideen zur deutsch-französischen Verständigung vertrat.

[150] Artur Mahraun (1890–1950), Gründer und „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens 1920–1933.

[151] Am 7. Mai 1925 hatten die deutsche und die französische Kaliindustrie ein Abkommen unterzeichnet, das eine „Verständigung [...] für den gesamten Weltmarkt“ herbeiführte (NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21785 [Morgenausgabe] vom 8. Mai 1925, S. 4; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 216 [Morgenausgabe] vom 8. Mai 1925).

[152] Der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ hatte sich am 3. November 1925 mit völkischen Verbänden zur „Vaterländischen völkischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen und sich gegen

mit dem Geist der Gründer selbst. Es gibt viele unserer Freunde, die Einfluß genug haben, um in diesem Sinne Stellung zu nehmen[153].

Ich habe weiter die Anfrage bekommen, wie es mit der Erklärung Chamberlains stände, England hätte keine Verpflichtung übernommen, uns ebenfalls mit seiner Armee zur Verfügung zu stehen. Ich darf auf die Ausführungen hinweisen, die Chamberlain im Unterhaus gemacht hat[154]. Ich habe meinerseits niemals die Äußerung getan[155], daß Chamberlain erklärt hätte: Wir stehen Ihnen mit der ganzen Armee zur Verfügung, wenn Sie angegriffen werden. Selbstverständlich ist ein Sicherheitspakt ein Gegenseitigkeitspakt, und die Erklärungen, die Chamberlain auf der Konferenz abgegeben hat[156], gingen dahin, daß er sagte, man müsse auch verstehen, daß er auch viele Gegner in England habe, die bedauerten, daß England wieder in die ganzen kontinentalen Dinge hineingezogen werde; es ist für mich kein leichter Entschluß, hier zu erklären, daß wir, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen wird, Frankreich, und wenn Deutschland von Frankreich angegriffen wird, Deutschland mit unserer ganzen Heeresmacht zur Verfügung stehen als Garant der geschlossenen Verträge. Und er hat im Unterhaus hinzugefügt: Die Entscheidung, ob wir eingreifen, liegt beim englischen Parlament. Auch daran ist kritisiert worden. Die Erklärung ist doch selbstverständlich. Wenn man ein Bündnis oder eine Garantie eingegangen ist, liegt doch in dem Fall, wo der Bündnisfall gegeben ist, die Entscheidung darüber, ob der Bündnisfall gegeben ist für das englische Volk, bei ihm. Diese Erklärung hat für uns sogar eine wesentlich positive Bedeutung. Sie bedeutet doch, daß in diesem Fall nicht eine Völkerbundsinstanz erst eine Erklärung abzugeben hat, sondern daß England selbst seinerseits diese Erklärung abzugeben hätte.

---

die Annahme des Locarnovertrages ausgesprochen (vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 253 vom 5. November 1925, S. 4).

[153] Zu Auseinandersetzungen zwischen dem „Jungdeutschen Orden“ und dem „Stahlhelm“, die Stresemann zu diesem Exkurs veranlaßt haben könnten, vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 (Morgenausgabe) vom 17. November 1925.

[154] Stresemann bezieht sich auf die Erklärung Chamberlains im Unterhaus vom 18. November 1925 (vgl. oben mit Anm. 116).

[155] Vgl. aber Stresemanns Rede vor der Dresdener Presse und die Rede auf dem Herrenessen der Ressource der Dresdener Kaufmannschaft, beides vom 31. Oktober 1925 (in dieser Edition).

[156] Die nachfolgend Chamberlain zugeschriebenen Äußerungen finden sich in dieser Form nicht in den Sitzungsniederschriften; möglicherweise bezieht sich Stresemann aber auf eine Äußerung Chamberlains in der 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925 (vgl. die persönlichen Aufzeichnungen Stresemanns: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 692) oder auf seinen Hinweis auf die britische öffentliche Meinung in der 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 168).

Es ist weiter gesagt[157], daß die ersten Erklärungen über die Rückwirkungen sehr allgemein gefaßt seien, daß es heiße: es sollen in gewisser Weise Erleichterungen eintreten. Diese allgemeine Wendung findet sich in der Botschafternote[158]. Diese allgemeine Wendung ist durch die erste Erklärung der Interalliierten Rheinlandkommission schon in positiver Weise ausgelegt und erörtert worden[159], und die Aufgabe des neuernannten deutschen Reichskommissars[160] besteht ja gerade darin – darum ist seine schleunige Ernennung gerade von der Gegenseite gefordert worden[161] –, die Art und Weise, in der aufgrund der Botschafternote die einzelnen Ordonnanzen gehandhabt werden sollen, seinerseits mit zu beeinflussen. Ich hoffe, daß der neue Reichskommissar, der sich augenblicklich nach Madrid begibt, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen, sobald wie möglich seinen Sitz in Koblenz einnimmt.

Es ist weiter gefragt nach den Richtlinien des Kabinetts[162] und ihrer Erfüllung durch die Delegierten. Der Herr Reichskanzler hat gestern den Vorsitzenden der Fraktionen von dem Wortlaut der Richtlinien Kenntnis gegeben[163]. Unsere Fraktion war dabei durch den Kollegen Scholz[164] vertreten. Ich glaube, Herr Kollege Scholz ist in der Lage, darüber zu berichten. Der Herr Reichskanzler, der am letzten Tage von Locarno jene Erklärung durch W.T.B erließ[165], daß er ebenso wie der Außenminister die Verantwortung dafür übernähme, daß die Rückwirkungen in dem Maße einträten, in dem sie uns feierlich zugesagt seien, hat die Frage, die an ihn gerichtet wurde, ob er der Meinung sei, daß diese Zusage erfüllt sei, dahin beantwortet: Wenn das nicht der Fall wäre, stände ich nicht mehr an dieser Stelle. In bezug auf die Richtlinien des

---

[157] Offenbar bezieht Stresemann sich auf die vorangegangene Aussprache; in der Vorlage findet sich das Folgende jedoch nicht.

[158] Stresemann bezieht sich auf die Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 (vgl. oben mit Anm. 78).

[159] Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte am 18. November 1925 über WTB mitteilen lassen, welche Erleichterungen im Rheinlandregime in Kürze in Kraft treten würden (vgl. den Text der Erklärung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 547 [Morgenausgabe] vom 19. November 1925).

[160] Ernst Frhr. Langwerth von Simmern (1865–1942), Botschafter in Madrid 1920–1925; Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete 7. November 1925 – 1930.

[161] Vgl. aber den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 5. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 549–550).

[162] Gemeint sind die im Kabinett am 2. Oktober 1925 endgültig verabschiedeten Richtlinien für die deutschen Delegierten auf der Konferenz von Locarno (Druck in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 665, Anm. 24). – In der vorangegangenen Aussprache (vgl. oben Anm. 138) hatte Sorge dieses Thema angesprochen.

[163] Zur Besprechung Luthers mit den Fraktionsführern am 21. November 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 552 (Abendausgabe) vom 21. November 1925.

[164] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Vorsitzender 1929–1930).

[165] Text der per WTB am 16. Oktober 1925 verbreiteten Erklärung Luthers in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 229, Anm. 2.

Kabinetts möchte ich bemerken, daß sie nach meiner Auffassung in allen Hauptpunkten, soweit sie darauf gerichtet waren, bestimmte Ergebnisse sofort nach Hause zu bringen, erfüllt sind.

Es gibt zwei Fragen, in denen diese Erfüllung noch nicht da ist. Das ist einmal die Frage der Luftfahrt[166]. Darüber wird mit der Gegenseite in Paris verhandelt. Dabei sehe ich als entscheidend an die Erklärung der Gegenseite, die uns auch in dieser Frage ein Diktat überreicht hatte[167], sie sähe es als selbstverständlich an, daß die jetzigen Verhandlungen über die Regelung des Luftfahrtwesens nicht mehr auf der Basis einer Erklärung der Botschafterkonferenz gegenüber Deutschland geführt werden, sondern auf der Basis der Gleichberechtigung beider Länder. Bei diesen Verhandlungen das Nötige herauszuholen, ist Sache unserer Unterhändler.

Die zweite Frage, in der wir noch nicht vorangekommen sind, ist die Frage einer Änderung des Regimes im Saargebiet[168]. Diese Frage konnte auch nicht von den dort verhandelnden Nationen[169] mit uns weiter vorwärts gebracht werden, weil die Herren sich auf den Standpunkt stellten, den ich anerkennen mußte: es ginge schon außerordentlich weit, daß sie in Bezug auf den Artikel 16 eine derartige Erklärung abgäben, schließlich seien sie nicht der Völkerbund, und wenn sie auch noch in anderen Fragen für die Öffentlichkeit Erklärungen abgäben, entspräche das einer Situation, daß der Hauptaktionär einer Gesellschaft, der mit seinen Freunden die Mehrheit des Aktienkapitals hat, vorher bekanntgibt, wen er in der nächsten Sitzung in den Aufsichtsrat wählen würde. Selbst wenn man glaube, die Mehrheit zu haben, brächte man das nicht zum Ausdruck, und sie würden ihre Stellung im Völkerbund erschüttern, wenn sie zum Ausdruck brächten, daß andere Nationen eigentlich wenig zu sagen hätten. Sie würden sich in der nächsten Plenarsitzung heftigen Interpellationen ausgesetzt sehen.

---

[166] Zu den Verhandlungen über die Luftfahrtfrage (die Abgrenzung zwischen den Deutschland nach dem Versailler Vertrag verbotenen Militärflugzeugen und den erlaubten Zivilflugzeugen) vgl. zuletzt die telegraphischen Berichte der Botschaft Paris vom 18. und 20. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 617–618 u. Anm. 2).

[167] Zur Note der Botschafterkonferenz vom 24. Juni 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 408–409.

[168] Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 wurde das Saargebiet für 15 Jahre bis zu einer Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit dem Völkerbund unterstellt; Frankreich erhielt für diese Zeit das Eigentum an den Kohlengruben. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt (Text der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

[169] Gemeint ist offenbar: von den in Locarno verhandelnden Nationen. – In Locarno war die Saarfrage zwar von Stresemann bei einem Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 angesprochen, aber nicht weiter vertieft worden (vgl. oben Anm. 16).

Im übrigen war die Frage der Verkürzung der Abstimmungsfrist im Saargebiet für uns gar nicht mehr so vordringlich, nachdem die Delegierten des Saargebiets nach Locarno gekommen waren[170], um uns zu sagen, daß ihnen nichts unerwünschter wäre als eine frühere Abstimmung, ehe die Räumung der dritten Zone erfolgt sei; denn sie würden ihr jetziges System unter dem Völkerbund vertauschen mit dem System eines besetzten deutschen Gebiets, und wenn der Völkerbund auch kein Ideal sei, so fühlten sie sich jedenfalls unter dem Völkerbundregime wohler als unter dem Regime des besetzten Gebiets. Sie haben erklärt, daß wir uns in einen Gegensatz zur Gesamtbevölkerung des Saargebiets stellen würden, wenn wir eine frühere Abstimmung, ehe diese Frage zu Entscheidung reif wäre, vertreten würden (Hört! Hört!). Wir haben infolgedessen diese Erklärung in die Worte gefaßt[171], daß wir gesagt haben: Wenn nach dem Inkrafttreten des Vertrags eine frühere Räumung der zweiten und dritten Zone stattfindet, muß entsprechend mit der früheren Räumung auch die Abstimmung im Saargebiet vorverlegt werden, damit das ganze Gebiet gleichzeitig an das Deutsche Reich kommt und nicht etwa diese Stufenfolge durchmacht: Völkerbundsregime, besetztes Gebiet und nachher wieder deutsches Land.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es auch Fragen gegeben hat, in denen von uns eine Bindung abgelehnt worden ist darauf, daß wir das nach Hause brächten, wohl aber zugestanden haben, daß wir darauf hinwirken würden, daß diese Dinge geregelt würden. Das bezieht sich besonders auf die Räumung der zweiten und dritten Zone. Denn ich sage ganz offen: Es hat von uns niemand daran gedacht, daß wir vor Inkrafttreten des Vertrages die anderen dahin bringen könnten, die sofortige Räumung der zweiten und dritten Zone oder eine Verkürzung der Besatzungsdauer zuzugestehen. Ich habe mich immer gewehrt, Aufträge zu übernehmen, die meiner Meinung nach außerhalb des Bereichs der Möglichkeit lagen.

Es ist weiter von dem Kollegen Lohmann[172] auf einen Artikel des „Temps“[173] hingewiesen worden, der geschrieben hätte, jetzt sei Schluß mit Konzessionen an Deutschland. Ich habe neulich wegen dieses Artikels des „Temps“ Herrn Briand inter-

[170] Vgl. etwa die Aufzeichnung Stresemanns vom 14. Oktober 1925 über Gespräche mit einer Delegation der Saarländer (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 700–701).

[171] Auf welche „Erklärung“ sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[172] Walter Lohmann (1861–1947), Amtsgerichtsrat in Weilburg; Mitglied im Zentralvorstand der DVP. – Sein Beitrag in der vorangegangenen Aussprache in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 625–626.

[173] Vermutlich bezieht sich Stresemann (und bezog sich vorher Lohmann) auf verschiedene Leitartikel dieses Tenors in „Le Temps“, so zuletzt etwa LE TEMPS, Nr. 23473 vom 18. November 1925, S. 1, u. Nr. 23476 vom 21. November 1925, S. 1.

pellieren lassen durch die Deutsche Botschaft[174], und Herr Briand hat erwidert, was übrigens jedem Kenner der französischen Verhältnisse bekannt ist, daß der „Temps“ nicht nur nicht mehr Regierungsorgan, sondern ein Blatt der Opposition gegen das Kabinett Briand sei, und wenn wir zu wissen wünschten, was er dächte, möchten wir den „Quotidien“ und die „Ere Nouvelle“, aber nicht den „Temps“ lesen. Er hat speziell darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe von Zeitungen in Paris, „Temps“, „Echo de Paris“ und andere alles täten, um den Vertrag zu Fall zu bringen und vielleicht auch von dem Gesichtspunkt ausgingen, durch ihre eigene Auslegung der Vertrags die Stimmung für die Annahme in Deutschland zu verringern.

Ich bin weiter gestern persönlich interpelliert worden über die Äußerung, die der Arbeitsminister Brauns[175] auf dem Parteitag des Zentrums gemacht hat über ein an die deutschen Delegierten gerichtetes Telegramm[176]. Die Mitteilungen des Arbeitsministers Brauns, so, wie sie in der Presse wiedergegeben sind, entsprechen insoweit nicht den Tatsachen, als der Inhalt des Telegramms etwas anders war, als er es gesagt hat. Es waren eine ganze Reihe von Möglichkeiten an die Hand gegeben. Es war gesagt, wir möchten sehen, ob es nicht möglich sei, das Protokoll zu zeichnen, aber die einzelnen Verträge als Anlage zum Protokoll beizufügen. Es war zweitens die Frage aufgeworfen, ob Deutschland nicht eine zu weite Bindung eingehe, wenn für Deutschland der Reichskanzler und der Außenminister paraphierten, während für die anderen Nationen nur die Außenminister paraphieren[177]. Es wäre besser, wenn Stresemann allein paraphierte, wenn der Reichskanzler nicht mitparaphierte (Rufe: Aha!). Der Reichskanzler hat die Frage, ob wir gemeinschaftlich paraphieren sollten oder nicht, ebenfalls mit mir besprochen[178], unbeschadet dieses erst später eintreffenden Telegramms, und er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß, nachdem er

---

[174] Die betreffende Weisung und die nachfolgend erwähnte Antwort Briands konnten nicht ermittelt werden.

[175] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Zur Rede Brauns auf dem Reichsparteitag des Zentrums vom 17. November 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 166; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 546 (Morgenausgabe) 18. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21976 (Morgenausgabe) vom 18. November 1925, S. 4. – Die Interpellation Stresemanns vom Vortag konnte nicht ermittelt werden.

[176] Zu diesem Telegramm als Ergebnis der Ministerbesprechung vom 16. Oktober 1925 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 768–772 u. Anm. 7.

[177] Der „Sicherheitspakt“ (der Hauptvertrag von Locarno) war von deutscher Seite sowohl von Luther als auch von Stresemann paraphiert worden; die übrigen Verträge paraphierte für die deutsche Delegation lediglich Stresemann (LOCARNO-KONFERENZ S. 198–214).

[178] Zur Verständigung Luthers mit Stresemann über diese Frage vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten vom 16. Oktober 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 779–800).

die ganzen Verhandlungen mitgeführt hätte, sein Zurücktreten von der Paraphe im letzten Augenblick nur nach außen den Eindruck machen würde, als behielte sich Deutschland irgendeine Hintertür der Desavouierung seiner Delegierten vor. Wir hatten die Möglichkeit, einen Delegierten zu entsenden, wir hatten die Möglichkeit, drei zu entsenden, was ich angeregt habe. Wir haben zwei entsandt. Wenn zwei das Deutsche Reich vertreten, haben sie auch gemeinschaftlich die Verantwortung auf sich zu nehmen. Infolgedessen ist auch die Paraphierung von uns beiden erfolgt. Es ist, was auch Herr Brauns in dem sonst mißverständlichen Ausdruck: das Ganze wäre nicht wesentlich gewesen, anerkennt, dieserhalb uns gegenüber nicht eine Rekrimination erfolgt.

Ich darf dabei allgemein bemerken: Es ist natürlich überhaupt sehr schwer, Verhandlungen draußen zu führen und gleichzeitig in Verbindung zu bleiben mit dem Kabinett, das wohl schriftliche Berichte erhält durch einen Mittelsmann[179], der auch gewisse persönliche Eindrücke übermitteln kann, das aber doch nicht mit dem ganzen Geist dieser Verhandlungen und mit der ganzen Arbeit der Verhandlungen vertraut ist. Ich bin persönlich der Meinung, daß man, was immer in Zukunft an internationalen Verhandlungen kommt, die Verantwortung dafür, was man aufgrund von Verhandlungen tut, unbedingt denen überlassen muß, die die ganze Situation allein zu übersehen vermögen und die natürlich mit ihrer Person auch die volle Verantwortung für das tragen, was sie tun (Zustimmung). Es ist das Recht, Delegierte zu desavouieren, es ist aber ein falsches Recht, einem Delegierten hineinzusprechen in die Situation, die nur er allein zu beurteilen vermag. Eine Paraphierung nur durch mich oder die Ablehnung der Paraphierung wäre meiner Meinung nach das Ungeschickteste und Falscheste gewesen, was wir hätten tun können. Wir haben deshalb auch Wert gelegt auf die Paraphierung, weil der Vertrag mit vielen Gesichtspunkten von uns durchgesetzt war und die Nichtparaphierung doch nicht nur die Möglichkeit gab, von uns mehr hineinzusetzen, sondern auch die Möglichkeit für die anderen, von den Konzessionen wieder zurückzutreten.

Ich bin weiter gebeten worden[180], auf das zurückzukommen, was ich wohl übersehen hatte, nämlich noch einmal zu sprechen von den Motiven, die überhaupt für die ganze Änderung der Stellung uns gegenüber in Betracht kämen. Auch diese Ausfüh-

[179] Während der Konferenz von Locarno informierte Franz Kempner, Staatssekretär der Reichskanzlei, regelmäßig schriftlich die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt und das Büro des Reichspräsidenten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 720, Anm. 1).

[180] Vermutlich bezieht sich Stresemann im Folgenden auf den Beitrag Sorges in der vorangegangenen Aussprache (vgl. oben Anm. 138).

rungen kann ich nur in gewissen großen Zügen machen. Ich möchte sie so darlegen: Wir sind heute, wie Sie alle wissen, wirtschaftlich in bezug auf die Kreditnot in einer Weise niedergebrochen, wie es kaum erträglich ist. Gleichzeitig ist Frankreich in bezug auf seine Staatsfinanzen ungefähr ebenso niedergebrochen[181]. Das Halten der französischen Währung ist **das** französische Problem. Und da andere Völker nicht so leicht sich proletarisieren lassen wie das deutsche, würden, wenn in Frankreich eine Entwicklung einträte, die der Entwicklung, wie wir sie hinter uns haben[182], gliche, wahrscheinlich Umwälzungen möglich sein, deren Endergebnis gar nicht abzusehen ist. Die Leute kämpfen einen Verzweiflungskampf um die Haltung ihrer Währung. Sie sind, wie wir, angewiesen auf eine schonende Behandlung ihrer Staatsgläubiger, sei es England, sei es Amerika. Die Entsendung von Caillaux[183] wegen der Zinszahlungen an die Vereinigten Staaten, die jetzt beginnen, legt davon Zeugnis ab.

Sie haben aber weiter die Empfindung, daß sie wirtschaftlich nicht wieder in die Höhe kommen, wenn in diesem, wie oft gesagt ist, balkanisierten Europa eine Zollpolitik sich lediglich auf den inneren Markt legt, alles sich gegeneinander abschließt und die kaufärmer gewordenen Völker die alleinige Basis der Wirtschaft sind. Ihnen schwebt eine weitgehende Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie vor. Das ist auf verschiedenen Gebieten durchgeführt. Das soll weiter durchgeführt werden, nach ihrer Ansicht in ganz großzügiger Weise. Sie haben nun die Empfindung, daß sowohl mit ihrem eigenen Kreditbedürfnis, als mit diesem Wunsch nach einer Kooperation mit der deutschen Wirtschaft, ein Kriegszustand mit Deutschland, wie er doch de facto noch bestand, nicht verträglich ist, daß sie den Frieden in Europa als Grundlage brauchen für ihr eigenes Kreditbedürfnis, daß sie aber auch eine Verständigung mit Deutschland brauchen für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Aus dem Grunde werden Sie finden, daß, mehr als in England, augenblicklich die Stimmung in Frankreich in weitgehendem Maße für ein Zusammengehen mit Deutschland sich ausspricht, sogar mit einer gewissen Zielsetzung gegen England

---

[181] Frankreich war im Herbst 1925 von einer schweren Währungs- und Finanzkrise betroffen; Uneinigkeit in der Regierungskoalition über die Behebung dieser Krise und die Niederlage in einer Vertrauensabstimmung in der Kammer führten dazu, daß das Kabinett Painlevé am 22. November 1925 seine Demission einreichte (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 290–192).

[182] Gemeint sind die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[183] Joseph Caillaux (1863–1944), französischer Finanzminister u.a. 17. April – 27. Oktober 1925 u. 23. Juni – 17. Juli 1926. – Caillaux war vom 16. September bis 10. Oktober 1925 nach Washington gereist, um dort Zugeständnisse in der Frage der französischen Schulden gegenüber den USA aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu erlangen (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 288).

und für Deutschland, weil ja Verbündete vielfach eher auseinander geraten als Gegner, wenn sie sich aus irgendwelchen Interessen wieder zusammenfinden. Gleichzeitig geht ein Bestreben Englands, mit uns wirtschaftlich anzuknüpfen, [hervor][184] aus der Angst, daß wir mit Frankreich allein irgendeinen gegen England gerichteten Trust bilden könnten. Aus dieser Situation ergibt sich ein gewisses Umwerben Deutschlands, und im Hintergrund steht die große Macht der Vereinigten Staaten, die ihrer ganzen Ideologie nach pazifistisch eingestellt ist und bei der das Wunderbare sich immer begibt, daß ihr Idealismus mit den materiellen Interessen des Landes sich vereinigt, sodaß sich daraus eine wunderbare Staatsreligion formen läßt.

So kommen diese Faktoren zusammen. Und sehen Sie, daß wir in dieser Situation nicht den europäischen Frieden schlossen, gezwungen, mürrisch, unter den schwersten Bedingungen, sondern daß die Initiative bei uns lag, ist für die psychologische Haltung der Masse in den Vereinigten Staaten die beste Propaganda, die wir gegen die Kriegsschuldlüge machen können, besser als alle Broschüren, die wir versenden.

Das sind die Zusammenhänge, die heute bestehen, und nichts finde ich törichter, als wenn davon gesprochen wird, wie ich in der „Bergwerkszeitung“[185] gelesen habe: Man wolle sich national geben, aber das Unglück sei, daß man so scheußlich materiell und wirtschaftlich eingestellt sei. Der beste nationale Idealismus nutzt uns zur Befreiung unseres Volkes gar nichts, wenn das Volk nichts zu essen hat und verhungert. Diese beiden Dinge müssen zusammengehen: erst eine gesunde Politik der Lebensmöglichkeiten, um sich und die Nachkommenschaft weiterzubringen, und dann auch erfüllt sein von dem Lebenswillen, sich politisch wieder durchzusetzen. Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.

Ich möchte dann den Entwurf einer Entschließung vorlegen. Ich bitte, nicht zu erschrecken, wenn sie etwas lang ist, denn ich bin der Meinung: Gegenüber der Irreführung der öffentlichen Meinung ist es unbedingt notwendig, daß wir rein sachlich und nüchtern die Gesichtspunkte auseinandersetzen, die uns zu diesem Ja veranlassen. Es kommt nicht darauf an, daß irgend ein Wort nach außen kommt von Vertrauen zu den Delegierten oder anderen Dingen; denn ich wäre der Meinung, Sie hätten gar nicht das Recht, aus einer persönlichen Stellungnahme mir gegenüber

[184] So in der Vorlage.

[185] Der betreffende Artikel in „Deutsche Bergwerkszeitung. Industrie- und Handelsblatt“ konnte nicht ermittelt werden.

eine andere als rein sachliche Entschließung zu fassen. Und da wir, Gott sei Dank, seit Jahren in unserer Partei völlig einig sind, können wir uns dieses Vertrauensvotum vollkommen schenken. Dagegen ist es möglich, vor der ganzen Öffentlichkeit zu sagen: Weshalb stimmen wir zu, was bedeutet der Vertrag, welches sind seine Konsequenzen. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Entschließung abgefaßt, die folgendermaßen lautet: […][186] (Lebhafter Beifall).

[…][187]

Dr. Stresemann: Ich will kein Schlußwort sprechen. Es ist ja bei der zutage getretenen großen Einmütigkeit gar nicht notwendig. Ich will nur auf einige Fragen antworten, die im Laufe der Debatte angeregt sind.

Die erste Frage[188] ist die: Wie steht es mit der Grenze im Norden? Damit ist wohl die dänische Grenze gemeint. Über die ist in Locarno nicht gesprochen worden. Dänemark hat uns angeboten, einen Schiedsvertrag mit uns zu schließen[189]. Der dänische Außenminister Graf Moltke[190] hat das im dortigen Parlament mitgeteilt. Wir würden bezüglich des Schiedsvertrags mit Dänemark von denselben Gesichtspunkten ausgehen wie bei den Schiedsverträgen mit dem Osten und Südosten, nämlich, daß wir einen Schiedsvertrag selbstverständlich schließen, daß aber dieser Schiedsvertrag irgendeine Anerkennung der Grenze oder Ausschließung der Kriegsmöglichkeit nicht in sich begreift.

Es ist weiter gefragt[191], wie es mit den Kolonien stände. Bei den Beratungen in

---

[186] So in der Vorlage. Danach fehlt in der Vorlage sowie in deren Archivvorlage der Text der Entschließung. Der vollständige Text ist wiedergegeben in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 647–648. Ihr wesentlicher Inhalt besteht darin, Stresemann sowohl im Hinblick auf die Verträge von Locarno zu bestärken und die Rückwirkungen, insb. im Hinblick auf die besetzten Gebiete, einzufordern als auch die Haltung des Außenministers gegenüber der DNVP, die er in seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, zu bestätigen.

[187] Nach einer weiteren kurzen Debatte (Text ebd., S. 638–644; aus den Antworten Stresemanns erschließt sich allerdings, daß die Vorlage nicht alle Debattenbeiträge enthält) erteilt Scholz wieder Stresemann das Wort.

[188] Stresemann bezieht sich wohl auf die in der vorangegangenen Anm. genannte Debatte; die entsprechende Frage findet sich jedoch nicht in der Vorlage.

[189] Zu entsprechenden Verhandlungen vgl. zuletzt den Bericht des Gesandten Mutius vom 8. Juli 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 550–551 u. insb. Anm. 6).

[190] Carl Poul Oscar Graf Moltke (1869–1935), dänischer Außenminister 23. April 1924 – 3. Dezember 1926. – Zur nachfolgend erwähnten Rede Moltkes im dänischen Parlament vom 3. November 1925 vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 322; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 522 (Morgenausgabe) vom 4. November 1925.

[191] Auch diese Frage der vorangegangenen Debatte findet sich nicht in der Vorlage (vgl. oben Anm. 187 u. 188).

Locarno[192] habe ich im Sinne des Memorandums der deutschen Reichsregierung vom September vorigen Jahres[193] erklärt, von welchen Gesichtspunkten wir ausgingen, wenn wir in den Völkerbund eintreten würden, und dabei insbesondere auch betont, daß wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, Kolonialmandate zu erhalten. Auf diese Rede ist Herr Briand eingegangen und hat in Bezug auf die Kolonialfrage erklärt: Kein Mensch in der Welt kann Ihnen das Recht bestreiten, das Sie in Ihren Ausführungen für Deutschland in Anspruch nehmen. Es ist eine weitere Äußerung nicht erfolgt. Wir haben die Äußerung des Herrn Briand protokolliert[194]. Wir standen vor der Frage, ob wir in Locarno selbst die Frage der Kolonien weitertreiben sollten. Ich habe das mit vollem Bewußtsein nicht getan, weil ich der Überzeugung bin, daß heute die Dinge so liegen, daß dieser Anspruch Deutschlands gar nicht mehr bestritten wird, daß wir vielleicht sogar vor der Situation stehen, daß die anderen, was aus dieser emphatischen Betonung hervorging, ganz gern gesehen hätten, uns auf die Kolonialfrage mehr zu drängen und die Rheinlandfrage demgegenüber zurücktreten zu lassen. Zudem hätten sie uns nichts weiter als eine Bestätigung geben können, da die Entscheidung darüber dem Völkerbund obliegt.

Wir sind seitens des Auswärtigen Amtes vor längerer Zeit schon mit maßgebenden Kolonialfreunden in Verbindung getreten[195] und haben ihnen gesagt, daß es nicht darauf ankommt, Resolutionen zu fassen für den Erwerb von Kolonien, sondern sich zu überlegen, welche Kolonialgebiete für uns in erster Linie in Frage kommen. Ich möchte darüber, über die Antworten, die uns gegeben sind, mich im einzelnen nicht aussprechen. Sie können die Änderungen in der Auffassung über die Kolonien daraus ersehen, daß uns in Kamerun bei einer Auktion in London der wesentlichste Teil der früher in deutschem Besitz befindlichen Plantagen wieder zugesprochen worden ist und daß wir dort wohl ein Jahr deutscher Pflanzerarbeit hinter uns ha-

---

[192] Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden auf die 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925, in der der deutsche Völkerbundsbeitritt und die dafür von Deutschland geforderten Bedingungen diskutiert wurden (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[193] Stresemann bezieht sich auf das Memorandum, das er am 25. September 1924 den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates übersandte mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[194] Vgl. oben mit Anm. 192, wobei es sich nicht um ein eigentliches Protokoll handelte, sondern – da gemeinsame Protokolle auf der Konferenz nicht geführt wurden – um eine deutsche Sitzungsniederschrift.

[195] Einzelheiten dazu konnten nicht ermittelt werden.

ben[196]. Es werden demnächst neue Auktionen in einer anderen Kolonie bevorstehen. Es haben sich Käufer überhaupt nicht gefunden. Man wird sehr dankbar sein, wenn deutsche Käufer sich melden. Es besteht auch bei den Staaten, die heute Mandatare sind, die Absicht, das Mandat an den Völkerbund zurückzugeben, weil man eingesehen hat, daß zur Führung von Kolonien Erfahrungen gehören, daß sie sonst sehr unangenehme Anhängsel sein können. Ich würde deshalb der Meinung sein, daß man wohl von dem Anspruch Deutschlands sprechen sollte, aber jetzt nicht mehr in der Form einer Bitte, eines Desideriums, sondern in der Form der Selbstverständlichkeit, die sich ergäbe aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund[197], wobei ich bemerken möchte: Die Frage des Völkerbundes – man kann ja nicht auf alle Gesichtspunkte eingehen – steht für mich einfach so: wo können wir mehr erreichen, drinnen oder draußen? und nicht so: sind mir die Leute sympathisch, mit denen ich dort zusammenarbeite? Das ist die falsche Einstellung, die auch hier wieder auf deutschnationaler Seite besteht.

Was die Minderheitenfrage betrifft, so haben die Herren sich den Spaß erlaubt, noch kurz vor unserem Eintritt in den Völkerbund eine Bestimmung zu treffen, wonach in dem Dreierausschuß, der zuerst entscheidet über die Ansprüche von Minderheiten, die rassenverwandten Mächte nicht vertreten sein sollen[198]. Aber jede Entscheidung dieses Dreierausschusses kann angefochten werden von jedem Mitglied des Völkerbundsrates. Ebenso kann jede im Völkerbundsrat vertretene Macht verlangen, daß eine Frage überhaupt nicht vor den Dreierausschuß kommt, sondern sofort im Völkerbundsrat verhandelt wird. Wir haben also die Möglichkeit, jede Frage, die von Bedeutung erscheint, dem Dreierausschuß zu entziehen und sie sofort vor den Völkerbundsrat zu bringen. Außerdem steht der Dreierausschuß dauernd unter

---

[196] Stresemann bezieht sich auf die Londoner Versteigerung ehemals deutscher Plantagen in Kamerun im Herbst 1924, für die sich ehemalige deutsche Besitzer zu einer Art Genossenschaft zusammengeschlossen hatten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 529–531). Einem Artikel in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 248 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1925, ist zu entnehmen, daß es dort gelungen war, „die ehemaligen deutschen Pflanzungen in Kamerun bis auf eine wieder in deutschen Besitz zu bringen“, und daß die Besitzer im März 1925 in Kamerun eingetroffen waren. – Zu dieser Geschichte des Wiedererwerbs, der offenbar auch mit einem Kredit aus Reichsmitteln getätigt wurde, vgl. auch den Bericht des „Vorsitzenden der Vereinigung Kameruner Pflanzer“: Wilhelm Kemner: Deutscher Wiederaufbau in Kamerun. In: Das Buch der deutschen Kolonien. [...] 3. Aufl. Leipzig 1937, S. 326–335; die Wiederbeschaffung: S. 328–329.

[197] Das Inkrafttreten des Vertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[198] Zu Einzelheiten dieser Änderung des Völkerbundssatzung vom 10. Juni 1925 vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 22. August 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 58–61 mit den dortigen Anm.

der Gefahr, daß, wenn seine Entscheidungen nicht objektiv sind, Deutschland sie anfechtet und dem Völkerbundsrat übertragen läßt.

Wenn ich daran denke, daß die ganzen Fragen der Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Italien, auch jetzt unter einer Nachprüfung Deutschlands stehen, daß es in der Lage ist, im Völkerbundsrat die Leute zur Verantwortung zu ziehen, ihnen zu sagen: Ihr habt eure internationalen Verträge[199] nicht gehalten, dann glaube ich, daß die deutschen Minderheiten in erster Linie aus realpolitischen Rücksichten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintreten sollten.

Nun sagt die Linke: Das haben wir schon immer gesagt. Mir haben auch manchmal in der Partei einzelne Persönlichkeiten bei irgendeiner Entwicklung gesagt, sie hätten das schon vor drei Jahren gesagt. Ich habe gesagt: Damals war es aber falsch. Es ist nämlich gar nicht richtig, daß etwas richtig gewesen wäre im Jahre 1922, was im Jahre 1925 richtig ist. Wir mußten aufgefordert werden, in den Völkerbund einzutreten, nachdem man uns zunächst 1919 zurückgewiesen hatte[200]. Wir konnten nicht als Bittsteller kommen und sagen: bitte, nehmen Sie uns auf, sondern wir mußten erst in eine Situation als Großmacht gekommen sein, die uns in die Lage versetzte, Bedingungen zu stellen. Und daß, ehe wir ein Eintrittsgesuch stellten, zehn Großmächte sich schriftlich verpflichtet haben, Deutschland den permanenten Sitz im Völkerbundsrat zu geben[201], zeigt doch auch schon den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgeltung. Heute treten wir durch das Haupttor ein, und früher hätten wir bittend an der Nebentür gestanden. Das ist der Unterschied, warum es heute richtig ist und damals nicht richtig war. Und wenn wir durch die Entwicklung der Verhältnisse in der Lage sind, auf die Mitwirkung anderer Mächte zu rechnen, wird auch diese Tätigkeit eine ersprießliche sein können. Nun kommen da allerhand Einwendungen: Ungarn hätte auch nichts erreicht[202]. Etwas mehr Bedeutung als Ungarn

---

[199] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[200] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[201] Zu den Antworten der Ratsmächte auf das in Anm. 193 genannte Memorandum vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425 mit den zugehörigen Anm.).

[202] Ungarn war im September 1922 dem Völkerbund beigetreten (vgl. SCHULTHESS 63 [1922], S. 319).

hat das Deutsche Reich denn doch noch, und es ist etwas ganz anderes, ob in dem Gremium, wo die Entscheidungen fallen, im Völkerbundsrat, eine Macht vertreten ist mit dem, was sie noch an wirtschaftlicher Großmachtstellung hat, oder ob das klein gewordene Ungarn dort für sein Recht kämpft.

Die Wahl der Persönlichkeiten, die Deutschland im Völkerbund zu vertreten haben, ist eine sehr wichtige Frage für die nächste Zeit, und ich würde es sehr begrüßen, wenn die Partei und die Fraktion ihren Einfluß dafür einsetzte, diese Frage aus der Parteipolitik auszuscheiden, denn es kommen schon wieder Leute, die am liebsten diese Sitze nach der Fraktionsstärke verteilen möchten. Jedenfalls bietet der Völkerbund bei alldem, was sich da an Schwierigkeiten uns entgegengestellt hat, ungeahnte Möglichkeiten. Das wird Jahre dauern, das wird alles etappenweise vor sich gehen. Aber ich muß heute sagen, es wäre vollkommen verfehlt, draußen zu bleiben, wenn man drinnen wirken kann.

Es ist eine weitere Frage[203] an mich gestellt, eine Frage heikler persönlicher Art. Es ist die Frage, wie der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Reichspräsident, sich zu diesen Dingen stellt. Diese Frage ist, glaube ich, beantwortet durch die Entscheidungen des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten, also mit seiner Zustimmung, gefallen sind[204]. Daß der Reichspräsident unter der Entwicklung persönlich außerordentlich leidet, werden Sie verstehen. Denn schließlich ist er ja gerade von denen berufen worden, die ihn heute im Stich lassen. Daß der Reichspräsident schwere Bedenken zu überwinden gehabt hat, um den Dingen zuzustimmen, ich glaube, das ist kein Geheimnis, das teilt er mit vielen, auch mit vielen von uns. Denn schließlich liegen die Dinge nicht so klar und so risikolos und schließlich gibt es bei einem solchen entscheidungsvollen Schritt verschiedene Möglichkeiten, die der einzelne sich erwägt, und jeder wird vor seiner Urteilsfällung sich das Für und Wider reiflich erwogen haben. Der Reichspräsident hat sich jede Stellungnahme vorbehalten bis zum Schluß, und er ist dann am Schluß seinem Kabinett beigetreten und hat die Erklärung abgegeben, daß wir von seiner Zustimmung öffentlich Gebrauch machen können (Bravo!). So steht er mit hinter der Politik, und ich muß nur wieder sagen: Wenn ich mir vorstelle, daß wir in der früheren geschlossenen Front mit dem Mann aus der alten großen Zeit jetzt eintreten könnten in diese

[203] Auch diese Frage der vorangegangenen Debatte findet sich nicht in der Vorlage (vgl. oben Anm. 187).

[204] Vgl. zur abschließenden Beschlußfassung den Kabinettsrat beim Reichspräsidenten vom 22. Oktober 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 792–793).

neue Ära, dann wäre damit eine moralische Stellung Deutschlands gegeben gewesen, die uns ganz andere Zukunftsmöglichkeiten gegeben hätte als bei dem heutigen traurigen Zustand der Dinge. (Beifall.)

[…][205]

[205] Der Vorsitzende Scholz läßt abschließend über die von Stresemann vorgelegte Entschließung (vgl. oben mit Anm. 186) abstimmen, die einstimmig angenommen wird, und schließt danach die Sitzung (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 647–648). – Der Text der Resolution wird bereits am nächsten Tag veröffentlicht (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 554 [Abendausgabe] vom 23. November 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 522 [Abendausgabe] vom 23. November 1925).

## Reichstagsrede vom 24. November 1925[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4530–4539. – Druck (mit einer kurzen Auslassung) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 525 (Morgenausgabe) vom 25. November 1925. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 245; SCHULTHESS 66 (1925), S. 177–180; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 557 (Morgenausgabe) vom 25. November 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21983 (Morgenausgabe) vom 25. November 1925, S. 3–4.

*Verteidigt, nicht schon 1924 dem Völkerbund beigetreten zu sein. Der drohende antideutsche Pakt wurde durch Locarno abgewendet. Weist die deutschnationale Kritik zurück: Der Vertrag von Locarno schließt Grenzrevision nicht grundsätzlich aus. Die Erwähnung des Versailler Vertrags bedeutet keine freiwillige Anerkennung dieses Vertrags durch Deutschland und insbesondere nicht des Kriegsschuldvorwurfs. Der Handelsvertrag mit Rußland und die Interpretation des Art. 16 der Völkerbundssatzung sind Belege dafür, daß Deutschland sich durch Locarno nicht in einen antikommunistischen Block ziehen ließ, den ohnehin niemand bilden will. Die bevorstehende Räumung der Kölner Zone und die Einigung in der Entwaffnungsfrage hat Deutschland nicht erkauft. Die Paraphierung der Verträge war legitim und notwendig. Deutschland ist zur Teilnahme an einer Weltwirtschaftskonferenz bereit. Der „Geist von Locarno" führt idealistische Motive und materielle Interessen zusammen.*

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner[2] hat in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß man zweifelhaft darüber sein könne, ob der Weg, den die deutsche Außenpolitik im letzten Jahre gegangen sei, ein richtiger gewesen wäre. Er hat insbesondere die Frage aufgeworfen, ob man nicht mehr hätte erreichen können, wenn man der Anregung gefolgt wäre, die vor etwa 5/4 Jahren, im September vorigen Jahres, auf der Völkerbundstagung in Genf an Deutschland ergangen sei[3]. Vielleicht – so habe ich den

---

[1] Stresemann sprach in Rahmen der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die am Vortag mit einer Rede des Reichskanzlers Luther begonnen hatte. – Der Gesetzentwurf, über den beraten wurde, liegt vor in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1515 (mit eigener Seitenzählung).

[2] Erich Koch(-Weser) (1875–1944), Reichsinnenminister 1919–1921; Reichsjustizminister 28. Juni 1928 – 13. April 1929; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP; deren Vorsitzender 1924–1930). – Sein Debattenbeitrag ebd., Bd. 388, S. 4524–4530.

[3] Vor der Völkerbundsversammlung hatte im September 1924 insbesondere der britische Premierminister MacDonald auf die Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund hingewiesen

Herrn Vorredner verstanden – hätte man dann bei einem **Eintritt in den Völkerbund** alle diejenigen Fragen lösen können, die unter so großen Schwierigkeiten von dem Februarmemorandum[4] an bis zum heutigen Tage zum Pakt von Locarno[5] geführt haben.

Mir liegt daran, gegenüber dieser Fragestellung folgendes festzustellen: Auf der Tagung des Völkerbundes im September vorigen Jahres ist allerdings ein Appell an Deutschland ergangen, dem Völkerbund beizutreten, und zwar ist dieser Appell erhoben worden von dem Ersten Minister Englands, von Herrn MacDonald[6]. Dieser Appell ist damals der deutschen Regierung ganz überraschend gekommen, da gar kein Zweifel vorliegt nach den Erklärungen, die die damaligen drei Londoner Delegierten[7] – Marx[8], Dr. Luther[9] und ich – übereinstimmend abgegeben haben, daß unsere Erwartungen bei unserem vierzehntätigen Aufenthalt in London, irgendeine Andeutung über den Wunsch des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu hören, nicht in Erfüllung gegangen sind. Aber, Herr Kollege Koch, die damalige deutsche Reichsre-

---

(Text seiner Rede vom 4. September 1924 in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[4] Stresemann bezieht sich auf die Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend initiativ geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein" garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[5] Texte des paraphierten Schlußprotokolls und der angehängten Verträge, die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vom 5. bis 16. Oktober 1925 in Locarno tagenden Konferenz paraphiert wurden, u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. S. 197–215; auch in der oben Anm. 1 genannten und dem Reichstag vorliegenden Drucksache.

[6] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[7] Gemeint sind die deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, auf der der „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt wurde; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei" für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[9] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

gierung ist dieser Anregung, als sie kam, sofort nachgegangen. Sie werden sich der Zeit erinnern, da Herr Nansen[10] bei dem Herrn Reichskanzler Marx in Sigmaringen erschien. Die damaligen Anregungen haben ja auch zu einem Dokument geführt, das heute noch im Mittelpunkt der Politik steht, nämlich zu dem **Septembermemorandum[11]** an den Völkerbund, worin wir dargelegt haben, unter welchen Gesichtspunkten wir im Völkerbund mitzuwirken wünschen. Das Entscheidende an diesem Memorandum war zunächst die Erklärung der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund, die hier klar und deutlich ausgesprochen wurde. Weiter war aber von Bedeutung, daß schon damals für uns die Fragen auftauchten, die jetzt den Gegenstand so heftiger Kämpfe im deutschen Volke bilden: Wie wird es mit unserem **Verhältnis zu Rußland,** wenn wir im Völkerbund sind? Können wir in den Völkerbund eintreten, wenn wir nicht einen permanenten Sitz im Völkerbundsrat[12] haben? Müssen wir uns, wenn wir diese grundsätzliche Bereitschaft aussprechen, nicht davor schützen, daß sie etwa als eine freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages[13] oder eine Anerkennung irgendeiner moralischen Schuld Deutschlands, soweit sie in diesem Vertrag zum Ausdruck gebracht ist, gedeutet wird? Insofern kann man, Herr Kollege Koch, wohl nicht sagen, daß wir einen besseren Weg gegangen wären, wenn wir damals sofort dem Völkerbund beigetreten wären. Wir konnten uns schließlich nicht telegraphisch anmelden, sondern es kam darauf an, diese Fragen zu klären.

Die Regierung des Herrn Reichskanzlers Luther ist in bezug auf den Völkerbund in keiner Weise von den Linien abgewichen, die wir damals in einer Sitzung festgestellt

---

[10] Fridtjof Nansen (1861–1930), norwegischer Polarforscher; Delegierter für Norwegen beim Völkerbund seit 1920; Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen 1921–1927. – Zum nachfolgend erwähnten Besuch Nansens bei Marx in dessen Urlaub (tatsächlich wohl in Heiligenberg und nicht in Sigmaringen) am 20. September 1924 vgl. die Berichte des Reichskanzlers im Ministerrat vom 23. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1051 u. 1058) sowie den Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 451 (Abendausgabe) vom 22. September 1924.

[11] Stresemann bezieht sich auf das Memorandum, das er am 25. September 1924 den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates übersandte mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[12] Laut Art. 4 der Satzung des Völkerbundes sollten die alliierten und assoziierten Hauptmächte ständige, vier weitere Bundesmitglieder befristet gewählte Mitglieder des Völkerbundsrates sein; mit Mehrheit der Völkerbundsversammlung konnten jedoch weitere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gewählt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 10).

[13] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. ebd. – Die nachfolgend angesprochene moralische Schuld Deutschlands bezieht sich auf den „Kriegsschuldartikel“ 231 (ebd., S. 211).

haben, der der verstorbene Herr Reichspräsident Ebert[14] vorgesessen hat. Es ist eine vollkommen gerade Linie seit jener Zeit durchgehalten worden. Nun könnten Sie, Herr Kollege Koch, mir noch entgegenhalten: Wenn du glaubtest, da dieser Weg zum Ziele führte, war es dann nötig, darüber hinaus andere Bindungen einzugehen. Meine Damen und Herren! Es ist kürzlich, und zwar in einer meiner Partei nahestehenden großen deutschen Zeitung[15], dem Zweifel Ausdruck gegeben worden, ob bei einem Fehlen der deutschen Initiative[16] mit einem einseitigen Zusammengehen der Alliierten gegen Deutschland zu rechnen gewesen wäre[17]. Diese Frage wird restlos gar nicht geklärt werden können; wenn aber der Herr Kollege Koch davon sprach, daß ein Volk in der Außenpolitik zu den Führern Vertrauen haben müsse, dann kann man doch auch vom Amt, das nun einmal dazu bestimmt ist, die Weltvorgänge zu beobachten, Glauben schenken, wenn es zu der Überzeugung gekommen ist: es war Zeit für ein deutschen Eingreifen, wenn nicht ein einseitiges Eingreifen der anderen Seite gegen uns erfolgen sollte. Ich darf zum Beweise dafür auf die Präambel zum Vertrag von Locarno[18] hinweisen und auf jenen Artikel 31 des Versailler Vertrags, der uns zwang, alles anzuerkennen, was die Alliierten etwa beschließen würden, um ihrerseits an die Stelle der aufgehobenen belgischen Neutralität neue Verträge zu setzen[19]. Das verbreitetste französische Blatt[20] brachte, als Locarno zu Ende war, zum

---

[14] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Mit der Sitzung, auf die sich Stresemann bezieht, meint er den Ministerrat vom 23. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1051 u. 1058).

[15] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die „Kölnische Zeitung“ (vgl. in dieser Edition seine Rede vor dem Zentralvorstand der DVP in Berlin vom 22. November 1925). Der betreffende Artikel konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[16] Gemeint ist die Sicherheitspakt-Initiative vom Januar und Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 4).

[17] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französisch und ggf. um Belgien erweiterten Sicherheitspaktes vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[18] Mit „Vertrag von Locarno“ bezeichnet Stresemann hier den Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien, in dem sich die Vertragspartner zur Unverletzlichkeit bzw. Garantie der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen und zur Entmilitarisierung des westlichen Territoriums des Deutschen Reiches, wie im Versailler Vertrag festgelegt, verpflichten (TEXT IN LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202; die angesprochene Präambel: S. 198–199). In der Präambel heißt es u.a.: „im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinfällig geworden sind“ (ebd., S. 198).

[19] Durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 hatten die damaligen Großmächte die belgische Neutralität garantiert (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 88, S. 445–449); nachdem Deutschland (als Rechtsnachfolger Preußens) 1914 diesen Vertrag gebrochen hatte, wurde er durch Art. 31 des Versailler Vertrags aufgehoben, und Deutschland wurde durch den gleichen Artikel im voraus verpflichtet, Abmachungen anzuerkennen, die die Alliierten mit Belgien als Ersatz schließen würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 25).

Ausdruck: Hätten die Deutschen sich in Opposition begeben, wäre die Paraphierung nicht von allen Nationen erfolgt, so wäre Herr Briand[21] trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, sondern dann hätten sich die alliierten Nationen unter sich geeinigt. Wenn man in der Präambel den Gedanken des Artikels 31 wieder auftauchen sieht in einer von der anderen Seite vorgebrachten Formulierung, dann sieht man doch jedenfalls daraus, daß, solange das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs, mag man von unserer Seite aus zu ihm stehen, wie man will, nicht befriedigt ist, solange Frankreich einen Restanspruch auf eine zusätzliche Sicherheit geltend machte, die ihm sowohl der englische Ministerpräsident[22] wie die Führer der englischen Opposition[23] durchaus zuerkannt hatten, über uns stets das Damoklesschwert einer solchen einseitigen Regelung geschwebt hätte. Wenn man unter diesen Gesichtspunkten den Versuch betrachtet, diese einseitige gegen uns gerichtete Politik umzuwandeln in ein Gegenseitigkeitsabkommen, das auch einen Gegenseitigkeitsschutz in sich schlösse, wird man es objektiver beurteilen, als es vielfach heute geschieht, wo ich oft die Empfindung habe, als wenn man nicht Vergangenes und Gegenwärtiges miteinander vergleicht und abwägt, sondern lediglich die Frage stellt: Was ist an Unerträglichem in der Gegenwart noch übriggeblieben? Das ist unzweifelhaft unendlich viel; aber die Abtragung dieses Unerträglichen wird auch die Aufgabe einer Politik von Jahren, einer ganzen Zukunftspolitik des deutschen Volkes und des Deutsches Reichs sein müssen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Ich darf eingehen auf die **Einwendungen,** die heute **Graf Westarp[24]** in seinen durchaus auf sachlicher Kritik beruhenden Ausführungen zu dem gemacht hat, was

---

[20] Mit dem nachfolgend angeführten Artikel bezieht sich Stresemann wenn auch nicht nach dem Wortlaut, so doch in der Sache möglicherweise auf den Leitartikel in LE TEMPS, 23449 vom 25. Oktober 1925, S. 1.

[21] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[22] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[23] Gemeint ist neben dem Führer der aktuell oppositionellen Labour-Partei im Unterhaus, Ramsay MacDonald, noch der Führer der liberalen Opposition, David Lloyd George (1863–1945), britischer Premierminister 1916–1922.

[24] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Sein Debattenbeitrag: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4493–4505. – Für einen Stimmungsbericht und für das Verhalten Stresemanns während der Rede Westarps vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 557 (Morgengausgabe) vom 25. November 1925.

er als Grundlage des ganzen Vertrages ansah, was auch unzweifelhaft die Grundlage des ganzen Vertrages ist, nämlich die Frage der **Sicherung der Grenze im Westen.** Wenn ich Graf Westarp recht verstanden habe, so hat er gesagt, er anerkenne durchaus die **Auslegung der deutschen Reichsregierung.** Etwas Ähnliches las ich gestern auch in einem großen Blatt, das sonst die Politik der Regierung am gehässigsten bekämpft, im „Berliner Lokalanzeiger“[25]. Aber er wies darauf hin, die Auslegung der anderen Seite sei eine andere. Seine Freunde unterbrachen den Reichskanzler, als er gestern erklärte[26], ihm sei nicht bekannt, daß von autoritativer Seite die Dinge anders ausgelegt würden als bei uns.

Zwei Auslegungen hat Graf Westarp vorgebracht, die eine, die **Auslegung des Foreign Office,** die am 19. Oktober mit der Einleitung veröffentlicht worden ist[27]: „Offiziös wird vom Foreign Office zu dem Vertragswerk von Locarno mitgeteilt.“ Ich glaube, Graf Westarp gefolgt zu sein, wenn er sagte, die deutschen Delegierten bringen den Artikel 1 mit Artikel 2 in Verbindung und erklärten, Artikel 1 sei nur zu verstehen im Zusammenhang mit Artikel 2, weil Artikel 2 sage, die Sicherung der Grenzen solle geschehen in der in den nachfolgenden Artikeln erwähnten Weise[28]. Dem steht aber die Auslegung des Foreign Office durchaus nicht entgegen! Ich habe hier den Wortlaut dieser Auslegung. In ihrem Vorwort sagt sie zunächst, daß die Lösung des Sicherheitsproblems in einer Vereinbarung zu finden sei, die, in ihrem Umfange begrenzt, das Gebiet in wirksamer Weise behandelt, von welchem eine Störung am ehesten zu erwarten sei. „Man stelle zunächst bessere Verhältnisse an der deutschen Westgrenze her, dann wird das gute Ergebnis nach allen Richtungen hin ausstrahlen, bis der allgemeine Friede gesichert ist. das ist die im Vertrag von Locarno festgelegte Politik.“

Und nun kommen die beiden Artikel 1 und 2. Das Foreign Office vergißt den Artikel 2 absolut nicht und vergißt auch nicht die Verbindung, die zwischen Artikel 1 und 2 besteht.

---

[25] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[26] Luthers Rede vom 23. November 1925 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4475–4482.

[27] Der „offiziös vom Foreign Office“ mitgeteilte Kommentar u.a. veröffentlicht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 498 (Morgenausgabe) vom 21. Oktober 1925.

[28] Art. 1 des oben Anm. 18 genannten Vertrages legt „in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen,“ fest; in Art. 2 verpflichten sich Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, auf den Krieg gegeneinander zu verzichten mit Ausnahme der Selbstverteidigung oder in Fällen, die der Völkerbund erlaubt (LOCARNO-KONFERENZ S. 199).

Sie greifen vor allen Dingen an, daß mit Artikel 1 gesagt ist, diese Bestimmung über die **Stabilisierung der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Lage** sei der Kardinalpunkt des Vertrags, nachdem vorher vom Statusquo [!] gesprochen ist. Darf ich einmal bitten, das eine mit mir zu überlegen. Stabilisierung heißt doch Befestigung, Sicherung, stärkere Fundierung. Daß eine Grenze stärker fundiert ist, wenn die Nachbarn dieser Grenze darauf verzichten, sich mit Krieg zu überziehen, ist doch zunächst etwas, was durchaus nicht dagegen spricht, daß dieser Verzicht auf den Krieg der Kardinalpunkt des Vertrages selbst ist.

Auf der anderen Seite ist das auch durchaus in Verbindung gebracht; denn das Foreign Office sagt:

> Wenn die Grenzen zwischen Deutschland einerseits und Belgien oder Frankreich andererseits verletzt werden, so kann es nur geschehen, indem der eine Teil den anderen angreift. Artikel 2 enthält daher

– es wird also direkt 1 und 2 in Verbindung gebracht –

> eine ausdrückliche Verpflichtung für Deutschland, daß es weder Frankreich noch Belgien angreifen wird, und für Frankreich und Belgien, daß sie Deutschland nicht angreifen werden.

Ich weiß nicht, inwiefern man bei dieser Darlegung des Foreign Office sagen kann, daß in dieser Darlegung gesagt sei, daß Deutschland auf Land und Leute, auf deutsches Land und deutsches Volkstum dauernd verzichte, und daß das aus dieser Auslassung der englischen Regierung hervorginge.

Aber, Herr Graf Westarp, es gibt dafür auch noch einen ganz anderen sinnfälligen Beweis aus der letzten Debatte, die im **englischen Unterhaus**[29] geführt worden ist. Der Abgeordnete **Lloyd George,** der frühere Ministerpräsident, der ja in der entscheidenden Zeit, als der Vertrag von Versailles geschlossen wurde, als Vertreter Englands mitwirkte, hat während der Debatte an den englischen Außenminister eine Frage gerichtet und gesagt[30]:

> Der heutige Times-Artikel[31] deutet an, daß alle Grenzfragen ausgeschlossen werden.

Das heißt, daß es keine Revision der Grenzen geben soll, genau die Auffassung, die

---

[29] Zur Unterhausdebatte über die Annahme der Verträge von Locarno vom 18. November 1925 vgl. HANSARD V 188, Sp. 419-541; eine Zusammenfassung auch in SCHULTHESS 66 (1925), S. 261.

[30] Der betreffende Debattenbeitrag in HANSARD V 188, Sp. 447–459.

[31] Lloyd George bezieht sich auf den Artikel „The Locarno Treaties. Arbitration and the League. An Analysis“, in: THE TIMES, Nr. 44122 vom 18. November 1925, S. 15–16.

Sie aus manchen englischen Äußerungen herausgehört haben.

Wenn das der Fall ist

sagt Lloyd George

so ist das ein Abweichen von dem Clémenceau-Brief[32]; denn nach dem Clémenceau-Brief kann man gemäß dem Vertrag von Versailles auf Grund eines Artikels in der Völkerbundsatzung[33] Grenzfragen aufwerfen. Ich möchte wissen, ob diese Frage

– d.h. die Frage der Revision der Grenzen –

ausgeschlossen sein soll.

Der englische Außenminister[34] erwidert ihm darauf[35], daß diejenigen Bestimmungen der Völkerbundsatzungen, auf die sich der Abgeordnete des betreffenden Wahlkreises[36], d.h. Lloyd George, bezöge, ausgeschlossen seien durch das Werk von Locarno.

(Hört! Hört! in der Mitte und links.)

Hier ist also ausdrücklich in Rede und Gegenrede im englischen Parlament von dem englischen Außenminister darauf hingewiesen worden, daß auch er die **Revisionsmöglichkeit der Grenzen** seinerseits durchaus als innerhalb des Vertrages von Locarno liegend ansieht. Das ist übrigens ganz selbstverständlich; denn in der Präambel wird ja ausdrücklich davon gesprochen, daß alle diese Bestimmungen im Rah-

---

[32] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u.a. 1917–1920. – Mit dem „Clemenceau-Brief" ist die Mantelnote vom 16. Juni 1919 gemeint, mit der Clemenceau namens der Alliierten die deutschen Änderungsanträge zum Entwurf des Versailler Vertrags zurückwies, aber in der letzten Passage die künftige Änderung von Bestimmungen als möglich darlegte (deutsche Übersetzung der Note in QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 357–369; die betr. Passage 368–369).

[33] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19. – Art. 19 regelt, daß die „Bundesversammlung von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge [...] auffordern [kann], deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte" (ebd., S. 16).

[34] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[35] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf folgende Passage in der Antwort Chamberlains an Lloyd George: „The right hon. Gentleman the Member for Carnarvon Boroughs (Mr. Lloyd George), referring to this particular subject, said that the provisions of the Covenant, which were referred to, and indeed which underlay the letter which M. Clemenceau, on behalf of the Allied Governments, addressed to the German delegation at Versailles had a certain effect. It in no way detracts from the provisions of the Covenant under the Treaty of Versailles. What these Treaties do is to say that the public law of Europe and the Treaty law of Europe which is part of the public law can only be altered by consent, by methods of peaceful settlement. The Covenant remains unimpaired in that respect. This contention that the Treaties can only be altered by the consent of the parties has been a principle of British policy." (HANSARD V 188, Sp. 527-528).

[36] Lloyd George vertrat 1890–1945 im Unterhaus den walisischen Wahlkreis Carnarvon Boroughs.

men des Völkerbundes ständen[37]. Nun besteht aber im Rahmen des Völkerbundes jener Artikel 19[38].

(Abgeordneter Hergt[39]: Nur! Wir wollen aber mehr!)

- Verzeihen Sie! Am 20. Juli haben Sie aber nicht mehr gewollt.

(Hört! Hört! und Heiterkeit links.)

Denn damals haben wir uns in unserer Note – ich beziehe mich auf die Note, die Sie parlamentarisch gebilligt haben[40] – ausdrücklich auf den Grundsatz bezogen, daß nicht ausgeschlossen bleibt die Möglichkeit, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verständigung zu ändern. Das ist es, was der Artikel 19 zum Ausdruck bringt. Sie mögen mit Recht Ihre starken Bedenken, Zweifel und starke Skepsis über die praktische Auswirkung dieses Artikels haben. Darüber will ich im Augenblick nicht debattieren. Daß er aber vom moralischen Standpunkt aus – denn um diese Frage handelt es sich doch hier – die Möglichkeit einer Revision der Grenzen klarstellt, ist ohne jeden Zweifel und ist mir seinerzeit von dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond[41], auf Anfrage auch seinerseits bejaht worden[42].

Sie haben, Herr Graf Westarp, sich weiter bezogen auf Ausführungen, die der belgische Außenminister **Vandervelde[43]** gemacht hat, und zwar auf politische Bemerkungen über **Anerkennung der Grenzen.** Ich hätte aber gewünscht, daß Sie auch andere Äußerungen aus dieser Rede, die ja eine ganz lange, ausführliche Rede gewesen ist, zitiert hätten, weil sie vielleicht nach zwei Richtungen hin Bedenken ge-

---

[37] Vgl. oben mit Anm. 18.

[38] Vgl. oben mit Anm. 33.

[39] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[40] Druck der deutschen Note, die am 20. Juli 1925 von Hoesch an Briand übergeben wurde, u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 424–427; LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113; vgl. dazu auch die streng geheime telegraphische Weisung Stresemanns an Hoesch vom 18. Juli 1925 zum Verständnis und zu den Erläuterungen, die er Briand geben solle, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 585–588. – Sie war zum Abschluß der außenpolitischen Debatte des Reichstags vom 22. und 23. Juli 1925 mit den Stimmen der DNVP-Abgeordneten gebilligt worden (vgl. dazu die Rede Stresemanns vom 22. Juli 1925 in dieser Edition).

[41] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

[42] Weder die Anfrage noch die Antwort konnten ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf ein Gespräch mit Drummond, das anläßlich von dessen Besuch in Berlin am 5. März 1925 geführt wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1925).

[43] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Zur Rede Vanderveldes in der belgischen Kammer vom 17. November 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 546 (Morgenausgabe) vom 18. November 1925.

genüber dem, was Sie aus der Präambel des Vertrags mit Polen[44] befürchten, hätten beseitigen können. In einem Vergleich des Sicherheitspakts im Westen mit den Schiedverträgen im Osten sagte Herr Vandervelde – bei der Bedeutung, die diese Ausführung hat, gestatten Sie mir, sie im Urtext zu zitieren – folgendes:

> Il n'est pas possible, de fermer les yeux sur la différence qui existe entre le pacte rhénan exclusant[45] de la part de l'Allemagne ou de la France et de la Belgique tout recours à la guerre et ce que l'on a appelé, avec une éxagération[46] d'ailleurs évidente, à la dicte[47] polonaise une garantie de seconde classe.

Das heißt:

> Es ist nicht möglich, die Augen zu schließen über die Differenz, die besteht zwischen dem Rheinpakt, der von seiten Deutschlands, von seiten Frankreichs und von seiten Belgiens jede Anwendung von Krieg ausschließt, und dem, was man mit einer offensichtlichen Übertreibung im polnischen Reichstag[48] eine Garantie zweiter Klasse genannt hat.

(Hört! Hört!)

Hier ist gegenüber der Auffassung, daß wir einen Ostpakt geschlossen hätten, daß es keine Differenz gäbe zwischen den Garantien im Westen und im Osten, ausdrücklich zweierlei zum Ausdruck gebracht, erstens, was der Westpakt bedeute, und hier ist als Ausdruck dessen, was der Westpakt bedeutet, gesagt, er bedeute den Verzicht auf den Krieg seitens der drei beteiligten Mächte, zweitens, daß man sich in bezug auf den Osten klar sein müsse und die Augen davor nicht verschließen dürfe, daß es eine große Differenz gäbe zwischen diesem Westpakt und den östlichen Verträgen, auch wenn es übertrieben sei, davon zu sprechen, daß es im Osten Grenzen zweiter Klasse gäbe.

Wenn speziell darauf hingewiesen worden ist, daß im Auslande die Auffassung nicht geteilt würde, die von den deutschen Regierungsvertretern mit Bezug auf den Vertrag vertreten worden wäre, so sprechen doch einmal die Erklärungen, die Herr

---

[44] Text des deutsch-polnischen Schiedsvertrags vom 16. Oktober 1925 u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 202–208.

[45] So in der Vorlage. Richtig wäre „excluant".

[46] So in der Vorlage. Richtig wäre „exagération".

[47] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „diction".

[48] Zur Debatte im polnischen Sejm über die Locarno-Verträge am 21. Oktober 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 (Abendausgabe) vom 22. Oktober 1925; zur Debatte in dessen Auswärtigem Ausschuß zusammenfassend TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 487 (Morgenausgabe) vom 1. November 1925.

Chamberlain gegenüber Herrn Lloyd George abgegeben hat, und weiter die Erklärungen, die Herr Vandervelde gegeben hat, für die Auffassung, die wir selbst zum Ausdruck gebracht haben. Ich habe vorhin, als ich von der Anfrage des Herrn **Lloyd George** sprach, die Rede von Herrn Chamberlain nicht sofort zur Hand gehabt. Ich möchte die **Antwort Chamberlains**[49] an dieser Stelle zum Vortrag bringen. Er sagte:

> Das sehr ehrenwerte Mitglied von Carnarvon (Lloyd George) bezog sich gerade auf diesen Gegenstand und sagte, daß die Bestimmungen der Völkerbundssatzung, die angezogen wurden und tatsächlich dem **Schreiben** zugrunde lagen, das Herr **Clemenceau** im Namen der alliierten Regierungen **an die Delegation in Versailles** richtete, eine bestimmte Wirkung hatten. Es beeinträchtigt keineswegs die Bestimmungen der Satzung im Rahmen des Vertrages von Versailles. In dieser Beziehung bleibt die Satzung unbeeinträchtigt.

Also die Satzung des Völkerbundes, die die Revision der Grenzen ermöglicht, bleibt vollkommen unbeeinträchtigt. Herr Chamberlain bemerkt ausdrücklich, daß das Schreiben von Clemenceau, auf das sich Lloyd George ja bezogen hatte, eben die Wirkung hatte, die in Artikel 19 der Völkerbundssatzung zum Ausdruck kommt.

Nun ist weiter darin Kritik geübt worden, daß im **Artikel 6**[50] davon gesprochen worden wäre, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles bestehen bleiben. Darf ich daran erinnern, wie es der Herr Reichskanzler gestern bereits getan hat[51], daß diese Bestimmungen sich in einer ganzen **Reihe von Verträgen** finden, die wir bis in die letzte Zeit hinein abgeschlossen haben, ohne daß bisher der Anziehung dieser Bestimmungen diejenige Bedeutung beigelegt worden wäre, die ihr jetzt beigelegt wird.

(Lebhafte Zustimmung. – Hört! Hört! links.)

Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, daß wir am 22. Dezember 1920 Vereinbarungen mit der ungarischen, der tschechoslowakischen und der österreichischen Regierung getroffen haben[52]. Im Artikel 21 dieser Vereinbarungen heißt es:

---

[49] Vgl. oben mit Anm. 35.

[50] Gemeint ist Art. 6 des Hauptvertrages von Locarno (vgl. oben mit Anm. 18).

[51] Vgl. oben mit Anm. 26.

[52] Tatsächlich war am 22. Dezember 1920 das „Gesetz, betreffend verschiedene Vereinbarungen zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Ungarischen Regierung, der Tschechoslowakischen Regierung sowie der Österreichichen Regierung“ verabschiedet worden (REICHSGESETZBLATT 1920, S. 2227); es bezog sich allerdings auf Vereinbarungen, die bereits im Juni und September 1920 geschlossen worden waren (Texte der Vereinbarungen ebd., S. 2228–2314).

> Die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles sowie der anderen noch abzuschließenden Friedensverträge werden durch diese Übereinkommen nicht berührt.

Wir haben im Jahre 1923 einen Handelsvertrag, den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten[53] abgeschlossen. Auch darin heißt es:

> Nichts in diesem Vertrag soll im Sinne irgendeiner Einschränkung oder Kürzung derjenigen Rechte, Vergünstigungen und Vorteile ausgelegt werden, die Deutschland oder seinen Staatsangehörigen oder den Vereinigten Staaten oder ihren Staatsangehörigen durch den am 25. August 1921 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrag zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen[54] gewährt worden sind.

Dieser Vertrag, der hier etwas euphemistisch als „Vertrag zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen“ zwischen beiden Ländern bezeichnet wird, ist der Vertrag, der die Rechte der Vereinigten Staaten aus dem Vertrag von Versailles enthält.

Wir haben weiter im Zeichnungsprozeß des englischen Handelsvertrags, ebenfalls im Reichsgesetzblatt veröffentlicht[55], erklärt, daß der Vertrag von beiden Seiten ohne Vorbehalt mit der Maßgabe unterzeichnet wurde, daß er in keiner Weise die aus dem Versailler Vertrage sich ergebenden Rechte beeinträchtigt.

(Hört! Hört!)

Dieser Vertrag ist vom 17. August 1925[56].

(Lebhafte Rufe in der Mitte und links: Hört! Hört!)

Wenn ich auch im Auswärtigen Ausschuß[57] ein hartes Kreuzfeuer von Anfragen und

---

[53] Text des am 8. Dezember 1923 in Washington unterzeichneten deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags, der – mit ergänzenden Notenwechseln – am 14. Oktober 1925 ratifiziert wurde, ebd., 1925 II, S. 795–811; zur Ratifikation: ebd., S. 967; das nachfolgend von Stresemann angeführte Zitat gibt den Art. 30 wieder (ebd., S. 809).

[54] Text ebd., 1921, S. 1318–1323.

[55] Text des deutsch-britischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 2. Dezember 1924 ebd., 1925 II, S. 777–795.

[56] Tatsächlich bezieht sich Stresemann hier auf das deutsche Gesetz über die Annahme des Vertrages, das der Reichspräsident nach der Zustimmung des Reichstags am 12. August am 17. August 1925 unterzeichnete (ebd., S. 777).

[57] Zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. Juli 1925 und zu den dortigen Widerständen gegen den deutsch-britischen Vertrag vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 15. Juli 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 561–564.

Kritik bei der Beratung dieses Vertrages zu bestehen hatte, so ist doch diese Bestimmung damals, wenn ich mich nicht irre, nicht Gegenstand des Angriffs oder der Kritik gewesen.

(Hört! Hört! und Sehr richtig!)

Sonst wäre sie doch mit derselben Bedeutung in den Mittelpunkt der Frage gerückt, wie man jetzt erklärt, daß diese einfache Bezugnahme darauf, daß die Rechte aus dem Versailler Vertrag bestehen bleiben, eine freiwillige nochmalige Anerkennung des Versailler Vertrages in allen seinen Konsequenzen wäre.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links. – Unruhe bei den Deutschnationalen.)

Wir haben weiter eine ganz ähnliche Erklärung bei den Bekanntmachungen über den Beitritt des Deutschen Reichs zu dem Abkommen von Barcelona abgegeben[58]. Wir haben sie zuletzt abgegeben am 17. Juni 1925 bei dem Genfer Abkommen über den Waffenhandel[59]. Sie sehen also: es zieht sich diese Klausel durch die ganzen Verträge Deutschlands hin. Ich glaube, es ist vollkommen klar, daß damit lediglich nur das eine zum Ausdruck gebracht ist, daß die Rechte und Verpflichtungen bestehen bleiben, die hier den vertragschließenden Mächten zustehen, und daß in keiner Weise damit ausgedrückt ist, daß nun derjenige, der diese Klausel anerkennt, damit noch einmal erklärt, daß er den Vertrag nunmehr freiwillig auf sich nimmt und alle seine moralischen Einwendungen, die er dagegen zu erheben hat, etwa als nichtig betrachtet.

(Sehr richtig!)

Aber ich darf ein letztes bemerken. Gerade diese weitgehende Bedeutung, die jetzt dem Artikel 6 gegeben wird, und die Skepsis, mit der demgegenüber die Erklärungen der Regierung aufgenommen werden, erscheint mir deshalb so seltsam, weil doch dieser Einspruch dann hätte erhoben werden müssen, als die **Note vom 20.**

[58] Am 18. März 1924 hatte Deutschland durch ein Schreiben an das Generalsekretariat des Völkerbundes seinen Beitritt zu der am 20. April 1921 in Barcelona abgeschlossenen Übereinkunft über die Freiheit des Durchgangsverkehrs erklärt (vgl. REICHSGESETZBLATT 1924 II, S. 398; Text der Übereinkunft ebd., S. 399–417).

[59] Am 17. Juni 1925 unterzeichneten die Delegierten der im Rahmen des Völkerbundes tagenden Waffenhandelskommission a) ein Übereinkommen über die internationale Kontrolle des Waffenhandels und b) ein Protokoll über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges; zur Unterzeichnung vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 283 (Abendausgabe) vom 17. Juni 1925; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1925, Ausland I, S. 14–15.

**Juli**[60] abging.

(Lebhafte Zustimmung.)

Denn in dieser Note heißt es im Artikel I folgendermaßen:

> Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni[61], daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge.
>
> (Hört! Hört! links und bei der Deutschen Volkspartei.)
>
> Für die deutsche Regierung dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzung des Völkerbundes derartigen Notwendigkeiten Rechnung trägt[62].

Aus diesem Absatz der deutschen Note, die auch die Zustimmung der Deutschnationalen Partei gefunden hat,

(hört! hört! links und bei der Deutschen Volkspartei)

geht für mich folgendes hervor. Erstens: wenn wir selbst in unserer Note hier erklären, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert sei, keine Änderung der bestehenden Verträge bedeute, dann können wir doch nicht, wenn diese selbe Bemerkung sich später wiederfindet, das als einen gegen Deutschland gerichteten Schlag ansehen, der uns irgendeine feierliche freiwillige Anerkennung aufzwingen will. Sonst hätte sie in dieser Note gelegen, und das werden Sie (zu den Deutschnationalen) mit mir aufs allerentschiedenste zurückweisen.

(Sehr richtig! links und bei der Deutschen Volkspartei.)

---

[60] Vgl. oben mit Anm. 40.

[61] Gemeint ist die französische Note vom 16. Juni 1925, mit der Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 4) geantwortet hatte. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[62] Vgl. oben mit Anm. 33.

Aber zweitens: wenn wir selbst in unserer Note erklärt haben, daß die Satzung des Völkerbundes den Notwendigkeiten Rechnung trägt, auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit die bestehenden Verträge anderen Verhältnissen anzupassen, dann können wir doch nicht zu derselben Zeit, in der wir sagen, die Völkerbundsatzung gibt uns diese Garantie, einen Vertrag, der vollkommen unter dem Völkerbund steht und bei dem man unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund zum Kardinalpunkt des Ganzen genommen hat[63], als eine Anerkennung ewiger Grenzen hinstellen, die uns eine friedliche Revisionsmöglichkeit nicht gäbe. So glaube ich, daß gerade dieser entscheidende Satz unserer eigenen Note diejenigen Bedenken am ehesten beseitigen könnte, die hier zum Ausdruck gebracht worden sind. Und wenn, als davon die Rede war, daß wir erneut den Versailler Vertrag anerkennen, dann der Zwischenruf fiel: „einschließlich der Kriegsschuld!“[64], dann darf ich doch darauf hinweisen – das hat Herr Graf v. Westarp seinerzeit anerkannt –, daß einmal von unserer Seite aus die **Notifikation unserer Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage[65]** erfolgt ist. Ich darf Sie weiter darauf hinweisen, daß bei den Verhandlungen in Locarno die damaligen Erklärungen des deutschen Memorandums wiederholt wurden[66], und wenn Sie die Verhandlungen lesen, die in der belgischen Kammer stattgehabt haben, und dort die Angriffe des Herrn Jaspar[67] wegen der deutscherseits erfolgten Notifizierung zur Kriegsschuldfrage, dann dürfte doch wohl die Angelegenheit hinreichend geklärt sein, daß man nun nicht noch aus diesen Dingen heraus konstruieren kann, daß wir hier erneut irgendein moralisches Schuldanerkenntnis aussprechen.

Ich darf mich dann den Ausführungen zuwenden, die vom Herrn Grafen Westarp

---

[63] Das Inkrafttreten des Vertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[64] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Rede Westarps (vgl. oben mit Anm. 24); der erwähnte Zwischenruf findet sich nicht im Protokoll der Rede.

[65] Deutschland hatte am 26. September 1925 zeitgleich mit der Annahme der Einladung zur Locarno-Konferenz den anderen Konferenzteilnehmern eine Note übergeben, in der es erklärte, daß ein etwaiger deutscher Beitritt in den Völkerbund „nicht so verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen“ (Text der Note in LOCARNO-KONFERENZ S. 140–141). Dies bezog sich auf den „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

[66] Stresemann bezieht sich hier auf die 4. Sitzung der Konferenz von Locarno vom 8. Oktober 1925 (Sitzungsniederschrift in LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

[67] Henri Jaspar (1870–1939), belgischer Außenminister 1920 – 27. Februar 1924 und 1934; Ministerpräsident 20. Mai 1926 – 1931. – Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Debatte der belgischen Kammer vom 29. September 1925 (vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1925, Ausland II, S. 141; dort ist allerdings lediglich die Rede Vanderveldes paraphrasiert).

über den **Osten** gemacht worden sind und die auch in der Öffentlichkeit sehr große Bedeutung gehabt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß unsere Erklärungen über den Artikel 16 nicht genügten[68]. Es wird auf die starke Trübung unseres **Verhältnisses zu Rußland** hingewiesen, die sich daraus ergeben könne. Meine Herren, die Auffassungen darüber sind in der Deutschnationalen Partei nicht einhellig.

(Hört! Hört! links und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß der Reichstagsabgeordnete, unser verehrter Kollege Herr **Professor Hoetzsch[69],** am 1. November **in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“** einen Artikel veröffentlicht hat: „Die Außenpolitik der zweiten Oktoberhälfte“. In diesem Aufsatz sagt Herr Professor Hoetzsch:

> Parallel mit Locarno ging der Abschluß der deutsch-russischen Verträge und die Gewährung eines 100-Millionen-Kredits von Deutschland an Rußland am 6. Oktober[70]. Diesen Vertrag nach der wirtschaftlich-rechtlichen Seite hier zu würdigen, fehlt der Platz. Seine politische Bedeutung ruht darauf, daß in den entscheidenden Momenten des Locarno-Abschlusses genau dokumentiert wurde, wie Deutschland zu Rußland zu stehen wünscht. Rußland hat dagegen alle Veranlassung, das so oft hysterisch,

---

[68] Gemeint ist Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, verpflichtete und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15). – Auf der Konferenz von Locarno hatten die übrigen Vertreter Deutschland in Form einer Kollektivnote eine Interpretation des Art. 16 gegeben, wonach jedes Völkerbundsmitglied zur loyalen Mitwirkung an Maßnahmen aus Art. 16 verpflichtet sei „in einem Maße, das seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 215). – Nach der Interpretation der deutschen Delegation und auch nach derjenigen Luthers in seiner Reichstagsrede vom Vortag (vgl. oben mit Anm. 26) schloß das die Beteiligung Deutschlands an ggf. vom Völkerbund aufgrund von Art. 16 geforderten Maßnahmen gegen Rußland aus.

[69] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Das nachfolgend von Stresemann verwendete Zitat entspricht mit minimalen Abweichungen der herangezogenen Passage aus dem genannten Zeitschriftenbeitrag von Otto Hoetzsch in: ARBEITGEBER 15 (1925), S. 519–520.

[70] Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung vom 1. Oktober 1925 den Entwurf des deutsch-sowjetischen Vertragswerks, das verschiedene Materien wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehungen regelte, grundsätzlich angenommen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 598–599). Am 12. Oktober 1925 war es in Moskau unterzeichnet worden (Text des Vertragswerkes mit seinen zahlreichen Anlagen in DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN 1922–1925 II, S. 766–868; die Reden anläßlich der Vertragsunterzeichnung ebd., S. 868–872). – In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 473 (Abendausgabe) vom 6. Oktober 1925, war eine Erklärung des sowjetischen Finanzkommissars wiedergegeben, wonach die Staatsbank der Sowjetunion mit einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen über 75 Millionen Goldmark abgeschlossen habe, das „den Auftakt zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kreditabkommen“ bilden solle. – Zur Frage deutscher Kredite für die Sowjetunion vgl. auch das Privatdienstschreiben Schlesingers an Maltzan vom 6. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 323–325).

ja anmaßend geäußerte Mißtrauen gegen Deutschland, das sich nunmehr in einem[71] [!] Konzern des Westens gegen Rußlands hereinziehen ließe, aufzugeben,

(hört! hört! links)

im Gegenteil sich zu überlegen, wie es zu agieren hätte, wenn Deutschen den Locarno-Vertrag annimmt.

(Erneute Rufe links: Hört! Hört!)

Meine Herren, das ist nicht eine Erklärung, die von der Reichsregierung abgegeben wird – ich würde diese scharfen Ausdrücke nicht wählen –, sondern es ist eine Erklärung, die ein deutschnationaler Abgeordneter abgibt, der, glaube ich, wirklich nicht in dem Verdacht steht, daß er sich nicht voll eingesetzt hätte für ein gutes Verhältnis Deutschlands zu Rußland, der vielmehr bei uns für einen Vorkämpfer für dasjenige gilt, was man früher mit einem mißverständlichen Schlagwort als Ostorientierung bezeichnet hat.

Ich möchte auch auf die beiden Gesichtspunkte hier zu sprechen kommen, die meiner Meinung nach das Faktische sind, was vorliegt, während vieles, was von unseren Bindungen gegenüber England gesagt wird, nichts Faktisches, sondern rein Theoretisches ist. Wenn wir im englischen Schlepptau ständen und England die Absicht hätte, Rußland wirtschaftlich zu boykottieren und finanziell abzuschnüren und uns aus irgendeiner engen wirtschaftlichen Kooperation mit Rußland herauszudrängen, – glauben Sie denn, daß wir dann unsererseits diesen deutsch-russischen Handelsvertrag, der ganz große Opfer Deutschlands an Rußland in sich schließt, vor Locarno abgeschlossen hätten? Glauben Sie denn, daß wir unsere Hand für ein Kreditabkommen geboten hätten, das mit Rußland in einer Zeit größter Kreditarmut in Deutschland geschlossen wird, wenn wir **im Schlepptau von England antirussische Politik** machen wollen? Ich glaube, das sind Tatsachen, die man nicht bestreiten kann.

(Zuruf: Die Beweisführung ist sehr schwach!)

– Ich freue mich sehr, daß Herr Scholem[72] sagt, diese Beweisführung sei sehr

[71] So in der Vorlage. Im zitierten Beitrag Hoetzschs (vgl. oben mit Anm. 69) heißt es (richtig) „einen“.

[72] Werner Scholem (1895–1940), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die KPD 1924–1926, für die Linken Kommunisten 1926–1928).

schwach. Herr Scholem, richten Sie diese Kritik dann doch an Herrn Krassin[73], der seinerseits ausdrücklich darauf hinwies: wenn Deutschland die Absicht gehabt hätte, den Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland dilatorisch zu behandeln, hätte es dazu alle Möglichkeiten gehabt.

Es wird demgegenüber nun Bezug genommen auf eine angebliche **englische Denkschrift[74],** in der als Zweck des mit Deutschland abzuschließenden Westpaktes hingestellt sei, Deutschland von Rußland abzusprengen und in einen Mächtekonzern gegen Rußland einzuspannen. Ich kenne diese Denkschrift, die auch der deutschen Regierung überreicht worden ist[75], und ich halte mich doch für verpflichtet, davon Kenntnis zu geben, daß der englische Außenminister mir auf meine Anfrage[76], ob eine solche Denkschrift existiere, erklärt hat, daß alles, was in ihr stände, vom Anfang bis zum Ende erfunden sei, mir weiter erklärte, daß er diese Erklärung auch beispielsweise dem amerikanischen Botschafter Houghton[77] abgegeben hätte. Ich glaube, es heißt doch auch die traditionelle Höhe der englischen Diplomatie verkennen, wenn man glaubt, daß sie in der Lage wäre, in so plumper und brutaler Weise etwas niederzuschreiben, wie es in dieser angeblichen Denkschrift steht. Wir haben doch auch gar keine Veranlassung, die Erklärungen, die nicht nur von England, sondern die insbesondere auch von Frankreich nach der Richtung abgegeben worden sind, daß nirgends die Absicht bestände, einen derartigen Block gegen Rußland zu bilden, lediglich als Verleugnungen einer großen militaristischen Idee anzusehen und demgegenüber uns auf das zu beziehen, was ein mir unbekannter General v.

---

[73] Leonid Borisovič Krassin (1870–1926), sowjetischer Botschafter in Paris 1924–1925; in London 1925–1926. – Die nachfolgende Äußerung Krassins konnte nicht ermittelt werden.

[74] In einer früheren Rede der Debatte hatte der SPD-Abgeordnete Wels aus dieser britischen Denkschrift vom 20. Februar 1925 zitiert, allerdings ohne den im Folgenden erwähnten antisowjetischen Aspekt (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4486); ebenfalls war Westarp in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 24) darauf eingegangen, dort auch mit der antibolschewistischen Konnotation, als er behauptete, in der Denkschrift stünde, „es komme darauf an, Deutschland mit in den Kampf gegen den Bolschewismus einzuspannen“ (ebd., S. 4496). – Tatsächlich gibt es ein Memorandum Nicolsons „on British Policy considered in relation to the European Situation“ vom 20. Februar 1925 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 311–318), das auf Anweisung Chamberlains entstanden war und aus dem Wels korrekt zitiert. Dagegen findet sich dort die von Westarp behauptete Zielsetzung, zusammen mit Deutschland einen antisowjetischen Block zu bilden, auch der Sache nach nicht.

[75] Offenbar war die Denkschrift oder deren vermeintlicher Inhalt Stresemann von sowjetischer Seite zugespielt bzw. wiedergegeben worden (so jedenfalls die Behauptung Stresemanns in dem in der folgenden Anm. genannten Gespräch mit Chamberlain). Ein Nachweis dafür konnte nicht ermittelt werden.

[76] Vgl. dazu Chamberlains Bericht über ein Gespräch mit Stresemann vom 8. Oktober 1925 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 832–836).

[77] Alanson Bigelow Houghton (1863–1941), amerikanischer Botschafter in Berlin 1922 – Februar 1925; in London April 1925 – April 1929. – Zu Chamberlains Erklärung gegenüber Houghton vgl. ebd., S. 689–690).

Maltzan[78] über die Vorbereitung der Etappe nach Rußland in einem Aufsatz gesagt haben will.

(Zuruf von den Kommunisten: General Hoffmann[79]!)

– ich komme sofort darauf – und was Herr General Hoffmann seinerseits dargelegt hat. Meine Herren, die Stellung des Generals Hoffmann zu diesen Fragen ist seit vielen Jahren jedem Menschen bekannt, der die **Ideen des Generals Hoffmann** kennt. Aber der General Hoffmann ist doch nicht der Vertreter des Völkerbundes. Es mögen Ideen in manchen Köpfen spuken; beispielsweise hat ja der **Jungdeutsche Orden** in seinem Organ ganz klar und offen ein Zusammengehen der Westmächte gegen Rußland als wünschenswert bezeichnet[80]. Er will ja sogar das Bündnis mit Frankreich zu diesem Zweck, lehnt Locarno ab, weil es nicht weit genug ginge, weil die Dinge auf anderem Wege besser zu erreichen wären.

(Heiterkeit links.)

Aber jedenfalls hat damit weder die deutsche Regierung noch haben damit die Alliierten irgend etwas zu tun. Und wenn es richtig ist – Herr Tschitscherin[81] hatte es ja vor kurzem nur noch als zweifelhaft bezeichnet –, daß Herr Tschitscherin auf seiner Rückreise auch nach Paris kommen werde, so scheint mir darin das zu liegen, was Herr Professor Hoetzsch in seinem Aufsatz andeutet, daß schließlich doch nicht nur wir uns die Frage vorzulegen haben, wie wir mit Rußland leben wollen. Denn das haben wir nun so oft und so zum Überdruß erklärt, daß es schließlich auch einmal aufhört, daß die deutsche Regierung jeden Tag erklären muß, daß sie mit Rußland in Freundschaft zu leben wünscht. Sie hat die Beweise genug geliefert, so daß es mei-

---

[78] Welcher General von Maltzan gemeint ist, konnte ebensowenig ermittelt wie der nachfolgend erwähnte Aufsatz. – Der Reichstagsabgeordnete Thälmann hatte in seinem Debattenbeitrag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4512–4523) Maltzan ohne exakte Angabe zitiert: „der General Freiherr v. Maltzan stellt fest, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes im Kriegsfall gegen Sowjetrußland verpflichtet ist, seine kleine Reichswehr in den Kampf mit einzusetzen und das Reich zum Etappengebiet Frankreichs zu machen“ (ebd., S. 4520).

[79] Max Hoffmann (1869–1927), deutscher General a.D. – Hoffmann propagierte seit 1922 – auch publizistisch – einen antisowjetischen Feldzug. – Thälmann hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. die vorangehende Anm.) Hoffmann ohne verifizierbare Angabe zitiert.

[80] Offenbar bezieht sich Stresemann auf einen Artikel in der Tageszeitung „Der Jungdeutsche“, der jedoch nicht ermittelt werden konnte. – Artur Mahraun, Gründer und „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens, hatte im Oktober 1925 der französischen Zeitung „Le Matin“ ein Interview gegeben, in dem er Ideen einer deutsch-französischen Verständigung vertrat (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 499 [Abendausgabe] vom 21. Oktober 1925).

[81] Georgij Vasil’evič Čičerin (1872–1936), sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. – Von Čičerin hieß es in der Presse (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 555 [Morgenausgabe] vom 24. November 1925), er werde „in den nächsten Tagen“ zu Verhandlungen mit der französischen Regierung nach Paris reisen. Für die Zweifel Stresemanns an dieser Absicht konnte kein Beleg ermittelt werden.

ner Meinung nach auch an Rußland liegt zu erklären, daß Rußland seinerseits den europäischen Frieden nicht stören will. Ich glaube, das entspricht doch wohl der Gegenseitigkeit der Interessen.

(Zustimmung. – Zurufe von den Sozialdemokraten und Gegenrufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Löbe**[82]**:** Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Ich glaube die Entwicklung dürfte wohl dahin gehen, daß bei aller Abneigung der Sowjetideen gegen den Kapitalismus ihnen ein gewisser Waffenstillstand mit den kapitalstarken Mächten in Westeuropa gar nicht unerwünscht wäre zum Wiederaufbau ihrer eigenen Wirtschaft.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Meine Herren, wenn nun gesagt wird und Graf Westarp gesagt hat: wie steht es denn eigentlich mit der **Stellung Rußlands** selbst **gegenüber der Entwicklung?** – so wäre es ja töricht zu leugnen, daß Rußland weniger gegen den Westpakt als solchen als gegen den Eintritt in den Völkerbund sich stark gewehrt hat, soweit seine Einflußmöglichkeiten reichten,

(hört! hört! bei den Kommunisten und bei den Völkischen)

aber dabei vor allem stets zum Ausdruck gebracht hat, daß seine Bedenken gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund darauf basierten, daß Deutschland sich zu irgendeinem Werkzeug einer militärischen Exekutive gegen Rußland würde machen lassen.

Nun sagte Graf Westarp, die Erklärung des Reichskanzlers[83] – ich glaube, er sagte, er wolle sie nicht anzweifeln – müßte doch schließlich vom Völkerbund selbst ausgesprochen werden.

(Abgeordneter Graf v. Westarp: Die in der Kollektivnote[84]!)

– Die meine ich ja! – Herr Graf Westarp, ich darf auf eins hinweisen. Diese Kollektivnote sagt ja nicht, daß die Unterzeichner der **Kollektivnote** die alleinigen Träger dieser Anschauungen wären, sondern sie sagt ausdrücklich, daß diese ihre Anschauung beruhe auf den Verhandlungen der Kommissionen und den Verhandlungen des Plenums **des Völkerbundes.** Und nun muß ich hier einen Widerspruch

---

[82] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[83] Vgl. oben mit Anm. 26.

[84] Vgl. oben mit Anm. 68.

feststellen. Auf der einen Seite wird es – nicht von der Rechten, aber von der Linken – so hingestellt, als beherrsche England den Völkerbund ganz uneingeschränkt, und alle anderen hätten so zu laufen, wie es England wünsche; wenn aber dann England Erklärungen über den Völkerbund, über die Bedeutung des Artikels 16 abgibt, dann wird das wieder außerordentlich angezweifelt.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Ich glaube, nach den ganz präzisen und authentischen Erklärungen, die der Herr Reichskanzler gestern abgegeben hat und die doch in die Welt hinausdringen, bleibt doch abzuwarten, ob sich gegen diese Darlegungen des Reichskanzlers Widersprüche an maßgebenden Stellen erheben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ist das der Fall, dann ist auch für die deutsche Regierung eine Veranlassung da, sich Gewißheit zu verschaffen. Solange sie selbst aber gar keinen Zweifel an dieser Gewißheit hat, kann sie auch nicht fortgesetzt neue Erklärungen verlangen, weil sie ja dadurch ihre eigene Gewißheit als erschüttert nach außen hinstellen würde.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf nur noch einmal das eine erwähnen. In der entscheidenden Sitzung, in der beschlossen wurde, diese Erklärungen, die Kollektivnote der Mächte als Anlage dem Protokoll zuzufügen[85], habe ich zum Ausdruck gebracht, daß die Worte, die hier stehen, von der **militärischen und geographischen Lage,** nur so zu verstehen seien, daß sie in sich nicht nur auf den Durchmarsch, nicht nur auf die militärische Hilfeleistung, sondern auch auf eine **Hilfeleistung Deutschlands bei wirtschaftlichen Maßnahmen** bezögen, weil für uns der Gesichtspunkt bestünde, daß eine derartige Mitwirkung uns in Kriegsgefahr brächte und wir verhindern müßten, einen Krieg auf unser Land herabzuziehen, da man uns nicht die Mittel gelassen hätte, unser Land und unsere Grenzen zu verteidigen[86]. Das eine ist klar, daß wir praktisch selbst darüber bestimmen, ob und wie weit wir mitzuwirken haben. Wir mußten uns aber dagegen wehren, moralisch isoliert zu werden, wenn wir den Anschein erweckten, als wollten wir mitmachen und erst mit unseren tatsächlichen Bedenken hervorkamen, wenn etwa ein Fall dieser Art eingetreten wäre. Deshalb legten wir Wert darauf zu

[85] Der betreffende Beschluß und die nachfolgend angesprochene Äußerung Stresemanns erfolgten in der 6. Sitzung der Konferenz von Locarno (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 176–183).

[86] Stresemann bezieht sich auf den Versailler Vertrag, der in seinen Art. 159–213 die Details zur deutschen Abrüstung vorschrieb (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

sagen: Wenn wir loyal und tatkräftig mitwirken sollen, wenn wir diese moralische Verpflichtung übernehmen sollen, so wollen wir euch von vornherein erklären: bei dem jetzigen Stande der Abrüstung ist das für uns nicht in jeder Richtung möglich, und um in diesem Kampfe nicht moralisch als defamiert angesehen zu werden, stellen wir unsere Auffassung schon jetzt fest. Um diese Frage allein hat es sich in Locarno gehandelt.

(Abgeordneter Hergt: Dann haben wir das Recht der Neutralität, Herr Minister?)

– Wenn Sie das Wort **„Neutralität“** so auffassen, daß wir uns unsererseits an kriegerischen Maßnahmen gegen einen anderen Staat wegen unserer Entwaffnung praktisch nicht beteiligen können, dann haben wir dieses Recht. Etwas anderes ist die Frage, wenn wir als Mitglied des Völkerbundsrates vor die Frage gestellt werden, ob wir eine bestimmte Macht als Angreifer bezeichnen, daß wir dann selbstverständlich, wenn die Tatsache klarliegt, daß eine Macht der Angreifer ist – ich kann mir denken, daß man das in einem Funkspruch an Alle mitteilt –

(Zurufe von den Kommunisten – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Löbe:** Herr Abgeordneter Dr. Schwarz[87], ich bitte, die Auseinandersetzungen unter den Parteien zu unterlassen.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: – daß wir dann die Verpflichtung haben, auch unser Votum darüber abzugeben, ob wir diese Macht als den Angreifer erachten. Aber auch wenn wir feststellen, daß wir diese Macht als Angreifer ansehen, ist damit noch nicht entschieden, inwieweit wir in diesem Falle militärisch mitzumachen, einen Durchmarsch zu dulden und uns an wirtschaftlichen Maßnahmen zu beteiligen haben. Ich glaube, daß damit der Tatbestand klar dargelegt ist.

(Zuruf des Abg. Schultz[88] [Bromberg].)

– Herr Abgeordneter Schultz, ich bedauere sehr den Zwischenruf, den Sie eben gemacht haben. Der Abgeordnete Schultz macht mir den Zwischenruf, ob das dann eine loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen wäre.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Herr Kollege Schultz, es wäre eine nicht loyale Erfüllung des Vertrages, wenn wir die

[87] Ernst Schwarz (1886–1958), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die KPD 1924–1926, für die Linken Kommunisten 1926–1928).

[88] Georg Schultz(-Bromberg) (1860–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DNVP).

Macht hätten, um in solche Exekutionen einzugreifen. Uns aber erst die Macht nehmen, uns abrüsten und uns dann uneingeschränkt an solche Verpflichtungen binden, das wäre illoyal von der anderen Seite.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Deshalb bin ich der Meinung: wir können durchaus loyale Mitglieder des Völkerbundes sein und müssen uns trotzdem dagegen wehren, uns in diesem Zustand alleiniger deutscher Abrüstung an kriegerischen Konflikten zu beteiligen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei – Zuruf rechts.)

– Ich kann doch nicht zum hundertsten Male erklären, daß sich das auch auf das **Durchmarschrecht** bezieht und daß dieses nur dann in Frage kommt, wenn wir uns selbst damit einverstanden erklären.

Herr Graf Westarp hat dann zum Ausdruck gebracht, daß mit dem, was Locarno gebracht hätte, die **Fortsetzung der Kontumazialverfahren gegen deutsche Mannschaften und Offiziere**[89] nicht vereinbar wäre. Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt und darf mitteilen, daß die deutsche Regierung von der belgischen Regierung benachrichtigt worden ist, daß diese beschlossen hat, die Kontumazialverfahren nicht mehr fortzusetzen[90]. Die belgische Regierung ließ sich dabei von der Ansicht leiten, daß nach der Konferenz von Locarno die Fortsetzung derartiger Verfahren nur geeignet sein würde, die wünschenswerte Beruhigung der Stimmung zwischen beiden Völkern unnötigerweise zu behindern.

(Hört! Hört! und Bravo! in der Mitte und links.)

Die französische Regierung, die Kenntnis von diesem Vorgehen der belgischen Regierung hat, hat uns erklärt, daß sie schon seit längerer Zeit dabei sei, das Problem auch ihrerseits ernstlich zu prüfen[91].

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

---

[89] Gemeint sind die auch 1925 in Frankreich und Belgien noch in Abwesenheit gegen deutsche Militärs wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Kriegsverbrechen geführten Prozesse bzw. gefällten Urteile. – Stresemann hatte in einer außerhalb der offiziellen Konferenzsitzungen abgehaltenen Besprechung in Locarno mit den englischen und französischen Delegierten am 12. Oktober 1925 die Erwartung geäußert, daß diese Kontumazialprozesse eingestellt würden (vgl. seine Tagebuchaufzeichnung vom 18. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 702–705).

[90] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf ein vom belgischen Gesandten Everts erhaltenes Schreiben vom 9. November 1925 (ebd., S. 581, Anm. 4), aus dem diese Absicht herausgelesen werden kann. Offiziell teilte Belgien dies der deutschen Regierung wohl erst am 30. November 1925 mit (vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1925, Ausland II, S. 143).

[91] Diese Erklärung der französischen Regierung konnte nicht ermittelt werden.

Wir dürfen nach dieser Richtung ebenfalls hoffen, daß sie zu demselben Ergebnis kommt.

Ich weiß nicht, meine Herren, was dabei zu lachen ist.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Wir haben unsererseits als Delegierte allen Wert darauf gelegt, nach dieser Richtung hin die dort vertretenen Außenminister für diese unsere Auffassung zu gewinnen. Wenn uns jetzt die belgische Regierung diese Erklärung ermöglicht und wenn weiter die französische Regierung erklärt, daß sie dabei sei, diese Frage ernstlich zu prüfen, könnte ich nur wünschen, daß wir uns alle in der Hoffnung vereinigen, daß sie sehr bald zu demselben Beschluß käme, daß wir aber auch nicht ein unangebrachtes Mißtrauen ihr gegenüber jederzeit zum Ausdruck bringen.

(Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Herr Abgeordneter Koch hat vorhin mit allem Recht gesagt[92], daß man mit dem **Mißtrauen** allein auch nicht **in der Außenpolitik** vorwärts kommen kann. Glauben Sie mir, daß die Staatsmänner, die in den fremden Parlamenten für Locarno eintreten – vielleicht gilt das insbesondere für Frankreich, wie Sie aus manchen Pressestimmen entnehmen –, bei den ganzen Fragen, die speziell das besetzte Gebiet betreffen, auch einen sehr harten Kampf mit denjenigen auszufechten haben, die Locarno und seine Auswirkungen nicht wünschen.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe links.)

Wenn sie dann auch bei uns lediglich Mißtrauen fänden, würde, glaube ich, ihre psychologische Kraft, sich nach der Richtung gegen ihre Gegner durchzusetzen, nicht gerade gestärkt werden.

Es ist dann weiter die Frage erörtert worden, inwieweit die **Räumung von Köln**[93]

---

[92] Vgl. oben mit Anm. 2.

[93] Gemeint ist die Räumung der nördlichen („Kölner") Zone der drei Rheinlandbesatzungszonen. Laut Art. 429–430 des Versailler Vertrag sollte das in drei Zonen eingeteilte Besatzungsgebiet im Falle deutscher Vertragserfüllung (von Nord nach Süd) nach fünf, zehn bzw. fünfzehn Jahren geräumt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222), gerechnet vom Zeitpunkt der Ratifizierung, also vom 10. Januar 1920. Die Räumung der nördlichen Zone hatten die Alliierten im Januar 1925 verweigert mit der Begründung, Deutschland habe seine Abrüstungsverpflichtungen nicht vollständig erfüllt. – Am 14. November 1925 war Hoesch in Paris eine Note der Botschafterkonferenz zur Räumung der nördlichen Rheinland-Besatzungszone (und in mündlicher Erläuterung deren Beginn am 1. Dezember 1925) und zur Erleichterung des Besatzungsregimes übergeben worden (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; zur Vorläufigkeit der am 14. November übergebenen Note vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 855, Anm. 1); am 16. November 1925 erhielt Hoesch in Paris eine weitere Note der Botschafterkonferenz, in der die noch ausstehenden Details der Entwaffnung angesprochen wurden und die Zusicherung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone bis zum 31. Januar, spätestens bis zum 20. Februar 1926 ge-

irgendwie als eine Wirkung von Locarno anzusehen sei, und es ist gesagt worden, wir hätten sie erkaufen, hätten sie bezahlen müssen; und es ist vielfach gesagt worden: es wird euch mit der zweiten und dritten Zone ebenso gehen, ihr werdet nur durch große Konzessionen das erreichen, was euer Recht ist.

Nun habe ich speziell bei den Ausführungen des Herrn Grafen Westarp einen großen Widerspruch bemerkt. Als es sich um die Frage handelte, ob die **englische Garantie**[94] wirksam werden würde, da sagte Graf Westarp: gewiß, der Wortlaut könnte mir genügen, aber schließlich ist das eine **Machtfrage.** Als es sich aber um die Räumung von Köln handelte, sagte derselbe Graf Westarp: wir hatten einen klaren **Rechtsanspruch,** wonach die Leute schon längst hätten hinausgehen müssen.

(Heiterkeit in der Mitte und links.)

Beides geht nicht miteinander. Ich glaube, die erste Deduktion des Herrn Grafen Westarp kennzeichnet wohl unsere ganze Lage in den letzten sieben Jahren weit klarer als dieses Sichzurückziehen auf den Rechtsanspruch. Wenn unsere Rechtsansprüche auch nur seit Versailles berücksichtigt worden wären, dann ständen wir anders da, als wir heute dastehen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Dann wären viele Entscheidungen nicht gefallen. Und wenn jetzt gesagt wird: was erreicht ihr denn, ihr kommt ja nur zurück zu dem, was in Versailles schon ausgemacht war, dann zeigt das eben, daß wir in den letzten Jahren auch noch diesen Boden verloren hatten und daß unter der Macht der anderen auch über dies ihnen zustehende Recht hinausgegangen war.

Aber ich möchte eine ganz andere Erinnerung hier wachrufen. Ich will nicht von dem Standpunkt sprechen, den Herr Poincaré[95] in bezug auf die Räumung aller Gebiete in Deutschland einnahm. Er ist bekannt. Aber ich möchte Sie doch darauf hin-

---

geben wurde (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 20–21; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 869, Anm. 1; SCHULTHESS 66 [1925], S. 412).

[94] Gemeint ist die britische Garantie für Deutschland gegen einen französischen oder belgischen Angriff aus dem in Locarno am 16. Oktober 1925 geschlossenen Sicherheitspakt (vgl. oben mit Anm. 5 u. 28).

[95] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Mit seinem „Standpunkt“ ist die Behauptung Poincarés gemeint, die Frist für die Räumung der Rheinlandbesatzungszone habe noch gar nicht zu laufen begonnen, wie er sie u.a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 formulierte (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

weisen, daß auch der Nachfolger Poincarés, Herr **Herriot**[96]**,** der doch gewiß zur Linken in Frankreich gehört, auf eine Anfrage Poincarés im französischen Senat, ob die **Besatzungsfristen** nach seiner Meinung schon zu **laufen** begonnen hätten, noch, ich glaube, vor einem Jahr mit Nein geantwortet hat. Damals stand also die Situation so, daß man die ganze Besatzung überhaupt erst von diesem Zeitpunkt an datieren wollte und von diesem Zeitpunkt aus die fünf und zehn und fünfzehn Jahre hinzukommen lassen wollte zu den Leidensjahren, die das besetzte Gebiet durchgemacht hat.

Wenn in all diesen Kämpfen mit der Gewalt der anderen und unserer eigenen Machtlosigkeit jetzt die Räumung der nördlichen Rheinlandzone doch nicht, wie Graf Westarp sagte, im Ungewissen steht, sondern zu einem wenn auch weithinaus [!] geschobenen Termin gesichert ist, so ändert das nichts daran, daß unser Rechtsanspruch darauf ging, sie am 10. Januar geräumt zu halten, daß wir aber gegenüber der eigenen These des Grafen Westarp, daß die Macht entscheidet, doch jetzt das eine erreicht haben: daß die Gewalt anfängt, sich uns gegenüber auf einen anderen Standpunkt zu stellen, als es in der ganzen Zeit der letzten Jahre geschehen ist.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Das ist schließlich doch überhaupt das Entscheidende bei all diesen Fragen. Auch bei den **Entwaffnungsfragen**[97]**!** Wenn gesagt worden ist, wir hätten in dieser Beziehung Konzessionen gemacht und uns damit die Räumung von Köln erkauft, so möchte ich fragen: glauben Sie denn, daß gegenüber diesem damaligen Diktat das einfache Nein der deutsche Regierung die Verhältnisse irgendwie gebessert hätte? Der Fortschritt ist immer nur schrittweise zu erzielen, und aus dem Diktat, das uns

---

[96] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925. – Wann und wo Herriot das Nachfolgende behauptete, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. ebd., 65 [1924], S. 257).

[97] In Locarno war in einem Gespräch der deutschen, britischen, französischen und belgischen Delegierten am 15. Oktober 1925 (vgl. dazu die Aufzeichnungen Schuberts und Luthers vom 15. Oktober 1925: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–766) vereinbart worden, daß Deutschland in Beantwortung der alliierten Entwaffnungsnote vom 4. Juni 1925 (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404) eine Note an die Botschafterkonferenz richten werde, in der es seine feste Absicht zur Behebung der noch ausstehenden Monita in der Entwaffnungsfrage zusichere; diese deutsche Note wurde am 23. Oktober 1925 von Hoesch dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz überreicht (MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 7–11; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 409–410). Einzelheiten der noch ausstehenden Entwaffnungsfragen wurden in Berlin und Paris vom 6. bis 14. November 1925 verhandelt (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 16–17). In der weiteren Reaktion darauf erfolgten die oben in Anm. 93 genannten beiden Noten der Botschafterkonferenz.

auferlegt war, ist ein Kompromiß geworden, über das Sie gestern doch im Auswärtigen Ausschuß[98] manches gehört haben.

Wenn nun speziell – nicht hier in diesem Hohen Hause, aber in einem sehr weitverbreiteten deutschen Blatte[99] – es so hingestellt wurde, als hätten wir im letzten Augenblick in allen diesen Fragen kapituliert, um nur die Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu erreichen, und wenn hinzugefügt wurde, es sei ja ohne viel Phantasie festzustellen, welcher Minister in diesem Rumpfkabinett[100] diese **Auslieferung der Industrie an die Entente** und diese industrielle Abrüstung durchgesetzt hätte

(Zuruf: welches Blatt?)

– der **„Berliner Lokal-Anzeiger“** –, dann will ich doch darauf hinweisen, daß die Verhandlungen geführt worden sind von dem General v. Pawels[101], daß er ernannt ist vom Reichskanzler, daß sie geführt worden sind im engsten Zusammenhang mit dem Reichswehrministerium und daß der Hauptteil, gerade der, der sich auf die Industrie bezieht[102], in seinen Hauptgesichtspunkten längst bestimmt war, ehe wir nach Locarno gingen,

(hört! hört!)

so daß uns nur die großen fünf Hauptfragen[103] übrig blieben, über die wir ja oft genug gesprochen haben.

Ich bin der Meinung, daß es an sich tief bedauerlich ist, daß gegenüber der eigent-

---

[98] Zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 23. November 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 555 (Morgenausgabe) vom 24. November 1925. – Fehlerhaft ist die Herausgeberangabe in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 245, Stresemann habe an der Sitzung wegen Krankheit nicht teilgenommen (offenbar eine Verwechselung mit der Sitzung vom 25. November 1925: vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 270 vom 26. November 1925, S. 6).

[99] Der betreffende Artikel des „Berliner Lokal-Anzeiger“ konnte nicht ermittelt werden.

[100] Durch den Rücktritt der DNVP-Minister Schiele, v. Schlieben und Neuhaus am 25. Oktober 1925 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 801–803) war das verbliebene Kabinett zu einer Minderheitsregierung geworden.

[101] So in der Vorlage. Gemeint ist Richard von Pawelsz (1872–1942), General der Reichwehr. – In seiner Sitzung vom 26. Juni 1925 hatte das Reichskabinett die Einrichtung einer Kommission unter der Leitung von Pawelsz für die weitere Diskussion mit der Interalliierten Militärkontrollkommission und für die Regelung der noch ausstehenden Entwaffnungsbestimmungen beschlossen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 379 mit Anm. 4).

[102] Gemeint sind alliierte Forderungen zur Umstellung von Waffen- und Munitionsindustrie-Betrieben, die Deutschland mit der Note vom 23. Oktober 1925 (vgl. oben Anm. 97) zugesagt hatte.

[103] Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

lichen Tatsache der deutschen Abrüstung inmitten gerüsteter Völker überhaupt auf diese Restpunkte irgendein Gewicht gelegt wurde. Aber nachdem es geschehen ist, ist, glaube ich, die Regelung, die getroffen worden ist, doch auch ein Zeichen dafür, daß sie uns mehr, mindestens an Erleichterungen der Unbill, gebracht hat, als wir unter anderen Verhältnissen hätten erreichen können.

Wenn speziell immer wieder darauf hingewiesen wird, es sei noch nichts in der Frage der **Luftfahrt**[104] geschehen, so ist das richtig terminmäßig, es ist ebenso richtig, daß jetzt die Verhandlungen darüber in Paris geführt werden und daß die erste Erklärung der anderen uns gegenüber dahin ging, daß man es als selbstverständlich ansehe, jetzt unter voller Gleichberechtigung mit den deutschen Vertretern über die neue Regelung der Luftfahrtverhältnisse in Deutschland zu verhandeln, während die Note selbst den Charakter eines Diktats hatte[105].

Dann ist die Frage der **Paraphierung der Verträge**[106] in die Debatte gezogen worden. Wie die Dinge als Bericht über den Zentrumsparteitag[107] in die Presse gekommen sind, geben sie das, was in dem Telegramm an die Delegierten enthalten war[108], nicht im Wortlaut wieder. Nach diesem Telegramm handelte es sich zunächst nicht um einen Kabinettsbeschluß, sondern um eine Meinungsäußerung, die hauptsächlich damit begründet wurde, daß man sagte, es sei der Gedanke erwogen worden, die Paraphierung durch den Reichskanzler und den Außenminister bände Deutschland mehr als die anderen Nationen, die nur durch ihre Außenminister paraphierten. Es wurde zur Erwägung gegeben, ob es nicht vorzuziehen sei, vielleicht eine Unterschrift unter ein Gesamtprotokoll zu setzen und nicht paraphierte Anlagen anzufügen. Man konnte damals verschiedener Meinung darüber sein, ob sich Deutschland in Locarno nicht ebenfalls nur durch seinen Außenminister vertreten lassen solle. Die Ansichten darüber haben geschwankt. Es hat eine Zeit gegeben, in

---

[104] Zu den nachfolgend angesprochenen Verhandlungen über die Luftfahrtfrage (die Abgrenzung zwischen den Deutschland nach dem Versailler Vertrag verbotenen Militärflugzeugen und den erlaubten Zivilflugzeugen) vgl. zuletzt die telegraphischen Berichte der Botschaft Paris vom 18. und 20. November 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 617–618 u. Anm. 2).

[105] Stresemann bezieht sich auf die Note der Botschafterkonferenz vom 24. Juni 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 408–409).

[106] Westarp hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 24) die Frage aufgeworfen, ob Luther und Stresemann die Verträge in Locarno tatsächlich hätten paraphieren sollen und ob sie dazu legitimiert gewesen seien.

[107] Gemeint ist der Reichsparteitag des Zentrums, der vom 15. bis 17. November 1925 in Kassel stattgefunden hatte (vgl. ebd., S. 165–167).

[108] Minister Brauns hatte auf dem Zentrums-Parteitag ein Telegramm verlesen, das im Ergebnis der Ministerbesprechung vom 16. Oktober 1925 die Delegation in Locarno ersuchte, von der Paraphierung der Verträge Abstand zu nehmen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 768–772 u. Anm. 7).

der der heftigste Protest dagegen erhoben wurde, daß nur der deutsche Außenminister nach Locarno gehen sollte, in der das als ganz unmöglich und ganz untragbar bezeichnet wurde. Dann ist von mir angeregt worden, daß mehrere Minister mit dem Reichskanzler in Locarno verhandeln sollten. Das wurde nicht ausgeführt. Als dann der Reichskanzler in voller Übereinstimmung mit mir erklärte, er könne nicht die Verantwortung übernehmen, bei diesen Verhandlungen nicht mitzuwirken, weil es einfach physisch und psychisch für einen Delegierten unmöglich gewesen wäre, die Verhandlungen zu führen, haben dieselben Stellen, die früher unter keinen Umständen den **Außenminister allein nach Locarno** gehen lassen wollten, Widerspruch erhoben und gesagt, der Außenminister müsse allein nach Locarno gehen[109].

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich deshalb an der Objektivität dieses Standpunktes mir etwas zu zweifeln erlaube. Nachdem nun zwei deutsche Delegierte von Anfang bis zu Ende Deutschland in Locarno vertreten haben, wäre es uns von jedem als Hinterhältigkeit ausgelegt worden, wenn wir an dem Abend, als wir an den Tisch traten, auf dem die zu paraphierenden Verträge lagen, uns mit einemmal geteilt hätten in einen, der die Paraphierung übernahm, und in einen anderen, der ohne eine solche Bindung nach Deutschland zurückgehen wollte. Das war vollkommen ausgeschlossen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir durch diese doppelte Paraphierung eine größere Bindung eingegangen seien als andere Mächte. Der Herr Reichskanzler war ja nicht der einzige Regierungschef, der in diesen Tagen in Locarno war. Der Herr italienische Ministerpräsident[110], dessen Macht noch viel größer ist als die des deutschen Reichskanzlers, hat doch für seine Regierung ebenfalls unterzeichnet. Auch bei den Verhandlungen der anderen Parlamente habe ich nicht gefunden, daß sie sich durch Unterzeichnung ihrer Außenminister allein weniger gebunden gefühlt hätten. Jedenfalls war es für uns klar, daß wir alles aufs Spiel gesetzt hätten, wenn wir uns in dieser oder jener Weise der Paraphierung entzogen hätten.

Nun hat man besonders daran Anstoß genommen, daß das Wort **„ne varietur“**[111]

---

[109] Zur Diskussion des Kabinetts über die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Locarno vgl. die Ministerbesprechung vom 22. September und den Ministerrat vom 23. September 1925 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 550–560 u. 562–567).

[110] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

[111] Die betreffende Formel („daß er [der Wortlaut] nicht geändert werden solle“) findet sich im Schlußprotokoll der Konferenz von Locarno (LOCARNO-KONFERENZ S. 197). – Westarp hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 24) angeregt, daß angesichts der von ihm konstatierten Differenzen der

jede Änderung der Verträge ausschlösse. Nun, einmal ist dieses Wort nur eine Umschreibung des Sinnes der Paraphierung, denn paraphierte Verträge stehen eben im Wortlaut fest. Weiter aber waren wir vielleicht so optimistisch, zu glauben, daß darin auch ein Schutz für Deutschland läge. Denn wenn Sie den Vertrag von Locarno einmal vergleichen a) mit der Briandnote vom 16. Juni[112] und ihren Gesichtspunkten und b) mit der deutschen Note vom 10. Juni[113] und unseren Gesichtspunkten, dann hatten wir immerhin soviel Hauptgesichtspunkte, auf die es uns ankam, in das Werk von Locarno hineingebracht, daß wir das dort Erreichte nicht gern aufs Spiel gesetzt hätten. Wir sind doch nicht allein in der Welt, und wenn eine Änderung des Textes möglich wäre, würden doch wir uns nicht nur damit beschäftigen, den Text zu ändern, sondern es gäbe in anderen Ländern Leute genug, die sich ebenfalls damit beschäftigen würden. Ich darf Sie daran erinnern, daß doch kaum irgend jemand stärkeren Kritiken, Anfragen und Änderungsvorschlägen ausgesetzt gewesen ist als beispielsweise der Herr polnische Außenminister[114], weil man mit dem, was in diesen Schiedsverträgen[115] zum Ausdruck gekommen ist, auch in anderen beteiligten Ländern nicht einverstanden war. Nachdem einmal diese Konferenz stattfand, mußte sie zu einem Abschluß führen oder das Ganze war überhaupt gefährdet und hatte noch gar keine feste Basis bekommen.

Meine Damen und Herren! Es ist weiter – gestatten Sie mir, daß ich auf diese einzelnen Fragen eingehe – dem Herrn Abgeordneten Scholz[116], als er heute über die Lösung der **Investigationsfrage[117]** sprach, zugerufen worden, seine Auffassung sei

---

Vertragsparteien über das Verständnis des Art. 1 des Vertrags das „ne varietur“ durchbrochen werden solle.

[112] Vgl. oben mit Anm. 61.

[113] So in der Vorlage. Gemeint ist aber offenbar die deutsche Note vom 20. Juli 1925 (vgl. oben mit Anm. 40).

[114] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926. – Zur innerpolnischen Kritik an den Locarno-Verträgen vgl. insb. die Debatte im polnischen Sejm und in dessen Auswärtigem Ausschuß (vgl. oben mit Anm. 48).

[115] Zum deutsch-polnischen Schiedsvertrag (und zum zeit- und inhaltsgleich geschlossenen Vertrag mit der Tschechoslowakei) vgl. oben mit Anm. 44.

[116] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Vorsitzender 1929–1930). – Sein nachfolgend angesprochener Debattenbeitrag in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4508–4512.

[117] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung eine dauerhafte Kontrolle der deutschen Abrüstung ermöglicht werden sollte und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ eingerichtet werden sollten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 249 mit Anm. 8). – Scholz hatte in seiner Rede (vgl. die vorangegangene Anm.) festgestellt, daß das Investigationsrecht des Völkerbundes durch die Verträge

unrichtig. Ich habe gestern nachmittag im Auswärtigen Ausschuß[118] über diese Frage gesprochen. Ich stelle anheim, den Herrn Reichskanzler oder mich erneut im Auswärtigen Ausschuß zu interpellieren. Ich kann nur darauf hinweisen, daß diese von uns abgegebenen Erklärungen durchaus den Stand der Sache wiedergeben, wenn es auch für uns nicht wünschenswert ist, sie hier in der Öffentlichkeit zu erörtern.

Nun gestatten Sie mir, zu dem, was der Herr Abgeordnete Koch-Weser ausgeführt hat[119], noch einige allgemeine Bemerkungen anzuschließen. Der Herr Abgeordnete Koch hat an mich die Frage gestellt, wie sich die deutsche Regierung stellen würde zu der von Herrn Loucheur[120] namentlich angestrebten **Weltwirtschaftskonferenz.** Sie haben, Herr Kollege Koch, mich über Ihre Anfrage ja nicht vorher ins Bild gesetzt. Um so mehr ist es ein Zufall, daß ich heute nachmittag Herrn **Marcel Rey**[121] eine **Erklärung** über diese Frage von mir aus gegeben habe, eine Erklärung, die dahin geht, daß wir selbstverständlich uns an einer solchen Konferenz gern beteiligen würden. Nicht aus den Gründen, um die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen – ein Schlagwort, das schlecht gewählt ist und den guten Kern des Gedankens mehr in Mißkredit bringt, als wenn man die Dinge auf dieses Reale zurückführen würde.

(Sehr richtig!)

Aber eins ist doch gar kein Zweifel, daß nämlich die Situation der europäischen Staaten, gleichgültig, ob sie zum Siegerkonzern gehören oder zu denen, die besiegt sind, eine ganz ungemein schwierige in verschiedenster Beziehung ist. Wir haben schließlich den Weltkrieg auf europäischem Boden bezahlen müssen mit einer enormen Verarmung der Völker. Wir haben ihn weiter – und das wird vielfach viel zu gering geachtet – bezahlen müssen mit einem Ausfall von Menschenkraft, mit der doch auch unendlich viel verlorengegangen ist, was sonst hier für das ganze geistige, kulturelle und Wirtschaftsleben in Europa tätig sein würde.

---

von Locarno beträchtlich geschwächt sei und nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund das Investigationsprotokoll beseitigt werden müsse.

[118] Vgl. oben mit Anm. 98.

[119] Vgl. oben mit Anm. 2.

[120] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Wiederaufbauminister 1918–1920, Handels- und Industrieminister März – Juni 1924, 1930–1931, Arbeitsminister Mai 1928 – 1930. – Den nachfolgend angeführten Vorschlag einer Weltwirtschaftskonferenz hatte Loucheur u.a. am 15. September 1925 in einer Völkerbunds-Kommissionssitzung eingebracht (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1925); er wurde seitdem vom Völkerbund weiterverfolgt.

[121] Vermutlich meint Stresemann den französischen Journalisten Marcel Ray (1878–1951); mit ihm hatte er in diesen Tagen in Berlin ein Gespräch geführt, das Ray später in einem Artikel der Pariser Zeitung „Le Petit Journal“ ausführte (vgl. LE PETIT JOURNAL, Nr. 22966 vom 2. Dezember 1925, S. 1) und in dem die nachfolgend angesprochene Erklärung Stresemanns dem Sinn nach erfolgte.

(Sehr wahr! links.)

Es sind doch ganze Generationen ausgefallen, die sonst an ganz anderer Stelle stehen würden und für die ein Nachwuchs gar nicht vorhanden ist. Dieser Mangel drückt sich aus in einer Herabdrückung der ganzen europäischen Leistungsfähigkeit. Er drückt sich aus in einem Zurückbleiben der Technik und er drückt sich aus in einem Zurückbleiben der gesamten Wirtschaft. Wenn deshalb in den verschiedensten Nationen die Idee des Zusammenwirkens auftritt, wenn man über die Ländergrenzen hinaus versucht, mit vereinten Kräften auf dem Weltmarkt mit den anderen glücklichen Ländern zusammenzustehen und zusammenzuwirken, so ist das ein ganz selbstverständlicher Gedanke, der sich aus der ganzen Situation ergibt, die beispielsweise bei uns die Wirtschaft – und ich glaube, die Landwirtschaft noch mehr als die Industrie – ohne ausreichende Kreditsicherung einfach vor den Abgrund stellt, eine Situation, die es anderen Staaten unmöglich macht, ihre Währung zu erhalten, wenn sie nicht ebenfalls in ganz anderen internationalen Beziehungen leben können.

Wenn man uns fragt, was eigentlich der **Geist von Locarno** bedeute, von dem so viel gesprochen wurde, der auch deshalb so stark – zum Teil mit Unrecht – kritisiert wurde, weil man die entscheidendsten Rückwirkungen von ihm schon erwartete, ehe der Vertrag, der seinen Namen trägt, überhaupt angenommen ist, so zeigt sich die Bedeutung des Geistes von Locarno vor allem in dem Gedanken der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, in dem Gedanken, daß ein Zusammenbrechen Deutschlands nicht nur eine deutsche Frage, sondern eine europäische und eine Weltfrage ist. Man stimmt ja nicht über Motive ab. Die Motive dieses ganzen Zusammengehens brauchen deshalb nicht im Idealismus, wenigstens nicht in ihm allein zu liegen. Ich glaube, dieser Geist wird am besten fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen. Damit ist eben eine Politik der Diktate und der Unterdrückung Deutschlands nicht vereinbar. Dazu ist notwendig die Grundlage eines dauernden Friedens. Wenn sich für uns aus der ganzen Entwicklung die Möglichkeit ergab, an diesen Dingen mitzuwirken, dann glauben wir, wie der Herr Kollege Koch vorhin gesagt hat, dadurch doch wieder eine neue Etappe errungen zu haben, um allmählich zur Sicherung des Friedens, zur Wiedergewinnung deutscher Souveränität und dadurch zur Wiedergewinnung der Grundlage zu kommen, auf der sich später einmal deutsche Lebensmöglichkeit und deutsche Freiheit aufbauen kann.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Zischen rechts. – Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)[122]

[122] Ein Bericht über den Eindruck der „etwa einstündige[n] Rede Stresemanns“ in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 557 (Morgengausgabe) vom 25. November 1925. – Nach vier weiteren Debattenbeiträgen wird zum Abschluß der Reichstagssitzung der diskutierte Gesetzentwurf (vgl. oben mit Anm. 1) auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen und die zweite und dritte Lesung im Reichstag auf Vorschlag des Ältestenrates auf den 26. und 27. November 1925 terminiert (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4562).

## Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung in London vom 1. Dezember 1925[1]

Nach STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 220–223 [2. Aufl. S. 362–363]. – Druck auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 252–254; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 537 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925; SCHULTHESS 66 (1925), S. 446–447. – Teildruck in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21990 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 569 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925.

*Dankt Chamberlain, der auch ohne offiziellen Vorsitz der Führer der Verhandlungen in Locarno war. Die Verträge schaffen die Basis für die Entwicklung neuer Verhältnisse in Europa, dessen Länder eine Schicksalsgemeinschaft bilden.*

In dem Augenblick, in dem das in Locarno begonnene Werk durch unsere Unterschrift in London vollendet ist[2], möchte ich vor allem Ihnen, Sir Austen Chamberlain[3], den Dank aussprechen für das, was wir Ihnen schulden in Anerkennung der Führerschaft bei dem heute vollendeten Werk. Wir haben in Locarno, wie Sie wissen, keinen Vorsitzenden gehabt, haben ohne Vorsitz verhandelt[4]. Das aber ist das Große in der wunderbaren Tradition Ihres Landes, das auf eine mehrhundertjährige politische Erfahrung zurückblicken kann, daß ungeschriebene Gesetze weit besser wirken als die Form, in der man glaubt, Dinge meistern zu müssen. So hat die Konferenz von Locarno, die so unformell war, zu einem Erfolge geführt. Sie konnte dazu führen, weil sie in Ihnen, Sir Austen Chamberlain, einen Führer hatte, der durch seinen Takt und durch seine Freundlichkeit, unterstützt von seiner liebenswürdigen Gemahlin[5], zu-

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der feierlichen Unterzeichnung der Verträge von Locarno am 1. Dezember 1925 im britischen Außenministerium in London. Ausführliche Berichte zu dieser Unterzeichnung und den dort gehaltenen Reden u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 568 (Abendausgabe) vom 1. Dezember 1925, und Nr. 569 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 537 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925. – Laut Stresemanns eigener Tagebuchaufzeichnung hielt er, in Reaktion auf Briands kurze Ansprache (vgl. unten mit Anm. 7), seine Rede frei (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 249).

[2] Die Unterzeichnung erfolgte für alle Verträge, die als Ergebnis der vom 5. bis 16. Oktober 1925 in Locarno tagenden Konferenz paraphiert worden waren (Texte u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[3] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[4] Zum Verzicht auf einen formalen Konferenzvorsitz vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 4. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 311–312) und die entsprechende Regelung zu Beginn der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 144).

[5] Lady Ivy Muriel Chamberlain, geb. Dundas (1878–1941), seit 1906 verheiratet mit Sir Austen Chamberlain.

nächst einmal jenes Band persönlichen Vertrauens um uns wob, das wohl als ein Bestandteil dessen anzusehen ist, was als Geist von Locarno bezeichnet wurde. Aber etwas anderes war wichtiger als dieses persönliche Näherkommen, nämlich der Wille, der in Ihnen und uns lebendig war, dieses Werk zum Abschluß zu bringen. Daher die Freude, die Sie ebenso wie wir alle empfanden, als wir es in Locarno zur Paraphierung bringen konnten. Daher unser aufrichtiger Dank an Sie am heutigen Tage. Lassen Sie mich von diesem Gedanken über Form und Willen auch ausgehen, wenn ich jetzt von dem Werk von Locarno selbst spreche. Wir alle haben in unseren Parlamenten Debatten zu bestehen gehabt über dieses Werk[6]. Man hat es nach allen Richtungen hin durchleuchtet, man hat versucht, festzustellen, ob irgendwelche Widersprüche bestünden in der Anschauung über diese und jene Paragraphen. Darf ich demgegenüber das eine aussprechen: Ich sehe in Locarno nicht eine juristische Konstruktion politischer Gedanken, sondern ich sehe in dem Werk von Locarno die Basis einer großen Zukunftsentwicklung. Die Staatsmänner und Völker bekennen sich darin zu dem Willen, dem Menschheitssehnen nach Frieden und Verständigung den Weg zu bereiten. Wäre der Pakt nichts als ein Bündel von Paragraphen, so würde er nicht halten. Die Formen, die er zu finden sucht für das Zusammenleben der Völker, werden nur Wirklichkeit werden können, wenn hinter ihnen der Wille steht, neue Verhältnisse in Europa zu schaffen, ein Wille, von dem auch die Ausführungen getragen waren, die Herr Briand[7] soeben gemacht hat.

Ich möchte Ihnen, Herr Briand, aufrichtig für das danken, was Sie über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Völker – und besonders derjenigen Völker, die in der Vergangenheit so viel erduldet haben – gesagt haben. Sie gehen von der Idee aus, daß jeder von uns zuerst seinem Vaterlande angehören, ein guter Franzose, ein guter Engländer, ein guter Deutscher als ein Teil seines Volkes sein soll; jeder aber auch ein Angehöriger Europas, verbunden mit der großen kulturellen Idee, die sich in dem Begriffe unseres Erdteils auswirkt. Wir haben ein Recht, von einer europäischen Idee zu sprechen, hat doch dieses Europa im Weltkrieg die größten

[6] Im Deutschen Reichstag waren die Gesetze zur Unterzeichnung des Vertrags am 27. November 1925 mit großer Mehrheit angenommen worden; zur Debatte vom 23. bis 27. November 1925 vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 66 (1925), S. 168–181; zur Rede Stresemanns in dieser Debatte am 24. November 1925 s. diese Edition.

[7] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zu seiner Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung (unmittelbar vor derjenigen Stresemanns) vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21990 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1925, S. 4.

Opfer gebracht, steht es doch jetzt vor der Gefahr, durch die Auswirkungen des Weltkrieges die Stellung zu verlieren, auf die es nach seiner Tradition und Entwicklung Anspruch hat. Was dieser Erdteil im Weltkriege hingegeben hat, wird vielfach nur an den Verlusten materieller Art und an den Verwüstungen gemessen, die dem Kriege folgten. Den größten Verlust tragen wir dadurch, daß eine Generation dahingesunken ist, von der wir nicht wissen, wie viel unentwickelte Kräfte und Möglichkeiten, wie viel Geist, Genie, Tat- und Willenskraft in ihr zur Entfaltung gekommen wären, wenn sie ihr Leben hätte ausschöpfen können. Zusammen mit den Erschütterungen des Weltkrieges ergibt sich daraus die eine Tatsache, daß uns eine Schicksalsgemeinschaft aneinanderkettet. Wenn wir untergehen, gehen wir gemeinschaftlich unter; wenn wir in die Höhe kommen wollen, können wir es nicht im Kampfe gegeneinander, sondern nur im Zusammenwirken miteinander. Deshalb dürfen wir, wenn wir überhaupt an die Zukunft unserer Völker glauben, nicht in Zwist und Feindschaft miteinander leben, sondern müssen uns die Hände reichen zu gemeinschaftlichem Zusammenwirken. Nur dann wird es möglich sein, die Grundlage für eine Zukunft zu legen, von der Sie, Herr Briand, in Worten, denen ich mich nur anschließen kann, sagten, daß sie getragen sein soll von dem Wetteifer der kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenwirken muß die Basis für die Zukunft gesucht werden. Für diesen Frieden tritt die große Mehrheit des deutschen Volkes ein. Gestützt auf diesen Friedenswillen setzten wir unsere Unterschrift unter diesen Vertrag. Er soll eine neue Aera des Zusammenwirkens der Nationen einleiten. Er soll an die sieben Jahre der Nachkriegszeit eine Zeit wirklichen Friedens anschließen, der von dem Willen verantwortungsbewußter Persönlichkeiten getragen wird, die den Weg zu dieser Entwicklung wiesen, und der von den Völkern unterstützt werden soll, die wissen, daß nur auf diese Weise Wohlfahrt gedeihen kann. Mögen spätere Geschlechter Grund haben, dankbar des heutigen Tages als eines Anfanges einer neuen Entwicklung zu gedenken.[8]

[8] Zum Aufenthalt Stresemanns in London vom 30. November bis 3. Dezember 1925, zur Unterzeichnung selbst, zu den Rahmenfeierlichkeiten und den politischen Gesprächen vgl. seine Tagebuchaufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 248–252.

## Rede auf dem Parteitag der Berliner DVP vom 10. Dezember 1925[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 377–380. – Teildrucke in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 553 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1925; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 585 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1925[2]; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21999 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1925, S. 4.

*Die DVP hatte sich für die Regierungsbeteiligung der DNVP nicht aus Richtungslosigkeit eingesetzt, sondern um das parlamentarische System zu stärken. In Deutschland muß die Opposition noch lernen, daß auch sie Verantwortung trägt.*

Diese Regierungskrisis[3] ist die innenpolitische Rückwirkung der Verträge von Locarno[4]. Ich habe nicht die Absicht, diese inneren Fragen bei meinen Ausführungen in den Vordergrund zu stellen, sondern möchte meinen Ausführungen die Frage zugrunde legen, ob das, was in der Außenpolitik vor sich ging, den Grund abgeben könnte zu jenen Änderungen, die uns in diese Krise geführt haben. Lassen Sie mich ein Wort mehr allgemeiner Natur über Regierungsbildungen in einem Lande des parlamentarischen Systems sagen. Ich möchte es gerade deshalb, weil ich über diese Frage sprach, als ich zum letzten Male in Berlin in einer öffentlichen Versammlung das Wort nahm, im Januar dieses Jahres[5], als wir vor einer ähnlichen Frage standen,

---

[1] Die Vorlage erläutert einleitend lediglich, daß sich Stresemann „über die Krise und das parlamentarische System in einer öffentlichen Versammlung in Berlin“ geäußert habe. In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 585 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1925, heißt es dagegen unter der Überschrift „Absage Stresemann an rechts“ erläuternd, Stresemann habe „auf dem Parteitage der Berliner Organisation der Deutschen Volkspartei [...] über die politische Lage“ gesprochen.

[2] Die gegenüber der Vorlage etwas kürzeren Veröffentlichungen in „Vossische Zeitung“ und „Tägliche Rundschau“ weichen bei den behandelten Materien sehr stark von der Vorlage ab; offenbar handelt es sich bei allen drei Überlieferungen um gekürzte Wiedergaben mit nur wenigen Überschneidungen. – Hier werden in den Anm. gegebenenfalls Redeteile aus den beiden anderen Überlieferungen wiedergegeben, die in der Vorlage vollständig fehlen.

[3] Das Kabinett hatte am 5. Dezember 1925 – nach erfolgter Unterzeichnung der Verträge von Locarno – seinen Rücktritt beschlossen, den Luther am gleichen Tag Hindenburg unterbreitete; der Reichspräsident ersuchte daraufhin das Kabinett um die Fortführung der Geschäfte (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 942–944). Am 7. Dezember 1925 sondierte er im Gespräch mit Vertretern der Reichstagsfraktionen die Möglichkeiten einer Großen Koalition (ebd., 985–987).

[4] Gemeint sind die Verträge, die als Ergebnis der vom 5. bis 16. Oktober 1925 in Locarno tagenden Konferenz paraphiert (Texte u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet worden waren (zur Rede Stresemanns anläßlich der Unterzeichnung s. diese Edition).

[5] Eine entsprechende Rede Stresemanns vom Januar 1925 konnte nicht ermittelt werden.

ob wir auch ein anderes Kabinett, eine neue Regierung bilden sollten[6].

Man wirft uns vor, daß wir in der Deutschen Volkspartei keinen festen Kurs steuerten, daß wir den Anschluß suchten bald nach links, bald dagegen wieder den Anschluß nach rechts. Ich möchte dazu das eine sagen: Wenn einen diejenigen, die man Freunde nannte, im Stiche lassen, so ist man gezwungen, sich neue Freunde zu suchen, um den Weg, den man sich zu gehen vorgenommen hat, vollenden zu können. Nicht wir sind die gewesen, die den innenpolitischen Kurs verlassen, sondern die Deutsche Volkspartei hat sich bis zur Aufopferung dafür eingesetzt, die **Deutschnationalen** in die Regierung zu bringen, und der Dank ist schlecht genug gewesen. Wir waren damals im Besitz der Macht, die Mitte regierte in Deutschland. Ohne die Mitte ist in Deutschland nichts durchzusetzen. Dieser unser Einfluß war nun um so größer, als wir in der Regierung waren. Und wenn ich diese Koalition nicht für tragfähig von sich aus hielt, wenn ich mich dafür einsetzte, daß die Deutschnationalen in die Regierung hineingenommen wurden, so haben wir dies getan, obwohl wir dadurch vielfache Verluste in der Öffentlichkeit gehabt haben: Angriffe von der Linken, die das Bedeutsame der Heranziehung einer großen Partei nicht als solches erkannte, Angriffe derjenigen Leute, die nicht haben wollten, daß die Grenzen sich verwischen. Und doch war in der Mitwirkung der Deutschen Volkspartei sowohl in der Großen Koalition[7] wie in dem Bestreben, die Deutschnationalen zur Regierung heranzuziehen, nicht eine Zielunsicherheit, sondern eine klare Erkenntnis des Werdens eines parlamentarischen Systems in Deutschland.

Denn was bedeutet das parlamentarische System? Wenn es ein Gutes hat, so ist es doch das, daß Regierung und Parteien sich nicht als Feinde gegenüberstehen, daß nicht der eine Teil frei von der Verantwortung ist und der andere allein die Verantwortung trägt, sondern das Gute ist das, daß die Parteien selbst die Verantwortlichkeit mitübernehmen. Weshalb sind denn die Verhältnisse in anderen Ländern so gesund, ganz abgesehen davon, daß in diesen Staaten dieses System auf eine längere Zeit parlamentarischer Erfahrung zurückschaut als in Deutschland? Als ich in **London** war[8] und dort, einer alten Absicht folgend, einen Besuch im Parlament

[6] Zu den Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, in deren Folge das Kabinett Marx nach seinem Rücktritt vom 15. Dezember 1924 nur noch geschäftsführend im Amt blieb, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 602–603.

[7] Stresemann leitete als Reichskanzler vom 13. August bis zum Austritt der sozialdemokratischen Minister am 3. November 1923 ein Kabinett, das sich auf eine Große Koalition stützte.

[8] Zum Aufenthalt Stresemanns in London vom 30. November bis 3. Dezember 1925 (anläßlich der Unterzeichnung der Locarno-Verträge) vgl. seine Tagebuchaufzeichnung ebd., II, S. 248–252; zum nachfolgend angesprochenen Besuch im Unterhaus: S. 251.

machte und dort bestätigt sah, was ich schon wußte von den dortigen parlamentarischen Einrichtungen, da bin ich mir als Deutscher doch sehr klein vorgekommen, und ich habe mir gesagt: Wir sind und bleiben doch das unpolitischste Volk der Erde. In England wird an dem Tag, wo der König die beiden Parlamente Großbritanniens feierlich eröffnet, dem König erst der Ministerpräsident vorgestellt und dann der Führer der Opposition. Wenn der Einzug in den Saal erfolgt, so geschieht es so, daß Arm in Arm die Regierung und die Opposition hineintritt. Regierung **und** Opposition sind das englische Volk. Wie man dem Vaterlande dient, darauf kommt es an; ob in der Regierung oder ob draußen, darauf kommt es nicht an, wenn man nur diesen Willen hat, dem Vaterlande unter allen Umständen zu dienen. Wenn wir doch nur etwas von diesen Dingen bei uns übernehmen würden! Dann würden wir die Frage der Regierungsbildung ganz anders aufmachen.

Gestatten Sie mir, noch ein anderes Erlebnis mitzuteilen, das in diesen Gedankengang gehört. Im Jahre 1912 war ich in Kanada[9] und auch in **Toronto.** Dort hörte ich eine Rede vor vielen Tausenden, die der Premierminister[10] über seine Teilnahme an einer Konferenz der Dominions in London hielt[11]. Alle Parteien waren dazu eingeladen. In herzlichster Weise wurde der Premierminister von einem Manne[12] begrüßt, der in ihm den größten Führer des kanadischen Volkes verehrte, wie er sagte, und ihn bat, daß er Kunde von dem, was er in London erlebt habe, geben möchte. Bei der Herzlichkeit der Ansprache nahm ich an, daß der Mann, der diese Begrüßungsrede hielt, ein Konservativer wäre, denn der Ministerpräsident war konservativ. Ich äußerte dies zu meinem Nachbar in der Versammlung. Dieser aber war darüber seinerseits erstaunt und erwiderte mir: „Wir werden doch nicht so geschmacklos sein, unsern leitenden Minister von seinen eigenen Parteifreunden einführen zu lassen. Der Mann, den Sie meinen, war der Führer der liberalen Opposition."

Darin steckt ja gewiß eine große Tradition, und diese Tradition erkennt zweierlei

---

[9] Stresemann war im September und Oktober 1912 als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation zunächst zum Internationalen Handelskammerkongreß in Boston gereist und bereiste mit dieser Delegation anschließend Nordamerika. Berichte Stresemanns über seine Eindrücke von dieser Reise finden sich unter dem Titel „Amerikanisch-kanadische Reiseeindrücke. Vom amerikanischen Wirtschaftsleben" in: Sächsische Industrie 9 (1912/13), S. 102–106; unter dem Titel „Vom Deutschtum in Amerika" in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 325 vom 22. November 1912.

[10] Sir Robert Borden (1854–1937), kanadischer Premierminister 1911–1920. – Die entsprechende Rede konnte nicht ermittelt werden.

[11] Es konnte nicht ermittelt werden, auf was sich Stresemann bezieht; eine Reichskonferenz („Imperial Conference") fand 1912 in London nicht statt.

[12] Dies bezieht sich vermutlich auf Sir Wilfrid Laurier (1841–1919), kanadischer Premierminister 1896–1911; anschließend Oppositionsführer.

als notwendig an: die Regierung des Staates und die Kontrolle der Regierung des Staates. Denn in Kanada zahlt man dem Führer der Opposition dasselbe Gehalt wie dem Ministerpräsidenten, damit er das Amt der Kontrolle ohne Rücksicht auf sonstige Interessen ungehindert ausüben kann. Darin steckt die Annahme, daß Opposition und Regierung sich abwechseln, daß eine Opposition bereit sein muß, mit dem Programm, das sie als Opposition vertritt, in der Regierung zu zeigen, daß sie es auch durchführen kann. Was wir in Deutschland vermissen, das ist eine wirklich staatsmännische Opposition. Denn bei uns glauben noch die Parteien, wenn sie in der Opposition sind, das Blaue vom Himmel herunter versprechen zu dürfen, und wenn sie das getan haben, dann fürchten sie sich nachher, in die Regierung verantwortlich einzutreten, weil sie besorgen, das Volk könnte die Diskrepanz zwischen Versprechen und Halten doch gar zu groß finden.

Damit wir herauskommen aus einer **unverantwortlichen** Opposition, wäre es eine staatspolitische Notwendigkeit, daß alle Parteien sich einmal an der Regierung versuchen würden, und es war staatspolitisch notwendig, daß, als die große Deutschnationale Partei über Millionen von Anhängern verfügte[13], sie nun auch zeigte, ob sie in der Lage wäre, dem deutschen Volke neue Wege zu einer besseren Zukunft zu weisen, als andere Parteien es vermocht hatten.

Das ist auch so eine unpolitische Stärke des deutschen Volkes, daß es durch Programme selig wird. Wenn der Deutsche eine Resolution fassen kann, dann ist er restlos selig. Und wenn man Statuten berät, dann entfaltet man die größten Talente. Und gerade Leute tun es, von denen man es bisher nicht ahnte. Dann, Deutscher, zeigt sich dein Furor teutonicus[14]! Das unterscheidet unsere Art so ungeheuer von dem englischen Common-sense und von der englischen Art, Politik zu führen. Und schließlich haben doch die Engländer keine schlechte Politik geführt seit Jahrhunderten. In den letzten Wochen der Verhandlungen, die wir führten, geschah es, daß ein Engländer[15] mich darauf hinwies, daß er die Erbitterung nicht verstände, mit der bei uns theoretische Verfassungskämpfe ausgefochten würden. „Sehen Sie“, so sagte er, „unsere Verfassung paßt auf unsere heutigen politischen Verhältnisse überhaupt nicht mehr, wenn wir uns an ihren Text hielten. Wir halten uns aber nicht an ihren

[13] Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 hatte die DNVP deutschlandweit ca. 6,2 Mio. Wählerstimmen erhalten (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 108).

[14] Der Ausdruck „Furor teutonicus“ geht wohl auf antike Quellen über die Kampflust der Teutonen zurück und wird als geflügeltes Wort für deutsche Kampfeslust benutzt.

[15] Wer damit gemeint ist und wann die im Folgenden zitierte Aussage getroffen wurde, konnte nicht ermittelt werden.

Wortlaut, sondern wir halten uns an ihren Sinn. Wenn wir das nicht getan hätten, so wäre das ganze Empire ein Scherbenhaufen.“ Bei uns glaubt jeder, er sei allein in der Welt, und er könnte, wie ein Kind es tut, auf seinen Weihnachtswunschzettel alles heraufschreiben, was er im Laufe eines Lebens einmal erreichen will. So glauben sie auch in der Politik grundsätzlich alle die Fragen, alle die Wünsche, die sie für das deutsche Volk haben, auf einmal auf einen solchen Weihnachtswunschzettel heraufschreiben zu sollen, alles, was man selbst auch für das deutsche Volk wohl wünschen möchte; aber diejenigen werden dann verdammt, die nun nicht alle diese Wünsche zu einem Weihnachten erfüllen können.[16]

[16] Die Wiedergabe der Rede in der „Vossischen Zeitung“ (vgl. oben mit Anm. 2) schließt offenbar hier an und führt weiter aus: „Im Nationalgefühl lassen wir uns von niemandem übertreffen. Solange die unanständige Kampfesweise gegen uns nicht aufhört und nicht Garantien geboten werden, so lange werde ich mich als Führer der Partei dagegen wehren, mit diesen Leuten wieder zusammenzugehen. (Stürm. Beifall.) Es kann und wird ein Wiederaufstieg Deutschlands niemals das Werk einer einzelnen Partei sein, sondern nur das Werk des Zusammenschlusses möglichst aller. (Lebh. Beifall.) Deshalb wehre ich mich gegen die Methode des Zerreißens zwischen rechts und links, ob es die einen machen im Reichsbanner, oder die von der anderen Seite. Ein Weg bleibt uns: Der Weg der Benutzung derjenigen Großmachtstellung, die Deutschland geblieben ist, die Benutzung seiner wirtschaftlichen Lage zur Erringung einer neuen Stellung unter den Völkern. Liebe haben wir von niemandem in der Welt zu erwarten. Aber das Band gemeinsamer Interessen gibt es im Völkerleben, das Bewußtsein der anderen: Geht Deutschland zugrunde, dann reißt es uns mit in die Tiefe. Liest man heute deutschnationale Zeitungen, dann denkt man beinahe, wir hätten früher nichts bezahlt und durch die Idiotie des deutschen Außenministers wären uns Fesseln auferlegt (Heiterkeit). Das Geburtsfest unserer neuen deutschen Großmachtsstellung war die feste Währung, war die Reichsmark. Sie zu halten, wäre nicht möglich gewesen, ohne die Bestimmungen des Dawes-Abkommens bezüglich der Begrenzung in der Transferfrage. Aber auch Vertrauen in der Außenpolitik muß vorhanden sein: wer nur von Mißtrauen beseelt ist, erwirbt sich überhaupt keine Freunde. Wie oft haben meine eigenen Freunde mich als den ‚ewigen Optimisten‘ hingestellt, wenn ich ihnen sagte, Düsseldorf und Duisburg würden wieder frei werden. Das Entscheidende ist, ob im Sinne und Geiste der abgeschlossenen Verträge in Zukunft Politik mit Deutschland gemacht wird. Ob das geschieht, kann man nicht erkennen in den ersten Tagen und Wochen. Wir können keinen Bürgerkrieg in Deutschland brauchen, wir müssen uns einheitlich gegen jeden wehren, der durch das Aufrühren der Verfassungsfrage die für den Wiederaufbau Deutschlands notwendige Einheit stören und vernichten will. Der Trunk Chamberlains aus dem ‚Liebesbecher‘ sei [!] mehr als eine bloße Geste gewesen. Auf dem Wege ins Freie stehen wir heute mindestens am ersten Meilenstein. Die ‚Rückwirkungen‘ können und müssen darin bestehen, daß der Gedanke der Besetzung deutschen Landes in kurzer Zeit der Vergangenheit angehören muß (Stürm. Beif.).“ – Die Wiedergabe in „Tägliche Rundschau“ (vgl. oben mit Anm. 2) führt zum (wohl abschließenden) außenpolitischen Teil der Rede Stresemanns aus: „Ohne Macht und ohne Bataillone muß die deutsche Außenpolitik vorwärtskommen. Das ist mit Schlagworten allein nicht zu machen, sondern nur mit nüchterner, verstandesmäßiger Politik. Diejenigen, die diese Politik machen und befürworten, haben mindestens dasselbe Vaterlandsgefühl wie diejenigen, die nur mit Schlagworten um sich werfen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind es in der Deutschen Volkspartei gründlich satt, uns sagen zu lassen, daß andere uns an Nationalgefühl übertreffen. Wenn diese Art der Polemik nicht aufhört, dann wird es für uns ein Ding der Unmöglichkeit, mit denen, die uns auf diese Weise angreifen, wieder zusammenzugehen. (Stürmische Zustimmung.) Es war gewiß unpopulär, daß wir den Ruhrkampf abbrachen, aber die Regierung hat damals den Vertretern des besetzten Gebietes gegenüber erklärt, sie wünsche keine Entlastung von der Verantwortung, sondern übernehme sie selbst in vollem Umfange. Wohin hat der Weg von damals uns geführt? Nach London und nach Locarno. Auch wir können heute keine Politik passiver Planlosigkeit treiben, wie sie Bismarck schon im Jahre 1849 in einem Briefe an seinen Freund Gerlach abgelehnt hat. Drei große Kraftquellen können die Außenpolitik eines Volkes nähren. Die erste ist die materielle Macht des Heeres und der Flotte. Ein einzelner kann sich in Illusionen wiegen. Aber ein Staat kann nicht mit der Illusion einer Macht spielen, die er nicht besitzt.

(Lebhafte Zustimmung.) Die zweite Kraftquelle ist das einheitliche Nationalgefühlt. Es ist zu unserem Wiederaufstieg nötig, der ein geschlossenes Zusammenleben aller Kräfte voraussetzt. Deshalb keine Zerreißung zwischen Rechts und Links. Aber für die außenpolitische Gegenwartsarbeit bleibt uns nur der dritte Weg. Das ist die Ausnutzung derjenigen Großmachtstellung, die Deutschland noch geblieben ist, die Ausnutzung unserer wirtschaftlichen Bedeutung als ein großes Volk von Konsumenten. Das ist nicht etwa materielles Denken, sondern es ist die Basis, die wir zunächst einmal brauchen, um leben zu können. Man kann nicht nur mit Mißtrauen vorwärtskommen. Auch nach der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno kommt es darauf an, wie die leitenden Staatsmänner sich auf die zukünftige Politik einstellen. Es ist entscheidend, ob im Sinne und Geiste des Vertrages von Locarno Politik gemacht wird oder nicht. Nach den ersten Tagen und Wochen kann man darüber noch kein Urteil fällen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß wir von den Fortschritten der Räumung unsere Entschlüsse abhängig machen, das ist unser gutes Recht. Aber wenn die erste Zone des Rheinlandes frei ist, wenn die Delegierten das Rheinland verlassen und wenn die Truppen aus dem bisher besetzten Gebiete abziehen, so ist das das Aufgeben der französischen Parole: wir bleiben am Rhein. Und von deutscher Seite aus gesehen, ist es das Wiederaufziehen der deutschen Flagge im Rheinland und damit das Ende der Herrschaft der Separatisten. [...] Wenn wir unsererseits auf Krieg an der Westgrenze verzichtet haben, so bedeutet der Vertrag doch auch, daß die anderen denselben Verzicht ausgesprochen haben. Damit haben wir die Sicherheit des Rheinlandes erreicht, und nichts ist aufgegeben worden nach irgendeiner anderen Seite. Wenn der Friedenspakt einen Sinn haben soll, so kann er nur darin liegen, daß das gesamte Besatzungsregime in Deutschland in absehbarer Zeit zu Ende ist (stürmischer Beifall). Dafür zu kämpfen, ist das Ziel der deutschen Politik. Die Befreiung des Rheinlandes ist die selbstverständliche Auswirkung des Vertrages. [...] Es kommt auch hier nicht auf Sentiments an, sondern darauf, daß praktische Arbeit geleistet wird. [...] Wir müssen über die Parteien hinauswachsen zu einer großen Einheit, die für Deutschlands Zukunft eintritt. Es gibt noch viele große Aufgaben, die noch zu erfüllen sind. Daran müssen alle mitarbeiten, denn es gibt keine Außenpolitik irgendeiner Partei, sondern nur eine deutsche Außenpolitik, die getragen sein soll von dem ganzen deutschen Volke. (Zustimmung.)“

## Rede vor dem Verein der Berliner Presse vom 13. Dezember 1925[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 558 (Abendausgabe) vom 14. Dezember 1925. – Teildrucke in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22002 (Morgenausgabe) vom 14. Dezember 1925, S. 2; REICHSPOST, Nr. 343 vom 14. Dezember 1925, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 285 vom 15. Dezember 1925, S. 3.

*Die Bedeutung der Kulturpolitik. Kulturarbeit muß den Gedanken der großen deutschen Kulturgemeinschaft unter Einschluß der Auslandsdeutschen fördern. Der Boykott der deutschen Wissenschaft ist anachronistisch.*

Die Kulturpolitik erscheint zunächst als die Dienerin des sich ausdehnenden Staates. Der Staat hat die Aufgabe, erworbenen Kulturbesitz zu befestigen, neue staatsbürgerliche Gemeinschaft zur Kulturgemeinschaft zu gestalten, fremdes Kulturgut einzuschmelzen. Die höhere Form der Kulturpolitik ist die des Austausches. Ihre Voraussetzung ist ein freundschaftliches Verhältnis unter den Kulturvölkern und die gegenseitige Anerkennung ihrer Kulturposition. Damit steht ihre ganze heutige politische Lage noch in starkem Widerspruch. Aber der gegenseitige gute Wille hat doch schon begonnen, sich durchzusetzen. Das Ideal ist die **gemeinsame übernationale Verwaltung der Kulturgüter.** Welche Personen und welche Kreise kommen nun für die Kulturpolitik in Betracht? Ein große Scheidung zunächst: deutsche und nichtdeutsche. Wir erstreben hinsichtlich der alten Kulturen nichts als einen freien Wettbewerb. Bei jungen Kulturen wünschen wir zur Geltung zu bringen, was zum deutschen Kulturgut gehört.[2]

---

[1] Der Artikel in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22002 (Morgenausgabe) vom 14. Dezember 1925, S. 2, unter der Überschrift „Stresemann über die Drangsalierung des Deutschtums im Ausland“, gibt Auskunft über die äußeren Umstände: „Im Reichstagsgebäude fand heute ein Empfang des Vereins der Berliner Presse statt, zu dem Reichskanzler Dr. Luther, Dr. Stresemann und Reichswehrminister Dr. Geßler erschienen. Allgemein fiel es auf, daß Reichskanzler Dr. Luther sehr übermüdet aussah. Er bat auch, daß man von seiner Rede, die angekündigt war, absehen möchte. Im Verlauf des Empfanges ergriff Dr. Stresemann das Wort zu einer Rede, in der er auch eine Anspielung auf die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol durch den italienischen Fascismus machte.“ Berichte über den gesamten Empfang auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 590 (Abendausgabe) vom 14. Dezember 1925, sowie in einem weiteren Artikel in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 558 (Abendausgabe) vom 14. Dezember 1925. – Bei der Vorlage scheint es sich um einen Auszug zu handeln. Die Rededisposition mit der Überschrift „Aufgaben der Kulturpolitik“ in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 312–315, deutet jedenfalls an, daß die Rede tatsächlich ausführlicher war. Die in der Vorlage fehlenden Teile der Rede werden daher hier in den Anmerkungen aus der Disposition ergänzt.

[2] Nach der Disposition (vgl. die vorangegangene Anm.) hatte sich Stresemann für den vorangehenden Teil seiner Rede folgendes notiert: „Kulturpolitik setzt ein Kulturvolk und als Organisation des Kulturvolkes den Staat voraus. Erscheint als Dienerin des sich ausdehnenden Staates. Hat die Aufgabe, erworbenen Besitz zu befestigen, neue staatsbürgerliche Gemeinschaft zur Kulturgemein-

Die große Aufgabe der Gegenwart ist die **Kulturarbeit an allen Gliedern deutschen Stammes.** 30 Millionen Menschen deutschen Blutes leben heute außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches; die deutsche Staatsgrenze fällt mit der deutschen Volksgrenze fast nirgends mehr zusammen. 9 Millionen Deutsche sind vom Kern ihres Volkes abgetrennt, im Zustand der Minderheit, unter fremder Souveränität. Hier liegen unsere großen Aufgaben. Die Deutschen im Auslande sind nach der Neuordnung Europas zum deutschen Gesamtvolkstum in ganz neue, wichtige Fragen aufwerfende Verhältnisse getreten. Wir sehen in ihnen eine **Neugruppierung der Kulturelemente,** die man früher nicht gekannt hat. Wir sehen andererseits die Anwendung von Staatsmitteln, um das deutsche hochstehende Kulturelement niederzuhalten, zurückzudrängen und zu zerstören, überall in Europa steht dieses Deutschtum in schwerem Kampf um Erhaltung seiner Kultur, der aber nicht so aussichtslos ist, daß er nicht zu gutem Ende geführt werden könnte. Wir hören viel von äußerem Druck, aber der **Druck erzeugt Gegendruck.** Man kann vielleicht Denkmäler zerstören oder fortbewegen[3], aber der Geist eines Volkes ist unzerstörbar, auch wenn man versucht, ein äußeres Monument zum Schweigen zu bringen. (Beifall.) Eines muß eine solche Bewegung haben: sie mußt einen Mittelpunkt haben. Sie muß wissen, daß irgendwo ihre Heimat ist, und wissen, daß diese Heimat ein angesehenes Volk ist. Sie muß zu ihm zurückfinden und muß den Gedanken hegen, daß allen

---

schaft zu gestalten, fremdes Kulturgut einzuschmelzen. Diese Form der Kulturpolitik mag primitiv anmuten, sie hat aber bis zum heutigen Tag Menschheitsgeschichte beherrscht. Höhere Form der Kulturpolitik ist die des Austauschs. In ihrer Reinheit nur möglich in ruhigen Zeiten. Zeitalter der Sekurität. Voraussetzung: freundliches Verhältnis unter den Kulturvölkern und gegenseitige Anerkennung ihrer Kulturposition. Damit im Widerspruch heutige weltpolitische Lage. Beredsamkeit könnte Standpunkt vertreten, daß Europa nicht bis zur Erledigung politischer Fragen warten dürfe, bis Nationen alte Kulturbeziehungen wiederherstellten. Aber diese Sprache erst möglich im Augenblick, in dem auf Gebiet der politischen Beziehungen gegenseitiger guter Wille sich durchzusetzen begann. Höchste Form der Kulturpolitik ist gemeinsame übernationale Verwaltung der Kulturgüter. Sie setzt Entsagung voraus bei denen, die im Besitz der Macht sind und zugleich im Besitz höchster Kultur zu sein glauben. Auch Teillösung möglich. Es gab wertvolle internationale Abmachungen, die Weltkrieg und Nachkriegszeit nur in geringen Resten bestehen ließ. Hier noch große Probleme vor uns. Welche Personen und Kreise kommen für Kulturpolitik in Betracht? Grobe Scheidung: Deutsche und Nichtdeutsche. Hinsichtlich der Nichtdeutschen Unterscheidung zwischen alten und jungen Kulturgebieten. Wir erstreben hinsichtlich der alten Kulturen nichts als einen freien Wettbewerb, nicht aber einen Kampf auf Leben und Tod. Bei jungen Kulturen wünschen wir zur Geltung zu bringen, was zum deutschen Gute gehört. Ohne Überhebung festzustellen, daß wir für sie Anziehungskraft besitzen, die sich aus der Höhe unserer Leistungen und Sachlichkeit unserer Bestrebungen ergibt."

[3] Stresemann spielt hier offenbar auf Meldungen der vorangegangenen Tage an, wonach das Denkmal Walthers von der Vogelheide aufgrund einer Verordnung der italienischen Regierung vom Walther-Platz in Bozen entfernt und dieser in „Platz des Königs Viktor Emanuel III." umbenannt werden solle (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 567 [Morgenausgabe] vom 1. Dezember 1925; REICHSPOST, Nr. 330 vom 1. Dezember 1925, S. 3, u. Nr. 340 vom 11. Dezember 1925, S. 8). – Die DNVP hatte am 11. Dezember 1925 im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wurde, was sie gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol zu unternehmen gedenke (Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 16, Anm. 4).

staatlichen Grenzen zum Trotz der große **Gedanke einer deutschen Kulturgemeinschaft** besteht. Wer die Tagungen der verschiedenen Verbände des Auslandsdeutschtums mitgemacht hat, wer dabei war, als das **Haus des Deutschtums in Stuttgart** eingeweiht wurde[4], der hatte die Empfindung, daß das Unglück das Zusammengehörigkeitsgefühl viel stärker entfalten ließ, als das jemals in Zeiten des Glückes der Fall war. Deshalb besteht auch hier eine ganz große Aufgabe des deutschen Staates und des deutschen Volkes, hier kann unendlich viel erhalten und unendlich viel vor der Verschüttung bewahrt werden. Dazu kommt ein anderes: das **Problem der jungen Auswanderung,** die eingesetzt hat mit der Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, der neue Zug über die See, der viel bedeutsamer sein würde, wenn nicht andere Staaten ihm Hemmnisse entgegenstellten. Das Ziel dieser ganzen Arbeit ist der Gedanke der **kulturellen Volksgemeinschaft.**

Diese Aufgabe ist unendliche Arbeit im kleinen, Treue im stillen und strenge Beschränkung auf das nötige. Die kümmerliche Schule, die irgendwo im südamerikanischen Walde errichtet wird, ist doch eine kulturelle Tat, weil sie Zusammenhänge aufrecht erhält, die verworren würden, wenn sie nicht als Aufgabe eines Volkes angesehen würden.

Nun lassen Sie mich ein Wort noch sprechen von den **internationalen kulturellen Beziehungen.** Sie kennen die Hemmnisse, die diesen internationalen kulturellen Beziehungen auferlegt worden sind durch den Krieg und die ganze Entwicklung der Nachkriegszeit. Der **Boykott der deutschen Wirtschaft[5],** der während des Krieges begonnen und nach dem Kriege fortgesetzt worden ist[6], ist ein tiefbeschämendes Kapitel in der europäischen Geistesgeschichte. (Lebhafte Zustimmung.) Wer heute noch glaubt, daran festhalten zu können, der befindet sich in Gefahr, bei dem Abbau der Hemmnisse des kulturellen Austausches sich erheblich zu verspäten. Sie war unwirksam, und ich glaube sagen zu können, sie ist veraltet. Möge man schnell da-

---

[4] Vgl. dazu (in dieser Edition) etwa die Rede Stresemanns vor Vertretern der deutschen Handelskammern im Ausland in Berlin vom 23. September 1924, seine beiden Reden anläßlich der Einweihung des Hauses des Deutschtums in Stuttgart vom 21. Mai 1925 und seine Rede beim Bund der Auslandsdeutschen in Berlin am 29. August 1925.

[5] So in der Vorlage; gemeint ist offenbar: „Wissenschaft".

[6] Noch im Weltkrieg hatten die nationalen Akademien der alliierten Staaten die „Internationale Vereinigung der Akademien" für aufgelöst erklärt und eine Nachfolgeorganisation geschaffen, die Deutschland und seine wissenschaftlichen Verbände für zwölf Jahre von allen Wissenschaftskontakten ausschloß. Im Juli und August 1919 bestätigte der in Brüssel tagende „Internationale Forschungsrat" (der internationale Zusammenschluß der nationalen Akademien der Wissenschaften) den Beschluß insofern, als er nur die Akademien der neutralen Staaten zum Beitritt aufforderte (vgl. etwa THE TIMES, Nr. 42176 vom 12. August 1919). – Inwiefern sich Stresemann im Folgenden auf aktuelle Ereignisse bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

mit aufräumen. Zwingt man uns oder zwängt man uns in eine geistige Isolierung hinein, es gäbe kein Volk, daß diese geistige Isolierung eher ertragen könnte als das deutsche, auf Grund dessen, was es aus eigener Kraft und eigenem Geist für sich und für andere darzubieten vermag. (Beifall.) Ich halte gar nichts davon, wenn jemand sagt, es gäbe Dichter oder Denker, die in Menschheitsideen leben könnten. Jeder lebt zunächst dem Blute seines Volkes. Dadurch, daß dieses Volk sich an ihm zur höchsten Potenz steigert, ist er in der Lage, auf die ganze Welt zu wirken. Wer so klein und engherzig ist, daß er nicht über die eigene Kraft hinauszudenken vermag, der scheidet sich selbst aus der großen Kulturgemeinschaft der Völker aus. Die persönlichen Leistungen, die persönlichen Beziehungen entwickeln sich außerhalb aller Organisationen. Fremde Gelehrte, auch fremde Minister haben den Weg nach Deutschland gefunden; viele Deutsche haben ihre Studien im Auslande wieder aufnehmen können. **Die studentische Jugend hat sich eher zusammengefunden als ihre Lehrer.** Kirchliche Kreise haben in großen internationalen Zusammenkünften offene Aussprachen gepflogen. Deshalb erwarte ich auf keinem Gebiet so sehr das Siegen der Vernunft als auf diesem. (Lebh. Beifall.)[7]

[7] Laut der Disposition (vgl. oben mit Anm. 1) sprach Stresemann abschließend über Folgendes: „Ich wünsche die Beseitigung der alten Methode, weil ich im allgemeinen Rahmen europäischer Entwicklung sie als eine Anomalie zur politischen Lage empfinde, nicht weil ich sie für deutsche Wissenschaft fürchte. Vielleicht regt sich Kritik. Man führt mich selbst als Gegenbeispiel zu meiner eigenen Kategorielehre an – der Politiker, der sich aus der Impulsivität in das Kontemplative begibt. In Feierstunden suchen wir das, was das Leben uns sonst nicht gibt. ‚In der Mitte bleibt das Problem hängen', läßt Goethe in seinen ‚Wanderjahren' seinen Montan sagen. Politische Anwendung: Das Problem ist das Problem der Synthese. Goethe hat es so formuliert: ‚Denken und Tun, Tun und Denken, Das ist die Summe aller Weisheit, Von jeher anerkannt, von jeher geübt, Nicht eingesehen von einem jeden.' Mit diesen Worten des Dichters schließen, dessen Genius jener höchsten Weisheit mächtig war: der Harmonie des Denkens und des Tuns."

**Rede in Berlin vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin vom 14. Dezember 1925**[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 727–753. –Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 231–244; I HAVE A DREAM S. 134–143; WEIMARER REPUBLIK II, S. 110-111; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 125–126.

*Die Grenzen des Versailler Vertrags haben Deutschland Differenzen mit vielen Mächten Europas gebracht. Weil deutsche Außenpolitik ohne militärische Macht auskommen muß und auch Einmütigkeit in der Außenpolitik nur partiell vorhanden ist, ist deren hauptsächliches Machtmittel die Rolle als Konsumenten- und Schuldnerland, weshalb politische Erfolge über die Wirtschaft angestrebt werden müssen. Rekapituliert den Weg seit 1922 hin zum Dawesplan; dessen Wert. Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu den USA. Der Weg nach Locarno und die dortigen deutschen Erfolge. Der Sicherheitspakt beinhaltet keinen Verzicht auf Grenzänderung im Westen, sondern nur auf gewaltsame Mittel. Chancen zum Rückerwerb Eupen-Malmedys. Für die Ostgrenze ist nicht einmal ein Kriegsverzicht erklärt; sie wird sich zwar nicht mit Gewalt, aber vielleicht einst im Konsens mit den Großmächten ändern lassen. Gegen den Anschluß Österreichs kann Frankreich jetzt kaum mehr Vorbehalte haben; allerdings hat sich die Haltung Italiens versteift. Zuversicht in der Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung. Auch Deutschlands äußerliche Aufwertung ist wertvoll und England als Schiedsrichter mehr wert, als wenn es abseits steht. Im Hinblick auf die Rückwirkungen sieht man schon Fortschritte: in der Abschaffung des Delegiertensystems, der Saarfrage, der Truppenreduktion im Rheinland. Deutschlands Möglichkeiten als Völkerbundsmitglied für die Minderheiten und für Danzig.*

Meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie mir Gelegenheit geben, in Ihrem Kreise über die Fragen zu sprechen, die Sie und die uns alle tief angehen. Dabei werden Sie sich ebenso wie ich darüber klar sein, daß meine Ausführungen nur einen allgemeinen Charakter haben können. Es ist das Schicksal jedes Außenministers, daß er der öffentlichen Kritik, die an der auswärtigen Politik oft

[1] Mangels Quellen außerhalb der Vorlage (und der weiteren genannten Druckorte) und insbesondere mangels jeder Presseberichterstattung können über den konkreten Anlaß, das Publikum und den weiteren Verlauf der Veranstaltung keinerlei Angaben gemacht werden.

geübt wird, nie so entgegentreten kann, als wenn es sich um innere Fragen handelte; denn das Letzte zu sagen, was einer Aktion zu Grunde liegt, würde vielleicht diese Aktion selbst stören. Wir haben auch weiter wiederholt erlebt – und da ich nunmehr, was in der Republik schon eine ziemlich lange Zeit bedeutet, zweieinhalb Jahre fast das Außenamt leite[2], habe ich des öfteren erlebt, daß wir unsererseits uns sogar die größte Mühe gegeben haben, das, was wir etwa als Erfolg ansehen, nicht als Erfolg in die Erscheinung treten zu lassen, sondern das Bild selbst dann grau in grau zu malen, wenn wir selbst nicht der Meinung waren, daß diese Farbe etwa angebracht wäre. Aber es haben sich namentlich in Bezug auf die letzte Politik des Deutschen Reiches doch soviel mißverständliche Auffassungen gerade auch im Grenzlanddeutschtum ergeben, daß ich doch Wert darauf lege, Ihnen im allgemeinen zum Ausdruck zu bringen, wie sich in uns diese Dinge spiegeln und wie wir die Zukunft der deutschen auswärtigen Beziehungen ansehen. Darf ich dabei von einer Tatsache ausgehen.

Der Versailler Vertrag[3] ist deshalb so teuflisch, weil er, und zwar doch sicherlich mit Bewußtsein, an so vielen Ecken und Enden des deutschen Landes Brennpunkte geschaffen hat, daß er uns eigentlich zwangsläufig mit fast allen großen europäischen Mächten in Differenzen bringen sollte. Es gibt kein Volk, bei dem wie beim deutschen Volke in der Gegenwart die Staatsgrenze so wenig mit der Volksgrenze zusammenfällt, als das heute bei Deutschland der Fall ist. Man hat alte Akten hervorgeholt, um dem am Weltkrieg überhaupt nicht beteiligten Dänemark die Möglichkeit zu geben, sich Teile von Schleswig-Holstein anzugliedern[4]. Uns trennt von der Tschechoslowakei die Lage der Sudeten-Deutschen. Uns trennt von Polen das uns entrissene deutsche Gebiet. Uns trennt von Litauen das Schicksal des Memellandes[5]. Wohin Sie sehen, sehen Sie dieses Bestreben, im Westen und im Osten.

---

[2] Stresemann trat das Amt des Außenministers (das er anfangs noch in Verbindung mit dem Reichskanzleramt innehatte) am 13. August 1923 an.

[3] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[4] Die in Art. 109 des Versailler Vertrags (ebd., S. 67–69) vorgeschriebene Volksabstimmung in Schleswig resultierte aus dem Rückgriff auf Art. 5 des preußisch-österreichischen Friedens von Prag von 1866.

[5] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (ebd., S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags.

Selbst die Frage Eupen-Malmedy[6], vielleicht an sich auf der Landkarte klein erscheinend, ist doch ein Grund einer scharfen Differenz zwischen Belgien und Deutschland, und sie war auch dazu geschaffen, einst diese Differenz zu einer dauernden zu gestalten. Auch in anderen Ländern, wo Menschen deutschen Stammes früher einem anderen Lande angehörten, das mit uns verbündet war, und wo sie jetzt unter Fremdherrschaft geraten sind, haben wir die Aufgabe, uns ihrer anzunehmen, und die Fahrt der deutschen Außenpolitik ist ja fast immer seit dem verlorenen Kriege eine Fahrt zwischen Scylla und Charybdis[7] gewesen, zwischen dem unbedingten Bedürfnis des nach Wiederaufrichtung lechzenden Deutschlands, seine Beziehungen zu den anderen Staaten zu guten zu gestalten, und dem Aufschrei der Volksseele über das, was das Deutschtum in Europa zu leiden hat.

Die Wege der deutschen Außenpolitik waren bestimmt von der Erwägung, welche Mittel uns zur Verfügung ständen, um dieses Schicksal abzuwenden. Wenn ein Außenminister seine Aufgabe nicht dahin auffaßt, die täglichen Eingänge zu erledigen, sondern sich fragt, ob es Ausblicke für eine andere Stellung seines Landes in der Welt gibt, dann muß er sich zunächst die Frage vorlegen, welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, um seinem Lande wieder Geltung zu verschaffen. Das Hauptmittel ist die materielle Macht, Armee und Flotte. Daß wir sie nicht besitzen[8], ist Ihnen bekannt, und schöne Träume von neuen Erfindungen, an die viele glaubten, haben sich als schön, aber doch nur als Träume erwiesen, wie uns von all denen bestätigt wird, die dafür die Verantwortung tragen. Dieses Mittel scheidet aus. Wir sind heute kaum in der Lage, unser Land zu verteidigen, geschweige denn auf unsere Macht zu pochen und dadurch zu versuchen, das Schicksal zu wenden.

Wir hätten ein zweites Mittel, eine Außenpolitik zu treiben, die zu Erfolgen führte, das wäre ein einheitlicher nationaler Wille des deutschen Volkes, der über alle Parteien hinaus das Volk einte und es in großen Fragen so zusammenführte, daß seine Stimme als die eines 60 Millionen-Volkes in der Welt erschallt. Daß, wenn auch auf lange Sicht, eine solche Zusammenfassung der Kräfte Erfolg haben kann, zeigt Ihnen das Beispiel von Irland, das ja auf diesem Wege zum mindesten eine gewisse

---

[6] Art. 34 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 25–26) übertrug Eupen-Malmedy an Belgien, das jedoch zu einer Abstimmung durch Listeneintragungen verpflichtet wurde darüber, ob die Bewohner der beiden Kreise wieder unter deutsche Souveränität gelangen wollten. Die entsprechende Listeneintragung ergab eine knappe Mehrheit für Belgien.

[7] Die Wendung „zwischen Skylla und Charybdis“ bezieht sich auf Homers Odyssee und die Aufgabe des Odysseus, zwischen zwei todbringenden Gefahren den richtigen Schiffahrtskurs zu finden.

[8] Der Versailler Vertrag schrieb in seinen Art. 159–213 die Details der deutschen Abrüstung vor (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

Unabhängigkeit gegenüber einem der mächtigsten Länder der Erde errungen hat[9]. Ich will nicht behaupten, daß uns dieses Mittel nicht zur Verfügung stände. In einer großen Ehrenfrage des deutschen Volkes haben wir einen Erfolg erzielt, weil wir einig waren. Das war damals, als man von uns die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher verlangte und als sich das ganze Volk wie ein Mann erhob und sagte: Wir tun das nicht; da stand die ganze Macht der Entente vor diesem Volkswillen still, und diese Frage ist heute ausgelöscht[10]. (Sehr gut!)

Ich will auch nicht behaupten, daß nicht andere Fragen uns einig gefunden haben. Ich habe es als die schönste Errungenschaft der an sich unglücklichen Zeit nach dem verlorenen Kriege angesehen, daß es uns möglich war, bei den Abstimmungen in den bedrohten Grenzlanden noch einmal das ganze deutsche Volk aufzubieten. Wenn der Erfolg dem nicht entsprach, so ändert das nichts an der Tatsache, daß der große moralische Erfolg dieses Zusammenstehens des deutschen Volkes gegeben war, und ich sehe auch von diesem Gesichtspunkt den verlorenen Ruhrkampf, den ich selbst abbrechen mußte[11], nicht als verloren an in der politischen Entwicklung des deutschen Volkes; denn er hat der Welt so augenfällig bewiesen, daß an der Ruhr und am Rhein ein Deutschtum lebt, das für ein machtloses, unglückliches und elendes Land zu leiden verstand, (Bravo!) daß ich die Beseitigung der Rheinlandpolitik Frankreichs wesentlich der damaligen Haltung der Bevölkerung zuspreche. Und wenn demgegenüber von vielen Menschen gesagt worden ist, daß der Ruhrkampf an sich ein Unglück gewesen wäre, weil er uns materiell in unserem Volksvermögen geschwächt hätte, weil er Milliarden verschlungen hätte, weil er schwer zu liquidieren war, so glaube ich, müssen wir eins an die Spitze unserer ganzen Politik stellen, daß materielle Opfer, auch wenn sie sehr schwer sind, nicht so schwer wiegen dürfen als politische Erfolge, die erzielt werden können. So hat damals der Ruhrkampf bei der großen Schwächung, die er uns gebracht hat, doch dazu geführt, daß wir heute an-

[9] Irland (ohne Nordirland) war durch eine britisch-irische Vereinbarung von 1921, die 1922 in Kraft trat, zu einem faktisch unabhängigen, wenn auch in einigen Bereichen weiterhin mit Großbritannien und dem Empire verbundenen Staat geworden.

[10] Art. 227–230 des Versailler Vertrags (ebd., S. 104–105) bestimmte, daß Deutschland den Kaiser (der inzwischen in die Niederlande ins Exil gegangen war) und weitere der Kriegsverbrechen Verdächtige zur Anklage vor alliierten Militärgerichten ausliefern müsse. Nach Inkrafttreten des Vertrags verlangten die Alliierten die Auslieferung, die jedoch von deutscher Seite verweigert wurde; statt dessen wurden Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig in Aussicht gestellt, womit sich die Alliierten schließlich begnügten (vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Müller I, S. 115–117 u. insb. Anm. 1).

[11] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

dere Wege gehen können, und ich wünschte, daß wir in Deutschland dazu kämen, die deutsche Außenpolitik ein für allemal als eine Politik anzusehen, die außerhalb des Kampfes der Fraktionen und Parteien stehen sollte; (Sehr richtig und Bravo!) denn in meinen Augen gibt es keine deutschnationale, keine volksparteiliche, keine demokratische oder sozialistische Außenpolitik, sondern nur eine deutsche Außenpolitik, (Bravo!) und ich habe mich nie kleiner gefunden als in dem Augenblick, wo Herr Chamberlain[12] in Locarno sagte: Ich vertrete hier nicht eine englische Partei, sondern ich vertrete das englische Volk, – und als ich im House of Commons sah[13], wie die Opposition, die doch vielleicht in höherem Maße als bei uns nach der alleinigen Macht im Staate strebt, in Bezug auf den Außenminister schwieg und seinen Anträgen zustimmte trotz der schärfsten Bekämpfung, die sie der herrschenden Partei in England angedeihen läßt. Ich bin auch persönlich der Auffassung – und ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich das ausspreche – daß, weil wir nicht wissen, ob und wann wir noch einmal die Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes für deutsche Interessen brauchen, wir von einem unter allen Umständen absehen sollten: irgendeiner Volksschicht oder irgendeiner Partei in Deutschland das nationale Empfinden als solches abzusprechen. (Sehr richtig!) Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, auf welchem Wege man seinem Vaterlande nutzt. (Sehr richtig!) Darüber wird einst die Geschichte ihr Urteil sprechen, jeder hat sich dem zu unterwerfen; aber ich glaube, wir kämen weiter, wenn wir uns sagen würden, daß das Nationale sich von selbst verstehen muß und daß der Kampf nur um die Wege gehen sollte, auf denen man die nationalen Interessen zur Geltung bringen kann.

Wir haben also in dieser Möglichkeit einheitlicher Zusammenfassung eine Waffe. Daß sie schwächer ist als die materielle Macht, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Dazu stehe ich viel zu sehr innerlich auf dem Standpunkt, daß die große Machtverschiebung in der Welt sich naturgemäß in den Beziehungen der Völker auswirkt und daß, soviel man vom Rechtsstandpunkt sprechen mag, seine Rechte am besten wahrt, wer die Macht hat, für das bedrohte Recht einzutreten, (Sehr richtig!) und die ganze Tragik der deutschen Außenpolitik besteht in einem Kampfe für das Recht,

[12] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Bei welcher Gelegenheit Chamberlain in Locarno das nachfolgend von Stresemann Wiedergegebene sagte, ließ sich nicht ermitteln.

[13] Zu Stresemanns Besuch im britischen Unterhaus am 2. Dezember 1925 anläßlich seines Aufenthalts in London zur Unterzeichnung der Locarno-Verträge vgl. seine Tagebuchaufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 251.

ohne daß hinter diesem Recht im gegebenen Moment die Macht stehen kann.

Meine Herren, von diesen beiden Dingen scheidet das erste aus. Das zweite ist nur partiell anwendbar. Eine dritte Frage für die deutsche Außenpolitik ist die, ob Deutschland noch irgendwo eine Großmacht wäre und als Großmacht sich wieder in das Konzert der Mächte einschalten könnte, und diese einzige große Waffe unserer Außenpolitik sehe ich in unserer wirtschaftlichen Stellung, und zwar in unserer wirtschaftlichen Stellung als Konsumentenland, in unserer Stellung als großes Schuldnerland gegenüber anderen Nationen. Unsere Stärke besteht nicht in der Stärke unserer Industrie und unserer Produktion. Völker sind immer Egoisten. Für andere Völker Mitleid, Interesse oder Liebe zu haben, ist eine Krankheitsform, die sich auf Deutschland stets beschränkt hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ich glaube, man wird am weitesten kommen, wenn man irgendein Verhältnis zu anderen Nationen auf gleichlaufenden Interessen aufbaut. An unserer Produktion haben die anderen kein Interesse; aber sie haben ein Interesse daran, daß die aus den Fugen geratene Weltwirtschaft, die sich in einer Zerstörung der Währungen mit Ausnahme von zwei großen Ländern ausgesprochen hat, wieder in Ordnung kommt; und sie glauben nicht daran, daß sie wieder in Ordnung kommt, wenn Deutschland in den Abgrund hineingezogen wird. Sie kennen die Wirkungen des Krieges. England ringt seit 1919 mit einem Arbeitslosenproblem[14], dessen es nicht Herr werden kann, und die gewaltige Umbildung der letzten Jahre zeigt sich in den Gedanken der City von London, die sich fragt, ob nicht vielleicht die Arbeitslosenfrage in England ihre Ursache in der verminderten Kaufkraft Europas und in der verminderten Kaufkraft des deutschen Marktes hätte, der einst soviel von englischen Waren in sich aufnahm; und je mehr in Indien und China Boykottbestrebungen gegen England[15] an Ausdehnung gewinnen, umsomehr lernt es seine alten europäischen Verbindungen wieder schätzen.

Eine zweite Frage ist die Lage Frankreichs nach dem gewonnenen Kriege. Wie schlimm diese Lage ist, sehen Sie in den fortwährenden Zuckungen des Kabinetts in

[14] Zahlenangaben über die Arbeitslosenzahlen und -quoten in Großbritannien für die Jahre 1921–1931 in: Statistical Abstract for the United Kingdom. No. 76: 1913 and 1918–1931. London 1933 [Nachdruck Nendeln, Lie. 1966], S. 97.

[15] In Indien hatte Gandhi seinen Anhängern Selbstversorgung und den Boykott britischer Produkte nahegelegt. – In China, wo in Abwehr ausländischer Vorrechte der Boykott fremder Waren bereits seit den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wiederholt propagiert worden war, kam es infolge von tödlichen Zwischenfällen in Shanghai Ende Mai/Anfang Juni 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 390–391) erneut zu Boykottaufrufen, die sich insbesondere gegen Großbritannien richteten.

Paris[16]. Frankreich kann sich finanziell nicht vor dem Verfall seiner Währung retten, wenn es ihm nicht gelingt, ganz große Kredite seinem Staate zuzuführen. Frankreich kann wirtschaftlich nicht in die Höhe kommen ohne eine gewisse Zusammenwirkung mit Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet. Frankreich ist von England und Amerika gezwungen worden, von diesem Jahre ab Zinsen für die großen Schulden zu zahlen, die es während des Weltkriegs aufgenommen hat[17]. Seinen Verbindlichkeiten von mehr als 100 Milliarden, die es im Innern als Kriegsschuld aufgenommen hat, steht eine Steuerunfreudigkeit gegenüber, die geschichtlich begründet ist; denn Sie wissen, daß Frankreich das letzte europäische Land war, das überhaupt die Einkommensteuer einführte[18], und daß früher jedes Kabinett stürzte, das es überhaupt wagte, auch von den höchsten Einkommen in Frankreich eine Steuer zu erheben. Auch hier sehen Sie den Gedanken, ob nicht eine Verbindung von Kohle und Erz, ein Zusammenwirken in der Kaliindustrie, in der Textilindustrie Möglichkeiten für eine Entspannung der französischen Lage gäbe. Nehmen Sie dazu noch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Gewinner des Krieges, wenn Sie wollen; soweit das Materielle in Betracht kommt, ein Land, das in seiner größten Bank[19], die unserer Reichsbank entspricht, 16 Milliarden ungemünztes Gold zinslos liegen hat und sich überlegt, ob es möglich wäre, eine solche Summe weiter unproduktiv stehen zu lassen.

Meine Herren, das waren Gesichtspunkte, die uns veranlassen mußten, an uns die Frage zu richten, ob es nicht für uns möglich sei, politische Fragen auf wirtschaftlichem Wege zu lösen und unter dem Gedanken dieser unserer Machtstellung zu versuchen, den Dingen seit Versailles eine andere Wendung zu geben. Ich will nicht die Geschichte von 1919 wiederholen. Sie kennen die ganzen Kämpfe, die bereits unter der Regierung Wirth[20], was vielfach vergessen wird, dazu führten, daß das Kabinett Wirth die Zahlungen einstellte und erklärte, daß Deutschland nicht mehr zahlen

---

[16] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die häufigen Kabinettswechsel in Frankreich; zuletzt war im November 1925 das dritte Kabinett Painlevé zurückgetreten; an seiner Stelle war Briand erneut Ministerpräsident geworden.

[17] Zu den verschiedenen Verhandlungen und Vereinbarungen des Jahres 1925 über die interalliierten Schulden aus der Zeit des Ersten Weltkriegs vgl. ebd., S. 418–421.

[18] Die Einkommensteuer war in Frankreich erst 1914 zur Kriegsfinanzierung eingeführt worden.

[19] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Federal Reserve Bank of New York, die – wenn auch nicht eine einheitliche Staatsbank – im komplexen System der Federal Reserve die bedeutendste Bank ist.

[20] Joseph Wirth (1879–1956), Reichskanzler 1921–1922 (zusätzlich auch Reichsaußenminister 1922); Reichsfinanzminister 1920–1921; Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. April 1929–1930; Reichsinnenminister 1930–1931; Mitglied des Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Im Folgenden bezieht sich Stresemann auf das Ende der „Erfüllungspolitik“ des Kabinetts Wirth im Sommer und Herbst 1922; vgl. dazu auch die in Paris am 14. November 1922 überreichte Note: URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 416–419.

könne, daß damals die Reparationskommission nach Berlin kam[21] und daß dann Poincaré[22] in Sorge, daß die neutralen Sachverständigen einen Weg fänden, um mit Deutschland ins Einvernehmen zu kommen, die Dinge gegenüber dem schwachen Englischen Premierminister[23] bei den Konferenzen in London und Paris[24] zerschlug, den Ruhreinbruch seinerzeit veranlaßte[25] und dabei von dem Gedanken ausging, durch das Elend, das dadurch über das Rheinland kam, eine separatistische Bewegung zu entfachen, die er bewußt in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt hat[26], um dort einen Rheinstaat zu gründen, die deutsche Wirtschaft auf die Kniee zu zwingen und in Deutschland die Extreme zur Herrschaft zu bringen und nach Möglichkeit das Reich unter diesem Anprall der Extreme zerbersten zu sehen. Wenn Sie die letzte Rede lesen, die Herr Poincaré gehalten hat[27], wo er sich kaum halten konnte zu sagen, daß die Dinge im Rheinland zur Entscheidung reiften, dann werden Sie darin den Ausdruck seiner Politik sehen. Damals griffen zuerst die Vereinigten Staaten von Amerika ein. Der Staatssekretär Hughes[28] hatte jenes Telegramm mit dem Reichskanzler Cuno[29] gewechselt, das zu dem ersten Sicherheitsangebot Deutschlands[30]

---

[21] Zum Aufenthalt der Reparationskommission in Berlin vom 31. Oktober bis 20. November 1922 vgl. SCHULTHESS 63 (1922), S. 297–298; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Wirth II, S. 1145, Anm. 2.

[22] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[23] Andrew Bonar Law (1858–1923), britischer Premierminister Oktober 1922 – Mai 1923.

[24] Zu den Beratungen in London vom 9. bis 11. Dezember 1922 vgl. SCHULTHESS 63 (1922), S. 199; in Paris vom 2. bis 4. Januar 1923 ebd., 64 (1923), S. 399–402.

[25] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18).

[26] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren im Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

[27] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf Poincarés Rede vom 18. Januar 1924 in einer außenpolitischen Debatte der französischen Abgeordnetenkammer, in der er die Fortdauer der Ruhrbesetzung verteidigte, Vorwürfe gegen Deutschland erhob, seinen Einfluß in den besetzten Gebieten geltend zu machen, und Verwicklungen Frankreichs in die pfälzische Separatistenbewegung bestritt (vgl. die ausführliche Paraphrase der Rede in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21321 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1924, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 32 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1924).

[28] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925.

[29] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[30] Stresemann bezieht sich hier auf die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 in einem Telegramm nach Washington einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ gewährleisten sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560).

führte. Cuno und Rosenberg[31] haben es herübergegeben im Einverständnis mit Washington. Herr Hughes hielt seine Rede in New Haven[32], worin er auf diese Lösung hindeutete. Herr Poincaré lehnte diesen ersten Sicherheitsvorschlag strikt ab.

Wir haben dann den Ruhreinbruch gehabt; seine Liquidierung erfolgte[33]. Die Vereinigten Staaten, erregt über die damalige Haltung Poincarés, nahmen ihren Gedanken erneut auf. Sie regten eine Lösung der Reparationsfrage an[34]. Sie baten uns dringend in Berlin, unsererseits uns dem nicht zu versagen, und sie setzten mit ihrem starken Einfluß durch, daß diese Dinge nicht ein zweites Mal zurückgewiesen werden konnten, soweit es die Reparationen betraf, und wir kamen auf diesem Wege zur Londoner Konferenz[35].

Die Londoner Konferenz sollte die Lösung der Reparationsfragen bringen. Wir diskutieren in Deutschland heute erregt darüber, ob dieser Plan auf die Dauer erfüllbar sein wird. Meine Herren, das ist erstens dogmatisch und zweitens unendlich unpolitisch. Wenn wir im Laufe der nächsten Jahre nicht mehr in die Lage kommen sollten, diese Lasten auf uns nehmen zu können, so ist es das Törichtste, was ein Kaufmann tun kann, seine etwa in drei Jahren erfolgende Zahlungsunfähigkeit vorher auf dem ganzen Markt zu annoncieren und damit seine eigene Unterschrift zu diskreditieren.

---

[31] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteiloser Diplomat.

[32] Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[33] Vgl. oben mit Anm. 11.

[34] Seit dem Herbst 1923 liefen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, der die deutschen Reparationsleistungen prüfen solle (vgl. den telegraphischen Bericht Dieckhoffs aus Washington vom 24. Oktober [AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 530–531] sowie das Privatdienstschreiben des Botschafters Wiedfeldt an Maltzan vom 6. November 1923 [ebd., S. 600–602]), die allerdings am 9. November 1923 wegen der französischen Bedingungen für diese Konferenz festgefahren schienen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 392). Statt dessen drohten die Vereinigten Staaten, nun an Frankreich heranzutreten, um die Frage von dessen Schulden gegenüber Washington zu thematisieren (vgl. die betr. Agenturmeldung in der WIENER ZEITUNG, Nr. 266 vom 22. November 1923, S. 5). – Zur nachfolgend angesprochenen Bitte der USA vgl. etwa das Telegramm Wiedfeldts an das Auswärtige Amt vom 8. Dezember 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 101–102.

[35] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, auf der der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt wurde; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation am 5. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

(Sehr richtig!) Zweitens besteht, glaube ich, zwischen London und Locarno[36] ein ganz bestimmter Zusammenhang. Wenn wir 1927 oder 1928 dazu kommen sollten zu erklären, daß wir auch den Dawesplan[37] nicht erfüllen könnten, dann müssen wir in der Zwischenzeit weltpolitisch unsere Lage geändert haben und müssen ein ganz anderes Verhältnis zu den Mächten haben, damit nicht eine derartige Erklärung Deutschlands von neuen Sanktionen und neuem Vorgehen gegenüber deutschem Gebiet begleitet ist. (Sehr gut!) Der Dawesplan, der scharf kritisiert werden kann, wie überhaupt, meine Herren, alle Verträge, die Deutschland noch schließen wird, in seiner Lage immer nur die Verträge des Schwachen gegenüber dem Starken sein werden, hat andererseits auf politischem Gebiete seine großen Vorteile vor jeder anderen Abmachung. Wenn Sie hören, daß die Französische Regierung jetzt bestimmt hat, daß alle Anverwandten von Soldaten das Rheinland zu verlassen haben[38], wenn die Besatzung in der zweiten und dritten Zone[39] sehr wesentlich reduziert wird[40], die belgische zum Beispiel auf ein Drittel[41], so bin ich weit davon entfernt, das lediglich der Friedensliebe der anderen zuzuschreiben. Aber die Bestimmung des Dawesplans, daß die Kosten der Besatzung nicht mehr auf uns entfallen, sondern von den besetzenden Mächten selbst zu zahlen sind, hat eine spürbare Erleichterung im ganzen Rheinland gebracht. (Sehr gut!) Alle die Festhallen, die beschlagnahmt waren und für die mit einem Male Miete gezahlt werden mußte, haben sich in dem Augenblick als entbehrlich erwiesen, als die Herrschaften die Miete zahlen sollten, und der ganze Aufenthalt im besetzten Gebiet ist ihnen nicht mehr so erfreulich wie früher, wozu ja noch kommt, daß man auf Grund des Franken im Jahre 1923 sehr gut, auf Grund des Papierfranken heute[42] sehr schlecht in Deutschland leben kann.

---

[36] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und als deren Ergebnis die Verträge, die am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphiert (Texte u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet worden waren (zur Rede Stresemanns anläßlich der Unterzeichnung s. diese Edition).

[37] Zum Begriff vgl. oben Anm. 35.

[38] Zu entsprechenden französischen Bestimmungen war nichts zu ermitteln.

[39] Mit der zweiten und dritten Zone sind die beiden südlichen Besatzungszonen im Rheinland mit den Hauptorten Koblenz und Mainz gemeint.

[40] Zu Gesamtberechnungen über die Reduktion der Besatzungstruppen vgl. die Aufzeichnung Schuberts über eine Besprechung in London vom 1. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 1–10).

[41] Zu entsprechenden Zusagen Vanderveldes bei den Gesprächen in London vom 1. Dezember 1925 vgl. ebd., insb. S. 4. Zu Meldungen über Abzugspläne der belgischen Besatzungstruppen vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 575 (Morgenausgabe) vom 5. Dezember 1925; zu Meldungen über die Reduktion der französischen Truppen WIENER ZEITUNG, Nr. 282 vom 11. Dezember 1925, S. 5.

[42] Vermutlich bezieht sich Stresemann darauf, daß Frankreich im Herbst 1925 von einer schweren Währungs- und Finanzkrise betroffen war; Uneinigkeit in der Regierungskoalition über die Behe-

Das Wichtigste aber ist bei dem Dawesplan die Bestimmung, daß Zahlungen an die anderen Mächte überhaupt nur erfolgen, solange dadurch nicht die deutsche Währung in Mitleidenschaft gezogen wird, und daß der amerikanische Reparationsagent[43] seinerseits darüber zu befinden hat, ob er Zahlungen macht. Das erste Jahr hat uns keine großen Zahlungen gebracht, da hatten wir die amerikanische Anleihe[44]. In den nächsten Jahren hängt jede Überweisung nach Paris lediglich von Herrn Parker Gilbert ab, der vielleicht gegenwärtig einer der mächtigsten Menschen der Welt ist. In dem Augenblick, wo er erklärt: die deutsche Währung und Wirtschaft dulden diese Zahlungen an das Ausland nicht, weil durch die Transferierung von Waren oder Gold die Währung in Mitleidenschaft gezogen wird, erhalten die Alliierten keinen Pfennig, sondern das Geld wird hier angelegt und hier aufgestapelt. Das mag Gefahren mit sich bringen, aber der politische Effekt ist, daß die anderen Staaten sich überlegen werden, ob ein System ihnen dient, daß sie unter Umständen jahrelang ohne jede Bar- oder Güterzahlung von Deutschland läßt. Sie werden ja vielleicht erfahren haben, daß Frankreich sich schon heute mit der Frage beschäftigt, ob es uns nicht eine Änderung des Dawesplans nach der Richtung vorschlagen soll, daß es ihm möglich wäre, die 11 Milliarden deutsche Eisenbahnanleihe zu begeben[45]. Es kann sie heute nicht begeben, nicht nur deswegen, weil 5 % ein niedriger Zinsfuß ist, sondern weil die Zinsen nicht garantiert sind, denn wenn Herr Gilbert sagt: Ich zahle in diesem Jahre keine Zinsen, dann sind die Obligationen zinslos, und die Herren von Ihnen, die der Bankwelt oder der Kaufmannschaft nahestehen, werden die Frage beantworten können, ob Sie selbst solche Obligationen kaufen würden, bei denen die Zinszahlung derartig im Ungewissen hängt. Will Frankreich in seiner furchtbaren

---

bung dieser Krise und die Niederlage in einer Vertrauensabstimmung in der Kammer hatten dazu geführt, daß das Kabinett Painlevé am 22. November 1925 seine Demission einreichte (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 290–192); die neue Regierung Briand versuchte, mit Finanzprogrammen die Währung zu sanieren (vgl. ebd., S. 292–294).

[43] Seymour Parker Gilbert (1892–1938), Generalagent für die Reparationszahlungen (mit Sitz in Berlin) Oktober 1924 – 1930. – Er hatte u.a. zu prüfen, daß die von Deutschland zu leistenden Reparationen nicht die deutsche Währung und Wirtschaft gefährden würden.

[44] In der Folge der Annahme des Dawes-Plans war am 10. Oktober 1924 in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[45] Vgl. zu entsprechenden französischen Sondierungen die Berichte Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 1. und 5. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 10–11 u. 31–32); zur Haltung Gilberts den Aktenvermerk Ritters vom 7. Dezember 1925 (ebd., S. 38); zur Haltung Stresemanns seine Weisung an die Botschaft Paris vom 8. Dezember 1925 (ebd., S. 46–47). – Erste Informationen darüber waren in die Presse gelangt (vgl. etwa TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 538 [Abendausgabe] vom 2. Dezember 1925).

Finanznot diese Obligationen begeben, so muß der Dawesplan geändert werden, dann müssen die Obligationen eine Vorzugsstellung bekommen mit Einwilligung Deutschlands, mit Einwilligung aller Mächte, die in London waren.

Dann, meine Herren, entsteht überhaupt die Frage, ob nicht die ganze Regelung der deutschen Kriegsschuld auf einer anderen Basis erfolgt und damit auch die ganzen verhängnisvollen Bindungen, die auf uns ruhen, anders werden können. Es ist ein starker Kampf um die Festsetzung der Endsumme der deutschen Leistungen. Viele Deutsche haben uns gedrängt, in London die Endsumme festzusetzen. Ich habe mich dagegen mit aller Entschiedenheit gewandt, weil wir in der Möglichkeit unserer Leistungen maßlos überschätzt wurden und weil ich der Meinung war, daß, je weiter die Jahre fortschritten, man umsomehr einsehen würde, daß diese astronomischen Zahlen, die man früher von der deutschen Kriegsentschädigung angeführt hat, eben in das Gebiet der Phantasie und Astronomie verwiesen werden würden, und wenn Frankreich die Frage stellen würde, ob wir die Hand dazu bieten können, ihm die Möglichkeit zu geben, sagen wir einmal 5 Milliarden auf den Markt zu bringen und uns zu verpflichten, die Zinszahlung auf uns zu nehmen, dann würde, falls dieses Moment eintritt, es uns auch die politische Möglichkeit geben zu sagen: Wir können die Frage diskutieren, wenn Ihr das Rheinland verlassen habt. Dann wäre das das Schulbeispiel dafür, wie wirtschaftliche Fragen benutzt werden, um der Hebel für die Lösung politischer Fragen zu sein.

Für uns war die Lösung der Reparationsfrage und die Anleihe der Vereinigten Staaten ein ganz wesentlicher Fortschritt. Es wird heute – wir vergessen das sehr schnell – immer vergessen, daß wir vor dem Dawesplan über 2 Milliarden jährlich an die Entente zahlen mußten, daß das aus uns herausgepreßt wurde, daß nie feststand, wieviel wir zahlten, und daß wir vorläufig das mittelbare Moratorium eines Jahres hinter uns haben, in dem diese Zahlungen nicht erfolgt sind. Aber das Entscheidende ist für mich das, was ich vorhin nannte, die Stellung Deutschlands als Schuldnerland. Meine Herren, man kann sehr stark sein als Gläubiger, man kann auch stark sein als Schuldner, man muß nur genug Schulden haben, (Heiterkeit) man muß soviel Schulden haben, daß der Gläubiger seine eigene Existenz mit gefährdet sieht, wenn der Schuldner zusammenbricht. Ich habe einmal einen Herrn in Dresden gekannt, einen Privatmann[46], er nahm eine hohe Stellung ein und war bis an den Hals verschuldet. Mir sagte jemand einmal: Das ist der gesündeste Mensch in Dresden,

[46] Um wen es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden.

wenn der am Telefon hustet, schickt ihm schon jeder Gläubiger einen Spezialarzt, damit ihm nur nichts passiert, (Heiterkeit) weil man sich sagt: solange er lebt, zahlt er wenigstens die Zinsen.

Wenn ich einmal sagen darf, was mir bei dieser Frage vorschwebt, so möchte ich folgendes erwähnen. Ich weiß nicht, da ich damals der Regierung nicht angehört habe, ob die Möglichkeit bestand, während des Weltkrieges große Anleihen im Ausland aufzunehmen. Ich bin aber der Meinung, daß wir nie einen größeren Dummstolz bewiesen haben als damals, (sehr richtig) daß wir der Welt sagten, Deutschland trägt seine Kriegskosten selbst[47], selbstverständlich nicht deshalb, weil wir alles verloren haben, was wir gezeichnet hatten, sondern aus dem Grunde: man muß Interessenten gewinnen, die an dem Ausgang interessiert sind. Amerika arbeitete Tag und Nacht, lieferte für Milliarden an Waren und gab Milliarden an Gold. Es ist doch selbstverständlich, daß die Leute fieberten, daß derjenige siegte, der ihr Schuldner war und der sie ruinierte, wenn er zusammenbrach. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß alle Noten, Akten und Dokumente über den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg viel weniger mit dem deutschen Ubootkrieg als mit dieser Situation der Vereinigten Staaten gegenüber der Entente zu tun haben. (Sehr richtig!) Sie hatten damals kein Interesse an unserem Siege, und daher dann schließlich jener furchtbare Zusammenbruch der besten Schichten des deutschen Volkes, der meiner Meinung nach überhaupt das Schlimmste ist, was der Weltkrieg über uns verhängt hat, weil er diejenigen proletarisiert hat, die immer die beste Schiffsladung im Kahne des deutschen Volkes gewesen sind, (Bravo!) weil sie wegen ihrer ruhigen Mittellage, ihrem staatspolitischen Sinn und ihrer Einstellung gegenüber dem Staate uns vor jenem Extrem bewahrt haben, das uns so furchtbar hin und her geworfen hat.

Jetzt kam also die erste Anleihe von 800 Millionen Mark[48]. Inzwischen sind 4 Milliarden fremde Kredite nach Deutschland geflossen. Gewiß ist das kein erfreulicher Zustand. Aber wir haben nicht mehr die Mittel, um unsere Wirtschaft zu erhalten. Die 100 Milliarden deutschen Volksvermögens, die früher in Hypotheken, in Sparkassen und anderwärts da waren, sind doch nicht mehr vorhanden. Sie bekommen ja keine Kapitalerhöhungen durch, wenn Sie sich an das deutsche Publikum wenden. Wir werden ja technisch so rückständig, wenn wir nicht Mittel bekommen, um unsere Industrie zu entwickeln, so daß unser Schicksal ein furchtbares würde.

---

[47] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun (Inlands-)Kriegsanleihen aufgebracht.

[48] Vgl. oben mit Anm. 44.

Diese Verbindung mit dem großen Gläubigerstaat schafft uns dort Interessenten, wo wir früher nur Feinde hatten. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten, so wird von jedermann erklärt, hat sich sehr zu unseren Gunsten geändert. Das mag auch mit der Außenpolitik zusammenhängen. Aber es hängt vielleicht wieder mit einem rein Materiellen zusammen. Die Großbanken, die deutsche Anleihen, deutsche Stadt- und Industrieanleihen auflegen, das sind die Mächte, die dort auch die Presse in der Hand haben, und wenn man Stimmung für eine deutsche Anleihe machen will, dann dürfen die Zeitungen nicht auf Deutschland schimpfen. Alle die Leute, die früher die großen Artikel gegen uns gebracht haben, bringen keine mehr, sonst bekommen sie die Inserate nicht für die nächste Anleihe der Stadt Remscheid oder andere. So ist das Leben, und es wäre töricht, wenn wir Außenpolitik vom Standpunkt der Ideologie treiben wollten. Wir müssen die Menschen und Völker und die Dinge nehmen, wie sie sind. (Bravo!)

Ich darf auf zwei Dinge aus der letzten Zeit hinweisen, die mich doch außerordentlich nach dieser Richtung bestärkt haben, auch darin bestärkt haben, daß der Kurs und der Tenor unserer Außenpolitik mindestens weltpolitisch richtig ist. Vor wenigen Tagen ist in Vereinbarungen zwischen amerikanischen und deutschen Unterhändlern eine Verständigung über die Beschlagnahme deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten erfolgt[49]. Sie wissen, unseren Ansprüchen stehen die Ansprüche der Amerikaner entgegen, die Versenkung der **Lusitania**[50] und andere Dinge, einige Pulverfabriken sollen in die Luft geflogen sein, und man behauptet, daß das nicht ohne unsere Einwirkung geschehen wäre. Diese ganzen Dinge sind jetzt pro forma privatrechtlich geregelt worden. Unsere Unterhändler waren dabei, ein Beamter des Auswärtigen Amts[51] und des Reichsfinanzministeriums[52], und auf der anderen Seite

[49] Zu der entsprechenden Erklärung von amerikanischer Seite vom 11. Dezember 1925, die zu einer amerikanischen Gesetzesvorlage führte, vgl. SCHULTHESS 66 (1925), S. 378; allgemeiner zu den Verhandlungen: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1015–1016 mit Anm. 1–2. – Hintergrund waren die von amerikanischer Seite als Pfand für die Schäden im Weltkrieg beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte und die Frage, wieviel davon wieder freigegeben werden könne.

[50] Der britische Passagierdampfer „Lusitania“ wurde im Mai 1915 vor Irland von einem deutschen U-Boot versenkt; dabei kamen auch zahlreiche US-Amerikaner ums Leben, woraus die USA Entschädigungsansprüche an Deutschland ableiteten.

[51] Vermutlich meint Stresemann Karl von Lewinski (1873–1971), Botschaftsrat in Washington; deutscher Hauptdelegierter bei der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission für amerikanische Kriegsschädenersatzansprüche („mixed claims commission“) 1922–1930.

[52] Er konnte nicht sicher ermittelt werden. Neben Lewinski fungierte in der gemischten Kommission noch Wilhelm Kiesselbach (1867–1960), ein deutscher Jurist. Ob er vom Reichsfinanzministerium entsandt war, konnte nicht festgestellt werden.

stand Herr Coolidge[53] und die Amerikaner. Wir haben die Dinge gegeneinander ausgeglichen. Herr Coolidge hat sich für die Lösung erklärt. Sie gibt uns nicht alles wieder, was wir verloren haben; aber was in die deutsche Wirtschaft hineinfließt, sind 375 Millionen Dollar, ausgezahlt in amerikanischen Staatsbonds zu 5 % verzinslich unter Garantie der Vereinigten Staaten, und das ist ja ein Wechsel, der augenblicklich doch noch von den Banken honoriert wird. Wenn das heute möglich ist, eine Lösung, um die wir vier Jahre lang gerungen haben unter Situationen, bei denen wir glaubten, daß wir keinen Pfennig bekämen, und wenn das auch moralisch damit begründet wird, daß Amerika sich nicht auf die Stufe derjenigen stellen wolle, die Eigentum von Privaten beschlagnahmen und sie nicht entschädigen, so ist das ein sehr großer Schritt vorwärts neben dem Materiellen auch nach der ideellen Seite. Ohne diese Verbindung der Vereinigten Staaten mit Deutschland und weiterhin ohne die von uns eingeschlagene Politik wäre ein solches Abkommen unmöglich gewesen. Das zeigt auch der Bericht derjenigen, die jetzt aus New York zurückgekommen sind[54].

Ein zweites: Vor wenigen Tagen hat das Kalisyndikat ohne Zuziehung irgendwelcher deutscher Banken verhandelt wegen einer Anleihe von 75 Millionen Dollar[55], immerhin ein anständiger Betrag, früher doch eigentlich eine Art Staatsanleihe, wenn Sie diesen Betrag multiplizieren. Amerika war nicht schnell genug bereit, den Kredit zu geben, und da ist der erste Teilkredit von London gegeben worden in Höhe von 8 Millionen Pfund. Diese 8 Millionen Pfund, aufgelegt von dem deutschen Bankhaus Schröder, sind in 15 Minuten überzeichnet worden, und als 1500 Millionen Goldmark gezeichnet waren, wurde die Zeichnung geschlossen und den Leuten nur anteilig soviel gegeben, als auf sie entfiel. (Hört, Hört!) Wenn solche Dinge heute möglich sind, kann man sie nicht damit abtun, daß man sagt: Ihr denkt nur wirtschaftlich. Diese wirtschaftlichen Dinge schaffen Brücken politischen Verständnisses und künftiger politischer Unterstützung. Denn wenn neben Amerika auch England solche Kredite gewährt, übrigens in 25 Jahren rückzahlbar, zum Zinsfuß von 7 1/2 %, – ich glaube, daß keiner unter Ihnen ist, der nicht dankbar wäre, wenn er auf ähnlicher Basis abschließen könnte. Wenn wir also auf diese Weise die Mächte an einem Wiederauf-

[53] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929.

[54] Er war am 11. Dezember 1925 dem Kabinett vorgelegt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 991).

[55] Zu den Verhandlungen des Kalisyndikats in den USA und in London vgl. THE TIMES, Nr. 44134 vom 2. Dezember 1925, S. 22. – Die Anzeige für die im Folgenden erwähnte Londoner Anleihe ebd., Nr. 44139 vom 8. Dezember 1925, S. 23.

stieg Deutschlands interessieren – denn jetzt haben sie ein Interesse an uns –, dann ist das meiner Meinung das, was wir aus unserer wirtschaftlichen Lage machen können. Das ist das, was ich mit diesem dritten Punkte: „Ausnutzung der Wirtschaft durch Politik“ andeuten wollte.

Meine Herren, man kann diese Politik nicht damit abtun, daß man sie international nennt und diejenigen, die sie treiben, der Verflechtung mit dem internationalen Kapital bezichtigt. Wenn ich aus eigener Kraft mein Haus schuldenfrei halten kann, ist es gut. Wenn ich es meinen Kindern oder Enkeln nur erhalten kann, indem ich eine Hypothek aufnehme, dann darf ich auch nicht fragen, ob der Mann, der mir die Hypothek gibt, mir sympathisch ist oder nicht, und das Geschäft kommt nicht zustande, wenn ich ihn fortwährend beleidige und ins Gesicht spucke. Das ist auch etwas Menschliches wie auch Staatliches. Wir können uns gegenwärtig nicht die Politik eines Kampfes gegen alle leisten, weil wir wirtschaftlich zu Grunde gehen würden. Und wenn man sagt: Du betreibst das Wirtschaftliche zu stark, so behaupte ich demgegenüber: Jeder Idealismus, auch jedes starke geistige und seelische Gefühl, jeder Wiederaufstieg des deutschen Volkes hängt zunächst davon ab, daß das deutsche Volk nicht verhungert. Dafür zu sorgen, das schafft erst die Grundlage, auf der die übrige Politik sich aufbauen kann, und in der Situation, in der wir sind, müssen wir den Weg gehen, den die Hapag und der Lloyd gegangen sind, die schon 1919 mit Harriman und der United States Line Vereinbarungen getroffen haben[56], wie unsere ganze rheinisch-westfälische Industrie überhaupt früher auf belgischem, französischem und englischem Geld beruhte. Man muß versuchen, durch Sparsamkeit und Arbeit in der nächsten Generation die Schuld abzutragen und nachher künftigen Geschlechtern die freie deutsche Wirtschaft wieder zu übertragen. Ich sehe wenigstens nur diesen Weg. Ich weiß nicht, ob ein anderer Weg zu dem Ziele führt.

Nun komme ich von London zu Locarno, vom Wirtschaftlichen auf das Politische. Was bedeutet im Sinne der Regierung der Vertrag von Locarno und die angebahnte Verständigung? Er hängt aufs engste mit dem Wirtschaftlichen zusammen. Zweimal

[56] Die HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) hatte im Mai 1920 mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien abgeschlossen, wobei u.a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920. Einen ähnlichen Vertrag schloß im August 1920 der Norddeutsche Lloyd mit der „United States Mail Steamship Company“.

hat Poincaré ein deutsches Angebot abgewiesen[57]. Vier Monate hat es gedauert, ehe das deutsche Memorandum[58] beantwortet war. Wenn man glaubt, daß dieses deutsche Memorandum einen großen Verzicht Deutschlands aussprach und den anderen große Vorteile bot, dann war ja nicht zu verstehen, warum sie sich vier Monate lang nicht darüber einigen konnten, ob sie ja oder nein dazu sagten. Ich will nicht auf viele Einzelfragen eingehen, sondern das eine an die Spitze stellen: Der wirtschaftlichen Verständigung mußte eine politische Verständigung folgen. Bei dieser politischen Verständigung kam es darauf an, gerade auch für die künftige Entwicklung Deutschlands und der deutschen Grenzen sich zu fragen, wo der Ort des stärksten Widerstandes war und wo der Ort des schwächeren Widerstandes lag, ob man die Politik in Bezug auf zukünftige Entwicklungen nach der Westseite richten sollte oder ob man der Meinung sein konnte, daß eine Verständigung mit dem Osten Möglichkeiten freier Betätigung in der Zukunft nach anderen Gegenden Europas und in Bezug auf andere schwebende Fragen bot. Das wenigstens haben die anderen aus dieser Politik geglaubt ersehen zu sollen. Als ich als Reichskanzler in meiner Rede in Stuttgart[59] Ausführungen machte, die ziemlich genau mit dem Inhalt des deutschen Memorandums übereinstimmten, hat mir im Auftrag des Herrn Poincaré der Französische Botschafter[60] gesagt: Sie können uns nicht zumuten, auf das einzugehen, was Sie uns vorschlagen; eine Erklärung Deutschlands, keinen Krieg gegen Frankreich zu führen, ist nicht vollwertig gegenüber einer Erklärung Frankreichs, vom Kriege gegen Deutschland abzusehen; denn die Kräfte sind nicht gleich; wenn Sie aber diese Sicherung im Westen haben, dann entsteht bei uns der Gedanke, daß Sie das erstreben, um freiere Hand zu haben nach anderen Richtungen, und Herr Poincaré ist der Meinung, daß er Verpflichtungen besitzt, die ihm nicht gestatten, eine derarti-

[57] Stresemann bezieht sich vermutlich auf das oben mit Anm. 30 genannte Angebot Cunos sowie auf sein eigenes in der Stuttgarter Rede (vgl. unten mit Anm. 59).

[58] Stresemann bezieht sich hier auf die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend vorgegangen und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60). – Eine Antwort erging erst am 16. Juni 1925, als Briand – auch im Namen der Alliierten – antwortete (Druck der entsprechenden Note [in deutscher Übersetzung] u.a. in SCHULTHESS 66 [1925], S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103).

[59] Zur Rede Stresemanns in Stuttgart vom 2. September 1923 vgl. diese Edition.

[60] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Vermutlich bezieht sich Stresemann im Folgenden auf seine Unterredung mit Margerie am 3. September 1923 (vgl. die Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 319–322; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 101–105).

ge Entwicklung irgendwie zu unterstützen. Meine Herren, das ist – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – die französische Auffassung über die deutschen Vorschläge gewesen, und der Kampf, der vier Monate um die Beantwortung ging, ist darum gegangen, ob es möglich sei, wenn man diesen Westpakt annehme, doch Deutschland so zu binden, daß es auch nach anderen Richtungen hin dieselben Verpflichtungen übernehme. Dieser Kampf ist bis in die letzten Tage der Verhandlungen von Locarno fortgesetzt worden, und er hat mit der Zurückweisung dieser Forderungen geendet.

Meine Herren, über der Berichterstattung über die Verhandlungen in Locarno stand in gewissen Beziehungen ein ungünstiger Stern. Wir hatten beschlossen, die Verhandlungen unbedingt vertraulich zu behandeln[61], und das war auch gut; denn es gibt kein törichteres Wort als das von der Aufhebung der Geheimdiplomatie. Jeder Mensch hat seine Geheimdiplomatie. Jeder Kaufmann, der sich etwas für die Entwicklung der nächsten Jahre vornimmt, kündigt das nicht durch Inserate in der **B.Z. am Mittag**[62] an, damit jeder sich darauf einrichten kann und seine Gegenmaßregeln treffen kann. Wir hatten sie vielleicht etwas übertrieben; in der Kunst, in unseren Kommuniqués nichts zu sagen, haben wir wirklich Unvergleichliches geleistet. Die Presse aber sollte täglich 1000 Zeilen telegrafieren, und deshalb telegrafierte sie lauter Schmus und Unsinn. Die Leute mußten denken, daß wir in Locarno eigentlich wie die kleinen Kinder geworden waren. Man las, daß der Reichskanzler[63] eine Katze streichelte[64]. Sie existierte nur in der Phantasie des Berichterstatters, es hat sie nie gegeben. Man erzählte von wundervollen Fahrten, die wir auf dem Lago Maggiore

[61] Ein entsprechender Beschluß konnte aus den deutschen Sitzungsniederschriften nicht entnommen werden. Aus den französischen und den britischen Niederschriften läßt sich in der Wiedergabe der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 jedoch ein entsprechender, wenn auch indirekt formulierter Vorschlag Briands entnehmen, dem die Konferenzteilnehmer zustimmten (SITZUNGSNIEDERSCHRIFTEN DER KONFERENZ VON LOCARNO S. 9–15). Daß die Teilnehmer diese Vertraulichkeit als beschlossen betrachteten, kann zudem erschlossen werden, weil Chamberlain in der 2. Konferenzsitzung vom 6. Oktober 1925 anläßlich einer Indiskretion die Gelegenheit ergriff, „to remind conference of our pledge of strict secrecy“ (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 825).

[62] Die „B.Z. am Mittag“ war eine große Berliner Boulevardzeitung.

[63] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[64] Ein Korrespondent von „Le Matin“ hatte unmittelbar nach einem Gespräch Luthers mit Briand in Ascona am 7. Oktober 1925 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 683–687) ein Interview mit der Wirtin des Restaurants geführt, in dem Luther und Briand sich getroffen hatten; sie hatte ihm berichtet, Luther sei sehr nett gewesen und habe ihre Katze gefüttert; auf die Frage, wer bezahlt habe, antwortete sie: „Je crois bien que c’est le Français qui a sorti l’argent“ (LE MATIN, Nr. 15177 vom 8. Oktober 1925, S. 3); deutsche Zeitungen hatten von diesem Interview berichtet (vgl. z.B. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 477 [Abendausgabe] vom 8. Oktober 1925).

machten, auf einem Boot, das den schönen Namen **Die Orangenblüte**[65] trug, und der deutsche Bürger sagte: Die amüsieren sich ja recht gut und freuen sich des Lebens. In Wirklichkeit haben wir bei dieser wundervollen Fahrt über fünf Stunden in der Kajüte gesessen, und die ersten 2 1/2 Stunden debattierten wir über den Artikel 16[66] und die nächsten 2 1/2 Stunden über die französische Garantie über die Ostverträge[67]. Ich bin nie so ermüdet und ermattet gewesen als damals. Es waren vier Juristen dabei[68], da können Sie sich vorstellen, daß die Verhandlungen schwierig waren und in welchem Zustand wir abends zurückkamen und uns über die Berichte freuten, die wir über diese wundervolle Fahrt in der deutschen Presse später gelesen haben. Man dachte, wir lebten in dulci jubilo. Dabei sind die Verhandlungen von einer Schärfe gewesen, daß ich wünschte, daß später einmal die Protokolle veröffentlicht würden[69]. Dann würden Sie daraus ersehen, wie dort die frühere Entente und Deutschland bis zuletzt gerungen haben, mit welcher Offenheit, wenn man auch die Formen an sich wahrte, bei dieser Konferenz gesprochen werden konnte. Ich glaube, ein großer Teil der Angriffe würde verstummen, wenn man einmal die Protokolle der Sitzung lesen würde, in der über die deutsche Abrüstung und die Zurückweisung der deutschen Kriegsschuld[70] dort gegenüber Briand[71], Chamberlain und Vandervelde[72]

---

[65] Zur Dampferfahrt mit der „Orangenblüte“ auf dem Lago Maggiore am 10. Oktober 1925 vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 10. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 695; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 196) sowie die Aufzeichnung Chamberlains vom 12. Oktober 1925 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I 27, S. 866–868).

[66] Gemeint ist Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, verpflichtete und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15). – Im Ergebnis wurde Deutschland eine Kollektivnote zur Interpretation des Artikels übergeben, auf die man sich am 10. Oktober 1925 geeinigt hatte (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 182–183) und die dem Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 angefügt wurde (ebd., S. 214–215).

[67] Gemeint ist die Frage, inwieweit Frankreich den deutsch-polnischen und den deutsch-tschechischen Schiedsvertrag garantieren würde; die entsprechende Diskussion wurde vor allem in der 2. Sitzung der Konferenz von Locarno geführt (vgl. ebd., S. 149–154).

[68] Gemeint sind wohl die vier juristischen Berater der einzelnen Delegationen (Hurst für Großbritannien, Fromageot für Frankreich, Gaus für Deutschland und Rolin für Belgien).

[69] Ein eigentliches Protokoll wurde auf der Konferenz von Locarno nicht geführt oder verabschiedet, sondern jede Delegation führte eigene Sitzungsniederschriften. Die Sitzungsniederschriften der einzelnen Delegationen sind zusammengestellt in SITZUNGSNIEDERSCHRIFTEN DER KONFERENZ VON LOCARNO. (Dieses „streng geheime“ Weißbuch [AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 311, Anm. 1] ist nur in einer einzigen der großen deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken verzeichnet.) Die deutschen Sitzungsmitschriften sind u.a. auch veröffentlicht in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196.

[70] Hier bezieht sich Stresemann in erster Linie auf die 4. Sitzung der Konferenz von Locarno vom 8. Oktober 1925 (ebd., S. 161–172).

gesprochen worden ist. Ich sage, man soll sich nicht die Dinge so vorstellen, als ob wir dort unter der Sonne von Locarno in einem neuen Freundschaftsbund selig umhergetaumelt wären. Es standen ja Fragen von einer solchen Bedeutung noch ungelöst vor Beginn der Konferenz, daß man zweifelhaft sein konnte, ob sie zustandekam.

Die Hauptfrage war die: Was wird mit dem deutschen Osten? Es ist in Locarno das Wort gefallen: Uns zuzumuten, auf die Garantie zu verzichten, hieße Frankreich entehren[73]. Das war das Erste, was uns entgegenschallte, als wir erklärten, wir akzeptierten nicht diese Garantie in dem Artikel 6 des Vertrages[74], und der Artikel 6 ist gestrichen worden trotz dieser Erklärung. Aber tagelang haben die Dinge auf des Messers Schneide gestanden.

Nun lassen Sie mich von den drei Fragenkomplexen sprechen, die Locarno im speziellen betreffen. Der erste ist die Frage: Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. In dem Artikel 1 und dem Artikel 2 des Vertrages[75] ist gesagt worden, worauf die Mächte verzichten. Sie verzichten auf Krieg, Gewalt oder Einbruch. Es stand in der Präambel des Entwurfs – denn dreimal ist der Entwurf geändert worden; der erste war der Entwurf, den England und Frankreich für sich gemacht hatten, der zweite war der, den Herr Gaus[76] in London in unserem Sinne geändert hatte, der dritte war der Entwurf, der aus Locarno herausgekommen ist –, in diesen Entwürfen stand in der Präambel: Sinn der Verträge sei die ewige Aufrechterhaltung des status quo im Westen. Das Wort ist auf Antrag der Deutschen Delegation gestrichen worden und ist ersetzt worden durch die Worte: Erhaltung des Friedens[77]. Dieser Kampf, den wir dort geführt haben, war die Grundidee des Ganzen. Das ist das Schlimme, daß wir

---

[71] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[72] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[73] Vgl. oben mit Anm. 67; in der dort angegebenen deutschen Sitzungsniederschrift der 2. Konferenzsitzung findet sich der entsprechende Passus jedoch nicht.

[74] Gemeint ist Art. 6 des Vertragsentwurfs, der von der Londoner Juristenkonferenz vom 31. August bis 4. September 1925 als Vorarbeit für die Konferenz von Locarno erarbeitet worden war; ausführlich zur Debatte um den Art. 6 die Aufzeichnung Gaus' über die Besprechung vom 2. September 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 129–132.

[75] Text des von Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphierten Vertrags in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202.

[76] Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943. – Zur Londoner Juristenkonferenz vgl. oben mit Anm. 74.

[77] Die Verständigung auf den Wortlaut der Präambel erfolgte in der 3. Sitzung der Konferenz von Locarno vom 7. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 154–159).

wegen der Vertraulichkeit nicht diese Dinge gegenüberstellen können, weil sich ja daraus klar ergibt, daß es sich um einen moralischen Verzicht nie handeln konnte, sondern um das, was mir jeder Verständige zugeben wird, daß es Wahnwitz wäre, heute mit der Idee eines Krieges gegen Frankreich zu spielen (Sehr richtig!) und sich nicht zu sagen, daß, wenn ich für diesen Verzicht, der ein selbstverständlicher ist, Erleichterungen für Deutschland bekomme, ich es nicht verantworten könnte, ihn nicht auszusprechen. (Sehr richtig!) Meine Herren, es ist ausdrücklich da, wo im Artikel 1 der status quo stehen blieb, gesagt worden: Er soll aufrechterhalten werden in der Weise, wie es der Artikel 2 sagt. Der Artikel 2 sagt: Durch den Verzicht auf Krieg, Gewalt und Einbruch und in allen Artikeln, wo von Verpflichtungen der Mächte die Rede ist, ist nur auf Artikel 2 Bezug genommen, nie auf Artikel 1, weil er das darstellt, was der Sinn des Ganzen war, wie es auch Herr Vandervelde in seiner Rede[78] ausgesprochen hat.

Ich darf mir hierbei gestatten, eine allgemeine Bemerkung zu machen. Ich verstehe durchaus, wenn jemand im Auswärtigen Ausschuß oder sonst in Verhandlungen mit der Regierung sagt: Ich wünsche volle Klarheit, denn ich fasse das falsch auf, oder der Text gibt zu Mißdeutungen Anlaß. Nur sollten wir eins nicht tun: wir sollten nicht aus innerpolitischen Gründen den Zweifel eines, der die Dinge nicht kennt, in die Öffentlichkeit tragen (Sehr richtig!) und dadurch anderen Mächten erst die Möglichkeit geben, unter Berufung auf deutsche Stimmen etwas anderes in den Vertrag hineinzulegen, als was wir selbst mit dem Vertrag abgemacht haben. (Sehr gut!) Ich brauche oft Vergleiche aus dem wirtschaftlichen Leben. Wenn ich höre, daß sich ein Eisentrust bildet, was jetzt der Fall ist[79], und ich eine Bestimmung nicht ganz verstehen würde und ich frage Fritz Thyssen[80], der die Verhandlungen geführt hat, was damit gemeint ist, dann würde ich der Meinung sein, daß der Mann es vielleicht besser beurteilen kann wie ich, weil ich nur als Außenstehender etwas sehe und weil Worte und Paragraphen nicht wiedergeben können, was schließlich der Sinn einer geführten Verhandlung ist. Deshalb sollten wir in unserem eigenen Interesse nicht einen Vertrag ungünstiger auslegen, als ihn die Deutsche Regierung auslegt. Ich habe die Erklärung, daß wir nicht irgendwie auf deutsches Land verzichten, im Aus-

[78] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Rede Vanderveldes in der belgischen Kammer vom 17. November 1925 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 546 [Morgenausgabe] vom 18. November 1925).

[79] Zu den laufenden Verhandlungen über ein Eisenkartell konnte nichts ermittelt werden.

[80] Fritz Thyssen (1873–1951), deutscher Industrieller; Vorstandsmitglied der August-Thyssen-Hütte seit 1898; Mitglied in verschiedenen weiteren Vorständen und Aufsichtsräten der Montanindustrie.

schuß abgegeben, durch W.T.B. in die ganze Welt verbreiten lassen[81], und niemand hat dem irgendwie widersprochen. Gewiß bedeutet der Verzicht auf Krieg auch den Verzicht, auf kriegerischem Wege Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen. Meine Herren, einen anderen Weg sehe ich aber auch nicht. Ich bin der Meinung, daß man vor gegebenen Tatsachen den Blick nicht verschließen kann, und schließe mich im übrigen dem an, was Herr Chamberlain seinerseits dem Englischen Unterhaus bei der Vertretung von Locarno gesagt hat, als er sagte, es gehe über Menschenwitz und Verständnis hinaus, die Entwicklung der Weltgeschichte auf Ewigkeiten festlegen zu wollen[82]; wenn der heute verantwortliche Staatsmann etwas für die lebende Generation übernimmt, dann hat er seine Pflicht getan, das Andere gehört der Geschichte an.

Meine Herren, die zweite Frage, die im Westen in Betracht kommt, ist die Frage Eupen-Malmedy. In Bezug auf diese Frage habe ich mit den Vertretern der Landsmannschaften ja schon einmal gesprochen[83], und ich begnüge mich damit, vor diesem großen Kreis das Eine festzustellen, daß das Organ des Herrn Vandervelde, die Zeitschrift **Le Peuple[84],** vor etwa 14 Tagen festgestellt hat, daß Belgien in Erwägung ziehen könne, wenn Deutschland ihm bei der Stabilisierung des belgischen Franken durch Anerkennung des deutschen Markabkommens[85] helfe, ob eine neue Volksabstimmung in Eupen-Malmedy darüber entscheiden soll, ob es zu Belgien oder zu Deutschland gehören will, (Sehr gut, und hört, hört!) und ich darf vielleicht hinzufü-

---

[81] Stresemann bezieht sich wohl auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 22. Oktober 1925 und die darüber in die Presse gelangten Meldungen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 [Abendausgabe] vom 22. Oktober 1925; Nr. 502 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925; WIENER ZEITUNG, Nr. 243 vom 24. Oktober 1925, S. 6; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21950 [Morgenausgabe] vom 23. Oktober 1925, S. 3; Nr. 21951 [Abendausgabe] vom 23. Oktober 1925, S. 2; vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 206).

[82] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Unterhausdebatte über Locarno vom 18. November 1925 (HANSARD V 188, Sp. 419-541); dort findet sich allerdings lediglich die Formulierung Chamberlains: "I do not say that those treaties when ratified make war impossible. It is not given to any human instrument to do that" (Sp. 430).

[83] Dieses Gespräch konnte nicht ermittelt werden.

[84] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Zu einem ähnlichen Artikel vgl. jedoch den telegraphischen Bericht Ow-Wachendorfs an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 42–43.

[85] Deutschland hatte im Weltkrieg während der Besatzungszeit in Belgien die Reichsmark zum Zahlungsmittel erklärt. Nach dem Krieg hatte Belgien durch seine Staatsbank die umlaufenden Markbestände seiner Bürger eingetauscht und verlangte seitdem von Deutschland den Rückkauf dieser Reichsmarkbestände. Verhandlungen hatten am 1. September 1922 zu einem paraphierten Abkommen geführt, das jedoch in der Folge nicht unterzeichnet wurde. – Dazu und zum aktuellen Stand der Frage des Markabkommens vgl. die Aufzeichnung Köpkes vom 12. Dezember 1925 (ebd., S. 60–64). – Zu einer ersten Sondierung Stresemanns gegenüber dem belgischen Gesandten zur nachfolgend angesprochenen Frage der Verknüpfung des Markabkommens mit der Rückgabe Eupen-Malmedys bereits am 20. Oktober 1925 vgl. die Aufzeichnung Stresemanns ebd., A 14, S. 420–421.

gen, daß mich diese Erklärung nicht überrascht hat, daß ich aber eines nicht verstanden habe, wie Menschen, die wußten, daß diese Dinge heute spielen, es trotzdem fertigbekommen haben zu sagen, daß Deutschland ewig die Grenzen im Westen anerkannt hätte. Wenn das Organ des Belgischen Außenministers eine Verhandlung über Rückgabe von Eupen-Malmedy heute in einer öffentlichen Zeitung, wie es übrigens schon vorher ein katholisches Blatt getan hatte[86], annonciert, um die öffentliche Meinung in Belgien darauf vorzubereiten, so darf ich daraus vielleicht die eine Folgerung ziehen, daß Vandervelde den Vertrag von Locarno nicht als eine ewige Grenzfestsetzung ansieht, sondern durchaus mit unserer Auffassung übereinstimmt, daß diese friedliche Verständigung über Änderung der Grenzen durch den Vertrag überhaupt nicht berührt wird, sonst wäre eine derartige Veröffentlichung vollkommen unmöglich. Wenn in Belgien solche Erwägungen bestehen sollten, wird auch für uns die Frage entstehen, inwieweit wirtschaftliche Belastungen durch politische Erfolge aufgewogen werden, und ich habe Ihnen meine Ansicht darüber ja vorhin zum Ausdruck gebracht, daß nach meiner Meinung die Außenpolitik hier durchaus den Vorrang hat und daß wir dieses ganze Opfer auf uns nehmen könnten, schon weil ich glaube, daß eine erstmalige Revision deutscher Grenzen von der allergrößten moralischen Bedeutung für die ganze künftige politische Entwicklung in Europa sein könnte. (Sehr wahr!) Ich habe im übrigen Wert darauf gelegt, die Mitteilung dieses Blattes nicht weiter zu verbreiten, und bin der Meinung, daß wir sehr gut tun, uns völlig rezeptiv zu verhalten und die Anregung von Belgien sich weiter auswirken zu lassen. Ich bitte auch, wegen dieser Frage weder hier noch anderwärts Fragen an mich stellen zu wollen.

Der andere Komplex der Fragen war der der Ostgrenzen. Herr Beneš[87] und Herr Skrzyński[88], der Polnische und Tschechische Außenminister, wollten beide an dem Vertrag von Locarno mitarbeiten und haben beide Entwürfe für einen Schiedsvertrag für ihre Staaten mitgebracht. Der erste Vorschlag des Herrn Beneš wurde von uns

---

[86] Welche Zeitung und welcher Artikel gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[87] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Die im Folgenden erwähnten Pläne von Beneš entwickelte er Stresemann vermutlich in einem Gespräch in Locarno vom 13. Oktober 1925 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 751, Anm. 3); die Konferenz diskutierte die betreffenden Schiedsverträge zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bzw. Deutschland und Polen in der 8. Sitzung vom 15. Oktober 1925 und im ersten Teil der 9. Sitzung der Konferenz vom 16. Oktober 1925 (vgl. die deutschen Sitzungsniederschriften: LOCARNO-KONFERENZ S. 190–195). – Deren abschließend am 16. Oktober 1925 paraphierter Text ebd., S. 208–214).

[88] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926.

ohne Diskussion a limine zurückgewiesen, worauf sich herausstellte, daß Beneš sich vergriffen hatte und einen anderen gemeint hatte, der auch zur Stelle war, (Heiterkeit) und einen zweiten zur Diskussion stellte. Dieser zweite Vertrag ist ebenfalls nicht Gegenstand der Diskussion geworden. Es handelt sich um zwei Fragen für die Ostverträge. Sie wollten einmal das, was man mit dem englischen Ausdruck non-aggression-Pakt nennt, nämlich einen Pakt, bei dem wir uns verpflichteten, von jedem Angriff abzusehen. Diese Verpflichtung sind wir im Westen eingegangen, wir haben sie für den Osten abgelehnt. Auch der Eintritt in den Völkerbund schließt den Krieg nicht aus. Ich wäre sehr dankbar, wenn viele, die über den Völkerbund sprechen, doch einmal die Satzungen des Völkerbundes[89] durchlesen würden, sie sind außerordentlich interessant in Bezug auf das, was sie sagen und was sie nicht sagen. Der Völkerbund läßt den Krieg frei, wenn in politischen Fragen eine Einigung nicht zu erzielen ist[90]. Der Versuch, uns auf die Linie zu drängen, wurde in der Briandnote vom 16. Juni[91] gemacht. Dort verlangte man von uns restlos[92] Schiedsverträge, und das bedeutete, wir sollten alle Fragen, auch die Grenzfragen, lediglich durch Schiedsgericht ein für allemal entscheiden, von jedem anderen Mittel absehen. Wenn Sie die Briandnote vom 16. Juni ansehen, finden Sie, daß darin gesagt ist: Die deutschen Vorschläge genügen nicht, Deutschland will zwar für juristische Fragen einen Schiedsspruch endgültig anerkennen, aber nicht für die Lebens- und Existenzfragen; das ist für uns unerträglich, denn dann wird die Grenze im Osten nicht anerkannt. Meine Herren, es sind nicht restlos[93] Schiedsverträge abgeschlossen worden, sondern es ist das deutsche System der Schiedsverträge[94] in Locarno angenommen worden. In der Auseinandersetzung[95] zwischen dem Polnischen Außenminister und dem deutschen juristischen Sachwalter hat Herr Gaus im Auftrag der Deutschen Delegation erklärt: Deutschland lehnt eine Diskussion über die Anerkennung der Grenzen ab, Deutschland lehnt eine Diskussion über Verzicht auf Krieg ab und ist ledig-

[89] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19.

[90] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf Art. 15 der Völkerbundssatzung, der im Umkehrschluß aus der Verpflichtung, nicht gegen einen Staat Krieg zu führen, der sich einer Ratsentscheidung unterwirft (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14), die Interpretation zuläßt, daß es keinen grundsätzlichen Kriegsverzicht gebe.

[91] Vgl. oben mit Anm. 58.

[92] So in der Vorlage; „restlose“ würde mehr Sinn ergeben.

[93] Vgl. die vorangehende Anm.

[94] Zum deutschen System der Schiedsverträge, dem „System Gaus“, vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41.

[95] Zu den nachfolgend erwähnten Verhandlungen Gaus' konnte nichts ermittelt werden.

lich bereit, über andere Fragen zu diskutieren. (Bravo!) Die Auseinandersetzungen sind derart heftig geworden, daß Herr Gaus mich gebeten hat, ihn von weiteren Verhandlungen mit der Polnischen Delegation zu entbinden, da er nach diesem Zusammenstoß nicht glaubt, daß eine Verständigung noch möglich sein würde.

Dann ist der Versuch der früheren Alliierten gekommen, uns in diese Richtung zu drängen. Der Versuch ist mißlungen. Die Herren haben ihre Vertragsentwürfe zurückgezogen. Die Psychologie der Herren war eine verschiedene. Herr Beneš, dieser geschickte Politiker, tat, nachdem er nichts durchgesetzt hatte, so, als wenn es der Fall wäre; er lachte über das ganze Gesicht, freute sich. Herr Skrzyński konnte seine Erregung nicht verbergen. Wenn Sie gelesen haben, daß der Polnische Außenminister den Saal nach der Parafierung zuerst verlassen hat[96], so wünschte ich, daß Sie die Art dieses Verlassens miterlebt hätten, um sich zu fragen, ob Polen Locarno als einen polnischen Erfolg ansieht. Im polnischen Sejm ist der Antrag gestellt worden[97], die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno auszusetzen und den Außenminister aufzufordern, mit Deutschland in neue Verhandlungen einzutreten, a) wegen Anerkennung der polnischen Grenze, b) wegen Verzichts auf den Kriegsfall, da beides im Vertrage nicht enthalten wäre. Der Antrag ist abgelehnt worden. Aber ich muß doch hier mit Bitterkeit sagen: wenn ich die ganze polnische Presse lese, ich habe die Auszüge daraus gehabt, finde ich: mit Ausnahme von zwei offiziösen Blättern ist die ganze polnische Presse über den Vertrag von Locarno hergefallen und hat ihn die Vorbereitung der vierten Teilung Polens genannt. Wenn ich sehe, daß man sich bei uns bemüht, die Argumente zu schaffen, aus denen die Polen herauslesen sollen, daß ihre Grenzen tatsächlich garantiert wären, dann habe ich manchmal das Empfinden, daß Grillparzer[98] recht hatte, als er in seinem Schauspiel „Teut der Deutsche“ schilderte, wie das deutsche Volk seine große Völkerwanderung nach Elbe und Donau hin machte, und dann erzählt, es wäre wundervoll gewesen, die Städter bauten Städte, die Bauern bebauten das Land, und alles ging gut, nur ein kleines Täschchen war auf der langen Wanderung verloren gegangen; in diesem kleinen Täschchen lag der politische Verstand des deutschen Volkes. (Sehr gut!) Manchmal hatte ich das

[96] Entsprechende Presseberichte konnten nicht ermittelt werden.

[97] Zur Debatte im polnischen Sejm über die Locarno-Verträge am 21. Oktober 1925 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 501 (Abendausgabe) vom 22. Oktober 1925; möglicherweise bezieht sich Stresemann hier und im Folgenden allerdings auch auf Debatten im Auswärtigen Ausschuß des Sejms (vgl. zusammenfassend TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 487 [Morgenausgabe] vom 1. November 1925).

[98] Franz Grillparzer (1791–1872), österreichischer Schriftsteller. – Auf welches Schauspiel Grillparzers Stresemann sich im Folgenden bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

Empfinden, als wenn dieses Täschchen bis heute noch nicht wieder aufgefunden worden wäre.

Wir haben tagelang unter dem schärfsten Druck gestanden und erreicht, daß diese Dinge niedergeschlagen wurden, daß die Anträge dieser beiden Mächte abgelehnt wurden, und erfahren nun hier, daß wir sie tatsächlich angenommen hätten, weil der, wie ich zugebe, für den Laien unverständliche Satz in der Präambel steht[99]: Das Recht eines der Vertragsschließenden kann nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Ich habe, als ich den Satz las, da ich selbst Laie in diesen völkerrechtlichen Dingen bin, Herrn Gaus gefragt, was das bedeutet. Darauf hat er mir die Erklärung gegeben, die ich inzwischen von allen Seiten gehört habe, die übrigens auch die hier tagende Versammlung aller Völkerrechtslehrer[100] als richtig erklärt hat, daß noch niemals in der Weltgeschichte seit Tausenden von Jahren eine Änderung der Grenzen vorgekommen wäre, ohne daß der beteiligte Staat zugestimmt hätte, so schlimm die Verträge waren, ob Sie nun die Friedensverträge mit Karthago nach dem Zweiten Punischen Krieg[101] oder den Vertrag von Versailles nehmen. Die Dinge sind immer dahin gegangen, daß der Unterlegene die Verträge als Recht anerkennen mußte, und da wir die Präambel von Herrn Beneš und Herrn Skrzyński abgelehnt haben und da leider ein Vertrag nun einmal eine Präambel haben muß, hat man dort lauter Selbstverständlichkeiten hineingesetzt, denn wenn Sie den Satz vorher lesen, werden Sie sehen, daß für alle Entscheidungen von Rechtsfragen das geltende Recht zuständig sein soll. Ja, was sonst als das geltende Recht? Herr Briand hat, als er die Präambel las, gesagt[102]:

Man könnte auch hineinsetzen: Die Majorität ist in der Regel größer wie die Minorität. So stand auch der Satz darin: Das Recht eines der Vertragsschließenden kann nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Es gibt keinen völkerrechtlichen Vertrag, und wenn er die brutalste Vergewaltigung ist, der nicht völkerrechtliches Recht durch die Zustimmung des anderen geworden ist. Es kommt nur darauf an, ob er sie freiwillig oder erzwungen gegeben hat. Frankreich hat einen neuen [!] Bündnisvertrag

[99] Gemeint ist die Präambel der Ostschiedsverträge (vgl. oben mit Anm. 87).

[100] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die mehrtägige Sitzung des Rats der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, die Anfang November 1925 in Berlin stattgefunden hatte (zur Stellungnahme zu den Verträgen von Locarno vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 524 [Morgenausgabe] vom 5. November 1925).

[101] Der Zweite Punische Krieg zwischen Rom und Karthago (218–201 v.Chr.) endete mit einem drakonischen Frieden, bei dem Karthago u.a. alle seine Besitzungen außerhalb Nordafrikas und fast seine komplette Kriegsflotte ausliefern mußte. Der Inhalt des Friedensdiktats ist u.a. beim römischen Schriftsteller Titus Livius im 30. Buch seiner Römischen Geschichte überliefert.

[102] Die entsprechende Aussage Briands konnte nicht nachgewiesen werden.

mit Polen[103]. Auf diesen Bündnisvertrag wollte es nicht verzichten. Es wollte ihn durch die Garantie für die beiderseitigen Grenzen ersetzen. Frankreich wollte das sein, was England sich im Westen zu sein verpflichtet hat, der Garant, der mit seiner Macht den Schutz des Angegriffenen ausübt. Wir haben den Herren offen gesagt: Das geht nicht, kein Mensch wird glauben, daß Sie objektiv sein könnten. Ich habe das Beispiel aus dem Studentenleben gebraucht: Der Sekundant kann nicht gleichzeitig Unparteiischer sein. Man kann nicht dem Einen verbündet sein und sich als unparteiischer Garant empfehlen. Diese Kämpfe haben wochenlang gedauert, bis Frankreich auf seine Garantie verzichtet hat. Das war das Ergebnis der Fahrt mit der **Orangenblüte.**

Nun wird gesagt: Aber Frankreich hat einen neuen Vertrag mit Polen geschlossen[104]. Das ist richtig. Da lese ich, wenn ich so die Zeitungen des Landes lese, die oft viel interessanter sind als die reichshauptstädtischen, weil man dort alles sagt, was man hier nicht zu sagen wagt, weil man denkt, der Minister liest es nicht, daß gesagt wird: Die ganze Verantwortungslosigkeit dieses Mannes sehe man darin, daß ihm die Verträge in Locarno vorgelegt worden seien, und er hätte abgelehnt, sie überhaupt zu lesen, so wenig Interesse hätte er an diesen Dingen. Meine Herren, daran ist das Eine richtig, daß uns die Verträge in einer Sitzung vorgelegt worden sind, daß wir abgelehnt haben, davon Kenntnis zu nehmen[105]. Alles andere wäre der größte Unsinn gewesen. Frankreich wollte diese Verträge als Anlage dem Locarnovertrag anfügen. Darauf haben wir erklärt: Das hat mit Locarno nichts zu tun; was Ihr mit Polen abmacht, geht uns nichts an, wir verwahren uns dagegen, daß das jetzt gedruckt wird. Wenn wir auch nur Kenntnis davon genommen hätten, wäre in das Protokoll hineingekommen, daß die Deutsche Delegation davon Kenntnis nahm, ohne Einspruch zu erheben, und wir wären in irgendeiner Weise für diese Abmachungen moralisch verantwortlich gewesen. (Sehr gut!) Daß wir im übrigen den Wortlaut vorher kannten, ist selbstverständlich, (Heiterkeit) das konnten sich die Leute auch denken, die diese liebenswürdige Kritik geübt haben. Aber als wir den Vertrag zur

---

[103] Frankreich hatte am 19. Februar 1921 mit Polen einen (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag abgeschlossen (Text in SOCIÉTÉ DES NATIONS. RECUEIL DES TRAITÉS 18 [1923], S. 11–13).

[104] Text des bilateralen Vertrags zwischen Frankreich und Polen (und zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei) zur Garantie der beiderseitigen Schiedsverträge mit Deutschland vom 16. Oktober 1925 in LOCARNO-KONFERENZ S. 216–217.

[105] Auf welchen konkreten Vorgang Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Im Schlußprotokoll der Konferenz vom 16. Oktober 1925 findet sich allerdings ein Passus, daß Briand Mitteilung vom Abschluß dieser Schiedsverträge mache und „schon jetzt Abschriften davon zur Verfügung der hier vertretenen Mächte“ bereithalte (ebd., S. 197).

Kenntnis bekamen, haben wir auch gesehen, daß er nichts anderes enthielt als die Verbriefung der Rechte, die Frankreich als Mitglied des Völkerbundes bleiben, die jeder Staat des Völkerbundes hat, nicht nur Frankreich, nämlich Polen zu helfen, wenn es angegriffen ist und der Völkerbundrat einstimmig Deutschland als den Angreifer erklärt hat. Dann hat nicht nur Frankreich das Recht, Polen zu helfen, sondern jeder Staat hat das Recht, Polen zu helfen, und Frankreich hat für diesen Fall erklärt, daß es in diesem Falle gegen einen Angreifer ihm helfen würde, während es bisher für jeden Fall ihm die Unterstützung Frankreichs zugesichert hatte.

Meine Herren, die Frage, wer der Angreifer ist, ist die Frage der Weltgeschichte, (Sehr richtig!) und nie haben wir uns törichter benommen als im August 1914, wo wir gar nicht schnell genug unsere Kriegserklärungen[106] an den Mann bringen konnten und unsere eigenen Bündnisverträge[107] durch die Kriegserklärung an Rußland entwertet haben. (Sehr richtig!) Es gehörte wirklich sehr viel dazu, das Deutsche Reich kaputt zu machen, es war eigentlich unmöglich. Aber was die Politik dazu beitragen konnte, hat sie in den ersten Tagen des August 1914 getan. (Sehr richtig!) Wir sollen uns jetzt gegen die Kriegsschuld[108] wehren und tun das. Aber was soll ich den Belgiern antworten, wenn sie sagen: Das hat Euer Reichskanzler[109] selbst von der Tribüne des Deutschen Reichstags anerkannt. Dann bin ich erschlagen, dann kann ich nichts mehr gegen dieses Dokument sagen, das seit dem 4. August 1914 vorliegt. Ich glaube nicht, daß es ein anderes Volk in der Weltgeschichte gegeben hat, das die Sache so gemacht hätte. (Sehr gut!) Als Friedrich der Große[110] den Ersten Schlesischen Krieg begann, zog er durch Sachsen, und es gibt Geschichtsforscher, die

---

[106] Gemeint sind in erster Linie die deutsche Kriegserklärung am 1. August 1914 an Rußland bzw. die Erklärung des Kriegszustandes mit Frankreich am 3. August 1914 (Texte in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes. Bd. 3. [...] Berlin $^{2}$1922, S. 50–52; Bd. 4. [...] Berlin $^{2}$1922, S. 25).

[107] Gemeint sind der mehrfach verlängerte deutsch-österreichisch-italienische Dreibund (ursprünglicher Text vom 20. Mai 1882 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 160, S. 237–247) und der durch den Beitritt Deutschlands erweiterte österreichisch-rumänische Vertrag vom 30. Oktober 1883 (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 162, S. 487–495), die beides Defensivverträge waren.

[108] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

[109] Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), Reichskanzler 1909–1917. – Bethmann Hollweg hielt die nachfolgend angeführte Reichstagsrede am 4. August 1914 und sprach darin von dem „Unrecht“ der Verletzung der belgischen Neutralität, das „wir wieder gutzumachen suchen“ werden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 306, S. 5–7; das Zitat: S. 7).

[110] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Mit der nachfolgend genannten Denkschrift ist offenbar sein „Rundschreiben an die deutschen Reichsstände und die Generalstaaten der Niederlande“ vom 13. Dezember 1740 gemeint (Druck in: Preußische Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedrichs II. Bd. 1. 1750–1745. [...] Bearb. v. Reinhold Koser. Berlin 1877, S. 64–66).

Zweifel haben, ob das nicht ein Neutralitätsbruch war. Aber ehe er seine Truppen in Bewegung setzte, hatten alle Höfe seine Denkschrift über sein Recht des Durchzugs, aber nicht seine Entschuldigung wegen Bruchs der sächsischen Neutralität. (Sehr gut!) Das versteht man wohl unter Politik, und ich glaube, andere Völker lassen die Gewehre an irgendeiner Stelle losgehen und erklären dann, daß sie dem Überfallenen zu Hilfe eilen. So entstehen wohl die meisten Kriege. Aber wir mußten die Sache ja formal machen und uns die ganzen Vorwürfe zuziehen, die der Angreifer zu gewärtigen hat. Ich will damit nur das Eine sagen, daß die Fragen, ob Konflikte so entstehen, daß ein Gremium einstimmig den Einen als Angreifer erklärt, ja schließlich nicht immer restlos zu entscheiden sind und jedenfalls eine starke Einschränkung sind gegenüber den bisherigen Bündnisverpflichtungen Frankreichs.

Meine Herren, ich denke auch in Bezug auf die Ostfragen, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker in unerhörter Weise vergewaltigt worden ist, nicht an kriegerische Auseinandersetzungen. Was ich mir aber vorstelle, ist das, daß, wenn einmal Verhältnisse entstehen, die den europäischen Frieden oder die wirtschaftliche Konsolidierung Europas durch die Entwicklung im Osten bedroht erscheinen lassen, und wenn man zur Erwägung kommt, ob diese ganze Nichtkonsolidierung Europas nicht ihren Grund in unmöglichen Grenzziehungen im Osten mit hat, daß dann Deutschland auch die Möglichkeit haben kann, mit seinen Forderungen Erfolge zu erzielen, wenn es sich vorher mit den ganzen Weltmächten, die darüber zu entscheiden haben, politisch auf einen freundschaftlichen Verständigungsfuß und auf eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft auf der anderen Seite gestellt hat. (Bravo!) Das ist meiner Meinung nach die einzig praktische Politik. Daß wir die Grenze im Osten nicht anerkennen, habe ich zum Leidwesen der Polnischen Regierung hier einst in einer veröffentlichten Rede im Auswärtigen Ausschuß zum Ausdruck gebracht[111], als ich erklärte, daß meiner Meinung nach keine Deutsche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten jemals diese Grenze anerkennen würde. Ich werde mich niemals scheuen, diese Erklärung gegenüber jedem zu wiederholen.

Meine Herren, mich bedrückt natürlich in erster Linie auch die Entwicklung der Dinge im Elsaß. Ich glaube aber, was das Elsaß unter den heutigen Verhältnissen bestens erreichen kann, ist die kulturelle Autonomie. (Sehr richtig!) Diese Bestrebungen werden aber durch Locarno nicht erschwert, sondern erleichtert. (Sehr richtig!)

[111] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf seine Rede im Auswärtigen Ausschuß vom 11. März 1925 (vgl. diese Edition).

Denn bisher konnte, wenn die Elsässer für das Deutschtum kämpften, immer der Vorwurf des Landesverrats erhoben werden. Wenn der Gedanke des ewigen Friedens zwischen den beiden Mächten besteht, kann man diesen Vorwurf nicht mehr gegen die Elsaß-Lothringer erheben. (Sehr richtig!) Sie werden in ganz anderer Weise für ihre Autonomie kämpfen können als bisher, und ich glaube, sie sind gewillt, das zu tun. Ich habe mit vielen dieser Herren über diese Dinge sprechen können und habe im allgemeinen durchaus eine Billigung dieser Auffassung gefunden.

Meine Herren, ich sehe aber die Bedeutung gerade dieser Friedenssicherung gegenüber Frankreich nach einer anderen Richtung. Gewiß sind das alles Dinge, die in der Zukunft liegen; denn man darf auch als Volk sich nicht auf den Standpunkt eines Kindes stellen, das für den Heiligen Abend einen Wunschzettel schreibt, in dem alles steht, was das Kind in den nächsten 15 Jahren braucht. Die Eltern würden dann nicht in der Lage sein, das alles zu erfüllen. In der Außenpolitik habe ich manchmal das Empfinden, als wenn mir ein solcher Wunschzettel sehr oft vorgelegt wird (Heiterkeit) und daß man nicht bedenkt, daß die Geschichte nur schrittweise vorgeht und die Natur nicht sprungweise[112]. Aber was stand denn einer Stärkung Deutschlands gegenüber? Was stand der Wiedergewinnung deutschen Gebietes oder der Angliederung Österreichs gegenüber? Es stand gegenüber die ewige Besorgnis: Wenn dieses 60 Millionen-Volk zu einem 70 Millionen-Volk wird, sind wir in Frankreich bedroht, das können wir nicht wegen der Gefährdung unserer politischen Lebensinteressen. In dem Augenblick, wo der Gedanke eines ewigen Krieges [sic!][113] an der Westgrenze besteht, kann man dieses Argument nicht mehr geltend machen. Infolgedessen sind auch hier die Aussichten nach dieser Richtung unbedingt für uns günstig.

Darüber bin ich mir vollkommen klar, daß andererseits der Vertrag von Locarno auch Gefahren in sich birgt. Ein Staat, der mit ihm sehr wenig zufrieden ist, ist Italien. Es ist von italienischer Seite offen ausgesprochen worden, daß der Vertrag zwei Grenzen in Europa schaffe, eine Grenze erster Klasse und eine andere Grenze zweiter Klasse, und es ist interessant, daß Italien den Versuch gemacht hat, die Brennergrenze in die Debatte hineinzuwerfen. Es hat in Paris, London und Locarno versucht, das zu tun. Die Versuche sind auch mittelbar in Berlin bei mir gemacht worden. Ich

[112] Stresemann gibt hier einen Lehrsatz der Naturwissenschaft wieder, der wohl von Carl von Linné im Aufgreifen antiken Denkens („natura non facit saltus“) in diese Formulierung gefaßt wurde.

[113] So in der Vorlage. Offenbar ist (statt „Krieges“) „Friedens“ gemeint.

habe demjenigen, der mir zuerst davon sprach[114], gesagt: ich dankte ihm sehr prinzipiell für diese Erklärung, daß auch die Brennergrenze erörtert werden müßte; denn ich entnehme daraus, daß der Vereinigung von Deutsch-Österreich mit dem Deutschen Reich nunmehr kein Hindernis mehr im Wege steht. Wenn das der Fall wäre, könnte ich über eine Brennergrenze verhandeln, bisher hätte ich angenommen, daß es eine österreichische Grenze wäre. Da er mir leider die Erklärung zu 1 nicht geben könne, müsse ich jede Erklärung zu 2 ablehnen und sagen, daß das nicht zur Tagesordnung gehört. (Heiterkeit und Bravo!) Aber dort, wo man früher mehr dem Anschluß geneigt war, ist man jetzt skeptisch und aggressiv und erklärt, wenn hinter der Irredenta Tirols nicht mehr das schwache Österreich, sondern das deutsche Volk steht, dann wird diese Irredenta für Italien weit gefährlicher. Infolgedessen sehen Sie hier unzweifelhaft eine Versteifung. Sie sehen auch eine Politik, die ich für höchst unklug halte. Abgesehen von allem, was sie sonst an Gemütsempfindungen in uns erwecken muß, ist es die unklügste Politik, die ich mir denken kann; denn mit dieser Art des Vorgehens wird man ein steifnackiges Bauernvolk nicht auf die Knie zwingen, wie Mussolini[115] denkt; (Sehr richtig!) genau so, wie ich glaube, daß seine Art der Staatspolitik auch nur eine vorübergehende ist und nicht eine solche, die Dauer verspricht. Aber hier sind Schwierigkeiten. Wir bekommen aus Tirol zum Teil sehr alarmierende Nachrichten, man fürchtet dort irgendwelche faszistische Gewalttaten gegen Nordtirol. Ich weiß nicht, ob daran etwas Ernsthaftes ist. Jedenfalls sind unsere Beziehungen deshalb gespannt, weil man in Rom sagt, die Brennergrenze sei jetzt nicht mehr eine gesicherte Grenze, sondern man habe alle Grenzen labil gemacht, die nicht durch den Westpakt geschützt seien. Es ist bedauerlich, daß diese Spannung besteht, aus allgemeinen außenpolitischen Rücksichten. Aber immerhin muß ich sagen: wenn das die Auffassung maßgebender Staatsmänner ist, die an dem Locarnopakt mitgewirkt haben, dann ist das andererseits doch auch ein Zeichen dafür, daß sie die außenpolitische Entwicklung als eine freiere ansehen, als sie bisher uns gegenüber bestanden hat.

---

[114] Gemeint ist Conte Alessandro de Bosdari (1867–1929), italienischer Botschafter in Berlin 1922 – März 1926. – Vgl. dazu die Aufzeichnung Stresemanns über ein Gespräch mit Bosdari vom 8. Mai 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 64–66). Allgemeiner zur italienischen Initiative im Hinblick auf die Brennergrenze die telegraphische Weisung Köpkes an die Botschaft in Rom vom 7. Mai 1925 (ebd., S. 61–62 [mit den dortigen Anm.]).

[115] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945. – Zu den Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Südtirol und zu den im Folgenden erwähnten Nachricht über „faszistische Gewalttaten gegen Nordtirol“ vgl. die Aufzeichnung Stresemanns über seine Unterredung mit Bosdari vom 14. Dezember 1925 (ebd., B III, S. 15–17).

Ich sagte vorhin, wir müssen selbstverständlich in der Außenpolitik Dinge, die wir als Erfolge werten, kleinmachen oder nicht darüber reden. Deshalb schimpft auch jedermann über die Außenpolitik. (Heiterkeit) An sich schadet das nichts, wenn es wenigstens in vernünftigen Grenzen geschieht; denn ein populärer Außenminister wird sich immer fragen, ob er richtige Politik macht. So einfach klar und gradlinig liegen wirklich die Dinge nicht, daß sie jeder in allen ihren Verzweigungen verstehen kann. (Sehr gut!) Wenn wir ein politisch erzogenes Volk wären, würden wir ein Doppelspiel treiben zwischen Regierung und Opposition, dann würden wir uns die Opposition bestellen, die nötig ist, würden aber miteinander demselben Ziel zustreben. Das, was in Locarno zuerst in Erscheinung trat, gegenüber all dem, was man sonst Rückwirkungen nennen mag, das war der Verzicht auf die Optantenausweisungen am 1. November[116]. Wir haben mit dem Grafen Skrzyński darüber gesprochen, die Engländer und Franzosen haben mit ihm darüber gesprochen[117]. Es ist ihm kein Zweifel darüber gelassen worden, daß diese Dinge nicht mehr gingen, und Sie wissen vielleicht, daß der Woiwode von Pommerellen[118] dieserhalb seine Stellung niedergelegt hat. Die Ausweisungen sind nicht erfolgt. Man hat sich bitter bei uns beschwert, daß wir das nicht mehr anerkannt hätten[119]. Das war natürlich unmöglich. Aber ich möchte doch einmal auch diese Kleinigkeit erwähnen, um Ihnen zu zeigen, daß doch diese ganzen Dinge auch einen ganz bestimmten Sinn hatten und daß Polen heute sein Haupt nicht mehr so erheben kann wie früher, weil es in viel größerer Abhängigkeit ist als irgendein anderer Staat. Es ist eine gewisse unhaltbare Entwicklung, die Polen heute durchmacht. Es hat ein großes Heer ausgerüstet als Bundesgenosse einer anderen Macht[120]. Diese andere Macht ist in großen finanziellen Schwierigkeiten[121] auf der einen Seite, in einem Sicherheitsvertrag auf der anderen Seite, und braucht heute dieses starke Heer nicht mehr so wie früher, und der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und soll jetzt sein Heer reduzieren. Das geht nicht gegenüber der polnischen Volksstimmung, es würde eine neue schwarze Armee von

[116] Der polnische Außenminister Skrzyński hatte am 23. Oktober 1925 dem deutschen Gesandten erklärt, Polen werde auf die am 1. November 1925 anstehenden Ausweisungen der deutschen Optanten (also derjenigen Personen, die in jetzt polnischen und ehemals deutschen Gebieten lebten und für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert hatten) verzichten (vgl. den telegraphischen Bericht Rauschers vom 23. Oktober 1925: ebd., A 14, S. 450).

[117] Zu entsprechenden Informationen Stresemanns vgl. ebd., S. 472, Anm. 3.

[118] Stanisław Wachowiak (1890–1972), Woiwode von Pommerellen Oktober 1924 – Oktober 1926. – Zu seiner angeblichen Amtsniederlegung konnte nichts ermittelt werden.

[119] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[120] Vgl. oben mit Anm. 103.

[121] Zur französischen Wirtschafts- und Finanzkrise vgl. oben mit Anm. 42.

Legionären geben. Andererseits steht der Staat vor seinem finanziellen Zusammenbruch und ist in der schwierigsten Situation. Alles das wirkt sich natürlich aus. Dann kommt eben die Frage, ob man im gegebenen Moment den Zipfel des Gewandes ergreift[122]. Dazu ist aber, wenn man nicht in der Lage ist, selber Machtmittel zu haben, notwendig, daß man sich Freundschaften oder Bündnisse oder wirtschaftliche Verbundenheiten schafft.

Nun kommt die Rheinlandfrage[123]. Hier ist die Kritik sehr stark gewesen. Wenn die Kritik erfolgt, muß sie die Regierung nach der Richtung angreifen, daß sie sich ihr Ziel nicht weit genug gesteckt habe. Das mag sein, wir haben das Ziel nicht sehr weit gesteckt, denn wir haben nicht die Räumung der zweiten und dritten Zone[124] vor Abschluß des Vertrages gefordert. Wir haben es nicht getan, weil ich mir gesagt habe, wir würden so etwas auch nicht tun, wenn wir in der Situation der anderen wären, und weil ich mir immer sage, daß die Politik auch darin die Kunst des Möglichen ist, daß man dem anderen nicht zeitlich mehr zumutet, als er mit Rücksicht auf sein Prestige selbst tun kann. Was wir forderten, war, daß nach Inkrafttreten des Vertrages die Räumung der zweiten und dritten Zone früher erfolgen muß, und ich bin gern bereit, meine Herren, wenn Sie sich das Datum merken wollen, über Jahr und Tag wieder vor Ihnen zu stehen und die Frage zu beantworten, ob nach der Richtung etwas geschehen ist und die Dinge weitergetrieben sind. Man hat uns keinen Zweifel gelassen, daß man jetzt nicht früher räumen würde, ebensowenig einen Zweifel darüber, daß man nach dem Vertrag darüber diskutieren würde. Ich bedaure so sehr, meine Herren, auch hier manchmal das Unverständnis unserer Presse. Wenn der Englische Minister vor wenigen Tagen sagte[125]: kein Mensch denkt daran, daß wir noch 10 Jahre im Rheinland bleiben, so ist das doch von seinem Standpunkt aus, der doch nun nicht lediglich deutschfreundlich ist, zunächst das prinzipielle Anerkenntnis, daß auch die heute laufenden Fristen verkürzt werden sollen. Da steht aber im **Lokal-Anzeiger[126]:** „höhnische Worte von Chamberlain“. Wenn man glaubt, daß das die Außenpolitik stützt, so irrt man sich.

Noch ein anderes. Gerade das Auslandsdeutschtum hat ein Interesse, daß wir in

[122] Vermutlich lehnt sich Stresemann hier an ein Bismarck zugeschriebenes Wort an, wonach „der Staatsmann [...] nur abwarten und lauschen [kann], bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles“ (zit. bei Paul Liman: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Neue vermehrte Volksausg. Berlin 1906, S. 3).

[123] Gemeint ist in erster Linie die Räumung der alliierten Besatzungszonen.

[124] Vgl. oben mit Anm. 39.

[125] Die nachfolgende Äußerung Chamberlains konnte nicht ermittelt werden.

[126] Der betreffende Artikel des „Berliner Lokalanzeiger“ konnte nicht ermittelt werden.

der Weltgeschichte wieder groß dastehen, mindestens äußerlich, wenn wir es noch nicht innerlich sind. Bis jetzt hat der Deutsche Botschafter[127] niemals am Lord Mayor Bankett in der Guildhall teilgenommen. Er hat auch diesmal abgelehnt, aus Gründen, die ich nicht erwähnen will, die in der früheren Deutschfeindlichkeit der Londoner lagen. Darauf ist er noch einmal eingeladen worden. Man hat ihn gebeten, zu kommen, nicht nur der Lord Mayor[128], sondern auch das Foreign Office. Er ist erschienen, und während er vom Saaleingang zu seinem Platze ging, hat sich die Versammlung von ihren Stühlen erhoben und hat ihm zugejubelt, bis er auf seinen Platz kam, und sein Platz war neben dem des Außenministers, und wenn dieser nun einer alten englischen Tradition gemäß den sogenannten Liebesbecher erhebt, ihm zutrinkt und dabei sagt: ich danke dem Lord Mayor, daß er durch seine Veranstaltung mir die Möglichkeit gegeben hat, den Gefühlen der Hochachtung und Freundschaft für Deutschland Ausdruck zu geben[129], dann braucht man ihm dafür nicht besonders zu danken; aber man soll da nicht in der deutschen Presse vom Giftbecher des Herrn Chamberlain sprechen. (Lebhafte Zustimmung) Das hat der Mann nicht verdient. Eine solche Szene wird in die Welt gekabelt, das lesen die Leute in Kapstadt, in Rio, in Shanghai, und sie sagen sich: was geht in Europa vor? Die Deutschen müssen wieder ein großes Volk sein, wenn sie derartig geehrt werden.

Als wir von London zurückkamen[130], kam Lord D'Abernon[131] am Bahnhof zu uns und sagte: ich habe Sie im Auftrag des Englischen Außenministers zu begrüßen, und dann las er vor, daß Chamberlain folgendes telegraphiert hatte: Die Welt wird es Deutschland niemals vergessen, daß Deutschland es war, das die Initiative zum Frieden in Europa ergriffen hat. Meine Herren, was eine solche Depesche in Amerika bedeutet gegenüber den Artikeln von Herrn Poincaré[132], das kann nur der verstehen,

---

[127] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930.

[128] Sir William Pryke, Lord Mayor (Oberbürgermeister) der (City of) London 1925–1926.

[129] Zur Feier in der Guildhall, der dortigen Zeremonie und der Rede Chamberlains am 9. November 1925 vgl. die ausführlichen Berichte bzw. den Kommentar in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 532 (Morgenausgabe), und Nr. 533 (Abendausgabe) vom 10. November 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 502 (Abendausgabe) vom 10. November 1925.

[130] Tatsächlich bezieht sich Stresemann offenbar auf die Rückkehr der deutschen Delegation aus Locarno, und es handelt sich um einen Versprecher oder einen Druckfehler.

[131] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Worten vom 18. Oktober 1925 beim Empfang der aus Locarno zurückkehrenden deutschen Delegation im Auftrag Chamberlains vgl. (leicht abweichend) STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205.

[132] Vermutlich bezieht sich Stresemann vor allem auf einen Aufsatz, den Poincaré im Oktober-Heft von FOREIGN AFFAIRS 4 (1925), S. 1–19, veröffentlicht hatte und der unter dem Titel „The Responsibility for the War" an die deutsche Kriegsschuld erinnerte.

der in diesem Kampfe für das Deutschtum steht. Wenn der Mann und andere jetzt weiter diese Artikel über ihre Deutschen schreiben, die 1914 den Krieg entfesselt haben, und hier steht dieser Ausspruch des Außenministers einer einst uns feindlichen Macht, so ist das die größte Entlastungsoffensive, die wir moralisch in diesem Augenblick überhaupt bekommen konnten. (Bravo!) Deshalb soll man über diese Dinge nicht spotten, sondern sie anerkennen. So groß sind wir noch nicht, daß wir auf all das verzichten könnten, und ich glaube, früher, als wir groß waren, hätten wir manchmal auch eine andere Stellung in der Welt gehabt, wenn wir uns um die Weltatmosphäre und anderes mehr gekümmert hätten. Ich habe manchmal die Dinge so gefaßt, daß ich sagte: die anderen wollten den Krieg und sprachen vom Frieden, wir wollten in Wirklichkeit den Frieden und sprachen immer vom Krieg, und dadurch haben wir den ganzen Schein gegen uns gewandt und können jetzt eine ganze Generation daran arbeiten, diesen Schein, der durch die unglückliche Kriegserklärungspolitik noch verstärkt wurde, wieder von uns wegzunehmen. Jetzt hatten wir überall den ersten Platz, weil ja die guten Alemannen, die jetzt im Elsaß sitzen, uns den Namen unseres Reiches gegeben haben, denn wir werden überall als Allemagne bezeichnet. Früher hat man uns, trotzdem unser Name mit A im französischen Alphabet anfing, nicht an die erste Stelle gesetzt. Der Einzige in London, der für die Gäste sprach, war der Deutsche Reichskanzler[133]. Als der König von England[134] die Deputation empfing, empfing er zuerst den Deutschen Reichskanzler und den Deutschen Außenminister, und in der **Action Française[135]** stand zu lesen: der König von England täte doch gut, ehe er die Kriegsverbrecher und Boches[136] empfangen hätte, seinen Namen zu ändern und sich wieder so zu nennen, wie er einmal hieß: Koburg-Gotha[137]. Sie sehen, es gibt genug Leute in Frankreich, die Locarno nicht wollen. Ich darf auch auf das hinweisen, was mir Herr Briand in sehr erregter Diskussion sag-

[133] Es ist nicht recht ersichtlich, was Stresemann hier meint. Bei der Zeremonie unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung hielt Luther zwar eine längere Rede, während die Delegierten der übrigen Länder nur kurz sprachen; nach der Unterzeichnung hielten auch Briand und Stresemann kurze Ansprachen (vgl. Stresemanns Tagebucheintragung: STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 249; zu seiner eigenen Rede s. diese Edition). Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf das Diner, das am Abend des 1. Dezember 1925 von Chamberlain gegeben wurde und bei dem offenbar als einziger Ausländer Luther einen Toast ausbrachte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 570 [Abendausgabe] vom 2. Dezember 1925; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 250).

[134] Georg V. (1865–1936), König von Großbritannien und Irland (seit 1927: Nordirland) 1910–1936. – Zum Empfang der Delegationen im Buckingham-Palast am Abend des 1. Dezember 1925 vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 249–250.

[135] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[136] „Boche“ ist im Französischen eine herabsetzende Bezeichnung für Deutsche.

[137] Seit 1840 lautete der Name des britischen Königshauses „Sachsen-Coburg und Gotha“; 1917 wurde er durch den Namen „Windsor“ ersetzt.

te[138]; er sagte: Sie tun so, Herr Stresemann, als wenn Sie allein das Recht hätten auf weitere Konzessionen und Nachgiebigkeiten, ich will Ihnen einmal sagen, welche Rede Herr Poincaré im Senat halten wird, wenn ich zurückkomme. Herr Poincaré wird mir sagen: „Wohin hast Du Frankreich gebracht? Als ich Ministerpräsident war, da standen wir am Rhein, und wir wollten am Rhein bleiben; die ganze Politik von Clemenceau[139] war die, da zu bleiben und dauernd zu sagen, daß die Fristen noch nicht begonnen hatten zu laufen, Du hast diese Politik durchbrochen durch die Räumung der nördlichen Rheinlandzone durch diesen Pakt; als ich Ministerpräsident war, hatten wir die stärkste Armee der Welt, und Deutschland war abgerüstet, und außer dieser stärksten Armee hatten wir ein Recht auf den Sicherheitsvertrag, den uns Belgien und England geben mußten, und aus dieser doppelten Stärke hast Du eine Politik gemacht, die uns verhindert, den Rhein zu überschreiten, und unseren früheren Bundesgenossen England hast Du dahin gebracht, daß er in diesem Falle die Waffen gegen uns ergreifen wird, so daß Du dem waffenlosen Deutschland für den Fall einer französischen Rheinpolitik einen Bundesgenossen in der Person unseres früheren Alliierten gegeben hast. Als ich Ministerpräsident war, hatten wir das Recht auf Sanktionen, Du hast auf das Recht verzichtet. Als ich Ministerpräsident war, hatten wir die Hand an der Gurgel der deutschen Wirtschaft, Du hast Duisburg und Düsseldorf geräumt, und wir mußten aus dem Ruhrgebiet heraus[140].“ Herr Briand sagte mir: Glauben Sie mir, es gibt genug Franzosen, die auch ihre Träume haben, und dann gab er eine wundervolle Schilderung von deutschen Verhältnissen. Ich muß sagen, daß es sehr schwer war, ihm darauf etwas zu erwidern. Er sagte nämlich: „Ich kenne auch das deutsche Volk, der größte Teil des deutschen Volkes will unbedingt den Frieden, ich zweifle nicht daran; ein anderer Teil wird sich mit Recht dagegen verwahren, daß Deutschland den Krieg will; aber Sie haben in Ihrer Politik etwas, was ich die Politik der deutschen Mystik nennen möchte, das sind die Menschen bei Ihnen, die in der Gegenwart nicht einen solchen Friedenstraktat haben

[138] Vermutlich bezieht sich Stresemann im Folgenden auf Äußerungen Briands in informellen Besprechungen in Locarno neben den Konferenzsitzungen vom 12. und 15. Oktober 1925 (vgl. die Aufzeichnungen Schuberts vom 12. bzw. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372, und AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 753–763; in den Aufzeichnungen kommen die entsprechende Formulierungen allerdings nur in Andeutung vor).

[139] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u.a. 1917–1920.

[140] Am 25. August 1925 wurde mit dem Abzug französischer bzw. belgischer Soldaten aus Düsseldorf und Duisburg das letzte über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehende besetzte Gebiet geräumt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 [Abendausgabe] vom 25. August 1925). Zuvor war am 31. Juli 1925 die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

möchten, weil sie an irgendetwas Wunderbares glauben, was sich einmal ereignen möchte. Wenn Sie sie fragen, was dieses Wunder ist, werden sie Ihnen nicht sagen können, was es sei; aber die Idee, daß ein Wunder geschehen könnte, bringt sie dazu, in eine nebelhafte Zukunft hineinzuschauen und sie als Grundlage zu nehmen und dafür die hellen Augen für die Gegenwart überhaupt nicht mehr zu gebrauchen." Er fügte hinzu: „Sie dürfen sich aber nicht einbilden, daß Sie ein Monopol für solche Phantasten haben, die gibt es überall, und während Ihre Leute in die Zukunft sehen und an das Wunder glauben, gibt es bei mir Leute, die in die Vergangenheit sehen und die in Frankreich daran erinnern, daß wir einst in der Pfalz standen, daß Mainz einst französisch war[141], daß die Rheinpolitik die historische Politik Frankreichs wäre, und ich muß genau so gegen diese Leute in Frankreich kämpfen, wie Sie in Deutschland gegen diese Stimmungen kämpfen müssen." Meine Herren, die Politik, die wir inauguriert haben, hat uns mindestens immer als eine Politik der Sicherung des deutschen Rheinlands gegen die Fortsetzung der französischen Rheinpolitik vor Augen gestanden, und da wir es nicht mit den Waffen schützen können, mußten wir es durch Verträge schützen.

Wenn man sagt: England wird im gegebenen Moment das tun, was seinen Interessen entspricht, und sich nicht lediglich auf den Rechtsstandpunkt stellen, so will ich einmal diese These annehmen. Aber, meine Damen und Herren, England hat kein Interesse an einer französischen Hegemonie in Europa. England hat kein Interesse, aus den kontinentalen Dingen so herausgedrängt zu sein, wie es herausgedrängt war. Wenn England seinen Außenminister so außerordentlich für diesen Vertrag ehrt[142], so geschieht es aus dem Grunde, weil England wieder der Schiedsrichter Europas geworden ist. Ich aber frage mich: was ist für uns besser, die Ausschaltung Englands und die französische Hegemonie mit ihrem Poincarismus oder mindestens die Einschiebung eines Schiedsrichters, der ein Interesse an der Zurückdrängung der französischen Hegemonie hat? Wenn man mir sagt, ich treibe englandfreundliche Politik, so treibe ich sie nicht der schönen Augen der Engländer wegen, sondern weil in dieser Frage die deutschen Interessen mit den englischen

[141] Vermutlich bezieht sich dies darauf, daß das linksrheinische Gebiet seit 1795 besetzt und dann durch Annexion von 1801 bis 1814 französisch war (u.a. mit dem Département Mont-Tonnerre und dessen Hauptort Mainz); im Hinblick auf die Pfalz könnte sich Stresemann auch auf den Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697) beziehen, in dessen Verlauf die Pfalz zeitweilig unter französischer Kontrolle war.

[142] Chamberlain war am 1. Dezember 1925 vom König der Hosenbandorden, der höchste britische Orden, verliehen worden (THE TIMES, Nr. 44133 vom 1. Dezember 1925, S. 14), der ihm gleichzeitig den Titel „Sir" gewährte.

konform gehen, und wir müssen gegenüber dem Würger[143], der uns an der Gurgel sitzt, suchen, jemand zu bekommen, der uns hilft, einmal die Stränge zu zerreißen. (Lebhafter Beifall.)

Das waren die Gedankengänge, die uns bewegt haben. Wie die Entwicklung sonst geht, meine Herren, das werden, wie Chamberlain sagte, Menschen allein auf die Dauer nicht feststellen[144]. Irgendwo wird da schließlich die Geschichte selbst entscheiden.

Das, was im Rheinland vor sich gegangen ist, ist für jemand, der das Rheinland nicht kennt, in seiner Wirkung sehr wenig abzuschätzen. Es wird mir immer entgegengehalten, auf die Räumung der nördlichen Zone hatten wir einen Rechtsanspruch[145]. Ach ja, worauf haben wir nicht Rechtsansprüche? Die Räumung bildet doch die Zerreißung dieser Rheinpolitik. Nun aber die zweite und dritte Zone. Ich habe meine Freunde im besetzten Gebiet gefragt: Was interessiert Euch für die besetzten Gebiete zunächst am meisten? Darauf haben sie gesagt, die Delegierten[146] müssen heraus. Wir sind auch nur soweit gegangen zu fordern, sie sollten überall heraus, wo keine Garnisonen sind[147]. Dann sind wir weiter gegangen und haben verlangt, daß alle herausgehen sollen, und im heftigsten Kampf mit Herrn Tirard[148] – au désespoir de Monsieur Tirard, wie Herr Berthelot[149] mir sagte – hat der Französische Ministerrat beschlossen, daß alle Delegierten am 1. Dezember ihre Ämter auf-

---

[143] Nach Stresemanns eigener Aussage (vgl. seinen „Kronprinzenbrief“ vom 7. September 1925: STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 553–555) scheint er sich auch mit dem Begriff des „Würgers“ am eigenen Hals auf ein Zitat Metternichs aus der Zeit nach 1809 als Legitimation für die zurückhaltende österreichische Politik gegenüber dem siegreichen Frankreich zu beziehen; ein Hinweis in der Literatur (Eberhard Kolb: Das Stresemannbild im Wandel der Zeit. In: Historie und Leben. [...] Festschrift für Lothar Gall. Hrsg. v. Dieter Hein [u.a.]. München 2006, S. 576) verweist für das Metternich-Zitat auf die Biographie von Heinrich Ritter von Srbik (Metternich. Der Staatsmann und der Mensch), die dieser 1925 in zwei Bänden veröffentlichte und von der er Stresemann ein Exemplar zukommen ließ. Das betreffende Zitat konnte dort jedoch nicht ermittelt werden.

[144] Vgl. oben mit Anm. 82.

[145] Art. 429 des Versailler Vertrags sah vor, daß die nördliche Besatzungszone („Kölner Zone“) im Falle deutscher Vertragserfüllung fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags, also am 10. Januar 1925, geräumt würde (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221). Die Alliierten hatten die Räumung zu Jahresbeginn verweigert mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten deutschen Abrüstung (vgl. die alliierte Note vom 5. Januar 1925: MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51).

[146] Auf Bezirks- und Kreisebene beschäftigten die Besatzungsmächte „Delegierte“ (häufig Besatzungsoffiziere), deren Anweisungen die regionalen Behörden zu befolgen hatten und die ihrerseits die Ausführung der Ordonnanzen der Rheinlandkommission überwachten.

[147] Vgl. den telegraphischen Berichts Hoeschs über die Verhandlungen mit Tirard vom 24. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 468–471).

[148] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930.

[149] Philippe Berthelot (1866–1934), Generalsekretär im französischen Außenministerium 1920–1921 u. 20. April 1925 – 1933. – Zu dem Zitat vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs über ein Gespräch mit Berthelot vom 5. November 1925 (ebd., S. 549–550).

zugeben haben[150]. Was hatten diese Leute bisher an Unfreiheiten über das Rheinland gebracht! Die Deutschen waren ja einfach vogelfrei. Die Leute hatten nichts zu tun und schnüffelten deshalb überall herum, schenkten den gemeinsten Denunzianten ihr Ohr, sahen alle Zeitungen bis auf die Todesanzeigen durch, und wenn es von jemand hieß, er sei an seinem Leiden infolge der Ausweisung erlegen, wurde das Blatt beschlagnahmt. In Berlin kann man sich natürlich nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn diese Zustände aufhören.

Dazu kommt das Zweite, was ich eigentlich noch höher schätze, das ist doch der Prestigeverlust Frankreichs und der Prestigezuwachs Deutschlands. Wenn diese Leute binnen 14 Tagen aus dem Rheinland heraus müssen und nichts mehr zu sagen haben, dann ist das doch das Ende des Separatismus[151]. Man merkt in dem Rheinland, daß die deutsche Flagge wieder hochgeht und die französische heruntergeholt wird. (Bravo!)

Und nun das Saargebiet. Meine Herren, im Saargebiet steht es ja komisch. (Zuruf: Aber gut!) – Komisch, aber gut. Die Öffentlichkeit macht uns immer zum Vorwurf, wir hätten nicht auf eine frühere Abstimmung im Saargebiet gedrungen[152]. Sie wissen ganz gut, meine Herren, daß die Saarländer nichts mehr befürchtet haben, als daß diese Abstimmung stattfinden würde, weil sie vom Regen in die Traufe gekommen wären (Sehr richtig!) und statt eines unter dem Völkerbund stehenden Gebietes besetztes Gebiet geworden wären, (Sehr richtig!) und wenn uns Herr Briand zugestanden hätte, die Abstimmung solle am 1. Januar sein, was hätten Sie dann? Dann würde das Saargebiet für Deutschland stimmen, das Fest würde 24 Stunden gefeiert, und am nächsten Tag würden die Franzosen einziehen und das Saargebiet als besetztes deutsches Gebiet erklären. Alle Parteien im Saargebiet waren einig, daß wir das nicht fordern sollten[153], sondern daß wir nur eine Forderung stellen sollten: Ver-

---

[150] Entsprechendes wurde Deutschland mit einer Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 mitgeteilt (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 [Morgenausgabe] vom 17. November 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412), in der es u.a. heißt: „Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes umfaßt andererseits die Beseitigung des Systems der Delegierten, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag."

[151] Vgl. oben mit Anm. 26.

[152] Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut") waren ebenfalls im Vertrag geregelt Nach 15 Jahren sollte die Bevölkerung über die künftige Staatszugehörigkeit entscheiden (Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

[153] Vgl. etwa die Aufzeichnung Stresemanns vom 14. Oktober 1925 über Gespräche in Locarno mit einer Delegation der Saarländer (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 700–701); dort sind die entsprechenden Äußerungen nicht verzeichnet, aber in einer früheren Rede bezieht

kürzung der gesamten Besetzung, und mit dem Abzug aus der dritten Zone auch die gleichzeitige Abstimmung im Saargebiet. Das habe ich gegenüber Briand vertreten[154], und hier wird uns vorgeworfen, daß wir nicht die frühere Abstimmung gefordert hätten. (Zuruf: Das wird aber im Saargebiet anerkannt!) – Daran zweifele ich nicht, es sprechen aber viele Leute über das Saargebiet, die es nicht kennen. Ich darf noch eins sagen: Vor 14 Tagen erhielt ich die Nachricht, daß die Franzosen ihre Beteiligung an den maßgebenden deutschen Werken im Saargebiet aufgeben, sie haben sie zum Kauf angeboten[155]; sie werden von deutscher Seite gekauft werden, so oder so. Aber das politisch Wichtige ist, daß die Männer, die in dem einen Fall ihre 60 % Beteiligung, im anderen Fall ihre 40 % Beteiligung uns anboten, erklärten, sie hätten vor diesem Angebot mit Herrn Briand gesprochen, und Herr Briand habe ihren Entschluß gebilligt, die Werke wieder in deutsche Hand zu geben. (Hört, hört!) Das ist der wirtschaftliche Rückzug Frankreichs aus dem Saargebiet. Das zeigt, daß die ganze Sache ins Rutschen gekommen ist, daß sie sich nicht mehr aufrechterhalten läßt, denn sie ist gegen die Logik. Man kann nicht von ewigem Frieden sprechen und deutsches Land besetzt halten. Nur muß man auch einen Vertrag erst einmal sechs Monate wirken lassen, ehe man erwarten kann, daß er sich auswirkt, denn, meine Herren, er ist bis heute noch gar nicht in Kraft, er tritt erst in Kraft, wenn wir in den Völkerbund eintreten[156], und wir treten nicht in den Völkerbund ein, ehe wir nicht die Gewißheit haben, daß die Kölner Zone auch tatsächlich geräumt ist – soweit, daß wir klar sehen, daß nach dieser Richtung nichts mehr übrig ist an irgendeinem etwa in Deutschland vorhandenen Mißtrauen. Wir haben schon den Leuten gegenüber eine sehr starke Sprache geführt, und ich würde Sie bitten, einmal die französischen Zeitungen nachzulesen, um zu sehen, wie man dort die Dinge betrachtet. Das klingt etwas anders als aus unserer Presse. Im übrigen habe ich mit Herrn Briand verabredet[157], daß er mir die **Action Française** schickt, die ihn immer wegen seiner Politik gegenüber Deutschland angreift, und ich ihm die deutschen Zeitungen nach Paris

sich Stresemann ausdrücklich auf Informationen dieser Delegation (vgl. in dieser Edition seine Rede vor dem Zentralvorstand der DVP in Berlin vom 22. November 1925).

154 In Locarno war die Saarfrage zwar von Stresemann bei einem Treffen der deutschen, britischen und französischen Delegierten außerhalb des engeren Konferenzrahmens am 12. Oktober 1925 (vgl. oben Anm. 138) angesprochen, aber nicht weiter vertieft worden.

155 Die betreffende Nachricht, auf die Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

156 Art. 10 des Sicherheitspaktes von Locarno sah vor, daß der Vertrag in Kraft treten solle, sobald „Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

157 Sofern es eine entsprechende (wohl scherzhafte gemeinte) Verabredung tatsächlich gab, konnte dazu nichts weiter ermittelt werden.

schicke. (Heiterkeit und Bravo!) Auf diese Weise werden wir vielleicht am ehesten unserer Gegner Herr werden. (Erneute Heiterkeit.)

Ein Letztes war die Verminderung der Truppen[158]. Sie war hart umkämpft in Frankreich. Überall ist ja die Generalität ein sehr starker Faktor, und das Schlimmste ist, wenn sie mit technischen Sachen kommt, da ist man als Politiker einfach erschlagen. Die ganze Frage der Verminderung der Truppen ist politisch durchgesetzt worden, und jetzt wird technisch eine Sabotage sondergleichen getrieben, und es wird eine ganze Weile dauern, ehe wir da durchkommen. Da ist etwas, wovon ich hoffe, daß wir weiterkommen, daß uns die Franzosen gesagt haben: geben Sie uns einen Rheinlandkommissar von hohem Rang[159], einen Mann mit großer Autorität, und wenn der nicht durchkommt, dann wenden Sie sich an uns, denn wenn auch die Staatsmänner sich einig sind, dann bricht die Sache sich zunächst bei den Geheimräten; ehe nicht dieser Wall überstiegen ist, ist es nichts. Bismarck[160] hat einmal gesagt: die stehen in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum lieben Gott. (Heiterkeit.) Ich bin mir klar darüber, daß im Rheinland noch große Schwierigkeiten bei der Ausübung der Sache zu überwinden sein werden, und wir sollten es nicht immer als schlechten französischen Willen oben hinstellen. Wenn früher der Preußische Minister des Innern etwa einen liberalen Erlaß herausgegeben hat, so hat es, ehe der in Marggrabowa[161] beim Landrat durchgeführt wurde, auch eine ganze Weile gedauert. (Heiterkeit und sehr richtig!) Also, diese Dinge wollen Weile haben. Aber eins geht nicht: es geht nicht, daß wir durch falsche Mitteilungen irregeführt werden. Ich habe mich maßlos wegen einer rheinischen Stadt blamiert, die Alarmnachrichten nach Berlin über Wohnungsanforderungen sandte, die von den Franzosen an sie gestellt

---

[158] Gemeint ist die Verminderung der Gesamtzahl der Besatzungstruppen nach der Räumung der nördlichen Besatzungszone; die oben Anm. 150 genannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 hatte angekündigt, daß „die Stärke der Besatzungstruppen erheblich herabgesetzt werden soll“. Zu jüngsten deutsch-französischen Verhandlungen über das Ausmaß der Reduktion vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 7. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 39–40).

[159] Am 7. November 1925 war ein neuer Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete als Verbindungsmann der Reichsregierung zur Interalliierten Rheinlandkommission ernannt worden, und zwar Ernst Frhr. Langwerth von Simmern (1865–1942), zuvor Botschafter in Madrid 1920–1925; er trat sein Amt offiziell im Dezember 1925 in Koblenz an und hatte es bis 1930 inne.

[160] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Das nachfolgende Zitat konnte nicht ermittelt werden. Unter den zahlreichen Bemerkungen Bismarcks über die Geheimräte kommt vielleicht diejenige noch am nächsten, die er am 30. Juli 1892 in einer Ansprache an die Abordnung der Universität Jena formulierte, „ein gebildeter Geheimrat“ sei „der Stellvertreter Gottes auf Erden“ ([Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 467–470; das Zitat: S. 469).

[161] Marggrabowa war die Kreisstadt des östlichsten Kreises der Provinz Ostpreußen.

worden wären[162]. Ich habe den Französischen Botschafter kommen lassen und ihm gesagt: das geht nicht, das ist unerhört, wenn Sie das machen, dann zweifele ich an Ihrem guten Willen. Der Französische Außenminister hat darauf schärfste Erlasse gegen die Generale losgelassen. Schließlich ist herausgekommen, daß die Angaben bewußt unwahr waren, die man uns gegeben hat. (Hört, hört!)

Man hat sich damit entschuldigt, man hätte gehofft, eine starke Bauunterstützung vom Finanzministerium zu bekommen. So darf man nicht die deutsche Außenpolitik in Schwierigkeiten bringen. Ich kann mich nicht in der Weise bloßstellen, und Herr Briand kann sich nicht bloßstellen. In einer Stadt wird in großer Aufmachung gemeldet, es seien Hunderte von Wohnungen angefordert worden. Als wir anfragten, hieß es, es seien 30 Zimmer für durchreisende Offiziere bestellt. Also wenn man den Dingen nachgeht, ist nichts daran. Es ist jetzt der Befehl gegeben worden, daß bis 1. April 1926 überhaupt keine neuen Wohnungen angefordert werden dürfen[163]. Etwas derartiges an Verantwortungslosigkeit in solchen Mitteilungen ist mir in der Außenpolitik wirklich noch nicht vorgekommen. (Zurufe: Unerhört!) Das schadet wirklich dem ganzen Rheinland, denn wenn ich nun Herrn Briand mit Dingen komme, die richtig sind, wird er sich nicht mit dem Elan dafür einsetzen, wie er sich für die falschen Mitteilungen eingesetzt hat.

Das sind die beiden Hauptfragen. Abbau des Rheinlandregimes ist die dritte Frage. Ich sehe diese Frage nicht als Hauptfrage an. Das Wort „Auswirkungen“ ist falsch, es sind Vorwirkungen, denn der Vertrag ist ja noch nicht in Kraft.

Nun aber ein Wort über die Inkraftsetzung und über den Völkerbund. Auch hier bekämpfen wir Deutsche uns prinzipiell wie immer. Bist du für den Völkerbund oder gegen ihn? Das ist eine ganz falsche Fragestellung. Man muß vielmehr fragen: ist es besser für Deutschland, draußen zu bleiben oder hineinzugehen? Der Völkerbund ist mir absolut nicht sympathisch. Seine Entstehung war gegen uns gerichtet. Seine Handlungen waren gegen uns. Auf ihm ruht das Verdikt, daß er in der oberschlesischen Frage Städte, die zu 92% für Deutschland gestimmt haben, den Polen überwiesen hat[164]. Wir hätten vom eigenen Standpunkt keine Veranlassung, große Sym-

[162] Einzelheiten zu der im Folgenden angesprochenen Beschwerde und der französischen Antwort konnten nicht ermittelt werden. Die Aufzeichnung Schuberts über Verhandlungen in London am 1. Dezember 1925 legt jedoch nahe, daß es sich um Trier handelte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 1–10; vgl. auch den Brief Friedbergs an Rintelen 12. Dezember 1925 über diesen und vergleichbare ähnliche Fälle: ebd., S. 3, Anm. 4).

[163] Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 580 (Abendausgabe) vom 8. Dezember 1925.

[164] Der Oberste Rat der Siegermächte hatte 1921 nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates verfügt, daß Oberschlesien geteilt werde, womit der

pathien mit ihm zu haben. Aber ich frage mich auch hier: nicht ob mir die Menschen sympathisch sind oder nicht, sondern: nutzt oder schadet es? Da sehe ich die Dinge folgendermaßen: alles, was das deutsche Volk auf dem Herzen hat, gerade an den noch ungelösten Fragen aus dem Weltkrieg, kann es nirgends besser anbringen als dort. Wir können die Leute im Völkerbund ärgern, indem wir alle unangenehmen Dinge anrühren, von denen sie nicht wünschen, daß sie angerührt werden. Wir haben in Locarno verlangt, daß die Abrüstung in das Programm von Locarno hineinkommt. Sie steht darin[165]. Wir haben gestern die Einladung bekommen, an der Konferenz teilzunehmen[166], und man soll nicht immer so schwachherzig sein zu glauben, daß man nichts erreichen könnte. Dahinter steht der Wille der Vereinigten Staaten, abzurüsten und wieder wirtschaftlich der Gedanke von Coolidge: Wir geben keine Anleihe nach Europa, das die Anleihen für seine Armeen verpulvert[167]. Und wenn ich selbst keine Armee habe und sie auch nicht aufrüsten kann, muß ich verlangen, daß andere abrüsten, damit wir in eine vernünftige Relation kommen.

Die wichtigste Frage ist die Frage der Minderheiten. Da hat man die Satzung des Völkerbundes vor unserem Eintritt noch geändert[168]. Daraus entnehme ich zunächst das eine, daß man Angst vor unserer Mitwirkung hat. Aber diese Änderung hindert uns nicht, für die Minoritäten einzutreten. Die Sache liegt so: Es besteht ein Dreierausschuß für die Behandlung von Minoritätenfragen. Diesem dürfen die stammverwandten Nationen nicht angehören – lies: Deutschland, denn wir sind die am meisten stammverwandte Nation. Aber dieser Dreierausschuß darf keine Entscheidung treffen, wenn nicht der Völkerbundsrat zustimmt, und da der Völkerbundsrat nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, genügt das Veto unseres Vertreters, um eine Ent-

---

östliche Teil an Polen ging (vgl. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 65–66; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 318–322).

165 Die entsprechende Absichtsbekundung zur Abrüstung findet sich im Schlußprotokoll der Konferenz von Locarno vom 16. Oktober 1925 (LOCARNO-KONFERENZ S. 197–198). Der entsprechende deutsche Vorstoß war zuvor in der 6. Konferenzsitzung vom 12. Oktober 1925 erfolgt (ebd., S. 176–182).

166 Die Einladung an Deutschland vom 12. Dezember 1925 durch den Vorsitzenden des Völkerbundsrates Scialoja zur vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz, die am 15. Februar 1926 in Genf zusammentreten sollte, in SCHULTHESS 66 (1925), S. 454–456; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 589 vom 13. Dezember 1925.

167 Zur neuesten Bekräftigung von Coolidges Willen zur Abrüstung vgl. seine Eröffnungsbotschaft vor dem Kongreß vom 8. Dezember 1925 (SCHULTHESS 66 [1925], S. 376–378; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 581 [Morgenausgabe] vom 9. Dezember 1925). Die Ablehnung von Anleihen an Länder, die diese Gelder für Rüstung verwenden würden, hatte er in einer Rede in New York vom 19. November 1925 deutlich gemacht (SCHULTHESS 66 [1925], S. 375).

168 Zu Einzelheiten dieser Änderung des Völkerbundssatzung vom 10. Juni 1925 vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 22. August 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 58–61 mit den dortigen Anm.

scheidung gegen eine deutsche Minderheit unwirksam zu machen und vor den Völkerbundsrat zu bringen. Jede Macht im Völkerbundsrat hat aber außerdem das Recht, jede Frage, die ihr prinzipiell bedeutsam erscheint, dem Dreierausschuß überhaupt zu nehmen und sie direkt vor den Völkerbundsrat zu bringen. Wenn ich Deutschland in Genf vertreten würde, würde ich mir zum Grundsatz machen, jede Frage vor den Völkerbundsrat zu bringen, bis die Herren einsehen, was sie mit ihrer Satzungsänderung angerichtet haben.

Nun ein letztes Wort inbezug [!] auf die **Danziger Frage.** Hier sind Entscheidungen gefallen, die unerfreulich sind, aber nicht ganz so, wie man mir aus Danzig berichtet, als es dargestellt wird[169]. Auch hier muß ich die Frage stellen: hat nicht Deutschland nach zwei Richtungen große Möglichkeiten im Völkerbund? Einmal hat doch diese Stadt ebenso wie die Minoritäten ein ganz anderes Gefühl, wenn sie zu den deutschen Vertretern in Genf gehen können, als wenn sie bei anderen Leuten antichambrieren müssen, um ihre Bitten vorzutragen. (Sehr richtig!) Fragen Sie die Saardeputation. Wenn die bei Beneš antichambrierten[170], wie mir die Herren in Locarno gesagt haben: was ist das für eine Situation gegenüber der, in der Deutschland jetzt hier in Locarno ist, wo es die erste Rolle spielt und die anderen so klein sind. Die Herren Beneš und Skrzyński haben dort im Nebenzimmer sitzen müssen, bis wir sie hereingelassen haben[171]. Das war die Situation der Staaten, die bisher so sehr in die Höhe gepäppelt wurden, weil sie Diener der anderen waren, und die man in dem Augenblick fallen ließ, wo man glaubte, sich mit Deutschland verständigen zu können. Gerade das Deutschtum draußen muß zu seinem Mutterlande schauen. Gewiß werden wir nicht überall durchkommen. Aber wir können zunächst alles verhindern, was deutschfeindlich ist; denn ohne unsere Stimme ist kein Beschluß im Völkerbundsrat zu fassen, und später wird man dann vom Negativen zum Positiven übergehen.

So sehe ich in dieser ganzen Entwicklung einen Schritt vorwärts, nicht aus Liebe

---

[169] Im „Poststreit“ zwischen Danzig und Polen (Polen hatte im Januar 1925 durch Anbringung von Briefkästen einen Postdienst in Danzig eingerichtet) hatte der Völkerbundsrat am 19. September 1925 abschließend entschieden, daß Polen die aufgehängten Briefkästen behalten dürfe. Am gleichen Tag gestattete der Völkerbundsrat, daß Polen auf der Westerplatte ein Munitionsdepot anlegen dürfe (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 452). In der Ratssitzung vom 9. Dezember 1925 wurde ein Protest Danzigs gegen diese Erlaubnis zurückgewiesen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 583 [Morgenausgabe] vom 10. Dezember 1925). – Zur Darstellung in Danziger Zeitungen bezüglich der Westerplatte vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 460–461, Anm. 5.

[170] Über ein Gespräch einer Saardeputation mit Beneš konnte nichts ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um die Deputation, die in Locarno weilte (vgl. oben Anm. 153).

[171] Am vorletzten Tag der Konferenz von Locarno, in der 8. Sitzung, wurden Beneš und Skrzyński auf Vorschlag Chamberlains hinzugezogen (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 190–192).

der anderen, sondern aus diesem ganzen inneren Komplex heraus, den ich geschildert habe. Ich sehe darin die einzig mögliche Politik, um vorwärts zu kommen. Ich weiß nicht, ob sie ganz zum Erfolge führt; denn wer in dieser weltrevolutionären Zeit sich vermessen will, auch nur zu sagen, was im nächsten Jahre geschieht, den beneide ich um seine Phantasie. Ich erkläre offen, daß es heute nicht möglich ist, Politik programmmäßig festzulegen, weil sich die Dinge unter Umständen wie ein Sturzbach entwickeln können und unter Umständen auch ganz langsam dahinrieseln. Denen aber, die diese Dinge kritisieren, nehme ich die Kritik nicht übel. Kritik ist stets etwas Förderndes. Sie hat mich oft auf Gedanken gebracht, die einem entgehen könnten. Aber jede Kritik muß einen positiven Sinn haben. Bismarck hat einmal an seinen Freund v. Gerlach[172] 1849 geschrieben: Ich bin bereit, jeden anderen Weg zu diskutieren, der uns besser zum Ziele führt; aber eine Kritik, die nicht andere Wege zeigt, würde unsere Außenpolitik in ein Stadium passiver Planlosigkeit hineinbringen, die für keinen Staat schwerer zu ertragen ist wie für uns in der Mitte, in der wir uns in Europa befinden. Ich glaube, was damals gesagt worden ist, gilt auch für heute. Eine Aktivität kann über das Ziel hinausschießen, ein Weg, den man einschlägt, kann falsch sein. Aber ich möchte das Eine für mich in Anspruch nehmen: ich glaube, es ist immerhin noch besser, unter einer Außenpolitik zu leben, die Ideen hat, auch wenn sie vielleicht manchmal falsch sind, als unter ideenloser Außenpolitik, die sich nur treiben läßt, anstatt zu versuchen, die Dinge selbst zu treiben, und ich glaube meinerseits, daß mindestens das Eine gelungen ist, die Dinge um ein kleines Stück Weg weiterzutreiben in eine bessere deutsche Zukunft. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

[172] Gemeint ist Leopold von Gerlach (1790–1861), preußischer Politiker und General. – Der nachfolgend zitierte Brief (wobei Stresemann das Zitat leicht abgewandelt wiedergibt) ist allerdings vom 30. Mai 1857 ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 14: Briefe. Teil 1: 1822–1861. Hrsg. v. Wolfgang Windelband u. Werner Frauendienst. Berlin 1933, S. 470–484; das Zitat: S. 474) und bezieht sich auf die Haltung gegenüber dem aus Gerlachs konservativer Sicht revolutionären Frankreich unter Napoleon III.

## Rede vor der Berliner Pressekonferenz vom 31. Dezember 1925[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 584 (Abendausgabe) vom 31. Dezember 1925. – Teildrucke (mit kleinen Abweichungen) auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 618 (Abendausgabe) vom 31. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22018 (Morgenausgabe) vom 1. Januar 1926, S. 5.

*Die Pressekampagne über künftige deutsche Posten beim Völkerbund und entsprechende Bemühungen von Parteien sind deutschen Interessen abträglich. Der Auswärtige Ausschuß soll die Beschuldigungen gegen das Auswärtige Amt prüfen, um deren Grundlosigkeit nachzuweisen.*

Die Pressekampagne über die Völkerbundsposten[2] hat bedauerlicherweise einen Umfang und [eine] Schärfe angenommen, die mich veranlaßt, im Interesse der Sache selbst und auch im Interesse der von mir geleiteten Behörde vor Ihnen persönlich das Wort zu ergreifen. Ich hoffe, daß meine Ausführungen diesem Streit, der dem allgemeinen Interesse höchst abträglich ist, ein Ende bereiten. In diesem Sinne ist im einzelnen folgendes zu sagen:

Wie sich eigentlich von selbst versteht, beschäftigen sich Genfer Völkerbundskreise **bereits seit längerem** auf das lebhafteste mit der Frage der **Anstellung Deutscher nach erfolgtem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[3].** Bereits Anfang Dezember hat die hierfür maßgebende Stelle[4] dem deutschen Vertreter in Genf[5] ver-

---

[1] Die Vorlage leitet unter der Überschrift „Dr. Stresemann zum Völkerbundsstreit. Eine Erklärung in der Pressekonferenz“ die Rede ein mit folgenden Worten: „Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab heute vor der Berliner Pressekonferenz folgende Erklärung ab:“ – Ob es sich im Folgenden um die vollständige Wiedergabe der Rede Stresemanns handelt, konnte nicht ermittelt werden.

[2] Hintergrund waren Pressespekulationen der vergangenen Tage über die Besetzung künftiger deutscher Vertreter beim Völkerbund und insbesondere in dessen Sekretariat nach dem deutschen Beitritt; vgl. nur zuletzt etwa TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 578 (Abendausgabe) vom 28. Dezember 1925; Nr. 582 (Abendausgabe) vom 30. Dezember 1925; Nr. 583 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22014 (Morgenausgabe) vom 28. Dezember 1925, S. 2–3; Nr. 22015 (Abendausgabe) vom 29. Dezember 1925, S. 2; Nr. 22016 (Abendausgabe) vom 30. Dezember 1925, S. 2; Nr. 22017 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1925, S. 3 u. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 295 vom 29. Dezember 1925, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 613 (Abendausgabe) vom 29. Dezember 1925; Nr. 615 (Abendausgabe) vom 30. Dezember 1925; zusammenfassend: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1925.

[3] Auf der Konferenz von Locarno war vereinbart worden, daß Deutschland dem Völkerbund beitreten würde. Im Sicherheitspakt war dies durch Art. 10 verankert, der vorsah, daß der Vertrag in Kraft treten solle, sobald „Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[4] Wer sich hinter der „maßgebenden Stelle“ verbirgt, konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise ist gemeint: Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

traulich bestätigt, daß das Generalsekretariat der deutschen Mitarbeit lebhaftes Interesse entgegenbringt, aber zugleich darauf hingewiesen, daß die **Besetzung der einzelnen Stellen späteren eingehenden Erörterungen vorbehalten** bleiben müssen [!]. Das Auswärtige Amt hat diese Mitteilung nach Lage der Dinge auch seinerseits **vertraulich** behandelt.

Dessen ungeachtet sind offenbar eine ganze Reihe von ins einzelne gehenden **Lösungsversuchen und Personalvorschlägen** bereits in erheblichem Umfange in Kreisen, die zum Völkerbundssekretariat in Beziehung stehen, **zur Diskussion gestellt** worden. Hieraus erklärt sich die durch W.T.B. bekanntgegebene Warnung der maßgebenden Stelle des Völkerbundssekretariats[6], daß die Nichteinhaltung des offiziellen Weges lediglich zu Schwierigkeiten für alle Beteiligten führen könne. Wir haben die Mitteilung der durch dieses Vorgehen Übereifriger verursachten Beunruhigung als einen Beweis der Loyalität des Generalsekretariats aufgefaßt, der die Absicht zu verständnisvoller Zusammenarbeit in der Zukunft bestätigt. Auch von dieser **vertraulichen Mitteilung,** deren Aut[h]entizität entgegen anders lautenden Meldungen der letzten Tage in keinen Zweifel gezogen werden kann, ist selbstverständlich **seitens des Auswärtigen Amtes weder der Presse, noch sonst irgendeiner Stelle Mitteilung gemacht** worden.

Es ist unverständlich und bedarf noch der Aufklärung, wie der **sozialistische Pressedienst**[7] angeblich in der Lage war, von einem entsprechenden Telegramm der deutschen Vertretung in Genf Mitteilung zu machen. Die Beunruhigung der öffentlichen Meinung nötigte uns zu einer Stellungnahme und die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes zu der bekannten **Mitteilung an W.T.B. vom 29. Dezember**[8]**.** Außer diesem Communiqué habe ich Anlaß genommen, dem Chefredakteur[9] des „Vorwärts“ gegenüber persönlich als Klarstellung des obigen Sachverhalts zu erklären, daß dem Auswärtigen Amt **Schritte der Sozialdemokrati-**

---

[5] Gottfried Aschmann (1884–1945), Generalkonsul in Genf August 1923 – März 1928; Botschaftsrat in Konstantinopel März 1928–1932. – Ein entsprechender Bericht Aschmanns konnte nicht ermittelt werden.

[6] Die entsprechende Agenturmeldung konnte nicht ermittelt werden.

[7] Die entsprechende Meldung, vermutlich im „Vorwärts“, konnte nicht ermittelt werden.

[8] Druck u.a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 198.

[9] Friedrich Stampfer (1874–1957), Mitglied des Reichstags 1920–1933; Chefredakteur des „Vorwärts“ 1916–1933 (mit Unterbrechung 1919/20). – Die nachfolgend erwähnte persönliche Erklärung Stresemanns konnte nicht im Wortlaut ermittelt werden; der Sache nach wiedergegeben ist sie aber in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 582 (Abendausgabe) vom 30. Dezember 1925.

**schen Partei** in Sachen der Beteiligung Deutschlands im Völkerbundssekretariat **nicht bekannt** seien.

Was **das Zentrum** anlangt, so verweise ich auf die Ihnen bekannte, gestern erschienene **Erklärung des früheren Reichskanzlers Dr. Marx[10].** Aus den Äußerungen ergibt sich, daß der deutsche Vertreter in Genf lediglich in Wahrnehmung seiner ihm obliegenden Verpflichtungen gehandelt hat. Im übrigen wird Ihnen bereits aufgefallen sein, daß die **Mitteilungen gewisser rechtsstehender Blätter** mit der Meldung des deutschen **Generalkonsuls inhaltlich nicht übereinstimmen.**

Das **Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei** hat trotz der ihm zuteil gewordenen Aufklärung sich nicht gescheut, noch gestern abend zu behaupten[11], daß die **dienstliche Meldung des Generalkonsuls Aschmann Schwindel** sei, daß der Generalkonsul bei einer verlogenen innerpolitischen Hetze mitgewirkt habe und daß Beamte des Auswärtigen Amtes die gleiche Schuld treffe. Ich muß diese unerhörten Verdächtigungen, für welche nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden ist oder erbracht werden kann, mit Entrüstung und aller Entschiedenheit zurückweisen. Mit ebensolcher Entschiedenheit aber muß ich den Versuch verschiedener Blätter der Rechtspresse ablehnen, die offiziellen Auslassungen des Auswärtigen Amtes in einem Sinne auszulegen, der ihrem Wortlaut und Inhalt nicht entspricht, und zur Begründung ihrer Behauptungen heranzuziehen, daß die Sozialdemokraten in Genf Verhandlungen über die Besetzung der Genfer Stellen beim Sekretariat geführt haben.

Ich werde unverzüglich an den Vorsitzenden des **Auswärtigen Ausschusses des Reichstages[12]** herantreten und ihn bitten, den Ausschuß einzuberufen, damit dieser sich mit der Frage befassen kann. Auf diese Weise wird den Persönlichkeiten, die gegen das Auswärtige Amt Beschuldigungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben werden, ihre Anklagen zu begründen und ihr Beweismaterial vorzulegen. Diese Erör-

---

[10] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Dessen Erklärung (als Nachdruck aus der Zentrums-Zeitung „Germania“) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1925. – Zu den bisherigen Bemühungen Marx' seit Oktober 1925, sowohl gegenüber dem Völkerbund als auch bei Stresemann Zentrumsmitglieder für Völkerbundsstellen in Vorschlag zu bringen, vgl. MARX III, S. 382–388.

[11] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[12] Vermutlich handelt es sich um Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

terung wird mir einen erwünschten Anlaß geben, die Haltung der mir unterstellten Behörde zu rechtfertigen und die Grundlosigkeit der gegen ihre Beamten erhobenen Anschuldigungen darzulegen.